

Rechenschaftsbericht und Staatsrechnung 2013

Bericht und Vorlage an den Kantonsrat

Schwyz, im April 2014

BESCHLUSS DES REGIERUNGSRATES / VORLAGE AN DEN KANTONSRAT 3

RECHENSCHAFTSBERICHT 2013 29

STAATSRECHNUNG 2013 141 FF.

**BERICHT DES UNABHÄNGIGEN WIRTSCHAFTSPRÜFERS
ZUR STAATSRECHNUNG 2013** 305 FF.

Beschluss Nr. 374/2014
Schwyz, 8. April 2014 / bz

Rechenschaftsbericht und Staatsrechnung 2013
Bericht und Vorlage an den Kantonsrat

1. Übersicht

Mit diesem Bericht informiert der Regierungsrat den Kantonsrat über seine Geschäftsführung im Jahr 2013. Der Bericht fasst die Ergebnisse der Staatsrechnung zusammen und erläutert diese. Bei den Leistungsaufträgen wird in Bezug auf darin enthaltene Zielsetzungen und Projekte eine Zusammenfassung der Abweichungen über alle Verwaltungseinheiten gegeben. Sämtliche finanziellen und leistungsbezogenen Detailangaben sind dem gedruckten Buch „Rechenschaftsbericht und Staatsrechnung 2013“ zu entnehmen.

Der vorliegende Bericht ist wie folgt gegliedert: Ein Gesamtüberblick über die Staatsrechnung 2013 wird in Ziffer 2 gezeigt. Es folgen in Ziffer 3 die Erläuterung der Ergebnisse der Laufenden Rechnung nach Aufwand- und Ertragsarten (vgl. Ziff. 3.1), nach Departementen (vgl. Ziff. 3.2) und nach Globalbudgets (vgl. Ziff. 3.3 und 3.4). Die Erläuterung der Ergebnisse der Investitionsrechnung werden unter Ziffer 4 nach Ausgaben- und Einnahmearten (vgl. Ziff. 4.1) sowie nach Departementen (vgl. Ziff. 4.2) dargelegt. In Ziffer 5 werden die Finanzierung, in Ziffer 6 die Bestandesrechnung und in Ziffer 7 die Kennzahlen erläutert. Erläuterungen zur Beurteilung der Erfüllung der Leistungsaufträge folgen in Ziffer 8. Der Bezug zur gemäss § 38 des Gesetzes über den kantonalen Finanzhaushalt vom 22. Oktober 1986, SRSZ 114.110, FHG, im Jahr 2013 erstmals anzuwendenden Bestimmung zur Begrenzung des Aufwandüberschusses erfolgt in Ziffer 9, gefolgt von der Beurteilung und vom Ausblick (Ziffer 10) und der Behandlung im Kantonsrat (Ziffer 11).

2. Überblick Staatsrechnung 2013

In der folgenden Tabelle sind die wichtigsten Angaben zur Staatsrechnung 2013 im Vergleich zur Staatsrechnung 2012 und im Vergleich zum Voranschlag 2013 dargestellt. In dieser und den folgenden Tabellen werden die Angaben zur übersichtlicheren Darstellung auf Fr. 1000.-- gerundet.

Übersicht	RG2012	V2013	NK2013	RG2013	Abweichung zum Vorjahr		Abweichung zum Voranschlag	
in Fr. 1 000.--	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%	Fr.	%
Laufende Rechnung								
Total Aufwand	1 284 622	1 325 453	16 708	1 339 852	55 230	4%	14 399	1%
Total Ertrag	1 189 802	1 224 785	450	1 199 190	9 388	1%	- 25 595	- 2%
Aufwandüberschuss	94 820	100 668	16 258	140 662	45 842	48%	39 994	40%
Investitionsrechnung								
Total Ausgaben	91 784	125 727	6 435	87 997	- 3 787	- 4%	- 37 730	- 30%
Total Einnahmen	36 476	38 939		35 296	- 1 180	- 3%	- 3 643	- 9%
Nettoinvestitionen	55 308	86 788	6 435	52 701	- 2 607	- 5%	- 34 087	- 39%
Finanzierung								
Nettoinvestitionen	55 308	86 788		52 701	- 2 607	- 5%	- 34 087	- 39%
Abschreibungen	72 708	78 403		77 216	4 508	6%	- 1 187	- 2%
Entnahmen Spezialfinanzierung	120	4		4	- 116	- 97%	0	0%
Einlagen Spezialfinanzierung	4 934	720		10 981	6 047	100%	10 261	100%
Aufwandüberschuss	94 820	100 668		140 662	45 842	48%	39 994	40%
Finanzierungsfehlbetrag	72 606	108 337		105 170	32 564	45%	- 3 167	- 3%
Eigenkapital	419 280	318 612		278 618	- 140 662	- 34%	- 39 994	- 13%

3. Erläuterungen zur Laufenden Rechnung

Die Laufende Rechnung 2013 schliesst mit einem Aufwandüberschuss von 140.7 Mio. Franken. Der Aufwandüberschuss steigt gegenüber dem Vorjahr um 45.8 Mio. Franken bzw. 48%. Die Rechnung 2013 schliesst um 40 Mio. Franken bzw. 40% schlechter ab, als im Voranschlag 2013 budgetiert. Nach Berücksichtigung der für das Jahr 2013 bewilligten Nachkredite im Umfang von netto 16.3 Mio. Franken schliesst die Staatsrechnung 2013 um 23.7 Mio. Franken bzw. 20% schlechter als budgetiert ab.

Übersicht	RG2012	V2013	NK2013	RG2013	Abweichung zum Vorjahr		Abweichung zum Voranschlag	
in Fr. 1 000.--	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%	Fr.	%
Laufende Rechnung								
Total Aufwand	1 284 622	1 325 453	16 708	1 339 852	55 230	4%	14 399	1%
Total Ertrag	1 189 802	1 224 785	450	1 199 190	9 388	1%	- 25 595	- 2%
Aufwandüberschuss	94 820	100 668	16 258	140 662	45 842	48%	39 994	40%

3.1 Artengliederung: Aufwand- und Ertragsarten

Der Aufwandüberschuss von 140.7 Mio. Franken setzt sich aus 1 339.9 Mio. Franken Aufwand und 1 199.2 Mio. Franken Ertrag zusammen.

3.1.1 Aufwand

Der Aufwand der Laufenden Rechnung steigt gegenüber dem Vorjahr um 55.2 Mio. Franken bzw. 4% auf 1 340 Mio. Franken. Im Vergleich zum Voranschlag fiel der Aufwand um 14.4 Mio. Franken bzw. 1% höher aus.

Artengliederung	RG2012	V2013	NK2013	RG2013	Abweichung zum Vorjahr		Abweichung zum Voranschlag		
	Fr.	Fr.	Fr.		Fr.	Fr.	%	Fr.	%
In Fr. 1 000.--									
Personalaufwand	209 232	221 382	38	215 557	6 325	3%	- 5 825	- 3%	
Sachaufwand	83 257	87 904	717	81 941	- 1 316	- 2%	- 5 963	- 7%	
Passivzinsen	5 105	5 800		5 177	72	1%	- 623	- 11%	
Abschreibungen	72 708	78 403		77 216	4 508	6%	- 1 187	- 2%	
Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	237 181	253 397		260 137	22 956	10%	6 740	3%	
Entschädigung an Gemeinwesen	38 230	39 827	1 205	39 693	1 463	4%	- 134	0%	
Eigene Beiträge	445 074	449 606	13 618	449 780	4 706	1%	174	0%	
Durchlaufende Beiträge	92 151	92 845	1 130	91 584	- 567	- 1%	- 1 261	- 1%	
Einlagen Spezialfinanzierung, Stiftungen	4 934	720		10 981	6 047	123%	10 261	1 425%	
Interne Verrechnungen	96 750	95 569		107 786	11 036	11%	12 217	13%	
Total Aufwand	1 284 622	1 325 453	16 708	1 339 852	55 230	4%	14 399	1%	

Gegenüber dem Vorjahr stieg der Personalaufwand um 6.3 Mio. Franken. Auslöser dieses Wachstums waren der Aufbau der zwei Kinder- und Erwachsenenschutzämter. Aufgrund von allgemein nicht besetzten Stellen konnten jedoch 5.8 Mio. gegenüber dem Voranschlag eingespart werden. Der Sachaufwand sank im Vergleich zum Vorjahr um 1.3 Mio. Franken. Durch einen sparsamen Umgang in allen Departementen wurden im Vergleich zu den budgetierten Werten 5.9 Mio. Franken Sachaufwand weniger ausgegeben. Hauptsächlich wurden Einsparungen bei Software-Anschaffungen und externen Projektbegleitungen realisiert. Die Anteile und Beiträge stiegen gegenüber dem Vorjahr um beinahe 23 Mio. Franken und gegenüber dem Voranschlag um 6.7 Mio. Franken. Die grossen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr beruhen auf den höheren Zahlungen an den Nationalen Finanzausgleich (NFA). Die Abweichung bei den Einlagen in die Spezialfinanzierung von 10.3 Mio. Franken gegenüber dem Voranschlag bzw. 6 Mio. Franken gegenüber dem Vorjahr sind auf die höheren Beiträge an die Bezirke und Gemeinden zurückzuführen. Dies als Folge der erneut höheren Erträge der kantonalen Grundstückgewinnsteuern, an welchen die Bezirke und Gemeinden mit 50% partizipieren.

Die bedeutendsten Abweichungen gegenüber der Rechnung 2012 und dem Voranschlag 2013 sind in der nachfolgenden Tabelle ersichtlich:

Ausgewählte Aufwandpositionen	RG2012	V2013	NK2013	RG2013	Abweichung zum Vorjahr		Abweichung zum Voranschlag	
	Fr.	Fr.	Fr.		Fr.	Fr.	%	Fr.
In Fr. 1 000.--								
Personalaufwand								
KESB Gehälter und Sozialzulagen	457	6 411		5 594	5 137	1 124%	- 817	- 13%
Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung								
Ressourcenausgleich (NFA)	110 469	138 366		138 318	27 849	25%	- 48	0%
Quellensteuer	24 326	23 000		27 194	2 868	12%	4 194	18%
Steuer auf Kapitalabfindungen	8 065	6 570		7 938	- 127	- 2%	1 368	21%
Entschädigung an Gemeinwesen								
Fachhochschulen	6 546	8 502	- 200	8 502	1 956	30%	0	0%
Beträge an höhere Berufsbildung und Weiter	5 480	5 250	1 100	6 363	883	16%	1 113	21%
Eigene Beiträge								
Beiträge an die Prämienverbilligung	55 956	56 200	2 300	58 820	2 864	5%	2 620	5%
Beiträge an innerkantonale Behinderteneinric	21 420	22 409	716	23 118	1 698	8%	709	3%
Beiträge für die stationäre Spezialversorgung	56 478	51 407	8 000	60 085	3 607	6%	8 678	17%
Einlagen Spezialfinanzierung, Stiftungen								
Einlage in Spezialfinanzierung Bezirke	4 561	36		6 214	1 653	36%	6 178	
Einlage in Spezialfinanzierung Gemeinden	0	34		3 810	3 810		3 776	

3.1.2 Ertrag

Der Ertrag der Laufenden Rechnung steigt gegenüber dem Vorjahr um 9.4 Mio. Franken bzw. 1%. Im Vergleich zum Voranschlag wurden 25.6 Mio. Franken bzw. 2% weniger Erträge eingenommen.

Artengliederung	Steuerfuss	RG2012	V2013	NK2013	RG2013	Abweichung zum		Abweichung zum	
		120%	120%		120%	Vorjahr		Voranschlag	
in Fr. 1 000.--		Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%	Fr.	%
Steuern		529 068	547 883		530 686	1 618	0%	- 17 197	- 3%
Regalien und Konzessionen		5 433	6 004		6 748	1 315	24%	744	12%
Vermögenserträge		60 277	59 283		58 575	- 1 702	- 3%	- 708	- 1%
Entgelte		66 334	63 812		64 629	- 1 705	- 3%	817	1%
Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung		169 510	172 470		156 299	- 13 211	- 8%	- 16 171	- 9%
Rückerstattungen von Gemeinwesen		36 094	51 354		42 758	6 664	18%	- 8 596	- 17%
Beiträge für eigene Rechnung		134 065	135 561	450	140 121	6 056	5%	4 560	3%
Durchlaufende Beiträge		92 151	92 845		91 584	- 567	- 1%	- 1 261	- 1%
Entnahmen Spezialfinanzierung, Stiftungen		120	4		4	- 116	- 97%	0	0%
Interne Verrechnungen		96 750	95 569		107 786	11 036	11%	12 217	13%
Total Ertrag		1 189 802	1 224 785	450	1 199 190	9 388	1%	- 25 595	- 2%

Der Zuwachs an Steuererträgen gegenüber dem Vorjahr beträgt 1.6 Mio. Franken. Die für den Voranschlag prognostizierten Steuererträge konnte hingegen um 17.2 Mio. Franken bzw. 3% nicht erreicht werden.

Die Abweichung von 51.2 Mio. Franken gegenüber dem Voranschlag bei den Steuern lässt sich hauptsächlich mit einem zu ambitioniert prognostizierten Ertrag bei den Einkommens- und Vermögenssteuern begründen, welcher die Wirkung von Sondereffekten in den Vorjahren zu wenig berücksichtigte. Abgeschwächt wird dieser Minderertrag durch nicht budgetierte Erträge bei den Grundstückgewinnsteuern im Ausmass von 20 Mio. Franken.

Bei den Vermögenserträgen spiegelt sich die um rund 3 Mio. Franken tiefere Gewinnzuweisung der Schwyzer Kantonalbank wider. Die Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung sind sowohl im Vergleich zum Vorjahr (-13.2 Mio. Franken) wie auch zum Voranschlag (-16.2 Mio. Franken) deutlich tiefer. Begründen lässt sich dieser Minderertrag vorwiegend im um 13.8 Mio. tieferen Kantonsanteil an den direkten Bundessteuern gegenüber dem Vorjahr und 16.6 Mio. gegenüber dem Voranschlag. Bei den Rückerstattungen von Gemeinwesen liegen die Abweichungen zum Vorjahr (+6.7 Mio. Franken) und zum Voranschlag (-8.6 Mio. Franken) vorwiegend in den Beiträgen von den Bezirken und Gemeinden (Beiträge im Bereich Sonderschulung und öffentlicher Verkehr). Bei den Beiträgen für die eigene Rechnung konnten höhere Bundesbeiträge für Migration und Nothilfe entgegengenommen werden. Die höheren internen Verrechnungen sind zum grossen Teil auf die höheren Grundstückgewinnsteuern bzw. deren Zuweisung in den innerkantonalen Steuerkraftausgleich zurückzuführen.

Die bedeutendsten Abweichungen gegenüber der Rechnung 2012 und dem Voranschlag 2013 sind in der folgenden Tabelle ersichtlich:

Ausgewählte Ertragspositionen	RG2012	V2013	RG2013	Abweichung zum Vorjahr		Abweichung zum Voranschlag	
	Fr.	Fr.		Fr.	Fr.	%	Fr.
Steuern							
Einkommens- und Vermögenssteuern	213 852	272 000	220 762	6 910	3%	- 51 238	- 23%
Quellensteuern	34 000	34 000	39 304	5 304	16%	5 304	13%
Kapitalabfindungen	15 365	12 500	14 325	- 1 040	- 7%	1 825	13%
Lotteriegewinnsteuern	19 955	1 000	422	- 19 533	- 98%	- 578	- 137%
Nach- und Strafsteuern	2 727	800	5 211	2 484	91%	4 411	85%
Nachträge bei Einkommens- u. Vermögensteuern	92 005	83 000	84 378	- 7 627	- 8%	1 378	2%
Ertrags- und Kapitalsteuern	25 021	26 800	27 116	2 095	8%	316	1%
Grundstückgewinnsteuern	77 145	68 000	87 965	10 820	14%	19 965	23%
Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung							
Anteil an der direkten Bundessteuer	121 170	124 000	107 412	- 13 758	- 11%	- 16 588	- 15%
Anteil an der Verrechnungssteuer	8 178	8 700	10 233	2 055	25%	1 533	15%
Vermögenserträge							
Schwyzer Kantonalbank, Gewinnzuweisung	35 787	35 200	32 841	- 2 946	- 8%	- 2 359	- 7%

3.2 Institutionelle Gliederung: Departemente

Nach Verrechnung der Abgrenzungen (Aufwände und Erträge, welche nicht innerhalb eines Globalbudgets liegen) bewilligte der Kantonsrat für das Jahr 2013 Globalbudgets in der Summe von 513.6 Mio. Franken. Die Verwaltungseinheiten mit Globalbudget haben 504 Mio. Franken aufgewendet und konnten somit die Kosten auf dem Niveau des Vorjahres halten. Im Vergleich zum Voranschlag resultiert sogar ein um 9.7 Mio. Franken bzw. 2% besseres Ergebnis.

Institutionelle Gliederung	RG2012	V2013	NK2013	RG2013	Abweichung zum Vorjahr		Abweichung zum Voranschlag	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%	Fr.	%
In Fr. 1 000.--								
Gesamtübersicht								
Aufwand	1 284 622	1 325 453	16 708	1 339 852	55 230	4%	14 399	1%
Ertrag	1 189 802	1 224 785	450	1 199 190	9 388	1%	- 25 595	-2%
Nettoaufwand	94 820	100 668	16 258	140 662	45 842	48%	39 994	40%
Abgrenzung	409 980	412 972	5 935	363 290	- 46 690	-11%	- 49 682	-12%
Globalbudgets	504 800	513 640	10 323	503 952	- 848	0%	- 9 688	-2%

3.2.1 Analyse nach Beträgen

Mit Ausnahme des Departements des Innern wurden in der Summe die Globalbudgets durch die Departemente eingehalten. Nach Berücksichtigung der bereits bewilligten Nachkredite zulasten der Staatsrechnung 2013 haben sämtliche Departemente das bewilligte Globalbudget eingehalten.

Institutionelle Gliederung		RG2012	V2013	NK2013	RG2013	Abweichung zum Vorjahr		Abweichung zum Voranschlag	
In Fr. 1 000.--		Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%	Fr.	%
Kantonsrat	Nettoaufwand	772	753		754	- 18	-2%	1	0%
Allgemeine Verwaltung	Nettoaufwand	5 350	6 103		5 191	- 159	-3%	- 912	-15%
	Abgrenzung	2 660	2 727		2 624	- 36	-1%	- 103	-4%
	Globalbudgets	2 690	3 376		2 567	- 123	-5%	- 809	-24%
Departement des Innern	Nettoaufwand	204 360	204 307	15 123	213 112	8 752	4%	8 805	4%
	Abgrenzung	38 631	44 524	5 637	44 940	6 309	16%	416	1%
	Globalbudgets	165 729	159 783	9 486	168 172	2 443	1%	8 389	5%
Volkswirtschaftsdepartement	Nettoaufwand	12 290	14 981		12 755	465	4%	- 2 226	-15%
	Globalbudgets	12 290	14 981		12 755	465	4%	- 2 226	-15%
Bildungsdepartement	Nettoaufwand	179 671	174 828	408	173 066	- 6 605	-4%	- 1 762	-1%
	Globalbudgets	179 671	174 828	408	173 066	- 6 605	-4%	- 1 762	-1%
Sicherheitsdepartement	Nettoaufwand	52 254	56 172	340	53 695	1 441	3%	- 2 477	-4%
	Globalbudgets	52 254	56 172	340	53 695	1 441	3%	- 2 477	-4%
Finanzdepartement	Nettoertrag	427 434	435 376	89	386 712	- 40 722	-10%	- 48 664	-11%
	Abgrenzung	457 182	466 436		417 056	- 40 126	-9%	- 49 380	-11%
	Globalbudgets	29 748	31 060	89	30 344	596	2%	- 716	-2%
Baudepartement	Nettoaufwand	45 314	53 884		46 419	1 105	2%	- 7 465	-14%
	Globalbudgets	45 314	53 884		46 419	1 105	2%	- 7 465	-14%
Umweltdepartement	Nettoaufwand	17 104	19 556		16 934	- 170	-1%	- 2 622	-13%
	Globalbudgets	17 104	19 556		16 934	- 170	-1%	- 2 622	-13%
Gerichtswesen	Aufwand	5 699	6 090	298	6 041	342	6%	- 49	-1%
	Ertrag	560	630		593	33	6%	- 37	-6%
	Nettoaufwand	5 139	5 460	298	5 448	309	6%	- 12	0%

3.2.2 Analyse nach Personalstellen

Von rund 1551.4 budgetierten Vollzeitstellen (Full Time Equivalent; FTE) wurden 2013 im Jahresmittelwert 1532.5 FTE beansprucht. Dies sind 18.9 FTE weniger als geplant.

Institutionelle Gliederung	RG2012	V2013	RG2013	Abweichung zum Vorjahr		Abweichung zum Voranschlag	
	Anzahl	Anzahl		Anzahl	%	Anzahl	%
Regierungsrat	7.0	7.0	7.0	0.0	0%	0.0	0%
Allgemeine Verwaltung	10.0	10.0	9.9	- 0.1	-1%	- 0.1	-1%
Departement des Innern	30.2	79.0	78.1	47.9	159%	- 0.9	-1%
Volkswirtschaftsdepartement	131.9	135.7	129.5	- 2.4	-2%	- 6.2	-5%
Bildungsdepartement	467.9	473.2	468.3	0.4	0%	- 4.9	-1%
Sicherheitsdepartement	384.4	386.1	389.3	4.9	1%	3.2	1%
Finanzdepartement	185.2	188.2	187.2	2.0	1%	- 1.0	-1%
Baudepartement	168.0	173.0	164.9	- 3.1	-2%	- 8.1	-5%
Umweltdepartement	72.5	73.9	73.0	0.5	1%	- 0.9	-1%
Gerichtswesen	24.5	25.3	25.3	0.8	3%	0.0	0%
Total Vollzeitstellen	1 481.6	1 551.4	1 532.5	50.9	3%	- 18.9	-1%

Im Vergleich zum Vorjahr sticht das Wachstum beim Departement des Innern heraus. Verantwortlich hierfür sind die zwei neuen Kindes- und Erwachsenenschutzämter.

3.3 Globalbudgets

3.3.1 Überblick

Den WOV-Verwaltungseinheiten wurden insgesamt Globalbudgets in der Höhe von 513.6 Mio. Franken für das Jahr 2013 zur Verfügung gestellt. Zusätzlich hat der Kantonsrat Nachkredite von 10.3 Mio. Franken gesprochen. Gesamthaft wurden 504 Mio. Franken beansprucht. Dies sind 19.9 Mio. Franken bzw. 4% weniger als bewilligt.

Von insgesamt 48 WOV-Verwaltungseinheiten haben 38 (bzw. nach Berücksichtigung der bewilligten Nachkredite 41 Verwaltungseinheiten) ihr zugewiesenes Globalbudget eingehalten.

Sieben WOV-Verwaltungseinheiten haben nach Berücksichtigung der Nachkredite ihre Globalbudgets überschritten. Die Gründe für die Überschreitungen werden in den nachfolgenden Ziffern 3.3.2 ff. erläutert.

In der folgenden Tabelle sind alle Verwaltungseinheiten mit einem Leistungsauftrag inklusive den gemäss Kantonsratsbeschlüssen vom 12. Dezember 2012 und 20. Februar 2013 bewilligten Globalbudgets sowie deren Vollzeitstellen aufgeführt.

Institutionelle Gliederung (WOV) in Fr. 1000.--	Globalkredit	Globalbudget	Nachkredit	Globalkredit	Abweichung		Vollzeitstellen		
	2012	2013	2013	2013	zum Globalbudget	in %	V2013	R2013	Abw.
Allgemeine Verwaltung									
Staatskanzlei	2 690	3 376		2 567	- 809	- 24%	10	9.9	-0.1
Departement des Innern									
Departementssekretariat	4 618	4 479	130	4 571	92	2%	5	5.8	0.8
Amt für Gesundheit und Soziales	161 111	155 304	9 356	163 601	8 297	5%	21.5	20	-1.5
Volkswirtschaftsdepartement									
Departementssekretariat	1 183	782		771	- 11	- 1%	3.5	3.5	0
Amt für Wirtschaft	1 769	2 457		2 442	- 15	- 1%	11.8	11.9	0.1
Amt für Raumentwicklung	1 341	1 513		1 354	- 159	- 11%	17	17	0
Amt für Migration	- 2 569	- 719		- 2 166	- 1 447	201%	23.6	23.2	-0.4
Amt für Arbeit	2 269	2 206		2 228	22	1%	52.9	47.2	-5.7
Amt für Landwirtschaft	8 297	8 742		8 127	- 615	- 7%	26.9	26.7	-0.2
Bildungsdepartement									
Departementssekretariat	737	728		716	- 12	- 2%	2	2	0
Amt für Volksschulen und Sport	58 196	52 568		55 134	2 566	5%	55.3	55.1	-0.2
HZ Innerschwyz	3 767	2 622		1 774	- 848	- 32%	39.8	36.3	-3.5
HZ Ausserschwyz	4 961	3 522		2 696	- 826	- 23%	51.5	50.7	-0.8
Amt für Mittel- und Hochschulen	52 886	52 906	208	51 923	- 983	- 2%	3	3	0
Kantonsschule Kollegium Schwyz	8 399	8 362		8 268	- 94	- 1%	60.8	61.3	0.5
Kantonsschule Ausserschwyz	11 143	11 208		10 744	- 464	- 4%	73.8	72.3	-1.5
Amt für Berufsbildung	14 041	15 263	200	14 955	- 308	- 2%	11.8	11.8	0
Berufsbildungszentrum Goldau	4 843	5 335		5 128	- 207	- 4%	49.7	49.5	-0.2
Berufsbildungszentrum Pfäffikon	5 649	6 933		6 785	- 148	- 2%	45.3	46.1	0.8
Kaufmännische Berufsschule Schwyz	3 274	3 498		3 070	- 428	- 12%	21.4	20.4	-1
Kaufmännische Berufsschule Lachen	3 215	3 162		3 267	105	3%	20.2	21.1	0.9
Amt für Berufs- und Studienberatung	2 664	2 669		2 680	11	0%	17.8	17.9	0.1
Amt für Kultur	5 896	6 056		5 926	- 130	- 2%	20.8	20.8	0
Sicherheitsdepartement									
Departementssekretariat	519	512		470	- 42	- 8%	3.5	3.4	-0.1
Rechts- und Beschwerdedienst	2 697	2 981		2 735	- 246	- 8%	14	13.8	-0.2
Oberstaatsanwaltschaft	612	645		690	45	7%	3.1	3	-0.1
Staatsanwaltschaft	4 032	3 994		3 834	- 160	- 4%	18.2	18.2	0
Jugendanwaltschaft	1 477	1 873		1 120	- 753	- 40%	3.2	3.1	-0.1
Kantonspolizei	36 027	38 205		37 266	- 939	- 2%	285	288.5	3.5
Amt für Justizvollzug	3 324	3 792	340	3 539	- 253	- 7%	22.1	22.3	0.2
Amt für Militär, Feuer- und Zivilschutz	3 566	4 171		4 040	- 131	- 3%	37	37	0
Finanzdepartement									
Departementssekretariat	823	778	89	836	58	7%	3.9	3.9	0
Personalamt	5 087	5 044		4 898	- 146	- 3%	7.4	7.4	0
Finanzverwaltung	- 777	- 63		643	706	- 1121%	8.4	8.8	0.4
Steuerverwaltung	18 190	18 968		18 069	- 899	- 5%	143	141.7	-1.3
Amt für Informatik	5 903	5 666		5 284	- 382	- 7%	20	19.9	-0.1
Finanzkontrolle	522	662		613	- 49	- 7%	3	3	0
Baudepartement									
Departementssekretariat	784	731		660	- 71	- 10%	4.6	4.6	0
Tiefbauamt	0	0		0			81.5	76.3	-5.2
Hochbauamt	24 839	27 140		24 726	- 2 414	- 9%	25.1	22.2	-2.9
Amt für öffentlichen Verkehr	20 831	27 025		22 428	- 4 597	- 17%	3.7	3.4	-0.3
Verkehrsamt	- 1 140	- 1 012		- 1 394	- 382	38%	58.1	58.4	0.3
Umweltdepartement									
Departementssekretariat	372	397		365	- 32	- 8%	2.4	2.2	-0.2
Amt für Umweltschutz	3 880	4 246		4 274	28	1%	18.5	18.4	-0.1
Amt für Natur, Jagd und Fischerei	2 463	2 727		2 505	- 222	- 8%	14.2	14.3	0.1
Amt für Wald und Naturgefahren	6 999	8 132		6 955	- 1 177	- 14%	26	25.3	-0.7
Amt für Wasserbau	1 516	2 062		1 489	- 573	- 28%	4	4	0
Amt für Vermessung und Geoinformation	1 874	1 992		1 346	- 646	- 32%	8.8	8.8	0
Total WOV	504 800	513 640	10 323	503 952	- 9 688	- 2%	1 464.1	1 445.4	-18.7

In Bezug auf die Abweichungen gegenüber dem Globalbudget, den Vollzeitstellen (FTE) sowie die Zielerreichung der Leistungsaufträge wird auf die detaillierte Kommentierung im Rechenschaftsbericht verwiesen.

3.3.2 Volkswirtschaftsdepartement – Amt für Arbeit

Das Globalbudget des Amtes für Arbeit wurde um Fr. 22 000.-- bzw. 1% überschritten, da die Beiträge an den Vollzug der Arbeitslosenversicherung höher ausgefallen sind als erwartet.

3.3.3 Bildungsdepartement – Amt für Volksschulen und Sport

Die Überschreitung des Globalbudgets von rund 2.6 Mio. Franken bzw. 5% ist auf den Umstand zurückzuführen, dass die Bezirks- und Gemeindebeiträge im Bereich Sonderschulung aufgrund eines Systemwechsels bei der Finanzierung, zu hoch budgetiert wurden.

3.3.4 Bildungsdepartement – Kaufmännische Berufsschule Lachen

Hauptverantwortlich für das Überschreiten des Globalbudgets in Höhe von Fr. 105 000.-- bzw. 3% sind höhere Aufwendungen im Personalbereich. Die Ausbildung „Berufsmaturität für Erwachsene“ konnte mit genügenden Teilnehmern erstmalig durchgeführt werden. Zudem entstanden ausserordentliche Lohnkosten durch den Todesfall eines Mitarbeiters. Auch die Mehrverkäufe bei den Weiterbildungskursen führten einerseits zu Mehreinnahmen, andererseits aber auch zu höheren Personalkosten.

3.3.5 Bildungsdepartement – Amt für Berufs- und Studienberatung

Die Überschreitung des Globalbudgets beträgt Fr. 11 000.-- und sind ausschliesslich Folge von leicht zu tief budgetierten Personalkosten.

3.3.6 Sicherheitsdepartement – Oberstaatsanwaltschaft

Die Oberstaatsanwaltschaft überzieht das Globalbudget um Fr. 45 000.-- bzw. 7%. Grund dafür ist die Zwischenabrechnung des vom Regierungsrat eingesetzten ausserordentlichen (ausserkantonalen) Oberstaatsanwaltes für verschiedene Vorverfahren.

3.3.7 Finanzdepartement – Finanzverwaltung

Der budgetierte Nettoertrag konnte im Jahr 2013 nicht realisiert werden, was zu einer Überschreitung des Globalbudgets führte. Dies einerseits als Folge eines zu ambitioniert prognostizierten Ertrags im Steuerbereich. Andererseits konnten die budgetierten Zinserträge aufgrund des sehr tiefen Zinsniveaus und des Rückgangs des zur Bewirtschaftung vorhandenen Liquiditätsvolumens nicht erreicht werden.

3.3.8 Umweltdepartement – Amt für Umweltschutz

Das Globalbudget konnte um Fr. 28 000.-- bzw. 1% nicht eingehalten werden. Der Kanton Schwyz zahlt anteilig die Kosten für die Untersuchung, Überwachung und Sanierung von belasteten Standorten bei Schiessanlagen, sofern der Bund seinerseits Abgeltungen gewährt. Die Bezirke und Gemeinden dürfen diese Abgeltungen erst anfordern, wenn die Arbeiten ausgeführt und die Aufwendungen beglichen worden sind.

3.4 Steuerungsentscheide

Steuerungsentscheide (bzw. Kontoüberträge) sind ein Kernelement der wirkungsorientierten Verwaltungsführung. Sie ermöglichen die zielgerichtete Verwendung der finanziellen Ressourcen im Rahmen eines Globalbudgets.

Gemäss § 14 der Weisungen über die Rahmenbedingungen und Anforderungen zur Ausführung der Leistungsaufträge nach der wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WOV-Rahmenbedingungen) dürfen WOV-Verwaltungseinheiten mittels Steuerungsentscheid Kontoüberträge tätigen. Dabei sind Kontoüberträge mit einem Gesamtbetrag über Fr. 100 000.-- dem Regierungsrat vorbehalten.

Um die Transparenz und Legitimität der grossen Kontoüberträge zu erhöhen, werden diese im Folgenden für jede der folgenden acht Verwaltungseinheiten begründet.

3.4.1 Departement des Innern – Amt für Gesundheit und Soziales

Kontoübertrag Fr. 678 498.--

Ausgangskonto

Kto-Nr.	Bezeichnung	2013 V	2013 R	Differenz	Übertrag
22 250 365 25	Beiträge für stationäre Grundversorgung (Regionalspitäler)	54 200 000	53 376 912	823 088	678 498

Zielkonto

Kto-Nr.	Bezeichnung	2013 V	2013 R	Differenz	Übertrag
22 250 365 30	Beiträge für die stationäre Spezialversorgung (inkl. Psychiatrie)	51 406 800	60 085 298	- 8 678 498	678 498

Ein Übertrag ist im Konto „Beiträge für die stationäre Spezialversorgung“ notwendig. Die Auswirkungen der neuen Spitalfinanzierung und insbesondere der freien Spitalwahl haben die Kosten für die ausserkantonale Hospitalisation massiv stärker beeinflusst als erwartet. Insbesondere der neu geschuldete Sockelbeitrag an den zusatzversicherten Patienten hat sich negativ auf die Kantonsfinanzen ausgewirkt. Der Kantonsrat genehmigte einen Nachkredit in Höhe von 8 Mio. Franken zur Deckung dieses Mehraufwandes. Die Kompensation der verbleibenden Differenz ist mit Budget aus dem Konto „Beiträge für stationäre Grundversorgung“ infolge leicht rückläufiger Fallzahlen und leicht günstigeren Tarifen möglich.

Kontoübertrag Fr. 590 000.--

Ausgangskonten

Kto-Nr.	Bezeichnung	2013 V	2013 R	Differenz	Übertrag
22 250 365 35	Beitrag für den sozialpsychiatrischen Dienst (SPD)	3 611 000	3 285 426	325 574	325 574
22 250 365 50	Beiträge an Akut- und Übergangspflege	315 000	28 469	286 531	264 426

Zielkonto

Kto-Nr.	Bezeichnung	2013 V	2013 R	Differenz	Übertrag
22 250 365 40	Beitrag für den Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst (KJPD)	1 820 000	2 410 000	- 590 000	590 000

Irrtümlicherweise wurden im Konto „Beitrag für den KJPD“ nicht 2.06 Mio. Franken, sondern nur 1.82 Mio. Franken budgetiert. Aufgrund der Freistellung der Chefärztin musste zur Sicherstellung der Liquidität zudem eine Nachzahlung von Fr. 350 000.-- geleistet werden. Kompensiert wird dieser Mehraufwand mit einer Rückzahlung aus Überschüssen der Vorjahre und der Rückerstattung einer Rückstellung für den Aufbau der Integrierten sozialpsychiatrischen Tagesstätte (IST) Innerschwyz. Ferner war die Nachfrage nach Akut- und Übergangspflege deutlich geringer als geplant und führt zu tieferen Beiträgen. Der Kontoübertrag wurde mit RRB Nr. 1107/2013 bewilligt.

Kontoübertrag Fr. 226 778.--

Ausgangskonten

Kto-Nr.	Bezeichnung	2013 V	2013 R	Differenz	Übertrag
22 220 318 30	Dienstleistungen und Honorare	72 000	46 991	25 009	12 057
22 250 365 50	Beiträge an Akut- und Übergangspflege	315 000	28 469	286 531	22 105
22 250 365 80	Beiträge an schweiz. Organisationen	32 300	15 666	16 634	16 634
22 250 365 25	Beiträge für stationäre Grundversorgung (Regionalspitäler)	54 200 000	53 376 912	823 088	144 590
22 250 490 00	Anteil am Alkoholzehntel 27.240.390.00	238 600	269 992	- 31 392	31 392

Zielkonto

Kto-Nr.	Bezeichnung	2013 V	2013 R	Differenz	Übertrag
22 250 436 00	Rückerstattungen	300 000	73 222	226 778	226 778

Die Rückerstattungen für Medizinische Versorgungen richten sich nach der Anzahl Regressfälle und der Höhe der Rechnungsbeträge. Die für das Jahr 2013 tiefer ausfallenden Rückerstattungen können innerhalb des Globalbudgets aufgefangen werden. Da das Jugendleitbild noch nicht gestaltet und gedruckt wurde, sind geringere Dienstleistungen und Honorare notwendig. Zudem wurden Beiträge an Organisationen auf ein Minimum reduziert und die Rückzahlung der zweiten Darlehenstranche für die Vorfinanzierung von Swiss Diagnosis Related Groups (SwissDRG) konnte früher als geplant ausgerichtet werden.

3.4.2 Bildungsdepartement – Amt für Mittel- und Hochschulen

Kontoübertrag Fr. 223 570.--

Ausgangskonten

Kto-Nr.	Bezeichnung	2013 V	2013 R	Differenz	Übertrag
24 385 351 20	Hochschule Rapperswil, Betriebskostenbeitrag	3 016 800	2 826 429	190 371	190 371
24 330 365 00	Kantonsbeiträge an private Mittelschulen	12 513 100	12 294 658	218 442	33 199

Zielkonto

Kto-Nr.	Bezeichnung	2013 V	2013 R	Differenz	Übertrag
24 385 361 00	Universitätskantone	13 166 400	13 389 970	- 223 570	223 570

Im Jahr 2013 gab es mehr Studierende an den Universitäten als erwartet. Die dadurch höher ausfallenden Beiträge können innerhalb des Globalbudgets aufgefangen werden. Zum einen wurde für die Hochschule Rapperswil der Anteil am Ergebnis für das Jahr 2012 als Gutschrift rückvergütet. Zum anderen fallen die Beiträge für Schwyzer Schüler an privaten Mittelschulen geringer aus als budgetiert, da das Wachstum der Schülerzahlen weniger hoch ausgefallen ist, als ursprünglich angenommen.

Kontoübertrag Fr. 229 500.--

Ausgangskonten

Kto-Nr.	Bezeichnung	2013 V	2013 R	Differenz	Übertrag
24 385 351 10	Fachhochschule Zentralschweiz, Konkordatsbeitrag	4 800 000	4 608 584	191 416	191 416
24 330 365 00	Kantonsbeiträge an private Mittelschulen	12 513 100	12 294 658	218 442	38 084

Zielkonto

Kto-Nr.	Bezeichnung	2013 V	2013 R	Differenz	Übertrag
24 380 363 00	Beiträge an die Pädagogische Hochschule Schwyz	3 337 500	3 567 000	- 229 500	229 500

An der Pädagogischen Hochschule Schwyz sind ebenfalls mehr Studierende als erwartet zu verzeichnen. Der entstandene Mehraufwand kann wiederum mit einem Teil der tieferen Beiträge an private Mittelschulen kompensiert werden. Zudem konnten durch Sparmassnahmen im Kanton Luzern die Ausgaben gemindert werden. Dies hat tiefere Beiträge der Trägerkantone an die Fachhochschule Zentralschweiz zur Folge.

Kontoübertrag Fr. 137 246.--

Ausgangskonto

Kto-Nr.	Bezeichnung	2013 V	2013 R	Differenz	Übertrag
24 330 365 00	Kantonsbeiträge an private Mittelschulen	12 513 100	12 294 658	218 442	137 246

Zielkonto

Kto-Nr.	Bezeichnung	2013 V	2013 R	Differenz	Übertrag
24 330 361 10	Beiträge an ausserkantonale Schulen der Sekundarstufe II	368 800	506 046	- 137 246	137 246

Die Übernahme zusätzlicher Schulgelder ab August 2013, insbesondere im Bereich der Lehrpersonenbildung, führte zu höheren Beiträgen an ausserkantonale Schulen der Sekundarstufe II. Dieser Mehraufwand wird innerhalb des Globalbudgets mit einem weiteren Anteil der tiefer ausfallenden Beiträge an private Mittelschulen in Folge tieferer Schülerzahlen kompensiert.

Kontoübertrag Fr. 317 521.--

Ausgangskonten

Kto-Nr.	Bezeichnung	2013 V	2013 R	Differenz	Übertrag
24 390 363 00	Ergänzungspauschalen an PHZ Schwyz	710 000	437 525	272 475	272 475
24 300 301 00	Gehälter und Sozialzulagen	378 500	364 611	13 889	13 889
24 300 304 00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	37 900	30 071	7 829	7 829
24 330 365 00	Kantonsbeiträge an private Mittelschulen	12 513 100	12 294 658	218 442	9 913
24 xxx xxx xx	diverse kleine Kontoüberträge	164 300	150 885	13 415	13 415

Zielkonto

Kto-Nr.	Bezeichnung	2013 V	2013 R	Differenz	Übertrag
24 390 361 00	Konkordatsbeiträge	5 088 300	5 638 573	- 550 273	317 521

Deutlich mehr Lehramt-Studierende an den drei Pädagogischen Hochschulen verursachen höhere Konkordatsbeiträge als budgetiert. Der Kantonsrat genehmigte einen Nachkredit in Höhe von Fr. 208 318.-- zur Deckung dieses Mehraufwandes. Die verbleibende Differenz wird zum grössten Teil mit einer tiefer ausfallenden Ergänzungspauschale an die Pädagogische Hochschule kompensiert. Als Grundlage zur Berechnung der Ergänzungspauschale wurde bei der Budgetierung der Wert aus dem Jahr 2011 genommen. Weiter tragen tiefer anfallende Gehälter sowie die damit verbundenen Arbeitgeberbeiträge an die Pensionskasse zur Kompensation bei. Sodann wird ein weiterer Anteil der tieferen Beiträge an private Mittelschulen – in Folge tieferer Schülerzahlen – zur Deckung der Konkordatsbeiträge sowie eine Vielzahl an kleineren Überträgen aus diversen Konten des Amtes für Mittel- und Hochschulen herangezogen.

3.4.3 Bildungsdepartement – Amt für Berufsbildung

Kontoübertrag Fr. 1 115 000.--

Ausgangskonten

Kto-Nr.	Bezeichnung	2013 V	2013 R	Differenz	Übertrag
24 430 460 00	Bundesbeitrag	10 200 000	10 750 000	- 550 000	550 000
24 440 351 00	Beiträge an Besuch ausserkantonaler Berufsfachschulen	10 000 000	9 885 000	115 000	115 000
24 490 366 10	Stipendien	5 300 000	4 785 000	515 000	450 000

Zielkonto

Kto-Nr.	Bezeichnung	2013 V	2013 R	Differenz	Übertrag
24 440 351 30	Beiträge an höhere Berufsbildung und	5 250 000	6 365 000	- 1 115 000	1 115 000

Höhere Beiträge als budgetiert sind für die höhere Berufsbildung und Weiterbildung erforderlich, da die Zahl der Studierenden bei den Gesundheitsberufen, bei Berufen in Gastgewerbe und Hotellerie sowie bei den Vollzeit-Berufsmaturitäten stieg. Auch waren Tarifierungen in einigen Gesundheitslehrgängen zu verzeichnen. Dadurch stiegen die gebundenen Kosten gemäss den verschiedenen Schulgeldvereinbarungen. Diese können innerhalb des Globalbudgets aufgefangen werden. Durch den weiteren Anstieg der Gesamtlernendenzahl sind die Bundesbeiträge gestiegen. Da zwei Berufe neu am Berufsbildungszentrum Pfäffikon (BBZP) beschult werden, mussten weniger Lernende ausserkantonale beschult werden, was zu tieferen Beiträgen führt. Ferner ist ein leichter Rückgang der Stipendiengesuche und Verfügungen mit Anspruch auf Auszahlung zu verzeichnen sowie leicht tiefere Durchschnittsstipendien.

3.4.4 Finanzdepartement – Personalamt

Kontoübertrag Fr. 322 800.--

Ausgangskonto

Kto-Nr.	Bezeichnung	2013 V	2013 R	Differenz	Übertrag
27 120 305 00	Prämien Personalversicherungen	1 850 000	1 505 527	344 473	322 800

Zielkonten

Kto-Nr.	Bezeichnung	2013 V	2013 R	Differenz	Übertrag
27 120 307 10	Überbrückungsrenten	1 100 000	1 253 365	- 153 365	154 000
27 120 436 00	Rückvergütungen Unfallversicherungsprämien	76 000	44 791	31 210	32 000
27 120 436 10	Entschädigungen der Militär- und Unfallversicherungen	500 000	452 476	47 524	48 000
27 120 436 20	Erwerbsausfallentschädigungen wegen Militärdienst und Mutterschaft	550 000	461 184	88 816	88 800
		-	-		

Ein gestiegener Anspruch auf Überbrückungsrenten sowie der Rückgang von Rückvergütungen und Entschädigungen der Unfallversicherungen sowie der Erwerbsersatzleistungen führen zu einem Mehraufwand. Dieser Mehraufwand kann innerhalb des Globalbudgets mit tieferen Aufwendungen für die Personalversicherungen kompensiert werden. Die Kosten für die Unfallversicherung konnten mittels einer Neuausschreibung gesenkt werden.

3.4.5 Baudepartement – Tiefbauamt

Kontoübertrag Fr. 1 515 000.--

Ausgangskonto

Kto-Nr.	Bezeichnung	2013 V	2013 R	Differenz	Übertrag
28 230 314 30	Baulicher Unterhalt	8 000 000	6 400 000	1 600 000	1 515 000

Zielkonto

Kto-Nr.	Bezeichnung	2013 V	2013 R	Differenz	Übertrag
28 230 314 20	Betrieblicher Unterhalt	3 500 000	4 800 000	- 1 300 000	1 300 000
28 230 313 00	Betriebskosten Fahrzeuge, Maschinen und Geräte	870 000	1 085 000	- 215 000	215 000

Der intensive Winter verursachte einen beträchtlichen Mehraufwand beim Winterdienst und verursachte mehr Reparaturen und Unterhaltskosten an Fahrzeugen, Maschinen und Geräten. Da diese Mehraufwendungen früh absehbar waren, wurde im Laufe des Jahres 2013 beim baulichen Unterhalt, z.B. bei der Sanierung von Strassen und Kunstbauten, gespart.

3.4.6 Baudepartement – Hochbauamt

Kontoübertrag Fr. 110 000.--

Ausgangskonto

Kto-Nr.	Bezeichnung	2013 V	2013 R	Differenz	Übertrag
28 330 316 00	Mieten	6 800 000	6 537 535	262 465	110 000

Zielkonto

Kto-Nr.	Bezeichnung	2013 V	2013 R	Differenz	Übertrag
28 330 312 00	Energie, Wasser	950 000	1 057 415	- 107 415	110 000

Eine länger anhaltende Kälteperiode im Jahr 2013 hat einen höheren Verbrauch an Energie (Heizöl, Gas und Fernwärme) zur Folge und verursacht damit höhere Kosten. Im Gegensatz fielen die Mietzinsen infolge einer tieferen Mietzinststeuerung.

3.4.7 Sicherheitsdepartement – Amt für Militär, Feuer und Zivilschutz

Kontoübertrag Fr. 420 000.--

Ausgangskonto

Kto-Nr.	Bezeichnung	2013 V	2013 R	Differenz	Übertrag
25 910 362 00	Beiträge an Gemeinden für das Feuerlöschwesen	1 285 000	723 593	561 407	420 000

Zielkonten

Kto-Nr.	Bezeichnung	2013 V	2013 R	Differenz	Übertrag
25 910 319 00	Autobetriebskosten Feuer- und Chemiewehr	70 000	499 074	- 429 074	420 000

Im Jahr 2012 plante der Regierungsrat gestützt auf das Raum- und Ausrüstungskonzept für die Feuerwehren (RAK) die Ersatzbeschaffung eines Chemiewehrfahrzeuges für den Chemiewehrstützpunkt Schwyz. Die Kosten wurden mit dem Budget 2013 im Finanzplan 2014 eingestellt. Im Dezember 2013 hat der Regierungsrat einer vorgezogenen Ersatzbeschaffung zugestimmt. Der Vertrag wurde abgeschlossen und die Teilrechnungen ausgelöst. Zur Deckung des dadurch entstandenen Mehraufwandes im Jahr 2013 werden Beiträge der Gemeinden für das Feuerlöschwesen herangezogen. Diese wurden 2013 aufgrund von verschobenen, nicht eingereichten, jedoch geplanten und zugesicherten Mitteln nicht voll ausgeschöpft. Der Kontoübertrag wurde mit RRB Nr. 80/2014 bewilligt.

3.4.8 Sicherheitsdepartement – Kantonale Staatsanwaltschaft

Kontoübertrag Fr. 166 000.--

Ausgangskonten

von

Kto-Nr.	Bezeichnung	2013 V	2013 R	Differenz	Übertrag
25 300 301 00	Gehälter und Sozialzulagen	2 368 300	2 221 033	147 267	90 000
25 300 318 10	Zeugengelder, Expertisen und übrige Verfahrenskosten gem. StrafPO	635 000	558 006	76 994	76 000

Zielkonto

Kto-Nr.	Bezeichnung	2013 V	2013 R	Differenz	Übertrag
25 300 318 20	Honorare von Rechtsvertretern	330 000	495 006	165 006	166 000

Aufgrund von unvorhergesehenen Personalmutationen stellte sich der Personalaufwand 2013 als zu hoch budgetiert heraus. Die nicht steuerbaren Verfahrenskosten (Zeugengelder, Expertisen usw.) wurden unvorhergesehen nicht ausgeschöpft. Von den genannten Konti konnte deshalb das ebenfalls nicht beeinflussbare Konto "Honorare von Rechtsvertretern" ausgeglichen werden. Die entsprechenden Kontoüberträge wurden mit RRB Nr. 1264/2014 sowie mit RRB Nr. 102/2014 bewilligt.

4. Erläuterungen zur Investitionsrechnung

Die Investitionsrechnung 2013 schliesst mit Nettoinvestitionen von 52.7 Mio. Franken. Geplant waren 86.8 Mio. Franken. Zusätzlich bewilligte der Kantonsrat Nachkredite über 6.4 Mio. Franken. Die Nettoinvestitionen sinken gegenüber dem Vorjahr um 2.6 Mio. Franken bzw. 5% und 34.1 Mio. Franken bzw. 39% gegenüber dem Voranschlag. Verursacht wurde diese Abweichung hauptsächlich durch Einsprachen und erschwerte Umstände bei Landerwerben, was zu Projektverzögerungen führte.

Institutionelle Gliederung		RG2012	V2013	NK2013	RG2013	Abweichung zum Vorjahr		Abweichung zum Voranschlag	
In Fr. 1 000.--		Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%	Fr.	%
Gesamtübersicht	Ausgaben	91 784	125 727	6 436	87 997	- 3 787	-4%	- 37 730	-30%
	Einnahmen	36 476	38 939		35 296	- 1 180	-3%	- 3 643	-9%
	Nettoinvestition	55 308	86 788	6 436	52 701	- 2 607	-5%	- 34 087	-39%

4.1 Artengliederung: Ausgaben und Einnahmen

Die Nettoinvestitionen von 52.7 Mio. Franken setzen sich aus 88 Mio. Franken Ausgaben (geplant waren 125.7 Mio. Franken plus 6.4 Mio. Franken Nachkredite) und 35.3 Mio. Franken Einnahmen (geplant waren 39 Mio. Franken) zusammen.

4.1.1 Ausgaben

Die Ausgaben der Investitionsrechnung sanken gegenüber dem Vorjahr um 3.8 Mio. Franken bzw. um 4% auf 88 Mio. Franken. Die Abweichung zum Voranschlag 2013 beträgt 37.7 Mio. Franken bzw. 30%.

Artengliederung	RG2012	V2013	NK2013	RG2013	Abweichung zum Vorjahr		Abweichung zum Voranschlag	
In Fr. 1000.--	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%	Fr.	%
Sachgüter	57 436	75 364	5 514	51 471	- 5 965	- 10%	- 23 893	- 32%
Darlehen und Beteiligungen	891			579	- 312	- 35%	579	
Eigene Beiträge	26 128	41 592	921	29 767	3 639	14%	- 11 825	- 28%
Durchlaufende Beiträge	7 329	8 771		6 180	- 1 149	- 16%	- 2 591	- 30%
Total Ausgaben	91 784	125 727	6 435	87 997	- 3 787	- 4%	- 37 730	- 30%

Bei den Sachgütern wurde 23.9 Mio. Franken weniger investiert als im Voranschlag vorgesehen. Auch bei den eigenen Beiträgen an Bund, Kantone, Gemeinden und an private Institutionen wurden 11.8 Mio. Franken nicht ausgeschöpft.

4.1.2 Einnahmen

Die Einnahmen der Investitionsrechnung unterschritten die Erwartungen des Voranschlages um 3.6 Mio. Franken bzw. 9%.

Artengliederung	RG2012	V2013	NK2013	RG2013	Abweichung zum Vorjahr		Abweichung zum Voranschlag	
In Fr. 1000.--	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%	Fr.	%
Abgang von Sachgütern				714	714		714	
Rückzahlung von Darlehen	1 813	1 000		1 473	- 340	- 19%	473	47%
Rückerstattungen für Sachgüter	5 091	6 913		4 798	- 293	- 6%	- 2 115	- 31%
Rückzahlung von eigenen Beiträgen	78	19		18	- 60	- 77%	- 1	- 5%
Beiträge für eigene Rechnung	22 165	22 236		22 113	- 52	0%	- 123	- 1%
Durchlaufende Beiträge	7 329	8 771		6 180	- 1 149	- 16%	- 2 591	- 30%
Total Einnahmen	36 476	38 939		35 296	- 1 180	- 3%	- 3 643	- 9%

4.2 Institutionelle Gliederung: Departemente

Weniger wurde vor allem im Baudepartement investiert. Geplant waren 62.9 Mio. Franken. Umgesetzt werden konnten lediglich 41.4 Mio. Franken. Rund 3.9 Mio. Franken konnten durch das Umweltdepartement nicht realisiert werden. Diese Abweichung ist hauptsächlich auf Einsprachen und erschwerte Umstände bei Landerwerben zurückzuführen, was zu Projektverzögerungen führte. Anstelle der budgetierten 6.1 Mio. Franken Nettoinvestitionen für das Polycom Sicherheits-Funknetz, konnte das Sicherheitsdepartement eine kleine Desinvestition verbuchen.

Institutionelle Gliederung	RG2012	V2013	NK2013	RG2013	Abweichung zum Vorjahr		Abweichung zum Voranschlag	
In Fr. 1 000.--	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%	Fr.	%
Departement des Innern Nettoinvestition	2 528	2 967		1 395	- 1 133	- 45%	- 1 572	- 53%
Volkswirtschaftsdepartement Nettoinvestition	2 708	3 031		2 673	- 35	- 1%	- 358	- 12%
Bildungsdepartement Nettoinvestition	1 916	2 250		1 684	- 232	- 12%	- 566	- 25%
Sicherheitsdepartement Nettoinvestition	7 375	6 111						
Nettodesinvestition				78				
Baudepartement Nettoinvestition	36 019	62 901	6 392	41 415	5 396	15%	- 21 486	- 34%
Umweltdepartement Nettoinvestition	4 762	9 529	44	5 612	850	18%	- 3 917	- 41%

5. Erläuterungen zur Finanzierung

Die Staatsrechnung 2013 schliesst mit einem Finanzierungsfehlbetrag von 105.2 Mio. Franken ab. Dieser ist 3.2 Mio. Franken besser als budgetiert. Die vorhandenen liquiden Mittel konnten den Kapitalbedarf der Rechnungsperiode noch ohne Aufnahme von Fremdmitteln decken.

Übersicht in Fr. 1 000.--	RG2012		V2013		RG2013		Abweichung zum Vorjahr		Abweichung zum Voranschlag	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%	Fr.	%	
Finanzierung										
Nettoinvestitionen	55 308	86 788			52 701	- 2 607	- 5%	- 34 087	- 39%	
Abschreibungen	72 708	78 403			77 216	4 508	6%	- 1 187	- 2%	
Entnahmen Spezialfinanzierung	120	4			4	- 116	- 97%	0	0%	
Einlagen Spezialfinanzierung	4 934	720			10 981	6 047	100%	10 261	100%	
Aufwandüberschuss	94 820	100 668			140 662	45 842	48%	39 994	40%	
Finanzierungsfehlbetrag	72 606	108 337			105 170	32 564	45%	- 3 167	- 3%	

6. Erläuterungen zur Bestandesrechnung

Die Bilanzsumme sinkt in der Berichtsperiode um 165.5 Mio. Franken bzw. 23% von 895.9 Mio. Franken auf neu 730.4 Mio. Franken.

6.1 Aktiven

Der Fehlbetrag der Staatsrechnung 2013 lässt das Finanzvermögen des Kantons schrumpfen. Konnten per Ende 2012 659.1 Mio. Franken Finanzvermögen ausgewiesen werden, sind es per Ende 2013 noch 517.5 Mio. Franken. Dies entspricht einem Rückgang von 141.7 Mio. Franken.

Infolge tieferer Nettoinvestitionen sinkt das Verwaltungsvermögen um 23.8 Mio. Franken. Die Spezialfinanzierung der Strassenrechnung weist per Ende 2013 ein höheres Guthaben aus als im Vorjahr. Die Staatsrechnung schuldet der Strassenrechnung inzwischen 101.1 Mio. Franken. Per Ende 2013 sind 212.9 Mio. Franken an Verwaltungsvermögen bilanziert.

Bestandesrechnung	Bestand per 31. Dezember 2012		Bestand per 31. Dezember 2013		Abweichung zum Vorjahr	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
Finanzvermögen		659 149		517 490	- 141 659	-21%
Flüssige Mittel	292 242		107 381		- 184 861	-63%
Guthaben	353 341		395 579		42 238	12%
Anlagen	13 566		14 530		964	7%
Verwaltungsvermögen		236 715		212 897	- 23 818	-10%
Sachgüter	33 262		9 093		- 24 169	-73%
Darlehen und Beteiligungen	144 004		144 752		748	1%
Investitionsbeiträge	59 449		59 052		- 397	-1%
Total Aktiven		895 864		730 387	- 165 477	-23%

6.2 Passiven

Per Ende Jahr konnten sowohl die laufenden Verpflichtungen wie auch die mittel- und langfristigen Schulden reduziert werden. Hingegen stiegen die Verpflichtungen gegenüber den Spezialfinanzierungen.

Das Eigenkapital des Kantons Schwyz per 31. Dezember 2013 nimmt um den Aufwandüberschuss 2013 von 140.7 Mio. Franken auf neu 278.6 Mio. Franken ab.

Bestandesrechnung	Bestand per 31. Dezember 2012		Bestand per 31. Dezember 2013		Abweichung zum Vorjahr	
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	%
Fremdkapital		443 915		408 120	- 35 795	-8%
Laufende Verpflichtungen	288 686		258 972		- 29 714	-10%
Mittel- und Langfristige Schulden	133 923		126 782		- 7 141	-5%
Verpflichtungen für Sonderrechnungen	21 283		22 343		1 060	5%
Transitorische Passiven	23		23		0	0%
Spezialfinanzierungen		32 669		43 649	10 980	34%
Eigenkapital		419 280		278 618	- 140 662	-34%
Total Passiven		895 864		730 387	- 165 477	-23%

7. Kennzahlen

7.1 Überblick

Die folgende Tabelle zeigt Kennzahlen des Kantons Schwyz inklusive Veränderungen gegenüber dem Vorjahr im Überblick.

Kennzahlen	RG2012	RG2013	Abweichung zum Vorjahr	
	%	%	Fr.	%
Einwohner	149 236	150 863	1 627	1%
Selbstfinanzierungsanteil	- 2.2	- 6.3	- 4.1	186%
Zinsbelastungsanteil	- 5.5	- 5.3	0.2	-4%
Kapitaldienstanteil	1.8	2.4	0.6	33%
Nettovermögen je Einwohner	1 442.20	725.00	- 717.20	-50%

7.2 Einwohner

Im Kanton Schwyz lebten Ende 2013 total 150 863 Personen. Damit lag die Einwohnerzahl erstmals über 150 000. Das Wachstum gegenüber dem Vorjahr betrug 1%.

7.3 Selbstfinanzierungsanteil

Der Selbstfinanzierungsanteil in Prozenten charakterisiert die Finanzkraft und den finanziellen Spielraum. Er gibt an, welcher Anteil des Finanzertrages für die Finanzierung von neuen Investitionen eingesetzt wird. Je höher der Selbstfinanzierungsanteil, desto besser stehen die Möglichkeiten, neue Investitionen zu finanzieren bzw. Schulden abzubauen. Mit -6.3% hat sich der Selbstfinanzierungsanteil des kantonalen Haushalts gegenüber dem Vorjahr um 4.1% verschlechtert. Der Wert des Kantons Schwyz ist im Vergleich mit den Richtwerten der Konferenz der Kantonalen Finanzdirektoren (FDK) sehr tief. Ab 10% wird von einem genügenden Selbstfinanzierungsanteil gesprochen.

7.4 Zinsbelastungsanteil

Diese Kennzahl zeigt die Nettozinsen abzüglich Vermögenserträge im Verhältnis zum Finanzertrag. Damit wird ersichtlich, wie stark der Finanzertrag durch den Zinsaufwand belastet ist. Je tiefer der Wert, desto besser bzw. desto grösser der finanzielle Handlungsspielraum. Werte bis zu 4% sind gut bzw. bis zu 9% genügend. Da der Kanton keine Schulden hat, ist der Wert mit -5.3% negativ und somit als gut zu bezeichnen. Solange Aufwandüberschüsse zu verzeichnen sind, wird sich diese Kennzahl allerdings weiter negativ entwickeln.

7.5 Kapitaldienstanteil

Der Kapitaldienst wird in Prozenten des Finanzertrages dargestellt. Damit wird ersichtlich, wie stark die Ertragsseite durch Zinsdienst und Abschreibungen belastet ist. Je höher der Wert, desto höher die Verschuldung (Zinsbelastung) und/oder die Investitionstätigkeit (Abschreibungsbedarf). Werte bis 5% weisen auf eine geringe Belastung hin. Gemäss FDK-Richtwert gilt eine Kapitaldienstbelastung bis zu 15% als tragbar. Auch hier kann der Wert des Kantons mit 2.4% als gut bezeichnet werden. Die Tendenz ist allerdings abnehmend.

7.6 Nettovermögen je Einwohner

Das Nettovermögen (bzw. die Nettoschuld) je Einwohner dient als Gradmesser für die Verschuldung. Sie gibt die Differenz zwischen dem realisierbaren Finanzvermögen und dem Fremdkapital geteilt durch die Anzahl Einwohner an. Bei einem positiven Wert besteht ein Nettovermögen. Ist der Wert negativ, wird von einer Nettoschuld gesprochen. Die Abnahme des Werts ist auf den Aufwandüberschuss in der Staatsrechnung 2013 zurückzuführen. Mit Fr. 725.-- Nettovermögen je Einwohner schneidet der Kanton Schwyz im interkantonalen Vergleich relativ gut ab.

8. Erläuterungen zur Leistungserfüllung

Die folgende Gesamtübersicht zeigt, bei welchen Verwaltungseinheiten der Leistungsauftrag 2013 in Bezug auf die darin enthaltenen Zielsetzungen und Projekte nicht wie vorgegeben bzw. wie geplant eingehalten werden konnte.

Insgesamt 17 der 48 Verwaltungseinheiten konnten ihre Planungen in den Projekten und Zielsetzungen in den Produktgruppen für das Jahr 2013 einhalten bzw. uneingeschränkt erfüllen. Die aufgetretenen Abweichungen bei den anderen 31 Verwaltungseinheiten betreffen mehrheitlich nicht erreichte Zielsetzungen in den Produktgruppen, im Vergleich zum Vorjahr aber auch zunehmend nicht eingehaltene Planungen bei den Projekten. Die Anzahl der Abweichungen bei den Produktgruppen blieb mit 25 im Vergleich zum Vorjahr stabil. Bei den Projekten erhöhte sich die Anzahl der Abweichungen allerdings von 8 (2012) auf 14 (2013).

Sämtliche Abweichungen gegenüber den Zielsetzungen (Produktgruppen) und der Planungen (Projekte) sind im Rechenschaftsbericht detailliert kommentiert.

	Projekte	Produkte
Allgemeine Verwaltung		
Staatskanzlei	keine	○
Departement des Innern		
Departementssekretariat	keine	○
Amt für Gesundheit und Soziales	●	●
Volkswirtschaftsdepartement		
Departementssekretariat	○	○
Amt für Wirtschaft	○	●
Amt für Raumentwicklung	●	●
Amt für Migration	○	●
Amt für Arbeit	○	○
Amt für Landwirtschaft	○	●
Bildungsdepartement		
Departementssekretariat	●	○
Amt für Volksschulen und Sport	●	●
Heilpädagogisches Zentrum Innerschwyz	○	●
Heilpädagogisches Zentrum Ausserschwyz	○	○
Amt für Mittel- und Hochschulen	○	○
Kantonsschule Kollegium Schwyz	○	●
Kantonsschule Ausserschwyz	○	●
Amt für Berufsbildung	●	○
Berufsbildungszentrum Goldau	○	●
Berufsbildungszentrum Pfäffikon	○	○
Kaufmännische Berufsschule Schwyz	○	●
Kaufmännische Berufsschule Lachen	○	●
Amt für Berufs- und Studienberatung	○	○
Amt für Kultur	○	○
Sicherheitsdepartement		
Departementssekretariat	○	○
Rechts- und Beschwerdedienst	○	●
Oberstaatsanwaltschaft	○	○
Staatsanwaltschaft	keine	○
Jugendanwaltschaft	keine	○
Kantonspolizei	●	●
Amt für Justizvollzug	●	○
Amt für Militär, Feuer- und Zivilschutz	○	●
Finanzdepartement		
Departementssekretariat	●	●
Personalamt	keine	○
Finanzverwaltung	●	○
Steuerverwaltung	●	●
Amt für Informatik	●	○
Finanzkontrolle	keine	●
Baudepartement		
Departementssekretariat	keine	○
Tiefbauamt	●	●
Hochbauamt	○	●
Amt für öffentlichen Verkehr	●	●
Verkehrsamt	keine	●
Umweltdepartement		
Departementssekretariat	keine	●
Amt für Umweltschutz	○	○
Amt für Natur, Jagd und Fischerei	○	●
Amt für Wald und Naturgefahren	○	●
Amt für Wasserbau	●	○
Amt für Vermessung und Geoinformation	○	○
Projekte		Produktgruppen
○ alle Projekte gemäss Plan		○ alle Zielsetzungen eingehalten
● nicht alle Projekte gemäss Plan		● nicht alle Zielsetzungen eingehalten

9. Begrenzung des Aufwandüberschusses nach § 38 FHG

Gemäss § 38 Abs. 1 FHG darf der Aufwandüberschuss in der Laufenden Rechnung des Voranschlags unter Beibehaltung des Steuerfusses von 120% der einfachen Steuer für das Jahr 2013 den Betrag von 80 Mio. Franken bzw. für das Jahr 2014 den Betrag von 70 Mio. Franken nicht überschreiten. Gemäss § 38 Abs. 2 FHG hat der Regierungsrat im Falle eines höheren Fehl Betrags bewilligte Voranschlagskredite des Folgejahres in gleicher Höhe sofort und vorsorglich zu sperren. Der Kantonsrat entscheidet danach definitiv über die gesperrten Kredite (§ 38 Abs. 3 FHG). Angewandt auf das vorliegende Ergebnis der Staatsrechnung 2013 bedeutet die Umsetzung des Wortlautes gemäss § 38 Abs. 2 FHG, dass der Regierungsrat die Differenz zwischen 80 Mio. Franken und 140.7 Mio. Franken in der Laufenden Rechnung 2014 sofort und vorsorglich zu sperren hat. Der Sperrbetrag beläuft sich somit auf 60.7 Mio. Franken. Spätestens mit der Abnahme der Staatsrechnung 2013 würde der Kantonsrat definitiv über den Umfang der Kreditsperre entscheiden.

Der Regierungsrat hat eine Sperrung des Betrages von 60.7 Mio. Franken in der Laufenden Rechnung 2014 geprüft. Untersucht wurden dabei Möglichkeiten von Kreditsperrungen im Sachkostenbereich, bei spezifischen Einzelkonten mit grösseren Ausgabenpositionen, im Investitionsbereich sowie Sperrungen von bestehenden Staatsbeiträgen. Bei Letzterem stehen über Leistungsaufträge/-vereinbarungen getätigte Beiträge für übertragene kantonale Aufgaben an Dritte oder andere Gemeinwesen im Vordergrund. Die Prüfung der vorhandenen Möglichkeiten für Kreditsperrungen hat ergeben, dass eine Sperrung in dieser Grössenordnung faktisch nicht durchführbar ist. Bei der Konzeption des Sperrmechanismus war nicht von Sperrungen im Umfang von höheren zweistelligen Millionenbeträgen auszugehen. Zum Zeitpunkt der Einführung der Begrenzung des Aufwandüberschusses wurden aufgrund der damaligen finanzpolitischen Lage die Obergrenzen gemäss § 38 Abs. 1 festgelegt. Mit dem nun vorliegenden Rechnungsergebnis 2013 hat sich die finanzpolitische Lage dramatisch verschlechtert.

Der Regierungsrat kommt deshalb zum Schluss, dass der Kreditsperrmechanismus gemäss § 38 FHG aufzuheben ist. Dem Kantonsrat wird mit separatem Bericht und Vorlage ein entsprechender Antrag gestellt. Darin wird der Regierungsrat insbesondere auch auf die Auswirkungen einer Kreditsperrung eingehen und darlegen, dass diese aus Sicht des Regierungsrates im erforderlichen Umfang nicht verantwortbar wäre. Gleichzeitig wird die Stossrichtung des Regierungsrates aufgezeigt, wie – im Sinne von § 38 FHG – der Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung begrenzt bzw. abgebaut werden soll.

10. Beurteilung und Ausblick

10.1 Beurteilung

Die Staatsrechnung 2013 schliesst mit einem Aufwandüberschuss von 140.7 Mio. Franken und damit um 40 Mio. Franken schlechter ab, als im Voranschlag budgetiert. Zu berücksichtigen gelten die vom Kantonsrat bewilligten Nachkredite für das Jahr 2013 im Umfang von 16.3 Mio. Franken. Aber auch dann beträgt die Differenz zum Budget immer noch 23.7 Mio. Franken. Das Anfangs 2013 in einer Höhe von 419.3 Mio. Franken vorhandene Eigenkapital wird abgebaut und sinkt auf 278.6 Mio. Franken.

Der Aufwand fiel mit 1339.9 Mio. Franken im Vergleich zum Voranschlag um rund 14.4 Mio. Franken höher aus. Gegenüber dem Rechnungsjahr 2012 stieg er um 55.2 Mio. Franken bzw. 4%. Bereits im Vorjahr stieg der Aufwand um 68.7 Mio. Franken bzw. 6% und im Vorvorjahr um 78.3 Mio. Franken bzw. 7% an. Diese kontinuierlichen Aufwandsteigerungen sind der eigentliche Kern des Problems. Es gelang in den letzten Jahren nicht, diesen Trend zu brechen. Im-

merhin zeigt sich bei den durch den Kanton direkt beeinflussbaren Kontogruppen eine sehr gute Budgetdisziplin. Die Ausgaben beim Personalaufwand wurden gegenüber dem Voranschlag um 5.8 Mio. Franken bzw. 3% unterschritten. Beim Sachaufwand lag man um 6 Mio. Franken bzw. 7% unter dem budgetierten Wert und damit sogar 1.3 Mio. Franken bzw. 2% unter dem Rechnungswert 2012. Vorab sind es die Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung (insbesondere die NFA-Beiträge), welche für das Aufwandwachstum verantwortlich sind. Bereits im Vorjahr verzeichnete man in diesem Bereich die grösste Aufwandwachstumsrate.

Der Ertrag steigt gegenüber dem Vorjahr um 9.4 Mio. Franken bzw. 1% auf 1199.2 Mio. Franken. Dies ist deutlich weniger als die Aufwandseite, weshalb es auch zum grösseren Defizit kommt. Im Vergleich zum Voranschlag beträgt die Differenz auf der Ertragsseite insgesamt 25.6 Mio. Franken. Der Zuwachs an Steuererträgen betrug gegenüber dem Vorjahr lediglich 1.6 Mio. Franken. Entsprechend gross ist die Abweichung zum Voranschlag, welcher vorab von einem grösseren Wachstum bei den Einkommens- und Vermögenssteuern ausging. Gleiches gilt auch für die Erträge der direkten Bundessteuern. Die Gewinnzuweisung der Schwyzer Kantonalbank fiel tiefer als budgetiert aus. Die Vermögenserträge reduzierten sich somit. Die Beiträge für die eigene Rechnung konnten gesteigert werden. Grund dafür sind vorab höhere Bundesbeiträge für Migration und Nothilfe.

Die Nettoinvestitionen betragen 52.7 Mio. Franken und liegen somit 34.1 Mio. Franken bzw. 39% unter dem geplanten Wert von 86.8 Mio. Franken. Bereits im Vorjahr war dies der Fall. Im Jahr 2012 waren Nettoinvestitionen von 76.8 Mio. Franken geplant. Effektiv realisiert wurden lediglich 55.3 Mio. Franken. Künftig gilt es im Investitionsbereich realistischer zu planen, da durch die Natur der Sache immer von Einsparungen, erschwerten Umständen und Projektverzögerungen ausgegangen werden muss und das Gesamtvolumen aufgrund der Erfahrungen tiefer gehalten werden kann.

Die Beurteilung der Staatsrechnung 2013 zeigt, dass der Handlungsspielraum des Regierungsrats zur Identifikation von Potenzial zur Reduktion des Aufwandwachstums stark beschränkt ist. Mit dem Massnahmenplan 2011 und dem Entlastungsprogramm 2014–2017 (EP 14–17) hat man konsequent die Aufwandseite, so weit wie möglich, reduziert. Es sind aber letztlich vor allem die vom Regierungsrat nicht oder nur sehr schwer beeinflussbaren Aufwandkomponenten, welche kostentreibend sind. Spar- und Entlastungsmassnahmen werden durch dieses Aufwandwachstum immer wieder zunichtegemacht. Wenn nun – wie dieses Jahr – die Ertragsseite das Aufwandwachstum nicht auffangen kann, kommt es zum nun vorliegenden Defizit in dieser neuen Grössenordnung.

10.2 Ausblick

Die Vorgabe für den Finanzhaushalt lautet gemäss § 78 Abs. 1 der Kantonsverfassung vom 24. November 2010, SRSZ 100.100, KV, wie folgt *„Der Finanzhaushalt des Kantons, der Bezirke und Gemeinden ist gesetzmässig, sparsam, wirtschaftlich sowie auf Dauer ausgeglichen zu führen.“* Die mittelfristig ausgeglichene Rechnung ist ferner auch in § 4 FHG bzw. in § 18 des vom Kantonsrat beschlossenen neuen Finanzhaushaltsgesetzes verankert. Nachdem nun im fünften Jahr in Folge ein Defizit resultiert und dieses mit der vorliegenden Staatsrechnung in einer neuen Grössenordnung von 140 Mio. Franken zu liegen kommt, muss aus finanzpolitischer Sicht vor einem eigentlichen Kulminationspunkt gesprochen werden. Der Anteil des Defizits am Gesamthaushalt beträgt mehr als 10%. Auch wenn die Reserven des Kantons mit aktuell rund 280 Mio. Franken kurzfristig die Defizite auffangen können, ist es offensichtlich, dass der Ausgleich der Rechnung das prioritäre Ziel sein muss.

Mit den im Frühling 2014 zu behandelnden beiden Vorlagen „EP 14–17: Massnahmen in der Kompetenz des Kantonsrates“ (RRB Nr. 211/2014) und „Teilrevision des Steuergesetzes“

(RRB Nr. 1270/2013) kann der Finanzhaushalt um rund 70 Mio. Franken entlastet werden. Bereits beschlossen sind die entsprechenden EP 14–17-Massnahmen in der Kompetenz des Regierungsrates mit einem Entlastungspotenzial von rund 11 Mio. Franken. Die Einschnitte durch die Massnahmen des EP 14–17 sind erheblich und haben aus opfersymmetrischer Sicht einen sehr breiten Betroffenheitsgrad. Alle müssen demnach zum Rechnungsausgleich beitragen. Durch die Steuergesetz-Teilrevision erfolgt eine Anpassung der Ertragsseite, ohne dass dadurch die steuerliche Attraktivität generell beeinträchtigt wird. Auch wenn mit den beiden Vorlagen der kantonale Finanzhaushalt noch nicht ausgeglichen sein wird, sind es wichtige Elemente, die eine signifikante Entlastung bringen. Parallel zu den weiteren laufenden Umsetzungsarbeiten des EP 14–17 wird der Regierungsrat nun eine erste Prüfung einer generellen Steuerfusserhöhung vornehmen. Er ist sich dabei bewusst, dass der Wahrung der Steuerattraktivität für den Kanton eine elementare Bedeutung zukommt. Gleichzeitig offenbaren die aktuellen interkantonalen Vergleiche der Steuerausschöpfungsquoten aber auch, dass für den Kanton Schwyz mit dem schweizweit tiefsten Wert vom 12.7% (der Durchschnitt der Schweizer Kantone liegt bei 26.7%, der Durchschnitt der zehn NFA-Geberkantone bei 23.6% und der Durchschnitt der sechs Zentralschweizer Kantone bei 18.1%) ein gewisser Spielraum vorhanden ist.

11. Behandlung im Kantonsrat

11.1 Ausgabenbremse

Gemäss Ausgabenbremse in § 73 Abs. 3 der Geschäftsordnung für den Kantonsrat des Kantons Schwyz vom 28. April 1977, SRSZ 142.110, GOKR, gelten der Voranschlag, Kreditbeschlüsse und Erlasse des Kantonsrates, die für den Kanton Ausgaben von einmalig mehr als Fr. 125 000.-- oder wiederkehrend jährlich mehr als Fr. 25 000.-- zur Folge haben, als angenommen, wenn 60 Mitglieder zustimmen.

Der vorliegende Beschluss hat für den Kanton keine finanziellen Mehrausgaben zur Folge. Die Ausgabenbremse kommt deshalb nicht zur Anwendung. Für die Schlussabstimmung gilt das Einfache Mehr gemäss § 73 Abs. 1 GOKR.

11.2 Referendum

Gemäss § 34 der KV unterstehen:

- a) Erlass, Änderung und Aufhebung von Gesetzen;
- b) internationale und interkantonale Vereinbarungen mit Gesetzesrang;
- c) Ausgabenbeschlüsse über neue einmalige Ausgaben von mehr als 5 Mio. Franken und Ausgabenbeschlüsse über neue jährlich wiederkehrende Ausgaben von mehr als Fr. 500 000.--;

dem obligatorischen oder fakultativen Referendum.

Der vorliegende Beschluss hat keinen der in § 34 KV aufgeführten Gegenstände zum Inhalt und unterliegt somit nicht dem Referendum.

Beschluss des Regierungsrates

1. Dem Kantonsrat wird beantragt, die Staatsrechnung 2013 zu genehmigen und den Rechenschaftsbericht 2013 zur Kenntnis zu nehmen.

2. Zustellung: Mitglieder des Kantons- und des Regierungsrates; Departemente; Gerichte; Finanzverwaltung; Finanzkontrolle; Staatskanzlei (3).

Im Namen des Regierungsrates:

Walter Stählin, Landammann

Dr. Mathias E. Brun, Staatsschreiber

Kantonsratsbeschluss betreffend Staatsrechnung 2013

(Vom)

Der Kantonsrat des Kantons Schwyz,

gestützt auf § 53 der Kantonsverfassung vom 10. November 2010¹, § 28 des Gesetzes über den kantonalen Finanzhaushalt vom 22. Oktober 1986²,

nach Einsicht in Bericht und Vorlage des Regierungsrates,

beschliesst:

Die Staatsrechnung 2013 des Kantons Schwyz wird genehmigt.

Der Rechenschaftsbericht 2013 des Kantons Schwyz wird zur Kenntnis genommen.

¹ SRSZ 100.100.

² SRSZ 144.110.

Rechenschaftsbericht des Regierungsrates an den Kantonsrat 2013

Regierungsrat	39		
1. Regierungsprogramm 2013–2016	39	B. Laboratorium der Urkantone	54
2. Umsetzung Regierungsprogramm	39	C. Ausgleichskasse/Familienausgleichskasse/ IV-Stelle	54
3. Vertretung des Kantons nach innen und aussen	43	1. Übersicht	54
4. Aufsicht	45	2. Gesetzliche Bestimmungen der übertragenen Aufgaben	54
5. Preisverleihungen	45	3. Übertragene Aufgaben	54
Parlamentarische Vorstösse	45	D. Amt für Gesundheit und Soziales	55
1. Geplante Behandlung nicht fristgerecht beantworteter Vorstösse	45	1. Jahresrückblick	55
2. Erheblich erklärte Vorstösse, für deren Vollzug Fristerstreckung gewährt ist	45	2. Finanzen	55
3. Stand der Bearbeitung erheblich erklärter parlamentarischer Vorstösse	46	3. Projekte	56
4. Bericht zu erheblich erklärten Vorstössen	48	PG1: Soziale Sicherheit	56
		PG2: Medizinische Versorgung	57
		PG3: Übrige Gesundheitsversorgung	57
		E. Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz Innerschwyz	58
		Jahresrückblick	58
		1. Behörde und Behördensekretariat	58
		2. Amtsbeistandschaften	58
		F. Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz Ausserschwyz	58
		Jahresrückblick	58
		1. Behörde und Behördensekretariat	59
		2. Amtsbeistandschaften	59
		Volkswirtschaftsdepartement	61
		A. Departementssekretariat	61
		1. Jahresrückblick	61
		2. Finanzen	61
		3. Projekte	61
		PG1: Führungsunterstützung/Rechtsberatung	61
		PG2: Wohnbauförderung	61
		PG3: Grundstückerwerb durch Personen im Ausland	61
		B. Amt für Wirtschaft	62
		1. Jahresrückblick	62
		2. Finanzen	62
		3. Projekte	62
		PG1: Wirtschaftsförderung	63
		PG2: Regionalpolitik/Tourismus	63
		PG3: Wirtschaftsdaten	64
		PG4: Handelsregister	64
		C. Amt für Raumentwicklung	64
		1. Jahresrückblick	64
		2. Finanzen	64
		3. Projekte	65
		PG1: Kantonale Planung	65
		PG2: Ortsplanungen	65
		PG3: Baugesuchszentrale	66
		PG4: Rechtsberatung bei Bau- und Planungsfragen	66
Staatskanzlei	49		
A. Jahresrückblick	49		
B. Finanzen	49		
PG1: Führungsunterstützung	49		
PG2: Wahlen und Abstimmungen	49		
PG3: Information und Kommunikation	49		
PG4: Beglaubigungen	50		
PG5: Drucksachen und Verbrauchsmaterial	50		
C. Abstimmungen	50		
1. Eidgenössische Abstimmungen	50		
2. Kantonale Abstimmungen	51		
D. Wahlen	51		
E. Apostillen und Beglaubigungen	51		
F. Amtsblatt	51		
G. Sekretariat Kantonsrat	51		
H. Information	51		
Departement des Innern	53		
A. Departementssekretariat	53		
1. Jahresrückblick	53		
2. Finanzen	53		
PG1: Führungsunterstützung und Support	53		
PG2: Personenstand und Bürgerrecht	53		
Ordentliche Einbürgerung: Statistik	53		

Inhaltsverzeichnis

<hr/>		<hr/>	
D. Amt für Migration	66	D. Heilpädagogisches Zentrum Ausserschwyz	77
1. Jahresrückblick	66	1. Jahresrückblick	77
2. Finanzen	66	2. Finanzen	77
3. Projekte	66	3. Projekte	78
PG1: Einreise und Aufenthalt	66	PG1: Tagesschule	78
PG2: Abteilung Asylwesen	67	PG2: Integrierte Sonderschulung	78
PG3: Integration von Ausländerinnen und Ausländern	67		
PG4: Passbüro	67		
1. Statistische Angaben Einreise und Aufenthalt	67		
2. Statistische Angaben Asylwesen	68		
3. Statistische Angaben Passbüro	68		
<hr/>		<hr/>	
E. Amt für Arbeit	68	E. Amt für Mittel- und Hochschulen	78
1. Jahresrückblick	68	1. Jahresrückblick	78
2. Finanzen	68	2. Finanzen	78
3. Projekte	69	3. Projekte	79
PG1: Arbeitslosenversicherung/Stellenvermittlung	69	PG1: Mittelschulen	79
PG2: Arbeitsmarkt	69	PG2: Hochschulen	79
PG3: Arbeitsbedingungen	69	4. Schülerzahlen der Mittelschulen im Schuljahr 2013/14	79
PG4: Eichwesen	69	5. Maturitäts- und Fachmittelschulabschlüsse 2013	80
		6. Schwyzer Studierende an den universitären Hochschulen	80
		7. Schwyzer Studierende an den Fachhochschulen; Mitträgerschaft	80
		8. Auflösung Konkordat Pädagogische Hochschule Zentralschweiz (PHZ)	80
		9. Pädagogische Hochschule Schwyz (PHSZ)	81
<hr/>		<hr/>	
F. Amt für Landwirtschaft	70	F. Kantonsschule Kollegium Schwyz	82
1. Jahresrückblick	70	1. Jahresrückblick	82
2. Finanzen	70	2. Finanzen	82
3. Projekte	70	3. Projekte	82
PG1: Agrarmassnahmen und Bodenrecht	70	PG1: Ausbildung	82
PG2: Strukturverbesserungen	71	PG2: Betrieb/Infrastruktur	83
PG3: Beratung und Weiterbildung	71		
<hr/>		<hr/>	
Bildungsdepartement	73	G. Kantonsschule Ausserschwyz	83
A. Departementssekretariat	73	1. Jahresrückblick	83
1. Jahresrückblick	73	2. Finanzen	83
2. Finanzen	73	3. Projekte	83
3. Projekte	73	PG1: Ausbildung	83
PG1: Führungsunterstützung und Support	73	PG2: Betrieb/Infrastruktur	84
<hr/>		<hr/>	
B. Amt für Volksschulen und Sport	74	H. Amt für Berufsbildung	84
1. Jahresrückblick	74	1. Jahresrückblick	84
2. Finanzen	74	2. Finanzen	84
3. Projekte	74	3. Projekte	84
PG1: Qualitätssicherung Volksschulbildung	74	PG1: Berufliche Grundbildung	85
PG2: Rahmenbedingungen für die Volksschule	74	PG2: Höhere Berufsbildung und Weiterbildung	85
PG3: Sport	75	PG3: Ausbildungsbeiträge	85
4. Abteilung Schulpsychologie (ASP)	75	4. Lehrstellensituation	86
5. Sonderschulung und Behindertenfragen	75		
6. Abteilung Logopädie	75		
7. Schulentwicklung	76		
8. Schulbauten	76		
9. Schülerzahlen	76		
<hr/>		<hr/>	
C. Heilpädagogisches Zentrum Innerschwyz	76	I. Berufsbildungszentrum Goldau (BBZG)	86
1. Jahresrückblick	76	1. Jahresrückblick	86
2. Finanzen	76	2. Finanzen	86
3. Projekte	76	3. Projekte	86
PG1: Tagesschule	77	PG1: Ausbildung	87
PG2: Integrierte Sonderschulung	77	PG2: Betrieb/Infrastruktur	87
<hr/>		<hr/>	
		J. Berufsbildungszentrum Pfäffikon (BBZP)	88
		1. Jahresrückblick	88
		2. Finanzen	88
		3. Projekte	88
		PG1: Ausbildung	88
		PG2: Betrieb/Infrastruktur	89

K. Kaufmännische Berufsschule Schwyz	89	D. Staatsanwaltschaft	99
1. Jahresrückblick	89	1. Jahresrückblick	99
2. Finanzen	89	2. Finanzen	99
3. Projekte	89	PG1: Strafverfahren	99
PG1: Ausbildung	90	PG2: Abschluss Strafuntersuchung	100
		PG3: Anklageverfahren	100
L. Kaufmännische Berufsschule Lachen	90	E. Jugendanwaltschaft	100
1. Jahresrückblick	90	1. Jahresrückblick	100
2. Finanzen	90	2. Finanzen	100
3. Projekte	90	PG1: Strafuntersuchungen	100
PG1: Ausbildung	91	PG2: Vollzug von Entscheiden/Urteilen	100
M. Amt für Berufs- und Studienberatung	91	F. Kantonspolizei	100
1. Jahresrückblick	91	1. Jahresrückblick	100
2. Finanzen	91	2. Finanzen	101
3. Projekte	91	3. Projekte	101
PG1: Beratung	92	PG1: Gesamtsicherheit	102
4. Individuelle Beratung	92	PG2: Verkehrssicherheit	102
5. Orientierungen	92	PG3: Kriminalitätsbekämpfung	102
6. Informationsberatung	92	PG4: Grosseereignisse	102
N. Amt für Kultur	92	Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS)	102
1. Jahresrückblick	92	G. Amt für Justizvollzug	102
2. Finanzen	93	1. Jahresrückblick	102
3. Projekte	93	2. Finanzen	103
PG1: Kulturförderung	93	3. Projekte	103
PG2: Kulturpflege	93	PG1: Strafvollzug	103
		PG2: Kantonsgefängnis Biberbrugg	103
Sicherheitsdepartement	95	PG3: Bewährungsdienst Kanton Schwyz	103
A. Departementssekretariat	95	4. Strafvollzug	104
1. Jahresrückblick	95	5. Kantonsgefängnis	104
2. Finanzen	95	6. Bewährungsdienst	104
3. Projekte	95	H. Amt für Militär, Feuer- und Zivilschutz	104
PG1: Führungsunterstützung und Support	95	1. Jahresrückblick	104
PG2: Weitere übertragene Aufgaben	95	2. Finanzen	104
4. Morgarten 2015 – 700 Jahre Abenteuer Geschichte	96	3. Projekte	105
		PG1: Militär	105
B. Rechts- und Beschwerdedienst	96	PG2: Vorbeugender Brandschutz/Feuerpolizei/Störfall	105
1. Jahresrückblick	96	PG3: Abwehrender Brandschutz/Feuerwehrenspektorat	105
2. Finanzen	96	PG4: Zivilschutz	105
3. Projekte	96	PG5: Katastrophenhilfe	105
PG1: Rechtssetzung	96	PG6: Betrieb/Infrastruktur	106
PG2: Rechtspflege	96	Finanzdepartement	107
PG3: Rechtsberatung	97	A. Departementssekretariat	107
PG4: Aufsicht	97	1. Jahresrückblick	107
4. Wahlrecht für den Kantonsrat	97	2. Finanzen	107
5. Gleichstellung von Mann und Frau	98	3. Projekte	107
6. Betreibungs- und Konkurswesen	98	PG1: Führungsunterstützung	108
		PG2: Haushaltstrategie	108
C. Oberstaatsanwaltschaft	98	4. Finanzausgleich	108
1. Jahresrückblick	98		
2. Finanzen	98		
3. Projekte	98		
PG1: Leitung der Strafverfolgung im Kanton	98		

<hr/>	
B. Amt für Umweltschutz	131
<hr/>	
1. Jahresrückblick	131
2. Finanzen	131
3. Projekte	132
PG1: Gewässerschutz (GWS)	132
PG2: Umweltschutz (UWS)	133
<hr/>	
C. Amt für Natur, Jagd und Fischerei	133
<hr/>	
1. Jahresrückblick	133
2. Finanzen	133
3. Projekte	133
PG1: Natur- und Landschaftsschutz	134
PG2: Jagd und Wildtiere	134
PG3: Fischerei	134
<hr/>	
D. Amt für Wald und Naturgefahren	135
<hr/>	
1. Jahresrückblick	135
2. Finanzen	135
3. Projekte	135
PG1: Wald	136
PG2: Naturgefahren	136
PG3: Fuss- und Wanderwege	136
<hr/>	
E. Amt für Wasserbau	136
<hr/>	
1. Jahresrückblick	136
2. Finanzen	137
3. Projekte	137
PG1: Hochwasserschutz und Gewässerökologie	138
PG2: Wassernutzung	138
<hr/>	
F. Amt für Vermessung und Geoinformation	138
<hr/>	
1. Jahresrückblick	138
2. Finanzen	138
3. Projekte	139
PG1: Vermessung	139
PG2: Geoinformation	139
Nachführungsinfrastruktur AV SZ	139

Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Im Sinne von § 49 der Kantonsverfassung
erstatten wir Ihnen den Rechenschaftsbericht
über die Staatsverwaltung im Jahre 2013

Schwyz, im April 2014

Im Namen des Regierungsrates

Der Landammann: Walter Stählin
Der Staatsschreiber: Dr. Mathias E. Brun

Der Regierungsrat hat das Regierungsprogramm und den Finanzplan für die Jahre 2013–2016 vorgelegt. Auf dieser Grundlage will er die bisherige Erfolgsgeschichte des Kantons Schwyz weiterführen. Da im Berichtsjahr das Ziel einer ausgeglichenen Laufenden Rechnung nicht erreicht werden konnte, hat der Regierungsrat einen Aufgaben- und Verzichtsplan initialisiert. – Der Regierungsrat setzt sich zusammen mit den anderen Geberkantonen dafür ein, dass Fehlanreize im Nationalen Finanzausgleich (NFA) korrigiert werden und damit dieses nationale Solidaritätswerk optimiert werden kann.

1 Regierungsprogramm 2013–2016

Mit dem Regierungsprogramm legt der Regierungsrat alle vier Jahre die wesentlichen Ziele und Mittel des staatlichen Handelns fest. Gleichzeitig ist es auch ein Führungsinstrument, mit dem der Regierungsrat die Tätigkeit der kantonalen Verwaltung auf konkrete Ziele und Massnahmen ausrichten kann. Der Regierungsrat legte im Berichtsjahr das Regierungsprogramm und den Finanzplan für die Jahre 2013–2016 vor. Er bekennt sich darin zu einem qualitativen Wachstum, das die bisherigen Stärken weiterführt und gleichzeitig die Anforderungen an eine qualitativ hoch stehende Raumentwicklung erfüllt. Günstige Rahmenbedingungen sollen weiterhin das Nebeneinander von wirtschaftlicher Stärke und hoher Lebensqualität ermöglichen.

Der Regierungsrat will die Erfolgsgeschichte des Kantons Schwyz weiterführen. Das Regierungsprogramm und der Finanzplan 2013–2016 bilden dafür die Grundlage. Der Regierungsrat hat für die zentralen Erfolgsfaktoren – Staatsorganisation und Zusammenarbeit, Kanton Schwyz als Wohn-, Erholungs- und Lebensraum, finanzieller Handlungsspielraum und Verwaltungsführung sowie Bildung, Soziales und Wirtschaft – konkrete Ziele und Projekte definiert. Diese Vorgaben sollen sicherstellen, dass der Kanton Schwyz seine bisherige starke Stellung als leistungsfähiger Wirtschaftsstandort bei gleichzeitig hoher Lebensqualität beibehalten und gezielt ausbauen kann. Das Regierungsprogramm 2013–2016 beinhaltet folgende 14 Ziele und Projekte:

1. Neue Kantonsverfassung umsetzen
2. Innerkantonale Zusammenarbeit überprüfen
3. Föderale Strukturen stärken
4. Modellvorhaben zur Siedlungsentwicklung
5. Bereitstellen der Verkehrsinfrastruktur
6. Sichere Energieversorgung und sparsame Nutzung
7. Soziale Sicherheit gewährleisten
8. Staatshaushalt ausgleichen
9. Verwaltung konsolidieren und aktuelle Technologien nutzen
10. Wirksamkeit der NFA-Ausgleichszahlungen optimieren
11. Zugang für Unternehmen erleichtern
12. Strukturelle Arbeitslosigkeit bekämpfen
13. Versorgung der Wirtschaft mit Fachkräften sicherstellen
14. Pädagogische Hochschule Schwyz aufbauen und etablieren

Das Erreichen der gesetzten Ziele ist keineswegs selbstverständlich. Die nationalen und internationalen Rahmenbedingungen sind sehr anspruchsvoll. Sie verlangen nach einer vorsichtigen Planung und stellen auch hohe Anforderungen an die Flexibilität. Der Regierungsrat ist sich bewusst, dass er die im Regierungsprogramm formulierten Zielsetzungen nicht im Alleingang erreichen kann. Er ist auf die Unterstützung des Kantonsrats, der politischen Behörden auf Bezirks- und Gemeindeebene und vor allem auch der Bevölkerung im Kanton Schwyz angewiesen.

2 Umsetzung Regierungsprogramm

2.1 Neue Kantonsverfassung umsetzen

2.1.1 Anpassung der Gesetzsammlung

Die neue Kantonsverfassung vom 24. November 2010 ist am 1. Januar 2013 in Kraft getreten. Das geltende kantonale Gesetzes- und Verordnungsrecht bezog sich noch auf die alte Verfassung vom 23. Oktober 1898. Diese alte Kantonsverfassung ist – unter Vorbehalt von § 90 Abs. 3 KV – auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens der neuen Verfassung aufgehoben worden. Mit der Aufhebung der alten Verfassung ist die bisherige formelle und teils auch materielle Verfassungsgrundlage geltender Gesetze und Verordnungen beseitigt worden. Dieser Wechsel in der Verfassungsgrundlage musste auf der Stufe der Gesetzgebung berücksichtigt werden. Zwar blieben gemäss § 90 Abs. 1 KV alle beschlossenen Erlasse in Kraft. Auch wenn die unter der alten Kantonsverfassung erlassenen Verordnungen weiterhin gültig blieben, hat sich der Regierungsrat dafür entschieden, die Schwyzer Gesetzsammlung flächendeckend der neuen Kantonsverfassung anzupassen. Zu diesem Zweck hat er dem Kantonsrat im Berichtsjahr zwei entsprechende Vorlagen unterbreitet.

Mit einer ersten Vorlage bestimmte der Kantonsrat im ordentlichen Gesetzgebungsprozess, welche bisherigen Erlasse neu als Gesetze gelten. Dabei galt der Grundsatz: was bisher der Volksabstimmung unterbreitet werden konnte (Gesetze, gesetzvertretende Verordnungen, Verordnungen mit fakultativem Referendum), soll auch zukünftig einer Volksabstimmung unterstellt werden können und somit als Gesetz bezeichnet werden. Weiter wurden Bestimmungen über die Bezirke und Gemeinden aus der alten Kantonsverfassung ins Gemeindeorganisationsgesetz übernommen. Zudem gilt für alle Sachbereiche neu das Finanzreferendum, wie es in der neuen Kantonsverfassung enthalten ist. Sonderreferenden für Strassenbau und öffentlichen Verkehr entfallen.

Mit einer zweiten Vorlage ermächtigte der Kantonsrat den Regierungsrat, neben der Umbenennung von (gesetzesvertretenden) Verordnungen in Gesetze (z.B. Spitalgesetz) weitere rein formale und gesetzestechnische Anpassungen vorzunehmen.

Nachdem der Kantonsrat die beiden Vorlagen angenommen hatte, hat der Regierungsrat selbst gegen Ende des Berichtsjahres alle seine Vollzugserlasse ebenfalls der neuen Kantonsverfassung und dem geänderten Gesetzesrecht angepasst. Damit verfügt der Kanton Schwyz über eine formell aktualisierte und mit der neuen Kantonsverfassung übereinstimmende Gesetzsammlung.

2.1.2 Wahlverfahren des Kantonsrates

Die Bundesversammlung hat im März 2013 die neue Kantonsverfassung mit Ausnahme des Wahlverfahrens für den Kantonsrat gewährleistet. Nach der Nichtgewährleistung von § 48 Abs. 3 KV und der Aufhebung der alten Kantonsverfassung besteht für die Mandatsverteilung für die Kantonsratswahlen 2016 keine rechtliche Grundlage mehr. Damit für die Kantonsratswahlen 2016 rechtzeitig die nötigen Rechtsgrundlagen geschaffen werden können, hat der Regierungsrat den Parteien und politisch Interessierten verschiedene Wahlmodelle bis Ende August zur Vernehmlassung vorgelegt. Die Auslegeordnung beinhaltete acht Modelle. Diese Modelle umfassten neben dem Majorzverfahren (in den Gemeinden oder grösseren Wahlkreisen) zwei Mischsysteme von Majorz und Proporz, aber auch Proporzahlen im ganzen Kanton oder in ähnlich grossen Wahlkreisen. Weiter wurden auch das System der Wahlkreisverbände und des doppelproportionalen Wahlverfahrens aufgeführt. Der Regierungsrat hat noch im Berichtsjahr das Vernehmlassungsergebnis zur Kenntnis genommen und die weiteren Arbeiten in Auftrag gegeben.

2.2 Innerkantonale Zusammenarbeit überprüfen

Im Oktober 2012 stellte der Bezirksrat Schwyz eine von ihm in Auftrag gegebene Studie vor, welche zum Schluss kam, dass sich die Schwyzer Bezirke als Träger für überkommunale, regionale Aufgaben eignen. Dies unter der Voraussetzung, dass eine Umverteilung von Aufgaben auf Kanton, Bezirke und Gemeinden sowie eine Neugliederung in drei Bezirke erfolgt.

Die Optimierung der Behördenorganisation auf allen Stufen ist eine Daueraufgabe. Der Regierungsrat wollte vor einer allfälligen Inangriffnahme eines neuerlichen Projekts der regionalen Aufgabenerfüllung klären, ob eine Reform der Aufgabenteilung und der Gliederung des Kantons und mögliche Lösungsansätze Unterstützung finden. Er hat deshalb im Berichtsjahr das Sicherheitsdepartement ermächtigt, bei den Bezirks- und Gemeinderäten sowie bei den politischen Parteien eine Umfrage zur Trägerschaft für Aufgaben in den Regionen des Kantons durchzuführen.

2.3 Föderale Strukturen stärken

2.3.1 Integrierte Psychiatrie Uri, Schwyz und Zug

Das Projekt «Integrierte Psychiatrie Uri, Schwyz und Zug» wird auf das Jahr 2016 zusammen mit dem Kauf der Psychiatrischen Klinik Zugersee umgesetzt. Dazu werden die ambulanten bzw. sozialpsychiatrischen Dienste in den drei Kantonen sowie die Psychiatrische Klinik Zugersee in einer Organisation zusammengefasst. Betroffen sind namentlich der Sozialpsychiatrische Dienst Uri, der Sozialpsychiatrische Dienst des Kantons Schwyz, der Kinder- und Jugendpsychiatrische Dienst Schwyz, die Ambulanten Psychiatrischen Dienste des Kantons Zug sowie die Psychiatrische Klinik Zugersee. Die bestehenden Standorte bleiben erhalten.

Die drei Regierungen haben im Berichtsjahr beschlossen, die integrierte Versorgung weiterzuverfolgen. Die Psychiatrieplanung der Kantone Uri, Schwyz und Zug hat nebst gewissen Versorgungslücken gezeigt, dass insgesamt mit einem deutlich steigenden Bedarf an Psychiatrieleistungen zu rechnen ist. Dieser Nachfragedruck und das resultierende Kostenwachstum stellen für die Kantone eine grosse Herausforderung dar. Mit einer integrierten Versorgung soll einerseits das Kostenwachstum gesteuert werden und andererseits für alle drei Kantone ein breites und qualitativ hoch stehendes Angebot zur Verfügung stehen, das sie für sich alleine so nicht anbieten könnten. Zudem ist eine enge Kooperation von ambulanten und stationären Behandlungsangeboten auch für die Patientinnen und Patienten von grossem Vorteil. Dass drei Kantone ihre Psychiatrieversorgung zusammenlegen, hat Vorbildcharakter. Denn die Gesundheitspolitik der Zukunft muss über die Kantonsgrenzen hinausdenken. Gemeinsam kommen Uri, Schwyz und Zug auf ein Einzugsgebiet von rund 300 000 Personen. Das ist eine ideale Grösse, um ein effizientes und hoch stehendes Psychiatrieangebot bereitzustellen.

2.3.2 Beziehungspflege

Der Regierungsrat hat sich in der laufenden Legislatur zum Ziel gesetzt, seine Beziehungen nach aussen und nach innen stärker zu pflegen. Als symbolisches Zeichen dieser Beziehungspflege will der Regierungsrat in jedem Bezirk im Kanton einmal eine Sitzung abhalten. Im Berichtsjahr hat er zwei Sitzungen extra muros durchgeführt. Im Frühjahr beim Bezirk March in Lachen und im Herbst beim Bezirk Einsiedeln.

Im Mai traf sich der Regierungsrat mit dem Regierungsrat des Kantons Uri zu einem Arbeitessen. Im September war der Regierungsrat zu Gast beim Staatsrat des Kantons Wallis.

2.4 Modellvorhaben zur Siedlungsentwicklung

Am 15. Juni 2012 beschlossen die Eidgenössischen Räte eine Teilrevision des Raumplanungsgesetzes als indirekten Gegenvor-

schlag zur Eidgenössischen Volksinitiative «Raum für Mensch und Natur (Landschaftsinitiative)». In der Referendumsabstimmung vom 3. März 2013 wurde die Revision mit grossem Mehr angenommen. Das neue Bundesrecht, das voraussichtlich im Frühjahr 2014 in Kraft treten soll, verlangt von den Kantonen, Bauzonen auf den voraussichtlich innert 15 Jahren benötigten Bedarf zu begrenzen, vorhandenes Bauland besser zu nutzen, Massnahmen zu treffen gegen die Baulandhortung und überdimensionierte Bauzonen zu verkleinern. Das neue Gesetz verlangt zudem von den Kantonen eine Anpassung der Richtpläne. Neu ist im Richtplan festzulegen, wie der Kanton sich räumlich entwickeln soll.

Der Regierungsrat hat sich im Berichtsjahr an einer Klausur über die anstehenden Anpassungen beim Planungs- und Baugesetz (PBG) informieren lassen. Er hat das Volkswirtschaftsdepartement beauftragt, ihm aufzuzeigen, wie das kantonale Recht und der kantonale Richtplan am besten angepasst werden können.

Mit dem revidierten Raumplanungsgesetz werden die Kantone und Gemeinden angehalten, Vorkehrungen zur Baulandmobilisierung zu treffen. Damit ist langfristig mit einer besseren Verfügbarkeit von Industrie- und Gewerbeland zu rechnen. Auch das revidierte Raumplanungsgesetz erlaubt weiterhin die bedarfsgerechte Ausscheidung von Arbeits- und Wohnzonen. Voraussetzung ist aber ein innerhalb von fünf Jahren vom Bund genehmigter Richtplan. Um der fortschreitenden Zersiedelung entgegenzuwirken, sind die vorhandenen Siedlungsflächenpotenziale (Baulandreserven, Brachen, unternutzte Bauzonen) vorab konsequent im Sinne einer Entwicklung nach innen zu nutzen. Bereits heute haben einige Gemeinden ihre Baureglements entsprechend angepasst und damit eine verstärkte bauliche Innenentwicklung eingeleitet.

Im Rahmen der periodischen Aktualisierung des Richtplanes erfolgte die Richtplananpassung Materialbewirtschaftung Höfe. Im Laufe des Jahres 2012 hat dazu eine breite Mitwirkung stattgefunden. Der Regierungsrat hat im Berichtsjahr die Richtplananpassung Materialbewirtschaftung Höfe zuhanden des Kantonsrates verabschiedet.

Im Jahr 2004 hat der Regierungsrat die kantonale Naturgefahrenstrategie verabschiedet, die unter anderem die Ausarbeitung flächendeckender Gefahrenkarten vorsah. Diese Naturgefahrenkarten konnten fristgerecht abgeschlossen werden. Im Berichtsjahr hat der Regierungsrat den Schlussbericht zur Kenntnis genommen. Darin wird dargelegt, dass der Kostenrahmen von 3.3 Mio. Franken eingehalten werden konnte und der Kanton Schwyz heute für alle Gemeinden über flächendeckende Naturgefahrenkarten verfügt, welche einen sehr hohen Qualitätsstandard ausweisen, bei den Behörden sowie der Bevölkerung akzeptiert und fachlich einwandfrei abgestützt sind.

2.5 Bereitstellen der Verkehrsinfrastruktur

Voraussichtlich Mitte 2014 wird die Durchmesserlinie in Zürich eröffnet. Das hat Auswirkungen auf das gesamte S-Bahn-Netz Zürich. Im Kanton Schwyz sind grössere Anpassungen vor allem in der March notwendig. Deshalb hat der Regierungsrat das Grundangebot des regionalen öffentlichen Verkehrs für die Jahre 2012–2015 angepasst und im Berichtsjahr dem Kantonsrat zur erneuten Beschlussfassung vorgelegt. Damit die S-Bahn Zürich als Gesamtkonzept funktionieren kann, waren grössere Anpassungen am Erschliessungskonzept und an den Fahrplänen notwendig. Die Fahrzeiten der S8 und der S2 werden sich um einige Minuten verschieben. Zudem hält die S2 künftig nicht mehr in Schübelbach-Buttikon, Reichenburg und Bilten. Mit zusätzlichen Buskursen und einem Bahnhuttle in der Obermarch will der

Regierungsrat aber die heutige Anschlussqualität gewährleisten. Beim Glarner Sprinter und beim Interregiozug Zürich–Chur konnte das Angebot leicht verbessert werden. Fahrplananpassungen waren auch bei der Schweizerischen Südostbahn und bei den Buskonzepten Höfe sowie Einsiedeln–Ybrig notwendig. Der Regierungsrat hat die Bezirke und Gemeinden im betroffenen Gebiet frühzeitig über die Anpassungen am Angebot des öffentlichen Verkehrs informiert und deren Anregungen soweit als möglich berücksichtigt.

Weil der Zustand der Wägitalerstrasse bezüglich Sicherheit verschiedene Schwachstellen aufgewiesen hatte, beantragte der Regierungsrat dem Kantonsrat einen Verpflichtungskredit in der Höhe von 9.35 Mio. Franken, um die Strasse auf einer Länge von rund 600 Metern auszubauen. Das Kraftwerk Wägital wird sich mit 1.45 Mio. Franken an den Kosten beteiligen.

Weiter hat der Regierungsrat im Berichtsjahr eine Aussprache über ein Konzept Langsamverkehr geführt und vertiefende Abklärungen (insbesondere in den Bereichen Fuss- und Wanderwege sowie Velofahren) in Auftrag gegeben.

2.6 Sichere Energieversorgung und sparsame Nutzung

Die Energiestrategie 2050 des Bundes, die den vollständigen Ausstieg aus der Atomenergie vorsieht, schafft auch neue Rahmenbedingungen für die kantonale Energiepolitik. Im Berichtsjahr hat sich der Regierungsrat mehrmals mit der Erarbeitung einer kantonalen Energiestrategie beschäftigt. Die Publikation ist im Folgejahr vorgesehen.

2.7 Soziale Sicherheit gewährleisten

2.7.1 Einführung des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts

Die Neuorganisation des Kindes- und Erwachsenenschutzes ist auf den 1. Januar 2013 in Kraft getreten. Mit der Einführung des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts und der neuen Strukturen hat die Zahl der Verfahren gegenüber dem alten Vormundschaftsrecht massiv zugenommen. Der Kanton Schwyz steht mit diesem Problem nicht alleine da. Rückmeldungen aus anderen Kantonen sowie Berichte in den Medien zeigen auf, dass sich die Situation in der ganzen Schweiz ähnlich präsentiert. Über die Gründe kann nur spekuliert werden. Es bestehen Mutmassungen, dass sich die Menschen eher wagen, potenzielle Gefährdungen im eigenen Umfeld zu melden, seit sie die Meldung nicht mehr in der eigenen Gemeinde abgeben müssen. Zudem erweckt die neue Bezeichnung «Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde» den Eindruck für Zuständigkeiten, die das Gesetz gar nicht vorsieht. Offenbar sind auch die fachlichen und sachlichen Anforderungen, die vom neuen Bundesrecht ausgehen, schweizweit unterschätzt worden.

Der Regierungsrat hat im Berichtsjahr die Lage beurteilt und kam zum Schluss, dass die personellen Mittel bei den KESB und den dazugehörigen Behördensekretariaten schlichtweg nicht ausreichen, um die Aufgaben gemäss Bundesrecht zu erfüllen. Um die wichtige Aufgabe gesetzeskonform erfüllen zu können, hat der Regierungsrat zusätzliche personelle Ressourcen im Umfang von gesamthaft 12.9 Vollzeitstellen für die KESB und deren Behördensekretariate bewilligt. Davon sind 5.2 Vollzeitstellen auf drei Jahre befristet. Mit der teilweisen Befristung der Stellen wollte sich der Regierungsrat den Handlungsspielraum offen lassen, bei einer allfälligen Entspannung der Situation Stellen abbauen zu können.

2.7.2 Sozialhilfeverordnung

Der Kantonsrat hat im Frühjahr die Vorlage zur Teilrevision des Gesetzes über die Sozialhilfe verabschiedet. Für den Vollzug hat der Regierungsrat gegen Jahresende die nötigen Anpassungen

auf Verordnungsstufe rechtzeitig vorgenommen, sodass sie zum Jahreswechsel in Kraft gesetzt werden können. Geregelt wurden insbesondere der Datenaustausch, die Finanzierung von Spezialdiensten und die Missbrauchsbekämpfung. Der Datenaustausch zwischen den Behörden wird ermöglicht, wenn die Antragstellende Person ihren Auskunft- und Mitwirkungspflichten nicht oder nur unzureichend nachkommt. Bei Verdacht auf Sozialhilfemissbrauch können neu auch Drittpersonen (z.B. Sozialinspektoren) mit der Sachverhaltsabklärung beauftragt werden. Zusätzlich wurden eine Strafbestimmung und eine Regelung über Kürzung und Einstellung der wirtschaftlichen Sozialhilfe in das Gesetz und die Verordnung aufgenommen. Spezialdienste ergänzen die Sozialberatung mit spezifischem Fachwissen und bieten ihre Beratungsdienstleistung auch den betroffenen Personen an. Sie unterstützen und entlasten damit die Sozialdienste der Gemeinden. Neu werden die Zuständigkeit und die Finanzierung der verschiedenen Spezialdienste geregelt.

2.8 Staatshaushalt ausgleichen

2.8.1 Staatsrechnung 2012

Der Regierungsrat hat im Berichtsjahr die Staatsrechnung 2012 zuhänden des Kantonsrates verabschiedet. Bei einem Aufwand von 1.285 Mrd. Franken und einem Ertrag von 1.190 Mrd. Franken schloss die Staatsrechnung 2012 mit einem Aufwandüberschuss von 94.8 Mio. Franken. Der Kanton Schwyz investierte netto 55.3 Mio. Franken. Das Eigenkapital sank um den Aufwandüberschuss auf 419.3 Mio. Franken. Das Ziel, eine ausgeglichene laufende Rechnung ausweisen zu können, ist noch nicht erreicht. Der Regierungsrat hat deshalb im Berichtsjahr einen Aufgaben- und Verzichtsplan initialisiert.

2.8.2 Massnahmen Entlastungsprogramm 2014–2017

Der Regierungsrat hat im Vorjahr den Auftrag zum Entlastungsprogramm 2014–2017 erteilt und über 100 Sparmassnahmen näher prüfen lassen. Dabei wurden sämtliche Aufgaben und Leistungen kritisch geprüft und beurteilt, auf welche verzichtet bzw. welche reduziert werden können. Im Berichtsjahr hat der Regierungsrat den Beschluss gefasst, von den über 100 erarbeiteten und geprüften Entlastungsmassnahmen 70 Massnahmen weiterzuverfolgen und detailliert zu prüfen.

Die Einnahmeseite soll ebenfalls optimiert werden. Mittels einer im Berichtsjahr in Auftrag gegebenen Steuergesetzrevision sollen die Möglichkeiten von Mehrerträgen in Steuerteilbereichen ausgelotet bzw. ausgeschöpft werden.

Die finanzielle Wirkung dieses Massnahmenpakets des Entlastungsprogramms 2014–2017 wurde auf rund 20 bis 30 Mio. Franken geschätzt. Übergeordnete strategische Zielsetzung der Steuergesetz-Teilrevision bleibt der Erhalt der Steuerattraktivität im interkantonalen Vergleich, um die Ertragsbasis langfristig zu sichern.

2.8.3 Voranschlag 2014 und Finanzplan 2015–2017

Der Regierungsrat hat den Voranschlag 2014 zuhänden des Kantonsrates verabschiedet. Die laufende Rechnung weist einen Aufwandüberschuss von 97 Mio. Franken aus. Erträge von 1265 Millionen stehen Aufwänden von 1362 Millionen Franken gegenüber. Auch im Berichtsjahr belastet der Nationale Finanzausgleich (NFA) den Staatshaushalt erheblich. Der Regierungsrat strebt in Zusammenarbeit mit den anderen NFA-Geberkantonen eine Justierung des Systems des Nationalen Finanzausgleichs an.

2.8.4 Finanzhaushaltsgesetz

Der Regierungsrat hat im Berichtsjahr ein neues Gesetz über den kantonalen Finanzhaushalt zuhänden des Kantonsrates verabschiedet. Das Gesetz strebt eine umfassende, abgestimmte, wirt-

schaftliche und wirkungsvolle Steuerung der Finanzen und der Leistungen des Kantons an. Die Vorlage wurde im Vernehmlassungsverfahren gut aufgenommen und in der Novembersession des Kantonsrates verabschiedet. Neue Rechnungslegungsvorschriften sorgen für ein transparentes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Kantons. Ausserdem soll es eine wichtige Grundlage für einen längerfristigen ausgeglichenen Haushalt bilden.

2.9 Verwaltung konsolidieren und aktuelle Technologien nutzen

Die Informatik gehört heute nach den Mitarbeitenden zu den wichtigsten Instrumenten zur Erfüllung der behördlichen Leistungen. Die Verwaltungsaktivitäten verlangen nach einer breiten Nutzung und setzen eine hohe Verfügbarkeit der Informatikmittel voraus. Diese Umstände erfordern ein Regelwerk, das diesen Ansprüchen in adäquater Weise gerecht wird. Die Rechte und Pflichten der Benutzer und der Verwaltungseinheiten einerseits und die Verantwortlichkeiten der IKT-Leistungserbringer andererseits hat der Regierungsrat in den so genannten IKT-Weisungen vorgegeben. Verschiedene Entwicklungen haben den Regierungsrat im Berichtsjahr veranlasst, eine Revision der Weisungen in Auftrag zu geben.

So gilt es, mit dem technologischen Fortschritt mitzuhalten und die sich wandelnden Rahmenbedingungen (Mobile Computing, Cloud-Dienste, Social-Media) zu berücksichtigen.

Wegen des steigenden Kostendrucks sollen die IKT-Dienstleistungen stärker standardisiert und die IKT-Organisation optimiert werden. Schlussendlich sind auch die Erkenntnisse aus der Aufarbeitung des Justizstreites in den IKT-Weisungen zu berücksichtigen.

2.10 Wirksamkeit der NFA-Ausgleichszahlungen optimieren

Im Berichtsjahr fand die Anhörung über den Finanzausgleich 2014 zwischen Bund und Kantonen statt. Aus den Anhörungsunterlagen ging hervor, dass der Ressourcenindex des Kantons Schwyz von 157.1 auf 158.9 steigen wird. Diese Veränderung hat zur Folge, dass die NFA-Gesamtbelastung auf 142.6 Mio. Franken steigen wird. Im Rahmen der Anhörung hat der Regierungsrat seine Besorgnis über die Entwicklung der NFA-Zahlungen geäussert. Er hat darauf hingewiesen, dass die Gesamtbelastung des NFA-Ressourcenausgleichs mehr als einem Zehntel des Gesamtaufkommens des Schwyzer Staatshaushalts entspricht. Deshalb hat der Regierungsrat eine Beschränkung der Beitragslast der Geberkantone verlangt. Er warnte vor der Gefahr, dass die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Geberkantone in einem solchen Ausmass beeinträchtigt werden könnte, dass die Schweizer Volkswirtschaft als Ganzes Schaden nehmen könnte. Dies widerspräche einem wichtigen Ziel des NFA, der Erhaltung der steuerlichen Wettbewerbsfähigkeit der Kantone im nationalen und internationalen Verhältnis. Weiter hat sich der Regierungsrat für Optimierungen der Wirksamkeit des Ressourcenausgleichs eingesetzt und auf die vom Kanton Schwyz in diesem Zusammenhang eingereichte Standesinitiative zur Einführung einer neutralen Zone aufmerksam gemacht. Die Veränderung der NFA-Beiträge des Kantons Schwyz hängen nicht nur von der Veränderung des eigenen Ressourcenpotenzials ab, sondern auch von der Entwicklung der Ressourcenpotenziale anderer Geberkantone. Der Finanzierungsmechanismus des Ressourcenausgleichs ist in der heutigen Form so konstruiert, dass eine Reduktion des Ressourcenpotenzials bei einem Geberkanton zu Zahlungsbelastungen bei anderen Geberkantonen führt. So ergibt sich die Situation, dass der Kanton Schwyz stark steigende Beiträge leisten muss, deren Ursachen nicht ausschliesslich auf das effektive Wachstum seines Ressourcenpotenzials zurückzuführen sind. Der Regierungsrat setzte sich im Sinne der Systemlogik und Transparenz dafür ein, dass die Höhe der Beitragszahlungen in

den Ressourcenausgleich von der Entwicklung der eigenen tatsächlichen Ressourcenstärke abhängig ist und nicht von Entwicklungen anderer Geberkantone.

2.11 Zugang für Unternehmen erleichtern

Mit einem gezielten Ausbau des Dienstleistungsangebots der Kantonsverwaltung soll der Zugang zum Standort Kanton Schwyz für interessierte Unternehmen weiter verbessert werden. Im Berichtsjahr wurde der «One Stop Shop» im Amt für Wirtschaft kontinuierlich ausgebaut. Ziel war es, dass Firmen für ihre diversen Anliegen einen Ansprechpartner im Kanton haben. In Ansiedlungsfragen hat die Wirtschaftsförderung das Netzwerk an Mittlern im vergangenen Jahr ausgebaut. Die erweiterten Kontakte zu nationalen und internationalen Anwalts- und Treuhandkanzleien dienen als Eingangstor für Ansiedlungen ausländischer Firmen. Zu ansässigen Firmen vertiefte die Wirtschaftsförderung den Kontakt mit Unternehmensfrühstücken in allen Bezirken. Schliesslich war der Kanton an der Neupositionierung des Technologiezentrums Schwyz stark beteiligt. Das Technologiezentrum führte zusammen mit dem Amt für Wirtschaft eine Reihe Innovationsveranstaltungen durch, an denen durchschnittlich über 50 Firmen teilnahmen.

2.12 Strukturelle Arbeitslosigkeit bekämpfen

Mit dem gezielten und effizienten Einsatz der Vollzugsstrukturen der Arbeitslosenversicherung wird die strukturelle Arbeitslosigkeit wirkungsvoll bekämpft. Die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren Goldau und Lachen haben in ihrer Beratungs- und Vermittlungstätigkeit und dem Einsatz von arbeitsmarktlichen Massnahmen (Aus- und Weiterbildung sowie Beschäftigung) eine höhere Wirkung als der schweizerische Durchschnitt erreicht. Die flankierenden Massnahmen zum Schutz des Arbeitsmarktes wurden mit neuen Instrumenten gestärkt. Neben Massnahmen zur Bekämpfung der Scheinselbständigkeit und der Möglichkeit zur Sanktionierung von Schweizer Arbeitgebern, die gegen Normalarbeitsverträge verstossen, wurde 2013 auf Bundesebene eine Lohnmeldepflicht der ausländischen Entsendefirmen und eine verstärkte Solidarhaftung für das Baugewerbe eingeführt. Die Kontrolle der flankierenden Massnahmen erfolgt durch die Kantone.

2.13 Versorgung der Wirtschaft mit Fachkräften sicherstellen

Zur Versorgung der Wirtschaft mit einer genügenden Zahl von gut und bedarfsgerecht ausgebildeten Arbeitskräften soll eine möglichst hohe Abschlussquote auf der Sekundarstufe II erreicht werden. An der Kantonsschule Ausserschwyz wurde im Berichtsjahr die Fachmittelschule, mit Start im Schuljahr 2014/15, geschaffen. Der Kanton Schwyz ist weiter der «Interkantonalen Vereinbarung über Beiträge an die Bildungsgänge der höheren Fachschulen» (HFSV) beigetreten. Damit ist zukünftig der Zugang für Schwyzer Studierende zu allen Höheren Fachschulen der Vereinbarungskantone sichergestellt. Die Anzahl der Ausbildungsplätze auf der Sekundarstufe II ist weiterhin steigend und deckt den Bedarf der Wirtschaft weitgehend.

2.14 Pädagogische Hochschule Schwyz aufbauen und etablieren

Das PHZ-Konkordat wurde per Ende Juli 2013 aufgelöst. Die Pädagogische Hochschule Schwyz hat ihren Betrieb nahtlos am 1. August 2013 aufgenommen. Der Regierungsrat hat den Leistungsauftrag der Pädagogischen Hochschule für die Jahre 2014 bis 2015 erlassen und ihn dem Kantonsrat zur Genehmigung überwiesen. Der zweijährige Leistungsauftrag war verbunden mit dem Globalkredit im Betrag von 18.6 Mio. Franken. Für das Studienjahr 2013/2014 waren 276 Studierende eingeschrieben. Die Pädagogische Hochschule beschäftigte im Berichtsjahr 78 Mitarbeitende, verteilt auf insgesamt rund 45 Vollzeitstellen.

3 Vertretung des Kantons nach innen und aussen

3.1 Internationale Beziehungen

3.1.1 Botschafterbesuche

Im Berichtsjahr fand ein besonderer Botschafterbesuch statt. Die Botschafter der Ländergruppe Asien/Pazifik, welche in der Schweiz akkreditiert und resident sind, statten jedes Jahr der Regierung eines Schweizer Kantons einen offiziellen Besuch ab. Im Berichtsjahr fand der Besuch im Kanton Schwyz statt. Der Regierungsrat konnte folgende Ländervertretungen im Kanton Schwyz willkommen heissen: Bhutan, Indonesien, Iran, Südkorea, Malaysia, Philippinen, Nordkorea, Pakistan, Vietnam, Thailand und Japan. Ziel der regierungsrätlichen Einladung war es, den 11 Spitzendiplomaten den Kanton Schwyz aus wirtschaftlicher, kultureller sowie touristischer Sicht vorzustellen. Den Botschaftern wurden die wettbewerbsfähigen Rahmenbedingungen für Unternehmen sowie die Attraktivität des Kantons als Wirtschaftsstandort aufgezeigt. Zudem bot der Besuch Anlass, der Botschaftergruppe den Kanton Schwyz als Tourismuskanton mit zahlreichen Sehenswürdigkeiten sowie einer hohen Lebensqualität näherzubringen.

Neben der Botschaftergruppe Asien/Pazifik empfing der Regierungsrat im Berichtsjahr auch den Botschafter von Aserbaidschan und den Botschafter des Königreichs der Niederlande.

3.1.2 Schweizergarde

Mit der Vereidigungsfeier für die neuen Rekruten gedenkt die Schweizergarde jeweils am 6. Mai des Sacco di Roma. Seit 2008 wählt die Schweizergarde jedes Jahr einen Gastkanton für diese Feierlichkeiten. Der Kommandant der Schweizergarde, Daniel Anrig, hat im Berichtsjahr den Kanton Schwyz offiziell als Gastkanton für die Vereidigung am 6. Mai 2014 eingeladen. Die Heilige Messe wird vom Singkreis Brunnen umrahmt und die Vereidigungszeremonie vom Schwyzer Kantonalen Jugendblasorchester.

3.2 Beziehungen zum Bund

Der Regierungsrat hat im Berichtsjahr zu zahlreichen Erlassentwürfen und andern Projekten des Bundes Stellung genommen.

Der Regierungsrat hat die Schaffung eines neuen Strafregistergesetzes im Grundsatz begrüsst. Er hat aber auch Bedenken geäussert über das mit 100 Artikeln zu umfangreich geratene und somit schwerfällige Gesetz. Er hat zudem angeregt, von der Schaffung eines Unternehmensstrafregisters vorerst abzusehen.

Bei der Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Kroatien hat sich der Regierungsrat für eine kontrollierte Zuwanderung ausgesprochen und auf die Wahrung der Interessen der Schweiz bezüglich weiterer offener Verhandlungsgegenstände hingewiesen. Er hat weiter das Aushandeln von angemessenen Übergangsbestimmungen und wirksamen Schutzmassnahmen gefordert.

Im Rahmen der Totalrevision des Bundesgesetzes über die Beiträge an die Aufwendungen der Kantone für Stipendien und Studiendarlehen im tertiären Bildungsbereich hat der Regierungsrat eine klare Haltung eingenommen. Er widersetzte sich einer formellen Harmonisierung nicht, war aber gegen eine materielle Harmonisierung.

In seiner Vernehmlassung über das erste Massnahmenpaket für den langfristigen Umbau des Energiesystems bis 2050 (Energiestrategie 2050) hat sich der Regierungsrat grundsätzlich für eine Neuausrichtung der Energiepolitik, die sich stärker an der Ener-

gieeffizienz und der Reduktion der CO₂-Emissionen orientiert, ausgesprochen. Er hat weiter mitgeteilt, dass er das vom Bundesrat eingeschlagene Tempo zur Neuausrichtung der Energiestrategie nur bedingt nachvollziehen könne. Einem generellen Verbot der Kernenergie hat der Regierungsrat nicht zugestimmt, weil dies faktisch einem künftigen Technologieverbot gleichkäme.

Bei der vorgeschlagenen Gesetzesänderung zur Beseitigung der so genannten Heiratsstrafe begrüsst der Regierungsrat die Zielsetzung und den Grundsatzentscheid, dass am gegenwärtigen Familienbesteuerungssystem der gemeinschaftlichen Veranlagung weitgehend festgehalten werden soll. Er hat aber darauf hingewiesen, dass die neuen Regelungen den Steuerpflichtigen die Nachvollziehbarkeit ihrer Veranlagung erschweren und für die Steuerbehörden mit erheblichem Vollzugs-, Erklärungs- und Programmierungsaufwand sowie hohen Implementierungskosten verbunden sind. Zudem würde mit der alternativen Steuerberechnung ein neuartiges Besteuerungssystem eingeführt, welches dem schweizerischen Steuersystem auch auf kantonaler Ebene unbekannt ist.

In seiner Stellungnahme zuhanden der Konferenz der Kantonsregierungen hat der Regierungsrat die Haltung vertreten, dass die Ventilklauseln sowohl für die EU-8 als auch für die EU-17 anzufragen resp. zu verlängern sind und der Bundesrat aufzufordern ist, mittels Kontingentierung und flankierenden Massnahmen für eine geregelte und massvolle Umsetzung der Personenfreizügigkeit zu sorgen. Mittelfristig solle eine Revision der Personenfreizügigkeit angestrebt werden, um bei ähnlichen Entwicklungen auch in Zukunft eingreifen zu können. Bei der Ventilklausel handelt es sich nach Auffassung des Regierungsrates um ein zentrales Instrument zur Lenkung der Zuwanderung. Im Freizügigkeitsabkommen wurden damit klare Limiten gesetzt, wann die Zuwanderung als übermässig betrachtet werden kann. Nachdem sich abzeichnet, dass die Werte überschritten werden, gilt es laut Regierungsrat, den Schutzmechanismus wie vom Volk angenommen und politisch versprochen in Kraft zu setzen. Zudem ist nach innen wie nach aussen ein klares Zeichen zu setzen, dass die starke Zuwanderung für die Schweiz ein politisches Problem darstellt.

Der Regierungsrat begrüsst die vorgeschlagene Änderung des Obligationenrechts (Handelsregisterrecht und Anpassungen im Aktien-, GmbH-, und Genossenschaftsrecht) sowie des Revisionsaufsichtsrechts, weil die entsprechende Vorlage zahlreiche Verbesserungen der völlig veralteten Rechtsgrundlagen im Handelsregisterrecht vorsah. Er wies in seiner Stellungnahme darauf hin, dass vom Zwang zur elektronischen Handelsregisteranmeldung alle Seiten gleichermaßen profitieren werden. Zudem könnten dadurch die Handelsregister die bestehende Infrastruktur entsprechend kundenfreundlicher ausbauen. Mit der Einführung des elektronischen gesamtschweizerischen Handelsregisters können die heutigen Kompatibilitätsprobleme nach Ansicht des Regierungsrates zwischen den Handelsregistern beseitigt werden. Für Dritte könnte eine einheitliche Struktur geschaffen werden, welche die Informationsbeschaffung in der Geschäftswelt deutlich vereinfachen wird.

Im Rahmen der Vernehmlassung zur Totalrevision des Gütertransportgesetzes begrüsst der Regierungsrat die umfassende Auslegeordnung des Schienengüterverkehrs. Er stimmte der Gesamtkonzeption zur Förderung des Schienengüterverkehrs in der Fläche im Grundsatz zu. Er wies darauf hin, dass der schweizerische Schienengüterverkehr eine grosse Bedeutung für die Güterversorgung innerhalb der Schweiz und für den Gütertausch mit dem Ausland habe. Deshalb sollen für eine nachhaltige Entwicklung des Schienengüterverkehrs günstige Rahmenbedingun-

gen geschaffen werden. Der Regierungsrat war der Auffassung, dass die Angebote des Gütertransportes auf der Schiene eigenwirtschaftlich sein müssen. Eine stärkere Koordination bei der Planung des Personen- und Güterverkehrs sei wichtig. Der Regierungsrat erachtete deshalb die neuen Instrumente Netznutzungskonzept und Netznutzungspläne als sinnvoll. Er hat weiter darauf hingewiesen, dass das heutige Angebot im Regionalverkehr nicht eingeschränkt werden dürfe.

Der Regierungsrat begrüßte grundsätzlich die Schaffung des neuen Bundesgesetzes über Verbesserungen beim Informationsaustausch zwischen Behörden im Umgang mit Waffen. Die Schaffung einer kantonsübergreifend abrufbaren Waffenplattform kann nach Auffassung des Regierungsrates die Verfahrensabläufe, insbesondere bei zeitkritischen polizeilichen Interventionen und bei der Informationsbeschaffung bei der Bearbeitung von Gesuchen, wesentlich erleichtern und qualitativ verbessern. Eine Pflicht zur Nachregistrierung auch aller vor dem 12. Dezember 2008 erworbenen Feuerwaffen lehnte der Regierungsrat ab.

Der Regierungsrat lehnte die interkantonale Vereinbarung über die kantonalen Beiträge an die Spitäler zur Finanzierung der ärztlichen Weiterbildung und deren Ausgleich unter den Kantonen (Weiterbildungsfinanzierungsvereinbarung) ab. Er begründete seine grundsätzliche Ablehnung damit, dass die unterschiedlichen Belastungen unter den Kantonen grundsätzlich im Rahmen des nationalen Finanzausgleichs (NFA) abgegolten werden. Dieser Finanzausgleich sollte nach Auffassung des Regierungsrates nicht mit zusätzlichen, neuen Ausgleichsinstrumenten für partielle Problemstellungen ergänzt werden.

3.3 Zusammenarbeit in der Zentralschweiz

3.3.1 Zentralschweizer Regierungskonferenz (ZRK)

Unter dem Vorort des Kantons Zug und unter der Leitung von Landammann Beat Villiger tagten die Zentralschweizer Kantonsregierungen und die assoziierten Regierungen von Zürich und Aargau am 13. Juni 2013 in Morgarten und am 22. November 2013 im Zuger Kantonsspital in Baar. Kurt Zibung löste im Berichtsjahr Kaspar Michel als Vertreter der Schwyzer Regierung im ZRK-Ausschuss ab.

Die Zentralschweizer Kantone und die Stadt Luzern hatten sich gemeinsam für die Durchführung der Jugendwinterolympiade 2020 beworben. Im August 2013 entschied der Exekutivrat von Swiss Olympic, mit der Kandidatur aus Lausanne in die internationale Bewerbung zu steigen. Dieser Entscheid wurde mit Bedauern zur Kenntnis genommen.

Am 13. November 2013 fand das fünfte Treffen einer Zentralschweizer Regierungsdelegation mit den Zentralschweizer Bundesparlamentarierinnen und Bundesparlamentariern statt. Zu den nachfolgenden vier Themen erarbeiteten die sechs Kantonsregierungen gemeinsam ihre Anliegen und stellten Forderungen: Unternehmenssteuerreform III, Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI), Bypass Luzern, Verkehrshaus der Schweiz (VHS).

3.3.2 Bildungsdirektoren-Konferenz Zentralschweiz (BKZ)

Unter der Federführung der Zentralschweizer Bildungsdirektoren wurde das Konkordat der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz per 31. Juli 2013 aufgelöst. Es konnte ein nahtloser Übergang zu den eigenständigen pädagogischen Hochschulen Luzern, Schwyz und Zug sichergestellt werden. Schlussbericht und Schlussbilanz sollten im Frühjahr 2014 vorliegen. Weiter beschloss die BKZ, mit einheitlichen kantonalen Förderrichtlinien und einer Erhöhung der kantonalen Mittel die Filmförderung in der Zentralschweiz ab dem Jahr 2014 zu stärken. Die für die Kultur verantwortlichen Regierungsmitglieder der Vereinbarungskantone des interkantonalen Kulturlastenausgleichs nahmen

2013 die Zahlen für die Abrechnungsperiode 2013–2015 zur Kenntnis. Sie bestärkten ihren Beschluss, die in den Zusatzprotokollen vorgesehenen Neuverhandlungen über die Reduktionen anfangs 2014 in Angriff zu nehmen. Die Stossrichtung lautet: Vereinfachung und Vereinheitlichung der Reduktionen.

3.3.3 Zentralschweizer Baudirektorenkonferenz (ZBDK)

Die Umsetzung der RPG-Revision und die Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative standen im Zentrum der Arbeiten der Zentralschweizer Baudirektorenkonferenz.

3.3.4 Zentralschweizer Finanzdirektorenkonferenz (ZFDK)

Die ZFDK steuerte die Zusammenarbeit in den Bereichen Verwaltungsweiterbildung und Informatik. Weiter koordinierte die ZFDK Anfragen für kantonale Beiträge sowie Fragen zur Aufwand- bzw. Pauschalbesteuerung. Schliesslich verfasste die ZFDK ein Positionspapier zur Unternehmenssteuerreform III.

3.3.5 Zentralschweizer Gesundheits- und Sozialdirektorenkonferenz (ZGSDK)

Die ZGSDK koordinierte im Berichtsjahr im Bereich Gesundheit und Soziales, behandelte Fragen der Spitalzusammenarbeit sowie der Ausbildung im Gesundheitswesen. Die ZGSDK legte 2013 den Schlussbericht des Zusammenarbeitsprojektes «Heim- und Betreuungswesen Zentralschweiz» vor. Im Zentrum stand weiter die Umsetzung des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts. Die ZGSDK setzte sich dafür ein, dass das revidierte Sorgerecht nicht frühzeitig in Kraft gesetzt wird. Schliesslich wurde 2013 die Platzierung von Jugendlichen in stationären Erziehungseinrichtungen untersucht. 2010 wurde die Leitung der ZGSDK aufgeteilt.

3.3.6 Zentralschweizer Konferenz der Direktoren des öffentlichen Verkehrs (ZKöV)

Haupttraktandum der ZKöV waren die zukünftigen grösseren Bahnprojekte der Schweiz. Die sechs Zentralschweizer Kantone setzten sich wiederholt gemeinsam für den Zimmerberg-Basistunnel II, den Tiefbahnhof Luzern und den neuen Axentunnel ein. Hierzu bildete die ZKöV eine Allianz mit den ÖV-Regionen Zürich und Ostschweiz. Die ZKöV orientierte an verschiedenen Anlässen über die eidgenössische Abstimmungsvorlage «Finanzierung und Ausbau Bahninfrastruktur (FABI)», die am 9. Februar 2014 zur Abstimmung gelangte.

3.3.7 Zentralschweizer Polizeidirektorenkonferenz (ZPDK)

Die ZPDK koordinierte im Berichtsjahr die Vernehmlassung zum neuen Stationierungskonzept der Armee. Im Rahmen der Polizeizusammenarbeit beschlossen die Kantone Schwyz, Obwalden, Nidwalden und Zug den Beitritt zur Vereinbarung über den Notrufüberlauf. In diesen vier Kantonen wird ab Mai 2014 ein Pilot gestartet. Weitere Vorbereitungsarbeiten erfolgten hinsichtlich Sicherstellung der Redundanz der Einsatzleitzentralen und im Bereich der Begleitung von Ausnahmetransporten. Schliesslich koordinierte die ZPDK in Fragen des WEF-Einsatzes, der Gewalt bei Sportveranstaltungen oder der 1.-August-Feier auf dem Rütli.

3.3.8 Zentralschweizer Umweltschutzdirektorenkonferenz (ZUDK)

Die ZUDK engagierte sich im Berichtsjahr im internationalen Projekt iMONITRAF!, das den alpenquerenden Verkehr zum Thema hat. Weiter nahm sich die ZUDK den Luftmessungen und den Umweltstandards auf Baustellen an.

3.3.9 Zentralschweizer Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz (ZVDK)

Die Zentralschweizer Volkswirtschaftsdirektoren nahmen anfangs Januar 2013 in Berlin an der Internationalen Grünen Woche teil.

Weiter erarbeitete die ZVDK konkrete Handlungsempfehlungen für eine koordinierte Zentralschweizer Innovationsförderung. In diesem Zusammenhang wird auch eine Mitwirkung beim Projekt «Nationaler Innovationspark» geprüft. Die ZVDK definierte zudem ihre Beteiligung am Projekt «200 Jahre Gastfreundschaft Zentralschweiz». Ein weiterer Schwerpunkt der ZVDK lag in der Steuerung der Interreg-Projekte mit Zentralschweizer Beteiligung. Im Berichtsjahr wechselte das Präsidium der ZVDK von Regierungsrat Kurt Zibung zum Urner Volkswirtschaftsdirektor Urban Camenzind.

4 Aufsicht

4.1 Abklärungen in der Gemeinde Feusisberg

Im Vorjahr hatte die damalige Gemeindepräsidentin von Feusisberg darüber informiert, dass sie wegen verschiedener mutmasslicher Missstände im Gemeinderat und in der Gemeindeverwaltung beim Regierungsrat das Gesuch um einen dringlichen Kommunaluntersuchung gestellt habe. Nach einer Aussprache im Gemeinderat in Anwesenheit des Landammannes und des Vorstehers des Sicherheitsdepartements wurden die Vorwürfe konkretisiert. Der Regierungsrat hatte daraufhin das Sicherheitsdepartement beauftragt, die von der Gemeindepräsidentin erhobenen Vorwürfe zu klären, rechtlich zu würdigen und dem Regierungsrat Bericht zu erstatten. Diesen Bericht hat der Regierungsrat im Berichtsjahr zur Kenntnis genommen. Der Bericht kam zum Schluss, dass in der Gemeinde Feusisberg im Untersuchungszeitraum wohl der eine oder andere Fehler passiert ist, dass aber von massiven Unregelmässigkeiten und Missständen nicht die Rede sein kann. Die Befragungen und weiteren Sachverhaltsabklärungen erweckten vielmehr den Eindruck, dass im Gemeinderat bis zu einem gewissen Grad ein belastetes, von mangelnder Akzeptanz und gegenseitigem Misstrauen beeinflusstes Klima herrscht, welches eine fruchtbare Zusammenarbeit erschwert und die Mitarbeit im Kollegium aufreibend gestaltet. Dem Ergebnis der Abklärungen entsprechend beschränkte sich der Regierungsrat neben der Empfehlung an den Gemeinderat Feusisberg, geeignete Massnahmen für eine Verbesserung der Diskussionskultur im Gemeinderat zu ergreifen, auf drei konkrete Anordnungen. Sie betreffen die öffentliche Auflage von Zonenplan- und Baureglement, die Vorlage eines Verpflichtungskredits für ein Projekt sowie einen Hinweis auf allfällige Risiken einer Umzonung.

5 Preisverleihungen

Der Regierungsrat verleiht jährlich Kultur-, Anerkennungs- und Förderpreise. Im Berichtsjahr hat der Regierungsrat dem Musiker und Komponisten P. Theo Flury sowie der Kulturförderin Heidi Weber-Wiget den Anerkennungspreis 2013 des Kantons Schwyz verliehen. Gleichzeitig wurde der vielseitige Musiker Marcel Oetiker mit dem Kultur-Förderpreis 2013 ausgezeichnet.

P. Theo Flury hat sich als Stiftsorganist in Einsiedeln, als Dozent und Interpret an der Orgel weit über den Kanton Schwyz hinaus einen Namen gemacht. Heidi Weber-Wiget hat über Jahrzehnte unzählige Kulturveranstaltungen in den verschiedensten Sparten initiiert und mit viel Erfolg durchgeführt. Marcel Oetiker hat eine bemerkenswerte Reputation für seinen virtuosen Umgang mit dem Schwyzerörgeli erlangt. Mit der Ehrung sollen seine künstlerische Laufbahn sowie die Weiterentwicklung der ausgewiesenen Fähigkeiten unterstützt werden.

Parlamentarische Vorstösse

1. Geplante Behandlung nicht fristgerecht beantworteter Vorstösse

- 1.1 Postulat P 5/12 von KR Dr. Roger Brändli im Namen der Rechts- und Justizkommission: Offene Fragen rund um den Status von Magistratspersonen und Beamten

Der Ausgang des vor Bundesgericht hängigen Beschwerdeverfahrens im Zusammenhang mit der Abfindungsregelung mit dem ehemaligen Kantonsgerichtspräsidenten hatte Einfluss auf die Postulatsantwort. Das Urteil wurde im Oktober 2013 bekannt gegeben. Die Antwort wird nun ausgearbeitet und voraussichtlich im Frühjahr 2014 dem Kantonsrat vorgelegt.

- 1.2 Interpellation I 2/11 von KR René Bünler: Fragen zum Strafverfahren zur angeblichen Amtsgeheimnisverletzung; Interpellation I 6/11 von KR Rolf Bolting: Telefonüberwachung usw. der Mitarbeitenden des ehemaligen Verhöramtes; Interpellation I 1/12 von KR René Bünler: Datenherausgabe im Rahmen der angeblichen Amtsgeheimnisverletzung

Der Regierungsrat hat die parlamentarischen Vorstösse nach Vorliegen des Untersuchungsberichts des Experten Dr. Dick F. Marty mit RRB Nr. 456 vom 7. Mai 2012 in einem Bericht an den Kantonsrat gesamthaft beantwortet und dem Kantonsrat überwiesen. In der Session vom 28. März 2012 war die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK 2) zur Klärung des Schwyzer Justizstreits beschlossen und deren Mitglieder am 25. April 2012 bestellt worden. Der Bericht des Regierungsrates zu den Interpellationen soll anlässlich der ausserordentlichen Sitzung des Kantonsrates vom 12. Februar 2014 im Rahmen des PUK-2-Berichtes ebenfalls behandelt und die parlamentarischen Vorstösse als erledigt abgeschrieben werden.

- 1.3 Postulat P 5/13 von KR Marcel Buchmann und Mitunterzeichnende: Zeitgemässe, gerechtere Verteilung der Wasserzinsen und mehr Mitsprache für die Standortgemeinden von Stauseen!

Das Postulat wird mit Bericht und Vorlage zum Entlastungsprogramm 2014–2017 behandelt und dem Kantonsrat voraussichtlich im Frühjahr 2014 vorgelegt.

- 1.4 Postulat P 8/13 von KR Ruedi Imlig und Mitunterzeichnende: Eigenverantwortung entlastet das Budget.

Das Postulat wird mit Bericht und Vorlage zum Entlastungsprogramm 2014–2017 behandelt und dem Kantonsrat voraussichtlich im Frühjahr 2014 vorgelegt.

2. Erheblich erklärte Vorstösse, für deren Vollzug Fristerstreckung gewährt ist

Für den Vollzug der folgenden Vorstösse hat der Kantonsrat Fristerstreckung gewährt:

- 2.1 Motion M 21/09 von KR Christoph Weber und Mitunterzeichnende: Abschaffung der Vorteilsabgabe

Die Vorlage ist in Erarbeitung. Zusätzliche Abklärungen hinsichtlich Revisionsbedarf und Abstimmung mit einer anstehenden PBG-Revision haben die Erarbeitung verzögert. Es ist vorgesehen, die Vorlage 2014 in die Vernehmlassung zu geben.

2.2 Postulat P 7/99 von KR Walter Kälin, KR Gerhard Oswald und KR Dr. Martin Ziegler: Etzelwerkkonzession: Baldige Etzelwerkbeteiligung des Kantons Schwyz.

2.3 Postulat M 13/08 im Namen der SP-Fraktion: Steuerattraktivität: Podestplatz auch für kleine und mittlere Einkommen; Motion M 24/09 von KR Herbert Huwiler: Steuerliche Abzugsfähigkeit von Zuwendungen an politische Parteien; Motion M 2/11 der kantonsrätlichen Gewerbegruppe: Aus- und Weiterbildung – steuerliche Ungleichbehandlung

Diese Vorstösse wurden in der Teilrevision des Steuergesetzes bearbeitet. Die Vorlage an den Kantonsrat wurde mit RRB Nr. 1270 vom 17. Dezember 2013 verabschiedet. Die Behandlung im Kantonsrat erfolgt voraussichtlich im Frühjahr 2014.

2.4 Postulat P 3/08 von KR Dr. Michael Weber und Mitunterzeichnende: Dringender Bedarf im Schwyzer Grundbuchwesen; Postulat P 4/08 von KR Dr. Michael Weber und Mitunterzeichnende: Grundsätzlicher Überprüfungsbedarf im Bereich Notariate, Grundbuch- und Konkursämter

Die vordringlichsten Mängel des Gebührentarifs wurden im Jahr 2010 behoben. Allfällige Revisionsarbeiten im materiellen Grundbuchrecht und bei der organisatorischen Ausgestaltung der Notariate, Grundbuch- und Konkursämter und deren Aufsicht konnten jedoch wegen der anstehenden Arbeiten im Hinblick auf den elektronischen Geschäftsverkehr noch nicht an die Hand genommen werden. Die Frist gemäss § 56a GO-KR wurde dem Regierungsrat abgenommen.

2.5 Postulat P 5/09 von KR Michael Stähli und Mitunterzeichnende: Energiepolitische Wegweiser für den Kanton Schwyz; Postulat P 14/09 von KR Dr. Adrian Oberlin, KR Fritz Bruhin und KR Marcel Buchmann: Einnahmen im Stromwesen verwirklichen; Postulat P 9/11 von KR Michael Stähli im Namen der CVP-Fraktion: Geothermie-Potenzial und Realisierbarkeit für den Kanton Schwyz

Der Regierungsrat hat im Dezember 2013 den Beschluss gefasst zur kantonalen Energiestrategie 2013–2020 und das Baudepartement beauftragt, den Bericht zur Abschreibung der drei Postulate vorzubereiten. Der Bericht soll Anfang 2014 vorliegen.

2.6 Postulat P 4/09 von KR Dr. Karin Schwiter und Mitunterzeichnende: Ziele und Massnahmen für einen leistungsfähigen öffentlichen Verkehr

Der Abschluss der ÖV-Strategie hat sich durch zusätzliche Abklärungen weiter verzögert. Die Vernehmlassung begann im Oktober 2013 bis endet im Januar 2014. Es ist vorgesehen, im 2. Quartal 2014 dem Kantonsrat Bericht und Vorlage zu unterbreiten.

2.7 Postulat P 11/10 von KR Andreas Meyerhans und KR Dr. Roger Brändli im Namen der CVP-Fraktion: Integrationsbereitschaft muss Bedingung sein für Erteilung der Aufenthaltsbewilligung

Mit Beschluss Nr. 1029/2013 hat der Regierungsrat das kantonale Integrationsprogramm (KIP) für die Jahre 2014–17 gutgeheissen. Als eines der prioritären Handlungsfelder wird die Erstinformation und Früherkennung von ausländischen Neuzuziehenden bestimmt. Um eine systematische Früherkennung von Personen, die Integrationsmassnahmen wie Sprachkursen zugewiesen werden sollen, zu gewährleisten, hat das Amt für Migration zusammen mit dem VSZGB und unterstützt durch KomIn eine Arbeitsgruppe zusammengestellt, welche die Abläufe definiert. Das Konzept wird gemäss Plan bis Mitte 2014 erarbeitet sein. Auch wird dabei auf die Forderung der Postulanten eingegangen, die Aufenthaltsbewilligungen von Personen im Familiennachzug aus Drittstaaten mit angepassten juristischen Verbindlichkeiten zu verknüpfen. Erste Ergebnisse dieser Praxis sollen Ende 2014 vorliegen.

2.8 Postulat P 3/12 von KR Christoph Pfister: Koordination des Beschwerde- und Genehmigungsverfahrens in der Nutzungsplanung

Es ist geplant, das Anliegen im Rahmen der zweiten Revisionsetappe des Planungs- und Baugesetzes (PBG) umzusetzen, der Auftrag dazu soll im Januar 2014 ausgelöst werden. Vorgängig sollen die Mehrwertabgabe eingeführt und Massnahmen gegen die Baulandhortung gemäss dem revidierten Raumplanungsgesetz ins PBG aufgenommen werden. Die zweite Revisionsetappe wird der ersten unmittelbar nachgelagert. Mit der Etappierung und Priorisierung soll das Bauzonenmoratorium möglichst kurz gehalten werden.

3. Stand der Bearbeitung erheblich erklärter parlamentarischer Vorstösse

3.1 Motion M 4/12 von KR Dr. Simon Stäubli: Investitionsregelung Spitäl Kanton Schwyz – Anpassung der kantonalen Spitalverordnung an die neue Spitalfinanzierung (gemäss revidiertem KVG 2012)

Das Anliegen wird im Rahmen einer Totalrevision des Spitalgesetzes behandelt. Das Revisionsvorhaben ist Bestandteil des Gesetzgebungsprogramms 2013–2014. Zum Ende des Jahres 2013 befindet sich der Entwurf des neuen Spitalgesetzes im Mitbericht bei den Departementen. Es ist geplant, das neue Spitalgesetz auf 1. Januar 2015 in Kraft zu setzen.

3.2 Postulat M 4/09 von KR Daniel Hüppin: Keine Spekulationen mit unseren Steuergeldern; Postulat M 5/09 von KR Walter Duss und KR Herbert Huwiler: Stopp der Spekulation mit Gemeindegeldern; Motion M 4/10 von KR Rolf Bolting: Abschreibungssätze gemäss dem Gesetz über den Finanzhaushalt der Bezirke und Gemeinden

Der Kantonsrat hat die Vorstösse M 4/09 und M 5/09 im September 2009 in Postulate umgewandelt und erheblich erklärt. Die Motion M 4/10 wurde vom Kantonsrat im Oktober 2010 ebenfalls erheblich erklärt. Die Vorstösse verlangen den Erlass von Anlagevorschriften sowie die Anwendung der linearen Abschreibungsmethode für Bezirke und Gemeinden. Die Vollzugsfrist der Postulate wurde bis zur nächsten Revision des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Bezirke und Gemeinden erstreckt. Das Finanzdepartement hat im Rahmen des Projektprogramms «Kompetenzzentrum Finanzen» im Jahr 2012 ein Vernehmlassungsver-

fahren zu einer vorzeitigen Teilrevision des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Bezirke und Gemeinden durchgeführt. Der Grossteil der Bezirke und Gemeinden äusserte sich dabei kritisch zur Vorlage. Aufgrund der Vernehmlassungsantworten verzichtet das Finanzdepartement auf eine vorgezogene Teilrevision und wird die Vorstösse im Rahmen einer «Totalrevision des Finanzhaushaltsgesetzes für die Bezirke und Gemeinden» in Begleitung zu den Anpassungen zur neuen Harmonisierten Rechnungslegung 2 (HRM2) behandeln. Die Einführung von HRM2 auf kantonaler Ebene und die Schaffung der gesetzlichen Grundlagen sind ein Teil des Projektprogramms «Kompetenzzentrum Finanzen». Hierzu hat der Kantonsrat am 20. November 2013 das neue Finanzhaushaltsgesetz verabschiedet. Dieses dient als Grundlage für die Totalrevision des Gesetzes über den Finanzhaushalt der Bezirke und Gemeinden. Die Vorlage wird voraussichtlich 2017/2018 dem Kantonsrat unterbreitet. Die Einführung von HRM2 bei den Bezirken und Gemeinden und somit die Inkraftsetzung des revidierten Gesetzes über den Finanzhaushalt der Bezirke und Gemeinden erfolgt voraussichtlich per 1. Januar 2019. Es wird beantragt, die Frist für die Beantwortung der Motion M 4/10 gemäss § 56a GO-KR zu verlängern.

- 3.3 Postulat M 9/10 von KR René Bünler im Namen der SVP-Fraktion: NFA schwächt kantonale Finanzautonomie und steuerliche Wettbewerbsfähigkeit

Die Motion verlangt die Ausarbeitung einer Standesinitiative mit Forderungen betreffend Änderung des NFA-Systems. Der Kantonsrat hat die Motion im Dezember 2011 in ein Postulat umgewandelt, erheblich erklärt und die Einreichung der Standesinitiative «Erhöhung der Wirksamkeit des NFA-Ressourcenausgleichs durch Einführung einer neutralen Zone» genehmigt. Die Standesinitiative wurde im Herbst 2012 von den Finanzkommissionen der eidgenössischen Räte behandelt. Beide Kommissionen zeigten im Grundsatz Verständnis für das Anliegen des Kantons Schwyz, wollen aber erst mit dem Vorliegen des zweiten NFA-Wirksamkeitsberichts im Jahr 2015 allfällige Änderungen des NFA-Systems behandeln. Es wurde beschlossen, der Initiative keine Folge zu geben. Gleichzeitig entschied man aber auch, sich mit einem Schreiben an den Bundesrat zu wenden, damit die Anliegen der Geberkanton und im Speziellen des Kantons Schwyz im Rahmen des Zweiten NFA-Wirksamkeitsberichts geprüft werden. Der Bericht wurde mittlerweile erarbeitet. Der Bundesrat wird im März 2014 ein breites Vernehmlassungsverfahren eröffnen.

- 3.4 Postulat M 13/10 von KR Verena Vanomsen, KR Herbert Huwiler und KR Franz Rutz: Anpassung des GOG an aktuelle Entwicklungen

Der als erheblich erklärte Teil (betreffend Neuordnung der Kompetenzen der RPK) ist Teil der Vorlage an den Kantonsrat «Teilrevision des Finanzhaushaltsgesetzes für die Bezirke und Gemeinden», den das Finanzdepartement ausgearbeitet und 2012 in die Vernehmlassung gegeben hat. Aufgrund der Vernehmlassungsantworten verzichtet das Finanzdepartement auf eine vorgezogene Teilrevision und wird die Vorlage im Rahmen einer «Totalrevision des Finanzhaushaltsgesetzes für die Bezirke und Gemeinden» in Begleitung zu den Anpassungen zur neuen Harmonisierten Rechnungslegung 2 (HRM2) voraussichtlich 2017/2018 dem Kantonsrat unterbreiten. Es wird daher beantragt, die Frist gemäss § 56a GO-KR zu verlängern.

- 3.5 Postulat P 1/12 von KR Christoph Pfister: Gefährliche Hauptstrassen in Tuggen – wieso bleibt der Kanton untätig?

Erarbeitung Massnahmenkonzept auf Stufe Machbarkeit bis etwa Mitte Jahr 2014. Bericht an den Kantonsrat im Jahr 2014.

- 3.6 Postulat M 2/12 von KR Bruno Nötzli und Mitunterzeichnende: Aufforderung zur Standesinitiative: Keine Umsetzung des revidierten Gewässerschutzgesetzes

Wurde bereits im Rechenschaftsbericht 2012 als erledigt kommuniziert, da der Kantonsrat an der Sitzung vom 25. April 2012, gestützt auf den RRB Nr. 345/2012, dem Regierungsrat die Ermächtigung – unter Vorgabe von textlichen Ergänzungen – erteilte, eine Standesinitiative einzureichen. Mit Datum vom 9. Mai 2012 wurde die Standesinitiative durch den Regierungsrat (Staatskanzlei) bei der Bundesversammlung eingereicht.

- 3.7 Postulat P 4/12 von KR Adrian Dummermuth: Integrierte Sonderschulung – Die Systematik überprüfen

Der Kantonsrat hat das Postulat als Bestandteil eines umfassenden Berichts über die Sonderpädagogik am 20. Februar 2013 gegen den Antrag des Regierungsrats erheblich erklärt. Aktuell führt das zuständige Amt für Volksschulen und Sport eine Fokusevaluation zur Integrativen Förderung und zur Integrierten Sonderschulung durch. Entsprechende Ergebnisse werden per Ende 2014 erwartet, sodass dem Kantonsrat fristgerecht bis spätestens im Februar 2015 in dieser Sache erneut Bericht erstattet werden kann.

- 3.8 Postulat M 7/12 von KR Dr. Roger Brändli: Termin der Wahlen, für die der Kantonsrat zuständig ist

Der Vorstoss wurde mit RRB Nr. 1119/2012 fristgerecht beantwortet und vom Kantonsrat an der ausserordentlichen Sitzung vom 20. Februar 2013 in ein Postulat umgewandelt und erheblich erklärt. Der Regierungsrat hat in Aussicht genommen, dem Kantonsrat im Verlaufe des Jahres 2014 eine Vorlage zu unterbreiten.

- 3.9 Postulat P 7/12 von KR René Bünler: Finanzhaushalt des Kantons sanieren

Der Kantonsrat hat das Postulat im Juni 2013 erheblich erklärt. Das Postulat wird mit Bericht und Vorlage zum Entlastungsprogramm 2014–2017 abgehandelt und dem Kantonsrat voraussichtlich im Frühjahr 2014 vorgelegt.

- 3.10 Postulat P 1/13 von KR Andrea Fehr und KR Andreas Meyerhans: Schaffung eines kantonalen Archivgesetzes

Das Postulat wurde vom Kantonsrat auf Antrag des Regierungsrats im Juni 2013 erheblich erklärt. Der Regierungsrat hat unter Einbezug der diversen Anspruchsgruppen eine Arbeitsgruppe mit der Erarbeitung eines Gesetzesentwurfs beauftragt. Eine Vernehmlassung des Entwurfs ist im Frühjahr 2014, die Verabschiedung des Erlasses bis Frühjahr 2015 geplant.

- 3.11 Postulat P 6/13 von KR Dr. Karin Schwiter, KR Michael Stähli, KR Rolf Bolfig und KR René Bünler: Das Geld liegt auf der Strasse

Das Postulat wird mit Bericht und Vorlage zum Entlastungsprogramm 2014–2017 im Jahr 2014 dem Kantonsrat vorgelegt.

- 3.12 Postulat P 9/13 von KR Erwin Schnüriger, KR Marianne Betschart-Kaelin und KR Peter Steinegger: Regulierung Lauerzersee – Saubere Entscheidungsgrundlage statt fahrlässiger Stillstand; Postulat P 15/13 von KR Peter Häusermann und neun Mitunterzeichnende: Lauerzersee: Zurück zur Sachlichkeit

Mit den Postulaten P 9/13 und P 15/13 wird verlangt, dass die bisherigen Abklärungen neu aufgenommen, bewertet sowie durch neue, im Rahmen der öffentlichen Diskussionen erwähnte Varianten der Wasserableitung am Lauerzersee ergänzt werden. Der Regierungsrat ist in der Umsetzung der ersten Phase, nochmals eine Auslegeordnung vorzunehmen, in der die direkt Betroffenen (Kanton, Bezirk, Gemeinden, Interessenvertreter, Institutionen, Organisationen usw.) zur Mitwirkung eingeladen werden.

4. Bericht zu erheblich erklärten Vorstössen

- 4.1 Motion M 7/11 von KR Armin Camenzind im Namen der CVP-Fraktion: Lockerung der Bauvorschriften für erneuerbare Energien:

Art. 18a des revidierten Raumplanungsgesetzes tritt im Frühjahr 2014 in Kraft. Gemäss dieser Bestimmung sind sorgfältig auf Dächern integrierte Solaranlagen in Bau- und Landwirtschaftszonen neu nur mehr meldepflichtig. Anlagen auf Kultur- und Naturdenkmälern von kantonaler oder nationaler Bedeutung bedürfen hingegen weiterhin einer Bewilligung. Das Bundesrecht geht abweichendem (strengerem) kommunalem Recht vor. Dem Anliegen der Motionäre wird damit nachgekommen. Der Vorstoss kann als erfüllt abgeschrieben werden.

A. Jahresrückblick

Das Berichtsjahr der Staatskanzlei wurde hauptsächlich von der neuen Kantonsverfassung geprägt. So galt es, die neuen direkt anwendbaren Bestimmungen zu vollziehen und durchzusetzen. Änderungen ergaben sich beispielsweise bei der Referendumsformel von Gesetzesänderungen. Weiter musste die Gesetzssammlung an die neue Kantonsverfassung angepasst werden.

B. Finanzen

in Fr. 1000.–	2013 V	2013 R	Abw.	
Aufwand	4535	3765	-770	
Ertrag	1160	1198	38	
Globalbudget	3376			
Nachkredit	0			
Globalbudget inklusive NK	3376	2567	-809	○
Nettoinvestitionen	0			
Vollzeitstellen (FTE)	10.0	9.9	-0.1	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Das Globalbudget wurde nicht nur eingehalten, sondern deutlich unterschritten. Dies aus drei Gründen:

Erstens aus Spargründen und weil die dafür erforderlichen Personalressourcen fehlten, wurde auf die Einführung eines so genannten Geschäftsverwaltungssystems (GEVER) für die ganze kantonale Verwaltung verzichtet.

Zweitens, weil im Berichtsjahr von den vier möglichen Abstimmungstagen nur an einem Abstimmungssonntag eine kantonale Sachvorlage zur Abstimmung kam, fielen entsprechend weniger Druckkosten für Abstimmungsunterlagen an. Die Anpassungen an die neue Kantonsverfassung erforderten eine umfassende Überarbeitung der Gesetzssammlung. Im Berichtsjahr wurde auf einen Nachdruck der Gesetzssammlung verzichtet, weil im Folgejahr ein Neudruck vorgesehen ist.

Drittens konnten auch dank Sparbemühungen in der Kantonsverwaltung die Kosten für Porti reduziert werden. So hat beispielsweise die Steuerverwaltung bei ihren Massenversänden nach Möglichkeit eine Versandart mit einem günstigeren Tarif gewählt. Weil dadurch deutlich weniger Briefe eingeschrieben zugestellt wurden, liessen sich wesentliche Einsparungen erzielen.

Während die Erträge aus den Abonnements für das Amtsblatt infolge des fortschreitenden Abonentenschwundes weiter sanken, stiegen die Mehrerträge bei den Inseraten im Amtsblatt. Die hohe Zahl an behandelten Beschwerdeentscheiden hat zu Mehrerträgen bei den Staatsgebühren geführt. Infolge der Überarbeitung der Gesetzestexte konnten keine gedruckten Nachträge für die Gesetzssammlung herausgegeben werden. Dies führte zu einem Minderertrag beim Verkaufserlös aus Drucksachen.

Im Berichtsjahr wurde kein Nachkredit beantragt. Der Stellenplan wurde eingehalten.

PG1: Führungsunterstützung

Ziele

- Regierungsratsbeschlüsse werden ohne Verzug ausgefertigt und versandt (abweichende Weisungen im Einzelfall vorbehalten).
- Das Kantonsratsprotokoll steht zeitgerecht zur Verfügung.
- Die systematische wie die fortlaufende Gesetzssammlung im Internet ist immer aktuell und korrekt.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Maximal 1 Woche nach Beschlussfassung	95%	100%	5%	○
3 Wochen für eine eintägige Sitzung, 4 Wochen für eine zweitägige Sitzung	100%	100%	0%	○
Gerechtfertigte Beanstandungen	< 5	1		○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Die Regierungsratsbeschlüsse wurden innerhalb Wochenfrist verschickt. Die Zustellung der Kantonsratsprotokolle erfolgte zeitgerecht. Die Gesetzssammlung ist aktuell und korrekt.

Im Berichtsjahr musste eine gerechtfertigte Beanstandung entgegengenommen werden. Diese bezog sich auf eine nicht vollzogene Änderung im Anhang der Vollzugsverordnung zur Personal- und Besoldungsverordnung. Die Änderung wurde umgehend nach Eingang des Hinweises vorgenommen. Im Berichtsjahr haben der Kantonsrat und der Regierungsrat die Anpassungen an die neue Kantonsverfassung beschlossen. Diese umfassenden Anpassungen mussten in die Gesetzssammlung übernommen werden. Dies hat in der Staatskanzlei zu einem ausserordentlich hohen Mehraufwand geführt.

PG2: Wahlen und Abstimmungen

Ziele

- Die Ausübung der politischen Rechte ist gewährleistet.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Gutgeheissene Stimmrechtsbeschwerden	0	0	0	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Im Berichtsjahr wurde keine Stimmrechtsbeschwerde gutgeheissen.

PG3: Information und Kommunikation

Ziele

- Medienmitteilungen und amtliche Publikationen werden der Öffentlichkeit im Internet zugänglich gemacht.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Zeitgleich mit Postzustellung (begründete Ausnahmen vorbehalten)	100%	100%	0%	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

PG4: Beglaubigungen

Ziele

– Beglaubigungen werden sofort vorgenommen.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.
Am gleichen Tag, wenn Eingang vor 12.00 Uhr	100%	100%	0% <input type="radio"/>

Vorgabe eingehalten/erfüllt Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Die Beglaubigungen konnten im Berichtsjahr verzugslos vorgenommen werden.

PG5: Drucksachen und Verbrauchsmaterial

Ziele

– Hohe Kundenzufriedenheit.
– Departemente und Ämter werden umgehend mit dem bestellten Büromaterial ab Lager beliefert.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.
(Index-)Wert aus jährlicher Befragung (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	4.0	4.3	0.3 <input type="radio"/>

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.
Anteil aller Lieferungen von Standardprodukten innert zwei Tagen nach Bestellungseingang	95%	100%	5% <input type="radio"/>

Vorgabe eingehalten/erfüllt Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Die Rückmeldungen aus der Kundenumfrage bei allen Amtsleitenden der Kantonsverwaltung waren positiv und lassen auf eine hohe Zufriedenheit schliessen. Gegenüber dem Vorjahr konnte der Indexwert noch um 0.1 verbessert werden.

C. Abstimmungen

1. Eidgenössische Abstimmungen

1.1 Abstimmung vom 3. März 2013

Bundesbeschluss vom 15. Juni 2012 über die Familienpolitik

Ergebnis	Ja		Nein	
Kanton Schwyz	17 917	36.9%	30 689	63.1%
Eidgenossenschaft	1 283 951	54.3%	1 078 531	45.7%
Standesstimmen	9 2/2		11 4/2	

Volksinitiative vom 26. Februar 2008 «Gegen die Abzockerei»

Ergebnis	Ja		Nein	
Kanton Schwyz	29 599	60.8%	19 101	39.2%
Eidgenossenschaft	1 616 184	68.0%	761 975	32.0%
Standesstimmen	20 6/2		0	

Änderung vom 15. Juni 2012 des Bundesgesetzes über die Raumplanung (Raumplanungsgesetz, RPG)

Ergebnis	Ja		Nein	
Kanton Schwyz	27 325	56.6%	20 920	43.4%
Eidgenossenschaft	1 476 942	62.9%	871 514	37.1%

1.2 Abstimmung vom 9. Juni 2013
Volksinitiative vom 7. Juli 2011 «Volkswahl des Bundesrates»

Ergebnis	Ja		Nein	
Kanton Schwyz	13 311	30.4%	30 428	69.6%
Eidgenossenschaft	480 291	23.7%	1 550 080	76.3%
Standesstimmen	0		20 6/2	

Änderung vom 28. September 2012 des Asylgesetzes (AsylG) (Dringliche Änderung des Asylgesetzes)

Ergebnis	Ja		Nein	
Kanton Schwyz	37 419	86.4%	5 880	13.6%
Eidgenossenschaft	1 573 007	78.4%	432 174	21.6%

1.3 Abstimmung vom 22. September 2013

Volksinitiative vom 5. Januar 2012 «Ja zur Aufhebung der Wehrpflicht»

Ergebnis	Ja		Nein	
Kanton Schwyz	8 057	16.2%	41 605	83.8%
Eidgenossenschaft	644 985	26.8%	1 762 811	73.2%
Standesstimmen	0		20 6/2	

Bundesgesetz vom 28. September 2012 über die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten des Menschen (Epidemiegesetz, EpG)

Ergebnis	Ja		Nein	
Kanton Schwyz	22 402	45.5%	26 840	54.5%
Eidgenossenschaft	1 395 607	59.0%	968 078	41.0%

Änderung vom 14. Dezember 2012 des Bundesgesetzes über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz, ArG)

Ergebnis	Ja		Nein	
Kanton Schwyz	27 511	55.9%	21 701	44.1%
Eidgenossenschaft	1 345 662	56.7%	1 025 817	43.3%

1.4 Abstimmung vom 24. November 2013

Volksinitiative vom 21. März 2011 «1:12 – Für gerechte Löhne»

Ergebnis	Ja		Nein	
Kanton Schwyz	13 201	23.3%	43 475	76.7%
Eidgenossenschaft	954 787	34.7%	1 796 930	65.3%
Standesstimmen	0		20 6/2	

Volksinitiative vom 12. Juli 2011 «Familieninitiative: Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen»

Ergebnis	Ja		Nein	
Kanton Schwyz	28 907	51.2%	27 554	48.8%
Eidgenossenschaft	1 139 670	41.5%	1 604 491	58.5%
Standesstimmen	2 1/2		18 5/2	

Änderung vom 22. März 2013 des Bundesgesetzes über die Abgabe für die Benützung von Nationalstrassen (Nationalstrassenabgabegesetz, NSAG)

Ergebnis	Ja		Nein	
Kanton Schwyz	20 285	35.8%	36 386	64.2%
Eidgenossenschaft	1 087 368	39.5%	1 662 748	60.5%

2. Kantonale Abstimmungen

2.1 Abstimmung vom 3. März 2013
Verpflichtungskredit für die Sanierung der Turnhalle und die Schulraumerweiterung am Berufsbildungszentrum Goldau

		Ja		Nein
Ergebnis	33 955	73.5%	12 260	26.5%

D. Wahlen

Im Jahr 2013 fanden keine kantonalen Wahlen statt.

E. Apostillen und Beglaubigungen

Die Staatskanzlei stellte im Berichtsjahr 2479 (2799) Apostillen und Beglaubigungen aus.

F. Amtsblatt

Im Berichtsjahr zählte das Amtsblatt mit Stand Dezember noch 4311 (4759) Abonnenten. Die gedruckte Ausgabe steht nach wie vor in Konkurrenz zur Publikation im Internet. Viele Leserinnen und Leser verzichten deshalb auf ein Abonnement. Das Amtsblatt umfasst 51 Nummern mit total 3024 Seiten.

G. Sekretariat Kantonsrat

Die Staatskanzlei hat im Berichtsjahr für den Kantonsrat neun Sitzungen organisiert. Die Sitzung vom 27. März 2013 fiel wegen nur wenigen beschlussreifen Geschäften, welche die Durchführung einer Sitzung und die damit verbundenen Kosten nicht gerechtfertigt hätten, aus.

Bisher waren die Kleinen Anfragen nicht nummeriert. Zur besseren Identifikation wurde im Berichtsjahr auch die Nummerierung der Kleinen Anfragen eingeführt. Insgesamt wurde folgende Anzahl parlamentarischer Vorstösse eingereicht:

2	(2)	Einzelinitiativen
11	(14)	Motionen
21	(8)	Postulate
29	(17)	Interpellationen
32	(22)	Kleine Anfragen
95	(63)	Total

Die Akustikanlage im Kantonsratssaal hat ihre Lebensdauer erreicht. Aus Kostengründen wurde auf die teure Anschaffung einer neuen Anlage zugunsten einer günstigeren Gesamtanierung verzichtet. Die Vorbereitungsarbeiten für die Sanierung der Anlage konnten im Berichtsjahr abgeschlossen werden. Im Anschluss an die ordentliche Sitzung des Kantonsrates vom 11. Dezember wurden im Kantonsratssaal alle Stühle ersetzt.

H. Information

Die Staatskanzlei hat rund 180 Medienmitteilungen, Berichte und Kantonsratsvorlagen an die akkreditierten Medien verschickt. Diese Informationen sind auch im Internet verfügbar. Da die mobile Internetnutzung in den vergangenen Jahren stark angestiegen ist, trägt der Internetauftritt der kantonalen Verwaltung der technologischen Entwicklung und dem veränderten Nutzerverhalten Rechnung. Die Webseite wurde neu so programmiert, dass sie sich automatisch der Bildschirmgröße des benutzten Geräts anpasst. Die Darstellung erfolgt formatfüllend auf allen eingesetzten Geräten, egal ob PC, Tablet oder Smartphone.

Im Sozialbereich standen die Teilrevisionen von Gesetz und Verordnung über die Sozialhilfe sowie die Teilrevision der Pflegefinanzierungsverordnung im Vordergrund. – Die Durchführung der neuen KVG-Verlustscheinregelung bewährte sich. Die Direktauszahlung der Prämienverbilligungen an die Krankenkassen wurde termingerecht vorbereitet. – Die Umsetzung des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts ist eine Herkulesaufgabe und erfordert mehr personelle Ressourcen als prognostiziert.

A. Departementssekretariat

1. Jahresrückblick

Per 1. Januar 2013 traten sowohl das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht wie auch das revidierte kantonale Bürgerrecht in Kraft. Die Betriebsaufnahme der beiden neuen Ämter für Kindes- und Erwachsenenschutz wirkte sich auf das Departementssekretariat als Stabsstelle im Bereich der Führungsunterstützung direkt aus. Zudem wird die auf Stufe Departement angesiedelte administrative Aufsicht über die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden neu durch das Departementssekretariat wahrgenommen. Die Anwendung des neuen Einbürgerungsverfahrens brachte für die Abteilung Personenstand und Bürgerrecht neue Prozesse und Abläufe mit sich. Es mussten Erfahrungen gesammelt werden. Aufgrund der gemachten Erfahrungen fand auch ein Austausch mit den Gemeinden statt. Im Bereich Personenstand stellte das neue Namensrecht eine weitere Herausforderung dar. Hier verlief die Umsetzung im Kanton Schwyz im ersten Jahr ohne nennenswerte Schwierigkeiten.

2. Finanzen

In Fr. 1000.–	2013 V	2013 R	Abw.
Aufwand	5106	5338	232
Ertrag	627	767	140
Globalbudget	4479		
Nachkredit	130		
Globalbudget inklusive NK	4609	4571	-38 ○
Nettoinvestitionen	0		
Vollzeitstellen (FTE)	5.0	5.8	0.8 ●

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Das Globalbudget inkl. Nachkredite wurde eingehalten. Es wurden jedoch mehr Stellen besetzt als bewilligt. Die Überschreitung um 0.8 FTE erfolgte, da eine Mitarbeiterin aufgrund einer schweren Krankheit teilweise krankgeschrieben war. Sie musste durch eine befristet angestellte Mitarbeiterin ersetzt werden.

PG1: Führungsunterstützung und Support

Ziele

- Hohe Zufriedenheit der Departementsvorsteherin.
- Hohe Kundenzufriedenheit.
- Mitberichte werden termingerecht erstellt.
- Vernehmlassungen werden termingerecht erstellt.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.
Zufriedenheit gemäss Befragung (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	4.0	5.0	1.0 ○
Zufriedenheit gemäss Befragung der Kommissionsmitglieder (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	4.0	–	– ○
Anzahl termingerechte Mitberichte/Gesamtanzahl Mitberichte	100%	100%	0% ○
Anzahl termingerechte Vernehmlassungen/Gesamtanzahl Vernehmlassungen	100%	100%	0% ○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Auf die Befragung der Mitglieder der kantonsrätlichen Kommission für Gesundheit und Soziale Sicherheit wurde verzichtet, da nur Ausschusssitzungen, jedoch keine Kommissionssitzungen stattgefunden haben.

PG2: Personenstand und Bürgerrecht

Ziele

- Qualitätssicherung des Zivilstandsdienstes.
- Fristgemässe Bearbeitung der Fälle mit Auslandsbezug.
- Zeitgerechte Bearbeitung der Einbürgerungsfälle.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.
Ergebnis der Inspektion der beiden Zivilstandskreise (Skala 1 = mangelhaft; 4 = sehr gut)	3.0	4.0	1.0 ○
Anteil der innert 14 Tagen bearbeiteten Fälle	>80%	90%	10% ○
Anteil der innert 4 Wochen bearbeiteten Fälle (nach Vorliegen aller notwendiger Unterlagen)	100%	100%	0% ○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Die 2010 geschaffenen zwei neuen Zivilstandsämter Ausser- und Innerschwyz starteten ihr viertes Geschäftsjahr. Die gemäss eidgenössischer Zivilstandsverordnung vorgeschriebene ordentliche Inspektion (alle zwei Jahre) wurde 2013 durchgeführt.

Ordentliche Einbürgerung: Statistik

Nach vorangegangener Aufnahme ins Gemeindebürgerrecht wurden im Jahre 2013 in 255 (197) Fällen 409 (298) ausländische Personen rechtskräftig eingebürgert.

Nationalität	Einbürgerungsfälle	eingebürgerte Personen
Kosovo	59	109
Deutschland	38	52
Bosnien und Herzegowina	28	50
Kroatien	25	40
Serbien	24	46
Sri Lanka	17	19
Türkei	16	19
Italien	11	13
Mazedonien	8	19
Portugal	5	8
Slowenien	4	5
Österreich	4	4
Schweden	1	5
Übrige	15	20

Seit dem 1. Januar 2013 ist das neue Einbürgerungsverfahren in Kraft. Im Vergleich zu 2012 wurden mehr Personen eingebürgert. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Gemeinden anhand der Übergangsregelung bis Ende 2012 noch viele Gesuche nach

altem Recht behandelt haben, welche nach erteiltem Gemeindebürgerrecht dem Kanton zur Erteilung des Kantonsbürgerrechts im Jahr 2013 weitergeleitet worden sind. Gleichzeitig ist festzustellen, dass aufgrund der strengeren Vorschriften die Zahl der nach neuem Recht beurteilten Einbürgerungsgesuche zurückgegangen ist.

B. Laboratorium der Urkantone

Für den Rechenschaftsbericht des Laboratoriums der Urkantone wird auf den Jahresbericht des Laboratoriums der Urkantone für die Bereiche Kantonschemiker und Kantonstierarzt verwiesen. Dieser wird den Mitgliedern des Kantonsrates jeweils durch die Staatskanzlei zugestellt. Der Jahresbericht ist ebenfalls unter www.laburk.ch veröffentlicht.

C. Ausgleichskasse/Familienausgleichskasse/IV-Stelle

1. Übersicht

Der Rechenschaftsbericht weist für die Ausgleichskasse/IV-Stelle Schwyz neu noch die Zahlen der ihr vom Kanton übertragenen Aufgaben aus. Die übertragenen Aufgaben umfassen die folgenden Bereiche, welche auch in der Staatsrechnung enthalten sind:

- Ergänzungsleistungen zur AHV/IV (EL)
- Pflegefinanzierungen bei stationärem Heimaufenthalt (PF)
- Individuelle Prämienverbilligung KVG (IPV)
- Kostenübernahme bei ausstehenden Krankenkassen-Prämien
- KVG-Obligatoriumskontrolle

Bei den übertragenen Aufgaben hat die Ausgleichskasse zusätzlich gesondert Hintergrundberichte zu den Bereichen Ergänzungsleistungen, Pflegefinanzierung sowie zur individuellen Prämienverbilligung und KVG-Obligatoriumskontrolle verfasst. Diese Berichte sind unter www.aksz.ch veröffentlicht.

Die weiteren Ausführungen und Zahlen für die Dienstleistungen der Ausgleichskasse Schwyz, der Familienausgleichskasse Schwyz und der IV-Stelle Schwyz können dem Geschäftsbericht der Ausgleichskasse/IV-Stelle Schwyz entnommen werden. Diese Finanzzahlen sind nicht Bestandteil der Staatsrechnung des Kantons Schwyz.

2. Gesetzliche Bestimmungen der übertragenen Aufgaben

Auf den 1. Januar 2013 erfolgte auf Bundesebene eine Teuerungsanpassung der AHV- und IV-Renten. Sämtliche EL-Fälle mussten deshalb ebenfalls umgerechnet werden. Dies konnte termingerecht umgesetzt werden.

Am 5. November 2013 verabschiedete der Regierungsrat die Teilrevision der Vollzugsverordnung zum Gesetz über Ergänzungsleistungen zur AHV/IV. Die Inkraftsetzung erfolgt per 1. Januar 2014. Die Änderungen betreffen unter anderem die klare Finanzierungsregelung bei Aufenthalt eines EL-Bezügers in einer heimähnlichen Institution und die Finanzierung eines vor-

übergehenden Heimaufenthaltes durch die EL. Hauptpunkt der Revision ist jedoch in Koordination mit der Pflegefinanzierung die Aufhebung der maximalen Pflgetaxen im Heim. Zudem werden die anrechenbaren Pensionstaxen auf einen existenzsichernden Betrag limitiert.

Bei der individuellen Prämienverbilligung (IPV) erfolgte im Jahr 2013 die Umsetzung des angepassten Art. 65 KVG. Ab Anfang 2014 muss die IPV gesamtschweizerisch an die Krankenkassen ausgerichtet werden. Der erstmalige automatische und standardisierte Datenaustausch mit den Krankenkassen konnte im November 2013 erfolgreich durchgeführt werden. Damit ist die Voraussetzung geschaffen, dass die Krankenkassen die IPV ab dem 1. Januar 2014 direkt bei der Prämienrechnung in Abzug bringen können.

3. Übertragene Aufgaben

3.1 Ergänzungsleistungen zur AHV/IV (EL)

Ende 2013 bezogen 3319 Personen Ergänzungsleistungen, nämlich 2122 Bezüger von Altersrenten, 70 Bezüger von Hinterlassenenrenten und 1127 Bezüger von Invalidenrenten. Total wurden EL in der Höhe von Fr. 59 866 045.– ausgerichtet. Davon entfielen Fr. 4 836 594.– auf die Deckung von Krankheits- und Behinderungskosten. Die Ausgleichskasse Schwyz erliess insgesamt 4633 EL-Verfügungen, 3902 davon als Gutheissungen und 731 als Abweisungen. Zusätzlich wurden 7934 Vergütungen von Krankenkosten vorgenommen. Der leichte Rückgang des Ausgabenvolumens begründet sich hauptsächlich mit der vermehrten Zusprache von Hilflosenentschädigungen AHV bei Pflegeheimaufenthalt; dies hat jedoch nur einen Einmaleffekt auf die EL-Ausgaben. Nachhaltig kostendämpfend ist hingegen die konsequente Kostenkontrolle bei den Pflegeheimtarifen durch das Amt für Gesundheit und Soziales.

Entwicklung der EL zur AHV/IV in Fr.

2004	35 709 986.–
2005	37 593 557.–
2006	41 054 911.–
2007	41 430 388.–
2008	46 386 186.–
2009	48 228 999.–
2010	48 920 001.–
2011	59 571 994.–
2012	60 497 575.–
2013	59 866 045.–

3.2 Pflegefinanzierung bei stationärer Langzeitpflege

Mit der Neuordnung der Pflegefinanzierung und der Teilrevision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung wurde die Finanzierung der Pflegekosten bei stationärem Heimaufenthalt ab dem Jahr 2011 neu geregelt. Nebst dem Pflegebeitrag der Krankenkasse und der Eigenbeteiligung der pflegebedürftigen Person trägt die öffentliche Hand die Restfinanzierung. Die Durchführung der Pflegefinanzierung bei Heimaufenthalt obliegt der Ausgleichskasse Schwyz. Finanziert werden die Leistungen durch die Gemeinden, entsprechend ihrer Einwohnerzahl. Die Durchführungskosten trägt der Kanton.

Im Jahr 2013 bot der Kanton Schwyz in 33 Pflegeinstitutionen 1839 Pflegeplätze an. Rund 850 pflegebedürftige Heimbewohner bezogen Ergänzungsleistungen zur AHV/IV. 468 Personen haben sich für die Pflegefinanzierung neu angemeldet. In 393 Fällen

konnte der Grundanspruch bejaht werden. In 75 Fällen musste der Anspruch verneint werden, weil die Anspruchsvoraussetzungen nicht erfüllt waren. Insgesamt konnten 5101 Auszahlungen mit einer Gesamtsumme von Fr. 11 128 310.– vorgenommen werden.

Entwicklung der Pflegefinanzierung im Heim in Fr.

2011	8 260 705.–
2012	11 319 415.–
2013	11 128 310.–

3.3 Krankenversicherung

3.3.1 Prämienverbilligung

Gestützt auf das Einführungsgesetz zum KVG vom 19. September 2007 wurden im Jahr 2013 insgesamt 26 008 Gesuche bearbeitet und individuelle Prämienverbilligungen im Betrag von Fr. 58 819 674.– ausbezahlt. Damit konnten die Prämien für 36 609 Personen verbilligt werden. Rund ein Viertel der kantonalen Wohnbevölkerung erhielt somit Prämienverbilligung.

Entwicklung der IPV in Fr.

2004	51 784 460.–
2005	40 775 386.–
2006	43 561 502.–
2007	45 029 390.–
2008	39 028 023.–
2009	40 468 664.–
2010	48 504 232.–
2011	54 356 529.–
2012	55 956 477.–
2013	58 819 674.–

3.3.2 Kostenübernahme bei ausstehenden KVG-Prämien

Seit 1. Januar 2012 müssen die Gemeinden die ausstehenden Krankenkassenprämien und Kostenbeteiligungen nach dem Vorliegen eines Verlustscheines übernehmen. Die Kostenübernahme erfolgte erstmals im Jahr 2013 für die im Jahr 2012 ausgestellten Verlustscheine. Während einer zweijährigen Übergangsfrist sind die Verlustscheine zu 87% und anschliessend zu 85% zu übernehmen. Die Finanzierung erfolgt durch die Gemeinden, entsprechend der effektiv ausgestellten Verlustscheine für ihre Gemeindeglieder. 25 Krankenkassen haben Forderungen aus Verlustscheinen geltend gemacht. Insgesamt konnten Forderungen von Fr. 257 900.15 anerkannt werden. Davon wurden den Krankenkassen Fr. 224 373.15 überwiesen. Die eingereichten Verlustscheine betreffen die Einwohnerinnen und Einwohner von 20 Gemeinden. Zehn Gemeinden mussten keine Kosten übernehmen.

3.3.3 KVG-Obligatoriumskontrolle

Seit 1996 ist die Krankenversicherung in der Schweiz obligatorisch. Grundsätzlich muss sich jede in der Schweiz wohnhafte oder erwerbstätige Person gegen die Folgen von Krankheit versichern. Die Ausgleichskasse Schwyz führt die Obligatoriumskontrolle zusammen mit den Einwohnerämtern der Gemeinden durch. Für Gesuche um Befreiung vom KVG-Obligatorium ist die Ausgleichskasse Schwyz zuständig. Bei der Prüfung von Befreiungsgesuchen sind die zwischenstaatlichen Vereinbarungen, insbesondere die bilateralen Verträge mit der EU/EFTA, zu beachten. Im Jahr 2013 wurden 335 Befreiungsgesuche eingereicht. Davon konnten 238 bewilligt werden. In 45 Fällen erfolgte eine Abweisung. Bei den restlichen 52 Fällen konnte auf eine formelle Prüfung verzichtet werden, da diese Personen bereits von Gesetzes wegen befreit waren.

D. Amt für Gesundheit und Soziales

1. Jahresrückblick

Teilrevision Gesetz und Verordnung über die Sozialhilfe

Das Gesetz über die Sozialhilfe und die Vollziehungsverordnung regeln die öffentliche Sozialhilfe für Personen aller Altersstufen und für Familien im Kanton Schwyz.

Der Kantonsrat änderte am 20. Februar 2013 das Gesetz und folgte damit dem erheblich erklärten Postulat P 5/08 «Erleichterter gegenseitiger Datenaustausch zwischen den Behörden». Gleichzeitig wurden andere pendente Verbesserungen wie die Finanzierung von Spezialdiensten und die Missbrauchsbekämpfung im Gesetz vorgenommen. Der Regierungsrat hat für den Vollzug die Teilrevision der Vollziehungsverordnung verabschiedet. Gesetz und Verordnung wurden per 1. Januar 2014 in Kraft gesetzt.

Teilrevision Pflegefinanzungsverordnung

Am 3. November 2010 hatte der Regierungsrat mit Beschluss Nr. 1116 die Pflegefinanzungsverordnung (SRSZ 361.511) erlassen und auf den 1. Januar 2011 in Kraft gesetzt. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass sich sowohl die gesetzlichen Bestimmungen zur Neuordnung der Pflegefinanzierung wie auch die Pflegefinanzungsverordnung grundsätzlich bewähren. Im Rahmen der Teilrevision hat der Regierungsrat den Vollzug mit Bestimmungen über die stationäre Pflege in Pflegeheimen, die ambulante Pflege durch Spitexorganisationen und selbstständig tätige Pflegefachpersonen sowie über die Akut- und Übergangspflege präzisiert.

Die Gemeinden tragen die Restkosten der stationären Pflege solidarisch nach Einwohnerschlüssel. Mit der klaren Trennung von Pensions- und Pfegetarifen werden Quersubventionierungen verhindert und die Gemeinden finanziell entlastet.

Nachdem die Leistungsvereinbarung für die Sicherstellung der Akut- und Übergangspflegeplätze nach der zweijährigen Pilotphase nicht mehr erneuert wurde, entfallen für den Kanton die Investitionsbeiträge (Leerbettenfinanzierung) gemäss Spitalgesetz (SRSZ 574.110) § 29 Abs. 1 von rund Fr. 60 000.–.

2. Finanzen

In Fr. 1000.–	2013 V	2013 R	Abw.	
Aufwand	156 291	164 428	8 137	
Ertrag	987	827	-160	
Globalbudget	15 530			
Nachkredit	9 356			
Globalbudget inklusive NK	164 660	163 601	-1 059	○
Nettoinvestitionen	2 967			
Nachkredit	0			
Nettoinvestitionen inklusive NK	2 967	1 395	-1 572	●
Vollzeitstellen (FTE)	21.5	20.0	-1.5	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Das Globalbudget inklusive Nachkredit wurde um 1.060 Mio. Franken (0.6%) unterschritten.

Im Bereich der Investitionsrechnung ergab sich ein zeitlich früherer Bauabschluss der Behindertenstiftung Schwyz (BSZ) in Schübelbach im Dezember 2012. Somit wurde der Voranschlag von 0.5 Mio. Franken für das Jahr 2013 nicht mehr beansprucht. Betreffend die Investitionsbeiträge an Alters- und Pflegeheime sind die diversen Bauten noch nicht so weit fortgeschritten wie

geplant. Deshalb resultierte daraus eine Unterschreitung des Budgets.

Die Unterschreitung des Personalstellenplans um 1.5 Vollzeitstellen (1.5 FTE) resultiert aus diversen Stellenwechseln. Die Wiederbesetzung dieser Stellen hat sich zeitlich verzögert oder ist noch nicht erfolgt.

3. Projekte

○ Projektverlauf wie geplant ● Projektverlauf nicht wie geplant

Spitalliste 2012

Beginn Januar 2011/Ende Dezember 2015 ○
Erstellung der neuen Spitalliste 2012 im Hinblick auf die freie Spitalwahl (Übergangsfrist bis 2015).

Projektstand:

Die Schwyzer Spitalliste 2012 (Akutsomatik, Rehabilitation und Psychiatrie) wurde auf den 1. April 2012 erlassen. Die Spitalliste sichert das Angebot an medizinischen Leistungen für die Schwyzer Bevölkerung.

Gegen den Erlass des Regierungsrates haben die beiden nicht mehr berücksichtigten Leistungserbringerinnen Klinik Adelheid und Klinik Im Park Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht eingereicht. Beide Verfahren sind momentan beim Bundesverwaltungsgericht sistiert.

Auf den 1. Januar 2015 ist eine erste Aktualisierung der Spitalliste 2012 geplant, insbesondere da per 31. Dezember 2014 die zum Teil befristeten und mit Auflagen versehenen Leistungsaufträge an einzelne Kliniken auslaufen werden. Erste Planungs- und Vorbereitungsarbeiten für die Aktualisierung wurden im Jahr 2013 an die Hand genommen.

Revision Spitalverordnung

Beginn Juni 2012/Ende Juni 2014 ○
Anpassung der Spitalverordnung vom 22. Oktober 2003 (SpitV, SRSZ 574.110) an das revidierte Krankenversicherungsgesetz des Bundes (KVG, SR 832.10)

Projektstand:

Als Folge der im Jahr 2007 beschlossenen Revision des Krankenversicherungsgesetzes sind diverse Bestimmungen des kantonalen Spitalgesetzes (früher: Spitalverordnung) bezüglich ihres Inhalts und der Terminologie obsolet oder mindestens anpassungsbedürftig geworden. Im Rahmen der Totalrevision wird das Spitalgesetz an die revidierten Bestimmungen des übergeordneten Bundesrechts angepasst. Ende 2013 befand sich der Entwurf des neuen Spitalgesetzes im Mitbericht bei den Departementen.

Erneuerung Psychiatriekonkordat

Beginn 2009/Ende 2013 ●
Erneuerung des Konkordats der Kantone Uri, Schwyz und Zug betreffend der Psychiatrischen Klinik Zugensee (Psychiatriekonkordat), Kauf der Psychiatrischen Klinik Zugensee.

Projektstand:

Im Jahr 2013 erfolgten Verhandlungen mit Landanrainern und das Umzonungsgesuch für die Arrondierung der zu erwerbenden Landparzelle sowie die Festlegung des zukünftigen Versorgungsmodells. Im Sinne der integrierten Versorgung sollen die ambulanten bzw. sozialpsychiatrischen Dienste der drei Konkordatskantone und die Psychiatrische Klinik in einer gemeinsamen Betriebsgesellschaft zusammengefasst werden. Der Konkordatsrat hat im Berichtsjahr eine Projektleitung eingesetzt, welche die

in den nächsten zwei Jahren anstehenden Umsetzungsarbeiten betreffend Kauf der Klinik, Erneuerung des Konkordats und Gründung einer Betriebsgesellschaft begleiten wird.

Das Projekt wird um weitere zwei Jahre verlängert.

Ambulante/Stationäre Betagtenversorgung

Beginn Januar 2013/Ende Dezember 2013 ●
Berichterstellung zur WOV-Evaluation 2012; Umsetzung der Empfehlungen zum Betreuungs- und Pflegeangebot.

Projektstand:

Im Zusammenhang mit verschiedenen laufenden Aufgaben und Projekten sind die Erkenntnisse der WOV-Evaluation in angemessener Weise in die tägliche Arbeit eingeflossen. Ein Bericht zur Umsetzung der Empfehlungen wurde noch nicht verfasst.

PG1: Soziale Sicherheit

Ziele

- Innerkantonale Platzierung eines angemessenen Anteils von Menschen mit Behinderungen.
- Kundengerechte Bearbeitung von Betriebsbewilligungen.
- Koordination des stationären Langzeitpflegeangebotes.
- Stabilisierung der Kosten pro Platzierung in Behinderten-Einrichtungen.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Anteil der innerkantonalen Platzierung an der Gesamtplatzierung	70%	69%	-1%	●
Durchschnittliche Bearbeitungszeit in Tagen	55	51	-4	○
Verhältnis der Anzahl Pflegebetten/Anzahl der Wohnbevölkerung über 80 Jahre	27%	31%	4%	●
Kosten je Platzierung pro Monat (ab 2008 NFA)	2 762	2 698	-64	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Platzierungen im Behindertenbereich

Die effektive Anzahl innerkantonomer Platzierungen von Menschen mit einer Behinderung hat sich um 27 auf 771 erhöht. Die ausserkantonomer Platzierungen haben um 22 auf 343 zugenommen. Das Gesamtergebnis der innerkantonomer Platzierungen verschlechterte sich rechnerisch jedoch leicht gegenüber dem Vorjahr auf 69% (70%). Die bestehenden Plätze in innerkantonomer Institutionen sind vollumfänglich besetzt.

Betriebsbewilligungen

Die Anerkennungsvoraussetzung des Jugendheims «alte Post» als Erziehungseinrichtung in Oberarth wurde durch das Bundesamt für Justiz überprüft und bestätigt. Die kantonale Bewilligung wurde darauf gestützt angepasst.

Pflegebetten

Der Kanton Schwyz verfügt über 1839 (1876) Plätze in der stationären Langzeitversorgung. Die Anzahl Pflegeplätze hat im Berichtsjahr um 37 Plätze abgenommen. Diese Abnahme ist auf die Aufhebung von Doppelzimmern in einzelnen Institutionen und die Schliessung eines Heimes im Kloster Ingenbohl zurückzuführen. Dem gegenüber stehen 6008 (5765) Einwohner über 80 Jahre. Gemäss Zielsetzung WOV ist im Jahr 2013 für insgesamt 27% der Betagten über 80 Jahre ein Pflegeplatz zur Verfügung zu stellen. Die Versorgung beträgt trotz der Abnahme der

Plätze und der Zunahme der Betagten noch 31% (32%). Das angestrebte Ziel, die Versorgungsdichte bereits 2013 deutlich zu reduzieren, wurde damit verfehlt.

Die Zahl der betagten Personen wird allerdings in den kommenden Jahren deutlich schneller wachsen als das Platzangebot, obwohl in den Gemeinden noch verschiedenste Erweiterungs- und Erneuerungsprojekte geplant sind. Das Amt plant eine Reduktion der Versorgungsdichte an Pflegebetten auf 19% der Anzahl Betagten über 80 im Jahre 2030. Vom Bundesamt für Statistik wurde bis 2030 eine Verdoppelung dieser Altersgruppe von rund 6000 auf 12 000 Personen prognostiziert. Die Bettenauslastung der Pflegeheime liegt in den letzten Jahren konstant bei 98%, was einer durchgängigen Vollaustattung der vorhandenen Infrastrukturen entspricht. Längerfristig ist also damit zu rechnen, dass sich die Versorgungsdichte deutlich in die angestrebte Richtung bewegen wird.

Stabilisierung der Kosten in Behinderteneinrichtungen

Die Kosten je Platzierung belaufen sich auf Fr. 2698.– (2672.–) pro Monat, wobei die ausserkantonalen Einrichtungen bei Fr. 3132.– (3226.–) und die innerkantonalen Einrichtungen bei Fr. 2507.– (2429.–) liegen. Die Erhöhung der innerkantonalen Kosten ist auf die Platzierung von einigen Behinderten mit sehr hohem Betreuungsaufwand zurückzuführen. Die im Durchschnitt immer noch teureren ausserkantonalen Tarife können durch den Kanton nicht beeinflusst werden. Deshalb ist der Ausbau der innerkantonalen Versorgungsstrukturen grundsätzlich zu unterstützen.

PG2: Medizinische Versorgung

Ziele

- Sicherstellung einer bedarfsgerechten ambulanten medizinischen Versorgung im Kanton.
- Stabilisierung der Kosten für die stationäre Grund- und Spezialversorgung.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Anteil der Wohnbevölkerung mit einer Erreichbarkeit der Grundversorgungsangebote innerhalb 30 Minuten	90%	90%	0%	○
Kosten für die stationäre Grund- und Spezialversorgung pro Einwohner	722	753	4%	●

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Stationäre medizinische Versorgung

Die Auswirkungen der neuen Spitalfinanzierung und insbesondere der freien Spitalwahl haben die Kosten für die ausserkantonale Hospitalisation massiv und stärker als erwartet beeinflusst. Insbesondere der neu geschuldete Sockelbeitrag an den zusatzversicherten Patienten hat sich negativ auf die Kantonsfinanzen ausgewirkt.

PG3: Übrige Gesundheitsversorgung

Ziele

- Koordination der Massnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention.
- Sicherstellung der raschen Erstversorgung der Bevölkerung im Not- und Katastrophenfall.
- Vorsorge bei Epidemien und übertragbaren Krankheiten.
- Bewilligungen für Berufe des Gesundheitswesens.
- Aufsichtskontrolle über die Heilmittelabgabe.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Anteil der Schulen im «Netzwerk gesundheitsfördernder Schulen»	50%	60%	10%	○
Anteil der Fälle mit einer Reaktionszeit <15 Minuten vor Ort durch Rettungsdienst oder Erstretter	80%	83%	3%	○
Durchimpfungsrate bei Vorsorgeimpfungen gemäss Empfehlungen des Bundes	80%	75%	-5%	●
Durchschnittliche Bearbeitungszeit in Tagen	35	23	-12	○
Mindestanzahl kontrollierte Betriebe pro Jahr	30	14	-16	●

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Gesundheitsförderung und Prävention

Bis Ende 2013 haben sich 33 Schulen der Primar- und Sekundarstufe I mit 556 Klassen sowie 9783 Schülerinnen und Schülern dem Netzwerk angeschlossen. Somit profitieren 60% der Schülerinnen und Schüler dieser beiden Schulstufen von den Angeboten des Netzwerkes. Wie in den Vorjahren wurden die Angebote in den Bereichen Sexualpädagogik (34 Klasseinsätze durch «gesundheit schwyz») und Gewaltprävention (53 Klasseinsätze mittels Projekt «chili» des Schweizerischen Roten Kreuzes) sowie sämtliche Präventionsangebote der Kantonspolizei am häufigsten beansprucht. Viele Netzwerkschulen setzten Massnahmen zur Gesundheitsförderung und Prävention aufgrund schuleigener Projekte um.

Erstversorgung im Notfall

Das durch den Interverband für Rettungswesen (IVR) angestrebte Ziel, in 90% der Fälle bei einem medizinischen Notfall innert 15 Minuten durch einen Rettungsdienst oder einen Erstretter vor Ort zu sein, lässt sich im Kanton Schwyz auch mit vier Rettungsdienst-Standorten aufgrund der topografischen Verhältnisse (Regionen Ybrig, Alpthal/Brunni, Wägital usw.) nicht realisieren. Die Empfehlung des Departements des Innern, zur Verbesserung der medizinischen Erstversorgung Erstretter (First Responder) einzusetzen, wurde aufrechterhalten. Ebenso wurde das Mindestangebot an automatischen externen Defibrillatoren (AED) zur Ergänzung der Erstversorgung im Notfall erweitert.

Durchimpfungsrate

Die Durchimpfungsraten der Achtklässler haben gegenüber dem Vorjahr wiederum leicht abgenommen. Der vollständige Impfschutz gegen Masern, Mumps, Röteln betrug 77.5% (79%) und gegen DiTePerPol 72.5% (73%). Die Hepatitis-B-Durchimpfungsrate ist mit 32.8% im Vergleich zum Vorjahr (32%) nur unwesentlich gestiegen und liegt damit sehr deutlich unter dem schweizerischen Durchschnitt von 70%.

Im Rahmen der Tätigkeit des Schulgesundheitsdienstes (SGD) wurden im Berichtsjahr 1234 (1172) Impfungen durchgeführt. 1064 Impfungen wurden in der 8. Klasse als Nachholimpfungen zur Vervollständigung des Impfstatus appliziert, 170 in der ersten Klasse. Hepatitis-B-Impfungen werden vom SGD nicht durchgeführt.

Das Ziel, dass 80% der Kinder und Jugendlichen die wichtigsten Vorsorgeimpfungen erhalten, wurde wiederum nicht erreicht. Die Durchimpfungsrate sank mit 75% gegenüber dem Vorjahr (76%) sogar um ein weiteres Prozent.

Betriebsinspektionen

Die Kantonsapothekerin überprüfte zusammen mit ihrer Stellvertreterin im Berichtsjahr gesamthaft 54 Betriebe, davon 14 im Kanton Schwyz und 40 in den Vereinbarungskantonen Uri, Glarus, Ob- und Nidwalden. Die Erarbeitung einer neuen Betäu-

bungsmittelkontrolle sowie ausserordentlich aufwändige, nicht erwartete Aufsichtsfälle bildeten im Berichtsjahr Schwerpunkte der Heilmittelkontrolle, sodass die Zahl der Inspektionen nicht erreicht werden konnte.

E. Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz Innerschwyz

Jahresrückblick

Das Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz Innerschwyz (KESI) besteht aus der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) Innerschwyz, dem angegliederten Behördensekretariat sowie zwei Amtsbeistandschaften. Mit der Inkraftsetzung des neuen Erwachsenenschutzrechts und des kantonalen Einführungsgesetzes per 1. Januar 2013 hat das KESI seine Arbeit unter kantonalen Trägerschaft offiziell aufgenommen. Die laufenden Massnahmen sowie hängigen Verfahren wurden von den Gemeinden im Zuständigkeitskreis des KESI zur Weiterführung übernommen.

Mit der Einführung des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts und der neuen Behördenorganisation hat die Zahl der Verfahren gegenüber dem alten Vormundschaftsrecht massiv zugenommen. Die für die Berechnung des Stellenbedarfs getroffenen Annahmen wurden weit überschritten. Bei der KESB Innerschwyz gingen im Durchschnitt täglich mehr Verfahren ein als gleichzeitig erledigt werden konnten. Der Regierungsrat hat erkannt, dass die personellen Mittel von 10 Vollzeitstellen (FTE) für die KESB Innerschwyz und das dazugehörige Behördensekretariat nicht ausreichen, um die Aufgaben gemäss Bundesrecht erfüllen zu können. Im Dezember 2013 hat er deswegen beschlossen, ab 1. Januar 2014 zusätzliche personelle Ressourcen im Umfang von 4.9 FTE für die KESB Innerschwyz und das Behördensekretariat zu bewilligen. Davon wurden 2 FTE auf drei Jahre befristet. Mit der teilweisen Befristung der Stellen wollte sich der Regierungsrat den Handlungsspielraum offen lassen, bei einer allfälligen Entspannung der Situation Stellen abbauen zu können.

1. Behörde und Behördensekretariat

Geschäftsübersicht der KESB Innerschwyz:

	Neue	Total	Erledigt	Pendent
<i>Erwachsenenschutz</i>				
Gefährdungsmeldungen Volljährige	123	123	65	58
Fürsorgereische Unterbringung	18	18	13	5
Prüfung Patientenverfügung	0	0	0	0
Prüfung Vorsorgeaufträge	1	1	0	1
<i>Kindesschutz</i>				
Gefährdungsmeldungen Minderjährige	153	153	49	104
Genehmigung/Anpassung Unterhaltsverträge/elterliche Sorge	128	128	33	95
Pflegeplatzbewilligungen	23	23	9	14
<i>Kindesschutz/Erwachsenenschutz</i>				
Anpassungen/Änderungen/Aufhebungen von Massnahmen	83	83	42	41
Periodische Berichts- und Rechnungsprüfung	224	224	73	151
Zustimmungsbedürftige Geschäfte	53	53	29	24
Andere	51	51	22	29
Total	857	857	335	522

Die von den Gemeinden übernommenen hängigen Verfahren werden aufgrund der Neustrukturierung der Daten 2013 als «neue» Geschäfte ausgewiesen.

Von den elf Beschwerden gegen Beschlüsse der KESB Innerschwyz hat das Verwaltungsgericht drei Beschwerden abgewiesen, auf eine Beschwerde ist es nicht eingetreten, zwei Beschwerden wurden im Verlauf des Verfahrens gegenstandslos, eine Beschwerde wurde zur Neuentscheidung zurückgewiesen, eine Beschwerde wurde teilweise gutgeheissen, zwei Beschwerden wurden gutgeheissen.

Ein wichtiger Stützpfiler in der Führung von Kindes- und Erwachsenenschutzmassnahmen sind die privaten Mandatsträger, welche von der KESB in ihrer Arbeit unterstützt und begleitet werden.

Im Kreis Innerschwyz durch private Mandatsträger geführte Massnahmen:

Stand 1.1.2013	Aufnahmen	Abschlüsse	Stand 31.12.2013
146	32	11	167

2. Amtsbeistandschaften

Die bislang kommunal organisierten Amtsvormundschaften wurden per 1. Januar 2013 in die beiden neuen Amtsbeistandschaften Innerschwyz 1 (AB IS 1) in Brunnen und Innerschwyz 2 (AB IS 2) in Goldau überführt und organisatorisch in das KESI integriert.

Die AB IS 1 ist für die Gemeinden Illgau, Ingenbohl, Morschach, Muotathal, Riesenstalden, Schwyz und für den Bezirk Gersau zuständig. Die AB IS 2 ist für die Gemeinden Arth, Lauerz, Sattel, Steinen, Steinerberg sowie für den Bezirk Küssnacht zuständig.

Im Kreis Innerschwyz durch Berufsbeistände geführte Massnahmen:

	Stand 1.1.2013	Aufnahmen	Abschlüsse	Stand 31.12.2013
Amtsbeistandschaft 1, Brunnen	333	128	62	399
Amtsbeistandschaft 2, Goldau	290	74	46	318
Total	623	202	108	717

F. Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz Ausserschwyz

Jahresrückblick

Das Amt für Kindes- und Erwachsenenschutz Ausserschwyz (KESA) besteht aus der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) Ausserschwyz, dem angegliederten Behördensekretariat sowie drei Amtsbeistandschaften. Mit der Inkraftsetzung des neuen Erwachsenenschutzrechts und des kantonalen Einführungsgesetzes per 1. Januar 2013 hat das KESA seine Arbeit unter kantonalen Trägerschaft offiziell aufgenommen. Die laufenden Massnahmen sowie hängigen Verfahren wurden von den Gemeinden im Zuständigkeitskreis des KESA zur Weiterführung übernommen.

Mit der Einführung des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts und der neuen Behördenorganisation hat die Zahl der Verfahren gegenüber dem alten Vormundschaftsrecht massiv zugenommen. Die für die Berechnung des Stellenbedarfs getroffenen Annahmen wurden weit überschritten. Bei der KESB Ausserschwyz gingen im Durchschnitt täglich mehr Verfahren ein als gleichzeitig erledigt werden konnten. Der Regierungsrat hat erkannt, dass die personellen Mittel von 12 Vollzeitstellen (FTE) für die KESB Ausserschwyz und das dazugehörige Behördensekretariat nicht ausreichen, um die Aufgaben gemäss Bundesrecht erfüllen zu können. Im Dezember 2013 hat er deswegen beschlossen, ab 1. Januar 2014 zusätzliche personelle Ressourcen im Umfang von 8 FTE für die KESB Ausserschwyz und das Behördensekretariat zu bewilligen. Davon wurden 3.2 FTE auf drei Jahre befristet. Mit der teilweisen Befristung der Stellen wollte sich der Regierungsrat den Handlungsspielraum offen lassen, bei einer allfälligen Entspannung der Situation Stellen abbauen zu können.

1. Behörde und Behördensekretariat

Geschäftsübersicht der KESB Ausserschwyz:

	Neue	Total	Erledigt	Pendent
<i>Erwachsenenschutz</i>				
Gefährdungsmeldungen Volljährige	201	201	66	135
Fürsorgereische Unterbringung	30	30	25	5
Prüfung Patientenverfügung	0	0	0	0
Prüfung Vorsorgeaufträge	0	0	0	0
<i>Kindesschutz</i>				
Gefährdungsmeldungen Minderjährige	306	306	96	210
Genehmigung/Anpassung Unterhaltsverträge/elterliche Sorge	324	324	85	239
Pflegeplatzbewilligungen	17	17	3	14
<i>Kindesschutz/Erwachsenenschutz</i>				
Anpassungen/Änderungen/Aufhebungen von Massnahmen	105	105	37	68
Periodische Berichts- und Rechnungsprüfung	245	245	44	201
Zustimmungsbedürftige Geschäfte	79	79	35	44
Andere	161	161	50	108
Total	1465	1465	441	1024

Die von den Gemeinden übernommenen hängigen Verfahren werden aufgrund der Neustrukturierung der Daten 2013 als «neue» Geschäfte ausgewiesen.

Von den 15 Beschwerden gegen Beschlüsse der KESB Ausserschwyz hat das Verwaltungsgericht sieben Beschwerden abgewiesen, zwei Beschwerden wurden gegenstandslos abgeschrieben, vier Beschwerden wurden gutgeheissen und ein Beschwerdeverfahren ist pendent.

Ein wichtiger Stützpfiler in der Führung von Kindes- und Erwachsenenschutzmassnahmen sind die privaten Mandatsträger, welche von der KESB in ihrer Arbeit unterstützt und begleitet werden.

Im Kreis Ausserschwyz durch private Mandatsträger geführte Massnahmen:

Stand 1.1.2013	Aufnahmen	Abschlüsse	Stand 31.12.2013
219	30	23	226

2. Amtsbeistandschaften

Die bislang kommunal organisierten Amtsvormundschaften wurden per 1. Januar 2013 in die drei neuen Amtsbeistandschaften (AB) Höfe, March und Mitte überführt und organisatorisch in das KESA integriert.

Die AB Höfe in Pfäffikon ist für die Gemeinden Wollerau, Freienbach und Feusisberg zuständig. Die AB March in Siebnen ist für die Gemeinden Lachen, Wangen, Tuggen, Galgenen, Reichenburg, Altendorf, Schübelbach, Vorderthal und Innerthal zuständig. Die AB Mitte in Einsiedeln ist für die Gemeinden Rothenthurm, Alpthal, Unteriberg, Oberiberg und den Bezirk Einsiedeln zuständig.

Im Kreis Ausserschwyz durch Berufsbeistände geführte Massnahmen:

	Stand 1.1.2013	Aufnahmen	Abschlüsse	Stand 31.12.2013
Amtsbeistandschaft Mitte	225	60	35	250
Amtsbeistandschaft Höfe	156	56	33	179
Amtsbeistandschaft March	235	120	31	324
Total	616	236	99	753

Die Schwyzer Volkswirtschaft konnte 2013 von einer sehr guten Konjunktur profitieren. Das Wirtschaftswachstum ist 2013 um 2.3% angestiegen. Trotz wirtschaftlichem Wachstum nahm die Zahl der Arbeitslosen im Jahresverlauf von 1375 auf 1453 zu, was einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 1.5% entspricht (Schweiz: 3.2%).

Im Asylbereich zeigte sich Anfang Jahr eine Beruhigung. Aufgrund der Unruhen in Syrien nahm die Zahl der Asylgesuche in der zweiten Jahreshälfte wieder zu. Im Integrationsbereich wurde das Kantonale Integrationsprogramm (KIP) entwickelt, da der Bund die spezifische Integrationsförderung von Ausländerinnen und Ausländern ab 2014 neu ausrichten will. Das KIP ist Bedingung für den Erhalt der Bundessubventionen ab 2014.

Der Schwerpunkt im Amt für Landwirtschaft lag in der Vorbereitung der Umsetzung der Agrarpolitik 2014–2017 des Bundes mit den einhergehenden Gesetzesanpassungen auf Kantonsstufe.

Das Amt für Raumentwicklung behandelte eine unverändert hohe Anzahl an Baugesuchen. Zudem wurden die Grundlagen für die Umsetzung des revidierten Raumplanungsrechts des Bundes erarbeitet.

Die beiden kantonalen Nutzungspläne der Entwicklungsachse Urmiberg wurden öffentlich aufgelegt. Innert Frist gingen insgesamt 28 Einsprachen ein. Die Einspracheverhandlungen wurden durchgeführt.

A. Departementssekretariat

1. Jahresrückblick

Die Vorgaben an das Departementssekretariat wurden erfüllt. Der Rechtsdienst begleitete die Revision über das Einwohnermeldewesen sowie die Revision des Gesetzes über die Landwirtschaft. Ferner wurde zuhanden des Regierungsrats ein Zwischenbericht zur Umsetzung der 40 Massnahmen im Rahmen der 2011 verabschiedeten Strategie «Wirtschaft und Wohnen im Kanton Schwyz» erstellt.

2. Finanzen

In Fr. 1000.–	2013 V	2013 R	Abw.	
Aufwand	799	788	-11	
Ertrag	17	17	0	
Globalbudget	782			
Nachkredit	0			
Globalbudget inklusive NK	782	771	-11	○
Nettoinvestitionen	0			
Vollzeitstellen (FTE)	3.5	3.5	0	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

3. Projekte

○ Projektverlauf wie geplant ● Projektverlauf nicht wie geplant

Preisgünstiger Wohnungsbau

Beginn Januar 2013/Ende Dezember 2014 ○

Aufbereiten der Grundlagen zur fachlichen und organisatorischen Unterstützung von Gemeinden, Genossenschaften und Privaten, welche Massnahmen zugunsten des preisgünstigen Wohnungsbaus prüfen oder konkrete Projekte umsetzen. Das Projekt ist eine Massnahme zur Umsetzung der Strategie «Wirtschaft und Wohnen im Kanton Schwyz».

Projektstand:

Die Grundlagen werden laufend aufbereitet.

PG1: Führungsunterstützung/Rechtsberatung

Ziele

- Hohe Zufriedenheit des Departementvorstehers.
- Mitberichte werden termingerecht erstellt.
- Vernehmlassungen werden termingerecht erstellt.
- Fristgerechte Erledigung der juristischen Beratung.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Zufriedenheit gemäss Befragung (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	4.0	4.5	0.5	○
Anteil termingerechter Mitberichte	100%	100%	0%	○
Anteil termingerechter Vernehmlassungen	100%	100%	0%	○
Anteil fristgerechter Beratungen	95%	95%	0%	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Im Berichtsjahr wurden 25 Vernehmlassungen und 22 Mitberichte termingerecht ausgearbeitet.

Der Wirtschaftsrat traf sich im Berichtsjahr zu drei Sitzungen. Im Zentrum der Beratungen standen die Entwicklung der Kantonsfinanzen, das Entlastungsprogramm 2014–2017 sowie die Auswirkungen des revidierten Raumplanungsgesetzes und dessen Umsetzung im Kanton Schwyz.

PG2: Wohnbauförderung

Ziele

- Zeitgerechte Bearbeitung der Gesuche für Zusatzverbilligungen sowie der laufenden Mutationen von Eigentümern und Mietern.
- Korrekte und termingerechte Auszahlung der Zusatzverbilligungen.
- Vollständige Überprüfung der Anspruchsberechtigungen auf die Zusatzverbilligungen (Mieterinnen und Mieter) alle zwei Jahre.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Anteil der innert zwei Wochen nach Vorliegen aller erforderlichen Unterlagen und Steuerdaten bearbeiteten Gesuche	98%	98%	0%	○
Anteil der korrekten Zahlungen bis 30. Juni und 31. Dezember	100%	100%	0%	○
Anteil überprüfter Anspruchsberechtigungen	98%	98%	0%	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Im Berichtsjahr wurden für 156 (163) Wohneinheiten kantonale Zusatzverbilligungen von Fr. 211 647.60 (Fr. 245 880.–) ausbezahlt.

PG3: Grundstückserwerb durch Personen im Ausland

Ziele

- Zeit- und fachgerechte Bearbeitung der Gesuche (Feststellung der Nichtbewilligungspflicht und Bewilligung zum Erwerb einer Ferienwohnung).

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.
Anteil der innert zwei Wochen nach Vorliegen aller Unterlagen bearbeiteten Gesuche	100%	100%	0% ○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Das Departement erliess im Berichtsjahr 31 (27) Verfügungen.

Davon sind:

3 (4) Bewilligungen zum Erwerb einer Ferienwohnung;

27 (21) Feststellungen der Nichtbewilligungspflicht;

1 (2) andere Verfügungen.

Die im 2012 noch hängige Beschwerde wurde im Berichtsjahr durch den Regierungsrat gutgeheissen. Die Bewilligung zum Erwerb einer Ferienwohnung wurde aufgehoben.

B. Amt für Wirtschaft

1. Jahresrückblick

Die globale Konjunktur hat sich im Jahresverlauf 2013 leicht beschleunigt. Die Eurozone überwand im Sommer die Rezession erfolgreich, wenn auch aufgrund der Belastung durch die laufenden Entschuldungsprozesse nur gebremst. In den USA war die Dynamik im Jahr 2013 vor allem wegen der fiskalischen Sparmassnahmen unterdurchschnittlich.

Auch im Kanton Schwyz hat die Wirtschaft von der einsetzenden Erholung in Europa profitiert. Das Wirtschaftswachstum hat sich im Jahr 2013 auf 2.3% beschleunigt (+1.2%).

2. Finanzen

In Fr. 1000.–	2013 V	2013 R	Abw.
Aufwand	4867	4901	34
Ertrag	2410	2459	49
Globalbudget	2457		
Nachkredit	0		
Globalbudget inklusive NK	2457	2442	-15 ○
Nettoinvestitionen	0		
Vollzeitstellen (FTE)	11.8	11.9	0.1 ●

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Eine Mitarbeiterin mit 0.5 FTE fiel ab November 2013 infolge Mutterschaftsurlaub aus und wollte auf ihre Rückkehr hin im Februar 2014 auf 0.3 FTE reduzieren. Um die zusätzliche Arbeitslast der übrigen Angestellten etwas zu kompensieren, haben sich zwei Mitarbeiterinnen bereit erklärt, die frei werdenden 0.2 FTE bereits vorgängig zu übernehmen.

3. Projekte

○ Projektverlauf wie geplant ● Projektverlauf nicht wie geplant

Information Umsetzung Wirtschaftsstrategie

Beginn November 2012/Ende März 2013

○ Erarbeitung eines Kommunikationskonzeptes. Information und Sensibilisierung der Bevölkerung, Gemeinden und Bezirke betref-

fend die Bedeutung eines qualitativ hochwertigen Wachstums zum Erhalt des Wohlstandes ohne die bekannten negativen Folgeeffekte des Wachstums.

Projektstand:

Das Amt für Wirtschaft hat die kantonale Strategie «Wirtschaft und Wohnen im Kanton Schwyz» in ein Strategiepapier des Amtes überführt – mit den jeweiligen Massnahmen im Bereich Wirtschaftsförderung, Regionalpolitik/Wirtschaftsentwicklung, Tourismus, Handelsregister und Wirtschaftsdaten. Das Papier enthält kurz-, mittel- und langfristige Umsetzungs- und Kommunikationsmassnahmen. Diese werden seit 2013 laufend umgesetzt.

Informationsplattform Gewerbeflächen

Beginn Oktober 2012/Ende Anfang 2014

○ Aufbau und Betrieb der Plattform durch eine Arbeitsgruppe gemeinsam mit dem Amt für Raumentwicklung über alle grösseren leerstehenden Industrie- und Gewerbe-Geschossflächen und Baulandflächen.

Projektstand:

Das Projekt Gewerbeflächenmanagement wurde in Abstimmung mit dem Regierungsrat aufgrund der Sparmassnahmen gestoppt. Das Amt für Wirtschaft ist mit allen Landeigentümern in Kontakt und setzt das Projekt ohne Investition in eine Internetplattform um.

Aufbau One-Stop-Shop: Ausbildung

Beginn Oktober 2012/Ende August 2013

○ Interne Ausbildung der Projektleiter, um diese zu befähigen, die Anliegen aus der Wirtschaft professionell zu bearbeiten.

Projektstand:

Die Mitarbeitenden des Amtes für Wirtschaft wurden intern für die Umsetzung des One-Stop-Shops ausgebildet. Der One-Stop-Shop wird bereits jetzt bei allen grösseren Projekten vom Amt für Wirtschaft erfolgreich umgesetzt.

Impulsprogramm für Tourismus

Beginn Januar 2013/Ende Dezember 2013

○ Konzeption und Durchführung eines Impulsprogrammes «Enjoy Schwyz» zur Förderung von Qualität und Gastfreundschaft im Tourismus im Rahmen der Neuen Regionalpolitik.

Projektstand:

Das Projekt «Enjoy Schwyz» wurde gestartet. Die Finanzierung des Projektmanagements, einer Kundenbefragung, der Analyse, der Konzeptarbeit sowie eine Impulsfinanzierung für Massnahmen sind gesichert. Die Kundenbefragung und ein Grossteil der Analyse sind abgeschlossen.

Das interkantonale NRP-Projekt «Sakrallandschaft» wurde weiter konkretisiert. Es konnten bereits erste Erfolge zur Steigerung des Pilgertourismus erreicht werden. Im Kanton Schwyz beteiligen sich die Klöster Einsiedeln und Ingenbohl an diesem Projekt.

Im Rahmen des interkantonalen NRP-Projekts «Gästival» konnten bereits diverse Projekte, wie z.B. Erweiterung Waldstätterweg, Friendly Host und TellPass Plus, initiiert werden.

Neupositionierung Technologiezentrum Schwyz (TZS)

Beginn April 2012/Ende Dezember 2013

○ Das TZS soll die wichtigste Plattform für Vernetzung zwischen Unternehmen und Forschung/Wissenschaft (Technologietransfer) werden. Aufbau Geschäftsstelle.

Projektstand:

Die Neuausrichtung legt den Fokus auf die wirtschaftliche Entwicklung der Achse Küssnacht – Brunnen gemäss der kantonalen Strategie «Wirtschaft und Wohnen im Kanton Schwyz». In Vorbereitung sind die Arbeiten zum Aufbau und zur Bewirtschaftung des Medtech-Clusters mit den Punkten: Vernetzung der Unternehmen, branchenbezogene Veranstaltungen, Forschung und Wissenschaft.

Der Wissens- und Technologietransfer wurde durch persönliche Beratungen, Betreuung im InnovationsCoaching und durch diverse Veranstaltungen mit insgesamt 490 Teilnehmern sichergestellt.

PG1: Wirtschaftsförderung

Ziele

- Ansiedlung von ausländischen Unternehmen und Schaffen von neuen Arbeitsplätzen. Erhöhung der Bekanntheit bei potenzialreichen Zielmärkten, bei international tätigen Anwaltskanzleien, Treuhandgesellschaften usw.
- Pflege von Kontakten zu bestehenden Unternehmen.
- Erhöhung der Bekanntheit des Kantons Schwyz.
Fokus im Inland: Multiplikatoren wie internationale Anwaltskanzleien und grosse Treuhandgesellschaften. Fokus im Ausland: Botschaften und Konsulate.
- Förderung von Innovation und Diversifikation bei den Schwyzer KMU.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Anzahl Begleitungen von Firmenansiedlungen	>25	21	-4	●
Anzahl Unternehmensbesuche	>90	108	18	○
Anzahl gehaltene Referate und Präsentationen	>10	22	12	○
Anzahl Veranstaltungen (Wirtschaftsforum, Tischmesse, Anlässe im Technologiezentrum Steinen (TZS), Kontaktpflege zu Institutionen des Wissens- und Technologietransfers (WTT))	>10	12	2	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Aufgrund der europäischen Wirtschaftskrise stand das Ansiedlungsgeschäft im ersten Halbjahr 2013 in der ganzen Schweiz beinahe still. Das Amt für Wirtschaft begann ab Frühling 2013 aktiv auf dem deutschen, österreichischen und italienischen Markt präsent zu sein. Durch diese zusätzlichen Aktivitäten konnten vor allem im zweiten Halbjahr 2013 zusätzliche Ansiedlungen realisiert und das Jahressoll von 25 Ansiedlungen konnte beinahe erreicht werden.

Mit dem 8. Wirtschaftsforum und dem 3. Finanzkongress konnte das Amt für Wirtschaft wiederum zwei Grossanlässe mit Erfolg durchführen. An beiden Anlässen nahmen über 500 Personen aus der ganzen Schweiz und dem Ausland teil. Beim Wirtschaftsforum referierten Professor Roland Siegwart, Dr. Beat Kappeler und Abt Martin Werlen zum Thema «Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung – Chance und Herausforderung der Zukunft». Beim Finanzkongress referierten u.a. Dr. Patrick Raaflaub, Dr. Peter Kurer und Luke Ellis von Man London über die Zukunft der Finanzindustrie.

In fünf Bezirken führte das Amt für Wirtschaft Unternehmerfrühstücke mit ausgewählten Firmen durch. 60 Unternehmer nahmen an den persönlichen Gesprächsrunden teil.

Das Technologiezentrum Schwyz (TZS) führte je einen Praktiker-treff in Arth, Wangen und Küssnacht durch. In Brunnen fand der Start-up-Day für Neuunternehmer erstmals in der Medizinaltechnologie statt. Das TZS, Pro Holz Schwyz und Swislabel luden zur Marktchance Swissmade zu Workshops und Referaten ein. In Schwyz und Pfäffikon fand je eine Tischmesse mit insgesamt 197 Ausstellern statt. Das TZS beriet 13 Unternehmer im Bereich Neuorientierung, Vernetzungen und Erstberatung. Seit 2012 ist das TZS auch in Ausserschwyz präsent.

PG2: Regionalpolitik/Tourismus

Ziele

- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und Regionen im ländlichen Raum und Implementierung des Mehrjahres-Umsetzungsprogramms und Projektsupport.
- Korrekte Abwicklung der Infrastrukturdarlehen nach dem Investitionshilfegesetz (IHG).
- Korrekte Abwicklung der Infrastrukturdarlehen nach IHG.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Anzahl begleitete Projekte, welche die Voraussetzungen der Neuen Regionalpolitik (NRP) erfüllen und deren Wirkung gemäss NRP-Kriterien messbar ist	>10	12	2	○
Anteil der jährlich eingeforderten Rückzahlungen	100%	100%	0%	○
Anteil der vollständigen Kontrollen von Sicherheiten	100%	100%	0%	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Im Auftrag der Zentralschweizer Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz (ZVDK) haben die NRP-Fachstellenleiter der Zentralschweiz Handlungsempfehlungen zur Optimierung der Innovationsförderung erarbeitet. Ziel ist es, den KMU einen einfachen und effizienten Zugang zu Fachhochschulen und anderen Wissensträgern zu gewährleisten, damit sie ihre Innovationen schneller zur Marktreife bringen können. Die Vorschläge wurden von der ZVDK zur Umsetzung im Jahr 2014 freigegeben.

Das Technologiezentrum Schwyz konnte die Dienstleistung «InnovationsCoach» weiter optimieren und diversen Unternehmen eine wesentliche Hilfestellung zur Entwicklung von Innovationen zur Verfügung stellen.

Pro Holz hat eine kostenlose Erstberatung für Bauherren und Architekten und eine webbasierte Unternehmenslandkarte aufgebaut. Weiter wurde ein Architektenwettbewerb für einen mobilen Holzpavillon durchgeführt.

In den Regionen Einsiedeln, Mythen-Gebiet und Muotathal wurden die Positionierungsprojekte definiert und initiiert. Für weitere Positionierungsprojekte sind die Grundlagenarbeiten erfolgt.

Bei der Vergabe von NRP-Mitteln wurden verschärfte Kriterien definiert. Die Vergabe von NRP-Mitteln für Projekte erfolgt schrittweise und erst nach Erfüllung der vereinbarten Etappenziele, z.B. muss in einem ersten Etappenziel eine Trägerschaft aufgebaut werden, die die wirtschaftliche Wirkung des Projekts über das Projektende hinweg gewährleistet. Weiter müssen nach Abschluss der ersten Etappe klare Massnahmen oder Teilprojekte definiert sein, für die NRP-Mittel eingesetzt werden können.

Der Seilbahn Rickenbach-Rothenfluh AG wurde ein zinsloses, rückzahlbares Investitionshilfedarlehen mit einer Laufzeit von 15 Jahren gewährt.

Die Amortisation der Darlehen erfolgte planmässig und vollständig.

PG3: Wirtschaftsdaten

Ziele

- Erfolgreiche Volkszählung.
- Bereitstellen und Aufbereiten von Wirtschaftsdaten.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Anteil der termingerechten und vollständigen Datenlieferungen für die Volkszählung	100%	100%	0%	○
Anteil erfolgreiche Datenlieferungen an Datenanfragende	60%	75%	15%	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Das System der neuen Volkszählung, bestehend aus den vier Elementen Registererhebung (Daten der Einwohnerämter), Strukturhebung (schriftliche Stichprobenbefragung der Bevölkerung zu den Lebensumständen), thematische Erhebung (Stichprobenhebung zu spezifischen, sich alle fünf Jahre wiederholenden Themen) sowie Omnibus-Erhebung (Mehrthemenbefragung mit raschen Ergebnissen) hat sich mittlerweile etabliert.

Zum ersten Mal präsentierte das Bundesamt für Statistik (BFS) provisorische Zahlen aus der neuen Statistik der Unternehmensstruktur (STATENT) für das Jahr 2011. Die STATENT löst die letztmals 2008 durchgeführte Betriebszählung ab. Dank der STATENT werden zukünftig jährliche Informationen zur Unternehmensstruktur vorliegen.

2013 fand wieder eine Erhebung im Rahmen des Cercle Indicateurs statt. 20 Kantone lassen mit dem Cercle Indicateurs alle zwei Jahre anhand von Indikatoren prüfen, wie nachhaltig sie sich entwickeln. Der Kanton Schwyz nahm zum zweiten Mal an dieser Erhebung teil. Dadurch konnte erstmals auch die Entwicklung über die Zeit beobachtet werden. 17 von total 26 Indikatoren, die in der Erhebung erfasst wurden, wiesen gegenüber der letzten Erhebung Verbesserungen auf, d.h., sie konnten in die gewünschte Zielrichtung gelenkt werden. In allen Dimensionen sind aber nach wie vor Optimierungspotenziale vorhanden.

PG4: Handelsregister

Ziele

- Aktuelle Führung des Handelsregisters.
- Fehlerfreie Führung des Handelsregisters.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Anteil der innerhalb von 5 Arbeitstagen nach Posteingang bearbeiteten Fälle	96%	99%	3%	○
Anteil unbeanstandeter Eintragungen im Handelsregister	98%	99.21%	1.21%	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

2013 wurden 6968 (7030) Tagesregistereinträge vorgenommen. Am 31. Dezember 2013 waren 15 325 (14 757) Gesellschaften und Einzelunternehmen im Handelsregister eingetragen.

Die Wartezeiten für die Eintragungen im 2013 konnten auf durchschnittlich drei Arbeitstage verkürzt werden.

C. Amt für Raumentwicklung

1. Jahresrückblick

Im Berichtsjahr erledigte der Kanton rund 85% aller Baugesuche innert der vom Planungs- und Baugesetz (PBG) vorgegebenen Zweimonatsfrist. Diese Erledigungsrate konnte trotz einer konstant hohen Anzahl der Baugesuche von 1690 (2012: 1716; 2011: 1753; 2010: 1663; 2009: 1556) umgesetzt werden.

Im vergangenen Jahr wurde die raumplanerische Zusammenarbeit der Regionen mit der aktiven Beteiligung am Agglomerationsprogramm Obersee weiter unterstützt. Mit der Eröffnung der Vernehmlassung zum Bundesbeschluss über die Freigabe der Mittel ab 2015 für das Programm Agglomerationsverkehr wurden die vorläufigen Resultate des Prüfprozesses zum Agglomerationsprogramm der 2. Generation bekannt gegeben. Zur Umsetzung der Massnahmen des Agglomerationsprogramms Obersee der 2. Generation in den Jahren 2015–2019 sind aktuell bei einem Beitragssatz von 40% Bundesbeiträge von insgesamt 29 Mio. Franken vorgesehen. Hauptnutznießer sind dabei folgende Schwyzer Gemeinden: 12.92 Mio. Franken für Lachen und 3.09 Mio. Franken für Freienbach. Vom Bundesbeitrag von 5.73 Mio. Franken an den Velo- und Fussverkehr profitieren alle Gemeinden der Agglo Obersee.

Der Kanton Schwyz, die Korporation Pfäffikon sowie die Gemeinde Freienbach haben beschlossen, im Jahr 2014 eine Testplanung durchzuführen. Sie betrifft den Raum Pfäffikon Ost sowie das Bahnhofsgebiet von Pfäffikon. Federführend ist die Gemeinde Freienbach. Anlass für dieses Verfahren ist die Tatsache, dass grosse Flächen im Gebiet Pfäffikon Ost von nationalen und regionalen Verkehrsanlagen für den Strassen- und Eisenbahnverkehr belegt sind und erhebliche Flächen von publikumsintensiven Einrichtungen sowie Industrie- und Lagereinrichtungen beansprucht werden, die in absehbarer Zeit ihre Bedeutung und Funktion einbüßen werden. Im Jahre 2013 wurde die Aufgabenstellung für die Testplanung ausgearbeitet und vom Exekutivgremium verabschiedet.

Die Richtplananpassung für die Materialbewirtschaftung Höfe wurde vom Regierungsrat erlassen, vom Kantonsrat zur Kenntnis genommen und dem Bund zur Genehmigung eingereicht.

2. Finanzen

In Fr. 1000.–	2013 V	2013 R	Abw.	
Aufwand	2825	2626	-199	
Ertrag	1312	1272	-40	
Globalbudget	1513			
Nachkredit	0			
Globalbudget inklusive NK	1513	1354	-159	○
Nettoinvestitionen	0			
Vollzeitstellen (FTE)	17.0	17.0	0	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Das Globalbudget wurde im Wesentlichen aus folgendem Grund nicht vollständig ausgeschöpft: Die eingestellten Mittel für die

EDV-Software-Anschaffung für ein elektronisches Baubewilligungsverfahren wurden zurückgestellt. Es sollen zuerst die Erfahrungen aus anderen Kantonen ausgewertet werden.

3. Projekte

○ Projektverlauf wie geplant ● Projektverlauf nicht wie geplant

Revision Planungs- und Baugesetz (PBG)

Beginn Januar 2013/Ende Dezember 2016 ○

Anpassung des PBG an die zu erwartenden bundesrechtlichen Änderungen (Landschaftsinitiative/indirekter Gegenvorschlag), Harmonisierung Baubegriffe (IVHB). Das Projekt ist eine Massnahme zur Umsetzung der Strategie «Wirtschaft und Wohnen im Kanton Schwyz».

Projektstand:

Am 15. Juni 2012 beschlossen die Eidgenössischen Räte eine Teilrevision des Raumplanungsgesetzes vom 22. Juni 1979 (RPG, SR 700) als indirekten Gegenvorschlag zur Eidgenössischen Landschaftsinitiative. In der Referendumsabstimmung vom 3. März 2013 wurde die Revision angenommen. Das teilrevidierte RPG verlangt die Anpassung des kantonalen Rechts, insbesondere den angemessenen Ausgleich für erhebliche Vor- und Nachteile bei neu und dauerhaft einer Bauzone zugewiesenem Boden (Mehrwertabgabe). Das neue Recht enthält Übergangsbestimmungen mit Sanktionen. Innert fünf Jahren ab Inkrafttreten sollen die Kantone den angemessenen Ausgleich für erhebliche Vor- und Nachteile kantonal regeln. Während dieser Frist dürfen die Bauzonen im Kanton insgesamt nicht vergrössert werden. Vor dem Hintergrund des drohenden Bauzonenmoratoriums wird das PBG in zwei Etappen revidiert. Die erste Revisionsstufe regelt die Mehrwertabgabe und Massnahmen gegen die Baulandhortung gemäss revidiertem RPG. Die zweite Revisionsstufe beinhaltet die Harmonisierung der Baubegriffe und Messweisen gemäss IVHB und die Vereinfachung der Erlassverfahren kommunaler Nutzungspläne gemäss Forderung des Postulats 3/12.

Nutzungsplan Urmibergachse

Beginn Februar 2009/Ende Dezember 2013 ●

Umnutzung der industriebrachen Lagerhäuser und ehemaliges Holcim-Areal Brunnen und Zeughaus Seewen.

Projektstand:

Der Kanton kann für Entwicklungsareale und Industriebrachen kantonale Nutzungspläne erlassen. Für das Gebiet der Urmibergachse (Zeughausareal in Seewen, Gemeinde Schwyz und ehemaliges Holcim-Areal, Gemeinde Ingenbohl) wird von dieser Möglichkeit im Kanton Schwyz erstmalig Gebrauch gemacht. Die öffentliche Planaufgabe für die kantonalen Nutzungspläne Seewen-Schwyz und Brunnen-Nord erfolgte vom 19. April bis 21. Mai 2013. Anschliessend erfolgten die Einspracheverhandlungen und basierend darauf die ergänzenden Anpassungen der kantonalen Nutzungspläne. Nach der Auflage der angepassten kantonalen Nutzungspläne ist die teilweise oder integrale Inkraftsetzung der Nutzungspläne möglich.

Arth-Goldau 2020, inkl. Zugersee West-Ost

Beginn Oktober 2009/Ende Dezember 2014 ○

Umgestaltung Bahnhof Goldau und Bahnhofquartier im Hinblick auf die Inbetriebnahme des Gotthard-Basistunnels (2018); alternative Linienführung West-Ost zusammen mit Zug und Bund inklusive Richtplananpassung.

Projektstand:

Im Rahmen eines Studienauftrags sind Projektstudien für die Nutzung und Bebauung des Bahnhofareals in Goldau ausgearbeitet worden. Vor einer Realisierung in den Gebieten Bahnhofareal, Areal Rigibahnen, Luxramareal und Areal Güterstrasse sind die nutzungsplanerischen Voraussetzungen (Anpassungen im Zonenplan und Baureglement) zu schaffen. Grundlage dazu bilden die vorliegenden Studienaufträge.

Die Vorarbeiten des Bundesamtes für Verkehr (BAV) und der SBB für eine Testplanung im Raum Zugersee zur Prüfung alternativer Linienführungen wurden abgeschlossen. Der Variantenvergleich zeigt klare Vorteile für eine Linienführung der Neubaustrecke auf der Westseite des Zugersees, weil sie Vorteile in der Angebotsgestaltung und Auslastung aufweist. Eine Testplanung für alternative Linienführungen ist derzeit nicht vorgesehen und eine Richtplananpassung derzeit nicht notwendig.

Harmonisierung Baubegriffe

Beginn August 2010/Ende Dezember 2016 ○

Interkantonale Harmonisierung der Baubegriffe und Messweisen (IVHB), Bestandteil der PBG-Revision (s. Projekt 1).

Projektstand:

Aufgrund der Übergangsbestimmungen im teilrevidierten Raumplanungsgesetz ist das Augenmerk auf den fristgerechten Nachvollzug der neuen Bundesvorgaben zu richten, um das faktische Bauzonenmoratorium möglichst kurz zu halten. Weitergehende Revisionsfragen wie die Umsetzung der IVHB sind deshalb in einer zweiten, nachgelagerten Revisionsstufe anzugehen und umzusetzen. Die zweite Revisionsstufe für das PBG ist gleichwohl in nützlicher Frist umzusetzen.

PG1: Kantonale Planung

Ziele

– Inkraftsetzung des kantonalen Nutzungsplanes Urmibergachse bis Ende 2013.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.
Anteil der erreichten Meilensteine des Projektes	100%	95%	-5% ●

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Für die Urmibergachse sind die öffentliche Planaufgabe und die Einspracheverhandlungen durchgeführt. Nach Bereinigung der Einsprachen erfolgt die zweite öffentliche Auflage (Einsprache- und Beschwerdeverfahren).

PG2: Ortsplanungen

Ziele

– Rasche Behandlung der Gesuche (kommunale Richt-, Nutzungs-, Erschliessungs- und Gestaltungspläne).

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.
Anteil der innert zwei Monaten behandelten Gesuche	>75%	76%	1% ○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Das Berichtsjahr schliesst mit 44 (42) Vorprüfungen und Genehmigungen von Ortsplanungsrevisionen (Richtpläne, Bauregle-

mente sowie Bau-, Landwirtschafts-, Schutzzonen- und Erschliessungspläne) und 58 (46) Vorprüfungen und Genehmigungen von Gestaltungsplänen. 26 der 27 pflichtigen Gemeinden verfügen über eine rechtskräftige Erschliessungsplanung (die Gemeinden Riesenstalden, Vorderthal und Innerthal sind von der Pflicht ausgenommen).

PG3: Baugesuchszentrale

Ziele

– Rasche Ausfertigung der Gesamtentscheide.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.
Anteil der innert zwei Monaten behandelten Gesuche	>80%	85%	5% ○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Im Berichtsjahr erledigte der Kanton rund 85% aller Baugesuche innert der vom PBG verlangten Zweimonatsfrist. Diese Erledigungsrate konnte trotz einer konstant hohen Zahl der Baugesuche erreicht werden:

2013: 1690 Gesuche
 2012: 1724 Gesuche
 2011: 1753 Gesuche
 2010: 1663 Gesuche
 2009: 1556 Gesuche

PG4: Rechtsberatung bei Bau- und Planungsfragen

Ziele

– Fristgerechte Erledigung der juristischen Beratung.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.
Anteil der eingehaltenen Beratungstermine	>90%	96%	6% ○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Eingaben: 255 (299)
 Erledigung: 245 (287)

D. Amt für Migration

1. Jahresrückblick

Anfangs 2013 zeigte sich eine Beruhigung im Asylbereich, gegen Ende jedoch nahmen die Asylgesuche aufgrund der syrischen Asylbewerber wieder zu. Der Kanton Schwyz hatte insgesamt 405 (458) Personen neu aufzunehmen. Die Zahl der Ausreisen und Abgänge ging von 342 im Jahre 2012 auf 301 im 2013 zurück.

Im Bereich der Personenfreizügigkeit hat der Bundesrat per 1. Mai 2013 die Ventilklausel für die Staaten der EU-8 um ein Jahr verlängert und per 1. Juni 2013 zusätzlich für die EU-17 Staaten aktiviert. Damit wurde die Zahl der Neuzulassung von Erwerbstätigen aus den Ländern der EU-25 für ein bzw.

zwei Jahre kontingentiert. Der Gesamtbestand von EU/EFTA-Bürgern stieg ungeachtet dieser Massnahme auf 17 901 Personen (17 037).

2. Finanzen

In Fr. 1000.–	2013 V	2013 R	Abw.
Aufwand	15 646	17 102	1 456
Ertrag	16 365	19 268	2 903
Globalbudget	–719		
Nachkredit	0		
Globalbudget inklusive NK	–719	–2 166	–1 447 ○
Nettoinvestitionen	0		
Vollzeitstellen (FTE)	23.6	23.2	–0.4 ○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Der gegenüber dem Voranschlag ausgewiesene Ertragsüberschuss beruht weitgehend auf Mehreinnahmen im Konto 23.720.460.20 «Bundesbeitrag Nothilfe». Mit Entscheid der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK) im Jahr 2012 wurde im gleichen Jahr eine erste Tranche der Rückstellungen im Nothilfebereich an die Kantone ausgeschüttet. Der verbleibende Restbetrag wurde 2013 überwiesen. Weiter generierte das Passbüro zufolge einer Mehrzahl an Pass- und Kombianträgen (Pass und Identitätskarten) einen Ertragsüberschuss.

3. Projekte

○ Projektverlauf wie geplant ● Projektverlauf nicht wie geplant

Integrationsprogramm Kanton Schwyz 2014–2017

Beginn Herbst 2010/Ende Frühjahr 2013 ○

Das Bundesamt für Migration verlangt von den Kantonen die Erarbeitung eines kantonalen Integrationsprogramms. Dieses beinhaltet eine kantonale Integrationsstrategie, einen Aktionsplan für die Integrationsförderung in den Regelstrukturen sowie spezifische Massnahmen.

Projektstand:

Das kantonale Integrationsprogramm (KIP) wurde erarbeitet und die Programmvereinbarung mit dem Bundesamt für Migration (BFM) für die nächsten vier Jahre abgeschlossen. Die Umsetzung ist angelaufen.

PG1: Einreise und Aufenthalt

Ziele

- Korrekte und rasche Erledigung der Bewilligungsgesuche.
- Korrekte und termingerechte Erledigung der Administrativmassnahmen.
- Zeitgerechte Bearbeitung der Tagespost und korrekte elektronische Archivierung.
- Die Gesuche um Aufenthaltsbewilligung von Asylsuchenden und vorläufig Aufgenommenen (Härtefallgesuche) werden korrekt bearbeitet.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Anteil der erledigten Bewilligungsgesuche innerhalb von 15 Arbeitstagen ab Posteingang	>80%	71%	-9%	●
Anteil der Administrativmassnahmen mit Verfahrensbeginn innerhalb von 1 Monat nach Anzeige eines Handlungsbedarfs (Straffälligkeit, Bezug wirtschaftlicher Sozialhilfe usw.)	>90%	100%	10%	○
Anteil der Tagespost, die innerhalb eines Arbeitstages elektronisch verarbeitet (Scannen, Indexieren, Archivieren, Versenden an Sachbearbeitung) ist	>85%	86%	1%	○
Anteil letztinstanzlich gutgeheissener Anträge auf Verweigerung oder Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen	>90%	100%	10%	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Aufgrund der starken Zunahme des Volumens der zu erledigenden Arbeiten (insbesondere Gesuche um Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung und der Kontrollfrist der unbefristet gültigen Niederlassungsbewilligung) sowie der gestiegenen Komplexität der Sachverhalte, welche vertiefter Abklärungen bedürfen, konnte der erste Indikator (Vorgabe von >80%) mit den zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen nicht erreicht werden.

PG2: Abteilung Asylwesen

Ziele

- Rasche Einleitung von Zwangsmassnahmen.
- Fristgerechte Abrechnung mit den Leistungsträgern, den Gemeinden und dem Bundesamt für Migration.
- Korrekte Abrechnung mit den Leistungsträgern, den Gemeinden und dem Bundesamt für Migration.
- Korrekte und fristgerechte Erledigung der Bewilligungsgesuche.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Anteil eingeleiteter Zwangsmassnahmen innerhalb einer Stunde nach Anzeige der Notwendigkeit aufgrund einer Verletzung des Ausländergesetzes	>90%	>90%	0%	○
Anteil der fristgerechten Abrechnungen	100%	100%	0%	○
Anteil der korrekt erfolgten Abrechnungen	100%	100%	0%	○
Anteil der bearbeiteten Bewilligungsgesuche innerhalb von 7 Arbeitstagen ab Posteingang	100%	100%	0%	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

PG3: Integration von Ausländerinnen und Ausländern

Ziele

- Qualitativ gute Sprachkurse für fremdsprachige Erwachsene in den Gemeinden.
- Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene sind beruflich integriert.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Anteil der Kurse, welche den Qualitätsanforderungen des Bundes entsprechen	>95%	95%	0%	○
Rang im interkantonalen Vergleich der Erwerbsquoten der Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommenen	<6	4	-2	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Die Schwyzer Gemeinden boten insgesamt 59 Deutschkurse für Fremdsprachige an. Unterstützung vom Bund: Fr. 134 894.-; kantonale Unterstützung: Fr. 20 106.-.

Der Kantonsbeitrag für den Leistungsauftrag an «komin» zur Beratung von ausländischen Staatsangehörigen sowie von Fachstellen zu Integrationsfragen betrug Fr. 226 725.-.

Der vierte Rang im interkantonalen Vergleich der Erwerbsquote von Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen basiert auf Angaben des Bundes des 1. Quartals 2013. Da die erfolgsorientierte Ausrichtung der Pauschale mit einer Änderung in der Verordnung fallen gelassen wurde (Streichung von Art. 18, Abs. 2 VIntA), wird die Erwerbsquote seit April 2013 nicht mehr systematisch erhoben.

PG4: Passbüro

Ziele

- Rasche Bearbeitung der Anträge für offizielle Ausweispapiere.
- Fehlerfreie Bearbeitung der Anträge für Ausweispapiere.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Anteil der innerhalb von 48 Stunden geprüften und bearbeiteten Anträge für Pässe, provisorische Pässe, Identitätskarten sowie Drittstaaten-Ausweise	>98%	100%	2%	○
Anteil korrekt erstellter Ausweispapiere	99%	>99%	<1%	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Die massive Zunahme der Gesuche für Schweizer Ausweisschriften ist wie folgt zu begründen: 2003 war die Einführung des Passmodells «Pass03», welcher für Erwachsene 10 Jahre gültig ist. Aus diesem Grund stiegen die Gesuche für die Schweizer Pässe im 2013 markant an.

1. Statistische Angaben Einreise und Aufenthalt

1.1 Ständige ausländische Wohnbevölkerung

Die ausländische Wohnbevölkerung nahm um 729 (925) Personen zu. Am 31. Dezember 2013 wohnten insgesamt 29 161 (28 432) ausländische Staatsangehörige im Kanton. Gemessen an der Gesamtbevölkerung des Kantons beträgt der Ausländeranteil 19.3% (19.1%).

	EU- / EFTA-Staaten	Drittstaaten	Total	Vorjahr
Niederlassungsbewilligung	11 141	9 254	20 395	19 606
Aufenthaltsbewilligung	6 052	1 980	8 032	8 139
Kurzaufenthaltsbewilligung	708	26	734	687

1.2 Wichtigste Herkunftsstaaten

	2013	2012	2005	2000
Deutschland	7 356	7 112	3 347	1 988
Italien	3 158	3 097	3 183	3 354
Kosovo	2 503	2 156		3 354
Serbien	¹ 2 393	¹ 2 856	² 5 492	² 5 349
Portugal	1 502	1 394	914	641
Kroatien	1 057	1 091	1 305	1 284
Österreich	1 045	1 007	736	585
Bosnien-Herzegowina	1 031	1 072	1 450	1 465
Mazedonien	982	983	1 050	957
Türkei	830	842	1 086	1 254
Sri Lanka	596	614	656	145

1 exklusive Kosovo
2 inklusive Kosovo

1.3 Bewilligungswiderrufe und Verlängerungsverweigerungen

Gründe	2013	2012
Rechtskräftige Verurteilungen wegen Straftaten	6	2
Falsche Angaben	0	1
Sozialhilfe	1	1
Wegzug ohne Abmeldung (Scheindomizil)	18	6
Auflösung Ehegemeinschaft	5	7

2. Statistische Angaben Asylwesen

2.1 Asylgesuche in der Schweiz

2013	2012	Differenz in %
21 465	28 631	-25%

2.2 Zuweisungen in den Kanton Schwyz

2013	2012	Differenz in %
405	458	-11.6%

Herkunftsländer	2013	2012
Eritrea	10.6%	15.4%
Syrien*	8.4%	4.3%
Tunesien	7.7%	7.8%
Nigeria	7.5%	9.6%
Marokko	6.3%	3.3%
China	5.8%	2.8%
Afghanistan	5.4%	4.8%
Sri Lanka (neu)	4.9%	
Algerien (neu)	3.3%	4.0%
Somalia	2.6%	2.8%
Georgien (neu)	2.6%	
Libyen (neu)	2.6%	

* Zunahme gegenüber dem Vorjahr um 54.7%, Tendenz steigend

2.3 Bestand Asylsuchende und Flüchtlinge Kanton SZ

	2013	2012	Differenz
Asylsuchende	405	384	5.5%
Vorläufig Aufgenommene	383	305	25.6%
Ausgesetzter Vollzug	9		
Anerkannte Flüchtlinge	146	323	-54.8%
Gesamtpersonenbestand	943	1012	-6.8%

2.4 Zwangsmassnahmen

	2013	2012	Differenz
Vollzug Wegweisungen	166	173	-4%

2.5 Nothilfe

	2013	2012	Differenz
Anz. Personen im Kaltbach pro Nacht	18 bis 22	10 bis 18	
Anzahl Übernachtungen pro Jahr	5075	3316	53%

2.6 Beschäftigungsprogramme

	2013	2012	Differenz
Anzahl Mantage	1680	1710	-1.8%

3. Statistische Angaben Passbüro

	2013	2012
Biometrischer Pass	12 188	7 812
Identitätskarte	17 537	14 403
Provisorischer Pass	201	208
Biometrischer Ausländerausweis	2 611	1 442

E. Amt für Arbeit

1. Jahresrückblick

Trotz anziehendem Wirtschaftswachstum nahm die Zahl der Arbeitslosen im Jahresverlauf von 1375 im Januar 2013 auf 1453 im Dezember zu. Im Jahresdurchschnitt waren 1261 (1098) Arbeitslose registriert, was einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 1.5% entspricht (Schweiz: 3.2%). Die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren betreuten im Jahresdurchschnitt 2034 Stellensuchende. Die öffentliche Arbeitslosenkasse entrichtete Leistungen (Taggelder, Kurzarbeitsentschädigung usw.) aus dem Ausgleichsfonds der Arbeitslosenversicherung im Betrag von Fr. 33 271 887.–. Davon wurden Fr. 6 254 991.– vom Amt für Arbeit für arbeitsmarktliche Massnahmen (Beschäftigung, Aus- und Weiterbildung usw.) investiert.

Mit den Bestimmungen des Bundesgesetzes über die flankierenden Massnahmen sollen der Arbeitsmarkt beobachtet und die Arbeitsbedingungen der entsandten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kontrolliert werden, um bei allfälligem Missbrauch Massnahmen ergreifen zu können. Diese Bestimmungen sind seit dem 1. Juni 2004 in Kraft. 2013 wurden zu deren Verstärkung neue Instrumente verankert. Neben Massnahmen zur Bekämpfung der Scheinselbstständigkeit und der Möglichkeit zur Sanktionierung von Schweizer Arbeitgebern, die gegen Normalarbeitsverträge verstossen, wurden eine Lohnmeldepflicht beim Meldeverfahren der ausländischen Entsendefirmen und eine verstärkte Solidarhaftung für das Baugewerbe eingeführt.

2. Finanzen

In Fr. 1000.–	2013 V	2013 R	Abw.
Aufwand	8906	7997	-909
Ertrag	6700	5769	-931
Globalbudget	2206		
Nachkredit	0		
Globalbudget inklusive NK	2206	2228	22 ●
Nettoinvestitionen	0		
Vollzeitstellen (FTE)	52.9	47.2	-5.7 ○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Die Beiträge an den Vollzug der Arbeitslosenversicherung sind höher ausgefallen als erwartet.

3. Projekte

○ Projektverlauf wie geplant ● Projektverlauf nicht wie geplant

*Einführung Datenmanagementsystem Arbeitslosenkasse
Beginn Januar 2013/Ende März 2013* ○
Nachdem bereits der übrige Bereich für den Vollzug der Arbeitslosensversicherung aufgrund des neuen AVAM-Systems mit einem Datenmanagementsystem versehen ist, wird nun in einem zweiten Schritt das DMS bei der öffentlichen Arbeitslosenkasse eingeführt.

Projektstand:
Ab Januar 2013 wurden die laufenden Dossiers ins DMS überführt, sodass seit anfangs März 2013 produktiv mit dem DMS gearbeitet wird.

PG1: Arbeitslosenversicherung/Stellenvermittlung

Ziele

- Wirkungsvolle Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.
- Effiziente Arbeitslosenkasse.
- Tiefe Fehlerquote bei der Bearbeitung der Stellensuchendendossiers der RAV; Vermeidung Haftungsfälle.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Die Wirkungswerte gemäss Vereinbarung EVD (Dauer der Arbeitslosigkeit, Langzeitarbeitslosigkeit, Aussteuerungen, Wiederanmeldung der Stellensuchenden) sind über dem schweizerischen Durchschnitt (= 100%).	>100%	-	-	
Leistungspunkte pro Vollzeitstelle gemäss Leistungsvereinbarung mit EVD sind über dem schweizerischen Durchschnitt (= 100%)	>100%	133%	33%	○
Anzahl Haftungsfälle der durch das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) geprüften Stellensuchendendossiers der RAV	<6	0	-6	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:
Die Wirkungswerte gemäss Vereinbarung des Eidgenössischen Departements für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) werden vom Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) erst Ende Mai 2014 veröffentlicht, weshalb diese erst im Kommentar des Folgejahres erwähnt werden. Sie umfassen folgende Kenngrössen: Dauer der Arbeitslosigkeit, Langzeitarbeitslosigkeit, Aussteuerungen und Wiederanmeldungen der Stellensuchenden. Die Wirkungswerte 2012 betragen 108%.

PG2: Arbeitsmarkt

Ziele

- Zuteilung der vom Bundesrat festgelegten Ausländerkontingente für Drittstaatsangehörige nach volkswirtschaftlichen Prioritäten.
- Zeitgerechte Bearbeitung der Gesuche für die Bewilligung zur privaten Arbeitsvermittlung oder zum Personalverleih.
- Erfüllung des in der Leistungsvereinbarung mit dem EVD festgelegten Umfangs der Inspektionstätigkeit im Rahmen der flankierenden Massnahmen (Entsendegesetz).

- Erfüllung des in der Leistungsvereinbarung mit dem EVD festgelegten Umfangs der Inspektionstätigkeit zur Bekämpfung der Schwarzarbeit.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Anteil der durch das Bundesamt für Migration gutgeheissenen Bewilligungsanträge	>80%	100%	20%	○
Anteil der innerhalb von 10 Tagen bearbeiteten Gesuche nach Vorliegen der erforderlichen Unterlagen	100%	100%	0%	○
Anzahl Personen- und Betriebskontrollen gemäss Leistungsvereinbarung EVD (Entsendegesetz)	>250	263	13	○
Anzahl Personen- und Betriebskontrollen gemäss Leistungsvereinbarung EVD (Schwarzarbeit)	>223	232	9	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Von den vom Bundesrat zugeteilten Kontingenten für Aufenthaltsbewilligungen von Drittstaatsangehörigen wurden 13 (25) und für Kurzaufenthaltsbewilligungen 43 (51) ausgeschöpft.

PG3: Arbeitsbedingungen

Ziele

- Prävention von Arbeitsunfällen und Sicherstellung des Gesundheitsschutzes der Mitarbeitenden in den Betrieben.
- Fristgerechter Vollzug der Plangenehmigungs- und Planbegutachtungsverfahren.
- Fristgerechte Bewilligungspraxis im Bereich Arbeitszeitbewilligungen und Vollzug der Verordnung über die öffentlichen Ruhetage.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Anzahl Betriebskontrollen	>30	34	4	○
Anzahl berechnete Mahnungen infolge Terminüberschreitung	0	0	0	○
Anteil der fristgerecht erledigten Anträge	100%	100%	0%	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Von den insgesamt 113 durchgeführten Betriebsbesuchen handelt es sich bei 34 kontrollierten Betrieben ausschliesslich um ASA-Kontrollen (ASA = Richtlinien über den Beizug von Arbeitsärzten und anderen Spezialisten der Arbeitssicherheit).

PG4: Eichwesen

Ziele

- Erfüllung der Zielvorgaben vom Bundesamt für Metrologie (METAS).

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Anteil der erfüllten Ziele	100%	100%	0%	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Die Zielvorgaben umfassten Kontrollen bei 80% der Importeure mit Wohnsitz in der Schweiz, welche Fertigpackungen in die Schweiz einführen sowie die Eichung von Mineralöl-Tanklastwagen.

F. Amt für Landwirtschaft

1. Jahresrückblick

An der internationalen Grünen Woche Berlin, der weltweit grössten Messe für Land- und Ernährungswirtschaft, präsentierte die Zentralschweiz im Januar 2013 unter dem Motto «Im Herzen der Schweiz» ihre Produkte und Dienstleistungen einem internationalen Publikum. Überdies stellte sich die Zentralschweiz als attraktive Tourismus- und Wirtschaftsregion mit hoher Lebensqualität vor. Mit dem erfolgreichen Auftritt ist es der Zentralschweiz gelungen, hohe Aufmerksamkeit zu erlangen und neue Absatzchancen auszuloten.

Die Vorbereitungen zur Umsetzung der Agrarpolitik 2014–2017 sind ausserordentlich umfangreich und zeitraubend. Parallel dazu laufen die Vorbereitungen zur Anpassung des kantonalen Landwirtschaftsgesetzes an die neuen Bestimmungen des Bundesrechts.

Mit der neuen Agrarpolitik 2014–2017 will der Bund u. a. wertvolle Kulturlandschaften erhalten, fördern und weiterentwickeln. Im Rahmen einer gemeinsamen Projektarbeit der Ämter für Landwirtschaft und Naturschutz der Zentralschweizer Kantone sind die Grundlagen, Ziele und Massnahmen für Landschaftsqualitätsprojekte erarbeitet worden.

2. Finanzen

In Fr. 1000.–	2013 V	2013 R	Abw.	
Aufwand	86 535	86 362	-173	
Ertrag	77 793	78 235	442	
Globalbudget	8 742			
Nachkredit	0			
Globalbudget inklusive NK	8 742	8 127	-615	○
Nettoinvestitionen	3 031			
Nachkredit	0			
Nettoinvestitionen inklusive NK	3 031	2 672	-359	●
Vollzeitstellen (FTE)	26.9	26.7	-0.2	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Das Amt für Landwirtschaft hat das Globalbudget nicht vollumfänglich beansprucht.

Wesentliche Mehraufwendungen sind keine zu verzeichnen. Minderaufwendungen sind hauptsächlich in folgenden Bereichen aufgetreten: Bei den Gehältern und Sozialabgaben, beim Projekt GIS-LWN wegen des Personalwechsels und beim Ressourcenprojekt Ammoniak infolge geringerer Beteiligung und beim Pflanzenschutzdienst dank geringerem Krankheitsdruck. Die Abschreibungen auf Investitionskredite sind geringer ausgefallen, weil sich einzelne Projekte verzögert haben und dadurch weniger Strukturverbesserungsbeiträge ausbezahlt wurden.

Die Gebühreneinnahmen, die Erlöse aus den Beratungsleistungen und aus der Expertentätigkeit sowie die Entschädigung für die Lehrtätigkeit beim Berufsbildungszentrum Pfäffikon (BBZP) sind höher ausgefallen als budgetiert.

3. Projekte

○ Projektverlauf wie geplant ● Projektverlauf nicht wie geplant

Ressourcenprojekt Ammoniak

Beginn 2010/Ende Dezember 2015

○ Ziel dieses Projektes ist, die Ammoniakemissionen zu vermindern, die Stickstoff-Effizienz zu steigern und die Geruchsemission

zu reduzieren. Mit geeigneten Massnahmen (z.B. Einsatz des Schleppschlauchs beim Gülleaustrag) soll dieses Ziel mit finanziellen Anreizen und auf freiwilliger Basis erreicht werden.

Projektstand:

415 Landwirte wenden bereits die neue Ausbringtechnik an. Insgesamt wurden 12 902 Hektaren mit dem emissionsarmen Verfahren begüllt (entspricht 4239 Hektaren à durchschnittlich 3.05 Gaben). Gegenüber dem Vorjahr beträgt die Flächenzunahme 10%. Dafür wurden Beiträge von insgesamt Fr. 580 599.– (davon Kantonsanteil Fr. 116 120.–) ausgerichtet. Als zusätzliche einzelbetriebliche Massnahme wurde die Abdeckung von vier offenen Gülle-Silos mit Beiträgen von Fr. 49 397.– (davon Kantonsanteil Fr. 6 443.–) unterstützt.

Wertschöpfung im ländlichen Raum des Kantons SZ

Beginn August 2012/Ende August 2018

○ Das Projekt Wertschöpfung SZ hat zum Ziel, regional ausgerichtete Aktivitäten zu fördern. Damit soll die wirtschaftliche Situation der Landwirtschaftsbetriebe verbessert werden. Im Zentrum stehen dabei die Landwirtschaft, lebensmittelverarbeitende Betriebe sowie Exporte von Gütern und Dienstleistungen über die Region hinaus.

Projektstand:

Die Projektträgerschaft «Ländlicher Marktplatz des Kantons Schwyz und Umgebung» weist die Tätigkeiten gemäss Projektplanung aus. Beim Teilprojekt «Regio Shops» werden bereits in sieben bestehenden Läden regionale Produkte unter der Marke «Das Beste der Region» angeboten. Das Baubewilligungsverfahren für den Projektteil «Milchmanufaktur Einsiedeln» ist eingeleitet.

PG1: Agrarmassnahmen und Bodenrecht

Ziele

- Korrekte und termingerechte Beiträge an die Landwirtschaftsbetriebe leisten.
- Genügend Lagervolumen für Hofdünger, ausgeglichene Nährstoffkreisläufe und Mindestabstände durchsetzen.
- Entscheide betreffend das bäuerliche Boden- und Pachtrecht termingerecht behandeln.
- Entscheide betreffend das bäuerliche Boden- und Pachtrecht korrekt behandeln.
- Leistungsauftrag mit den kantonalen Zuchtorganisationen erfüllen.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Anteil der korrekten Zahlungen bis 12. Juli und bis 12. Dezember	>98%	>99%	1%	○
Anteil der Betriebe mit genügend Lagervolumen für Hofdünger, gültigen Nährstoffbilanzen und eingehaltenen Mindestabständen	>98%	100%	2%	○
Anteil der Entscheide mit Behandlungsfrist innert fünf Wochen	>75%	70%	-5%	●
Anteil letztinstanzlich gutgeheissener Beschwerden gegen Entscheide	<2%	0%	-2%	○
Anzahl übermittelte Fehler zu Anzahl eingereichter Tierhalterlisten	<2%	<0%	-2%	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

1511 Landwirtschaftsbetriebe, welche die rechtlichen Voraussetzungen erfüllten, erhielten am 10. Juli 2013 und 10. Dezember

2013 termingerecht Direktzahlungsbeiträge. Die Kontrollvorgaben des Bundes bezüglich Rhythmus und Koordination wurden vollständig eingehalten. 30.2% der beitragsberechtigten Betriebe wurden bezüglich Einhaltung der Bedingungen kontrolliert. In verschiedenen Bereichen wurden zusätzlich Kontrollen im Auftragsverhältnis durchgeführt.

439 Betrieben wurden Sömmerungsbeiträge ausgerichtet. Elf Betrieben konnten für die Umstellung auf die biologische Produktion Beiträge von total Fr. 17 896.– ausbezahlt werden. 2236 neu gepflanzte Hochstamm-Feldobstbäume erfüllten die Förderbedingungen, sodass 183 Landwirten Beiträge von total Fr. 156 520.– vergütet werden konnten. 272 Betriebsleiter profitierten von Beiträgen im Umfang von Fr. 251 776.– für die Bewirtschaftung von 899.2 Hektaren Steillagen.

Der Regierungsrat hat vier Vernetzungsprojekte bewilligt, nämlich Küssnacht, Wangen, Tuggen und Reichenburg-Niderriet. Damit sind 3337 Hektaren der ökologischen Ausgleichsflächen und 32 234 Hochstammobstbäume in insgesamt 20 Projekten vernetzt. Inzwischen erreichen insgesamt 2906 Hektaren der ökologischen Ausgleichsflächen die Anforderungen für biologische Qualität. 33 871 Hochstammobstbäume stehen in Qualitätsobstgärten. Im Jahr 2013 konnten somit Fr. 5 920 248.– (davon Kantonsanteil Fr. 1 184 050.–) nach der Öko-Qualitätsverordnung an 1339 Betriebsleiter ausbezahlt werden.

Das Stapelvolumen für die Hofdünger ist auf den Schwyzer Landwirtschaftsbetrieben in ausreichendem Umfang vorhanden. Das Problem der örtlichen Verteilung wurde mit 97 Einmietverträgen mit durchschnittlich 87 m³ Lagervolumen pro Vertrag geregelt. Für sämtliche 1544 ÖLN-Betriebe liegt eine ausgeglichene Nährstoffbilanz vor. Die Mindestabstände wurden bei 31 Neubauten überprüft und gaben zu keinen Beanstandungen Anlass. Insgesamt wurden 154 Fachberichte sowie 130 Stellungnahmen zu Baugesuchen abgegeben. Die Behandlungsfrist konnte in allen Fällen eingehalten werden.

Im Bereich des bäuerlichen Bodenrechtes wurden 172 Geschäfte bearbeitet. Davon wurden 121 Geschäfte innerhalb von fünf Wochen erledigt (70.3%). 94 Geschäfte wurden in Form einer Verfügung entschieden. Gegen eine Verfügung wurde Beschwerde erhoben, diese ist noch beim Verwaltungsgericht hängig. Aus den Vorjahren ist noch eine Beschwerde vor dem Bundesgericht hängig.

Im Bereich des landwirtschaftlichen Pachtrechtes wurden 32 Geschäfte bearbeitet. Davon wurden 28 innerhalb von fünf Wochen erledigt (87.5%). 17 Geschäfte wurden in Form einer Verfügung entschieden. Es wurde keine Beschwerde gegen eine der Verfügungen erhoben. Aus den Vorjahren sind keine Fälle offen.

Im Jahr 2013 wurden beim Grossvieh 380 und beim Kleinvieh 160 Aussteller registriert. Bei der Übermittlung der Daten von total 481 Tierhaltern ist kein Fehler festgestellt worden.

PG2: Strukturverbesserungen

Ziele

- Gesuche für Investitionshilfen und Antragsstellung an die zuständigen Stellen korrekt und termingerecht bearbeiten.
- Rückzahlungen von Investitionskrediten und Betriebshilfen korrekt und termingerecht einfordern.
- Infrastruktur «Güter-, Alp- und Bewirtschaftungswege» für die landwirtschaftliche Bewirtschaftung sicherstellen.
- Stellungnahmen zu landwirtschaftlichen Baugesuchen termingerecht behandeln.
- Stellungnahmen zu landwirtschaftlichen Baugesuchen korrekt behandeln.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Anteil der Gesuche mit termingerechter Antragstellung bis 15. Oktober	100%	100 %	0%	○
Rückzahlungen im Verhältnis zu den ausstehenden Rückzahlungen	>99%	100 %	1%	○
Anzahl km/ Jahr betreffend die Erneuerung oder periodische Wiederinstandstellung des Wegnetzes (Ziel: 1/20 der 500 km landwirtschaftlichen Wege)	25	25.5	0.5	○
Anteil der behandelten Stellungnahmen bis einen Tag vor der massgebenden Koordinationssitzung (circa 30 Tage)	>90%	93%	3%	○
Anteil letztinstanzlich gutgeheissener Beschwerden gegen Entscheide	<3%	0%	-3%	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Die Beitragsgesuche für Strukturverbesserungsprojekte wurden im Rahmen des vom Bund zur Verfügung gestellten Zusicherungskredites von 2.71 Mio. Franken termingerecht bearbeitet. Die kantonale Gegenleistung beläuft sich auf 2.44 Mio. Franken. Die Beiträge lösten ein Bauvolumen von circa 14.1 Mio. Franken aus. Insgesamt wurden an 11 Hochbau- und 23 Tiefbauprojekte entsprechende Strukturverbesserungsbeiträge zugesichert. Für Strukturverbesserungsprojekte kamen im Rahmen von Teil- und Schlussabrechnungen 3.02 Mio. Franken Bundesbeiträge, 2.64 Mio. Franken Kantonsbeiträge und Fr. 927 651.– Bezirksbeiträge zur Auszahlung.

Der Fonds für landwirtschaftliche Investitionskredite und Betriebshilfe vergab Investitionskredite von 9.3 Mio. Franken und Betriebshilfedarlehen von 0.08 Mio. Franken. Der Darlehensbestand «Investitionskredite» beträgt per 31. Dezember 2013 rund 60.3 Mio. Franken. Der Darlehensbestand «Betriebshilfe» beläuft sich auf rund 3.2 Mio. Franken. Für die Rückzahlung von Investitionskrediten und Betriebshilfen wurden 556 Rechnungen termingerecht zugestellt. Die Zahlungen erfolgten per 31. Dezember 2013 ohne Ausstände.

Die Fachberichte zu 282 Baugesuchen wurden im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens zu 93% fristgerecht abgegeben. In 53 Vorabklärungen wurde schriftlich zu baulichen Vorhaben Stellung genommen. Es wurde keine Beschwerde gegen raumplanungsrechtliche Entscheide gutgeheissen.

PG3: Beratung und Weiterbildung

Ziele

- Kundengerechte Weiterbildung anbieten.
- Kundengerechte Beratungen erbringen.
- Stufengerechter Unterricht in der Grundbildung und der strukturierten Weiterbildung von Landwirten erteilen.
- Finanzier- und Tragbarkeit landwirtschaftlicher Hochbauvorhaben überprüfen.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Anzahl durchgeführte Kurse zur Anzahl angebotene Kurse	>75%	68%	-7%	●
Einnahmen aus Beratungsleistungen in Franken	>75 000	90 532	15 532	○
Externe Beurteilung durch Leiter Grundbildung BBZP (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	4.0	4.0	0	○
Anteil der behandelten Berechnungen innert 30 Tagen	>90%	90%	0%	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Das breite Weiterbildungsangebot wird rege genutzt. Gut zwei Drittel der Kurse konnten durchgeführt werden. Die Teilnehmerzahlen sind je nach Thema unterschiedlich und bewegen sich bei rund zehn Personen pro Kurs. Zu den aktuellen Themen «Verbesserung der Ressourceneffizienz» und «Wiesensanierung nach Mäuseplage» wurden im Frühjahr zusätzlich drei Kurse angeboten und mit Direktmailing beworben. Die Teilnehmerzahlen schwankten dabei zwischen 45 und 120 Personen je Kurs. Auch die dezentral organisierten Informations- und Weiterbildungsabende erfreuen sich einer grossen Nachfrage. Mehr als die Hälfte der Schwyzer Bauern besuchen mindestens eine Weiterbildungsveranstaltung jährlich.

Die verrechenbaren Beratungsleistungen haben stark zugenommen, weshalb der entsprechende, finanzielle Standard weit übertroffen wurde. Die Nachfrage nach diesen Beratungsleistungen bleibt infolge der unklaren Auswirkungen der Agrarpolitik 2014–2017 auf die Landwirtschaftsbetriebe weiterhin bestehen. Vermehrt werden auch unter dem Stichwort «Soziales» nicht verrechenbare Dienstleistungen erbracht.

Personell gefordert wurde die Abteilung Beratung und Weiterbildung auch im Unterrichtsbereich. Auf Stufe Grund- und Weiterbildung mussten Klassen aufgrund hoher Teilnehmerzahlen doppelt oder dreifach geführt werden. Dies führte einerseits zu einer höheren Auslastung und andererseits in der entsprechenden Budgetposition zu Mehreinnahmen. Bei der externen Beurteilung der Lehrkräfte wurde der geforderte Wert erreicht.

Im Auftrag der Bauherrschaft wurden die Finanzier- und Tragbarkeiten von landwirtschaftlichen Investitionsvorhaben überprüft. Öffentliche Unterstützung wird nur bei Erfüllung der Voraussetzungen geleistet. Die geforderten Termine konnten durchwegs eingehalten werden.

Im Bereich Volksschulen befasste sich der Erziehungsrat verschiedentlich mit dem Projekt Lehrplan 21 (LP21). Zum einen führte er eine kantonale Vernehmlassung durch, auf deren Basis er anschliessend gegenüber der Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz seine Stellungnahme abgab. Zum anderen genehmigte er die von einer Projektgruppe ausgearbeiteten Grundlagen eines kantonalen Einführungskonzepts. Der Kantonsrat verabschiedete die Teilrevision der Verordnung über Beiträge an Schulanlagen, womit seit August 2013 ein wieder zeitgemässes Beitragssystem in Kraft ist.

Im Bereich Mittelschulen wurde die Erweiterung des Fachmittelschulangebots beschlossen und vorbereitet. Im Bereich Hochschulen trat anfangs August das kantonale Hochschulgesetz in Kraft, welches die Basis für die Führung der eigenen Pädagogischen Hochschule Schwyz bildet. Die PHSZ ihrerseits nahm am 9. September als Nachfolgeorganisation der PHZ Hochschule Schwyz nahtlos ihren Studienbetrieb auf.

Im Bereich Berufsbildung ist eine Phase der Konsolidierung eingetreten. Die Zahl der Berufsreformen ist rückläufig, die meisten Berufe sind dem Berufsbildungsgesetz entsprechend angepasst. Der Regierungsrat hat entschieden, zukünftig auf die Weiterführung des Case Managements Berufsbildung zu verzichten.

Im Bereich Kultur lehnte der Kantonsrat eine Motion ab, welche den Ausstieg aus der Vereinbarung über den Kulturlastenausgleich forderte, deutlich ab. Dies nicht zuletzt deshalb, weil es dem Regierungsrat gelang, mit den Standortkantonen Luzern und Zürich Zusatzvereinbarungen abzuschliessen, die Rabatte auf den zu leistenden Zahlungen im Umfang von rund Fr. 150 000.– gewähren.

A. Departementssekretariat

1. Jahresrückblick

Nebst der üblichen Tätigkeit (Geschäftsplanung, Führungsunterstützung für den Departementsvorsteher, Anleitung der internen Querschnittsprozesse) stand insbesondere die Begleitung zahlreicher Kantonsratsvorlagen im Vordergrund.

Der Erziehungsrat behandelte an fünf ordentlichen Sitzungen nebst wiederkehrenden Traktanden 50 Sach- und Personalgeschäfte aus den Bereichen Volksschulen und Sport sowie Mittelschulen. Zudem verfasste er auf der Grundlage einer kantonalen Vernehmlassung die Konsultationsantwort zum Entwurf des Lehrplans 21 zuhanden der Deutschschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz.

2. Finanzen

In Fr. 1000.–	2013 V	2013 R	Abw.	
Aufwand	758	740	-18	
Ertrag	30	24	-6	
Globalbudget	728			
Nachkredit	0			
Globalbudget inklusive NK	728	716	-12	○
Nettoinvestitionen	0			
Vollzeitstellen (FTE)	2.0	2.0	0	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

3. Projekte

○ Projektverlauf wie geplant ● Projektverlauf nicht wie geplant

*Grundlagen für den Betrieb von Schulrechenzentren
Beginn Mai 2012/Ende Dezember 2013*

Um eine optimale Nutzung von Synergien zu ermöglichen, soll für die Schulen der Sekundarstufe II eine gesamthafte Informatik-Strategie erarbeitet und umgesetzt werden.

Projektstand:

Das Projekt wurde termingerecht abgeschlossen. Der Regierungsrat hat im Februar 2013 eine Informatik-Strategie für die kantonalen Schulen der Sekundarstufe II verabschiedet. Basierend darauf erfolgte die Ausschreibung für zwei kantonale Schulrechenzentren Inner- und Ausserschwyz, an welche die jeweiligen Schulen angeschlossen sind.

Integration der Welt der Wirtschaft in die Bildung Beginn August 2012/Ende Dezember 2013

Im Rahmen der Strategie «Wirtschaft und Wohnen im Kanton Schwyz» sollen zwischen Bildungsdepartement und Amt für Wirtschaft regelmässige Kontakte gepflegt werden, um Potenziale und Synergien zwischen Wirtschaft und Primar- und Sekundarschule zu identifizieren.

Projektstand:

Vom zweimalig geplanten Kontakt mit dem Amt für Wirtschaft wurde lediglich ein Termin wahrgenommen. Auch ohne diese institutionalisierten Treffen sind jedoch mehrere Ämter des Bildungsdepartements regelmässig in Kontakt mit Wirtschaftsvertretern und -verbänden bzw. Lehrpersonen der Sekundarstufe I.

PG1: Führungsunterstützung und Support

Ziele

- Hohe Zufriedenheit des Departementvorstehers.
- Mitberichte/Vernehmlassungen werden termingerecht erstellt.
- Eingehaltene Fristen bei politischen Vorstössen.
- Fristgerechte Zustellung der Unterlagen für die Sitzungen des Erziehungsrats.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Zufriedenheit gemäss Befragung (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	>4	4	0	○
Anzahl termingerechte Mitberichte/Vernehmlassungen	100%	100%	0%	○
Anteil der termingerecht erledigten politischen Vorstösse	100%	100%	0%	○
Sämtliche Sitzungsunterlagen mindestens 14 Tage vor der Sitzung versandt	95%	98%	3%	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

B. Amt für Volksschulen und Sport

1. Jahresrückblick

Seit August 2013 wird die teilrevidierte Verordnung über Beiträge an Schulanlagen umgesetzt. Der öffentliche Entwurf des Lehrplans 21 wurde vom Erziehungsrat in eine breite kantonale Konsultation gegeben; deren Ergebnisse wurden vom Erziehungsrat ausgewertet, und schliesslich hat der Erziehungsrat die kantonale Antwort zur Konsultation Lehrplan 21 der D-EDK rückgemeldet. Zudem arbeitet eine Projektgruppe an einem Einführungskonzept für die kantonale Umsetzung.

Der Erziehungsrat hat die Universität Zürich beauftragt, eine Fokusevaluation des sonderpädagogischen Angebots und der integrierten Sonderschulung im Kanton Schwyz im Schuljahr 13/14 durchzuführen.

2. Finanzen

In Fr. 1000.–	2013 V	2013 R	Abw.
Aufwand	72 742	71 966	-776
Ertrag	20 175	16 832	-3 343
Globalbudget	52 568		
Nachkredit	0		
Globalbudget inklusive NK	52 568	55 134	2 566 ●
Nettoinvestitionen	1 450		
Nachkredit	0		
Nettoinvestitionen inklusive NK	1 450	885	-565 ●
Vollzeitstellen (FTE)	55.3	55.1	-0.2 ○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

In der Laufenden Rechnung resultiert gegenüber dem Vorschlag eine negative Abweichung von rund 2.5 Mio. Franken. Zurückzuführen ist dies auf den Umstand, dass die Bezirks- und Gemeindebeiträge im Bereich Sonderschulung aufgrund des Systemwechsels bei der Finanzierung zu hoch budgetiert waren. Im Gegenzug haben die Rechnungen der beiden kantonalen heilpädagogischen Zentren (mit je eigenem Leistungsauftrag) aufgrund der höheren Bezirks- und Gemeindebeiträge besser abgeschnitten, sodass insgesamt über das gesamte Volksschulwesen ein Mehraufwand von knapp 0.9 Mio. Franken resultiert.

In der Investitionsrechnung wurden aufgrund ausstehender Bauabrechnungen weniger Investitionsbeiträge an Schulanlagen ausgerichtet.

3. Projekte

○ Projektverlauf wie geplant ● Projektverlauf nicht wie geplant

Schuldatenverwaltung.sz

Beginn November 2010/Ende Oktober 2013 ●

Einführung einer kantonal einheitlichen Software für die Schuldatenverwaltung (inkl. Stundenplangestaltung, Zeugnisprogramm, Verwaltung Musikschuldaten, Verwaltung Sonderschulung usw.)

Projektstand:

Aufgrund auch im 2013 andauernder Qualitätsmängel und Verzögerungen seitens des Anbieters musste das Projektende verschoben werden. Die Qualität und Stabilität der gelieferten Softwarelösung entspricht nur zum Teil den Erwartungen. Der erfolgreiche Abschluss gilt weiterhin als gefährdet.

Berufsauftrag Lehrpersonen

Beginn September 2012/Ende Juni 2013 ○

Erstellung eines schriftlichen, differenzierten Berufsauftrags für Lehrpersonen auf der Volksschulstufe.

Projektstand:

Die Projektgruppe hat Bericht und Antrag im Herbst 2013 eingereicht; es mussten noch rechtliche Fragen geklärt werden, sodass der Schlussbericht und Antrag dem Erziehungsrat noch nicht vorgelegt werden konnten.

PG1: Qualitätssicherung Volksschulbildung

Ziele

- Sicherstellung der allgemeinen Schulqualität.
- Einhaltung der kantonalen Vorgaben.
- Sicherstellung eines hohen schulischen Leistungsniveaus.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.
Anteil der evaluierten Schuleinheiten	25%	18.4%	-6.6% ●
Flächendeckende Stundenplankontrolle, Kontrolle der Poolstunden und des Pensenspools für das sonderpädagogische Angebot	100%	95%	-5% ●
Beteiligungsquote an schulischen Leistungsmessungen Stellwerk 8/9 und Klassencockpit	>90%	92%	2% ○
In den schulischen Leistungsmessungen erreichtes Ergebnis, gemessen an den Ergebnissen der Referenzgruppe (100%)	>95%	102.5%	7.5% ○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Aufgrund von krankheitsbedingten Ausfällen konnten nicht alle ursprünglich geplanten Schulen im Berichtsjahr evaluiert werden. Zudem waren die Vorbereitungsarbeiten für die Fokusevaluation Sonderpädagogik/integrierte Sonderschulung nicht eingerechnet.

Die flächendeckende Stundenplankontrolle konnte aufgrund mangelnder Personalressourcen nicht vollständig im 2013 abgeschlossen werden.

PG2: Rahmenbedingungen für die Volksschule

Ziele

- Qualitätssicherung Lehrkörper.
- Sicherstellung einer adäquaten sonderpädagogischen Förderung.
- Sicherstellung einer adäquaten Infrastruktur im Schulbereich.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.
Anteil stufengerecht ausgebildeter Lehrpersonen an der Volksschule mit Lehrberechtigung	>85%	86%	1% ○
Anzahl durchgeführter schulpsychologischer Abklärungen im Verlaufe des Schuljahres im Verhältnis zur Gesamtzahl der Schüler/-innen	10%	11.7%	1.7% ●
Anteil der fristgerechten Prüfungen eingereicherter Bauunterlagen für Schulanlagen	100%	91%	-9% ●

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Lehrbewilligungen: Total waren im Schuljahr 2013/2014 1704 Lehrpersonen tätig. Davon haben 244 mit einer befristeten Lehrbewilligung unterrichtet.

Die Anzahl durchgeführter schulpsychologischer Abklärungen betrug auch in diesem Jahr über 10% der Gesamtzahl der Schüler; systembedingt sind die Anmeldungen durch den Kanton nur minim steuerbar.

Bauunterlagen werden vermehrt zu spät eingereicht; entsprechende Gegenmassnahmen in Form von Information an die Schulträger sind erfolgt.

PG3: Sport

Ziele

- Sicherstellen gut ausgebildeter Leiterinnen und Leiter in den Jugend- und Sportvereinen/-verbänden.
- Förderung eines qualitativ guten Schulsports und der körperlichen Leistungsfähigkeit der Jugendlichen.
- Optimale Förderung der Schwyzer Sport- und Jugendorganisationen.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Anzahl durchgeführter kantonaler und regionaler Leiter-Aus- und -Fortbildungskurse	>30	31	1	○
Prozentsatz der Schülerinnen und Schüler, die im Schwyzer Sporttest die Zielwerte erreichen	>90%	88%	-2%	●
An Schwyzer Sport- und Jugendorganisationen ausgerichtete Unterstützungsbeiträge in Mio. Franken	>2.00	2.09	0.09	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Das Bundesgesetz über die Förderung von Sport und Bewegung (Sportförderungsgesetz) ist rechtskräftig geworden. Neu können Sporttalente mit einer Swiss Olympic Talent Card Nachwuchsförderbeiträge aus dem kantonalen Sportförder-Swisslosfonds erhalten.

4. Abteilung Schulpsychologie (ASP)

	SJ 08/09	SJ 09/10	SJ 10/11	SJ 11/12	SJ 12/13
Anmeldungen Total	1593	1771	1831	1959	1908
davon aus: (in %)					
Vorschule/Kindergarten	17.2	16.8	15.4	14.0	14.7
Primarschule	69.4	68.2	68.9	70.3	70.3
Sekundarstufe I	12.8	14.4	15.1	15.4	14.9
Nachoblig. Schulzeit	0.6	0.6	0.5	0.3	0.1
durch: (in %)					
Schule	72.3	69	66.2	68.9	68.3
Eltern	11.3	10.6	9.4	9.7	8.7
Fachstellen	6.6	5.3	3.6	3.5	3.6
Interne Dienste	5.8	9.6	15.1	14.7	16.9
Sonderschulinstitutionen	4.0	5.5	5.4	2.6	2.5

Im Schuljahr 2012/2013 wurden 1908 (1959) Kinder und Jugendliche zu einer schulpsychologischen Abklärung angemeldet. Bezogen auf die Gesamtschülerzahl von 16 432 (16 596) entspricht dies rund 11.6% (11.8%). Die ASP setzt weiter die bewährten niederschweligen Strategien und Angebote ein, um den Beratungsbedarf aufzufangen und ohne grössere Wartezeiten zu bewältigen. Auch in diesem Berichtsjahr konnte rund die Hälfte der schulischen Anmeldungen niederschwellig im Fachteam behandelt werden.

SJ 08/09 SJ 09/10 SJ 10/11 SJ 11/12 SJ 12/13

	SJ 08/09	SJ 09/10	SJ 10/11	SJ 11/12	SJ 12/13
Anmeldungen Total	1593	1771	1831	1959	1908
Häufigste Fragestellungen: (in %)					
- Lern- und Leistungsschwierigkeiten	39	45	45.2	49.8	47.9
- Schulische Laufbahn	22	19	15.9	14.3	14.2
- Soziale, emotionale Schwierigkeiten, Arbeitsverhalten	19	19	19.3	17.4	18.9
- Bearbeitung im Bereich verstärkte Massnahmen	20	17	19.6	15.1	15.6

5. Sonderschulung und Behindertenfragen

Per Stichtag 1. September 2013 waren beim Amt für Volksschulen und Sport erfasst:

	2009	2010	2011	2012	2013
Total Sonderschülerinnen und Sonderschüler	463	453	445	435	419
Heilpädagogische Zentren					
- Tagesschüler	134	125	121	125	123
- integrierte Sonderschüler	69	84	90	91	88
- Einzelunterricht	-	2	1	1	1
- Schulversuch Home Schooling	-	1	1	1	1
Sprachheilschule Steinen und Sprachheilkindergarten Pfäffikon					
- Sprachheilschule Steinen	60	55	57	64	45
- Sprachheilkindergarten Pfäffikon	8	10	10	9	
- Sprachheilschule Freienbach					33
Weitere Platzierungen interne und externe Sonderschulung, ausserkantonal	118	119	127	116	103
- davon platziert wegen Verhaltensstörung	70	69	78	70	63
Sonderschulung in privater Tagesschule innerhalb des Kantons	3	1	-	1	1
Schulversuch Kleinklasse Verhalten	-	-	3	4	4
Integrierte Sonderschulung im Bereich Verhalten	69	56	35	23	20
- davon Re-Integration, IS Verh. für ½ Jahr				4	2
- davon neu mit Autismus-spektrumsstörung					3

Die Gesamtzahl der Sonderschüler ist weiterhin leicht rückläufig.

6. Abteilung Logopädie

	2010	2011	2012	2013
Logopädische Therapien: Anzahl Kinder	976	989	995	965
Logopädische Therapien: Anzahl Stunden	11 293	11 094	11 081	10 243
Abklärungen, Kontrollen und Reihenuntersuchungen: Anzahl Stunden	2 168	2 188	2 125	2 204
Reihenuntersuchungen in den Kindergärten: Anzahl Kinder, die logopädisch beurteilt wurden	2 409	2 446	2 439	2 566
Warteliste für Therapieplätze am Stichtag: Anzahl Kinder	140	160	124	86

Im Sinne einer Gleichstellung mit den übrigen Lehrpersonen sowie den IF-/IS-Lehrpersonen hatten ab August 2012 neu auch Logopädinnen und Logopäden wöchentlich 29 Lektionen Arbeit mit dem Kind bzw. therapeutische Tätigkeit zu leisten. Die frühere Regelung sah dafür 30 Lektionen vor. Seit diesem Zeitpunkt wird pro Vollzeitstelle auch eine Lektion für Besprechungsaufwand angerechnet (Gleichstellung mit dem Therapiepersonal im Bereich Psychomotorik).

2013 war das erste Jahr, in welchem diese Neuregelung während des ganzen Jahres bestand. Dies führte bei gleichbleibenden Pensen dazu, dass weniger Kinder behandelt werden konnten und die durchschnittliche Therapiedauer pro Kind etwas rückläufig war. Dies bei konstant hoher Nachfrage nach logopädischen Massnahmen.

Gleichzeitig stieg die Anzahl der Kinder, welche in den Reihenuntersuchungen in den Kindergärten kurz logopädisch beurteilt wurde, nach wie vor an. Dies durch die Einführung von weiteren Zweijahreskindergärten.

7. Schulentwicklung

Projekte:

Geleitete Volksschulen (GELVOS)

Gestützt auf die Ergebnisse der Evaluation des Systems GELVOS beauftragte der Erziehungsrat eine Projektgruppe mit der Ausarbeitung von Massnahmen zur Weiterentwicklung von GELVOS. Bericht und Antrag liegen vor.

Sekundarstufe I/Reform

Im Auftrag des Erziehungsrates erarbeitete eine Projektgruppe einen Reformbericht zur dreiteiligen und zur kooperativen Sekundarstufe I. Der Erziehungsrat nahm den Bericht und Antrag im November 2013 zur Kenntnis und bezeichnete Massnahmen, die in ein Vernehmlassungspapier aufzunehmen sind.

Schulrätekurs

94 der 270 Schulratsmitglieder (35%) besuchten den Schulrätekurs des Amtes für Volksschulen und Sport, der neben dem Einführungsabend sieben Module umfasste.

Kantonales Schulcontrolling

Der Bildungsdirektor beauftragte im April eine Projektgruppe mit der Überprüfung der strategischen Ausrichtung des kantonalen Schulcontrollings mit den Abteilungen Schulaufsicht und Schulevaluation. Bericht und Antrag sind in Arbeit.

8. Schulbauten

Die Subventionszahlungen betragen Fr. 884 809.–. Folgende Beiträge wurden ausgerichtet:

Objekt	Betrag
Gemeinde Schwyz	
2. Teilzahlung Neubau Doppelturnhalle Lücken	Fr. 253 580.–
Gemeinde Rothenthurm	
Sanierung und Erneuerung Spielplatz Primar	Fr. 7 000.–
Bezirk Einsiedeln	
1. Teilzahlung Neubau Schulhaus Euthal	Fr. 348 364.–
Gemeinde Steinen	
Schlusszahlung Sanierung/Erweiterung MZH	Fr. 94 387.–
Gemeinde Steinen	
Schlusszahlung Schulraumerweiterung	Fr. 181 478.–

Kommentar:

Effektive Ausgaben sind kleiner ausgefallen als budgetiert. Grund dafür war, dass aufgrund von Bauverzögerungen diverse Teilzahlungen im Folgejahr ausgelöst werden müssen.

9. Schülerzahlen

	2009/2010	2010/2011	2011/2012	2012/2013
Kindergarten	2 456	2 531	2 638	2 617
Primarstufe	9 778	9 589	9 285	9 164
Sekundarstufe I	4 781	4 705	4 550	4 526
Total	17 015	16 825	16 595	16 307

C. Heilpädagogisches Zentrum Innerschwyz

1. Jahresrückblick

Nach einer interimistischen Führung des HZI durch den Leiter der Stabsstelle Sonderpädagogik seit September 2012 trat am 1. August 2013 Barbara Ardizzone die Stelle als Gesamtleiterin des Heilpädagogischen Zentrums an. Das HZI unterrichtete im Schuljahr 2012/2013 95 (94) Schüler mit Behinderungen. Davon konnten 44 (43) Schüler in der Integrierten Sonderschule (IS HZ) in Regelklassen gefördert werden. Im September 2013 wurde im HZI eine Steuergruppe gegründet. Sie soll massgeblich die Schulentwicklung der nächsten Jahre mitgestalten.

2. Finanzen

In Fr. 1000.–	2013 V	2013 R	Abw.
Aufwand	5744	5180	-564
Ertrag	3122	3406	284
Globalbudget	2622		
Nachkredit	0		
Globalbudget inklusive NK	2622	1774	-848
Nettoinvestitionen	0		
Vollzeitstellen (FTE)	39.8	36.3	-3.5

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Geringerer Personalaufwand (aufgrund Nichtbeanspruchung von bewilligten Stellen) sowie höhere Bezirks- und Gemeindebeiträge führten dazu, dass der Globalkredit insgesamt um gut 0.8 Mio. Franken unterschritten werden konnte.

3. Projekte

○ Projektverlauf wie geplant ● Projektverlauf nicht wie geplant

Angebot im nachobligatorischen Bereich

Beginn August 2009/Ende Juli 2013

○ Erarbeitung eines Konzeptes für den nachobligatorischen Bereich (Berufsfundings- und/oder Berufsvorbereitungsjahr) in Zusammenarbeit mit Nachfolgeinstitutionen (z.B. BSZ).

Projektstand:

Anfangs Dezember 2012 wurde zwischen der BSZ Stiftung, dem Vorsteher des Amtes für Volksschulen und Sport sowie den Gesamtleitungen der heilpädagogischen Zentren eine Vereinbarung

über die Berufsvorbereitungstage unterzeichnet. In dem Papier sind Rahmenbedingungen wie auch das Konzept festgehalten. Die Zusammenarbeit wird mit der Planung eines gemeinsamen Elternabends weiter ausgebaut.

Interdisziplinäre förderdiagnostische Dokumentation IS
Beginn August 2012/Ende Juli 2013 ○
 Implementierung eines gemeinsamen förderdiagnostischen Instruments für die Heilpädagoginnen und Heilpädagogen sowie Therapeutinnen und Therapeuten in der integrierten Sonderschulung (IS) der heilpädagogischen Zentren.

Projektstand:
 Die Implementierung des förderdiagnostischen Instruments ist erfolgt und kommt sowohl im Bereich IS wie auch HZI intern zur Anwendung.

Raumlösungen HZI
Beginn Dezember 2007/Ende August 2017 ○
 Erstellung des Raumprogramms, Klärung Standortfrage, Projektierung und Umsetzung des Neu- oder Umbaus.

Projektstand:
 Nach Erstellung des Raumprogramms und der Klärung der Standortfrage konnte das Wettbewerbsverfahren ausgeschrieben werden. 36 Architekten nahmen an der Präqualifikation teil. Zwölf Teilnehmer wurden zum Wettbewerb eingeladen; die Teilnehmenden hatten bis zum 27. September die Möglichkeit, Fragen zum Programm und zur Aufgabenstellung einzureichen. Am 20. Dezember 2013 wurden 12 Projekte termingerecht eingereicht.

PG1: Tagesschule

Ziele

- Interdisziplinär koordinierte sonderpädagogische Bildung.
- Angemessene therapeutische Förderung.
- Angemessene, individuelle förderdiagnostische Bildung.
- Qualifizierte pädagogisch-therapeutische Förderung.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Jährliche schulische Standort- und Evaluationsgespräche für jede Schülerin und jeden Schüler durchgeführt	100%	100%	0%	○
Dokumentation der Therapieziele und Umfang für jede Schülerin und jeden Schüler erstellt	100%	100%	0%	○
Individualisierte Unterrichtsdokumentation für jede Schülerin und jeden Schüler laufend aktualisiert	100%	100%	0%	○
Anteil des pädagogisch/therapeutisch tätigen Personals mit def. Lehrbewilligung resp. Fachdiplom, gemessen an Stellenprozenten des Personals mit fachlicher Verantwortung für die päd.-therap. Förderung	>=70%	78%	8%	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

PG2: Integrierte Sonderschulung

Ziele

- Interdisziplinär koordinierte sonderpädagogische Bildung.
- Angemessene, individuelle förderdiagnostische Bildung.
- Qualifizierte pädagogisch-therapeutische Förderung.
- Guter fachlicher Support der in der integrierten Sonderschulung tätigen schulischen Heilpädagoginnen und Heilpädagogen.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Jährliche schulische Standort- und Evaluationsgespräche für jede Schülerin und jeden Schüler durchgeführt	100%	100%	0%	○
Förderdiagnostisches Journal für jede Schülerin und jeden Schüler laufend aktualisiert	100%	100%	0%	○
Anteil des pädagogisch/therapeutisch tätigen Personals mit def. Lehrbewilligung resp. in Ausbildung, gemessen an Stellenprozenten des Personals mit fachlicher Verantwortung für die Integrierte Sonderschulung	>=75%	89%	14%	○
Zufriedenheit der Heilpädagoginnen und Heilpädagogen gemäss Befragung (Skala 1 = sehr schlecht, 5 = sehr gut)	>4			●

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Im vergangenen Schuljahr wurde keine Erhebung mit Zahlenwerten im Bereich IS-Berufszufriedenheit durchgeführt. Individuelle Rückmeldungen lassen jedoch vermuten, dass sich die Zufriedenheit zwischen gut und sehr gut bewegt. Besonders geschätzt wurden die Impulstagungen des IS, in denen regelmässig aktuelle Themen und Anliegen thematisiert werden. Die Umfrage im 2013 bezog sich in erster Linie auf die interdisziplinäre Schülerdokumentation. Die meisten Lehrpersonen schätzen das Instrument vor allem zur Beobachtung der Kompassziele. Zudem erleichtert dieses auch erheblich das Verfassen von Schlussberichten.

D. Heilpädagogisches Zentrum Ausserschwyz

1. Jahresrückblick

Am HZA wurden 118 (115) Schülerinnen und Schüler mit einer geistigen, körperlichen oder mehrfachen Behinderung unterrichtet. Davon wurden 45 (45) in der integrierten Sonderschulung (IS HZ) in Regelschulklassen gefördert. Ab August konnten zwei Klassen der Anschlussstufe (Angebot im nachobligatorischen Bereich) neue Räumlichkeiten im 3. Stock des ehemaligen Real-schulhauses Leutschen in Freienbach beziehen. Zwei schulinterne Weiterbildungstage galten der Auseinandersetzung mit dem Thema: «Schulentwicklung – Qualität am HZA». Die Fachgruppe Elternzusammenarbeit, bestehend aus interessierten Eltern und Lehrpersonen, organisierte ihre erste Veranstaltung zum Thema Ernährung. Im Mai fand eine Projektwoche «Kunst macht Schule» statt.

2. Finanzen

In Fr. 1000.–	2013 V	2013 R	Abw.	
Aufwand	7296	7311	15	
Ertrag	3774	4615	841	
Globalbudget	3522			
Nachkredit	0			
Globalbudget inklusive NK	3522	2696	-826	○
Nettoinvestitionen	0			
Vollzeitstellen (FTE)	51.5	50.7	-0.8	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Eine zusätzliche Schülertransportroute führte ab August 2013 zu Mehrausgaben von Fr. 78 000.–. Rund die Hälfte davon wurde mit Einsparungen aus anderen Sachkonten wettgemacht. Der Mehrertrag von Fr. 841 449.– entstand dank der neuen Regelung der Gemeindebeiträge für die Sonderschulung, als Auswirkung des Massnahmenplans 2011, der durch den Kantonsrat im Juni 2012 (nach der Budgetierung) beschlossen wurde.

3. Projekte

○ Projektverlauf wie geplant ● Projektverlauf nicht wie geplant

*Angebot im nachobligatorischen Bereich
Beginn Dezember 2009/Ende Juli 2013*

Erarbeitung eines Konzeptes für den nachobligatorischen Bereich (Berufsfindungs- und/oder Berufsvorbereitungsjahr) in Zusammenarbeit mit Nachfolgeinstitutionen (z.B. BSZ, IV).

Projektstand:

Die interne Umsetzung des von Regierungsrat und Erziehungsrat beschlossenen Projektes wurde auf Sommer 2013 erfolgreich abgeschlossen. Gefässe und Instrumente sind schriftlich festgehalten und praktisch erprobt. Auf August verliessen 5 Schülerinnen und Schüler die Anschlussstufe. Drei traten in ein Berufsfindungsjahr in ein ausserkantonales Internatsheim über, ein Jugendlicher begann eine praktische Ausbildung im geschützten Bereich (BSZ Stiftung) und eine junge Erwachsene fand einen Arbeitsplatz in der Krea-Werkstatt (BSZ Stiftung).

Unterstützte Kommunikation

Beginn August 2012/Ende Juli 2013

Erstellen eines Leitfadens im Umgang mit der unterstützten Kommunikation (z.B. Gebärdensprache, Piktogramme, elektronische Hilfsmittel usw.)

Projektstand:

Der Projektabschluss ist erfolgt. Der durch die Gesamtleitung genehmigte Leitfaden ist eingeführt, und es wird danach gearbeitet.

PG1: Tagesschule

Ziele

- Interdisziplinär koordinierte sonderpädagogische Bildung.
- Angemessene therapeutische Förderung.
- Angemessene, individuelle förderdiagnostische Bildung.
- Qualifizierte pädagogisch-therapeutische Förderung.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Jährliche schulische Standort- und Evaluationsgespräche für jede Schülerin und jeden Schüler durchgeführt	100%	100%	0%	○
Dokumentation der Therapieziele und Umfang für jede Schülerin und jeden Schüler erstellt	100%	100%	0%	○
Individualisierte Unterrichtsdokumentation für jede Schülerin und jeden Schüler laufend aktualisiert	100%	100%	0%	○
Anteil des pädagogisch/therapeutisch tätigen Personals mit def. Lehrbewilligung resp. Fachdiplom, gemessen an Stellenprozenten des Personals mit fachlicher Verantwortung für die päd.-therap. Förderung	>=70%	91.4%	21.4%	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

PG2: Integrierte Sonderschulung

Ziele

- Interdisziplinär koordinierte sonderpädagogische Bildung.
- Angemessene, individuelle förderdiagnostische Bildung.
- Qualifizierte pädagogisch-therapeutische Förderung.
- Guter fachlicher Support der in der integrierten Sonderschulung tätigen schulischen Heilpädagoginnen und Heilpädagogen.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Jährliche schulische Standort- und Evaluationsgespräche für jede Schülerin und jeden Schüler durchgeführt	100%	100%	0%	○
Förderdiagnostisches Journal für jede Schülerin und jeden Schüler laufend aktualisiert	100%	100%	0%	○
Anteil des pädagogisch/therapeutisch tätigen Personals mit def. Lehrbewilligung resp. in Ausbildung, gemessen an Stellenprozenten des Personals mit fachlicher Verantwortung für die Integrierte Sonderschulung	>=75%	80.7%	5.7%	○
Zufriedenheit der Heilpädagoginnen und Heilpädagogen gemäss Befragung (Skala 1 = sehr schlecht, 5 = sehr gut)	>4	4.5	0.5	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

E. Amt für Mittel- und Hochschulen

1. Jahresrückblick

Im Bereich Mittelschulen wurden die Voraussetzungen geschaffen für eine Erweiterung des Fachmittelschulangebots im Berufsfeld Pädagogik (Kantonsschule Ausserschwyz). Weiter konnten erstmals zweisprachige Maturitäten an der Kantonsschule Kollegium Schwyz (KKS) abgegeben werden. Im Auftrag des Erziehungsrats wurde die KKS einer externen Evaluation durch das Institut für Externe Schulevaluation (IFES) unterzogen. Das Resultat der Überprüfung des schulinternen Qualitätssystems war mehrheitlich positiv. Die Evaluation zeigte aber auch Optimierungspotenzial in einigen Bereichen auf, und es wurden Handlungsempfehlungen gemacht. Während an den Gymnasien die Schülerzahlen insgesamt konstant blieben, gab es bei der Fachmittelschule einen leichten Zuwachs.

Im Bereich Hochschulen trat anfangs August 2013 das kantonale Hochschulgesetz in Kraft. Damit konnte die Pädagogische Hochschule Schwyz im September 2013 ihren Studienbetrieb plangemäss aufnehmen, gestützt auf den vom Regierungsrat erlassenen Leistungsauftrag im Jahr 2013. Für die Jahre 2014–2015 hat der Kantonsrat den entsprechenden Leistungsauftrag des Regierungsrates genehmigt. Das Konkordat über die Pädagogische Hochschule Zentralschweiz (PHZ) und der entsprechende Studienbetrieb wurden per 31. Juli 2013 aufgelöst. Für die Hochschule Luzern – Fachhochschule Zentralschweiz hat der Konkordatsrat den Leistungsauftrag 2013 bis 2015 beschlossen; er wurde von allen Zentralschweizer Parlamenten zur Kenntnis genommen.

2. Finanzen

In Fr. 1000.–	2013 V	2013 R	Abw.	
Aufwand	52 970	53 227	257	
Ertrag	64	1 304	1 240	
Globalbudget	52 906			
Nachkredit	208			
Globalbudget inklusive NK	53 114	51 923	-1 191	○
Nettoinvestitionen	0			
Vollzeitstellen (FTE)	3.0	3.0	0	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Das Ergebnis des Globalbudgets wird verfälscht durch den einmaligen und unerwarteten Sondereffekt, welcher entstand durch

die Auflösung und Rückerstattung eines Kontokorrent-Guthabens der PHZ Schwyz im Umfang von rund 1.24 Mio. Franken. Dieses Kontokorrent zwischen der Finanzverwaltung und der PHZ Schwyz wurde über Jahre geäufnet mit der positiven Differenz zwischen den budgetierten und den effektiv verbuchten Beträgen der Ergänzungspauschalen an die PHZ Schwyz. Nach der Auflösung der PHZ Schwyz wurde es aufgelöst. Mit dem Globalbudget des Amtes hat dieser Betrag nur indirekt etwas zu tun.

3. Projekte

○ Projektverlauf wie geplant ● Projektverlauf nicht wie geplant

Gesetzliche Grundlagen für die PH Schwyz

Beginn März 2011/Ende Dezember 2013 ○

Aufgrund der zustimmenden Genehmigung des Berichts «Zukunft der Lehrerinnen- und Lehrerbildung im Kanton Schwyz» wurde der Regierungsrat beauftragt, die gesetzlichen Grundlagen für den Betrieb einer eigenständigen Pädagogischen Hochschule ab August 2013 zu erarbeiten.

Projektstand:

Sämtliche Vorbereitungsarbeiten (gesetzliche Grundlagen, Vollzugserlasse, Organisations- und Studienreglemente, Planung des ersten Studienjahres, Überführung des Personals, Corporate Identity usw.) konnten unter grossem Einsatz der Schulleitung und des Hochschulrates fristgerecht abgeschlossen werden. Im Rahmen einer Eröffnungsfeier am 9. September 2013 wurde die Pädagogische Hochschule Schwyz (PHSZ) offiziell eröffnet, und der Studienbetrieb wurde aufgenommen. Das Projekt konnte somit erfolgreich abgeschlossen werden.

Optimierung der Schnittstelle Sek. I – Sek. II

Beginn Oktober 2010/Ende Dezember 2013 ○

Zwischen den Lehrpersonen der Sekundarstufe I und denjenigen der Sekundarstufe II soll ein verstärkter Kontakt geschaffen werden, um gegenseitige Kenntnisse und Erwartungen aufeinander abzustimmen.

Projektstand:

Die Arbeit konzentrierte sich auf die Beschäftigung mit der Konsultation zum Lehrplan 21. Das Projekt konnte abgeschlossen werden.

Fachmittelschul-Angebot

Beginn Juni 2012/Ende Juni 2013 ○

Mittels Bedürfnis- und Kostenanalyse sollen zuhanden Erziehungsrat und Regierungsrat die Grundlagen für einen Entscheid erarbeitet werden, ob das bisher ausschliesslich am Theresianum

Ingenbohl geführte Angebot künftig auch an der Kantonsschule Ausserschwyz (KSA) geführt werden soll.

Projektstand:

Die in Zusammenarbeit der Schulleitung der KSA sowie des AMH gemachten Erhebungen und Abklärungen ergaben, dass ein klares Bedürfnis und Potenzial für die Einführung einer Fachmittelschulabteilung (FMS) im Berufsfeld Pädagogik besteht. Insgesamt werden für den Kanton gar Minderkosten erwartet, nicht zuletzt auch deshalb, weil Schulgeldabkommen im Bereich der FMS aufgelöst werden können. Gestützt auf die erarbeiteten Entscheidungsgrundlagen hat der Regierungsrat im Juli 2013 den Grundsatzentscheid gefällt, an der KSA eine FMS-Abteilung im Berufsfeld Pädagogik aufzubauen. Im November 2013 hat der Erziehungsrat das notwendige Schulkonzept erlassen.

PG1: Mittelschulen

Ziele

- Die Qualität an den Mittelschulen wird sowohl auf Ebene der Schulen wie auch schulübergreifend evaluiert und optimiert.
- Sachgerechte Koordination, Organisation und Durchführung der Abschlussprüfungen an den Mittelschulen.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Von allen Mittelschulen liegen Berichte über die schulinternen Qualitätsentwicklungen vor. Prozentsatz des Vorliegens der Berichte	100%	100%	0%	○
Prozentsatz unbeanstandeter Zeugnisse und Duplikate	>95%	99.8%	4.8%	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

PG2: Hochschulen

Ziele

- Mitberichte und Entscheidungsgrundlagen werden termingerecht erstellt.
- Finanzielle Sicherung der Studiengänge für die Studierenden und Kontrolle der Abrechnungen.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Anteil termingerecht erstellter Unterlagen	100%	100%	0%	○
Anteil der Beitragszahlungen (innert zwei Monaten)	100%	100%	0%	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

4. Schülerzahlen der Mittelschulen im Schuljahr 2013/14

	Kantonale Mittelschulen			Private Mittelschulen			Total
	Kantonsschule Kollegium Schwyz	Kantonsschule Ausserschwyz	Zwischentotal	Stiftsschule Einsiedeln*	Gymnasium Immensee*	Theresianum Ingenbohl	
Kanton Schwyz	312	466	778	311	143	314	1546
andere Kantone	–	54	54	32	206	47	339
Ausland	3	–	3	–	–	–	3
Total Schüler/-innen	315	520	835	343	349	361	1888
Schuljahr 2012/2013	331	499	830	338	350	353	1864

* inklusive Untergymnasium

5. Maturitäts- und Fachmittelschulabschlüsse 2013

Schulen	Herkunft	Matura	FMS			FM Soz	FM Ges	FMP	kaufm. BM	Total
			Erziehung + Pädagogik	Gestalten + Kunst	Gesundheit + Soziales	Soziale Arbeit	Gesundheit	Pädagogik		
Stiftsschule	Total	60								60
Einsiedeln	davon Schwyzer	51								51
	davon Frauen	37								37
Gymnasium	Total	68								68
Immensee	davon Schwyzer	36								36
	davon Frauen	36								36
Theresianum	Total	36	21	1	25	4	5	28		120
Ingenbohl	davon Schwyzer	32	19	1	21	3	4	21		101
	davon Frauen	36	15	1	23	4	5	25		109
Kantonsschule	Total	101								101
Ausserschwyz	davon Schwyzer	94								94
	davon Frauen	57								57
Kantonsschule	Total	72							25	97
Schwyz	davon Schwyzer	72							19	91
	davon Frauen	35							12	47
Gesamttotal	Gesamttotal	337	21	1	25	4	5	28	25	446
	davon Schwyzer	285	19	1	21	3	4	21	19	373
	davon Frauen	201	15	1	23	4	5	25	12	286
Vorjahr	Total	361		43		5	0	20	16	445
	Schwyzer	297		31		4	0	15	14	361

6. Schwyzer Studierende an den universitären Hochschulen

Im Studienjahr 2012/2013 waren 1480 (1429) Studierende aus dem Kanton Schwyz in einem Bachelor-, Master-, Liz./Diplom-, Doktorats- oder Weiterbildungsstudium an einer Universität oder einer Eidgenössischen Technischen Hochschule (ETH) immatrikuliert, nämlich 714 (687) Schwyzerinnen und 766 (742) Schwyzer.

Universitäre Hochschule (Studienjahr 2012/2013)	Anzahl Studierende
– Universität Zürich	655 (634)
– Universität St. Gallen	132 (138)
– Universität Bern	121 (99)
– Universität Luzern	100 (100)
– Universität Basel	73 (69)
– Universität Freiburg	72 (75)
– Université de Genève	11 (8)
– Université de Lausanne	7 (11)
– Università della Svizzera italiana	<5 (<5)
– Université de Neuchâtel	<5 (<5)
– Eidg. Technische Hochschule (ETH) Zürich	297 (277)
– Ecole polytechnique fédérale (EPF) de Lausanne	<5 (<5)
– Andere universitäre Institutionen	8 (9)

Der Kanton Schwyz zahlte den Universitätskantonen gemäss interkantonaler Universitätsvereinbarung für 916 (905) Studierende (exklusive Studierende der ETH Zürich und EPF Lausanne; exklusive Langzeitstudierende, Doktoranden und Studierende in einem Weiterbildungsstudium) Beiträge in der Höhe von rund 13.4 Mio. Franken.

Zur Stiftung Universitäre Fernstudien Schweiz (FS-CH) mit Sitz in Brig gehört auch das Studienzentrum Pfäffikon. Im Berichtsjahr hat der Kanton die Fernstudienorganisation mit Fr. 80 000.– aus

dem Lotteriefonds unterstützt. Die diesjährige Diplomfeier von FS-CH fand im November 2013 im Kanton Schwyz in Pfäffikon statt.

Die Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) hat das neue Hochschulkonkordat, das die Koordination des gesamten Hochschulbereichs ermöglichen soll, verabschiedet und zur Ratifizierung in die kantonalen Beitrittsverfahren gegeben.

7. Schwyzer Studierende an den Fachhochschulen; Mitträgerschaft

Im Studienjahr 2012/2013 waren 1225 (1145) Studierende aus dem Kanton Schwyz in einem Bachelor-, Master-, Diplom- oder Weiterbildungsstudium an einer Fachhochschule immatrikuliert, nämlich 630 (590) Schwyzerinnen und 595 (555) Schwyzer.

Fachhochschule (Studienjahr 2012/2013)	Anzahl Studierende
– Zürcher Fachhochschule (inklusive Pädagogische Hochschule Zürich)	324 (291)
– Hochschule Luzern – Fachhochschule Zentralschweiz (exklusive Pädagogische Hochschule Zentralschweiz)	232 (223)
– Fachhochschule Ostschweiz	149 (148)
– Fachhochschule Nordwestschweiz	53 (49)
– Berner Fachhochschule	33 (32)
– Scuola Universitaria Professionale della Svizzera italiana	28 (24)
– Haute école spécialisée de Suisse occidentale	6 (9)
– Private Fachhochschulen (z.B. Kalaidos Fachhochschule)	36 (28)
– Andere Pädagogische Hochschulen davon an der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz	315 (287)
– davon an der Interkantonalen Hochschule für Heilpädagogik Zürich	28 (33)

Der Kanton Schwyz zahlte den Fachhochschulen (inklusive Pädagogische Hochschulen) als Konkordatskanton/Trägerkanton oder gemäss interkantonaler Fachhochschulvereinbarung für 1160 (1107) Studierende (exklusive Studierende in einem Weiterbildungsstudium und Studierende an privaten Fachhochschulen) Beiträge in der Höhe von rund 26.4 Mio. Franken.

Hochschule Luzern (HSLU) – Fachhochschule Zentralschweiz (FHZ)

Der Kanton Schwyz gehört zu den Konkordatskantonen der Hochschule Luzern – Fachhochschule Zentralschweiz. Aufgrund der Zentralschweizer Fachhochschulvereinbarung (ZFHV), die am 1. Januar 2013 in Kraft getreten ist, haben die Konkordatskantone der Hochschule einen Leitungsauftrag für die Jahre 2013–2015 gegeben. Im Berichtsjahr hat der Konkordatsrat ein neues Departement Informatik beschlossen.

Hochschule Rapperswil (HSR)

Der Kanton Schwyz ist einer der Trägerkantone der Hochschule Rapperswil (Teilschule der Fachhochschule Ostschweiz). Die Vereinbarungskantone haben an einer neuen Trägerschaftsvereinbarung für die Hochschule Rapperswil weitergearbeitet. Der Fachhochschulrat der Fachhochschule Ostschweiz (FHO) hat im Berichtsjahr den neuen Studiengang Wirtschaftsingenieur beschlossen.

8. Auflösung Konkordat Pädagogische Hochschule Zentralschweiz (PHZ)

Gestützt auf die Vereinbarung der Zentralschweizer Kantone zur Aufhebung des Konkordats über die Pädagogische Hochschule Zentralschweiz (PHZ) vom 10. Februar 2011, welcher der Kanton Schwyz mit Beschluss vom 18. Mai 2011 zugestimmt hat, hat der Konkordatsrat der PHZ am 4. Juli 2013 die Auflösung der PHZ per 31. Juli 2013 beschlossen und vollzogen. Das PHZ-Konkordat war während rund zehn Jahren die Rechtsgrundlage für die gemeinsame Ausbildung der Lehrerinnen- und Lehrerbildung in der Zentralschweiz an den Standorten Luzern, Zug und Goldau.

In einem aufwändigen Prozess unter Führung des Konkordatsrats wurden im Zeitraum von Beginn 2011 bis im Sommer 2013 die Weichen gestellt für eine sorgfältige Auflösung der PHZ und einen nahtlosen Übergang zu den eigenständigen pädagogischen Hochschulen Luzern, Schwyz und Zug. Der Konkordatsrat stellt befriedigt fest, dass der Auflösungsprozess in geordneten Bahnen erfolgte und alle notwendigen Fragen geklärt werden konnten. Insbesondere ist für alle Studierenden gewährleistet, dass sie ihr Studium an einer der drei Hochschulen fortsetzen können. Ohne das kooperative Verhalten aller Kantone und der Mitglieder der PHZ-Direktionskonferenz wäre ein so konstruktiver Auflösungsprozess nicht möglich gewesen.

Noch nicht abgeschlossen werden konnte die Schlussrechnung der PHZ. Zuständig dafür sind einerseits, anstelle des nicht mehr existierenden Konkordatsrats, die Bildungsdirektorenkonferenz Zentralschweiz (BKZ), deren Mitglieder mit dem ehemaligen Konkordatsrat identisch sind, sowie andererseits die einzelnen Kantonsregierungen.

Entwicklung der Studierendenzahlen

	2013	SZ	2012	SZ	2011	SZ	2010	SZ	2009	SZ	2008	SZ
Neu eintretende Studierende	105	65	98	65	81	58	72	36	63	37	74	43
Total der Studierenden	277	182	246	157	208	126	196	118	163	106	162	100

SZ = davon Studierende aus dem Kanton Schwyz

9. Pädagogische Hochschule Schwyz (PHSZ)

Das Berichtsjahr stand für die Pädagogische Hochschule Schwyz (PHSZ) im Zeichen des Umbruchs. Mit der Auflösung des PHZ-Konkordats per 31. Juli 2013 wurden aus den drei Teilschulen der PHZ drei eigenständige Hochschulen in jeweils kantonaler Trägerschaft. Die PHSZ nutzte den Umbruch als Chance, um Bewährtes weiterzuentwickeln und mit Neuerungen die Weichen für das nächste Kapitel einer qualitätsvollen Lehrerinnen- und Lehrerbildung im Kanton Schwyz zu stellen.

Auf der Ebene der gesamten Hochschule wurden verschiedene Prozesse und Strukturen überprüft und angepasst. Die grösste Herausforderung bestand darin, die Abläufe und Entscheidungsprozesse so weit zu formalisieren, dass sie der Qualität nach innen (operative Führung der Hochschule) und nach aussen (Akkreditierung) genügen, ohne dabei die Flexibilität und die unbürokratische Bearbeitung anstehender Fragen zu gefährden. Per 1. Januar 2013 nahm der Hochschulrat als strategisches Führungsorgan der PHSZ seine Arbeit auf und legte die Leitplanken der Entwicklung für die PHSZ der nächsten drei Jahre fest.

In der Ausbildung wurde im Studienjahr 2013/2014 ein neuer Studienplan eingeführt. Als bedeutsamste Neuerung ist zu vermerken, dass Primarlehrpersonen an der PHSZ neu für die gesamte Fächerbreite ausgebildet werden. Sowohl für den Bachelor-Studiengang Kindergarten-Unterstufe (KG und Klassenstufe 1 bis 2) als auch Primarstufe (Klassenstufen 1 bis 6) gilt zudem, dass der Anteil der Praxis erhöht und die stufenübergreifenden Ausbildungsanteile verstärkt wurden. Das neue Konzept fand nicht nur bei den Schulleitungen, sondern auch bei Studierenden grossen Anklang. So konnte im Studienjahr 2013/2014 ein weiterer Anmelderekord vermerkt werden (vgl. unten stehende Tab.). Die PHSZ hat aber auch weiterhin die wichtige Aufgabe, die Studierenden mit dem bisherigen Studienplan erfolgreich zu ihrem Abschluss zu führen. 2013 konnten 44 Lehrdiplome für die Primarstufe und sechs Lehrdiplome für die Kindergarten-Unterstufe überreicht werden.

Mit dem Start in die Eigenständigkeit wurde der Bereich Forschung + Entwicklung (F+E) an der PHSZ gestärkt. Neben dem renommierten Institut für Medien und Schule wurde neu der Aufbau eines Forschungsprogrammes «Weiterbildung und Personalentwicklung» beschlossen. In einem dritten, offenen Forschungsbereich können zudem Dozierende qualitativ hoch stehende Forschungsvorhaben eingeben, die sich mit zentralen Fragen der Lehrerinnen- und Lehrerbildung beschäftigen. Mit diesen drei Eckpfeilern trägt F+E zu einer gewinnbringenden Verbindung von Lehre und Forschung bei und positioniert die PHSZ als Hochschule im kantonalen, nationalen und internationalen Kontext.

Im Zeichen des Umbruchs standen auch die Arbeiten im Bereich Weiterbildung + Dienstleistungen (W+D). Einerseits galt es, das breite und bedarfsorientierte Weiterbildungsprogramm für Lehrpersonen und Schulen des Kantons Schwyz auf hohem Niveau zu konsolidieren. Andererseits wurden Konzepte erstellt, die sich auf die Zusammenlegung von Weiterbildung, Beratung sowie Information und Dokumentation bezogen. Im Jahr 2013 wurden

zudem die Grundlagen erarbeitet, um künftig mit neuen Angeboten, wie beispielsweise die Aus- und Weiterbildung von Schulleitungen oder die Fachberatungen, weitere Synergien für eine hochstehende Lehrerinnen- und Lehrerbildung im Kanton Schwyz zu erzielen.

F. Kantonsschule Kollegium Schwyz

1. Jahresrückblick

Auf das Schuljahr 2013/2014 gab es mit einer neuen Rektorin und einem neuen Prorektor Wechsel in der Schulleitung. Die neue Schulleitung hat am 1. August 2013 ihre Arbeit aufgenommen, der Übergang ist reibungslos verlaufen. Die externe Evaluation des Qualitätssystems durch das Institut für Externe Schulevaluation auf der Sekundarstufe II (IFES) ist im Frühsommer durchgeführt worden. Der Erziehungsrat hat den Bericht zur Kenntnis genommen und die Umsetzung der Handlungsempfehlungen priorisiert. Die KKS hat in Zusammenarbeit mit dem Bezirk Schwyz eine nationale Energie-Auszeichnung für Schulen initiiert und stellt sich als Pilotschule zur Verfügung.

2. Finanzen

In Fr. 1000.–	2013 V	2013 R	Abw.	
Aufwand	10 242	10 120	-122	
Ertrag	1 880	1 853	-27	
Globalbudget	8 362			
Nachkredit	0			
Globalbudget inklusive NK	8 362	8 268	-94	○
Nettoinvestitionen	0			
Vollzeitstellen (FTE)	60.8	61.3	0.5	●

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Beim temporären Lehrpersonal fallen mehrere grössere Stellvertretungen infolge Krankheit ins Gewicht. Daraus resultiert eine Steigerung um 0.3 FTE, eine weitere um 0.2 FTE aus einer leichten Zunahme der Schülerzahl im Instrumentalunterricht. Ungeachtet dessen konnte das Globalbudget eingehalten werden.

3. Projekte

○ Projektverlauf wie geplant ● Projektverlauf nicht wie geplant

Umsetzung eines Qualitätssystems

Beginn September 2010/Ende Juli 2013 ○

Überarbeitung des vorhandenen Qualitätssystems und Anpassung in ein System gemäss kantonalem Qualitätskonzept.

Projektstand:

Das Projekt wurde im August mit einer Evaluation durch das IFES abgeschlossen. Die Anpassungen werden in den beiden folgenden Jahren vorgenommen.

Bilinguale Matura

Beginn Januar 2007/Ende Juli 2013 ○

Umsetzung des vom Erziehungsrat genehmigten Konzepts beim ersten Klassenzug. Fortlaufende Einführung in jedem Jahrgang ab August 2010.

Projektstand:

Der erste Klassenzug hat 2013 erfolgreich die Matura abgelegt, das Projekt «Bilinguale Matura» konnte damit termingerecht abgeschlossen werden.

Neue Handelsmittelschule

Beginn August 2009/Ende Juli 2014 ○

Umsetzung des nach Bildungsgesetzgebung umgestalteten Lehrgangs beim ersten Klassenzug. Fortlaufende Einführung in jedem Jahrgang ab August 2010. Anerkennung des Lehrgangs.

Projektstand:

Der erste Klassenzug hat 2013 den schulischen Teil des Qualifikationsverfahrens abgelegt. Seit August 2013 findet nun das Langzeitpraktikum statt, und im Sommer 2014 werden die ersten eidgenössischen Fähigkeitszeugnisse erteilt.

Strategische Informatik Planung (SIP)

Beginn Juli 2010/Ende Juli 2014 ○

Mehrheitliches Outsourcing des Supports der Informatikeinrichtungen. Ausschreibung und Neudefinition der Aufgaben.

Projektstand:

Das Projekt SIP wurde im Zusammenhang mit der übergeordneten Informatikstrategie Sek II abgeschlossen. Ein erster Teil der Umsetzung ist auf Sommer 2014 vorgesehen.

PG1: Ausbildung

Ziele

- Erfolgreicher Abschluss des Gymnasiums.
- Erfolgreicher Abschluss der Handelsmittelschule.
- Erfolgreicher Abschluss der Berufsmatura.
- Die KKS vermittelt einen anspruchsvollen Unterricht und schafft ein leistungsorientiertes und persönlichkeitsförderndes Lernumfeld.
- Sinnvolle und kostenverträgliche Führung der Freikursangebote.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Anteil der bestandenen Maturitätsprüfungen	90%	100%	10%	○
Anteil der bestandenen Prüfungen für den schulischen Teil des Qualifikationsverfahrens zum eidgenössischen Fähigkeitszeugnis Kauffrau/Kaufmann	80%	90.5%	10.5%	○
Anteil der bestandenen Berufsmaturaprüfungen	90%	100%	10%	○
Anteil der Schülerschaft, die den Fachunterricht und die pädagogische Betreuung mit «sehr gut» / «gut» bewertet (Stichprobe)	>70%	85%	15%	○
Durchschnittliche Auslastung der Freikurse (Anzahl Schülerinnen und Schüler)	10	11	1	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Alle Schülerinnen und Schüler des Gymnasiums haben die Maturitätsprüfungen erfolgreich absolviert. Mehr als 90% der Schülerinnen und Schüler der Handelsmittelschule (HMS) haben das schulische Qualifikationsverfahren erfolgreich absolviert. Alle Kandidatinnen und Kandidaten haben die Berufsmaturität bestanden. 110 Schülerinnen und Schüler (30%) besuchten 10 Freikurse. Die durchschnittliche Auslastung konnte somit eingehalten werden.

PG2: Betrieb/Infrastruktur

Ziele

- Die KKS verfügt über Räumlichkeiten und Einrichtungen, die ein positives Lern- und Arbeitsklima fördern (exkl. Informatik, s. Projekte).
- Hohe Zufriedenheit der Leistungseinkäufer im Bereich Raumpflege (kantonale Verwaltung, KBS).
- Nutzer von Sportanlagen/Aula/Foyer/Kirche sind mit der Infrastruktur zufrieden.
- Kostenoptimierter Betrieb der Mensa.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Stichprobenweise Befragung der Studierenden und der Lehrpersonen, Anteil positiver Antworten («sehr gut»/«gut»)	>70%	96%	26%	○
Anteil der Leistungseinkäufer, die die Raumpflege mit «sehr gut»/«gut» bewerten (Stichprobe)	>80%	100%	20%	○
Maximalzahl der Reklamationen	3	0	-3	○
Deckungsbeitrag der Mensa (Personal und Lebensmittel)	90%	85.4%	-4.6%	●

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Die Sanierung der KKS ist zur hohen Zufriedenheit der Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrpersonen ausgefallen, die Zufriedenheit mit der Infrastruktur ist sehr hoch. Alle Leistungsempfänger im Bereich Raumpflege und vermietete Anlagen und Räume sind sehr zufrieden. Der Deckungsbeitrag in der Mensa ist gegenüber dem Vorjahr gesunken. Dies ist unter anderem auf zu tiefe Menüpreise für Dritte zurückzuführen.

G. Kantonsschule Auserschwyz

1. Jahresrückblick

Die Umgestaltung des Schulkonzepts der KSA in eine Schule mit zwei Profilen, die Einführung der bilingualen Maturität sowie die Vorbereitungsarbeiten für die Einführung einer Fachmittelschulabteilung ab Schuljahr 2014/2015 standen im Zentrum der Arbeiten im Ausbildungsbereich. Sanierungsarbeiten und Notmassnahmen im Bereich der Statik, des Chemielabors sowie der Luftqualität stellten eine Herausforderung im baulichen Bereich dar.

2. Finanzen

In Fr. 1000.–	2013 V	2013 R	Abw.	
Aufwand	13 310	12 936	-374	
Ertrag	2 102	2 192	90	
Globalbudget	11 208			
Nachkredit	0			
Globalbudget inklusive NK	11 208	10 744	-464	○
Nettoinvestitionen	0			
Vollzeitstellen (FTE)	73.8	72.3	-1.5	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Der nicht vollumfänglich ausgeschöpfte Personaletat sowie etwas höhere Erträge (mehr ausserkantonale Schüler) haben dazu geführt, dass das Globalbudget um knapp 0.5 Mio. Franken nicht ausgeschöpft werden musste.

3. Projekte

○ Projektverlauf wie geplant ● Projektverlauf nicht wie geplant

Aufbau eines Qualitätssystems

Beginn August 2007/Ende Dezember 2016 ○
Erarbeitung und Umsetzung eines Qualitätssystems und Hinführung zur Zertifizierung.

Projektstand:

Das Qualitätssystem wird an der Schule erfolgreich umgesetzt. Im Jahr 2015 soll die Schule einer externen Überprüfung bzw. Evaluation unterzogen werden.

Profil 2012 mit bilingualer Maturität

Beginn August 2008/Ende Juli 2016 ○
Erarbeitung eines Konzepts für die Einführung der bilingualen Maturität (Deutsch/Englisch) und Verstärkung der naturwissenschaftlichen Fächer unter dem Titel «Profil 2012».

Projektstand:

Die Einführung erfolgte ab Schuljahr 2012/2013. Die Profilklassen sowie die bilinguale Maturität sind jetzt im zweiten Schuljahr. Die rollende Einführung erfolgt planmässig.

Gebäudesanierungen/Neubau Mensa

Beginn März 2009/Ende Juli 2020 ○
In Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt Planung und Konzeption der Totalsanierung aller Gebäude an den beiden Standorten Pfäffikon und Nuolen sowie des Mensaneubaus (vorbehältlich der Zustimmung durch den Souverän).

Projektstand:

Für den Standort Pfäffikon wird eine Machbarkeitsstudie erstellt. Am Standort Nuolen werden die Gebäude einer Zustandsanalyse unterzogen. Das Raumprogramm von 2009 wird überarbeitet und aktualisiert.

PG1: Ausbildung

Ziele

- Erfolgreiches Abschiessen der gymnasialen Maturität.
- Die KSA vermittelt einen anspruchsvollen Unterricht und schafft ein leistungsorientiertes und persönlichkeitsförderndes Lernumfeld.
- Sinnvolle und kostenverträgliche Führung des Freifächerangebots.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Anteil erfolgreich bestandener Maturitätsprüfungen	90%	100%	10%	○
Anteil der Schülerschaft, die den Fachunterricht und die pädagogische Betreuung mit «sehr gut»/«gut» bewertet	80%	80.5%	0.5%	○
Durchschnittliche Auslastung der Freifächer (Anzahl Schülerinnen und Schüler)	10	16.5	6.5	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

PG2: Betrieb/Infrastruktur

Ziele

- Zur Verfügungstellung von lernfördernden Räumlichkeiten und Einrichtungen.
- Zufriedenheit der Nutzer von Sportanlagen.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Anteil der Lehrpersonen und Schülerschaft, die die Räumlichkeiten mit «sehr gut»/«gut» bewerten	80%	60%	20%	●
Anteil der Betriebskommission, die die Sportanlagen mit «sehr gut»/«gut» bewertet	80%	81.5%	1.5%	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Die Zielvorgabe, dass 80% der Lehrerschaft und Schülerschaft die Räumlichkeiten mit «sehr gut» und «gut» bewerten, wurde mit 60% nicht erfüllt. Dies ist dennoch eine klare Verbesserung gegenüber dem Vorjahr, lagen doch die damaligen Werte bei geringen 20%. Die Verbesserung ist auf die umgesetzten Massnahmen bei der Infrastruktur wie Spinds, Ersatzbeschaffung der 36-jährigen Stühle, Arbeitsraum Schülerschaft, Schallsanierung der Sporthalle usw. zurückzuführen.

H. Amt für Berufsbildung

1. Jahresrückblick

Die Lehrstellensituation war im Berichtsjahr stabil. Heute bekunden eher die Betriebe Mühe, ihre Ausbildungsplätze mit qualifizierten Jugendlichen zu besetzen. Eine Arbeitsgruppe plante für 2014 mehrere Aktivitäten zur Förderung von leistungsstarken Jugendlichen. Das Projekt wird vom Kantonalen Schweizerischen Gewerbeverband, vom Handels- und Industrieverein, vom Amt für Berufsbildung sowie vom Amt für Arbeit getragen. Die Zahl der Berufsreformen hat abgenommen. Die meisten Berufe sind dem Berufsbildungsgesetz entsprechend angepasst. Mit dem Beschluss zur Schulortzuteilung werden bis in fünf Jahren rund 200 Schwyzer Lernende mehr am Berufsbildungszentrum Pfäffikon ausgebildet. Immer mehr Studierende nutzen das reiche ausserkantonale Angebot der höheren Berufsbildung. Es wurde entschieden, das Case Management Berufsbildung (CMBB) aus Kostengründen nicht mehr weiterzuführen.

2. Finanzen

In Fr. 1000.–	2013 V	2013 R	Abw.	
Aufwand	26 610	26 892	282	
Ertrag	11 347	11 936	589	
Globalbudget	15 263			
Nachkredit	200			
Globalbudget inklusive NK	15 463	14 956	-507	○
Nettoinvestitionen	0			
Vollzeitstellen (FTE)	11.8	11.8	0	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Das Globalbudget konnte unterschritten werden. Der eingereichte Nachkredit von Fr. 200 000.– musste somit nicht beansprucht werden. Mehrausgaben entstanden mit Fr. 1 112 783.– bei den

Beiträgen an die höhere Berufsbildung. Ein weiterer Anstieg von Studierenden war vor allem bei den Gesundheitsberufen, bei Berufen von Gastgewerbe/Hotellerie und bei Vollzeit-Berufsmaturitäten zu verzeichnen. Zudem waren Tarifierungen in einigen Gesundheitslehrgängen zu verzeichnen. Um Fr. 84 124.– höher fielen auch die Kosten für die ausserkantonalen Lehrabschlussprüfungen aus. Die Bundespauschale fiel dank weiter steigenden Lernendenzahlen um Fr. 552 770.– höher aus als veranschlagt. Aufgrund der neuen Schulortzuteilung konnten die Beiträge für den Besuch der ausserkantonalen Berufsfachschulen um Fr. 160 599.– unterschritten werden. Wie im Vorjahr war bei den Stipendien ein Rückgang der eingereichten und bewilligten Gesuche zu verzeichnen. Die Minderausgaben beliefen sich auf Fr. 514 189.–.

3. Projekte

○ Projektverlauf wie geplant ● Projektverlauf nicht wie geplant

Case Management (CM)

Beginn Januar 2009/Ende Dezember 2013 ●

Umsetzung des CM-Konzepts gemäss Bundesvorgaben, insbesondere Koordination der verschiedenen Aktivitäten zur Förderung des Übertritts in die Sekundarstufe II und zur Unterstützung bei Lehrabbrüchen.

Projektstand:

Case Management Berufsbildung (CMBB) ist ein strukturiertes Verfahren zur Erhöhung der Berufseinstiegschancen für Jugendliche mit Mehrfachproblematiken. CMBB wurde auf nationaler Ebene eingeführt und im Kanton Schwyz im Berichtsjahr planmässig weiterentwickelt. Aus Kostengründen wurde entschieden, CMBB nicht mehr weiterzuführen.

Umsetzung Berufsreformen

Beginn 2006/Ende 2016 ○

Planung, Koordination und Umsetzung der jährlich rund 30 Berufsreformen gemäss neuen Bildungsverordnungen in Zusammenarbeit mit allen Berufsbildungspartnern (Berufsverbände, Schulen, überbetriebliche Kurse).

Projektstand:

Im Berichtsjahr wurden in 13 Berufen neue Bildungsverordnungen in Kraft gesetzt. Ausser der Anlagen- und Apparatebauerin EFZ/dem Anlagen- und Apparatebauer EFZ handelte es sich um Berufe mit einer kleinen Anzahl an Lernenden. Die betroffenen Berufsbildnerinnen und Berufsbildner sind in Zusammenarbeit mit den Berufs- und Branchenverbänden über die Neuerungen informiert worden. Die Umsetzung verläuft planmässig.

Schulortzuteilung

Beginn März 2012/Ende Schuljahr 2014/15 ○

Überprüfung einzelner ausserkantonale zugewiesener Berufe mit Blick auf eine mögliche Beschulung im Kanton Schwyz. Umsetzungskonzept zur Optimierung der Schulortzuteilung. Das Projekt ist eine Massnahme im Rahmen der Umsetzung der Strategie «Wirtschaft und Wohnen im Kanton Schwyz».

Projektstand:

Nach rund zweijährigen Abklärungen beschloss der Regierungsrat auf Antrag der Kommission für Berufsfachschulen die Umsetzung des vorgelegten Konzepts «Schulortzuteilung». Bis ins Jahr 2018 sollen gut 200 Lernende aus vier Berufen, die bisher ausserkantonale beschult werden, am Berufsbildungszentrum Pfäffikon (BBZP) den Unterricht besuchen. Die beiden Berufe Logistikerinnen/Logistiker und Assistentinnen/Assistenten Gesundheit und Soziales werden bereits einlaufend ab Lehrbeginn 2013 am

BBZP geführt. Abhängig von der Lernendenzahl und davon, ob und wie viele Lernende allenfalls der Kanton Glarus zuweist, liegt das Sparpotenzial nach Abschluss der Umsetzung bei jährlich rund 0.5 bis 0.75 Mio. Franken.

*Freizügigkeit Höhere Berufsbildung
Beginn Juni 2012/Ende 2013*

○ Sicherstellen der Freizügigkeit in der höheren Berufsbildung für Schwyzer Studierende. Ratifizierung der neuen höheren Fachschulvereinbarung (HF-Studiengänge) sowie Bestimmung der unterstützten Angebote in der Fachschulvereinbarung (eidg. Vorbereitungskurse).

Projektstand:

Der Kanton Schwyz ist der neuen Interkantonalen Vereinbarung über die Höheren Fachschulen (HFSV) beigetreten. Ende 2013 haben 14 Kantone und das Fürstentum Liechtenstein den Beitritt erklärt. Die von der HFSV anvisierte verbesserte Freizügigkeit für die Studierenden wird ab dem Studienjahr 2015/2016 einsetzen, denn auf diesen Zeitpunkt werden die Tarife für die Beitrittskantone erstmals festgelegt sein. Bis die neuen Tarife gelten, werden die Ausgleichszahlungen für die höheren Fachschulen weiterhin über die «Interkantonale Fachschulvereinbarung» (FSV) geregelt. Der FSV sind alle Kantone beigetreten. Die Vorbereitungskurse auf die Berufs- und die höheren Fachprüfungen sind nicht Teil der HFSV. Für diese Studiengänge gelten nach wie vor die Tarife gemäss FSV. Eine Neuregelung ist vom Bund geplant.

PG1: Berufliche Grundbildung

Ziele

- Förderung des Kontakts zu den Ausbildungsbetrieben durch Aufsicht, Beratung und Akquisition.
- Kontakt zu den Berufsverbänden und Kommissionen für überbetriebliche Kurse pflegen und fördern.
- Sachgerechte Koordination, Organisation und Durchführung der Lehrabschlussprüfungen und anderen Qualifikationsverfahren.
- Qualitativ hoch stehende Durchführung der obligatorischen Kurse für Berufsbildner.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Anzahl Betriebsbesuche durch Ausbildungsberaterinnen und Ausbildungsberater	150	152	2	○
Teilnahmequote an Sitzungen der Kommissionen für überbetriebliche Kurse im Kanton	90%	93.4%	3.4%	○
Prozentsatz der Lehrabschlussprüfungen ohne Beschwerden	98%	99.4%	1.4%	○
Zufriedenheit der Kursteilnehmer: Prozentsatz der Bewertungen «gut»/«sehr gut» gemäss schriftlicher Befragung	90%	98.9%	8.9%	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Anzahl Betriebsbesuche

Die Ausbildungsberaterinnen und Ausbildungsberater besuchten 152 (167) Lehrbetriebe. In 101 (102) Fällen waren die Ausbildungsvoraussetzungen abzuklären. Es konnten 93 (97) Bildungsbewilligungen erteilt werden. Aus personellen oder betrieblichen Gründen konnten acht Bewilligungen nicht erteilt werden.

Teilnahme an Sitzungen der Kommissionen für überbetriebliche Kurse im Kanton

Die Zusammenarbeit mit den Verbundpartnern «Organisation der Arbeitswelt» (Berufsverbände, Kurskommissionen) funktionierte gut. In 15 Berufen werden im Kanton Schwyz überbetriebliche

Kurse angeboten. Im Schnitt finden jährlich pro Beruf zwei Kommissionssitzungen statt. Die Teilnahmequote des Amtes für Berufsbildung an den Kommissionssitzungen betrug 93.4% (94%).

Prozentsatz der Lehrabschlussprüfungen ohne Beschwerden

Die Lehrabschlussprüfungen im Kanton verliefen im üblichen Rahmen und ohne wesentliche Vorkommnisse. Von den 1650 (1605) Prüfungsabsolventen haben acht (15) eine Beschwerde eingereicht. Von diesen wurden sechs (11) frühzeitig zurückgezogen und eine (1) abgelehnt. Eine Beschwerde ist noch hängig. Die abgewiesene Beschwerde wurde mittlerweile durch die Beschwerdeführer ans Verwaltungsgericht weitergereicht.

Zufriedenheit der Kursteilnehmer

Prozentsatz der Bewertungen «gut»/«sehr gut» gemäss schriftlicher Befragung 198 (203) Berufsbildnerinnen und Berufsbildner besuchten während fünf Tagen die zehn angebotenen obligatorischen Kurse. Die Kurszufriedenheit wurde mittels Fragebogen am Ende des Kurses bezüglich Fach- und Methodenkompetenz sowie Verständlichkeit evaluiert.

PG2: Höhere Berufsbildung und Weiterbildung

Ziele

- Zugang zu den Angeboten der höheren Berufsbildung (höhere Fachschulen, eidg. Fachausweise und Diplome) für alle interessierten Schwyzer Berufsleute ermöglichen.
- Koordination und (finanzielle) Unterstützung der beruflichen und allgemeinen Weiterbildung.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Der Kanton Schwyz hat alle entsprechenden Angebote in den interkantonalen Schulgeldvereinbarungen gezeichnet.	100%	100%	0%	○
Anträge für Kantonsbeiträge und Schlusszahlungen sind innert Monatsfrist nach Einreichen der Unterlagen durch die Anbieter erledigt.	100%	100%	0%	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Zeichnung der interkantonalen Schulgeldvereinbarungen

Zur Sicherstellung der Freizügigkeit in der höheren Berufsbildung und von qualifizierten Berufsleuten für die Wirtschaft ist der Kanton Schwyz der höheren Fachschulvereinbarung beigetreten. Zudem wurden die neuen Angebote gemäss Fachschulvereinbarung (FSV) gezeichnet. Alle Schwyzer Studierenden haben somit gleichberechtigten Zugang zu den Angeboten der höheren Berufsbildung.

Anträge und Schlusszahlung in der Weiterbildung

Alle Anträge und Schlusszahlungen von Anbietern der Weiterbildung mit Sitz im Kanton Schwyz wurden innert vorgegebener Frist erledigt. Da bei ausserkantonalen Angeboten eine Frist von 60 Tagen gilt, werden diese nicht inkludiert.

PG3: Ausbildungsbeiträge

Ziele

- Sachgerechte, speditive und den Vorschriften entsprechende Verfügungen und Auszahlungen der Stipendien.
- Sachgerechte, speditive und den Vorschriften entsprechende Verfügungen für Studiendarlehen.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Prozentsatz der rechtsbeständigen Verfügungen	98%	99%	1%	<input type="radio"/>
Prozentsatz der rechtsbeständigen Verfügungen	95%	100%	5%	<input type="radio"/>

Vorgabe eingehalten/erfüllt Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Stipendien

Gegenüber dem Vorjahr sind etwas weniger Gesuche um Ausbildungsbeiträge gestellt worden. Es wurden 1209 (1260) Stipendienverfügungen erlassen, davon 778 (795) mit einem Rechtsanspruch auf Auszahlung. Abgewiesen werden mussten 431 (465). Insgesamt wurden Fr. 4 798 811.– (Fr. 4 880 361.–) für Stipendien ausbezahlt. Von den 33 (49) eingereichten Wiedererwägungen gingen drei (12) auf Bearbeitungsfehler zurück. Die drei (5) eingereichten Beschwerden wurden abgewiesen.

Studiendarlehen

Bei den Studiendarlehen wurden 47 (33) Verfügungen erlassen. 41 (28) Personen wurden Darlehen im Gesamtbetrag von Fr. 374 250.– (Fr. 233 900.–) gewährt. Es wurde eine (0) Wiedererwägung eingereicht, der aber nicht stattgegeben wurde. Beschwerden gingen wie schon im Vorjahr keine ein.

4. Lehrstellensituation

Die Lehrstellensituation im Kanton Schwyz präsentiert sich nach wie vor stabil auf gutem Niveau. Es zeigte sich, dass Lehrstellenangebot und Nachfrage zwar recht ausgewogen sind, sich aber trotz stabilem Lehrstellenmarkt nicht immer decken. So sind Ausbildungsplätze im Gesundheits- und Sozialbereich, im Detailhandel und in den kaufmännischen Berufen sehr begehrt und daher eher knapp. Dagegen konnten nicht alle Lehrstellen in handwerklichen Berufen, insbesondere im Bauhaupt- und Nebengewerbe, in der Holz- und Metallverarbeitung sowie im Lebensmittelbereich besetzt werden. Ausbildungsbetriebe in technisch anspruchsvollen Berufen bekunden zudem vermehrt Mühe, geeignete Lernende zu finden, die den steigenden Ansprüchen genügen. Trotzdem konnten mit 1278 (1263) neu abgeschlossenen Lehrverträgen und 3479 Auszubildenden Höchstzahlen erreicht werden. Dazu beigetragen hat die Handelsmittelschule mit jährlich rund 20 Schülerinnen und Schülern sowie verschiedene Massnahmen wie Case Management Berufsbildung und der zum dritten Mal durchgeführte Lehrstellenmarkt. Zwar konnte das Angebot an Ausbildungsplätzen für die zweijährige Grundbildung mit Attest weiter leicht ausgebaut werden, es besteht aber nach wie vor Knappheit an Ausbildungsplätzen für schwächere Schulabgänger.

I. Berufsbildungszentrum Goldau (BBZG)

1. Jahresrückblick

Die Anzahl der Lernenden ist um 1.8% gestiegen. Im Rahmen der kontinuierlichen Weiterentwicklung und Aufrechterhaltung des Schulführungssystems nach ISO 9001 wurde im September 2013 erfolgreich das verlangte Vollaudit durchgeführt. Zur Intensivierung der Kontakte zwischen den drei Lernorten Lehrbetrieb, überbetriebliche Kurse und Berufsfachschule haben die Lehrpersonen verschiedene Betriebe besucht und mit den Berufsbildnern wichtige Fragen der Zusammenarbeit bespro-

chen. Die Schulleitung hat die Kontakte mit den Leitungen der überbetrieblichen Kurse verstärkt. Eine grosse Herausforderung war die Organisation eines geregelten Sportunterrichtes während der Sanierung der Sporthalle und der Schulraumerweiterung auf dem Dach des Garderobentraktes.

2. Finanzen

In Fr. 1000.–	2013 V	2013 R	Abw.	
Aufwand	8446	8348	-98	
Ertrag	3111	3220	109	
Globalbudget	5335			
Nachkredit	0			
Globalbudget inklusive NK	5335	5128	-207	<input type="radio"/>
Nettoinvestitionen	0			
Vollzeitstellen (FTE)	49.7	49.5	-0.2	<input type="radio"/>

Vorgabe eingehalten/erfüllt Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Der kleine Minderaufwand resultiert aus Einsparungen in verschiedenen Bereichen, insbesondere konnten die Dienstleistungen von Dritten sowie die Ausgaben für Lehrpersonen von anderen kantonalen Schulen reduziert werden. Der Mehrertrag ist hauptsächlich auf höhere Schulgeldeinnahmen zurückzuführen.

3. Projekte

Projektverlauf wie geplant Projektverlauf nicht wie geplant

Umsetzung Schulortskonzept

Beginn Mai 2007/Ende August 2013
Schrittweise ab 1. August 2010 Wechsel der Abteilung Schreiner von Pfäffikon nach Goldau.

Projektstand:

Dieses Projekt ist abgeschlossen. Seit August 2013 besuchen alle Schreiner aus dem Kanton Schwyz den Unterricht am Berufsbildungszentrum Goldau.

Sanierung Sporthalle/Gebäudeerweiterung

Beginn Mai 2008/Ende noch offen
Sanierung der Sporthalle sowie Planung und Bau von Gebäudeerweiterungen für das schulische Brückenangebot (vorbehältlich der Zustimmung durch den Souverän).

Projektstand:

Die Sanierungsarbeiten sowie die Gebäudeerweiterung sind terminlich und finanziell auf Kurs.

Zusammenschluss der Weiterbildungsangebote

Beginn Herbst 2011/Ende August 2013
Die Weiterbildungsangebote der Kaufmännischen Berufsschule Schwyz (KBS) und des Berufsbildungszentrums Goldau (BBZG) werden koordiniert und in einem gemeinsamen Angebot zusammengefasst.

Projektstand:

Das Weiterbildungsangebot der beiden Berufsfachschulen wurde koordiniert. Unter dem Namen «webiplus» ist im August 2013 das gemeinsame Angebot erstmals in elektronischer und gedruckter Form publiziert worden. Die ersten Erfahrungen sind mehrheitlich positiv.

PG1: Ausbildung

Ziele

- Erfolgreiches Abschliessen der Ausbildung.
- Erfolgreiches Abschliessen der Berufsmaturitätslehrgänge.
- Erfolgreiches Abschliessen der Weiterbildung. Erweitern und Vertiefen der Kompetenzen im Rahmen der Lernziele.
- Die Lehrpersonen unterrichten mit hoher Fach-, Methoden- und Sozialkompetenz.
- Befähigung der Absolventinnen und Absolventen, den Einstieg in eine Berufsausbildung oder ins Erwerbsleben zu finden.
- Aufrechterhaltung des zertifizierten Schulqualitätssystems.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Erfolgsquote an der Lehrabschlussprüfung bei 4-jährigen Lehren in den Schulfächern	92%	96.5%	4.5%	○
Erfolgsquote an der Lehrabschlussprüfung bei 3-jährigen Lehren in den Schulfächern	90%	95.8%	5.8%	○
Erfolgsquote an der Maturitätsprüfung	90%	88.9%	-1.1%	●
Erfolgsquote der Prüfung bei Kursen mit Abschlussprüfung	88%	89.1%	1.1%	○
Zufriedenheit der Kursteilnehmer bei Kursen ohne Abschlussprüfung: Prozentsatz der Bewertungen «gut»/«sehr gut» gemäss schriftlicher Befragung	93%	96.9%	3.9%	○
Zufriedenheit der Leistungsempfänger: Prozentsatz der Bewertungen «gut»/«sehr gut» gemäss schriftlicher Befragung	85%	89.1%	4.1%	○
Anteil der Absolventinnen und Absolventen mit einem Ausbildungsplatz/Arbeitsplatz nach Beendigung des Brückenangebotes	85%	100%	15%	○
Lückenlose Erneuerung der Zertifizierung	100%	100%	0%	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Erfolgsquote Lehrabschlussprüfung

Bei den vierjährigen Lehren hat die Erfolgsquote gegenüber dem Vorjahr um 2.5% ab- und bei den dreijährigen Lehren um 4.6% zugenommen.

Erfolgsquote Maturitätsprüfung

Von 18 Berufsmaturandinnen und -maturanden haben zwei die Schlussprüfung nicht bestanden. In diesem Studiengang gab es einen Austritt.

Erfolgsquote bei Kursen mit Abschlussprüfung

Bei den Kursen mit Abschlussprüfung handelt es sich im Berichtsjahr ausschliesslich um ECDL-Abschlüsse (European Computer Driving Licence). 532 Lernende oder Erwachsene haben ein oder mehrere Module erfolgreich abgeschlossen. Zum zweiten Mal wurde der durch das BBZG durchgeführte Vorbereitungskurs mit der Meisterprüfung für Fahrrad- und Motorradmechanikerinnen/Fahrrad- und Motorradmechaniker abgeschlossen. Ein Kandidat hat diese Meisterprüfung nicht bestanden.

Erfolgsquote bei Kursen ohne Abschlussprüfung

Die Weiterbildungskurse für Erwachsene werden im Rahmen der Qualitätssicherung am Schluss des Kurses evaluiert. 96.9% der Teilnehmerinnen und Teilnehmer gaben dabei an, dass ihre Erwartungen und Zielsetzungen insgesamt sehr gut oder gut erfüllt wurden.

Zufriedenheit der Leistungsempfänger

Die Zufriedenheit der Lernenden wird alle zwei Jahre erhoben; im April 2013 bereits zum sechsten Mal mit dem gleichen Befragungsinstrument. Evaluiert wurden in diesen Befragungen der Lernenden die Fach-, Sozial-, und Methodenkompetenz der Lehrpersonen. Gegenüber der ersten Befragung im April 2003 ist der Zufriedenheitsgrad von 88.9% auf 89.1% gestiegen. Die Ergebnisse der Befragung wurden für jede Lehrperson individuell ausgewertet und in die persönliche Jahreszielsetzung im Rahmen der Personalbeurteilung aufgenommen.

Die systematische Weiterentwicklung der Unterrichtskompetenzen der Lehrpersonen wurde weitergeführt. Der Schwerpunkt lag bei der Förderung der Selbst- und Sozialkompetenz der Lernenden.

Erfolgsquote schulisches Brückenangebot

39 Lernende haben im Schuljahr 2012/13 das schulische Brückenangebot am BBZG besucht. Erfreulicherweise haben alle eine Anschlusslösung gefunden. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies eine Steigerung um 13%.

Erneuerung Zertifizierung

Beim Vollaudit vom 19. September 2013 wurden durch den externen Auditor keine Abweichungen des Schulführungssystems von der Norm ISO 9001:2008 festgestellt. Damit hat das BBZG in Intervallen von drei Jahren bereits zum sechsten Mal die vorbehaltlose Zertifizierung erreicht.

PG2: Betrieb/Infrastruktur

Ziele

- Funktionstüchtigkeit der Sportanlagen für den Schul- und Freizeitsport in Zusammenarbeit mit der PHSZ und der Gemeinde Arth.
- Lernfördernde Räumlichkeiten und Einrichtungen zur Verfügung stellen.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Bewertung aus der Stellungnahme durch die Betriebskommission: prozentualer Anteil «sehr zutreffend»/«gut zutreffend» gemäss schriftlicher Befragung	80%	-	-	
Zufriedenheit der Leistungsempfänger: prozentualer Anteil der Bewertungen «sehr zutreffend»/«gut zutreffend» gemäss schriftlicher Befragung	80%	84.9%	4.9%	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Funktionstüchtigkeit der Sportanlagen

Die Sportanlagen konnten trotz baulichen Einschränkungen ohne nennenswerte Zwischenfälle betrieben werden. Die Halle stand auch den Vereinen für den Trainingsbetrieb zur Verfügung. Für grössere Wettkämpfe musste aber auf andere Hallen ausgewichen werden, weil das Foyer wegen Umbauarbeiten nicht zur Verfügung stand. Die gemeinsame Betriebskommission der drei Nutzer Gemeinde Arth, Pädagogische Hochschule Schwyz PHSZ und Berufsbildungszentrum Goldau konnte die notwendige Koordination vornehmen. Eine Befragung wurde wegen der besonderen baulichen Umstände nicht durchgeführt.

Zufriedenheit der Leistungsempfänger

Mit der Befragung der Lernenden im April 2013 wurde auch die Zufriedenheit mit den Räumlichkeiten und Einrichtungen ermittelt. 84.9% der Lernenden sind mit der Infrastruktur sehr gut oder gut zufrieden. Gegenüber der ersten Befragung im April 2003

konnte dieser Wert um 5.2% gesteigert werden. Die baulichen Verbesserungen am Gebäude sowie die Modernisierung der Unterrichtsräume und der Lehrmittel wurden auch von den Lernenden positiv wahrgenommen.

J. Berufsbildungszentrum Pfäffikon (BBZP)

1. Jahresrückblick

Der Schulbetrieb läuft erfolgreich, was sich auch an den sehr guten Leistungen bei den Abschlussprüfungen zeigt. Die letzten Schreinerklassen haben 2013 ihre Ausbildung am BBZP abgeschlossen. Neu am BBZP sind seit dem Schuljahr 2013/2014 der Beruf Logistiker EFZ und die Attestausbildung Gesundheit und Soziales. Die Zahl der Lernenden in der Grundbildung ist leicht angestiegen, im Bereich der Berufsmaturität (Vollzeitmodell) und den Brückenangeboten sind die Zahlen auf hohem Niveau stabil geblieben. Aufgrund der starken Zunahme von erst im Jugendalter zugereisten Migrantinnen und Migranten musste das Angebot der integrativen Brückenangebote ausgebaut werden. Die intensive Zusammenarbeit mit den kantonalen Amtsstellen und den Gemeinden hat sich sehr gut etabliert und bewährt sich.

2. Finanzen

In Fr. 1000.–	2013 V	2013 R	Abw.
Aufwand	9850	9982	132
Ertrag	2917	3198	281
Globalbudget	6933		
Nachkredit	0		
Globalbudget inklusive NK	6933	6785	-148 ○
Nettoinvestitionen	0		
Vollzeitstellen (FTE)	45.30	46.1	0.8 ●

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Aufgrund von neuen Berufen am BBZP ist der Aufwand leicht über Budget. Der ebenfalls gestiegene Ertrag durch zusätzliche ausserkantonale Lernende kompensiert diesen Mehraufwand, sodass das Globalbudget eingehalten werden konnte.

2013 mussten am BBZP verschiedene Langzeitabsenzen von Lehrpersonen und Sekretariatsangestellten aufgrund von Krankheiten und Unfällen bewältigt werden.

3. Projekte

○ Projektverlauf wie geplant ● Projektverlauf nicht wie geplant

Einführung von neuen Bildungsverordnungen

Beginn August 2009/Ende Juli 2013 ○

In den Berufen Polymechaniker, Konstrukteure, Fachangestellte Gesundheit und Landwirte werden neue Bildungsverordnungen eingeführt.

Projektstand:

Das Projekt wurde mit den erstmaligen Qualifikationsverfahren im Juni 2013 erfolgreich abgeschlossen.

Umsetzung Schulortskonzept

Beginn Mai 2007/Ende Juli 2013 ○

Schrittweise ab 1. August 2010 Wechsel der Fachgruppe Schreiner von Pfäffikon nach Goldau. Die letzten Schreiner schliessen 2013 am BBZP ab.

Projektstand:

Nach dem Abgang der letzten beiden Schreinerklassen am BBZP im Sommer 2013 wurde noch das brauchbare Inventar ans BBZG gezügelt. Somit ist dieses Langzeit-Projekt abgeschlossen.

Einführung Ausbildung der Produktionsmechaniker

Beginn August 2011/Ende Juli 2014 ○

Die Ausbildung zum Polymechaniker (4 Jahre) ist sehr anspruchsvoll. Es besteht daher eine Nachfrage nach der etwas einfacheren 3-jährigen Ausbildung zum Produktionsmechaniker.

Projektstand:

Zurzeit befindet sich dieses Projekt in der Endphase. Die erste Klasse bereitet sich momentan auf das Qualifikationsverfahren vor.

Einführung eines integrativen Brückenangebotes

Beginn August 2012/Ende Juli 2013 ○

Führung eines eigenen kantonalen integrativen Brückenangebots für Jugendliche mit Migrationshintergrund (bisher nur ausserkantonale angeboten). Aufgrund der grossen Anzahl ist die Beschulung am BBZP kostengünstiger.

Projektstand:

Das integrative Brückenangebot läuft im zweiten Jahr, 2013 begann erstmals das Aufbaujahr. Beide Klassen sind ausgebucht, zurzeit besteht eine grosse Nachfrage, die ohne Kapazitätsausbau im kommenden Schuljahr nicht bewältigt werden kann.

PG1: Ausbildung

Ziele

- Erfolgreiches Abschliessen der Grundbildung.
- Erfolgreiches Abschliessen der Berufsmaturitätslehrgänge.
- Erfolgreiches Abschliessen der Weiterbildung. Erweitern und Vertiefen der Kompetenzen im Rahmen der Lernziele.
- Befähigung der Absolventinnen und Absolventen, den Einstieg in eine Berufsausbildung oder ins Erwerbsleben zu finden.
- Die Lehrpersonen unterrichten mit hoher Fach-, Methoden- und Sozialkompetenz.
- Aufrechterhaltung des zertifizierten Schulqualitätssystems.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.
Erfolgsquote an der Lehrabschlussprüfung bei 4-jährigen Lehren in den Schulfächern	92%	95.3%	3.3% ○
Erfolgsquote an der Lehrabschlussprüfung bei 3-jährigen Lehren in den Schulfächern	85%	94%	9% ○
Erfolgsquote an der Maturitätsprüfung	92%	98.3%	6.3% ○
Erfolgsquote der Prüfung bei Kursen mit Abschlussprüfung	88%	91.5%	3.5% ○
Zufriedenheit der Kursteilnehmer bei Kursen ohne Abschlussprüfung: Prozentsatz der Bewertungen «gut» / «sehr gut» gemäss schriftlicher Befragung	93%	99.2%	6.2% ○
Anteil der Absolventinnen und Absolventen mit einem Ausbildungsplatz/Arbeitsplatz nach Beendigung des Brückenangebotes	85%	88.1%	3.1% ○
Zufriedenheit der Leistungsempfänger: Messung im Rahmen der internen Qualitätsüberprüfung anhand der Q2E-Indikatoren	85%	85%	0% ○
Lückenlose Erneuerung der Zertifizierung	100%	100%	0% ○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Grundbildung

Erfreulich sind die Ergebnisse sowohl bei den vier- wie dreijährigen Lehren. Bei den dreijährigen Lehren sind Berufskennntnisprüfung, Berufskundeunterricht und Allgemeinbildung eindeutig besser ausgefallen als in den vergangenen Jahren. Einerseits ist dies Ausdruck eines guten Jahrgangs, andererseits sind es die Früchte des konsequenten Coachings der schwächeren Lernenden.

Berufsmaturität

Von den 58 Lernenden hat eine Kandidatin nicht bestanden. Im Jahr zuvor hat ein Lernender die Prüfung nicht bestanden und sie 2013 erfolgreich wiederholt. Dies führt zur hohen Erfolgsquote von 98.3%.

Weiterbildung

Durch die Anpassung der Aufnahmekriterien im Spezialkurs Landwirtschaft (Personen, die bereits einen Betrieb führen, werden prioritär behandelt) stiegen die Vorkenntnisse und damit auch das Niveau an den Prüfungen beträchtlich.

Brückenangebote

88.1% der Lernenden aus dem Brückenangebot am BBZ Pfäffikon (erstmalig mit Lernenden aus dem integrativen Brückenangebot) haben eine entsprechende Anschlusslösung gefunden, dies entspricht auch etwa den Zahlen der Vorjahre. 13 Lernende mussten das Brückenjahr abrechnen oder wurden aus verschiedenen Gründen ausgeschlossen. Drei Lernende (alle aus dem IBA) suchten keine Anschlusslösung (Grund: Schwangerschaft und Rückkehr ins Heimatland). Nur ein Lernender stand zum Schulabschluss noch ohne direkte Anschlusslösung da.

Zufriedenheit der Leistungsempfänger

In der internen Evaluation 2013 wurde die Dimension «Zufriedenheit der Leistungsempfänger» überprüft.

Die Rückmeldungen der Lernenden zu 13 verschiedenen Themenbereichen waren bei durchschnittlich 84% der Lernenden der drei Bereiche Grundbildung (84%), Brückenangebote (81%), Berufsmaturität (89%) positiv.

Zertifizierung

Das Zwischenaudit wurde im November 2013 ohne Auflagen bestanden.

PG2: Betrieb/Infrastruktur

Ziele

– Zurverfügungstellung der Lokalitäten für überbetriebliche Kurse (ÜK) an die verantwortlichen Berufsverbände gemäss Mietvertrag.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Zufriedenheit der Mieter (für alle Mieter Betrieb gewährleistet); prozentualer Anteil der Bewertungen «sehr gut»/«gut» gemäss Befragung	>80%	90%	10%	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Die Infrastruktur deckt zurzeit fast alle Bedürfnisse ab, und die Behebung der baulichen Mängel ist weitgehend abgeschlossen. Die Zusatzwünsche sind aufgenommen und in Absprache mit dem Hochbauamt terminiert.

K. Kaufmännische Berufsschule Schwyz

1. Jahresrückblick

Im März wurde der KBS von der schweizerischen Zertifizierungsstelle das Q2E-Zertifikat ausgestellt. Im Detailhandel hat die KBS mit einer Kandidatin und einem Kandidaten an den ersten regionalen Verkaufmeisterschaften in Luzern teilgenommen; dies als Vorbereitung auf die schweizerischen Berufsmeisterschaften 2014 in Bern. Die Schwyzer Kandidatin erreichte im Final den hervorragenden 4. Schlussrang. Im Qualifikationsverfahren wurden die meisten erwarteten Quoten klar übertroffen. Die Anzahl Lernender in der Grundbildung ist um 7.4% von 392 auf 421 und im Weiterbildungsbereich die Teilnehmerzahl um 17.4% von 368 auf 453 angestiegen. Der Zusammenschluss der Weiterbildungsangebote der KBS und des BBZG ist erfolgt. Die Arbeiten zur Anbindung an das kantonale Datenprogramm Escada sind abgeschlossen. Die Vorarbeiten für ein gemeinsames Rechenzentrum Innerschwyz sind vorangeschritten.

2. Finanzen

In Fr. 1000.–	2013 V	2013 R	Abw.	
Aufwand	4010	3715	-295	
Ertrag	512	646	134	
Globalbudget	3498			
Nachkredit	0			
Globalbudget inklusive NK	3498	3070	-428	○
Nettoinvestitionen	0			
Vollzeitstellen (FTE)	21.4	20.4	-1.0	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Das Globalbudget wurde eingehalten. Der Aufwand ist insbesondere aufgrund des nicht ausgeschöpften Personaletats geringer ausgefallen als budgetiert. Die Mehreinnahmen sind vor allem auf die gestiegene Nachfrage im Bereich der Weiterbildung zurückzuführen.

3. Projekte

○ Projektverlauf wie geplant ● Projektverlauf nicht wie geplant

Q2E

Beginn Schuljahr 2006/2007/Ende 2013 ○
Einführung eines Qualitätssystems für die KBS mit Zertifizierung Q2E.

Projektstand:

Die KBS ist seit März 2013 Q2E-zertifiziert.

Teilnahme an Ausscheidung Swiss Skills

Beginn Juni 2012/Ende Schuljahr 2013/2014 ○
Vorbereitung und Teilnahme von Schülern an der Berufsmeisterschaft Detailhandel (gemeinsames Projekt mit Detailhandelsverband).

Projektstand:

Interne Ausscheidungen in den beiden Detailhandelsklassen fanden im April 2013 statt. Die Sieger aus beiden Klassen nahmen an der ersten zentralschweizerischen Meisterschaft in Luzern teil. Eine Teilnehmerin der KBS schaffte es im Final unter die ersten vier.

Zusammenschluss der Weiterbildungsangebote Beginn Herbst 2011/Ende August 2013

Die Weiterbildungsangebote der Kaufmännischen Berufsschule Schwyz (KBS) und des Berufsbildungszentrums Goldau (BBZG) werden koordiniert und in einem gemeinsamen Angebot zusammengefasst.

Projektstand:

Das gemeinsame Weiterbildungsangebot der beiden Berufsfachschulen KBS und BBZG Webiplus wurde nach zweijähriger Vorbereitungszeit am 20. Juni 2013 gestartet. Der Start beziehungsweise das 1. Semester war ein grosser Erfolg. Die Teilnehmerzahlen konnten deutlich gesteigert werden. Die grösste Zunahme erreichte man im Bereich Firmenkurse.

PG1: Ausbildung

Ziele

- Erfolgreiches Abschliessen der 3-jährigen Grundbildung.
- Erfolgreiches Abschliessen der 2-jährigen Grundbildung.
- Erfolgreiches Abschliessen der Berufsmaturitätslehrgänge.
- Erfolgreiches Abschliessen der Weiterbildung, Erweitern und Vertiefen der Kompetenzen im Rahmen der Lernziele.
- Die Lehrpersonen unterrichten mit hoher Fach-, Methoden- und Sozialkompetenz.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Erfolgsquote beim Qualifikationsverfahren in den Schulfächern	90%	97.3%	7.3%	○
Erfolgsquote beim Qualifikationsverfahren in den Schulfächern	90%	100%	10%	○
Erfolgsquote an der Maturitätsprüfung	95%	93.3%	-1.7%	●
Kurse mit Abschlussprüfungen: Erfolgsquote der Prüfung	85%	87.5%	2.5%	○
Zufriedenheit der Schulabgänger in % des höchstmöglichen Wertes, gemessen alle drei Jahre (Auswertung Fragebogen)	-	-	-	

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Erfolgsquote beim Qualifikationsverfahren

Die geforderte Erfolgsquote von 90% beim Qualifikationsverfahren der 3-jährigen Lehre in den Schulfächern wurde übertroffen. Es schlossen 109 von 112 Lernenden erfolgreich ab (Kaufleute 67 von 70, Detailhandelsfachleute 42 von 42).

Erfolgsquote beim Qualifikationsverfahren

Die geforderte Erfolgsquote von 90% beim Qualifikationsverfahren wurde übertroffen. Es schlossen 15 von 15 Lernenden Detailhandelsassistenten erfolgreich ab.

Erfolgsquote Maturitätsprüfung

Die geforderte Erfolgsquote von 95% beim Qualifikationsverfahren wurde nicht erreicht. Es schlossen 28 von 30 Lernenden erfolgreich ab (BM2 10 von 12, M-Profil 18 von 18).

Kurse mit Abschlussprüfungen

Die geforderte Erfolgsquote der Handelsschule edupool von 85% wurde übertroffen. Es schlossen 21 von 24 Lehrgangsteilnehmenden erfolgreich ab.

L. Kaufmännische Berufsschule Lachen

1. Jahresrückblick

Die Schülerzahlen in der Grund- und Weiterbildung sind stabil. Die Ausbildung «Berufsmaturität für Erwachsene» konnte erfolgreich gestartet werden, allerdings führte dieses neue Angebot zu Mehrrektionen und dadurch zu Mehrkosten im Personalbereich. Die Erfolgsquoten lagen mit Ausnahme der lehrbegleitenden Berufsmaturität deutlich über den Erwartungen.

2. Finanzen

In Fr. 1000.–	2013 V	2013 R	Abw.
Aufwand	3863	4034	171
Ertrag	701	767	66
Globalbudget	3162		
Nachkredit	0		
Globalbudget inklusive NK	3162	3267	105 ●
Nettoinvestitionen	0		
Vollzeitstellen (FTE)	20.2	21.1	0.9 ●

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Die Personalkosten liegen Fr. 181 700.– über Budget. Die bereits 2011 von der Regierung beschlossene Ausbildung Berufsmaturität für Erwachsene konnte aufgrund genügender Teilnehmerzahlen erstmalig durchgeführt werden. Eine Ersatzlösung nach dem Todesfall eines Mitarbeiters verursachte ausserordentliche Lohnkosten in Höhe von Fr. 36 000.–. Die Mehrverkäufe bei den Weiterbildungskursen führten einerseits zu Mehreinnahmen, andererseits aber auch zu höheren Personalkosten. Sämtliche übrigen Aufwände liegen im Budget, zudem konnte über eine deutliche Steigerung der Einnahmen ein Teil der Mehrausgaben im Personalbereich kompensiert werden.

3. Projekte

○ Projektverlauf wie geplant ● Projektverlauf nicht wie geplant

Berufsmaturität für Erwachsene

Beginn August 2011/Ende Februar 2013

Im Auftrag der Kommission für Berufsfachschulen prüft die KB Lachen die Einführung eines Teilzeit-Berufsmaturitätslehrganges für Erwachsene. Voraussichtlicher Start: Februar 2013.

Projektstand:

Der Berufsmaturitätslehrgang konnte mit 19 Teilnehmenden am 1. Februar 2013 erfolgreich starten.

Nachholbildung für Erwachsene

Beginn September 2012/Ende Juni 2013

Prüfung, ob genügend Nachfrage für ein Handelszertifikat für Erwachsene vorhanden ist. Ist diese gegeben und kann der Lehrgang kostendeckend durchgeführt werden, soll dieses neue Produkt ins Portfolio aufgenommen werden.

Projektstand:

Die Ausbildung «Handelszertifikat für Erwachsene» konnte mit 10 Lernenden kostendeckend gestartet werden.

PG1: Ausbildung

Ziele

- Erfolgreiches Abschliessen der 3-jährigen Grundbildung.
- Erfolgreiches Abschliessen der 2-jährigen Grundbildung.
- Erfolgreiches Abschliessen der Berufsmaturitätslehrgänge.
- Erfolgreiches Abschliessen der Weiterbildung: Erweitern und Vertiefen der Kompetenzen im Rahmen der Lernziele.
- Die Lehrpersonen unterrichten mit hoher Fach-, Methoden- und Sozialkompetenz.
- Aufrechterhaltung des zertifizierten Schulqualitätssystems.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Erfolgsquote beim Qualifikationsverfahren in den Schulfächern	90%	94%	4%	○
Erfolgsquote beim Qualifikationsverfahren in den Schulfächern	90%	100%	10%	○
Erfolgsquote an der Maturitätsprüfung	90%	75%	-15%	●
Kurse mit Abschlussprüfungen: Erfolgsquote der Prüfung	85%	97%	12%	○
Zufriedenheit der Leistungsempfänger gemessen in % des höchstmöglichen Wertes (Auswertung Fragebogen)	80%	85%	5%	○
Lückenlose Erneuerung der Zertifizierung	100%	0%	-100%	●

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Erfolgsquote beim Qualifikationsverfahren in den Schulfächern (3-jährige Ausbildung)

Bei den dreijährigen Ausbildungen schlossen total 115 von 123 Kandidierenden ihre Ausbildung erfolgreich ab. Kaufleute M-Profil: 9 von 12, Kaufleute E-Profil: 40 von 42, Kaufleute B-Profil: 20 von 22, Detailhandelsfachleute: 46 von 47.

Erfolgsquote beim Qualifikationsverfahren in den Schulfächern (2-jährige Ausbildung)

Es schlossen alle 17 von 17 Detailhandelsassistentinnen und Detailhandelsassistenten erfolgreich mit dem eidgenössischen Berufsattest ab.

Erfolgsquote an Maturitätsprüfung

Es schlossen 9 von 12 Kandidierenden erfolgreich mit der lehrbegleitenden kaufmännischen Berufsmaturität ab.

Kurse mit Abschlussprüfungen

Es wurden folgende Werte erreicht: Bestanden haben: First Certificate 6 von 6, BEC Vantage 3 von 3, DELF B2 3 von 3, Sachbearbeiter Rechnungswesen 15 von 15, PLIDA 3 von 4, ILTS 1 von 1.

Zufriedenheit der Leistungsempfänger

Die Befragung der Lernenden ergab einen Wert, der deutlich über dem Ziel lag. Sämtliche Lehrpersonen werden jährlich von den Lernenden zur Unterrichtsqualität computergestützt befragt.

Lückenlose Erneuerung der Zertifizierung

Aufgrund der kantonalen Sparvorgabe wurde die externe Evaluation storniert. Das Ziel kann somit nicht erreicht werden. Die Re-zertifizierung wurde nicht mehr durchgeführt.

M. Amt für Berufs- und Studienberatung

1. Jahresrückblick

An der Mittelpunktschule Unteriberg konnten die Schulhaus-sprechstunden nach einer Evaluation definitiv eingeführt werden. Damit wird die Chancengleichheit der Dienstleistungen in dieser Randregion gewährleistet. Der «Lehrstellenmarkt» in Rothenthurm, zum dritten Mal organisiert mit dem Amt für Berufsbildung (AfB), war ein Erfolg. Ende Mai fand die «Vernetzungskonferenz Berufsbildung» in Zusammenarbeit mit dem AfB und dem Amt für Volksschulen statt. Die Schulabgängerumfrage betreffs Anschlusslösungen am Ende der Volksschule zeigte ein gutes Resultat. Lediglich 21 Schüler oder 1.2% (Vorjahr 3%) hatten per Ende Juni keine Anschlusslösung und mussten nachbetreut werden.

An der Zentralschweizer Bildungsmesse (Zebi) in Luzern war die Mitarbeit am Stand der Zentralschweizer Berufs- und Studienberatungen sehr gefragt. Die Abteilung Studienberatung erarbeitete ein Konzept mit den Zentralschweizer Kantonen. So verfügen nun alle sechs Zentralschweizer Kantone über einen verbindlichen Studienwahlfahrplan für die Mittelschulen. Für die Pädagogische Hochschule Schwyz in Goldau wurden drei Lehrerweiterbildungskurse zu Berufswahlthemen durchgeführt.

2. Finanzen

In Fr. 1000.–	2013 V	2013 R	Abw.
Aufwand	2724	2751	27
Ertrag	55	70	15
Globalbudget	2669		
Nachkredit	0		
Globalbudget inklusive NK	2669	2681	12 ●
Nettoinvestitionen	0		
Vollzeitstellen (FTE)	17.8	17.9	-0.1 ●

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Die Lohnkosten erwiesen sich als zu knapp budgetiert. Deshalb konnte das Globalbudget knapp nicht eingehalten werden.

Die Abweichung beim FTE um 0.1 ergab sich aus einer Temporaranstellung einer Lernenden, die nach der Lehrabschlussprüfung keine Stelle fand.

3. Projekte

○ Projektverlauf wie geplant ● Projektverlauf nicht wie geplant

eDoc

Beginn Januar 2011/Ende Dezember 2013

○ Das Projekt der elektronischen Dokumentation (eDoc) ist ein nationales Projekt und wird in allen Kantonen in den nächsten Jahren aufgegleist. Ziel: die bestehende Dokumentation über Berufe, Aus- und Weiterbildungen mit den jetzigen Printmedien elektronisch zu ergänzen. Eine kantonale Fachredaktion wird eingerichtet.

Projektstand:

Das Projekt ist abgeschlossen. Alle elektronischen Informationen zu Aus- und Weiterbildungen wurden vom Projekt eDoc auf nationaler Ebene erfasst. Die Bewirtschaftung erfolgt zentral und wird vom Projekt eDoc gesteuert. Die Berufs- und Studienberatung hat die nationale Datenbank mit den kantonalen Eingaben ergänzt. Zurzeit zählt eDoc über 12 000 Datensätze und gut 1000 Logins.

Die Datenbank ist in die nationale Informationswebsite www.berufsberatung.ch integriert und bildet damit ein entscheidendes Fundament für die Qualität und Regionalität der Informationen.

Evaluation der Elternorientierungen Berufswahl

Beginn August 2012/Ende Juni 2013

Evaluation des Teilprodukts «Elternorientierungen Berufswahl» mit dem Ziel, Qualität und Wirksamkeit dieses Angebots zu überprüfen.

Projektstand:

Das Projekt ist abgeschlossen. 45 Elternorientierungen auf der Stufe Sek I zum Thema Berufswahl wurden evaluiert. Der Rücklauf betrug rund 85%. Der Durchschnitt der Ergebnisse auf einer 4er-Skala war 3.6. Die Evaluation wurde betreffs Gesamteindruck und Inhalt durchgeführt. Einzelne Optimierungswünsche wurden umgesetzt.

PG1: Beratung

Ziele

- Erarbeiten von angemessenen Handlungs- und Entscheidungskompetenzen zur selbständigen Berufs-, Studien- und Laufbahnentscheidung in der persönlichen Beratung.
- Hoher Informationsstand der Anspruchsgruppen zur Berufs- und Studienwahl durch «Berufs- und schulkundliche Veranstaltungen» (BSO) und «Studierende und Berufsleute berichten» (Stud&Be).
- Bereitstellen von aktuellem und kundengerechtem Informationsmaterial zum Erteilen von fach- und sachgerechten Auskünften in den BIZ und zur Selbstinformation der Ratsuchenden.
- Marktgerechtes Anbieten von Dienstleistungen in der Subgruppe.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.
Wirksamkeit der Beratung in Effektstärken gemäss Kundenbefragung im 4-Jahres-Rhythmus (Effektstärken ab 0.8 gelten als grosse Wirkung)	-	-	-
Anzahl durchgeführter Veranstaltungen	>80	82	2 ○
Prozentsatz der erfüllten Kundenanliegen gemäss Kundenbefragung im 3-Jahres-Rhythmus	95%	96%	1% ○
Ertrag aus Dienstleistungen in Fr.	55 000	70 000	15 000 ○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Der Ertrag aus Dienstleistungen für Dritte (Kantonsschule und Berufsberatung Glarus, Mitarbeit in nationalen Arbeitsgruppen und kostenpflichtige Laufbahnberatungen für Ausserkantonale usw.) fiel dank zusätzlicher Aufträge um Fr. 15 000.– höher aus.

4. Individuelle Beratung

Die Zahl der individuellen Beratungen ist im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken. Insgesamt wurden 2378 (2465) Personen beraten. Pro Fall waren durchschnittlich 1.8 Beratungssitzungen nötig. Bei den Jugendlichen bis 17 Jahre wurden 1046 (1047) Beratungsfälle notiert. Rund 35% der Sek-I-Schüler nehmen eine individuelle Beratung in Anspruch. In der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen wurden 696 (784) Personen beraten. Die Beratungen dieser Altersgruppe sind anspruchsvoll. Beratungs-

themen sind: drohender oder vollzogener Lehrabbruch, drohende Arbeitslosigkeit nach der Lehre, noch keinen Einstieg in die Arbeitswelt gefunden, Umstieg in einen anderen Beruf, aber auch berufsbezogene Weiterbildung, die Berufsmatura nachholen, Planung eines sinnvollen Zwischenjahrs nach Lehre oder Mittelschule und Studienwahl. Die interinstitutionelle Zusammenarbeit ist oft nötig und sinnvoll. In der Altersgruppe 25plus wurden 636 (603) Personen beraten. Ratsuchende mit Migrationshintergrund und Fremdsprachige mit sehr wenig Deutschkenntnissen nehmen vor allem im äusseren Kantonsteil zu. Der Ausländeranteil in der individuellen Beratung betrug insgesamt 20%. Für den Kanton Glarus wurden 44 Beratungsfälle übernommen. Diese werden gemäss einer Leistungsvereinbarung vergütet.

5. Orientierungen

Die Aktivitäten der Berufs- und Studienberatung konzentrierten sich in diesem Arbeitsfeld auf die zweiten und dritten Klassen der Sekundarstufe I und die dritten Klassen der Gymnasien. Es waren rund 150 Klassen dieser Stufen zu berufs- und studienkundlichen Fragestellungen zu betreuen. 138 (131) Klassen- und 60 (61) Elternveranstaltungen zu Berufswahlthemen wurden mehrheitlich in den Berufsinformationszentren (BIZ) durchgeführt. Für die Studienwahlvorbereitung an den Mittelschulen wurden 5 (9) Studienwahlparcours und Elternorientierungen veranstaltet.

Im Rahmen der Berufs- und Scholorientierungen (BSO) wurde interessierten Jugendlichen in Zusammenarbeit mit Fachleuten aus Wirtschaft, Gewerbe und Schulen ein Einblick in verschiedene Berufs-, Schul-, Studien- und Arbeitswelten ermöglicht. Es fanden (82) 85 solcher Orientierungen statt.

Für weitere Zielgruppen wurden 37 (32) Veranstaltungen durchgeführt (Klassen der Brückenangebote, Abschlussklassen Berufsfachschulen, Infoabende für Migrantinnen und Migranten usw.).

6. Informationsberatung

Die Informationsberatung ist sehr niederschwellig. Die Kunden kommen zu den gewünschten Informationen ohne Anmeldeprozedere (persönlich, via E-Mail oder Telefon). Der Trend, möglichst schnell und umfassend zu kompetenten Informationen zu kommen, setzt sich fort. So wurden 5811 (5508) Fachauskünfte telefonisch oder via E-Mail erteilt. Auch die persönlichen Besuche in den BIZ haben zugenommen: 5436 (5237). 3315 (3595) Informationsmittel zu Beruf und Studium wurden ausgeliehen. Während sechs Monaten wurde die Dienstleistung «Informationsberatung» in den beiden BIZ Pfäffikon und Goldau evaluiert. Die Kundenzufriedenheit betrug 96%. Sehr geschätzt werden die Niederschwelligkeit des Angebots (weil ohne Anmeldung) und die Kompetenz der anwesenden Fachpersonen.

N. Amt für Kultur

1. Jahresrückblick

In Zusammenarbeit mit verschiedenen Bibliotheken der Zentralschweiz wurde die Schaffung einer digitalen Bibliothek realisiert. Die Kantonsbibliothek ist nun auf elektronischem Weg 24 Stunden geöffnet.

Mit 154 250 ausgeliehenen Medien erreichte die Kantonsbibliothek einen neuen Rekord. Per Ende November 2013 schloss das Bundesbriefmuseum infolge der Umbauarbeiten zu einer neuen Dauerausstellung seine Tore. Insgesamt drei Personen wurden mit Anerkennungs- respektive Förderpreisen ausgezeichnet. Werkbeiträge im Bereich «Bildende Kunst» ergingen an vier Kunstschaffende. Der Kantonsrat erklärte ein Postulat für erheblich, welches die Ausarbeitung eines Archivgesetzes fordert. Im Schwyzer Dorfbachquartier kamen Baustrukturen aus dem späten Mittelalter, u.a. eine rund 700-jährige Stube, zum Vorschein. Diese konnten vor dem Abbruch der Gebäude sichergestellt werden.

2. Finanzen

In Fr. 1000.–	2013 V	2013 R	Abw.	
Aufwand	6124	5994	-130	
Ertrag	68	69	1	
Globalbudget	6056			
Nachkredit	0			
Globalbudget inklusive NK	6056	5925	-131	○
Nettoinvestitionen	800			
Nachkredit	0			
Nettoinvestitionen inklusive NK	800	800	0	○
Vollzeitstellen (FTE)	20.8	20.8	0	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Der Minderaufwand in der Laufenden Rechnung ergibt sich aus der im Laufe des Jahres 2013 von den Kantonen Zürich und Luzern zugestanden Reduktionen im Bereich Kulturlastenausgleich (rund Fr. 145 000.–).

3. Projekte

○ Projektverlauf wie geplant ● Projektverlauf nicht wie geplant

Archivische Digitalisierung Beginn 2002/Ende 2017 ○

Digitale Sicherstellung der wichtigsten Staatsakten und historischen Archivalien (Fremdbestände). Schwergewicht: Karten- und Plansammlung, Fotosammlungen, Ansichtskartensammlung.

Projektstand:

Zur Sicherstellung der Urkundensammlung wurde eine weitere Tranche der Urkunden digitalisiert und zusätzlich auf Mikrofiche gesichert. Die digitale Zeitungsverfilmung (Jahrgang 2012) wurde fortgesetzt. Die digitale Sicherstellung der Regierungsratsprotokolle (2012) wurde fortgesetzt.

Restaurierung Kloster Einsiedeln Beginn 2009/Ende 2022 ○

Weiterführung der Restaurierungsbegleitung sowie der kantonalen Subvention.

Projektstand:

Im Rahmen des Verpflichtungskredits (Volksabstimmung von 2012) für die Restaurierung des Klosters Einsiedeln wurde eine Tranche von Fr. 800 000.– ausbezahlt. Planungsarbeiten für die Restaurierung des Klosterplatzes, die Sanierung des Abteihofes sowie die Restaurierung von Südfassade (Fenster) und Klosterarchiv bildeten die Schwerpunkte.

Erneuerung Bundesbriefmuseum

Beginn Mai 2008/Ende 2013 ○

Neukonzeption der Dauerausstellung im Bundesbriefmuseum.

Projektstand:

Ein inhaltliches und szenographisches Konzept liegt vor. Ende November 2013 wurde das Bundesbriefmuseum für die anstehenden Umbauten geschlossen.

PG1: Kulturförderung

Ziele

- Regelmässige Verleihung von Kultur- und Förderpreisen.
- Attraktiver und lehrreicher Museumsbesuch.
- Benutzerfreundliches und vielfältiges Bibliotheksangebot.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Anzahl durchgeführte Verleihungen	1	1	0	○
Mindestzahl Besucher pro Jahr	10 000	11 030	1 030	○
Mindestanzahl Ausleihen pro Jahr	135 000	154 250	19 250	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Rund 165 (140) der mehr als 200 (200) teils neuen, teils wiederkehrenden Gesuche aus den Sparten Musik, Theater, Tanz, Literatur, Film, bildende Kunst und kulturelles Erbe/Volkskultur konnten mit Beiträgen oder Defizitgarantien unterstützt werden. Zum dritten Mal vergab die Kulturkommission Werkbeiträge im Bereich bildende Kunst. Die Fachjury wählte Brigitte Friedlos (Zürich/Altendorf), Al Meier (Wollerau), Mischa Camenzind (Zürich/Gersau) und Andreas Gefé (Küssnacht) aus. Ein jeweils viermonatiger Aufenthalt im Zentralschweizer Atelier in Berlin wurde für 2014 Roland Bucher und für 2015 Erhard Sigrist sowie im Atelier New York Hansruedi Schnüriger zugesprochen. Im September wurden in Einsiedeln die Schwyzer Kulturförderin Heidy Weber-Wiget und der Einsiedler Organist und Komponist Pater Theo Flury, OSB, mit dem kantonalen Anerkennungspreis ausgezeichnet. Den Förderpreis erhielt der in Altendorf wohnhafte Schwyzerörgeler Marcel Oetiker.

Das Bundesbriefmuseum zählte 11 030 (11 886) Besucherinnen und Besucher. Infolge der Museumsschliessung Ende November lag die Besucherzahl etwas unter dem Vorjahresergebnis.

Die Anzahl ausgeliehener Medien der Kantonsbibliothek war wiederum hoch. Verschiedene Massnahmen wie das Angebot von Klassenführungen, das grössere Medienangebot in der Abteilung «Junge Erwachsene», diverse Veranstaltungen und die Einführung von «DiBiZentral» haben hierzu beigetragen.

PG2: Kulturpflege

Ziele

- Förderung der Bewahrung des baulichen Kulturerbes.
- Laufende Erschliessung der Staatsakten.
- Kontinuierliche öffentliche Informationsarbeit und Publikationswesen.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Einhaltung der Frist für Mitberichte im kantonalen Baubewilligungsverfahren	100%	100%	0%	○
Anteil (%) an Gesamtarbeitszeit der Abteilung	30	38	8%	○
Anzahl Publikationsbeiträge	15	18	3	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Im Bereich Denkmalpflege bestanden per 31. Dezember 2013 keine Mitberichtspendenzen. Durch den gezielten Einsatz von temporär angestellten Archivspezialisten schreitet die Erschließung der historischen Akten kontinuierlich voran. Mit Beiträgen in Fachpublikationen und in der Schwyzer Presse konnte die historische Aufarbeitung der Schwyzer Kulturlandschaft fortgesetzt werden.

In der Frühjahrsession gewährleistete die Bundesversammlung die Verfassung des Kantons Schwyz vom 24. November 2010. Davon ausgenommen blieb § 48 Abs. 3 zum Wahlverfahren für den Kantonsrat. Dazu wurde in der Folge ein breit angelegtes Konsultationsverfahren durchgeführt. – Bei der Oberstaatsanwaltschaft und der Staatsanwaltschaft konnten nebst der Bearbeitung mehrerer sachbezogener Projekte auch verschiedene organisatorische Anpassungen umgesetzt werden. – Um der hohen Präsenz und Aktivität von Kleinkriminellen und Kriminaltouristen sowie dem zunehmend aggressiven Verhalten von alkoholisierten Festbesuchern entgegenzutreten zu können, mussten die Polizeifunktionäre nochmals verstärkt sichtbare Präsenz markieren. – Im Bereich der Infrastruktur stellten die teilweise angespannten Platzverhältnisse im Kantonsgefängnis sowie das noch nicht optimal funktionierende Funknetz Polycom eine Herausforderung dar. – Demgegenüber konnten mit dem gemeinsamen Einsatzbehelf «Grossereignis» für alle Blaulichtorganisationen des Kantons sowie mit dem Projekt «Übernahme von Notrufüberläufen zwischen den Einsatzzentralen» wichtige Qualitätsschritte gemacht werden. – Hoch bleibt die Zahl der Bussenumwandlungen sowie der strafprozessualen Ersatzmassnahmen, welche im Amt für Justizvollzug zu vollziehen oder durch den Bewährungsdienst zu betreuen sind. – Die Migration Polyalert Kanton Schwyz beinhaltete die Umrüstung der funkgesteuerten Auslösung sämtlicher Sirenen zur Alarmierung der Bevölkerung und wurde erfolgreich abgeschlossen. – Die Planungs- und Realisierungsarbeiten im Hinblick auf das Gedenkjahr «Morgarten 2015 – 700 Jahre Abenteuer Geschichte» wurden mit einem gemeinsamen Organisationskomitee auf Schwyzer wie auf Zuger Seite weitergetrieben.

A. Departementssekretariat

1. Jahresrückblick

Die quantitativen und qualitativen Vorgaben an das Departementssekretariat zu seinen Dienstleistungen zugunsten des Departements, des Rechts- und Beschwerdedienstes, der Kantonalen Jugendanwaltschaft, des Amtes für Justizvollzug sowie der Delegation der Staatswirtschaftskommission konnten laut Evaluation erfüllt werden.

2. Finanzen

In Fr. 1000.–	2013 V	2013 R	Abw.	
Aufwand	512	470	-42	
Ertrag	0	0	0	
Globalbudget	512			
Nachkredit	0			
Globalbudget inklusive NK	512	470	-42	○
Nettoinvestitionen	0			
Vollzeitstellen (FTE)	3.5	3.4	-0.1	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:
Steuerungsentscheide mussten keine getroffen und das Globalbudget konnte vor allem dank Minderausgaben in den Bereichen Gehälter und Sozialausgaben, Ehrenkosten, Anschaffungen, Aushilfen und Weiterbildung unterschritten werden.

3. Projekte

○ Projektverlauf wie geplant ● Projektverlauf nicht wie geplant

Grundbuchführung

Januar 2013/Mitte 2016 ○
Koordination des Informatik-Grundbuches TERRIS (elektronischer Geschäftsverkehr, Zugriff aus Internet, Aufsicht und Steuerung des Deckungsgrades der Grundbuchpauschale). Organisatorische Unterstützung der Grundbuchbereinigung.

Projektstand:

Informatik-Grundbuch Schwyz: im Hinblick auf die beabsichtigte Einführung des Auskunftsportals «Terravis» konnte bei den Vertragsparteien eine Vernehmlassung zur Betriebsvereinbarung sowie zur erforderlichen Ergänzung im Gebührentarif für Notare

abgeschlossen werden. Die Auswertung ergab noch grundsätzliche Differenzen vor allem in den Haftungsfragen.

Auch zum Deckungsgrad der Grundbuchpauschale in den Grundbuchämtern wurden wiederum die notwendigen Erhebungen gemacht, deren Auswertung läuft.

Der beauftragte Grundbuchbereinigungsbeamte konnte die Reinigungsarbeiten am Kreis Wollerau (Grundbuchamt Höfe) ab der zweiten Jahreshälfte auf rund 30% intensivieren.

PG1: Führungsunterstützung und Support

Ziele

- Entscheidungsgrundlagen und Führungsunterlagen des Departements werden unter Einbezug der unterstellten Verwaltungseinheiten nach den Prinzipien der Richtigkeit, Wirksamkeit und Einfachheit rechtzeitig erarbeitet.
- Departements- und Amtsvorsteher sowie Kommissionspräsidenten und die Mitarbeitenden des RBD beurteilen die allgemeine Sekretariatsleistung als gut.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Prozesse der Budgetierung und Rechnungslegung, des Erarbeitens der Leistungsaufträge, der Rechenschafts-ablage und Geschäftskontrolle verlaufen friktionslos und zur Zufriedenheit der Adressaten. (Skala: 100–1%)	80%	85%	5%	○
Zufriedenheit gemäss Befragungen (Skala 5 = sehr gut; 1 = sehr schlecht)	4	4	0	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

PG2: Weitere übertragene Aufgaben

Ziele

- Tagfertige Buchhaltung, keine Pendenzen bei Mahnungen, Betreibungen und deren Fort- und Durchsetzung.
- Bei Bedarf immer eine Befragungsspezialistin einsatzbereit.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Tägliches Nachführen des Postcheckkontos, keine Mahnpendenzen älter als 2 Monate	80%	85%	5%	○
Anteil der bei Bedarf aufgegebenen/ angetretenen Spezialistinnen	100%	100%	0%	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

4. Morgarten 2015 – 700 Jahre Abenteuer Geschichte

Der Schwyzer Regierungsrat hat dem Projekt Morgarten 2015 bestimmte Mindestziele (Gedenkfeier/Festakt, Volksfest, Historikerkongress mit wissenschaftlicher Publikation, SJW-Heft/Lehrmittel, Informationszentrum) vorgegeben und dazu einen ersten Organisationsbeitrag in der Höhe von Fr. 650 000.– aus den Mitteln des Lotteriefonds bereitgestellt. Das Projekt wurde der «Stiftung der schweizerischen Schuljugend zur Erhaltung des Schlachtfeldes von Morgarten» (Morgartenstiftung) unterstellt. Somit arbeitet das OK «Morgarten – 700 Jahre Abenteuer Geschichte» formell im Auftrag der Stiftung und hat an fünf weiteren Sitzungen die Planung und Realisierung der verschiedenen Projekte in enger Zusammenarbeit der Kantonsregierungen der Kantone Zug und Schwyz, der Gemeinderäte Oberägeri und Sattel sowie der Stiftung und auch der IG Morgarten weitergetrieben.

B. Rechts- und Beschwerdedienst

1. Jahresrückblick

In der Frühjahrssession gewährleistete die Bundesversammlung die Verfassung des Kantons Schwyz vom 24. November 2010. Davon ausgenommen blieb § 48 Abs. 3 zum Wahlverfahren für den Kantonsrat. Dazu wurde in der Folge ein breit angelegtes Konsultationsverfahren durchgeführt. Kantonsrat und Regierungsrat beschlossen in zwei Mantelerlassen Anpassungen von Gesetzen und Verordnungen an die neue Kantonsverfassung. Als zentraler Rechtsdienst der kantonalen Verwaltung war das Amt wiederum mit der juristischen Begleitung zahlreicher weiterer Projekte befasst.

2. Finanzen

In Fr. 1000.–	2013 V	2013 R	Abw.
Aufwand	2991	2755	-236
Ertrag	10	20	10
Globalbudget	2981		
Nachkredit	0		
Globalbudget inklusive NK	2981	2735	-246
Nettoinvestitionen	0		
Vollzeitstellen (FTE)	14.0	13.8	-0.2

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Geringer als budgetiert fielen der Personalaufwand und die Kostenanteile Einführung eidgenössisches Grundbuch aus.

3. Projekte

○ Projektverlauf wie geplant ● Projektverlauf nicht wie geplant

Umsetzung der neuen Kantonsverfassung

Beginn Herbst 2011/Ende Frühling 2013

○ Nach der Inkraftsetzung der neuen Kantonsverfassung Anpassung der geltenden Rechtsordnung gemäss Rechtsetzungsprogramm.

Projektstand:

In der Frühjahrssession 2013 gewährleistete die Bundesversammlung die Kantonsverfassung vom 24. November 2010. Von der Genehmigung ausgenommen blieb § 48 Abs. 3 KV zum Wahlverfahren für den Kantonsrat. Die Bundesversammlung folgte damit dem Bundesrat, der die Nichtgewährleistung von § 48 Abs. 3 KV beantragte. Der Bundesrat erkannte in § 48 Abs. 3 KV einen Verstoß gegen das bundesverfassungsrechtliche Gebot der Wahlrechtsgleichheit (BBI 2012, S. 7913 ff.).

Am 25. September 2013 passte der Kantonsrat das Gesetz über die Organisation der Gemeinden und Bezirke und 47 weitere Gesetze, Verordnungen und Kantonsratsbeschlüsse an die Verfassung des Kantons Schwyz vom 24. November 2010 an. In einem weiteren Kantonsratsbeschluss vom 25. September 2013 wurde der Regierungsrat ermächtigt, Erlassbezeichnungen, Ingresse, Referendums klauseln und Verweise in den vom Kantonsrat gestützt auf § 40 aKV erlassenen Verordnungen vorzunehmen. Der Regierungsrat wurde ausserdem ermächtigt, beim Neudruck der Systematischen Gesetzsammlung in allen kantonsrätlichen Erlassen weitere, mehrheitlich formelle Anpassungen an die neue Kantonsverfassung vorzunehmen. Der Regierungsrat hat die erforderlichen Anpassungen in einem Beschluss vom 17. Dezember 2013 getroffen.

Kommunaluntersuche

Beginn Herbst 2012/Ende Frühling 2016

○ Konzeptionierung, Planung und Durchführung der Visitationen bei allen Bezirken und Gemeinden. Erstellen von Einzelberichten und eines Schlussberichtes.

Projektstand:

Der Regierungsrat hat vom geplanten, leicht modifizierten Ablauf und vom Inhalt der Kommunaluntersuche 2012–2016 Kenntnis genommen und das Sicherheitsdepartement mit der weiteren Vorbereitung und Durchführung der Kommunaluntersuche beauftragt.

PG1: Rechtssetzung

Ziele

- Durchsetzung einer systematischen, klaren und einfachen Gesetzessprache.
- Fristgerechte und fachlich überzeugende Stellungnahmen durch die begleitende Rechtssetzung.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.
Anteil der Erlasse mit drei oder weniger Absätzen pro Paragraf	90%	100%	10%
Anteil fristgerechter Stellungnahmen	90%	85%	-5%

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Die Anzahl der Mitberichte zu Rechtssetzungsvorlagen war mit 37 wiederum sehr hoch. In einem beträchtlichen Teil der Mitberichtsverfahren wurden von den Departementen Fristen angesetzt, welche die Regelfrist gemäss den Richtlinien für die Rechtssetzung nicht einhielten. Aus diesem Grund konnten sie in 15% der Verfahren auch im Amt nicht eingehalten werden.

PG2: Rechtspflege

Ziele

- Rechtlich korrekte und zeitgerechte Entscheidenträge an Regierungsrat.
- Vernehmlassungen an Rechtsmittelinstanzen werden ohne Fristerstreckung erstellt.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.
Anteil der Entscheidenträge an den Regierungsrat innert 6 Monaten seit Eingang	>75%	67%	-8%
Anteil fristgerechter Vernehmlassungen	>90%	94%	4%

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Die Zahl der eingegangenen Beschwerden nahm im Berichtsjahr um 32 auf 386 (418) ab. Von den 386 Beschwerden wurden acht (26) als Sprungbeschwerden zur direkten Beurteilung ans Verwaltungsgericht überwiesen. Insgesamt waren somit 378 (392) Beschwerden vom Regierungsrat zu beurteilen.

Bei den Neueingängen fielen die Beschwerden aus dem Baurecht (133), dem Sozialwesen (67), dem Erziehungswesen (44) und der Raumplanung (43) besonders ins Gewicht. In den Bereichen Baurecht (+15) und Sozialwesen (+15) war eine deutliche Zunahme zu verzeichnen. Die Beschwerden im Bereich Vormundschaft entfielen fast gänzlich (-30), weil mit dem Inkrafttreten des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts am 1. Januar 2013 die Zuständigkeit als Rechtsmittelinstanz vom Regierungsrat an das Verwaltungsgericht überging. Ebenso nahmen die Beschwerdeeingänge unter Verschiedenes (-17), in der Raumplanung (-9) sowie im Umweltschutz (-8) ab. In den übrigen Rechtsgebieten bewegten sich die eingegangenen Beschwerden im Rahmen der Vorjahre.

Am 1. Januar 2014 waren 220 (217) Beschwerden hängig. Davon waren 48 (42) im Einvernehmen mit den Parteien sistiert. Im Vergleich zum Vorjahr blieb die Zahl der vom Regierungsrat entschiedenen Beschwerden mit 375 gleich. Die Zahl der Fälle, in denen ein ausführlich begründeter Entscheid des Regierungsrats erforderlich war, nahm im Vergleich zum Vorjahr (264) auf 278 zu. Dies deshalb, weil das Sicherheitsdepartement im Berichtsjahr nur 97 (111) Beschwerdeverfahren abschreiben konnte.

Das Ziel, dem Regierungsrat in 75% der Fälle innert 6 Monaten ab Beschwerdeeingang einen Entscheidantrag vorzulegen, konnte nicht ganz erreicht werden. Im Berichtsjahr hat der Regierungsrat zahlreiche Beschwerden im Zusammenhang mit Ortsplanungsrevisionen entschieden. Bei diesen zum Teil komplizierten und in verfahrensrechtlicher Hinsicht sehr aufwändigen Verfahren (bspw. Augenschein in fast jedem Beschwerdeverfahren) ist es in der Regel nicht möglich, diese Frist von 6 Monaten einzuhalten.

	Nichteintreten	Abschreibung	Abweisung	Gutheissung	Teilw. Gutheissung	Total Erledigungen 2013	Total Erledigungen 2012
Gemeindewesen		1		1		2	3
Baurecht	2	22	52	30	7	113	91
Umweltschutz	1	7	2	1		11	5
Abgaben	1		7	1		9	7
Zivilrecht							2
Vormundschaftsrecht	3					3	44
Sozialwesen	7	15	22	20	2	66	50
Erziehungswesen	2	20	22	1	1	46	36
Strassenwesen		1	1			2	6
Raumplanung	2	7	43	9	4	65	44
Forst- und Jagdpolizei			1			1	2
Landwirtschaft		1	2			3	3
Wasserbau							
Arbeitsvergebung							
Gesundheitswesen		3	1		1	5	6
Verwaltungsverfahren							3
Verkehrs- und Polizeiwesen	1	5	1			7	19
Ausländerrecht	1	4	13	1		19	19
Verschiedenes		11	8	3	1	23	35
Total	20	97	175	67	16	375	375

PG3: Rechtsberatung

Ziele

- Zeit- und sachgerechte sowie verständliche rechtliche Beratung und Unterstützung.
- Rechtlich und sprachlich korrekte Unterstützung der Rechtsetzungsarbeiten.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.
Zufriedenheit gemäss Befragung der Departemente und Ämter (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	4	4	0 ○
Zufriedenheit gemäss Befragung der Departemente und Ämter (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	4	4	0 ○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

PG4: Aufsicht

Ziele

- Zeitgerechte und zweckmässige Vorbereitung und Durchführung der Kommunaluntersuche.
- Rasche Genehmigung von Statutenrevisionen der Korporationen.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.
Anteil der abgegebenen Berichte innerhalb der Zeitvorgaben	100%	-	-
Anteil der erteilten Genehmigungen innert 1 Monat nach Eingang aller Unterlagen und Rechtskraft des Revisionsbeschlusses	>90%	100%	10% ○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Im Jahr 2013 sind noch keine Visitationen im Rahmen der Kommunaluntersuche 2012-2016 vorgenommen worden. In einer Gemeinde wurde ein ausserordentlicher Kommunaluntersuch durchgeführt.

Das Sicherheitsdepartement hat im Auftrag des Regierungsrates bei den Bezirks- und Gemeinderäten, den politischen Parteien und der Bevölkerung zum Bedürfnis nach Reformen bei der Gliederung des Kantons in Bezirke und Gemeinden, zur Aufgabenverteilung im Kanton und zur Zusammenarbeit unter den kommunalen Gebietskörperschaften eine Befragung durchgeführt. Ausgelöst worden ist diese Befragung durch eine vom Bezirksrat Schwyz beim Institut für Betriebs- und Regionalökonomie der Fachhochschule Zentralschweiz in Auftrag gegebene Studie Bezirksreform.

Zwei Kandidaten legten die Gemeindeschreiberprüfung ab.

4. Wahlrecht für den Kantonsrat

Nachdem das geltende bzw. das in der Kantonsverfassung geordnete Wahlverfahren für den Kantonsrat vom Bundesgericht bzw. von der Bundesversammlung als verfassungswidrig qualifiziert worden war, nahm der Regierungsrat im Frühjahr 2013 eine Auslegeordnung zu einer Neuordnung des Wahlverfahrens vor. Das Sicherheitsdepartement wurde alsdann beauftragt, einen Bericht zu verschiedenen Möglichkeiten für die Ausgestaltung eines Wahlverfahrens für den Kantonsrat in die Vernehmlassung zu

geben. In der zweiten Jahreshälfte 2013 sind ausserdem die Volksinitiativen «Für ein einfaches und verständliches Wahlsystem» sowie «Für gerechte Proporzahlen – Ja zur Meinungsvielfalt im Schwyzer Kantonsrat» eingereicht worden. Beide Initiativen sind als formell zustande gekommen erklärt worden.

5. Gleichstellung von Mann und Frau

Die Gleichstellungskommission hat das Frauennetz bei seinem Projekt Fachfrauendatenbank sowie bei den zwei Frauenforen zum Thema Frau in der Politik unterstützt. Die Kommission hat ein weiteres Mal die Federführung beim nationalen Zukunftstag übernommen. Neben dem Versand der Flugblätter an die Volksschulen und an die grössten Betriebe wurde auch ein Fragebogen für die Rückmeldungen abgegeben, die sehr positiv ausfielen. Insgesamt nahmen 2000 Schulkinder am Zukunftstag teil und bekamen Einblick in den Beruf des Vaters oder der Mutter. Die Kommission hat zu verschiedenen Gesetzgebungsprojekten im Rahmen der Vernehmlassung Stellung genommen. Der Austausch zu gemeinsamen Projekten mit den Gleichstellungsverantwortlichen in der Innerschweiz bildet einen festen Bestandteil der Kommissionsarbeit.

Bei der kantonalen Schlichtungsstelle für Diskriminierungsstreitigkeiten im Erwerbsleben gingen 2013 keine Schlichtungsbegehren ein. Verschiedentlich wurde die Schlichtungsstelle als Beratungsstelle angefragt.

6. Betriebs- und Konkurswesen

Der Regierungsrat hat das Sicherheitsdepartement ermächtigt, eine Teilrevision des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs in die Vernehmlassung zu geben. Geschaffen werden soll die gesetzliche Grundlage dafür, dass die Gemeinden die Betriebsämter auf die Bezirke übertragen dürfen. Weiter sollen als Betriebs- und Konkursbeamte künftig auch Personen gewählt werden dürfen, die nicht im Kanton Schwyz Wohnsitz haben. Beide Änderungen sollen dazu beitragen, dass die Aufgaben in der Zwangsvollstreckung im Kanton Schwyz möglichst zweckmässig und wirkungsvoll organisiert sowie von fachkundigen Personen ausgeführt werden können.

In einem ausführlichen Jahres- und Kontrollbericht 2013 legte der Betriebs- und Konkursinspektor Rechenschaft ab.

C. Oberstaatsanwaltschaft

1. Jahresrückblick

Das Jahr war geprägt von der Aufarbeitung der Restanzen des Justizstreites. Entsprechend intensiv war die Anklageerhebung beim Strafgericht. Dank des mit der neuen StPO geschaffenen abgekürzten Verfahrens konnte ein Stau beim Strafgericht verhindert werden.

Markant ist der erhebliche Anstieg von Haftfällen in allen Ämtern.

Die Probleme rund um die häusliche Gewalt wie auch der Ersatzmassnahmen anstelle von Haft wurden in diversen amtsübergreifenden Projekten sowie Vorgaben über Vorgehen und Zuständigkeiten angegangen. Die Komplexität der Materie verzögerte den Abschluss im Berichtsjahr. Für die Fälle «häusliche Gewalt» wur-

den bereits in jeder Staatsanwaltschaft Verantwortliche ernannt, womit die Kompetenz und Qualität gesteigert werden soll.

Gesetzesänderungen im Strassen-, Schifffahrts- und Betäubungsmittelbereich wie auch die Rechtsprechung erforderten diverse Revisionen von Weisungen der Oberstaatsanwaltschaft.

Die Staatsanwaltschaften der Zentralschweiz vereinheitlichten über weite Strecken die Strafen im Alltagsgeschäft.

2. Finanzen

In Fr. 1000.–	2013 V	2013 R	Abw.
Aufwand	645	690	45
Ertrag	0	0	0
Globalbudget	645		
Nachkredit	0		
Globalbudget inklusive NK	645	690	45 ●
Nettoinvestitionen	0		
Vollzeitstellen (FTE)	3.1	3.0	-0.1 ○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Das Globalbudget wurde überschritten. Grund dafür ist vorab die Zwischenabrechnung des vom Regierungsrat für verschiedene Vorverfahren eingesetzten ausserordentlichen (ausserkantonalen) Oberstaatsanwaltes in der Höhe von rund Fr. 65 000.–.

3. Projekte

○ Projektverlauf wie geplant ● Projektverlauf nicht wie geplant

Anpassung der Weisungen

Beginn Januar 2012/Ende Dezember 2013 ○

Die Oberstaatsanwaltschaft hat auf die Einführung der neuen Strafprozessordnung (StPO) per 1. Januar 2011 diverse Weisungen gegenüber den Staatsanwaltschaften erlassen. Diese sind der Rechtsprechung anzupassen.

Projektstand:

Die Weisungen wurden laufend angepasst.

NEE-Fälle/Kriminaltourismus

Beginn Januar 2012/Ende Dezember 2013 ○

Schnellverfahren bei Delinquenz von Asylsuchenden mit Nichteintretensentscheid (NEE) und Kriminaltouristen.

Projektstand:

Das Projekt wird in einer Testphase bei der Staatsanwaltschaft Innerschweiz erprobt.

PG1: Leitung der Strafverfolgung im Kanton

Ziele

– Verbesserung der Altersstruktur der Fälle.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.
Anteil der Übertretungen mit einer Verfahrensdauer <60 Tage	80%	80.85%	0.85% ○
Anteil der Verbrechen und Vergehen mit einer Verfahrensdauer <180 Tage	80%	81.50%	1.50% ○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Statistiken der Staatsanwaltschaften und der Jugendanwaltschaft:

Kantonale Staatsanwaltschaft Verbrechen, Vergehen und Übertretungen

Geschäftsübersicht	2013	2012	2011	2010	2009	ältere	Total
Eingang AA im Berichtsjahr	541						
Pendenzen Vorjahre per 1. Januar 2013		166	28	24	9	1	769
Eingang WA im Berichtsjahr	44						
Pendenzen Vorjahre per 1. Januar 2013		31	42	4	0	3	124
Total	585	197	70	28	9	4	893
Erledigung AA	345	126	28	20	6	1	526
Erledigung WA	24	8	14	4	0	2	52
Total	369	134	42	24	6	3	578
Pendenz AA per 1. Januar 2014	196	40	0	4	3	0	243
Pendenz WA per 1. Januar 2014	20	23	28	0	0	1	72
Total	216	63	28	4	3	1	315

AA = Allgemeine Abteilung

WA = Wirtschaftsabteilung

Staatsanwaltschaften der Bezirke Verbrechen, Vergehen und Übertretungen

Staatsanwaltschaft Innerschwyz (STAI)

Geschäftsübersicht	2013	2012	2011	2010	2009	ältere	Total
Eingang im Berichtsjahr	5079						
Pendenzen Vorjahre per 1. Januar 2013		810	39	3	1	1	5933
Erledigung	4148	765	23	0	1	1	4938
Pendenz	931	45	16	3	0	0	995

* 3 Fälle 2007 wurden infolge Rückweisung im Jahr 2012 mit neuer Nummer erfasst.

Staatsanwaltschaft March (STAM)

Geschäftsübersicht	2013	2012	2011	2010	2009	ältere	Total
Eingang im Berichtsjahr	2371						
Pendenzen Vorjahre per 1. Januar 2013		650	211	23	10	3	3268
Erledigung	1832	522	170	22	8	2	2556
Pendenz	539	128	41	1	2	1	712

Staatsanwaltschaft Höfe Einsiedeln (STAHE)

Geschäftsübersicht	2013	2012	2011	2010	2009	ältere	Total
Eingang im Berichtsjahr	3362						
Pendenzen Vorjahre per 1. Januar 2013		608	92	15	1	1	4079
Erledigung	2828	540	78	12	1	1	3460
Pendenz	534	68	14	3	0	0	619

Jugend-anwaltschaft Verbrechen, Vergehen und Übertretungen

Geschäftsübersicht	2013	2012	2011	2010	2009	ältere	Total
Eingang im Berichtsjahr	469						
Pendenzen Vorjahre per 1. Januar 2013		26	6	1	1	0	503
Erledigung	418	24	4	1	1	0	448
Pendenz	51	2	2	0	0	0	55

D. Staatsanwaltschaft

1. Jahresrückblick

Die kantonale Staatsanwaltschaft erlebte 2013 ein Jahr mit verschiedenen organisatorischen und personellen Veränderungen. Mit der Neustrukturierung in kleinere operative Gruppen konnten Zuständigkeiten effizienter geregelt werden. Interne Abläufe wurden analysiert und wenn nötig im Hinblick auf eine Vereinfachung angepasst.

Durch die Umstrukturierung konnte im Rahmen des bestehenden Stellenetats eine zusätzliche Juristenstelle (Untersuchungssekretärin) zur Unterstützung der Staatsanwälte geschaffen werden. Personell erreichte die Staatsanwaltschaft 2013 Vollbesetzung.

Die statistischen Erledigungswerte (Eingänge +10%; Erledigungen +8%) verdeutlichen, dass der Neubeginn nach der sog. «Justizkrise» geglückt ist.

2. Finanzen

In Fr. 1000.–	2013 V	2013 R	Abw.
Aufwand	4024	3879	-145
Ertrag	30	45	15
Globalbudget	3994		
Nachkredit	0		
Globalbudget inklusive NK	3994	3834	-160 ○
Nettoinvestitionen	0		
Vollzeitstellen (FTE)	18.2	18.2	0 ○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Das nicht ausgeschöpfte Globalbudget erklärt sich hauptsächlich mit zu hoch veranschlagten Personalkosten aufgrund von (inzwischen jedoch behobenen) Vakanzen.

PG1: Strafverfahren

Ziele

- Zeitnahe Bearbeitung der Strafanzeigen.
- Sicherung der Qualität der verfahrensleitenden Verfügungen.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.
Anzahl von Bearbeitungsunterbrüchen >3 Monate	<25%	17%	8% ○
Anteil vollumfänglich gutgeheissener Beschwerden	<30%	10%	20% ○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

PG2: Abschluss Strafuntersuchung

Ziele

- Formell und materiell rechtsbeständige Strafbefehle.
- Formell und materiell rechtsbeständige übrige verfahrensabschliessende Verfügungen.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Anteil letztinstanzlich gutgeheissener Einsprachen der OSTA gegen Strafbefehle	<5%	2%	3%	○
Anteil Nichtgenehmigungen durch die OSTA	<15%	3%	12%	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Die OSTA erhob 2013 nur in einem Fall eine Einsprache, welche letztlich jedoch nicht dem Gericht zur Behandlung überwiesen wurde. Die niedrige Anzahl Nichtgenehmigungen erklärt sich wohl mit dem bereits vorhandenen internen Controlling der Entscheide bei der kantonalen Staatsanwaltschaft.

Die Indikatoren und Kennzahlen wurden nach einer Überprüfung aufgrund der Entwicklung in den letzten zwei Jahren auf das Jahr 2014 hin leicht angepasst.

PG3: Anklageverfahren

Ziele

- Formell und materiell rechtsbeständige Anklagen.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Anteil der zugelassenen Anklagen	>90%	92%	2%	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

E. Jugendanwaltschaft

1. Jahresrückblick

Während des Berichtsjahres sorgte der medienrätliche Fall «Carlos» für Diskussionen. Mit Steuergeldern werden kostenintensive Massnahmen durchgeführt, die nur gerechtfertigt sind, wenn sie tatsächlich erforderlich, zielorientiert und erfolgversprechend sind. Dies stellt hohe Anforderungen an die Situationsanalyse des Jugendlichen und die präzise Massnahmeplanung, was die Mitarbeitenden im Berichtsjahr stark beschäftigt hat.

Der im Berichtsjahr erfolgte Systemwechsel, wonach die Fachpersonen Soziale Arbeit bei der Jugendanwaltschaft angeschlossen sind, hat sich bewährt.

2. Finanzen

In Fr. 1000.–	2013 V	2013 R	Abw.	
Aufwand	1947	1227	-720	
Ertrag	74	107	33	
Globalbudget	1873			
Nachkredit				
Globalbudget inklusive NK	1873	1120	-753	○
Nettoinvestitionen	0			
Vollzeitstellen (FTE)	3.2	3.1	-0.1	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Hauptursache für den Minderaufwand sind wiederum die massiv tieferen Ausgaben bei den Strafvollzugskosten und vorsorglichen Massnahmen. Die Kosten für die stationären Unterbringungen machen dabei den grössten Teil der Ausgaben aus. Da die Massnahmen in der Regel über eine gewisse Zeit andauern, wirkt sich der Rückgang des letzten Jahres auch dieses Jahr aus.

Schwankungen bei den Strafvollzugskosten (auch starke) sind nicht zu vermeiden und hängen auch mit der Art und Schwere der Delinquenz sowie der Massnahmebedürftigkeit (psychische Störungen) der Jugendlichen zusammen. Die Werte der Jahresrechnung 2012 und 2013 können daher keinesfalls als gesicherte Referenzwerte gelten. Schon eine stationäre Massnahme mehr treibt – bei relativ wenig Fällen – die Kosten stark in die Höhe.

PG1: Strafuntersuchungen

Ziele

- Tiefes Niveau an pendenten Strafuntersuchungen.
- Beschleunigung der Verfahren.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Anzahl Pendenzen	<75	55	-20	○
Verfahrensdauer bei Übertretungen <60 Tage	95%	97%	2%	○
Verfahrensdauer bei Verbrechen und Vergehen <6 Monate	85%	86%	1%	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

PG2: Vollzug von Entscheiden/Urteilen

Ziele

- Zeitnaher Vollzug der auferlegten Strafen.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Vollzugsgespräch innert 30 Tagen ab Rechtskraft	80%	83%	3%	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

F. Kantonspolizei

1. Jahresrückblick

Der Kanton Schwyz blieb von polizeilichen Grossereignissen verschont. Zudem konnte das Dispositiv im Dorf Brunnen, welches jeweils zur Sicherung der Bundesfeier auf dem Rütli aufgezogen wird, weiter reduziert werden. Dagegen verstärkt sich der Trend zu aggressivem Verhalten im Rahmen von Festanlässen weiter. Nur dank einer zunehmenden sichtbaren Polizeipräsenz ist es gelungen, an mehreren Festanlässen Auseinandersetzungen zwischen teils stark alkoholisierten Festbesuchern zu unterbinden.

Der Bereich der Kleinkriminalität mit einer meist jungen, männlichen und ausländischen Täterschaft wurde im Berichtsjahr intensiv angegangen. Die koordinierte Bearbeitung dieser Fälle mit den Staatsanwaltschaften sowie dem Migrationsamt zeigt erste Erfolge.

Im Einbruchsektor musste eine grosse Präsenz von Kriminaltouri-
 risten festgestellt werden, welche äusserst aktiv waren. Die Zahl
 der Einbruchdiebstähle stieg dadurch im Vorjahresvergleich wei-
 ter an. Die Kantonspolizei hat in diesem Bereich ab September
 gezielte Schwerpunkte gesetzt. In deren Folge gelangen verschie-
 dene Verhaftungen. Es ist jedoch auch bei der Gegenseite ein
 Trend zur Professionalisierung erkennbar, was die Arbeit er-
 schwert. Wiederholt ergaben sich dabei Kapazitätsprobleme beim
 Kantonsgefängnis.

Der Respekt gegenüber den Mitarbeitenden der Kantonspolizei
 ist in letzter Zeit weiter gesunken. Immer wieder suchen Perso-
 nen, welche dabei meistens unter Alkoholeinfluss stehen, be-
 wusst die Konfrontation mit der Polizei.

Sorgen bereitet nach wie vor das Funknetz Polycom, welches
 noch immer nicht zur Zufriedenheit läuft. Auch 1½ Jahre nach
 Inbetriebnahme binden die Fehlersuche sowie die Fehlerbehe-
 bung umfangreiche personelle Ressourcen.

Mit gezielten präventiven und repressiven Kontrolltätigkeiten im
 Strassenverkehrsbereich konnte eine gute Wirkung erzielt und
 dem Bevölkerungswachstum sowie dem gesteigerten Verkehrs-
 aufkommen Rechnung getragen werden. Stark eingebunden war
 und ist die Kantonspolizei in verschiedene Strassenbauprojekte,
 insbesondere im Rahmen der Sanierung des Mositunnels sowie
 im Umfeld des Projektes neue Axenstrasse mit zwei Tunnels.

Im Bereich der gemeinsamen Bewältigung von Grosseignissen
 durch die Blaulichtorganisationen (Feuerwehr, Sanität und Poli-
 ze) wurde die bereits sehr gute Zusammenarbeit weiter vertieft
 und ein gemeinsamer Einsatzbehelf geschaffen. Dieser regelt die
 Schnittstellen zwischen den verschiedenen Bereichen verbind-
 lich. Damit wurde auch die Basis dafür gelegt, dass bei Grosse-
 eignissen die Gesamteinsatzleitung künftig bei der Kantons-
 polizei liegt.

2. Finanzen

In Fr. 1000.–	2013 V	2013 R	Abw.	
Aufwand	49 177	47 633	-1 544	
Ertrag	10 972	10 367	-605	
Globalbudget	38 205			
Nachkredit	0			
Globalbudget inklusive NK	38 205	37 266	-939	○
Nettoinvestitionen	6 111			
Nachkredit	0			
Nettoinvestitionen inklusive NK	6 111	78	-6 033	●
Vollzeitstellen (FTE)	285.0	288.5	3.5	●

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Die Zahl der bewilligten Vollzeitstellen wurde, aufgrund einer un-
 terdurchschnittlichen Fluktuationsrate, leicht überschritten.

Im Bereich der Aufwendungen müssen insbesondere höhere
 Personalkosten ausgewiesen werden, die jedoch durch Minder-
 ausgaben in verschiedenen anderen Aufwandkonten kompen-
 siert werden.

Bei den Erträgen trat insbesondere im Ordnungsbussenbereich
 ein Rückgang ein. Im Rahmen der Ersatzbeschaffung der Ge-
 schwindigkeitsmessanlagen traten, neben Ausführungsänderun-
 gen, auch bauliche Verzögerungen auf. Zudem führte der lang-
 fristige Ausfall eines Mitarbeiters, welcher ausschliesslich in

diesem Sektor tätig war, zu Mindereinnahmen. Die Übertretungs-
 quoten haben sich sowohl bei den fix installierten als auch bei
 den semistationären Anlagen weiter reduziert, insbesondere auf-
 grund der Tatsache, dass die Messstandorte einer breiten Öffent-
 lichkeit bekannt sind.

Das Globalbudget konnte dennoch eingehalten werden.

3. Projekte

○ Projektverlauf wie geplant ● Projektverlauf nicht wie geplant

Harmonisierung Polizeiinformatik

Beginn März 2011/Ende Dezember 2015 ○

Gesamtschweizerische Harmonisierung der polizeilichen Infor-
 matikanwendungen und Informatiksysteme mit dem Ziel, bei der
 Polizeiarbeit eine Effizienzsteigerung zu erreichen und von Ein-
 sparungspotenzial und Synergien bei der Planung, Beschaffung
 und Weiterentwicklung der Polizeiinformatik zu profitieren.

Projektstand:

Das Projekt ist zwischenzeitlich in verschiedene Teilprojekte un-
 terteielt worden. Zudem wird das Projektportfolio laufend erweitert.
 Ein erstes Teilprojekt, an welchem sich der Kanton Schwyz betei-
 ligt, umfasst die Einführung einer Smartphone-Applikation für
 Sondereinheiten. Weitere Teilprojekte beinhalten die mobile Vor-
 gangsbearbeitung sowie die Codevereinheitlichung für Polizei-
 applikationen.

Virtuelle gemeinsame Einsatzleitzentrale (V-GELZ)

Beginn Oktober 2011/Ende Dezember 2016 ●

Vernetzung der Einsatzleitzentralen im Raum Zentralschweiz
 (exkl. Kanton Luzern). In einer ersten Projektphase wird die Über-
 nahme der Notrufüberläufe zwischen den Einsatzzentralen er-
 möglicht (bis Ende Dezember 2013). In einem zweiten Schritt
 sollen gegenseitige Redundanzen geschaffen werden.

Projektstand:

Das Projekt liegt innerhalb der Planung.

Rapportierung

Beginn Januar 2012/Ende Dezember 2015 ●

Ablösung des bestehenden Rapportierungssystems. Zusammen-
 arbeit mit benachbarten Polizeikorps zwecks Nutzung von Syner-
 gien im Rahmen der Evaluation, Implementierung und auch im
 Verlauf des späteren Betriebes.

Projektstand:

Im Jahr 2013 ist im Bereich der Rapportierungssoftware eine
 Marktkonsolidierung erfolgt. Der Kanton Schwyz nimmt im Pro-
 jekt, an welchem zahlreiche Polizeikorps beteiligt sind, eine aktive
 Rolle ein.

Spezialversorgung

Beginn April 2012/Ende Dezember 2015 ○

Aufbau einer Zusammenarbeit mit der Zuger Polizei in den Berei-
 chen IT-Forensik und Sonderelektronik. Ziel des Projektes ist es,
 die Gesamtaufwendungen zu reduzieren.

Projektstand:

Das Projekt läuft derzeit wie geplant. Es ist vorgesehen, dass im
 Bereich IT-Forensik durch den Kanton Schwyz beim Kanton Zug
 ein Leistungseinkauf erfolgt. Im Bereich Sonderelektronik soll
 die Leistungserbringung vermehrt durch den Kanton Schwyz
 erfolgen.

PG1: Gesamtsicherheit

Ziele

- Reduktion der durchschnittlichen Interventionszeit.
- Erhöhung der sichtbaren Präsenz (Patrouillentätigkeit und Sektorenbetreuung).

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Zeit zwischen Ende des Meldungseinganges und Eintreffen der ersten Polizeikräfte vor Ort (Durchschnitt in Min.)	14	14	0	○
Durchschnittlicher Anteil der Interventionen <10 Min.	37%	36%	-1%	●
Jährliche Personenstunden an sichtbarer Präsenz (Anzahl Stunden)	42 000	42 800	800	○
Patrouillentätigkeit (rollend sowie zu Fuss) prozentual zur bewilligten Gesamtkapazität	17%	18%	1%	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Die durchschnittliche Interventionszeit betrug 13 Minuten und 35 Sekunden (13 Minuten 57 Sekunden). Ausgewertet wurden 5782 Einsätze. Verglichen mit dem Vorjahr beträgt die durchschnittliche Verbesserung rund 20 Sekunden.

In 36% (36%) der Fälle waren die ersten Polizeikräfte in weniger als 10 Minuten am Einsatzort. Der Wert blieb damit unverändert, und das Ziel wurde erneut sehr knapp nicht erreicht.

PG2: Verkehrssicherheit

Ziele

- Erhöhung der Wirkung der präventiven und repressiven Kontrolltätigkeit im Verkehrsbereich.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Anzahl Übertretungen pro Kontrollstunde im Durchschnitt pro Jahr (fixe und mobile Messanlagen)	1.50	1.02	-0.48	○
Anzahl der Unfälle im Kanton Schwyz wegen Alkohol pro 1000 im Kanton Schwyz immatrikulierter Fahrzeuge, 3-Jahres-Durchschnitt	0.60	0.43	-0.17	○
Anzahl der Unfälle im Kanton Schwyz wegen übersetzter Geschwindigkeit pro 1000 im Kanton Schwyz immatrikulierter Fahrzeuge, 3-Jahres-Durchschnitt	1.3	0.55	-0.75	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Die Zahl der Verstösse pro Kontrollstunde lag bei 1.02 (1.38). Das Vorjahresergebnis konnte damit deutlich unterboten werden. Das Ziel wurde erreicht.

Pro 1000 im Kanton immatrikulierte Fahrzeuge wurden 0.33 (0.45) alkoholbedingte Verkehrsunfälle registriert. Der relevante 3-Jahres-Vergleichswert reduzierte sich auf 0.43 (0.47). Der Zielwert wurde somit erreicht.

Wegen übersetzter Geschwindigkeit ereigneten sich pro 1000 immatrikulierte Fahrzeuge 0.61 (0.63) Verkehrsunfälle. Im 3-Jahres-Vergleich liegt der Wert bei 0.55 (0.8) Verkehrsunfällen, womit das Ziel deutlich übertroffen wurde.

PG3: Kriminalitätsbekämpfung

Ziele

- Reduktion der Zahlen Einbruchdelikte.
- Erhöhung der Aufklärungsquote Raubdelikte.
- Erhöhung der Aufklärungsquote Einbruchdelikte.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Anzahl der Einbrüche pro 1000 Einwohner, 3-Jahres-Durchschnitt	5.0	3.03	-1.97	○
Aufklärungsquote bei Raubdelikten im 3-Jahres-Durchschnitt	40%	48%	8%	○
Aufklärungsquote bei Einbruchdelikten im 3-Jahres-Durchschnitt	16%	15%	-1%	●

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Die Zahl der Einbruchdelikte je 1000 Einwohner erhöhte sich auf 3.70 (2.56), wobei dieser Wert noch immer deutlich unter dem schweizerischen Durchschnitt liegt. Der 3-Jahres-Durchschnittswert stieg damit auf 3.03 (2.7).

Bei den Raubdelikten konnten 30% (60%) der Fälle geklärt werden. Der Durchschnittswert der vergangenen drei Jahre reduzierte sich damit auf 48% (54%).

Bei der Aufklärungsquote der Einbruchdelikte konnte erfreulicherweise eine deutliche Steigerung verzeichnet werden. Es konnten 20% (9%) der Fälle abgeklärt werden. Im 3-Jahres-Durchschnitt liegt der Wert neu bei 15% (12%). Das angestrebte Ziel wurde damit knapp verpasst.

PG4: Grossereignisse

Ziele

- 24/7-Aufwuchskapazität im Ereignisfall (Organisationsziel).

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Anzahl Minuten ab Pagerauslösung bis 50% der Einsatzkräfte am Einsatzort eingetroffen sind	45	35	-10	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Im Rahmen der Testalarmierung lag die durchschnittliche Ausrückzeit erneut bei 35 Minuten (35). Das Ziel wurde damit erreicht.

Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS)

Weitere Details zur Leistung der Kantonspolizei mit Vergleichswerten zu den anderen Kantonen zeigt die polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) des Bundesamtes für Statistik. Diese kann unter www.bfs.admin.ch eingesehen werden.

G. Amt für Justizvollzug

1. Jahresrückblick

Strafvollzug: Im Berichtsjahr ist erneut eine Zunahme bei den neu eingegangenen Vollzugsaufträgen festzustellen. Insbesondere bei den unbedingten Freiheitsstrafen ist der Zuwachs deutlich. Un-

verändert hoch sind die Fallzahlen im Bereich der Bussenumwandlungen.

Kantonsgefängnis: Die Auslastung der Haftplätze war mit 90% (87%) wiederum höher als im Vorjahr. Festzustellen ist, dass die Abteilung Strafvollzug mit zwölf Plätzen dauernd voll ausgelastet war. Zeitweise herrschte auch Überbelegung. In einem Regionalgefängnis sollte die durchschnittliche Jahresauslastung nicht mehr als 80% betragen, damit immer freie Haftplätze für unplanbare Eintritte (Ausschreibungen, Untersuchungshaft usw.) zur Verfügung stehen.

Bewährungsdienst: Ein markanter Anstieg ist bei den gerichtlich angeordneten Ersatzmassnahmen (anstelle von Untersuchungshaft) zu verzeichnen. Das Risikomonitoring, verbunden mit sozialer Betreuung, ist in diesen Fällen grossmehrheitlich sehr aufwändig und zeitintensiv.

2. Finanzen

In Fr. 1000.–	2013 V	2013 R	Abw.	
Aufwand	5203	5596	393	
Ertrag	1411	2057	646	
Globalbudget	3792			
Nachkredit	340			
Globalbudget inklusive NK	4132	3539	-593	○
Nettoinvestitionen	0			
Vollzeitstellen (FTE)	22.1	22.3	0.2	●

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Nachkredite bei den Strafvollzugskosten: mehr Vollzugsfälle und damit verbunden vermehrt ausserkantonale Platzierungen von Insassen mit längeren Freiheitsstrafen und stationären Massnahmen. Eine höhere Auslastung im Kantonsgefängnis bringt dazu auch mehr Verpflegungskosten für Gefangene mit sich.

Die Abweichung von 0.2 Vollzeitstellen (FTE) ergibt sich daraus, dass eine Mitarbeiterin des Gefängnisses infolge Krankheit über längere Zeit angestellt war, ohne zu arbeiten (Kündigung per Ende August 2013). Da ihre Nachfolge bereits im Juni 2013 eingestellt werden konnte, hatte dies eine «Doppelanstellung» während dreier Monate zur Folge, was den Mittelwert entsprechend erhöhte.

3. Projekte

○ Projektverlauf wie geplant ● Projektverlauf nicht wie geplant

Übernahme von Vollzugaufgaben der Bezirke
Beginn 2. Hälfte 2012/Ende 2013 ●

- Verwertung beschlagnahmter Gegenstände;
- Verlustscheinbewirtschaftung;
- Durchführung von Ersatzmassnahmen.

Projektstand:

Das Projektende wurde im Berichtsjahr aufgrund von Verzögerungen bei den Stellungnahmen der Bezirke von Ende 2013 neu auf Ende 2014 terminiert. Das Teilprojekt «Verwertung beschlagnahmter Gegenstände» konnte mittlerweile abgeschlossen werden. Verwertungen werden für die Bezirke durchgeführt.

Electronic Monitoring (EM)

Beginn 2013/Ende 2014 ●

EM dient dem Vollzug von Freiheitsstrafen in Form des elektronisch überwachten Vollzuges ausserhalb der Vollzugseinrichtung. Es kann nach der Einführung auf Bundesstufe auch im Kanton Schwyz helfen, Kosten zu sparen. Die Voraussetzungen und Anforderungen sollen abgeklärt und gegebenenfalls die Einführung vorbereitet werden.

Projektstand:

Das Projekt wurde im Berichtsjahr gestrichen, da die Einführung auf Bundesstufe im Rahmen der Revision AT StGB zeitlich nach hinten geschoben wurde. Somit braucht es bis auf Weiteres keine weiteren Abklärungen in den Kantonen in dieser Sache.

PG1: Strafvollzug

Ziele

- Der Verurteilte wird innerhalb von 10 Tagen nach Eingang des Falles zum Vollzugsgespräch aufgeboten.
- Rechnungsstellung/Mahnwesen innert 6 Monaten nach Eingang des Falles abgeschlossen oder der Fall in Betreuung gesetzt, resp. Geldstrafe oder Busse in Freiheitsstrafe umgewandelt.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
rechtzeitiges Aufgebot/Eingänge	80%	80%	0%	○
rechtzeitige Rechnungsstellung, Mahnung, Betreuung oder Umwandlung/Eingänge	70%	80%	10%	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

PG2: Kantonsgefängnis Biberbrugg

Ziele

- Jahresauslastung der Haftplätze.
- Angebot von durchschnittlich 5 Stunden Insassenarbeit pro Werktag in der Abteilung Strafvollzug (9 Plätze).

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
effektive Belegung/maximale Belegung	80%	90%	10%	○
effektiv geleistete Arbeitsstunden/vorgegebene Arbeitsstunden	75%	113%	38%	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Insassenarbeit: die Abteilung Strafvollzug (Normalvollzug) war teilweise überbelegt, und deshalb wurden deutlich mehr Arbeitsstunden geleistet.

PG3: Bewährungsdienst Kanton Schwyz

Ziele

- Sozialbericht innert 1 Monat nach Auftrag, Beendigung Probezeit oder anderem Auslösungsereignis erstellt.
- Meldeaufforderung an Verurteilte erfolgt innert sechs Wochen nach Eingang des Falles.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
rechtzeitige Berichterstattung/Eingänge	60%	60%	0%	○
rechtzeitige Meldeaufforderung/Eingänge	100%	100%	0%	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

4. Strafvollzug

Im Berichtsjahr gingen folgende Vollzugsaufträge ein:

88	(57)	unbedingte Freiheitsstrafen
16	(22)	bedingte Freiheitsstrafen
935	(904)	Bussenumwandlungen
0	(0)	unbedingte militärische Freiheitsstrafen
3	(0)	Massnahmen
15	(11)	Weisungen
88	(128)	Geldstrafen/Bussen/Ersatzforderungen Gerichte, Staatsanwaltschaft, Militär
51	(83)	bedingte Geldstrafen (inklusive Militär)
297	(188)	Kosteninkassi, Depots (Gerichte, Oberstaatsanwaltschaft, Staatsanwaltschaft, Militär)
8	(3)	Verwertungen
1501	(1396)	Total

Am Jahresende befanden sich im Straf- und Massnahmenvollzug:

17	(12)	Normalvollzug
17	(17)	Massnahmen
3	(6)	vorzeitiger Strafantritt
0	(0)	Halbgefängenschaft
37	(35)	Total

Pendente Fälle:

13	(12)	zur Verhaftung ausgeschrieben
907	(568)	Bussenumwandlungen
0	(2)	zum Vollzug aufgeboten
2	(2)	nicht hafterstehungsfähig
574	(566)	in Bearbeitung
1496	(1150)	Total

5. Kantonsgefängnis

Belegung	Belegungstage		Personen	
Sicherheits- und Polizeihaft	656	(601)	136	(153)
Untersuchungshaft	3486	(3239)	241	(202)
Ausschaffungshaft	1908	(2714)	140	(165)
Jugendstrafvollzug	0	(0)	0	(0)
Gericht	0	(13)	0	(5)
Halbgefängenschaft	0	(121)	0	(1)
Diverse Vollzüge	4782	(3752)	89	(77)
Total	10 832	(10 440)	606	(603)

6. Bewährungsdienst

Erwachsene

Im Berichtsjahr gingen folgende Mandate ein:

16	(14)	Bewährungshilfe bei bedingter Entlassung/Verurteilung und in Militärstrafsachen
2	(0)	Kontrolle ambulante Massnahme
25	(27)	Soziale Betreuung
28	(9)	Weisungskontrolle bei bedingter Entlassung/Verurteilung
57	(17)	Ersatzmassnahmen nach StPO
47	(76)	gemeinnützige Arbeit
175	(143)	Total

Pendente Mandate insgesamt:

137	(105)	Bewährungshilfe, Kontrolle ambulante Massnahmen, Soziale Betreuung, Weisungskontrolle, gemeinnützige Arbeit
-----	-------	---

Jugendliche

Im Berichtsjahr gingen folgende Mandate ein:

116	(162)	Persönliche Leistungen
-----	-------	------------------------

Pendente Mandate insgesamt:

23	(37)	persönliche Leistungen
----	------	------------------------

H. Amt für Militär, Feuer- und Zivilschutz

1. Jahresrückblick

Das Feuerschutzgesetz vom 12. Dezember 2012 (FSG, SRSZ 530.110) wurde auf den 1. Januar 2013 in Kraft gesetzt. Als Folge davon waren in den Gemeinden die kommunalen Feuerwehrreglemente an die neue Gesetzgebung anzupassen.

Im Rahmen der ABC-Schutzstrategie Schweiz wurden in Anlehnung an die im Jahr 2012 erarbeitete Defizitanalyse die dazu notwendige Massnahmenplanung erstellt und die betroffenen Departemente mit der Umsetzung beauftragt. Die Migration Polyalert Kanton Schwyz beinhaltete die Umrüstung der funkgesteuerten Auslösung sämtlicher Sirenen zur Alarmierung der Bevölkerung. Sie wurde erfolgreich abgeschlossen.

Im Bereich Katastrophenhilfe fanden intensive Absprachen und Rapporte für das Projekt «Interventionskarten» statt. Dabei wurden die gemeindespezifischen Massnahmen und Planungen überprüft bzw. die daraus folgenden notwendigen Arbeiten eingeleitet.

Die weiterhin rege Bautätigkeit dominierte das Tagesgeschäft in den Bereichen des baulichen Zivilschutzes und des vorbeugenden Brandschutzes und zwang zu Konzentrationsmassnahmen und Arbeitsverschiebungen.

Das Ausbildungszentrum ist weiterhin sehr gut ausgelastet. Es erweist sich als grosse Herausforderung, die vielfältigen Belegungswünsche an die moderne Übungsanlage UFZ durch Feuerwehr, Zivilschutz, Militär und Dritte mit den vorhandenen Ressourcen zu erfüllen.

2. Finanzen

In Fr. 1000.–	2013 V	2013 R	Abw.
Aufwand	16 929	17 619	690
Ertrag	12 758	13 579	821
Globalbudget	4 171		
Nachkredit	0		
Globalbudget inklusive NK	4 171	4 040	-131 ○
Nettoinvestitionen	0		
Vollzeitstellen (FTE)	37.0	37.0	0 ○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Durch die optimale Auslastung der Infrastruktur im AMFZ und der Übungsanlage durch externe Dritte konnten Mehrerträge generiert werden, und wegen der regen Bautätigkeit erhöhten sich auch die Einnahmen an Ersatzbeiträgen im Bereich Schutzbauten. Zudem stieg auch die gesamte Versicherungssumme der Gebäude, was zu Mehrerträgen aus dem Erlös der Abgabe der Feuerversicherungen führte. Dies und die Tatsache, dass einzel-

ne Gemeinden zugesicherte und eingeplante kantonale Feuer-
schutzbeiträge (noch) nicht beanspruchten, führte insbesondere
dazu, dass die ursprünglich für 2014 budgetierte erste Tranche
der Beschaffung eines Chemiewehrfahrzeuges für den Stütz-
punkt Schwyz der Dringlichkeit entsprechend vorgezogen werden
konnte.

3. Projekte

○ Projektverlauf wie geplant ● Projektverlauf nicht wie geplant

Betriebsabrechnung UFZ/Brandanlage

Beginn Januar 2010/Ende Dezember 2014 ○
Erreichen einer betriebswirtschaftlich und ökonomisch sinnvollen
Auslastung der Übungsanlage für Feuerwehr und Zivilschutz
(UFZ). Erreichen einer hohen Kostentransparenz durch Führen
einer separaten Betriebskostenrechnung.

Projektstand:

Die Betriebskostenabrechnung hat sich bewährt. Der Schweizeri-
sche Versicherungsverband (SVV) leistete im Berichtsjahr für das
Jahr 2012 einen Defizitbeitrag von Fr. 180 000.–.

Sanierung UFZ

Beginn Ende 2012/Ende Februar 2014 ○
Sanierung und Instandstellung von veralteten Infrastrukturen im
UFZ (Kanalisationsanschluss, Theorieräume, Materialhalle, Aus-
bildungsplätze, Unterstände, Militäranlage).

Projektstand:

Die Sanierung und Instandstellung der Infrastrukturen im UFZ
schreiten planungsgemäss voran. Die Kanalisation, Ausbildungs-
plätze sowie Unterstände sind erstellt. Die weiteren geplanten
und bewilligten Innen- und Ausbaurbeiten folgen.

PG1: Militär

Ziele

– Alle aufgebodeneten Teilnehmer haben den Orientierungstag
(OT) absolviert.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.
Prozentsatz der Absolventen des Orientierungstages	>90%	99%	9% ○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

An 17 Tagen wurden als Vorbereitung auf die Rekrutierung 775
Stellungspflichtige des Jahrgangs 1995 an einem ganztägigen
obligatorischen Orientierungstag über die Armee, den Zivilschutz
und den Zivildienst orientiert.

PG2: Vorbeugender Brandschutz/Feuerpolizei/Störfall

Ziele

– Vorbeugender Brandschutz und Störfallvorsorge.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.
Anteil der bearbeiteten Baugesuche innert der von der Baugesuchszentrale (BGZ) vorgegebenen Frist	90%	90%	0% ○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

294 Brandschutzbewilligungen für Neu- und Umbauten mit spe-
ziellen Brandgefahren (Industrie- und Gewerbegebäude, öffentli-
che Bauten usw.) sowie 160 Abnahmerapporte wurden erstellt.

PG3: Abwehrender Brandschutz/Feuerwehrinspektorat

Ziele

– Gewährleistung der Einsatzbereitschaft von Gemeinde-, Be-
triebs- und Stützpunktfeuerwehren.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.
Anteil der durchgeführten Inspektionen (Einsatz und Ausrüstung) mit der Bewertung «sehr gut» oder «gut»	80%	90%	10% ○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Um die Einsatzbereitschaft sicherzustellen, wurden im betriebli-
chen Brandschutz 47 spezifische Brandschutzinstruktionen
durchgeführt. Dabei sind 484 Teilnehmer in das richtige Vorge-
hen betreffend Alarmierung, Rettung und Brandbekämpfung mit
Kleinlöschgeräten eingeführt worden. In 43 Hotels, Heimen, Be-
trieben und öffentlichen Gebäuden wurden Kontrollen und Ber-
atungen im Bereich des betrieblichen Brandschutzes vorgenom-
men.

PG4: Zivilschutz

Ziele

– Einsatzbezogene Ausbildung von Angehörigen des Zivilschut-
zes (AdZS).
– Fristgerechte Bearbeitung der Baugesuche (Schutzraumbau-
pflicht) im Baubewilligungsverfahren.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.
Anteil Teilnehmer in %, welche die Ausbildung mit «sehr gut» oder «gut» bewerten	80%	94%	14% ○
Anteil der bearbeiteten Baugesuche innert der von der Baugesuchszentrale (BGZ) vorgegebenen Frist	90%	92%	2% ○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

In sieben Zivilschutzrekrutenschulen (Grundausbildung) wurden
in drei Fachrichtungen (Stabsassistent, Pionier, Betreuer) Teil-
nehmer aus den Kantonen UR, ZG, NW und GL ausgebildet. Im
Rahmen der Ausbildungsvereinbarung der Zentralschweizer Re-
gierungskonferenz (ZRK) wurden weitere Kurse im Bereich der
Kader- und Spezialistenausbildung mit Teilnehmern aus allen
Partnerkantonen durchgeführt.

PG5: Katastrophenhilfe

Ziele

– Sicherstellung der Führung in ausserordentlichen Lagen durch
den Kantonalen Führungsstab (KFS).

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.
Mindestanzahl der Kontrollen/Übungen und Rapporte pro Jahr	10	9	-1 ●

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Vom 31. Mai bis 3. Juni waren Teile des Kernstabes des Kantonalen Führungstabes (KFS) in Folge der starken Niederschläge im Einsatz. Die Führungsunterstützung des KFS wurde anlässlich mehrerer Übungen auf ihre Aufgabe vorbereitet. Drei Gemeindeführungsstäbe wurden aus- und weitergebildet.

PG6: Betrieb/Infrastruktur

Ziele

- Störungsfreier und reibungsloser Betriebsablauf des Ausbildungszentrums für Feuerwehr und Zivilschutz sowie Drittbewerber.
- Störungsfreie und reibungslose Betreuung der persönlichen Ausrüstung für Angehörige der Armee, Zivilschutz und Feuerwehrinstructoren sowie Dritte.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Zufriedenheit der Benutzer: Prozentualer Anteil der Bewertung «sehr zufrieden» oder «gut zufrieden» mittels schriftlicher Befragung	90%	93%	3%	<input type="radio"/>
Zufriedenheit der Benutzer: Prozentualer Anteil der Bewertung «sehr zufrieden» oder «gut zufrieden» mittels schriftlicher Befragung	80%	98%	18%	<input type="radio"/>

Vorgabe eingehalten/erfüllt Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Das Ausbildungszentrum war mit 356 Instruktiondiensten des Zivilschutzes, Feuerwehrkursen, Orientierungstagen und Drittbelegungen sehr gut ausgelastet.
Zusätzlich wurden an 331 Tagen die Unterkünfte belegt.

Die Laufende Rechnung des Berichtsjahrs 2013 weist einen Aufwandüberschuss von 140.7 Mio. Franken aus und schliesst damit um 40 Mio. Franken schlechter als budgetiert ab. Hauptgrund für diese Abweichung sind hauptsächlich der Mehraufwand bei verschiedenen rechtlich gebundenen Ausgaben sowie vor allem die gegenüber den Wachstumserwartungen stark abgeschwächten Einnahmen bei den Einkommens- und Vermögenssteuern. Im Gegensatz zu den vergangenen Jahren ist die Ertragsseite merklich tiefer als budgetiert ausgefallen. Auf der Aufwandseite herrschte allgemein eine gute Budgetdisziplin. Das Eigenkapital per Ende 2013 sinkt auf 278.6 Mio. Franken.

Angesichts der Lage des Staatshaushaltes hat der Regierungsrat Ende 2012 den Auftrag zum Entlastungsprogramm 2014–2017 (EP 14–17) erteilt. Damit soll der Finanzhaushalt bis zum Jahr 2018 ausgeglichen werden. Mit der Ausarbeitung von Massnahmen in der Kompetenz des Kantonsrates und des Regierungsrates liegen zwei auf der Aufwandseite ansetzende Pakete vor. Mit der zu Händen des Kantonsrates verabschiedeten Teilrevision des Steuergesetzes wird angestrebt, Mehrerträge in Steuerteilbereichen auszuschöpfen, ohne dass dadurch die steuerliche Attraktivität generell beeinträchtigt wird.

Die Aktivitäten zur Optimierung der Zahlungen in den Nationalen Finanzausgleich (NFA) wurden in enger Zusammenarbeit mit den anderen Geberkantonen im Hinblick auf die Vernehmlassung des zweiten NFA-Wirksamkeitsberichts weiter intensiviert. Das neue Finanzhaushaltsgesetz wurde vom Kantonsrat verabschiedet. Auf dieser Grundlage konnten nach den konzeptionellen Arbeiten für den neuen Aufgaben- und Finanzplan und den Rechnungslegungsstandard HRM2 nun die Umsetzungsarbeiten gestartet werden.

A. Departementssekretariat

1. Jahresrückblick

Das Jahr 2013 stand im Zeichen des EP 14–17. Es wurde dafür eine umfassende Analyse des Staatshaushalts vorgenommen und auf dieser Grundlage mit den Departementen rund 70 Entlastungsmassnahmen erarbeitet. Ferner erfolgte die Ausarbeitung und Verabschiedung des neuen Finanzhaushaltsgesetzes. Die Umsetzungsarbeiten zum neuen Aufgaben- und Finanzplan und zur Einführung des Harmonisierten Rechnungsmodells 2 (HRM2) wurden fortgesetzt. Die Erarbeitung des zweiten NFA-Wirksamkeitsberichts durch das eidgenössische Finanzdepartement wurde im Rahmen der von Geber- und Nehmerkantonen paritätisch zusammengesetzten Fachgruppe sowie durch die Arbeitsgruppe der Geberkantone eng begleitet bzw. verfolgt.

2. Finanzen

In Fr. 1000.–	2013 V	2013 R	Abw.	
Aufwand	783	841	58	
Ertrag	6	5	-1	
Globalbudget	778			
Nachkredit	89			
Globalbudget inklusive NK	867	836	-31	○
Nettoinvestitionen	0			
Vollzeitstellen (FTE)	3.9	3.9	0	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Das ursprüngliche Globalbudget konnte nicht eingehalten werden. Im Herbst musste ein Nachkredit beantragt werden. Die Arbeiten zum EP 14–17 beanspruchen zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen. Es mussten befristete Aushilfen angestellt werden sowie in Sachen privilegierter Dividendenbesteuerung und interkantonalen Benchmarking des Finanzhaushalts zwei Expertengutachten in Auftrag gegeben werden. Durch die Einarbeitung einer neuen Mitarbeiterin im Sekretariat fielen höhere Kosten im Bereich Aus- und Weiterbildung an. Die Intensivierung der Zusammenarbeit unter den Geberkantonen im Bereich NFA hatte höhere Reisekosten zur Folge.

3. Projekte

○ Projektverlauf wie geplant ● Projektverlauf nicht wie geplant

Umsetzung Massnahmenplan 2011

Beginn 2011 / Ende 2013

○ Ausarbeitung und Umsetzung der vom Kantonsrat und Regierungsrat beschlossenen Massnahmen. Das Projekt ist ein Bestandteil der Strategie «Wirtschaft und Wohnen im Kanton Schwyz».

Projektstand:

Das Projekt Massnahmenplan 2011 konnte abgeschlossen werden. Die sich noch in der Umsetzung befindenden Massnahmen wurden in das EP 14–17 überführt.

Neues Kompetenzzentrum Finanzen

Beginn 2011/Ende 2015

● Strategisches Programm des Finanzdepartements mit folgenden Projekten: Überführung WOV in das ordentliche Recht; Einführung Internes Kontrollsystem (IKS); Übergang Harmonisiertes Rechnungsmodell (HRM1 zu HRM 2); Revision Finanzhaushaltsgesetzgebung; Entwicklung Organisationsmodell des zukünftigen Kompetenzzentrums Finanzen.

Projektstand:

Der Kantonsrat hat am 20. November 2013 das neue Finanzhaushaltsgesetz verabschiedet, womit die Grundlage für die weiteren Umsetzungsschritte gelegt ist. Auf Basis des Arbeitsstandes und der engen Zeitverhältnisse für die anstehenden organisatorischen, prozessualen und technischen Umsetzungsarbeiten hat der Regierungsrat dem Antrag auf Verschiebung der Inkraftsetzung um ein Jahr auf den 1. Januar 2016 zugestimmt.

Optimierung Beschaffungen im Sachaufwandsbereich

Beginn Mai 2012/Ende Dezember 2015

○ Erstellung eines Konzeptes und dessen Umsetzung, um zukünftig sämtliche Beschaffungen im Sachaufwandsbereich zentral und einheitlich tätigen zu können. Das Projekt ist ein Bestandteil der Strategie «Wirtschaft und Wohnen im Kanton Schwyz».

Projektstand:

Das Projekt wurde in die Arbeiten zum EP 14–17 überführt und wird deshalb nicht mehr separat geführt. Es erfolgte eine verwaltungsweite Analyse der Sachkosten auf Basis der Staatsrechnung 2012. In Bezug auf die Sachkostenarten Informatik, Telekommunikation, Drucker und Kopierer, Drucksachen sowie Berater und externe Mitarbeiter sind konkrete Massnahmen in das EP 14–17 eingeflossen.

Umsetzung NFA-Standesinitiative

Beginn Januar 2013/Ende Dezember 2015

Optimierung der Berechnungsgrundlagen und des Verteilmechanismus des NFA-Ressourcenausgleichs. Das Projekt ist neu auch Bestandteil der Strategie «Wirtschaft und Wohnen im Kanton Schwyz».

Projektstand:

Mit der vom Kantonsrat verabschiedeten NFA-Standesinitiative zur Erhöhung der Wirksamkeit des Ressourcenausgleichs durch die Einführung einer neutralen Zone versucht der Kanton Schwyz, direkt auf die Entwicklung der NFA-Zahlungen Einfluss zu nehmen. Die Standesinitiative wurde sowohl in der ständerätlichen als auch in der nationalrätlichen Finanzkommission vom Vorsteher des Finanzdepartements vorgestellt. Beide Kommissionen zeigten im Grundsatz Verständnis für das Anliegen, wollen aber erst mit dem Vorliegen des zweiten NFA-Wirksamkeitsberichts im Jahr 2015 allfällige Änderungen des NFA-Systems behandeln. Beide Kommissionen haben beschlossen, der Initiative keine Folge zu geben. Gleichzeitig entschied man aber auch, sich mit einem Schreiben an den Bundesrat zu wenden, damit die Anliegen der Geberkantone und im Speziellen des Kantons Schwyz im Rahmen des zweiten NFA-Wirksamkeitsberichts geprüft werden.

Entlastungsprogramm 2014–2017

Beginn Januar 2013/Ende Dezember 2017

Der Finanzhaushalt soll bis zum Jahr 2018 ausgeglichen werden. Dazu werden Entlastungsmassnahmen ergriffen, welche sowohl auf der Aufwandseite als auch auf der Ertragsseite ansetzen.

Projektstand:

In einem ersten Schritt wurden die Entlastungsanteile von Aufwandreduktion und Ertragssteigerung geschätzt und systematisch pro Departement die Handlungsspielräume und die Auswirkungen einer Aufwandreduktion ermittelt. Parallel dazu erfolgte eine umfassende Analyse des Staatshaushalts (u.a. Überprüfung von Leistungsvereinbarungen, Konkordaten, Konferenzen und Sachkosten). Von April bis Juli 2013 wurden von allen Departementen Entlastungsmassnahmen erarbeitet und geprüft. Der Regierungsrat hat sich mit sämtlichen Massnahmen auseinandergesetzt und im Herbst 2013 entschieden, 13 Massnahmen in der Kompetenz des Kantonsrates in eine breite Vernehmlassung zu geben und 55 Massnahmen in der Kompetenz des Regierungsrates und der Departemente ab 2014 umzusetzen.

PG1: Führungsunterstützung

Ziele

- Hohe Kundenzufriedenheit des Departementvorstehers.
- Hohe Zufriedenheit der Kooperationspartner (u.a. Ämter der kantonalen Verwaltung, Externe).
- Eingehaltene Fristen bei Mitberichten.
- Eingehaltene Fristen bei Vernehmlassungen.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Zufriedenheit gemäss Befragung (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	4.5	5.0	0.5	○
Zufriedenheit gemäss Befragung (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	4.5	4.5		○
Anzahl termingerechte Mitberichte/ Gesamtanzahl Mitberichte	100%	90%	10%	●
Anzahl termingerechte Vernehmlassungen/ Gesamtanzahl Vernehmlassungen	100%	100%	0%	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Die Zufriedenheitsbefragungen des Departementvorstehers und der Kooperationspartner ergaben sehr gute Werte. Aufgrund der verschiedenen parallel laufenden Projektarbeiten mussten die Mitarbeitenden des Departementsekretariats fortlaufend priorisieren. Die Einhaltung von Terminen und Fristen von weniger wichtigen Mitberichten konnte somit nicht konsequent eingehalten werden.

PG2: Haushaltstrategie

Ziele

- Wahrscheinliche Steuerprognose Einkommens- und Vermögenssteuern.
- Wahrscheinliche Steuerprognose Ertrags- und Kapitalsteuern.
- Höchste Bonität auf dem Kapitalmarkt.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Budgetierter Steuerertrag im Verhältnis zum effektiven Steuerertrag	0.86–1.14	1.23	–0.26	●
Budgetierter Steuerertrag im Verhältnis zum effektiven Steuerertrag	0.86–1.14	0.99	0.01	○
Rating von Standard&Poor's	AAA	AAA	–	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Die Einkommens- und Vermögenssteuer wurde – analog zum Vorjahresbudgetwert – mit 272 Mio. Franken sehr ambitiös budgetiert. Der effektiv eingenommene Betrag von 220.8 Mio. Franken liegt signifikant unter dem budgetierten Wert. Die ursprünglich noch auf Basis der Rechnung 2011 (252.9 Mio. Franken) formulierte hohe Wachstumserwartung ist somit nach 2012 auch nicht für 2013 eingetroffen. Bei den Ertrags- und Kapitalsteuern erreichte man praktisch eine Punktlandung. Budgetiert wurden 26.8 Mio. Franken, was ziemlich genau dem eingenommenen Steuerertrag von 27.1 Mio. Franken entspricht. Das Ziel der höchst möglichen Bonität auf dem Kapitalmarkt konnte eingehalten werden. Standard & Poor's hat das AAA-Rating bestätigt.

4. Finanzausgleich

Insgesamt hat sich die Steuerbelastung in den Gemeinden stabilisiert. So konnte die Gemeinde Morschach ihren Steuerfuss reduzieren, während in drei Bezirken und vier Gemeinden der Steuerfuss leicht nach oben angepasst werden musste. Drei Bezirke und 22 Gemeinden belassen ihren Steuerfuss unverändert.

Im Rechnungsjahr 2012 hatte der Bezirk Höfe eine Abschöpfungsleistung von rund 4.5 Mio. Franken zu erbringen. Der Bezirk Küsnacht sowie die Gemeinden Wollerau, Freienbach und Feusisberg finanzierten den Steuerkraftausgleich 2013 auf kommunaler Ebene. Die Abschöpfungsleistung der vier Gemeinden zusammen betrug rund 21 Mio. Franken. Der Mittelwert der relativen Steuerkraft betrug Fr. 1884.–.

Beim direkten Finanzausgleich betragen die Normansätze der einzelnen Normaufwandgruppen: Fr. 13 957.– pro Schüler in der Bildung, Fr. 74.– pro Laufmeter im Strassenwesen, Fr. 9.– pro Einwohner für Alters- und Pflegeheime, Fr. 778.– pro Einwohner für die Einwohnerdienste. Gemeinden mit weniger als 1200 Einwohnern erhalten angemessene Strukturzuschläge zum Normaufwand hinzugerechnet, die vom Regierungsrat festgesetzt werden.

Finanzausgleich mit Pauschalbeiträgen

Gemeinden	Grundstück- gewinnsteuer Einwohner und Steuerkraft	Steuerkraft- ausgleich	Normaufwand- ausgleich	Finanz- ausgleich Total 2013
Schwyz	1 108 800.–	23 000.–		1 131 800.–
Arth	2 757 400.–	3 567 100.–	1 311 800.–	7 636 300.–
Ingenbohl	1 434 300.–	1 449 200.–	0.–	2 883 500.–
Muotathal	1 143 400.–	1 622 900.–	2 543 300.–	5 309 600.–
Steinen	966 100.–	1 327 200.–	1 745 200.–	4 038 500.–
Sattel	381 500.–	451 600.–	1 116 800.–	1 949 900.–
Rothenthurm	588 400.–	785 800.–	1 386 200.–	2 760 400.–
Oberiberg	139 500.–	143 900.–	653 200.–	936 600.–
Unteriberg	741 600.–	1 042 900.–	613 800.–	2 398 300.–
Lauerz	297 200.–	401 800.–	1 104 300.–	1 803 300.–
Steinerberg	292 100.–	408 500.–	1 355 400.–	2 056 000.–
Morschach	253 800.–	314 400.–	2 452 600.–	3 020 800.–
Alpthal	180 300.–	252 600.–	590 800.–	1 023 700.–
Illgau	229 200.–	313 100.–	1 673 100.–	2 215 400.–
Riemenstalden	42 000.–	65 200.–	688 200.–	795 400.–
Gersau	611 500.–	537 200.–	585 500.–	1 734 200.–
Lachen	604 500.–			604 500.–
Altendorf	476 900.–			476 900.–
Galgenen	803 500.–	819 400.–		1 622 900.–
Vorderthal	319 500.–	446 900.–	598 700.–	1 365 100.–
Innerthal	56 900.–	77 700.–	350 600.–	485 200.–
Schübelbach	1 945 400.–	2 403 600.–	548 900.–	4 897 900.–
Tuggen	324 200.–	175 400.–	0.–	499 600.–
Wangen	743 300.–	709 800.–	0.–	1 453 100.–
Reichenburg	766 000.–	959 000.–	60 800.–	1 785 800.–
Einsiedeln	4 008 400.–	3 479 900.–	1 120 800.–	8 609 100.–
Küssnacht	1 409 100.–	-185 000.–		1 224 100.–
Wollerau	538 100.–	-9 440 000.–		-8 901 900.–
Freienbach	1 205 500.–	-8 720 000.–		-7 514 500.–
Feusisberg	367 100.–	-2 662 200.–		-2 295 100.–
Bezirke:				
Schwyz	6 697 400.–	3 761 300.–		10 458 700.–
March	1 511 600.–			1 511 600.–
Höfe	1 055 500.–	-4 532 200.–		-3 476 700.–
Total	34 000 000.–	0.–	20 500 000.–	54 500 000.–

B. Personalamt

1. Jahresrückblick

Das Personalamt digitalisierte im Hinblick auf die Einführung von standardisierten Personalprozessen sämtliche Personaldossiers und bereitete das Personalinformationssystem vor. Weiter standen die Vorbereitung und Umsetzung der Personalmassnahmen des Entlastungspakets 2014–2017 im Vordergrund.

2. Finanzen

In Fr. 1000.–	2013 V	2013 R	Abw.
Aufwand	9160	8778	-382
Ertrag	4116	3880	-236
Globalbudget	5044		
Nachkredit	0		
Globalbudget inklusive NK	5044	4898	-146
Nettoinvestitionen	0		
Vollzeitstellen (FTE)	7.4	7.4	0

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

PG1: Personal- und Lohnadministration

Ziele

- Die Lohnzahlungen erfolgen zeitgerecht.
- Die Personaladministration erledigt die ausstehenden Arbeiten rechtsgleich.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.
Anzahl Verzugstage nach dem 25. je Monat	0	0	○
Anzahl gutgeheissener Klagen	0	0	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

PG2: Betreuung und Beratung

Ziele

- Alle gemeldeten Absenzen von mehr als 3 Monaten werden zusammen mit der IV auf weitere Massnahmen geprüft.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.
Prozentsatz der geprüften Fälle	100%	100%	0% ○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

PG3: Personalentwicklung

Ziele

- Das Weiterbildungsangebot ist für die gesamte Belegschaft attraktiv.
- Der Kanton fördert die Ausbildung von Lernenden.
- Der Kanton bietet attraktive Ausbildungsplätze an.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.
Anzahl Kursteilnehmende aus dem Kanton Schwyz	200	223	23 ○
Anzahl der neu eintretenden Lernenden (1. Lehrjahr)	13	15	2 ○
Durchschnittsnote aller Lehrabgänger / -innen der kantonalen Verwaltung in Relation zum kantonalen Durchschnitt aller Lehrabgänger (kantonaler Durchschnitt entspricht 100)	>100	101	1 ○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

PG4: Querschnittsdienstleistungen

Ziele

- Die Leistungsqualität liegt über dem Durchschnitt.
- Der Nutzen aus den Dienstleistungen wird hoch eingeschätzt.
- Die Dienstleistungen stellen einen Effizienzgewinn dar.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.
(Index-)Wert aus jährlicher Befragung (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	>=4.0	4.2	○
(Index-)Wert aus jährlicher Befragung (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	>=3.5	4.0	○
(Index-)Wert aus jährlicher Befragung (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	>=3.5	3.9	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

3. Stellenplan

Per Januar 2013 betrug der Personalbestand der Kernverwaltung (ohne Gerichte und Schulen) in Vollzeitstellen 1135.1 FTE (Full Time Equivalent). Nicht eingerechnet werden Aushilfsstellen, zu welchen auch die befristeten Anstellungen von weniger als drei Monaten Dauer, Praktikanten, Lehrlinge und nebenamtlich tätige Mitarbeitende zählen. Der Personalbestand der Kernverwaltung erhöhte sich im Laufe des Jahres 2013 um 10.9 FTE auf 1146.0 FTE (Stand Dezember 2013).

Veränderung bewilligte Stellen (Stellenplan) per 1. Januar 2014	FTE
Stellenplan per 1. Januar 2013	1544.2
Zusätzliche Stellen unterjährig durch RR bewilligt	-0.2
Neue Stellen per 1. Januar 2014 Verwaltung	-2.4
Neue Stellen per 1. Januar 2014 Gerichte	2.7
Neue Stellen per 1. Januar 2014 Schulen	1.6
Stellenplan per 1. Januar 2014	1545.9

Bewilligte Stellen (FTE)	Stellenplan 1.1.2014	Stellenplan 1.1.2013	Stellenplan 1.1.2012	Stellenplan 1.1.2011
Staatskanzlei	10.0	10.0	10.0	9.5
Departement des Innern	79.0	79.0	32.0	26.9
Volkswirtschaftsdepartement	135.7	135.7	134.3	133.9
Bildungsdepartement	109.2	110.7	112.0	112.7
Sicherheitsdepartement	386.1	386.1	384.2	380.4
Finanzdepartement	189.2	188.2	187.7	185.1
Baudepartement	171.4	173.0	170.6	163.8
Umweltdepartement	73.3	73.9	72.9	71.7
Total Kantonale Verwaltung	1153.9	1156.5	1103.7	1084.0
Kantonale Gerichte	28.0	25.3	23.8	23.6
Schulen	364.0	362.4	365.8	367.7
Total Kanton	1545.9	1544.2	1493.2	1475.3

4. Besetzte Stellen und Lohnkosten

Die Zunahme der durchschnittlich besetzten Stellen gegenüber dem Vorjahr betrug 2.8% und ist leicht höher als die langjährige Entwicklung von rund 2.5%. Der Grund liegt beim Aufbau der neu beim Kanton angesiedelten Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (insgesamt 52.3 FTE). Die Lohnkosten stiegen in derselben Periode um 3.2%, einerseits wegen der Zunahme der durchschnittlich besetzten Stellen, andererseits wegen der Beförderungssumme von 1.0% abzüglich eines Fluktuationsgewinns von rund 0.5%.

Total besetzte Stellen Dezember (FTE)	2013	2012	2011	2010
Staatskanzlei	9.9	9.9	9.0	9.2
Departement des Innern	83.2	46.1	27.2	28.2
Volkswirtschaftsdepartement	128.7	131.8	134.6	132.6
Bildungsdepartement	110.0	110.5	108.9	111.5
Sicherheitsdepartement	388.8	385.8	380.7	379.1
Finanzdepartement	186.3	186.4	178.7	180.8
Baudepartement	165.7	167.0	165.6	162.5
Umweltdepartement	73.4	71.3	73.2	69.2
Total Kantonale Verwaltung	1146.0	1108.8	1077.9	1073.1
Kantonale Gerichte	27.2	24.7	24.0	23.9
Schulen	358.5	357.2	353.4	354.2
Total Kanton	1531.7	1490.6	1455.3	1451.2

Lohnkosten in 1000 Fr.	2013*	2012	2011	2010
Löhne Verwaltung	136 300	130 855	127 246	124 871
Löhne Lehrkräfte	38 522	38 477	37 872	37 871
Total Löhne	174 822	169 332	165 118	162 742

*Provisorischer Abschluss

5. Fluktuation

Die Brutto-Fluktuation, das heisst die Gesamtheit aller austretenden Mitarbeitenden (freiwillige Austritte, Kündigungen durch den Arbeitgeber, Pensionierungen und Todesfälle) sank gegenüber dem Vorjahr um 1.9% auf 10.4%. Die Netto-Fluktuation (freiwillige Austritte) nahm in der Vergleichsperiode um 2.3% auf 4.4% zu. Dies repräsentiert weiterhin einen tiefen Wert.

Brutto-Fluktuationsrate	2013	2012	2011	2010
Bestand Mitarbeitende	1975	1922	1906	1913
Anzahl Austritte	205	204	213	235
Fluktuationsrate	10.4%	10.6%	11.2%	12.3%

Netto-Fluktuationsrate	2013	2012	2011	2010
Bestand Mitarbeitende	1975	1922	1906	1913
Anzahl Austritte	87	82	69	66
Fluktuationsrate	4.4%	4.3%	3.6%	3.5%

6. Weiterbildung

Im Jahr 2013 besuchten 235 Mitarbeitende Weiterbildungskurse. Im Rahmen des gemeinsamen Weiterbildungsprogramms der Zentralschweizer Kantone (VWBZ). Weitere 550 Mitarbeitende (davon 60 Lernende) nahmen an internen, durch das Personalamt organisierten Kursen teil. Die internen Ausbildungen erhöhten sich aufgrund der Schulungen der «Erste-Hilfe-Personen» (84 Teilnehmende) sowie Fitness über Mittag (275 Teilnehmende). 43 Mitarbeitenden wurde mit finanzieller und zeitlicher Unterstützung eine umfassendere Weiterbildung wie Masterausbildungen, höhere Diplomalergänge usw. ermöglicht. Die Höhe der Unterstützung ist jeweils von der betrieblichen Notwendigkeit abhängig und erstreckt sich meist über mehrere Jahre.

Weiterbildung	2013	2012	2011	2010
Anzahl Seminarbesucher VWBZ	235	223	236	238
Anzahl externe Weiterbildungen	43	37	35	23
Anzahl interne Weiterbildungen	550	172	148	93
Total besuchte Weiterbildungen	828	432	419	354

Weiterbildungskosten in Fr.	2013*	2012*	2011*	2010*
Kosten VWBZ/Interne	138 730	116 442	147 910	171 976
Kosten externe Weiterbildungen	584 097	583 005	592 762	308 526
Total Weiterbildungskosten	722 827	699 446	740 672	480 502

* Die Kosten 2010–2013 belegen die Gesamtkosten der externen Weiterbildungen (bezahlter Urlaub und Schulgeld), welche 2010–2013 vereinbart wurden. Die Weiterbildungen erstrecken sich meist über mehrere Jahre.

7. Leistungszulagen

Seit dem Jahr 2004 werden gestützt auf § 50 der Personal- und Besoldungsverordnung Leistungszulagen für besondere Leistungen und aufgrund klar festgelegter Kriterien ausgesprochen.

Leistungszulagen in Fr.	2013	2012	2011	2010
Höhe Voranschlagskredit	40 000	40 000	50 000	80 000
Anzahl Leistungszulagen	29	27	19	24
Ausbezahlte Leistungszulagen	35 350	40 600	28 500	24 400

8. Frauenanteil und Teilzeitbeschäftigung

Der Kanton Schwyz als Arbeitgeber bietet gute Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Mit einem durchschnittlichen Frauenanteil von 45.1% im Jahr 2013 sind die Mitarbeiterinnen stark vertreten. Mit 15.3% weiblichen Führungskräften ist der Anteil weiterhin gering, zeigt aber immerhin eine Steigerung von 2.3% gegenüber dem Jahr 2012 bzw. 2.6% gegenüber dem Jahr 2011.

Im Monat Dezember arbeiteten 70.3% der Mitarbeiterinnen sowie 21.4% der Mitarbeiter Teilzeit. Dies entspricht gesamthaft einer Teilzeitquote von 43.8%.

9. Krankheits- und Unfallstatistik

Mit der Einführung eines verwaltungsweiten Zeiterfassungssystems können Absenzen aufgrund von Krankheit und Unfall ausgewertet werden. Im Durchschnitt fehlen Mitarbeitende etwas mehr als fünf Tage im Jahr aufgrund von Krankheit oder Unfall am Arbeitsplatz. Im Vergleich zum Vorjahr erhöhten sich die krankheits- und unfallbedingten Absenzen um rund 1 Tag. Dies entspricht einer Zunahme von 19.8%.

Morbidität in Tagen pro FTE* (ohne Lehrpersonen und Gerichte)	2013	2012	2011	2010
Krankheit	5.11	4.38		
Betriebsunfall	0.26	0.12		
Nichtbetriebsunfall	0.79	0.65		
Total Tage	6.17	5.15		

* Die Krankheits- und Unfallstatistik konnte im Jahr 2012 erstmals mit Einführung des Zeiterfassungssystems Plustime kantonsweit ausgewertet werden.

10. Zeitguthaben

Durchschnittlich weisen die Mitarbeitenden Ende 2013 ein Zeitguthaben von rund 7.6 Tagen aus. Im Vergleich zum Vorjahr blieben die Zeitguthaben in etwa gleich hoch. Dies entspricht einer Geldleistung von rund 3.9 Mio Franken.

Zeitguthaben in Tagen pro FTE* (ohne Lehrpersonen und Gerichte)	2013	2012	2011	2010
Zeitsaldo	3.85	3.71		
Ferientsaldo	3.52	3.65		
Dienstaltersgeschenksaldo	0.21	0.23		
Total Tage	7.58	7.59		

* Die Zeitguthaben konnten 2012 erstmals mit Einführung des Zeiterfassungssystems Plustime kantonsweit ausgewertet werden.

C. Finanzverwaltung

1. Jahresrückblick

Die Umsetzung des Projektprogramms «Kompetenzzentrum Finanzen» sowie die Übernahme und der Ausbau von internen Querschnittsdienstleistungen binden viele personelle Ressourcen. Mit dem Kantonsratsbeschluss über das neue Finanzhaushaltsgesetz im November 2013 wurde ein wichtiger Meilenstein erreicht.

2. Finanzen

In Fr. 1000.–	2013 V	2013 R	Abw.
Aufwand	4810	3927	-883
Ertrag	4873	3285	-1588
Globalbudget	-63		
Nachkredit	0		
Globalbudget inklusive NK	-63	642	-705 ●
Nettoinvestitionen	0		
Vollzeitstellen (FTE)	8.4	8.8	0.4 ●

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Der budgetierte Nettoertrag konnte nicht realisiert werden. Dies als Folge einer zu optimistischen Budgetierung, des weiterhin sehr tiefen Zinsniveaus und dem Rückgang der zur Bewirtschaftung vorhandenen Liquidität. Aufgrund einer Fluktuation und zwei Mutterschaftsurlauben wurden im Durchschnitt 0.4 Stellen mehr eingesetzt als budgetiert.

3. Projekte

○ Projektverlauf wie geplant ● Projektverlauf nicht wie geplant

Neues Kompetenzzentrum Finanzen 2014

Beginn 2011/geplante Einführung 2015 ●

Überführung WOV in das ordentliche Recht; Einführung Internes Kontrollsystem (IKS); Übergang Harmonisiertes Rechnungsmodell (HRM1 zu HRM 2); Revision Finanzhaushaltsgesetzgebung; Einführung eines Controllings; Übernahme Finanzaufsicht über Gemeinden und Korporationen; Weiterentwicklung der Finanzverwaltung zu einem Kompetenzzentrum Finanzen.

Projektstand:

Der Kantonsrat hat am 20. November 2013 das neue Finanzhaushaltsgesetz verabschiedet, womit die Grundlage für die weiteren Umsetzungsschritte gelegt ist. Auf der Basis des Arbeitsstandes und der engen Zeitverhältnisse für die anstehenden prozessualen und technischen Umsetzungsarbeiten hat der Regierungsrat entschieden, die Inkraftsetzung um ein Jahr auf den 1. Januar 2016 zu verschieben

Optimierung der kantonalen Gebühren

Beginn 2013/Ende 2014 ●

Die kantonalen Gebühren sollen auf Verursacher-/Kostendeckungsprinzip geprüft werden. Das Projekt ist eine Massnahme zur Umsetzung der Strategie «Wirtschaft und Wohnen im Kanton Schwyz».

Projektstand:

Die Optimierung der kantonalen Gebühren wurde im Zusammenhang mit den Massnahmen in der Kompetenz des Regierungsrates des Entlastungsprogramms 2014–2017 vorgezogen und bereits im 2013 abgeschlossen. Die Anpassungen bei der Gebührenordnung sind erfolgt, und der neue Gebührentarif wurde per 1. Januar 2014 in Kraft gesetzt.

Machbarkeitsprüfung Schwyzer Cash Pool

Beginn 2013/Ende Dezember 2014 ○

Es wird die gemeinsame Liquiditätsbewirtschaftung (Kanton, Bezirke und Gemeinden) in Form eines Cash Pools geprüft. Das Projekt ist eine Massnahme zur Umsetzung der Strategie «Wirtschaft und Wohnen im Kanton Schwyz».

Projektstand:

Die Vorbereitungsarbeiten zur Machbarkeitsstudie sind am Laufen und im Zeitplan.

PG1: Budgetierung und Rechnungswesen

Ziele

- Fristgerechtes Vorlegen der Staatsrechnung.
- Fristgerechtes Vorlegen des Voranschlages.
- Korrekte Abwicklung des Zahlungsverkehrs.
- Optimale Anlagestrategie der vorhandenen Liquidität bei Kapital- und Zinsschutz.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Anzahl Verzugstage	0	0	0	○
Anzahl Verzugstage	0	0	0	○
Prozentsatz korrekt überwiesener Gelder	99.9%	100%	0.1%	○
Verhältnis der effektiven Performance zum Monats-Liborsatz $\leq 0.25\%$	-0.253%	0.833%	1.086%	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Bericht und Vorlage zur Staatsrechnung 2012 wurden vom Regierungsrat Mitte April 2013 verabschiedet. Die interne Vorgabe, den Voranschlag für das Folgejahr wiederum 3 Monate vor der Kantonsratssitzung bzw. per Ende September abzuliefern, konnte eingehalten werden. Das Volumen an Kreditorenrechnungen stieg im Jahr 2013 um 8.7% auf neu 56 973 (Vorjahr 52 397). Von diesen 56 973 Rechnungen wurden lediglich 5 Zahlungen falsch überwiesen. Bei den Falschzahlungen handelte es sich um nicht korrekt angegebene Kontoverbindungen. Der Monats-Liborsatz betrug 2013 durchschnittlich minus 0.003%. Die Zielperformance ergibt sich aus dem durchschnittlichen Monats-Liborsatz minus einer kalkulatorischen Marché der Finanzinstitute von 0.25%. Effektiv wurde eine Performance von 0.833% erreicht. Diese liegt somit 1.086% über der Vorgabe.

PG2: Inkasso Direkte Bundessteuer

Ziele

- Termingerechte Abrechnung mit dem Bund.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Anzahl Verzugstage	0	0	0	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Änderungen beim Bund verursachten interne Prozessanpassungen. Trotzdem konnten sämtliche monatlichen Ausweise termingerecht mit dem Bund abgerechnet werden. Detailliertere Angaben über die Abteilung Inkasso Direkte Bundessteuern sind in Ziffer 12 des Rechenschaftsberichts der Steuerverwaltung zu finden.

PG3: Querschnittsdienstleistungen

Ziele

- Die Leistungsqualität liegt über dem Durchschnitt.
- Der Nutzen aus den Dienstleistungen wird hoch eingeschätzt.
- Die Dienstleistungen stellen einen Effizienzgewinn dar.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
(Index-)Wert aus jährlicher Befragung (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	≥ 3.5	4.0	-0.5	○
(Index-)Wert aus jährlicher Befragung (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	≥ 3.5	3.9	-0.4	○
(Index-)Wert aus jährlicher Befragung (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	≥ 3.5	3.7	-0.2	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Gemäss Umfrage bei allen Verwaltungseinheiten konnten sämtliche Ziele übertroffen werden. Die Leistungsqualität und der Dienstleistungsnutzen der Finanzverwaltung konnten im Vergleich zum Vorjahr um je 0.1 gesteigert werden.

D. Steuerverwaltung

1. Jahresrückblick

Das Berichtsjahr war geprägt durch die Vorarbeiten für die Teilrevision des Steuergesetzes. Zur Voranalyse zum Projekt E-Steuern konnte der Schlussbericht erstellt, in der eGov-Kommission beraten und von dieser mit einer Empfehlung an den Regierungsrat verabschiedet werden. Weiter durfte der Kanton Schwyz am 19./20. September Gastgeber für die 95. Jahresversammlung der Schweizerischen Steuerkonferenz sein. An diesem Anlass, der von der kantonalen Steuerverwaltung organisiert wurde und in Brunnen und Schwyz stattfand, nahmen aus der ganzen Schweiz rund 200 Personen aus Verwaltung, Wissenschaft, Rechtsprechung und Politik teil.

2. Finanzen

In Fr. 1000.–	2013 V	2013 R	Abw.	
Aufwand	20 538	20 078	-460	
Ertrag	1 570	2 008	438	
Globalbudget	18 968			
Nachkredit	0			
Globalbudget inklusive NK	18 968	18 070	-898	○
Nettoinvestitionen	0			
Vollzeitstellen (FTE)	143.0	141.7	-1.3	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Das Globalbudget wurde um knapp 0.9 Mio. Franken nicht beansprucht. Zu diesem Ergebnis trugen v.a. Mehreinnahmen bei den Ordnungsbussen sowie für private Schätzungen und Minderaufwendungen im Personalbereich sowie bei der Software (effektive Kosteneinsparungen und Projektverschiebungen) bei. Die Unterschreitung der Personalstellen ist Folge von Vakanzen bis zur Wiederbesetzung von offenen Stellen mit entsprechendem Fachpersonal.

3. Projekte

○ Projektverlauf wie geplant ● Projektverlauf nicht wie geplant

E-Steuern

Beginn Januar 2012/Ende Dezember 2013 ○

Der gesamte Steuerprozess soll über alle kantonalen Gemeinwesen hinweg effizienter und wirtschaftlicher ausgestaltet werden.

Das Projekt ist eine Massnahme zur Umsetzung der Strategie «Wirtschaft und Wohnen im Kanton Schwyz».

Projektstand:

Der Schlussbericht zur Voranalyse im Projekt E-Steuern konnte erstellt und in der eGov-Kommission beraten werden. Die Kommission empfiehlt dem Regierungsrat, bei den Gemeinden und Bezirken ein Konsultationsverfahren durchzuführen.

*Steuerattraktivität für ganzes Kantonsgebiet
Beginn Mai 2013/Ende April 2014*

Die Steuerdisparität im Kanton soll möglichst vermindert werden. Es sollen mögliche Lösungswege erarbeitet werden, die als Grundlage für die politische Diskussion dienen. Das Projekt ist eine Massnahme zur Umsetzung der Strategie «Wirtschaft und Wohnen im Kanton Schwyz».

Projektstand:

Die Analysephase ist infolge knapper Ressourcen (Personal bzw. Zeit und Geld) noch pendent. Der Projektabschluss wird sich dadurch verzögern.

*Hohe Attraktivität in Steuergesetzgebung
Beginn April 2013/Ende Dezember 2014*

Der Kanton Schwyz soll steuerlich attraktiv bleiben. Steuerpolitische Anliegen und Vorgaben der Steuerharmonisierung sollen im Gesetzgebungsverfahren möglichst aktuell umgesetzt werden. Das Projekt ist eine Massnahme zur Umsetzung der Strategie «Wirtschaft und Wohnen im Kanton Schwyz».

Projektstand:

Im Dezember konnte der Regierungsrat vom Ergebnis der Vernehmlassung zum Entwurf über die Teilrevision des Steuergesetzes (geplante Inkraftsetzung per 1.1.2015) Kenntnis nehmen und an den Kantonsrat den Bericht und die Vorlage verabschieden.

PG1: Veranlagung periodische Steuern

Ziele

- Natürliche Personen: Veranlagung innert 12 Monaten nach Einreichung der Steuererklärung.
- Juristische Personen: Veranlagung innert 12 Monaten nach Einreichung der Steuererklärung.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Anzahl Veranlagungen zu Anzahl eingereichten Steuererklärungen für die im Vorjahr abgelaufene Steuerperiode (NP)	67%	74.7%	7.7%	○
Anzahl Veranlagungen zu Anzahl eingereichten Steuererklärungen für die im Vorjahr abgelaufene Steuerperiode (JP)	60%	63.2%	3.2%	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Im Bereich Veranlagung natürliche Personen konnte das Ziel wiederum erreicht werden. Die im Vergleich zum Vorjahr häufigeren Personalwechsel und die für die aktuell zu bearbeitende Steuerperiode nach fünf Jahren AVA-Einsatz (Veranlagung unter Einsatz einer automatisierten Regelprüfung) grossflächig eingeführte zusätzliche Kontrollmassnahme verhinderten ein noch besseres Ergebnis. Das Ziel im Bereich Veranlagung juristische Personen konnte dank einem konstanten und ausgebildeten Bestand an Mitarbeitenden erreicht werden.

PG2: Liegenschaftenschätzung

Ziele

- Schätzung innert 4 Monaten nach Kenntnis des Schätzungsereignisses.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Anzahl Schätzungen zu Anzahl gemeldeten Schätzungsereignissen	72%	74.8%	2.8%	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Das Ziel konnte trotz erhöhten Abwesenheiten (Mutterschafts- und Weiterbildungsurlaub) erreicht werden, weil im Vergleich zum Vorjahr deutlich weniger Schätzungsereignisse gemeldet wurden. Grund für die ausserordentlich hohe Anzahl im Vorjahr waren die vielen Handänderungen, die im Hinblick auf die angekündigte eidgenössische Erbschafts- und Schenkungssteuerinitiative vorgenommen worden waren.

PG3: Einsprachen

Ziele

- Fristgerechte Erledigung von Einsprachen.
- Gesetzmässige Einsprachebeurteilung im Vorverfahren.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Anzahl erledigte Einsprachen innert 4 Monaten	60%	70.2%	10.2%	○
Anteil der Rechtsmittelentscheide, die vom Ergebnis gemäss Antrag aus dem Einsprachevorverfahren abweichen	<10%	30.1%	-20.1%	●

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Im Berichtsjahr gingen 1558 Einsprachen ein, wovon 1093 innert vier Monaten erledigt werden konnten. In 116 Fällen dauerte die Erledigung länger. Von den 349 offenen Einsprachen sind 117 älter als vier Monate. Zusätzlich wurden 540 Einsprachen mit Eingang vor 2013 erledigt.

In rund 70% der Fälle wurde das Ergebnis aus dem Vorverfahren bestätigt. In 52 Fällen ergaben sich Abweichungen vom Antrag aus dem Vorverfahren. Diese betrafen v.a. Einsprachen gegen periodische Veranlagungen natürlicher Personen (rund 60%) sowie solche gegen periodische Veranlagungen juristischer Personen und Liegenschaftenschätzungen (rund je 13%).

4. Gesetzgebung

Das Finanzdepartement gab Mitte August den Entwurf für die dritte grosse Teilrevision des Steuergesetzes (StG) in die Vernehmlassung. Nach Auswertung der Vernehmlassungsergebnisse verabschiedete der Regierungsrat am 17. Dezember Bericht und Vorlage an den Kantonsrat. Gegenüber dem Vorentwurf ergaben sich keine wesentlichen Änderungen. Die Revision verfolgt als zentrales Ziel, die Steuerattraktivität des Kantons Schwyz unverändert zu erhalten, dabei aber auch mit Mehreinnahmen in Steuerteilbereichen einen Beitrag zur Sanierung des Kantons Haushaltes zu leisten. Die wichtigsten steuerpolitischen Massnahmen bei den natürlichen Personen betreffen die Einführung eines eigenen Kantonstarifs mit zusätzlicher Tarifstufe für Einkommen

ab 230 400 Franken, die Entlastungsreduktion bei der privilegierten Dividendenbesteuerung auf 50 Prozent und die Erhöhung des Vermögenssteuersatzes von 0.5 auf 0.6 Promille. Bei den juristischen Personen ist die Einführung eines Mindestbetrages bzw. Erhöhung desselben bei der Minimalsteuer vorgesehen. Bei der Grundstückgewinnsteuer sollen Veräusserungen mit kurzen Besitzesdauern stärker besteuert werden. Weiter ist bei der Verteilung des Ertrages vorgesehen, den Anteil des Kantons wegen dessen starker Belastung durch den Nationalen Finanzausgleich (NFA) zu erhöhen. Die Mehreinnahmen für den Kanton werden auf rund 60 Mio. Franken geschätzt. Für die Gemeinden und Bezirke soll die Gesetzesrevision weitgehend wirkungsneutral ausfallen. Einen zweiten Schwerpunkt der Vorlage bilden zahlreiche Änderungen des Bundesrechts, die ins kantonale Recht überführt werden sollen.

Am 10. Dezember beschloss der Regierungsrat mehrere Änderungen von Ausführungsbestimmungen auf Verordnungsebene mit Wirkung ab Jahresbeginn 2014. Insbesondere mussten die Quellensteuerverordnung zwecks Einführung des elektronischen Lohnmeldewesens (ELM) angepasst und die kantonale Vollzugsverordnung zum Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer (DBG) mit der Zuweisung einer neuen Prüfpflicht an die kantonale Finanzkontrolle ergänzt werden.

5. Einkommens- und Vermögenssteuern natürlicher Personen

Veranlagungsstand per 31.12.

Steuerjahr	veranlagt	2013 in % Stpfl.	veranlagt	2012 in % Stpfl.	veranlagt	2011 in % Stpfl.
2013	750	0.78	–	–	–	–
2012	65 759	69.09	561	0.59	–	–
2011	90 405	96.27	67 614	72.00	455	0.48
2010	91 859	99.40	89 262	96.59	59 871	64.79
2009	90 884	99.81	90 450	99.33	86 191	94.65
2008	89 731	99.92	89 584	99.76	89 098	99.22

Jahresproduktion Veranlagungsverfügungen

Kalenderjahr	Verfügungen ¹	Steuerpflichtige Personen ²	Offene Fälle ³
2013	92 007	96 270	34 725
2012	102 019	95 178	31 355
2011	101 671	93 907	39 507
2010	93 015	92 413	47 537
2009	91 365	91 059	49 528

¹ Im Kalenderjahr vorgenommene Veranlagungen alle Steuerjahre betreffend

² Anzahl der Steuerpflichtigen mit im Kalenderjahr abgelaufenem Steuerjahr

³ Alle für das Kalenderjahr eingereichten pendenten Steuererklärungen sowie alle offenen Fälle aus Vorjahren

6. Steuer auf Kapitalabfindungen

Jahresproduktion Steuer auf Kapitalabfindungen

Kalenderjahr	Verfügungen
2013	4 345
2012	3 769
2011	3 672
2010	3 861
2009	3 848

7. Gewinn- und Kapitalsteuern juristischer Personen

Veranlagungsstand per 31.12.

Steuerjahr	veranlagt	2013 in % Stpfl.	veranlagt	2012 in % Stpfl.	veranlagt	2011 in % Stpfl.
2013	275	2.10	–	–	–	–
2012	6 881	55.11	284	2.27	–	–
2011	11 268	95.75	6 117	51.98	252	2.14
2010	10 916	98.89	10 622	96.22	6 173	55.92
2009	10 322	99.63	10 243	98.87	9 938	95.93
2008	9 634	99.80	9 599	99.44	9 516	98.58

Jahresproduktion Veranlagungsverfügungen

Kalenderjahr	Verfügungen ¹	Steuerpflichtige Personen ²	Offene Fälle ³
2013	12 443	13 125	8 594
2012	11 045	12 487	8 529
2011	10 651	11 768	7 600
2010	10 256	11 039	5 032
2009	9 831	10 360	4 926

¹ Im Kalenderjahr vorgenommene Veranlagungen alle Steuerjahre betreffend

² Anzahl der Steuerpflichtigen mit im Kalenderjahr abgelaufenem Geschäftsjahr

³ Alle für das im Kalenderjahr abgelaufene Geschäftsjahr eingereichten pendenten Steuererklärungen sowie alle offenen Fälle aus Vorjahren

8. Grundstückgewinnsteuer

Statistische Angaben	2013	2012	2011
Handänderungen	2 826	3 228	3 498
Pflichtige Handänderungen ¹	2 253	2 420	2 860
Eröffnete Veranlagungen	2 465	2 894	2 671
Pendente Veranlagungen	1 799	2 011	2 485
Handänderungssumme (Mio. Fr.) ²	2 283	2 682	2 227
Gesamtgewinn (Mio. Fr.) ²	613	588	505

¹ Eröffnete Geschäftsfälle abzgl. Stornierungen

² Eröffnete Veranlagungen betreffend

Steuererträge ¹	2013	2012	2011
Kanton (Tausend Fr.)	43 983	38 573	29 704
Bezirke (Tausend Fr.)	14 661	12 857	9 883
Gemeinden (Tausend Fr.)	29 320	25 715	19 778
Kirchgemeinden (Tausend Fr.)	0	–	18
Total (Tausend Fr.)	87 964	77 145	59 383

¹ Verteilung für Veräusserungen bis 31. Dezember 2001 erfolgt gemäss der bis zum gleichen Datum gültigen Fassung von § 199 Abs. 1 aStG

9. Quellensteuern

Statistische Angaben	2013	2012	2011
Abrechnende Geschäftsbetriebe	4 943	4 766	4 094
Quellenbesteuerte Wohnsitz Kt. SZ	7 986	7 398	6 487
Nachträglich ordentlich Veranlagte ¹	1 216	1 235	1 010
Empfänger von Kapitaleinstellungen	1 332	1 120	1 171
Künstler, Sportler, Referenten	329	262	279
Verwaltungsräte	106	121	85
Transporteure	55	89	84
Übrige ohne Wohnsitz im Kanton	2 204	1 360	759
Vereinfachte Abrechnung ²	602	523	427

¹ 2012 zusätzlich in die Statistik aufgenommene Kategorie: Quellenbesteuerte mit Wohnsitz im Kanton, die im Sinne von § 93 Abs. 2 StG und Art. 90 Abs. 2 DBG nachträglich ordentlich veranlagt werden

² Bundesgesetz über die Schwarzarbeit (BGSA)

Steuererträge (Tausend Fr.)	2013	2012	2011
Bund	12 870	11 549	12 666
Kanton (inkl. Verwaltungskosten)	11 373	10 408	10 559
Bezirke	5 122	4 491	4 488
Gemeinden	8 382	7 534	7 717
Kirchgemeinden	806	735	684
Fiskalausgleich Österreich	13	16	14
Total	38 566	34 733	36 128

10. Liegenschaftenschätzungen

Statistische Angaben	2013	2012	2011
Anpassungsschätzungen LW ¹	572	732	630
Anpassungsschätzungen NLW ²	4 475	5 473	4 527
Neuschätzungen LW	414	775	545
Neuschätzungen NLW	2 724	2 937	3 180
Projektschätzungen Landwirtschaft	89	83	79
Verkehrswertschätzungen	465	383	312

¹ Landwirtschaft bzw. landwirtschaftliches Schätzungsverfahren

² Nichtlandwirtschaft bzw. nichtlandwirtschaftliches Schätzungsverfahren

11. Verrechnungssteuer

Statistische Angaben	2013	2012	2011
Anträge auf Rückerstattung	45 062	45 364	47 337
Rückerstattungssumme (Mio. Fr.)	423	446	522
Rückforderungen	1 314	1 974	2 323
Rückforderungen (Mio. Fr.)	1.7	3.6	2.2
Anträge Lotteriegewinne	929	1 515	1 544
Anträge Doppelbesteuerung (DBA) ¹	2 510	2 762	2 735
Rückerstattungssumme DBA (Mio. Fr.)	7.7	9.4	9.6
Anträge Doppelbesteuerung (USA) ²	1 696	2 370	1 706
Rückerstattungssumme USA (Mio. Fr.)	1.0	1.5	1.0
Anträge Rückerst. ausl. Quellensteuern	958	1 058	985

¹ Pauschale Steueranrechnung (Rückerstattung ausländischer Quellensteuern gemäss Doppelbesteuerungsabkommen ohne USA)

² Steuerrückbehalt USA

12. Direkte Bundessteuer

Dem aktuellen Steuerjahr 2012 wird das Vorjahr 2011 gegenübergestellt. Sowohl bei den natürlichen wie auch den juristischen Personen ist eine Abnahme der Steuereinnahmen zu verzeichnen. Auch die Erträge aus der Quellensteuer haben abgenommen. Die Statistik ist insofern mit Vorsicht zu betrachten, da ein beträchtlicher Teil der erhobenen Steuerbeträge des Jahres 2012 noch provisorischen Charakter hat. Provisorische Rechnungen werden in der Regel nur bei einem steuerbaren Einkommen über Fr. 40 000.– (natürliche Personen) zugestellt. Der Kanton Schwyz hat Anspruch auf 17% der bezogenen direkten Bundessteuern.

Zugestellte Rechnungen ¹ Steuerjahr	2012	2011	2010
Natürliche Personen	74 225	74 230	70 886
Juristische Personen	6 427	6 155	5 842

Steuerbeträge	Tausend Fr.	Tausend Fr.	Tausend Fr.
Natürliche Personen:			
Ordentliche Jahressteuer	387 911	454 507	388 589
Kapital- und Liquidationsgewinnsteuer	6 663	5 959	6 408
Bussen und Nachsteuern	1 023	1 072	1 179
Quellensteuer	11 549	12 666	10 840
Juristische Personen:			
Ordentliche Jahressteuer	145 136	156 154	136 105
Bussen und Nachsteuern	96	72	127
Total	552 378	630 429	543 248
Bezahlt am 31.12.	95.91%	97.53%	95.31%

Statistische Angaben	2013	2012	2011
Zugestellte Rechnungen ²	103 707	108 056	114 360
Zugestellte 1. Mahnungen	13 834	13 623	14 818
Zugestellte 2. Mahnungen	3 923	3 624	3 832
Zugestellte Verzugszinsrechnungen	1 059	1 572	1 652
Rückzahlungen von Steuerguthaben	32 217	33 738	32 577
Zahlungsvereinbarungen	5 316	4 795	4 943
Betreibungsverfahren eröffnet	2 116	2 360	2 672
Fortsetzungsverfahren eröffnet	1 998	2 464	2 063
Verwertungsverfahren eröffnet	128	169	121
Konkurseingaben	135	219	143
Haftungsverfügungen	48	63	65
Erlässgesuche verbucht	102	101	156

¹ nach Anzahl steuerpflichtiger Personen

² alle offenen Steuerjahre inkl. Mehrfachzustellungen (provisorisch/definitiv/berichtigt)

13. Einsprachen

Statistische Angaben	2013	2012	2011
Neueingänge ¹	1 558	1 572	1 813
– davon in den letzten 3 Monaten	354	368	420
Erledigte Fälle ²	1 749	1 666	1 858
– Neueingänge innert 4 Monaten	1 093	1 026	1 159
– Neueingänge länger als 4 Monate	116	127	145
– aus Vorjahren innert 4 Monaten	106	149	112
– aus Vorjahren länger als 4 Monate	434	364	442
Pendente Fälle ³	498	689	783

¹ Einsprachen gegen Verfügungen der Steuerverwaltung

² Total der auf allen Stufen im Kalenderjahr erledigten Rechtsmittelverfahren

³ Total der per 31.12. auf allen Stufen pendenden Rechtsmittelverfahren

Statistische Angaben	2013	2012	2011
Neueingänge Steuerkommission ¹	146	184	205
Erledigte Fälle Steuerkommission	166	290	199
Pendente Fälle Steuerkommission	92	112	218
Erledigungsquoten Steuerkommission			
– Abschreibung ²	23%	27%	36%
– Abweisung	33%	37%	32%
– Reformatio in peius ³	1%	2%	4%
– Guttheissung/Teilgutheissung	15%	19%	11%
– Nichteintreten	22%	14%	17%
– Rückweisung an Steuerverwaltung	6%	1%	1%

¹ Überweisungen aus Vorverfahren und Rückweisungen durch Gerichte

² Vereinfachte administrative Erledigung ohne begründeten Entscheid (bei Einspracherückzug oder Vergleich)

³ Abweisung mit Verschlechterung des Veranlagungsergebnisses zulasten der Einsprecher

14. Nachsteuern und Steuerstrafen

Statistische Angaben	2013	2012	2011
Neueingänge	372	247	319
Erledigte Fälle	440	333	284
Pendente Fälle	415	483	569
Anzeigen Steuerbetrug	0	2	0
Nachsteuern und Bussen (Mio. Fr.)	20.983	10.472	5.451
davon kantonale Steuern (Mio. Fr.)	11.867	6.544	3.877
Durchschnitt je Fall (Tausend Fr.)	52.86	38.93	24.23
Verfahrenskosten (Tausend Fr.) ¹	159.19	121.05	66.33

¹ Keine Kostenerhebung für direkte Bundessteuern

15. Steuererlasse

Statistische Angaben	2013	2012	2011
Eingegangene Erlassgesuche ¹	199	198	218
Erledigte Fälle	217	205	269
Pendente Fälle	104	122	129
Erledigungsart			
– Administrative Erledigung ²	51	41	56
– Abweisung	49	40	62
– Gutheissung/Teilgutheissung	116	122	148
– Nichteintreten	1	2	3
Erlassene Beträge (Tausend Fr.)	155.6	197.3	176.2

¹ kantonale Steuern

² vereinfachte Erledigung ohne formellen Entscheid

16. Ordnungsbussen

Statistische Angaben ¹	2013	2012	2011
Juristische Personen	470	531	511
Natürliche Personen	1 207	1 199	1 250

¹ Anzahl Ordnungsbussen wegen Nichteinreichen der Steuererklärung

E. Amt für Informatik

1. Jahresrückblick

Das Berichtsjahr war von Optimierungsmassnahmen im Zusammenhang mit dem Entlastungsprogramm 2014–2017 geprägt. Ersatzbeschaffungen von Informatikmitteln wurden nur in unaufschiebbaren Fällen getätigt. Nicht dringliche Projektvorhaben wurden sistiert oder redimensioniert. Neben dem normalen Tagesgeschäft wurden deshalb vor allem Arbeiten zur Verbesserung der organisatorischen und formellen Rahmenbedingungen durchgeführt. Dazu gehörten der regierungsrätliche Auftrag zur generellen Überprüfung der Kantonsinformatik in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei sowie die Überarbeitung der Weisungen über die Informations- und Kommunikations-Technologie (IKT), welche in eine Verordnung überführt werden und die Erkenntnisse aus der Justizkrise widerspiegeln soll. Bestandteil davon war auch die Erarbeitung von Richtlinien und Checklisten für die Abgabe von elektronischen Daten. Weiter wurden die Arbeiten zur Übernahme der Telefonie forciert.

2. Finanzen

In Fr. 1000.–	2013 V	2013 R	Abw.
Aufwand	6605	6108	–497
Ertrag	939	825	–114
Globalbudget	5666		
Nachkredit	0		
Globalbudget inklusive NK	5666	5284	–382 ○
Nettoinvestitionen	0		
Vollzeitstellen (FTE)	20.0	19.9	0.1 ○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Das Globalbudget wurde eingehalten. Minderaufwand entstand vor allem beim Betrieb des Kantonsnetzwerkes, bei der Hardwarebeschaffung und der Miete und Wartung von Hardware. Die Gründe dafür sind unter anderem die verzögert erfolgte Inbetriebnahme der Kantonsnetzwerkredundanz per Dezember 2013 sowie das restriktive Ersetzen von Hardware und der Rückgang bei den Hardwarepreisen.

3. Projekte

○ Projektverlauf wie geplant ● Projektverlauf nicht wie geplant

Redundanz Kantonsnetzwerk

Beginn Januar 2013/Ende Dezember 2013 ○

Aufbau einer redundanten Leitung parallel zum Hauptstrang des Kantonsnetzwerkes zur Stärkung der Verfügbarkeit.

Projektstand:

Die redundante Leitung ist aufgebaut und getestet. Im Bedarfsfall steht somit eine zweite Leitung zur Aufrechterhaltung des Netzwerkdienstes zur Verfügung.

Ausweichrechenzentrum

Beginn Januar 2013/Ende Dezember 2013 ●

Aufbau eines Ausweichrechenzentrums zur Sicherung der Informatikservices bei Eintreten von Elementarereignissen.

Projektstand:

Aus Budgetgründen wurde der Aufbau eines Ausweichrechenzentrums um ein Jahr verschoben. Der Aufbau soll im Jahr 2014 erfolgen; die entsprechenden Budgetmittel sind eingestellt.

Elektronische Geschäftskontrolle

Beginn Januar 2013/Ende Dezember 2014 ○

Ablösung der veralteten elektronischen Geschäftskontrolle durch ein neues System, das als Standard für die gesamte kantonale Verwaltung zum Einsatz kommen kann.

Projektstand:

Zwischen Mai und August 2013 wurde eine grundsätzliche Analyse durchgeführt, um die zentralen Anforderungen in den beteiligten und interessierten Ämtern zu eruieren. Als Ergebnis daraus – und vor allem auch aus Spargründen – kamen das Amt für Informatik und die Staatskanzlei zum Schluss, von einer umfassenden Evaluation für ein neues System vorerst abzusehen und dafür den Fokus auf eine Überführung der bestehenden elektronischen Geschäftskontrolle in das Nachfolge-Produkt zu legen. Die Arbeiten dafür wurden im Oktober 2013 aufgenommen.

PG1: Umsetzung IT-Strategie

Ziele

- IT-Projekte sind innerhalb des vorgegebenen Kreditrahmens abzuwickeln.
- Die vom AFI geleiteten Projekte werden fristgerecht nach den Auflagen des Regierungsrates und dem Projektleitfaden umgesetzt.
- Der Informatikaufwand pro Einwohner ist unter dem interkantonalen Durchschnitt.
- Die Anzahl Informatikstellen der Gesamtverwaltung liegt im interkantonalen Durchschnitt.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Einhaltung des Gesamtkredits: Effektive Kosten zu den budgetierten Kosten in Prozent	100%	100%	0%	○
Eingehaltene Meilensteine im Verhältnis zu gesetzten Meilensteinen	85%	90%	5%	○
Die Informatikaufwendungen pro Einwohner des Kantons Schwyz im Verhältnis zum Durchschnittswert der Benchmark-Kantone (Durchschnitt gleich 100)	75	67	-10%	○
Der Anteil der Informatikstellen am Total der Verwaltungsstellen im Verhältnis zum Durchschnittswert der Benchmark-Kantone (Durchschnitt gleich 100)	105	97	-8%	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

90% der Projekte konnten im Rahmen des Budgets und innerhalb der vorgegebenen Meilensteine durchgeführt werden. Nur bei der Redundanz Kantonsnetzwerk gab es eine Verzögerung. Sowohl der Indikator in Bezug auf die Informatikaufwendungen pro Einwohner wie auch der Indikator bezüglich des Anteils Informatikstellen wurden unterboten.

PG2: IT-Betrieb

Ziele

- Betreiben des Informatikcenters. Kompetente Problem- und Störungsbearbeitung. Kann bei Projekten beigezogen werden und erteilt Betriebs- und Bedienungsanweisungen.
- Aufbau, Betrieb und Wartung der notwendigen Infrastruktur gemäss anerkannten und gültigen Sicherheitsstandards.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Die Systemverfügbarkeit für die wichtigsten Systeme ist gewährleistet	99.5%	99.9%	0.4%	○
Anzahl nicht rekonstruierbarer Datensätze, basierend auf den zentralen Datenspeichern des Informatikcenters	0	0	0	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Die vorgegebenen Ziele bezüglich Betriebsbereitschaft und Datensicherheit wurden erreicht. In Einklang mit den Budgetvorgaben wurde auf kostenintensive Investitionen im Hardwarebereich verzichtet und die vorhandenen Geldmittel wurden zur Hauptsache für Ablösungen von Informatikgeräten verwendet. Im Vordergrund stand dabei der Ersatz von Netzwerkgeräten sowie von rund 390 Personalcomputern. Bei den zentralen Datenspeichern mussten weitere Geräte beschafft und installiert werden, da deren Kapazitäten infolge der gestiegenen Datenmenge nicht mehr genügten.

PG3: Querschnittsdienstleistungen

Ziele

- Die Leistungsqualität liegt über dem Durchschnitt.
- Der Nutzen aus den Dienstleistungen wird hoch eingeschätzt.
- Die Dienstleistungen stellen einen Effizienzgewinn dar.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
(Index-)Wert aus jährlicher Befragung (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	>=3.6	3.9	0.3	○
(Index-)Wert aus jährlicher Befragung (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	>=3.7	3.8	0.1	○
(Index-)Wert aus jährlicher Befragung (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	>=3.6	3.7	0.1	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Grundsätzlich werden das Angebot sowie die Zusammenarbeit mit dem Amt für Informatik geschätzt. Alle drei Indikatorenwerte der Umfrage bei den Verwaltungseinheiten sind im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken, bewegen sich jedoch immer noch über den Vorgaben.

4. Anzahl PC-Arbeitsplätze

Die Anzahl der vom Amt für Informatik betreuten Mitarbeitenden ist gegenüber dem Vorjahr um 10% auf 1065 gestiegen (exklusive Kantonspolizei und Schulen). Verursacht wurde dieser grosse Anstieg hauptsächlich durch die zwei neuen Ämter für den Kindes- und Erwachsenenschutz sowie durch die Übernahme der Betreuung der kantonalen Gerichte. Für diese 1065 Mitarbeitenden standen per Ende 2013 1227 voll ausgerüstete PC-Arbeitsplätze zur Verfügung. Darin eingerechnet sind auch mobile Arbeitsplätze (Laptops) sowie die Einrichtungen von Schulungs-, Sitzungs- und Beratungszimmern. Das Verhältnis der Anzahl PC-Arbeitsplätze zur Anzahl der Mitarbeitenden ergibt somit für das Berichtsjahr einen Wert von 115.2% (gegenüber 111.2% im Jahr 2012). Die Veränderung zum Vorjahr erklärt sich vor allem mit zusätzlichen mobilen Arbeitsplätzen sowie mit einer Verbesserung im Inventarisierungsprozess.

5. E-Government-Kommission

Im Berichtsjahr fanden drei ordentliche Sitzungen der E-Government-Kommission statt. Schwerpunktmässig befasste sich die Kommission mit dem Projekt Schuldatenverwaltung sdv.sz und der Voranalyse zum Projekt eSteuern. Die Sitzungen dauerten jeweils einen halben Tag, Sitzungsort war ausschliesslich Schwyz. Als Geschäftsstelle für die E-Government-Kommission fungiert das Amt für Informatik.

Die Berichterstattung über den Stand des Projektes Schuldatenverwaltung sdv.sz war ein Standardtraktandum. Die Kommission nahm jeweils Kenntnis von den Fortschritten, Problemen und Risiken. Sie stellte Fragen, kommentierte die getroffenen Massnahmen und äusserte Verbesserungsvorschläge. Die Kommissionsmitglieder hielten wiederholt fest, dass das Projekt in den vier Punkten Termine, Qualität, Kontinuität und Kosten massive Mängel aufweist.

Die Voranalyse zum Projekt eSteuern hatte zum Ziel, Optimierungspotenzial im Steuerwesen des Kantons Schwyz zu eruieren und Lösungsvorschläge für eine gemeinsame Gesamtstrategie zu entwickeln. Sie wurde schon im Jahr 2012 in Auftrag gegeben und im Sommer 2013 dann als umfassender Bericht den Kommissionsmitgliedern vorgestellt. An zwei Sitzungen erfolgte darauf eine vertiefte Lösungsdiskussion einschliesslich Beschlussfassung zum weiteren Vorgehen.

F. Finanzkontrolle

1. Jahresrückblick

2013 war das erste vollständige Jahr mit ordentlicher Prüftätigkeit der Finanzkontrolle nach dem Neuaufbau. Neben dem Prüfprogramm war insbesondere die beratende Begleitung und Unterstützung des Projektausschusses sowie der Stawiko bei der Erarbeitung des neuen Finanzhaushaltsgesetzes einer der Schwerpunkte der Tätigkeit. In Zusammenarbeit mit den Inner-schweizer Finanzkontrollen konnten im Weiteren die Prüf- und Qualitätssicherungsprozesse der Finanzkontrolle mit der Erstellung eines Organisationshandbuchs weiter gefestigt werden.

2. Finanzen

In Fr. 1000.–	2013 V	2013 R	Abw.
Aufwand	674	613	-61
Ertrag	12	0	-12
Globalbudget	662		
Nachkredit	0		
Globalbudget inklusive NK	662	613	-49 ○
Nettoinvestitionen	0		
Vollzeitstellen (FTE)	3.0	3.0	0 ○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Das Globalbudget konnte um insgesamt Fr. 49 000.– unterschritten werden. Zwei Verschiebungen sind gegenüber dem Budget nennenswert. Erstens mussten die eingestellten Mittel für die externe Unterstützung der Finanzkontrolle nicht ausgeschöpft werden: Dies insbesondere aufgrund der Verschiebung der durch die Stawiko begleiteten Evaluation der Regionalpolitik sowie aufgrund des Verzichts auf Beizug von Fachspezialisten bei Revisionen. Zweitens wurden keine Erträge verbucht, da im abgelaufenen Jahr auf eine Prüfung im Rahmen des Nationalstrassenprojekts am Axen verzichtet wurde.

PG1: Unterstützung in der Dienstaufsicht

Ziele

- Umsetzung des Prüfprogramms.
- Durch Prüfungen und Beratungen Mehrwerte schaffen und Verwaltungsprozesse verbessern.
- Ausgewogenheit der Prüf- und 40% Beratungsdienstleistungen gemäss Grundauftrag.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.
Anteil der durchgeführten Prüfungen	100%	100%	0% ○
Anteil der umgesetzten Empfehlungen (aufgrund Stellungnahmen)	90%	88%	-2% ●
Anteil der Feststellungen/ Empfehlungen aufgrund der Prüfungskriterien Wirtschaftlichkeit, Zweckmässigkeit und Wirksamkeit (im Gegensatz zu Ordnung, Rechtmässigkeit und Sicherheit)	40%	25%	-15% ●

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Von den 20 im Prüf- und Tätigkeitsprogramm aufgeführten Prüfungen und Evaluationen im Aufgabenbereich der Finanzkontrol-

le wurden 19 wie geplant durchgeführt. Die geplante Prüfung des Projekts Netzvollendung Axenstrasse wurde durch die Review der Erhebung von Gebühren für die Nutzung des kantonalen Strandbodens ersetzt. Die Evaluation des Amtes für Natur, Jagd und Fischerei konnte im Wesentlichen abgeschlossen werden. Die geplante Evaluation der Regionalpolitik unter Führung der Stawiko wurde auf das Jahr 2014 verschoben.

Der Anteil der umgesetzten Empfehlungen ist mit 88% knapp unter der Zielvorgabe. Von den 52 Empfehlungen der Finanzkontrolle wurden 46 von den betroffenen Ämtern akzeptiert. Drei der sechs strittigen Revisionsfeststellungen und -empfehlungen wurden durch die Finanzkontrolle der Regierung zum abschliessenden Entscheid vorgelegt. Der Regierungsrat hat dem Antrag der Finanzkontrolle stattgegeben. Bei den übrigen drei strittigen Bemerkungen verzichtete die Finanzkontrolle auf eine Antragstellung bei der Regierung.

Der Anteil der Feststellungen und Empfehlungen aufgrund der Prüfungskriterien Wirtschaftlichkeit, Zweckmässigkeit und Wirksamkeit (im Gegensatz zu Ordnung, Rechtmässigkeit und Sicherheit) ist mit 25% deutlich unter dem – ambitiösen – Zielwert von 40%. Hauptgrund dafür ist die relativ hohe Anzahl der Revisionsfeststellungen in Bezug auf das Weisungswesen und die internen Kontrollsysteme. Sowohl das Weisungswesen als auch die internen Kontrollsysteme haben in der kantonalen Verwaltung noch keinen hohen Reifegrad erreicht, was zu einer entsprechend höheren Anzahl von Feststellungen führte.

PG2: Unterstützung in der Finanzaufsicht

Ziele

- Systematische und objektive Bewertung der Konzeption, Umsetzung und Wirkung/Wirtschaftlichkeit von Gesetzesaufträgen respektive von politischen Programmen mit besonderer finanzieller Bedeutung.
- Hohe Zufriedenheit der Mitglieder der Staatswirtschaftskommission.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.
Anzahl durchgeführte wirkungsorientierte Prüfungen (Evaluationen/Wirtschaftlichkeitsprüfungen/Gesetzesfolgenabschätzungen)	4	1	●
Zufriedenheit gemäss Befragung der Kommissionsmitglieder (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	4.0	-	

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Die Anzahl wirkungsorientierter Prüfungen ist mit einer Evaluation deutlich unter der Vorgabe. Hauptgrund dafür war, dass bereits im Prüf- und Tätigkeitsprogramm nur zwei entsprechende Prüfungen eingeplant werden konnten. Aufgrund der Gewichtung in der Prüfplanung wurde das Schwergewicht auf risikoorientierte Finanz- und Prozessprüfungen gelegt. Zudem wurde die eingeplante Evaluation der Regionalpolitik durch die Stawiko auf das Folgejahr verschoben.

Die Befragung der Kommissionsmitglieder wird nur alle zwei Jahre durchgeführt, sodass für das Berichtsjahr kein Wert vorliegt.

3. Externe Revision

Die Prüfung der Staatsrechnung (externe Revision) führt die Finanzkontrolle nicht mit eigenem Personal durch, sondern hat dafür eine private Prüfgesellschaft mandatiert. Die Rechnungsprüfung stellt einen weitgehend standardisierten und formalisierten Vorgang dar, wofür eine private Revisionsgesellschaft gut geeignet ist.

Die Prüfung der Staatsrechnungen 2012–2015 ist der Revisionsgesellschaft Ernst & Young vergeben. Mit der externen Mandatierung kann eine unabhängige, qualitativ gute und verhältnismässig kostengünstige Prüfung der Staatsrechnung gewährleistet werden. Zusätzlich kann durch die Zusammenarbeit mit einer privaten Revisionsgesellschaft ein aktiver Wissensaustausch gefördert werden.

Die Finanzkontrolle führte – in Zusammenarbeit mit den Finanzkontrollen der involvierten Kantone – die Rechnungsprüfung verschiedener Anstalten durch. Es sind dies die Rechnungsprüfungen des Linthwerks, der Linthebene-Melioration und der Psychiatrischen Klinik Zugersee.

4. Interne Revision

Die interne Revision bildet die Haupttätigkeit der Finanzkontrolle. Die interne Revisionstätigkeit umfasst unabhängige und objektive Prüf- und Beratungsdienstleistungen, welche darauf ausgerichtet sind, finanzielle Risiken zu reduzieren, finanzielle Schäden zu vermeiden, Mehrwerte zu schaffen und die Verwaltungsprozesse zu verbessern.

Folgende Prüfungen wurden durchgeführt: Prüfung des Strafvollzugs und der Führung des Kantonsgefängnisses, Revision der Personaladministration und des Lohnwesens, Review der Erhebung von Gebühren für die Nutzung des kantonalen Strandbodens, Revision der Kaufmännischen Berufsschule Lachen, Prüfung des Controllings im Behindertenwesen, Revision des Materialmanagements bei der Kantonspolizei, Revision des Amtes für Vermessung und Geoinformation, Revision des Staatsarchivs, Revision des Passbüros, Revision des Amtes für Wasserbau, Revision des Umgangs mit Kunstbauten (Tiefbauamt).

5. Evaluation und Wirkungsprüfungen

Im Jahr 2013 wurde die Evaluation im Bereich des Amtes für Natur, Jagd und Fischerei zur Thematik des Umgangs mit Konflikten zwischen Naturschutz und Nutzung durchgeführt und der Berichtsentwurf erstellt.

6. Staatswirtschaftskommission

Der Vorsteher der Finanzkontrolle führte das Sekretariat der Staatswirtschaftskommission und erstellte die Protokolle der acht Sitzungen im Jahr 2013. Neben der Unterstützung der Stawiko bei der Behandlung der Staatsrechnung und des Voranschlages stand die Vorberatung des neuen Finanzhaushaltsgesetzes im Zentrum.

7. Weitere Tätigkeiten

Neben den Kernaufgaben hat die Finanzkontrolle verschiedene weitere prüfende und beratende Aufgaben wahrgenommen. Erstens wurde die Prüfung der Abrechnung von Verpflichtungskrediten und kleineren Projektkrediten ordnungsgemäss abgewickelt. Zweitens wurden verschiedene Mitberichte verfasst. Drittens nahm die Finanzkontrolle beratend Einsitz in den Programmausschuss des Projektprogramms «Kompetenzzentrum Finanzen 2014».

Es wurden drei Sekretariate (Departementssekretariat, Tiefbauamt und Amt für öffentlichen Verkehr) zusammengelegt und dem Departementssekretariat angegliedert. Im Dezember verabschiedete der Regierungsrat die kantonale Energiestrategie 2013–2020. Infolge neuer Kosten/Nutzen-Überlegungen wurde im Einvernehmen mit der Gemeinde Freienbach die Umfahrung Pfäffikon aus dem Strassenbauprogramm gestrichen. Gleichzeitig wurde eine öffentliche Mitwirkung über das Gebiet Wollerau und Freienbach initialisiert. Der Kantonsrat hat einer Erhöhung der Schiffssteuern per 1. Januar 2014 zugestimmt. Das Grundangebot des öffentlichen Verkehrs wurde an die Änderungen, welche durch die 4. Teilergänzung der S-Bahn Zürich nötig werden, angepasst. Der Kantonsrat hat die Anpassung genehmigt.

A. Departementssekretariat

1. Jahresrückblick

Der Rechtsdienst unterstützte zwei Gesetzesvorlagen (Schiffssteuer und Vollzugsverordnung über die Personenförderungskonzession) und leistete juristischen Support in wichtigen Projektgenehmigungs- und Verpflichtungskreditvorlagen. Im administrativen Bereich wurde die Zusammenlegung von drei Sekretariaten in Angriff genommen und im gleichen Jahr erfolgreich umgesetzt.

2. Finanzen

In Fr. 1000.–	2013 V	2013 R	Abw.	
Aufwand	732	661	–71	
Ertrag	1	1	0	
Globalbudget	731			
Nachkredit	0			
Globalbudget inklusive NK	731	660	–71	○
Nettoinvestitionen	0			
Vollzeitstellen (FTE)	4.6	4.6	0	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Auf den 1. Oktober 2013 wurden drei Sekretariate (Departementssekretariat, Tiefbauamt, Amt für öffentlichen Verkehr) zu einem Pool zusammengelegt. Damit konnten Synergien und Prozessabläufe optimiert sowie circa 100 Stellenprozente eingespart werden (natürlicher Abgang). Der Sekretariatspool ist im Departementssekretariat angesiedelt und die FTE werden ab 1. Januar 2014 im Departementssekretariat aufgeführt.

PG1: Führungsunterstützung/Rechtsberatung

Ziele

- Hohe Zufriedenheit.
- Fristgerechte Erledigung der juristischen Beratung.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Zufriedenheit gemäss Befragung des Departementsvorstehers und der Amtsleiter (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	4	4	0	○
Anzahl eingehaltene Beratungstermine/Gesamtanzahl Beratungstermine	100%	100%	0%	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Die vom Departementssekretariat betreuten Geschäfte konnten innerhalb der Terminvorgaben abgewickelt werden. Die Zusammenlegung der drei Sekretariate (Departementssekretariat, Tiefbauamt, Amt für öffentlichen Verkehr) führte zu Mehraufwand

(Projektarbeit sämtlicher Sekretariatsmitarbeitenden), hatte aber keine Qualitätsverluste der Dienstleistungen während des Projektes zur Folge. Der Rechtsdienst unterstützte unter anderem die folgenden Gesetzgebungsvorhaben: Schiffssteuer und Vollzugsverordnung über die Personenförderungskonzession. Weiter wurde juristischer Support in diversen Projektgenehmigungs- und Verpflichtungskreditvorlagen in Anspruch genommen. Die Qualität des Supports und der Dienstleistungen des Departementssekretariates wurden mit gut bis sehr gut bewertet.

PG2: Dienstleistungen und Support

Ziele

- Hohe Zufriedenheit.
- Mitberichte und Vernehmlassungen werden termingerecht erstellt.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Zufriedenheit gemäss Befragung Kommissionsmitglieder (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	4	4	0	○
Anzahl termingerechte Mitberichte, Vernehmlassungen/Gesamtanzahl Mitberichte, Vernehmlassungen	100%	100%	0%	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Für die Kommission Bauten, Strassen und Anlagen wurden vier Sitzungen organisiert und zehn Geschäfte behandelt. Die Dienstleistungen und die Qualität des Supports des Departementssekretariates, das gleichzeitig die Aufgaben des Kommissionssekretariates wahrnimmt, wurden mehrheitlich mit gut bis sehr gut bewertet.

3. Beschaffungstatistik 2013

Seit März 2005 ist die Fachstelle Beschaffungswesen beim Baudepartement angesiedelt. Seit Einführung der Vergabestatistik 2007 erfassen alle kantonalen Vergabestellen sämtliche Beschaffungen ab Fr. 10 000.–. Die Werte sind exklusive MwSt. Die folgende Auswertung umfasst das gesamte Vergabevolumen des Kantons Schwyz inklusive Vergaben im Staatsvertragsbereich. Insgesamt wurden 752 Vergaben erfasst.

3.1 Beschaffungssummen nach Verfahren

Freihändiges Verfahren	23 665 634.–
Einladungsverfahren	1 610 507.–
Selektives Verfahren	4 957 464.–
Offenes Verfahren	35 487 169.–

3.2 Beschaffungssummen nach Bereich

Staatsvertragsbereich	18 449 446.–
Binnenmarktbereich	47 271 328.–

3.3 Beschaffungssummen nach Departementen

Baudepartement	51 991 589.–
Finanzdepartement	3 355 182.–
Sicherheitsdepartement	4 623 578.–
Departement des Innern	66 452.–
Umweltdepartement	1 964 050.–
Volkswirtschaftsdepartement	164 605.–
Bildungsdepartement	3 174 583.–
Staatskanzlei	380 735.–

3.4 Beschaffungstotal

Gesamtes Beschaffungstotal	65 720 774.–
	100%

davon im Kanton Schwyz

vergebene Aufträge	29 423 438.–
	45%

davon ausserkantonal

vergebene Aufträge	36 297 336.–
	55%

Beschaffungen im Jahresvergleich

Beschaffungstotal 2013	65 720 774.–
Beschaffungstotal 2012	67 449 363.–
Beschaffungstotal 2011	71 969 850.–
Beschaffungstotal 2010	124 506 908.–
Beschaffungstotal 2009	82 972 418.–
Beschaffungstotal 2008	104 463 105.–
Beschaffungstotal 2007	67 326 112.–

B. Tiefbauamt

1. Jahresrückblick

Infolge neuer Kosten/Nutzen-Überlegungen wurde im Einvernehmen mit der Gemeinde Freienbach die Umfahrung Pfäffikon aus dem Strassenbauprogramm gestrichen. Gleichzeitig wurde eine öffentliche Mitwirkung über den Bereich Wollerau und Freienbach initialisiert. Im inneren Kantonsteil wurde die Projektierung der Südumfahrung Küsnacht intensiv vorangetrieben, und bei der Urmibergachse (kantonale Nutzungsplanung) konnten die markanten Verkehrspunkte definiert werden.

2. Finanzen

In Fr. 1000.–	2013 V	2012 R	Abw.	
Aufwand	68 577	70 183	1 606	
Ertrag	68 577	70 183	1 606	
Globalbudget	0			
Nachkredit	0			
Globalbudget inklusive NK	0	0	0	○
Nettoinvestitionen	44 552			
Nachkredit	0			
Nettoinvestitionen inklusive NK	44 552	28 913	-15 639	●
Vollzeitstellen (FTE)	81.5	76.3	-5.2	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Das Verkehrsamt hat einen Mehrertrag von 1 Mio. Franken erwirtschaftet. Infolgedessen steigen auch Aufwand und Ertrag beim Tiefbauamt und führen via Abschreibungen zu einem Globalbudget von Fr. 0.–.

Das Budget für die Nettoinvestitionen wurde nicht ausgeschöpft. Gründe dafür sind tiefere Vergabekosten als budgetiert sowie Projekteinsparungen und erschwerte Umstände bei Landerwerben, die zu Projektverzögerungen führten. Hinzu kommt, dass aufgrund von vakanten Stellen einzelne Projekte verschoben werden mussten.

3. Projekte

○ Projektverlauf wie geplant ● Projektverlauf nicht wie geplant

Anschlüsse Nationalstrassen

Beginn 2012/Ende 2016

○ Optimierung der Anschlüsse Wangen Ost, Vierspurausbau Zugerstrasse, Küsnacht, und Zubringer Halten, Pfäffikon, an die Nationalstrasse. Die Studien erfolgen in Zusammenarbeit mit dem ASTRA und den Gemeinden/Bezirken. Das Projekt ist eine Massnahme zur Umsetzung der Strategie «Wirtschaft und Wohnen im Kanton Schwyz».

Projektstand:

Die Projekte befinden sich in der Phase «Mitwirkung Bevölkerung» resp. «Machbarkeitsstudie» und liegen im erwarteten Zeitrahmen.

Kantonsstrassen mit Entwicklungspotenzial

Beginn 2012/Ende 2021

○ Die Projekte für die Verkehrsoptimierung Höfe, die Kernentlastung Lachen, der Grosskreisel Siebnen und die Südumfahrung Küsnacht sind für die wachsenden Bedürfnisse zu planen. Das Projekt ist eine Massnahme zur Umsetzung der Strategie «Wirtschaft und Wohnen im Kanton Schwyz».

Projektstand:

Die Projekte befinden sich im erwarteten Zeitrahmen.

Ausarbeitung Radroutennetz

Beginn 2012/Ende 2013

○ Erarbeitung eines Radroutenkonzeptes entlang von Haupt- und Verbindungsstrassen. Das Projekt ist eine Massnahme zur Umsetzung der Strategie «Wirtschaft und Wohnen im Kanton Schwyz».

Projektstand:

Für die Radfahrer-Infrastruktur auf Haupt- und Verbindungsstrassen wurde eine Schwachstellenanalyse erstellt. Gestützt darauf konnte die Linienführung der Haupt- und Nebenradrouten entlang von Haupt- und Verbindungsstrassen überarbeitet werden.

4. Investitionsprojekte

Nationalstrassen

Neubau Axen

○ Stand: Im Jahr 2013 wurde das Bau- resp. Auflageprojekt weitgehend fertig gestellt. Gleichzeitig erfolgte eine Ämtervernehmlassung in den beiden Kantonen SZ und UR.

Aussicht: Abschlussarbeiten Projekt (Integration von Resultaten aus der Ämtervernehmlassung) und Planaufgabe im Sommer 2014. Anschliessend erfolgt der Start der Ausführungsprojektierung.

Hauptstrassen	
<i>Ortsdurchfahrt Freienbach</i> ○	
Stand:	Freienbach Mitte (Kirchstrasse West bis Ost): Strassenbauarbeiten abgeschlossen. Freienbach Ost: Bauprojekt bearbeitet.
Aussicht:	Freienbach Mitte: Montage Lärmschutzwände im Sommer 2014. Freienbach Ost: Öffentliche Auflage Bauprojekt im Sommer 2014. Projektgenehmigung separates Lärmsanierungsprojekt im Frühling 2014.
<i>Neubau Trottoir, Schindellegistrasse Pfäffikon</i> ○	
Stand:	Bauprojekt in Koordination mit der Gemeinde Freienbach bearbeitet.
Aussicht:	Baubeginn, nach Abschluss des Landerwerbes, voraussichtlich im Herbst 2014, Abschluss der Arbeiten im Jahr 2015.
<i>Strassenausbau Schindellegi Süd, Feusisberg</i> ○	
Stand:	Bauausführung der zweiten Etappe von April bis September. Gleichzeitig sanierte die SOB die bergseitige Stützmauer.
Aussicht:	Abschluss der Arbeiten im Sommer 2014.
<i>Umgestaltung Churerstrasse, Altendorf</i> ○	
Stand:	Im Frühjahr wurden die Werkleitungsarbeiten und im Sommer die Fundations- und Belagsarbeiten abgeschlossen. Inbetriebnahme der First-Flash-Anlage (Reinigung Strassenwasser) im Herbst.
Aussicht:	Im Frühjahr 2014 Mutation für Grenzbereinigung und Beurkundung.
<i>Kernentlastung Lachen, Ast West</i> ○	
Stand:	Gegen die durch den Regierungsrat erteilte Projektgenehmigung und gleichzeitig verfügten Enteignungen sind zwei Beschwerden vom Bundesgericht abgewiesen worden.
Aussicht:	Das Schätzungsverfahren wurde eingeleitet. Genehmigung Verpflichtungskredit durch den Kantonsrat im Frühjahr 2014. Realisierung ab Frühjahr 2015 in Abstimmung mit Aggloprojekt Obersee.
<i>Ortsdurchfahrt Galgenen</i> ○	
Stand:	Bauprojekt liegt vor. Landerwerbsverhandlungen laufen.
Aussicht:	Öffentliche Projektauflage im Herbst 2014.
<i>Galgenen Ost–Siebnen</i> ○	
Stand:	Interne Vernehmlassung abgeschlossen. Landerwerbsverhandlungen abgeschlossen.
Aussicht:	Projektgenehmigung durch Regierungsrat und Genehmigung Verpflichtungskredit im Frühjahr 2014.
<i>Grosskreisel Siebnen</i> ○	
Stand:	Nach der Submission für die Bauhauptarbeiten erfolgte im Herbst die Arbeitsvergabe. Das Ausführungsprojekt liegt vor. Der Spatenstich ist im Dezember 2013 erfolgt.
Aussicht:	Erstellung der beiden neuen Brücken (Fabrik- und Glarnerstrasse) im Jahr 2014, inkl. Strassenbauarbeiten an der Fabrik-, Glarner- und Zürcherstrasse. Die Strassenbauarbeiten dauern bis im Herbst 2015, anschliessend Inbetriebnahme.
<i>Neubau Trottoir, Haslenstrasse Schübelbach</i> ○	
Stand:	Abschluss der Bauarbeiten. Die Inbetriebnahme erfolgte im Herbst.
Aussicht:	Mutation für Grenzbereinigung erstellen und Beurkundung beim Notariat.
<i>Buttikon Ost (MPSO)–Reichenburg West</i> ○	
Stand:	Projekt und Enteignung durch den Regierungsrat im Herbst erfolgt.
Aussicht:	Genehmigung Verpflichtungskredit durch den Kantonsrat im Frühjahr 2014. Baubeginn Herbst 2014.
<i>Kreisel Dorf, Tuggen</i> ○	
Stand:	Abschlussarbeiten im Frühjahr 2013 ausgeführt.
<i>Wägitalerstrasse, Flübödeli</i> ○	
Stand:	Genehmigung Verpflichtungskredit durch Kantonsrat am 29. Mai 2013. Die Vergabe der Bauhauptarbeiten erfolgte im Dezember.
Aussicht:	Baubeginn im Frühjahr 2014. Die Bauzeit dauert bis Herbst 2015. Die Abschlussarbeiten und der Einbau des Deckbelages folgen im Sommer 2016.
<i>Wägitalerstrasse, Rötetäli</i> ○	
Stand:	Bauprojekt liegt im Entwurf vor. Landerwerbsverhandlungen laufend.
Aussicht:	Öffentliche Projektauflage im Sommer 2014.
<i>Massnahmen Ratenpassstrasse, Feusisberg</i> ●	
Stand:	Hauptarbeiten bereits im Frühjahr 2012 abgeschlossen. Die Belagsarbeiten wurden infolge eines geplanten Drittprojektes zurückgestellt. Dieses wird nun aber nicht ausgeführt.
Aussicht:	Abschluss- und Belagsarbeiten Sommer 2014.
<i>Biberbrugg–Nübergsagi</i> ●	
Stand:	Mutation der Grenzbereinigung (Vorabzug) im Herbst erstellt. Bewirtschaftungsweg Altberg zusätzliche Projektvarianten bearbeitet.
Aussicht:	Mutationsbereinigung im Frühjahr 2014. Definitives Projekt für den Bewirtschaftungsweg Altberg im Jahre 2014 bereinigen und fertig stellen.
<i>Gross–Steinbach</i> ○	
Stand:	Ausschreibung des Projektgenieurs im Herbst.
Aussicht:	Ausführungsprojekt für die Realisierung ausarbeiten. Ausschreibung der Bauhauptarbeiten im Herbst 2014. Baubeginn im Frühjahr 2015.
<i>Steinbach–Viadukt</i> ○	
Stand:	Gesamte Betonarbeiten beendet. Brücke im Rohbau erstellt. Strassenausbau Seite Steinbach ausgeführt.
Aussicht:	2014 Abdichtungs- und Belagsarbeiten, Montage Leitplanken und Geländer auf Brücke und restliche Strassenbauarbeiten Seite Ruestel. Eröffnung August 2014. Anschliessend Abbruch des alten Steinbach-Viadukts und im Frühjahr 2015 Einbau Deckbelag.
<i>Strassenausbau Dritte Altmatt Nord–Höli–Biberbrugg</i> ●	
Stand:	Auslegeordnung aufgrund des Gutachtens der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK) und der Anhörung des Bundesamtes für Umwelt (BAFU). September 2013 Besprechung mit der ENHK und dem BAFU, um die Chancen und Risiken für das Projekt vertieft beurteilen zu können.
Aussicht:	Der Regierungsrat entscheidet anfangs 2014 über das weitere Vorgehen beim Projekt für die Schliessung der H8-Ausbaulücke.

Sattel-Kantonsgrenze SZ/ZG ○
 Stand: Der Verpflichtungskredit wurde durch den Kantonsrat am 27. Februar 2013 genehmigt. Seit Juni Ausführung der Bauarbeiten.

Aussicht: Fortsetzen der Bauarbeiten und Inbetriebnahme Ende Mai 2015. Ab Juni 2015 beginnen die Jubiläumsfeierlichkeiten «700 Jahre Schlacht am Morgarten». 2016 Abschluss der Bauarbeiten mit Einbau Deckbelag.

Anschluss Steinerstrasse, Schwyz ○
 Stand: Bauprojekt inklusive Umweltverträglichkeitsbericht liegt vor. Landerwerbsverhandlungen laufen.

Aussicht: Öffentliche Projektauflage Frühjahr 2014.

Grundstrasse Schwyz ○
 Stand: Bauprojekt in Bearbeitung.
 Aussicht: Öffentliche Projektauflage Herbst 2014.

Schulwegsicherheit Schulgasse, Schwyz ○
 Stand: Ausarbeitung Ausführungsprojekt, inkl. Sanierung der Strassenpflasterungen bei der Schulgasse sowie beim Abschnitt Herrengasse bis Hauptplatz ist erfolgt.

Aussicht: Ausschreibung Bauhauptarbeiten im Frühjahr 2014. Baubeginn Schulgasse Sommer 2014 und Erneuerung Abschnitt Herrengasse-Hauptplatz im Sommer 2015.

Knoten Postplatz, Ibach ○
 Stand: Entwurf Bauprojekt liegt vor.
 Aussicht: Variantenentscheid Knoten Muota.

Ausbau Muotathalerstrasse, 1. Etappe Gibelhorn ○
 Stand: Rund ein Drittel der Ausbauarbeiten (18 Kunstbauten auf 900 Meter Ausbaulänge) erstellt.

Aussicht: 2014–2015 Weiterführen der Ausbauarbeiten. Frühjahr 2016 Deckbelagsarbeiten.

Ibergereggsstrasse, Windstock-Chaisten ○
 Stand: Arbeiten grossmehrheitlich abgeschlossen.
 Aussicht: Kleinere Ergänzungs- und Optimierungsarbeiten im Frühjahr/Sommer 2014.

Seeufersanierung Zugersee, Arth ○
 Stand: Bauarbeiten im Oktober 2013 gestartet.
 Aussicht: Abschluss der Bauarbeiten im April 2014.

Vierspur-Ausbau Zugerstrasse Süd, Küssnacht ●
 Stand: Entwurf Vorprojekt liegt vor. Entscheid Wildtierkorridor und Anschluss A4 wurden gefällt. Entscheid Knoten Luterbach und Hochwassersicherheit Giessen sind in Abklärung.

Aussicht: Genehmigung Teilprojekte Verbindung Zuger-/Artherstrasse und SABA Giessenbach im Januar 2014. Bearbeitung Bauprojekt im Bereich Anschluss A4.

Südumfahrung Küssnacht ○
 Stand: Gegen das Bauprojekt, Abschnitt Ebnet-Räbmatt, welches am 29. Juni 2012 öffentlich aufgelegt wurde, waren anfangs Jahr noch acht Einsprachen hängig. Fünf weitere Einsprachen konnten bis Ende 2013 behandelt werden und wurden zurückgezogen.

Aussicht: Antrag zuhanden Regierungsrat für die Projektgenehmigung und Behandlung der drei noch vorhandenen Einsprachen. Bericht und Vorlage an den Kantonsrat im April 2014.

Radstreifen Merlischachen-Meggen ○
 Stand: Abschluss Bauarbeiten und Inbetriebnahme im November 2013.

Aussicht: Mutation für Grenzberichtigung. Beurkundungen Landerwerbsverträge durch Notariat Frühling 2014.

Strassenausbau Langmatt, Brunnen ●
 Stand: Bauprojekt ist erstellt.

Aussicht: Landerwerbsverhandlungen abschliessen. Projektauflage Frühjahr 2014. Verpflichtungskredit Herbst 2014. Baubeginn Frühjahr 2015.

Knoten Gätzlistrasse, Brunnen ○
 Stand: Sämtliche Arbeiten sind abgeschlossen. Vermarkung der neuen Grenzen ist erfolgt, Mutation Geometer liegt noch nicht vor.

Aussicht: Definitive Kreisinnenringgestaltung (zuständig Gemeinde Ingenbohl) im Frühjahr 2014. Beurkundungen der Landerwerbsverträge durch Notariat im Jahre 2014.

Strassenausbau Seehof, Gersau ○
 Stand: Bauarbeiten abgeschlossen.
 Aussicht: Abrechnung Verpflichtungskredit Frühjahr 2014.

Strassenausbau Forstegg, Gersau ○
 Stand: Bauprojekt in Bearbeitung.
 Aussicht: 2015 Projektauflage und Verpflichtungskredit. Baubeginn 2017.

PG1: Neu-, Ausbauten und Erneuerungen

Ziele

- Verwirklichung Strassenbauprogramm entsprechend den Vorgaben, den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln und den Personalressourcen.
- Kosten-/Wirksamkeitsanalyse (KW) bei anstehenden Investitionsentscheiden bei Kunstbauten.
- Abschluss Lärmschutz Kantonsstrassennetz bis 31. März 2018.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Realisierungsgrad Projekte	75%	79%	4%	○
Kapitalisierte Aufwendungen: Vergleich Neubau – zu erwartender baulicher Unterhalt (Index KW)	<=1	0	0	○
Realisierungsgrad Jahresziel gemäss Programmvereinbarung mit dem Bund	80%	67%	-13	●

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Im Berichtsjahr waren bei anstehenden Investitionsentscheiden für Kunstbauten keine Kostenwirksamkeits-Analysen erforderlich.

Der Aufwand für die Erstellung von Lärmsanierungsprojekten ist grösser als ursprünglich angenommen. Zudem bestehen durch Einsprachen und den Einbau von Lärmschutzfenstern durch betroffene Grundeigentümer Abhängigkeiten von Dritten. Das Lärmschutzprojekt auf dem Kantonsstrassennetz sollte dennoch bis März 2018 fristgerecht umgesetzt werden können.

PG2: Baulicher Unterhalt

Ziele

- Sicherstellen der Betriebssicherheit durch Beheben von grösseren Schäden und Verschleisserscheinungen an den Strassenanlagen.
- Werterhaltung der Strassen.
- Werterhaltung der Kunstbauten.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Anzahl berechnete Werkhaftungsklagen zulasten Kanton infolge mangelhafter Strasseninfrastrukturanlagen	<5	0	-5	○
Strassenzustandswerte gemäss VSS-Norm 640 925b (Index I1-Wert 0–2, in % der Netzlänge)	–	–	–	○
Zustandsbeurteilung gemäss VSS-Norm 640 904 (Anzahl Objekte mit Zustand «Sicherheit» gefährdet)	<3	1	-2	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Gemäss Antrag Stawiko resp. Beschluss Nr. 1074/2012 zum Leistungsauftrag 2013 wird auf eine Auswertung der Strassenzustandswerte verzichtet, da sich eine neue Messmethode in der Evaluation befindet.

Die Kantonsstrassen befinden sich in einem genügenden Zustand. Die bisherige Unterhaltsstrategie kann weitergeführt werden.

PG3: Betrieblicher Unterhalt

Ziele

- Sicherstellen des sach- und termingerechten betrieblichen Strassenunterhalts.
- Ausführen des betrieblichen Strassenunterhaltes nach wirtschaftlichen Grundsätzen.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Anzahl berechnete Werkhaftungsklagen zulasten Kanton infolge mangelhaftem betrieblichen Unterhalt	<5	0	-5	○
Kosten in Fr. pro Kilometer Kantonsstrasse (inklusive Querschnittskosten)	45 000	43 500	-1 500	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Dank eines professionellen betrieblichen Unterhalts der Strassenanlagen wurden keine Werkeigentümerhaftungsklagen verzeichnet. Der Aufwand konnte im Budgetrahmen gehalten werden.

PG4: Übriges Verkehrsnetz

Ziele

- Beachten der Rechtsgrundlagen und der Verfahrenssicherheit.
- Fristgerechte Bearbeitung der Gesuche.
- Fristgerechte Bearbeitung der Mitberichte.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Beschwerden gegen Beschlüsse und Verfügungen (Korrekturen der Oberinstanz)	<=2	1	-1	○
Einhalten der Bearbeitungsfristen (nach Vorliegen sämtlicher notwendiger Unterlagen)	95%	99.2%	4.2%	○
Fristeinhaltung nach Vorliegen sämtlicher notwendiger Unterlagen (Berücksichtigung allfälliger begründeter Fristverlängerungen)	95%	98.6%	3.6%	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Gegen zehn genehmigte Verkehrsanordnungen und gegen sieben Fachberichte zu Baugesuchen an Kantonsstrassen wurden Beschwerden erhoben. Bei elf der zwölf erledigten Beschwerden wurden die Entscheide gestützt.

C. Hochbauamt

1. Jahresrückblick

Das Jahr 2013 stand im Zeichen der Neuorientierung des Hochbauamtes. Die Amtsleitung wurde per 1. Januar 2013 neu besetzt.

Interne Abläufe wurden überprüft und angepasst.

Im Dezember verabschiedete der Regierungsrat die kantonale Energiestrategie 2013–2020.

Das Hochbauprogramm wurde mit Beschluss Nr. 324 vom 9. April 2013 als Zwischenbericht vom Regierungsrat und anschliessend von der Kommission für Bauten, Strassen und Anlagen zur Kenntnis genommen.

Bei der Überprüfung des Gebäudezustandes der Kantonsschule Ausserschwy in Pfäffikon (KSA) sind gravierende statische und brandschutztechnische Mängel festgestellt worden. Mit Regierungsratsbeschluss vom 19. November 2013 wurde für die notwendigen Sofortmassnahmen ein Kredit von 2 Mio. Franken genehmigt.

Der Verpflichtungskredit für die Sanierung der Turnhalle und für die Schulraumerweiterung Berufsbildungszentrum Goldau (BBZG) von 9.4 Mio. Franken wurde vom Stimmvolk am 3. März 2013 mit einem Ja-Stimmen-Anteil von 73.5% deutlich angenommen. Am 1. Juli 2013 wurde bereits mit den Bauarbeiten begonnen. Bis Ende 2013 konnten die Rohbauarbeiten weitgehend abgeschlossen werden.

Der Architekturwettbewerb für das Heilpädagogische Zentrum in Goldau (HZI) wurde durchgeführt. Zwölf renommierte Architekturbüros reichten bis am 20. Dezember 2013 ihre Projekte ein.

2. Finanzen

In Fr. 1000.–	2013 V	2013 R	Abw.	
Aufwand	33 902	31 216	-2 686	
Ertrag	6 762	6 490	-272	
Globalbudget	27 140			
Nachkredit		0		
Globalbudget inklusive NK	27 140	24 726	-2 414	○
Nettoinvestitionen	7 660			
Nachkredit	5 514			
Nettoinvestitionen inklusive NK	13 174	4 522	-8 652	●
Vollzeitstellen (FTE)	25.1	22.2	-2.9	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Das Globalbudget wurde unterschritten. Für die Abweichung waren die wesentlichen Gründe tiefere Mietzinsausgaben, tiefere Abschreibungen auf den Liegenschaften, grössere Bundesbeiträge an das kantonale Förderprogramm sowie höhere Erträge aus dem Verkauf von Vorzugsenergie.

Investitionsrechnung:

Da in der Investitionsrechnung keine Steuerungsentscheide gemacht werden dürfen, wurden mit dem Nachkredit 1 (RRB Nr. 393/2013) Verschiebungen in den einzelnen Projekten genehmigt, die vollständig kompensiert werden konnten. So beträgt die effektive Abweichung der Nettoinvestitionen Fr. -3 138 000.–.

3. Projekte

Projektverlauf wie geplant Projektverlauf nicht wie geplant

Neubau Verwaltungszentrum

Beginn Juli 2012/Ende Dezember 2021

Zusammenzug zugemieteter, zerstreuter Verwaltungseinheiten in einem gemeinsamen Verwaltungsneubau.

Projektstand:

Im Jahr 2013 wurden Kaufs- bzw. Verkaufsverhandlungen geführt mit dem Ziel, die Liegenschaft Bahnhofstrasse 15 zu erwerben.

PG1: Investitionsprojekte

Ziele

– Planung und Umsetzung Hochbauprogramm.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.
Ausschöpfung des Investitionsvoranschlags	90%	59%	31% <input checked="" type="radio"/>

Vorgabe eingehalten/erfüllt Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Für die Investitionsrechnung 2013 sind für folgende Konten hohe Beträge budgetiert worden:

- Neubau Verwaltungsgebäude Schwyz
- Bundesbriefmuseum Schwyz
- Werkhof Ausserschwyz Galgenen

Diese konnten jedoch aus folgenden Gründen nicht ausgeschöpft werden:

Die Verkaufsverhandlungen für das AHV-Gebäude konnten erst Ende 2013 abgeschlossen werden. Darum sind für dieses Projekt 2013 keine weiteren Planungen ausgelöst worden.

Für den Umbau des Bundesbriefmuseums sind erst Honorarrechnungen für die Planung angefallen, da mit dem Umbau noch nicht begonnen wurde.

Wegen Einsprachen im Zusammenhang mit der Erschliessung zum Zeughaus Galgenen (Werkhof Ausserschwyz) haben sich die weiteren Planungen verzögert. Deshalb konnte der Kauf nicht 2013 erfolgen.

PG2: Immobilienmanagement

Ziele

- Umsetzung der Eigentumsstrategie.
- Bauliche Umsetzung der Raumbedarfsanträge der Ämter und Departemente sowie Umsetzung der Raum- und Flächenstandards.
- Wahrung der Funktionstüchtigkeit und Werterhaltung des kantonalen Immobilienbestandes.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.
Anteil der Arbeitsplätze in kantonseigenen Gebäuden. Istzustand: 40% Zielwert: 80% bis 2025 gem. Hochbauprogramm	36%	36%	0% <input type="radio"/>
Hauptnutzfläche pro Mitarbeiter in m ² Istzustand: 25,1 m ² Zielwert: 19,7 m ² bis 2025	25.1	25.1	0 <input type="radio"/>
Jährlicher Instandhaltungsaufwand für kantonale Gebäude in Bezug zum Versicherungswert (Stand 1.1.2012: 485 Mio. Franken) Zielwert: mittlerer CH-Benchmark 1.18%	1.18%	1.00%	-0.18% <input type="radio"/>

Vorgabe eingehalten/erfüllt Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Der angestrebte Anteil Arbeitsplätze in kantonseigenen Gebäuden sowie die Hauptnutzfläche pro Mitarbeiter bleiben gegenüber dem Vorjahr unverändert. Der angestrebte Zielwert kann nur mit einem Neubau realisiert werden. Es werden jedoch laufend Verdichtungspotenziale geprüft.

Im Rahmen der Budgetgespräche wurde die Höhe des Unterhaltskontos gekürzt. Zwar wurden die Budgetvorgaben eingehalten, jedoch konnte die Zielvorgabe des Leistungsauftrags nicht mehr erfüllt werden.

PG3: Energie

Ziele

- Reduktion des Wärmeverbrauchs für kantonale Gebäude durch Betriebsoptimierung und Gebäudehüllensanierung.
- Förderung der Wärmeerzeugung aus erneuerbaren Energien (kantonales Förderprogramm).
- Förderung der Reduktion des Wärmeenergieverbrauchs durch Gebäudehüllensanierung (Gebäudeprogramm).

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.
Energieverbrauch bezogen auf die Energiebezugsfläche in kWh/m ² . Zielwert 2013/2014 gemäss Leitbild: 60 kWh/m ²	60	60	0 <input type="radio"/>
Anzahl im Kanton Schwyz substituiertes Heizöläquivalente in Liter/a (kantonales Förderprogramm)	200 000	333 560	133 560 <input type="radio"/>
Anzahl im Kanton Schwyz substituiertes Heizöläquivalente in Liter/a (Gebäudeprogramm)	400 000	1,517 Mio.	1,117 Mio. <input type="radio"/>

Vorgabe eingehalten/erfüllt Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

53% des Wärmebedarfs der kantonalen Gebäude werden mit erneuerbarer Energie abgedeckt. Der fossile Anteil konnte deutlich gesenkt werden. Dank Betriebsoptimierung und Effizienzmassnahmen wurde die jährliche Steigerung des Elektrizitätsbedarfs gestoppt.

Die Wirkung des kantonalen Förderprogramms ist rückläufig. Neue Gesuche werden nicht mehr entgegengenommen.

Noch erzielte das nationale Gebäudeprogramm eine sehr hohe Wirkung. Durch die Programmanpassung ist der Eingang neuer Gesuche inzwischen stark rückläufig. Da jedoch tendenziell grössere Projekte eingereicht werden, nimmt die Wirkung weniger stark ab.

D. Verkehrsamt

1. Jahresrückblick

Das Projekt NewTraffic ist auf Kurs. Der Kantonsrat hat einer Erhöhung der Schiffssteuern per 1. Januar 2014 zugestimmt. Die Anpassung der Strandbodengebühren wurde umgesetzt. Auf nationaler Ebene wurde der eCode 178 (Leasing) eingeführt.

2. Finanzen

In Fr. 1000.–	2013 V	2013 R	Abw.	
Aufwand	59 320	60 037	717	
Ertrag	60 332	61 431	1 099	
Globalbudget	-1 012			
Nachkredit	0			
Globalbudget inklusive NK	-1 012	-1 394	-382	○
Nettoinvestitionen	0			
Vollzeitstellen (FTE)	58.1	58.4	0.3	●

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Der Strassenrechnung konnte ein Nettoertrag aus Steuern und Gebühren von 49.64 Mio. Franken (48.15 Mio. Franken) zugewiesen werden. Bei den Verkehrssteuern ist gegenüber dem Vorjahr ein Mehrertrag von 1.76 Mio. Franken zu verzeichnen. Der budgetierte Gebührenertrag konnte nicht erreicht werden. Mehrere Verkehrsexperten standen unfall- oder krankheitsbedingt während insgesamt 40 Wochen nicht produktiv im Einsatz. Der Erlös aus dem Verkauf von Wunschschildern ist geringer ausgefallen. Der Verkauf ist vorübergehend eingestellt worden, weil politische Vorstösse die Einführung der Versteigerung von Kontrollschildern anregen. Die Einführung der Schilderauktion konnte weitgehend abgeschlossen werden.

Zusammen mit dem Kanton Solothurn wurde die Beschaffung einer neuen Fachapplikation projektiert und ausgeführt. Die Fachapplikation CARI steht in 16 Kantonen im Einsatz. Die Kosten für die Lieferung und die Lizenzen liegen deutlich unter dem budgetierten Betrag. Bei den Schiffssteuern ist wiederum eine leichte Zunahme zu verzeichnen. Der auf den 1. Januar 2013 angepasste Gebührrentariff für die Benützung von kantonalem Strandboden hat die Überprüfung von rund 580 Konzessionen nötig gemacht und Mehreinnahmen von rund Fr. 222 000.– generiert.

PG1: Technische Verkehrssicherheit

Ziele

- Überprüfung der Verkehrssicherheit im technischen und individuellen Bereich.
- Dienstleistungsorientierte und objektive Beurteilung der Betriebssicherheit von Fahrzeugen und Schiffen innerhalb der festgelegten Periodizitäten.
- Verursacherfinanzierung mittels Gebühren.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Anzahl berechnete Beanstandungen geteilt durch Anzahl Prüfungen	<1%	0%	-1%	○
Kein Rückstand bei Fahrzeugen mit jährlichem Prüfungsintervall; Rückstand <1 Jahr bei Personen-, Lieferwagen und Kleinbussen ab 7 Jahren und Motorschiffe; Rückstand <2 Jahre bei allen übrigen Fahrzeugen.	100%	100%	0%	○
Kostendeckungsgrad	>80%	77.3%	-2.7%	●

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Fahrzeugprüfungen	2013	2012
Standort Einsiedeln	4 556	4 160
Standort Pfäffikon	16 560	15 854
Standort Schwyz	17 322	19 130
Total	38 438	39 144
Mängelkontrollen	4 805	4 774
Schiffsprüfungen	1 165	1 073

Führerprüfungen	2013	2012
Theoretische Führerprüfungen	3 495	2 892
Praktische Führerprüfungen	3 703	3 870
Theoretische Schiffsführerprüfungen	230	213
Praktische Schiffsführerprüfungen	242	206
Total	7 670	7 181

Kommentar:

Wegen des Ausfalls verschiedener Verkehrsexperten konnten weniger Fahrzeugprüfungen durchgeführt werden. Erneut mussten mehr Nachkontrollen von beanstandeten Fahrzeugen vorgenommen werden. Die jährliche Nachprüfungspflicht für schwere Nutzfahrzeuge wurde eingehalten.

Zur Theorieprüfung sind 3495 Kandidatinnen und Kandidaten angetreten. Die Erfolgsquote bei den Erstprüfungen beträgt 66%. Die praktische Führerprüfung der Kategorie B haben auf Anhieb 1249 Personen oder 66.2% bestanden. 436 Kandidatinnen und Kandidaten absolvierten die zweite Prüfung erfolgreich. 138 traten ein drittes Mal und acht ein viertes Mal zur Prüfung an und konnten diese erfolgreich bestehen. Zur praktischen Motorradprüfung (Kategorie A und A1) traten 539 Personen an. Jeder dritte Kandidat musste die Prüfung wiederholen. Von den 166 zur Kontrollfahrt aufgebotenen Fahrzeuglenkern genügten 30 den Anforderungen für ein sicheres Fahren im Verkehr nicht mehr und mussten den Führerausweis endgültig abgeben.

Von den 1165 geprüften Schiffen entsprachen 89 nicht den Bestimmungen der Binnenschiffahrtsverordnung und mussten zur Nachkontrolle aufgeboten werden. Bei 524 beanstandeten Schiffen konnten die Mängel durch den Halter oder die Werft direkt mittels eingereichten Bestätigungen erledigt werden. Fünf Schiffe wurden bei der Kontrolle wegen ungenügender Betriebssicherheit sofort aus dem Verkehr gezogen.

Der Anteil der Kandidatinnen und Kandidaten, welche die praktische Schiffsführerprüfung beim 1. Mal bestanden, liegt bei 88.6% (88.8%).

Der angestrebte Kostendeckungsgrad von mindestens 80% wurde um 2.7% nicht erreicht.

PG2: Administrative Verkehrssicherheit

Ziele

- Administrative Zulassung zum motorisierten Strassen- und Schiffsverkehr.
- Einheitlicher Vollzug von Administrativmassnahmen nach SVG und BSG gegenüber fehlbaren oder nicht fahrgerechten Fahrzeugführern.
- Schilderverkauf.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Anzahl berechnete Beanstandungen geteilt durch Anzahl ausgestellte Ausweise	<1%	0%	-1%	○
Anteil der letztinstanzlich gutgeheissenen Beschwerden gegen Administrativmassnahmen	<10%	12%	-2%	●
Kostendeckungsgrad	>100%	125.8%	25.8%	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Fahrzeugbestand am 30. September	2013	2012
Personenwagen	94 790	92 552
Personentransportfahrzeuge	1 211	1 135
Sachentransportfahrzeuge	7 863	7 579
Landwirtschaftsfahrzeuge	5 199	5 190
Industriefahrzeuge	1 650	1 577
Motorräder	13 687	13 413
Anhänger	8 440	8 140
Total	132 840	129 586

Schiffsbestand am 30. September	2013	2012
Zürichsee	3 155	3 125
Vierwaldstättersee	1 180	1 170
Zugersee	323	298
Sihlsee	663	672
Lauerzersee	202	213
Wägitalersee	188	189
Total	5 711	5 667

Kommentar:

Der Fahrzeugbestand stieg erneut überdurchschnittlich an. Mit 2.51% weist der Kanton Schwyz hinter dem Kanton Freiburg die zweithöchste Zunahme aller Kantone auf. National beträgt die Zunahme 1.74%.

Es wurden 3763 Lernfahrausweise und Zulassungen zur Prüfung erteilt. Dies ergibt einen Monatsdurchschnitt von rund 313 Bewilligungen.

Im November wurde der eCode 178 «Haltewechsel verboten» eingeführt. Die Formularlösung für Eintragungen und Löschungen des Codes wurde durch ein elektronisches System ersetzt. Die Meldungen erfolgen nun über die Zentralstelle für Kreditinformationen ZEK.

Gegenüber dem Vorjahr hat sich bei der PG2 der Kostendeckungsgrad um 1.7% reduziert.

Administrativmassnahmen	2013	2012
Führerausweis-Entzüge	1 439	1 519
Verwarnungen	1 134	1 231
Lernfahrausweis-Verweigerungen	57	58
Aberkennung ausländischer Ausweise	131	188
Aufhebungen/Verfügungen/Aufschub	558	524
Total	3 319	3 520

Kommentar:

Im vergangenen Jahr wurden 3319 Massnahmen gegen Verkehrsauffällige verfügt. Erheblich zugenommen haben die vorsorglichen Sicherungsentzüge wegen Drogenkonsum. Dies liegt vor allem an der Verschärfung des Strassenverkehrsgesetzes, welches seit dem 1. Januar 2013 in Kraft ist. Sicherungsentzüge müssen nun bereits bei blossen Drogenkonsum (mit oder ohne Lenken eines Fahrzeuges) angeordnet werden, was in der Folge eine verkehrsmedizinische Fahreignungsabklärung nach sich zieht. Ebenfalls sind Fälle wegen Krankheit oder Gebrechen zunehmend (+21%). Hingegen haben Entzüge wegen Überschreitens der Höchstgeschwindigkeit wiederum abgenommen (-18%).

In 57 Fällen wurde das Verwaltungsgericht angerufen. 20 Beschwerden wurden als gegenstandslos abgeschlossen und auf zwei Beschwerden wurde nicht eingetreten. 17 Beschwerden wurden abgewiesen, zwei teilweise und sieben ganz gutgeheissen. Neun Beschwerden, wovon eine beim Bundesgericht, sind noch hängig. In einem gutgeheissenen Fall hat das ASTRA Beschwerde beim Bundesgericht erhoben. Diese Beschwerde wurde vom Bundesgericht gutgeheissen, d.h., die Verfügung der Abteilung Massnahmen wurde vom höchsten Gericht vollumfänglich für richtig befunden. Ebenso scheiterten Betroffene vor dem Bundesgericht in zwei weiteren Fällen.

PG3: Steuern/Abgaben

Ziele

- Beschaffung der Mittel zur Finanzierung der Strassenrechnung und der Seepolizei.
- Durchsetzen eines vollständigen und termingerechten Steuerengangs.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Versand der Rechnungen innert 10 Arbeitstagen	100%	100%	0%	○
Debitorenverlust geteilt durch Gesamtbetrag	<1%	1.17%	0.17%	●

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Zu Beginn des Kalenderjahres wurden 112 721 Rechnungen für Strassenfahrzeuge im Gesamtbetrag von 45.24 Mio. Franken erstellt. Gegenüber dem Vorjahr sind dies 2993 Rechnungen und 1.75 Mio. Franken mehr. 5267 Rechnungen für Schiffssteuern über 2.08 Mio. Franken und für die pauschalen Schwerverkehrsabgaben im Totalbetrag von 535 146 Franken sind ebenfalls innerhalb von zehn Arbeitstagen versandt worden. Im Verlaufe des Jahres sind 2.28 Mio. Franken bar eingegangen. Rund eine halbe Million Franken haben die EC-Direktzahlungen betragen. Insbesondere Prüfungsgebühren wurden sofort entrichtet. Aus 106 Verlustscheinen resultiert ein Debitorenverlust von 72 324 Franken. Die Verlustscheine werden bewirtschaftet.

E. Amt für öffentlichen Verkehr

1. Jahresrückblick

Für die ÖV-Strategie konnte der Vernehmlassungsentwurf fertig gestellt werden. Der Bericht wurde vom Regierungsrat in die Vernehmlassung geschickt.

Das Grundangebot wurde an die Änderungen, welche durch die 4. Teilergänzung der S-Bahn Zürich nötig werden, angepasst. Der Kantonsrat hat die Anpassung genehmigt.

Der Kantonsrat verabschiedete auch die Infrastrukturmassnahmen der SOB im Rahmen des Behindertengleichstellungsgesetzes für das Jahr 2014.

2. Finanzen

In Fr. 1000.–	2013 V	2013 R	Abw.	
Aufwand	47 981	39 980	-8 001	
Ertrag	20 956	17 551	-3 405	
Globalbudget	27 025			
Nachkredit	0			
Globalbudget inklusive NK	27 025	22 428	-4 597	○
Nettoinvestitionen	10 689			
Nachkredit	878			
Nettoinvestitionen inklusive NK	11 567	7 980	-3 587	●
Vollzeitstellen (FTE)	3.7	3.4	-0.3	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Das Globalbudget wurde unterschritten. Der überwiegende Teil der Unterschreitung resultiert aus geringeren Abgeltungen an

Transportunternehmungen. Der Bund beteiligt sich in bedeutend höherem Masse an den Abgeltungen als bei der Budgetierung erwartet wurde. Ausserdem konnten die Verhandlungen mit den Nachbarkantonen, dem Bund und den Transportunternehmungen erfolgreich zugunsten des Kantons Schwyz geführt werden. Weiter wurden im extern erarbeiteten Grundangebot die Abgeltungen höher berechnet, als effektiv benötigt wurde. Künftig werden intern die notwendigen Ressourcen zur Verfügung gestellt, um eine präzisere Budgetierung zu erreichen.

Bei der Investitionsrechnung wurde das Budget ebenfalls unterschritten. Die Totalkosten des Beitrags an die 4. Teilergänzung Zürich haben sich gegenüber dem Kredit merklich reduziert.

3. Projekte

○ Projektverlauf wie geplant ● Projektverlauf nicht wie geplant

Verbesserung Erschliessung Bezirk Höfe *Beginn Mai 2009/Ende Dezember 2013*

In Abstimmung mit der 4. Teilergänzung S-Bahn Zürich sollen zusammen mit dem Bezirk Höfe und den Gemeinden Freienbach, Wollerau und Feusisberg die Bus- und Bahnkonzepte überprüft und verbessert werden. Das Projekt ist eine Massnahme zur Umsetzung der Strategie «Wirtschaft und Wohnen im Kanton Schwyz».

Projektstand:

Die Anpassung des Grundangebots 2012–2015 wurde im Frühjahr 2013 vom Kantonsrat genehmigt. Das Projekt ist abgeschlossen.

Verbesserung Bussystem im Raum Einsiedeln *Beginn Juni 2010/Ende Dezember 2013*

Das Bussystem soll analysiert und dabei das Angebot gestrafft und die Qualität verbessert werden. Das Projekt ist eine Massnahme zur Umsetzung der Strategie «Wirtschaft und Wohnen im Kanton Schwyz».

Projektstand:

Die Anpassung des Grundangebots 2012–2015 wurde im Frühjahr 2013 vom Kantonsrat genehmigt. Das Projekt ist abgeschlossen.

Anpassungen ÖV-Systeme im Bezirk March *Beginn Januar 2008/Ende Dezember 2013*

Im Rahmen der 4. Teilergänzung S-Bahn Zürich müssen Anpassungen beim Angebot und bei der Infrastruktur an den bestehenden Bahn- und Bussystemen gemacht werden. Das Projekt ist eine Massnahme zur Umsetzung der Strategie «Wirtschaft und Wohnen im Kanton Schwyz».

Projektstand:

Die Anpassung des Grundangebots 2012–2015 wurde im Frühjahr 2013 vom Kantonsrat genehmigt. Das Projekt ist abgeschlossen.

ÖV-Strategie

Beginn Januar 2012/Ende Juni 2013

Erarbeitung einer umfassenden Strategie für den öffentlichen Verkehr, welche die Bereiche Angebot, Infrastruktur und Organisation beinhaltet und über den Zeitraum der Dauer des Grundangebots hinausgeht. Das Projekt ist eine Massnahme zur Umsetzung der Strategie «Wirtschaft und Wohnen im Kanton Schwyz».

Projektstand:

Das Projekt verlängert sich um ein knappes Jahr, da sich die Berichterstellung wegen weiterer Abklärungen verzögert hat. Im Bericht werden die Ergebnisse der durchgeführten Vernehmlassung eingearbeitet.

PG1: Öffentlicher Verkehr

Ziele

- Verbessern des Marktanteils des öffentlichen Verkehrs gegenüber dem Individualverkehr.
- Bedürfnisgerechte Gestaltung des Angebots im regionalen öffentlichen Verkehr.
- Erhöhen der Attraktivität des ÖV-Angebotes durch optimale Tarifgestaltung und Tarifverbünde.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Das Wachstum der gefahrenen Personenkilometer (Pkm) pro Jahr im öffentlichen Verkehr ist grösser als das jährliche Bevölkerungswachstum	1%	5%	4%	○
Verhältnis der gefahrenen Personenkilometer (Pkm) und der Angebotskilometer (Zkm) auf dem Bahn- und Busnetz (Pkm/Zkm)	>6	9	3	○
Zuwachs des Gesamtumsatzes im Tarifverbund	4%	2%	-2%	●

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Der Rückgang des Umsatzes im Tarifverbund ist auf eine Anpassung im Fahrausweissortiment zurückzuführen.

PG2: Betriebsbewilligungen Seilbahnen und Skilifte

Ziele

- Lückenlose Überwachung der abgelaufenen Betriebsbewilligungen für Seilbahnen und Skilifte.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Anteil der Anlagen mit Betriebsbewilligung	100%	100%	0%	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Die Betriebsbewilligungen wurden für alle Anlagen lückenlos erneuert. Die Überwachung der Fristen findet mittels einer ständig nachgeführten Liste statt.

Diverse Planungswerke wurden abgeschlossen und die daraus folgenden Massnahmen in die Wege geleitet, wie z.B. die Deponieplanung oder der Aktionsplan gegen das Littering. Die Teilrevision der Nutzungsplanung Ibergereg konnte abgeschlossen und der revidierte Nutzungsplan auf den 1. September 2013 in Kraft gesetzt werden. Die Revision der Jagd- und Wildschutzverordnung konnte planmässig in Angriff genommen werden. In der Geoinformation begannen die Arbeiten für die Einführung eines schnelleren WebGIS, und es wurde ein Pilotprojekt zur Datenerfassung mittels Web-Tool gestartet. Grössere Hochwasserschutz- und Revitalisierungsprojekte wurden im Rahmen der Beratungs- und Aufsichtstätigkeit in Projektierungen, Projektausführungen und Instandsetzungen begleitet. Die Totalrevision des Wasserrechtsgesetzes konnte planmässig in Angriff genommen werden. Im Rahmen der Programmvereinbarungen 2012–2015 investierten Bund und Kanton rund sieben Millionen Franken in die Pflege der Schutzwälder, in die Erstellung von Schutzbauten, in die Instandstellung von Schutzwaldstrassen sowie in die Waldwirtschaft.

A. Departementssekretariat

1. Jahresrückblick

Mit seinen Dienstleistungen konnte das Departementssekretariat den Departementsvorsteher und die Verwaltungseinheiten in ihren Tätigkeiten unterstützen und entlasten. Die vielfältigen Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Budget 2013 sowie dem Entlastungsprogramm 2014–2017 koordinierte es departementsintern.

2. Finanzen

In Fr. 1000.–	2013 V	2013 R	Abw.	
Aufwand	397	365	-32	
Ertrag	0	0	0	
Globalbudget	397			
Nachkredit	0			
Globalbudget inklusive NK	397	365	-32	○
Nettoinvestitionen	0			
Vollzeitstellen (FTE)	2.4	2.2	-0.2	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

PG1: Führungsunterstützung

Ziele

- Hohe Kundenzufriedenheit des Departementsvorstehers.
- Fristgerechte Erledigung des ersuchten juristischen Supports.
- Vernehmlassungen werden termingerecht erstellt.
- Mitberichte werden termingerecht erstellt.
- Eingehaltene Fristen bei politischen Vorstössen.
- Hohe Zufriedenheit der Auftraggeber (Amt für Wasserbau, Amt für Vermessung und Geoinformation).

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Zufriedenheit Departementsvorsteher gemäss Befragung (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	4.0	4.6	0.6	○
Anteil der eingehaltenen Termine	100%	97%	-3%	●
Anteil der termingerechten Vernehmlassungen	100%	100%	0%	○
Anteil der termingerechten Mitberichte	100%	100%	0%	○
Anteil der termingerecht erledigten politischen Vorstösse	100%	100%	0%	○
Zufriedenheit Auftraggeber gemäss Befragung (Skala 1 = sehr schlecht; 5 = sehr gut)	4.0	4.9	0.9	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Die Gründe für die nicht eingehaltenen Termine liegen darin, dass einerseits weitere Abklärungen getroffen werden mussten oder eingeforderte Unterlagen nicht rechtzeitig eingereicht wurden.

B. Amt für Umweltschutz

1. Jahresrückblick

Es war das Jahr der Entscheide, in dem Planungswerke verabschiedet und Umsetzungen von Massnahmen an die Hand genommen wurden. Allem voran die Abfallplanung, bei der die Massnahmen in die Umsetzung gehen. Die Massnahme «Deponieplanung» wurde mit hoher Priorität bereits gestartet. Die regionale Entwässerungsplanung (REP) Obere March wurde genehmigt und mit der Umsetzung der Objektmassnahme Nr. 1 begonnen.

Diverse Schiessanlagen wurden saniert und die Auszahlung der kantonalen Beiträge von rund Fr. 560 000.– wurde in die Wege geleitet. Noch nicht entschieden hat der Kantonsrat bezüglich der Aufgaben und Pflichten in der Bekämpfung von Neophyten. Dieses Geschäft wird sich um ein Jahr verschieben, bis die gewünschten Ergänzungen und Vernehmlassungen durchgeführt sind.

Nach dem Abschluss des Projekts Abwasserkonzept 2030 stehen den Gemeinden Planungsgrundlagen zur Verfügung, die durch vertiefende Anschlussstudien diverser Abwasserreinigungsanlagen ergänzt wurden. Diese Arbeiten werden in der Abwasserplanung gebündelt und aufeinander abgestimmt.

Im Kanton Schwyz gingen insgesamt 1689 Baugesuche ein, wovon die Baugesuchszentrale (ARE) dem AfU über 90% der eingereichten Gesuche zur Prüfung und Stellungnahme zuwies.

2. Finanzen

In Fr. 1000.–	2013 V	2013 R	Abw.	
Aufwand	4590	4677	87	
Ertrag	344	403	59	
Globalbudget	4246			
Nachkredit	0			
Globalbudget inklusive NK	4246	4274	28	●
Nettoinvestitionen	550			
Nachkredit	0			
Nettoinvestitionen inklusive NK	550	69	-481	●
Vollzeitstellen (FTE)	18.5	18.4	-0.1	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Das Globalbudget konnte nicht eingehalten werden, da der Kanton an die Untersuchung, Überwachung und Sanierung von belasteten Standorten bei Schiessanlagen gemäss § 39a KVZUSG 30% der Kosten zahlt, sofern der Bund seinerseits Abgeltungen gewährt. Die Bezirke und Gemeinden dürfen diese Abgeltungen erst anfordern, wenn die Arbeiten ausgeführt und die Aufwendungen beglichen worden sind.

Ein Teil der höheren Einnahmen wurde für das Ausstellen von Tankvignetten (Fr. 7300.–), für das Bearbeiten von Umweltverträglichkeitsprüfungen (Fr. 6470.–), für Arbeiten betreffend Axen-

strasse A4 im Auftrag des ASTRA (Fr. 8675.60), für Baukontrollen bei Mobilfunkanlagen (Fr. 4805.–), durch Rückerstattung des Bundesamts für Umwelt für Gewässerüberwachungen (Fr. 5600.–), aus Gebühren für Wasserentnahmen aus öffentlichen Gewässern (Fr. 6657.–) und dem Beitrag an kantonale Luftmessungen des Bundesamts für Strassen (Fr. 11 152.–) erzielt.

Trotz regelmässig stattfindenden Statussitzungen zu den Generellen Entwässerungsplanungen (GEP) können die entsprechenden Nettoinvestitionen nur ungefähr budgetiert werden, da von den Gemeinden keine verbindliche Rückmeldung betreffend ihre Finanzplanung verlangt werden kann.

Die Reduktion von 0.1 FTE begründet sich darin, dass Nachfolgeregelungen verzögert erfolgten.

3. Projekte

○ Projektverlauf wie geplant ● Projektverlauf nicht wie geplant

Radon-Messungen in öffentlichen Gebäuden

Beginn Oktober 2011/Ende 3. Quartal 2013 ○
Nachmessungen öffentlicher Gebäude, an Orten mit hoher Radonbelastung gemäss den Untersuchungen 2011/2012. Plausibilisierung und Beratung der Liegenschaftseigentümer in Bezug auf Belastungsminimierungen oder Sanierungsmöglichkeiten. Begleitung von Sanierungen.

Projektstand:

Von den sechs sanierungsbedürftigen bewohnten Gebäuden waren Ende des Jahres bereits zwei saniert, und bei weiteren zwei Gebäuden war die Sanierung geplant. Für die Sanierungen wurden und werden jeweils Spezialfirmen beigezogen. Die vollzogenen Sanierungen wurden begleitet und die Eigentümer soweit möglich beraten. Nachmessungen wurden von den Gebäudeeigentümern organisiert und von Fachleuten durchgeführt.

Überarbeitung Abfallplanung 1996

Beginn Juli 2010/Ende Dezember 2013 ○
Abschluss der Überarbeitung der Abfallplanung. Neben einem für alle zugänglichen Schlussbericht wird eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit gestartet. Mit der Umsetzung von Massnahmen wird begonnen.

Projektstand:

Das Projekt konnte mit Beschluss des Regierungsrates und einer Medienkonferenz im Herbst erfolgreich abgeschlossen werden. Eine Kurzfassung des Schlussberichts wurde sämtlichen Gemeinden, verschiedenen kantonalen Stellen, Abfallverbänden und betroffenen Betrieben sowie den Umweltschutzämtern in den Nachbarkantonen, dem Bundesamt für Umwelt und den Lokalmedien zugestellt. Die Umsetzung der Massnahmen ist im Gange.

Kantonales Konzept zur Gewässerüberwachung

Beginn Januar 2012/Ende Dezember 2013 ○
Aktuellen Stand erarbeiten. Probenahmen und Analysen müssen mit den Gesetzesvorgaben des Bundes und problemorientierten Zielsetzungen überprüft werden.

Projektstand:

Das kantonale Konzept zur Gewässerüberwachung wurde gemäss Auftrag erstellt und liegt in Berichtform vor. Identifizierte Defizite werden verschiedenen Prioritäten gegenübergestellt. Diese sollen die mangelnde Gewässerqualität und Erhebungsmethodik verbessern, die Datenpublikation vorantreiben und vereinzelte Schwachstellen in der Kosteneffizienz beheben.

Neobiotten

Beginn Februar 2009/Ende Dezember 2015 ○
Neophytenbekämpfung mittels Massnahmenplanung im Kanton Schwyz konkretisiert. Mit allen Beteiligten wird die Umsetzung der beschlossenen Massnahmen umgesetzt.

Projektstand:

Die Massnahmenplanung (kantonale Richtlinie mit Bekämpfungszielen, -methoden und Entsorgungswege) ist soweit vorbereitet, dass die Eckpunkte bekannt sind. Die Anpassung der gesetzlichen Grundlage mit der Teilrevision der kantonalen Verordnung zum Bundesgesetz über den Umweltschutz (TRev KVzUSG) wurde vom Kantonsrat zurückgewiesen.

Es wurden sechs kleinere und grössere Bekämpfungsmassnahmen fachlich oder finanziell unterstützt. Um dem Verkauf invasiver Neobiotten entgegenzuwirken, wurden die Floristik- und Gärtnereibetriebe schriftlich auf das entsprechende Verkaufsverbot aufmerksam gemacht.

In Sachen Bestandserfassung wurde das eingeführte GIS-Tool weiterentwickelt, sodass die bekannten Bestände öffentlich ersichtlich sind. Die Bestandserfassung erreichte einen Stand von rund 1300 Standorten.

Zudem wurde ein Ausbildungskurs für die Gemeinden (rund 40 Teilnehmende) durchgeführt, und fünf Unterrichtseinheiten in Primar- und Oberstufenschulen wurden erteilt. Die Bevölkerung wurde zusätzlich mit fünf Medienmitteilungen informiert.

Trinkwasserversorgungsplan

Beginn Januar 2007/Ende Dezember 2016 ○
Grobkonzept eines kantonalen Versorgungsplans zur langfristigen Sicherung der Trinkwasserversorgung in Zusammenarbeit mit den betroffenen Versorgern wurde im Jahr 2009 erstellt. Bis Ende 2014 erfolgt die administrative Umsetzung der Massnahmen des Grobkonzepts der Bezirke March und Höfe. Das AfU begleitet die Wasserversorgungen bei der Bildung von Verbunden. Bis 2016 folgen die verbleibenden Gebiete.

Projektstand:

In Zusammenarbeit mit einem Ingenieurbüro wurde eine Startsituation mit den Gemeinden und Wasserversorgungen des Bezirks March durchgeführt. Aufgrund der zahlreich bestehenden Verbindungen zwischen den Wasserleitungsnetzen der Bezirke March und Höfe werden neu beide Regionen berücksichtigt. Es wurde ein Überblick über die vorhandenen Unterlagen und Daten erstellt.

Nutzungskapazitäten von Grundwasser im Felderboden

Beginn Juli 2011/Ende Mai 2013 ○
Sicherstellung der bestehenden Grundwassernutzungen durch Kapazitätsabklärungen. Abschätzung weiterer Nutzungspotenziale.

Projektstand:

Das Projekt zur Abklärung der Nutzungskapazitäten im Felderboden ist abgeschlossen. Es konnte keine Übernutzung des Grundwasservorkommens festgestellt werden. Für neue grosse Nutzungen sollen jedoch lokale Modelle erarbeitet werden.

PG1: Gewässerschutz (GWS)

Ziele

- Prüfung der Umsetzung der Massnahmen und der Nachführung der Generellen Entwässerungsplanung (GEP).
- Sicherstellen der Funktionstüchtigkeit der Kleinkläranlagen (KLARA); Besichtigung und Überprüfung der KLARA vor Ort.

- Erdwärmesondenbohrungen überwachen und kontrollieren, um Grundwasservorkommen langfristig zu schützen.
- Sicherstellung der Trinkwasserqualität mittels Erfolgskontrolle.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Anzahl der kontrollierten GEP (Total 23)	4	10	6	○
Anzahl der kontrollierten KLARA (Total 89)	15	21	6	○
Anzahl vor Ort kontrollierter Erdwärmesondenbohrungen (ca. 100 Bohrbeginn-meldungen pro Jahr)	20	21	1	○
Anzahl Grundwasserschutzzonen, wo die Umsetzung der Auflagen überprüft wird	10	10	0	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Der Regierungsrat genehmigte den GEP der Gemeinde Innerthal. In 25 Gemeinden liegen nun genehmigte GEP vor. Davon konnte in zehn Gemeinden die laufende Massnahmenumsetzung aufgrund einer GEP-Statussitzung begleitet und kontrolliert werden.

Durch Abnahmen von neu erstellten Kleinkläranlagen (KLARA) sowie der Zusammenarbeit und dem Controlling mit allen Herstellern oder Servicefirmen konnten sechs Anlagen mehr kontrolliert werden.

PG2: Umweltschutz (UWS)

Ziele

- Bearbeitung von Berichten zu historischen oder technischen Untersuchungen bzw. zu Sanierungskonzepten.
- Abfallanlagen sind bezüglich Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen überprüft und besitzen eine Betriebsbewilligung zur Entsorgung von Abfällen.
- Sicherstellung der Einhaltung der Betriebsparameter bei den Mobilfunkanlagen.
- Periodisches Informieren der Bevölkerung über den Zustand der Umwelt, über die Abfallentsorgung, mögliche Gefährdungspotenziale und über Vorsorgemöglichkeiten.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Anzahl der bearbeiteten Berichte (Total 350 Standorte mit Untersuchungsbedarf).	40	76	36	○
Anzahl der kontrollierten Anlagen im Verhältnis zum Total aller bewilligten Abfallanlagen (Total 58 Anlagen).	60%	64%	4%	○
Anzahl der kontrollierten Mobilfunkanlagen (Total ca. 170 Anlagen).	10	12	2	○
Öffentlichkeitsauftritte	6	10	4	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Etlche der 76 geprüften Berichte zu belasteten Standorten wurden im Zusammenhang mit Baugesuchen ohne explizite Aufforderung eingereicht.

Aufgrund eines etwas günstigeren Angebots der Messfirma konnten die Messungen von zwei Anlagen vorgezogen und zwölf anstatt zehn Mobilfunkanlagen kontrolliert werden.

Die Thematik «Lärmschutz im Alltag» wurde an der Gewerbeausstellung in Lachen präsentiert.

Zweimal wurde in verschiedenen Einkaufszentren die Problematik von Feinstaub in der Luft mit einem Exponat veranschaulicht.

Zudem wurden drei Ausgaben des Informationsblatts «umwelt news» herausgegeben, und die Medien wurden regelmässig über aktuelle Themen aus dem Bereich Umweltschutz informiert.

C. Amt für Natur, Jagd und Fischerei

1. Jahresrückblick

Im ANJF wurden die Nutzungsplanungen (Lauerzersee, Schwantenu, Silber-Jägern-Bödmerenwald, Hopfräben) und das Entwicklungskonzept Sihlsee weitergeführt. Der Nutzungsplan Schwantenu wurde dem Bezirksrat Einsiedeln und dem Bundesamt für Umwelt zur Anhörung unterbreitet. Im Rahmen der Nutzungsplanung Hopfräben wurde über die im Vorjahr eingegangenen Einsprachen entschieden. Die Teilrevision der Nutzungsplanung Ibergeregge konnte abgeschlossen und der revidierte Nutzungsplan auf den 1. September 2013 in Kraft gesetzt werden.

Die vertragliche Umsetzung des Flachmoorschutzes wurde fortgesetzt. Grössere Projekte waren die weitere Hochmoorregeneration in der Moorlandschaft Rothenthurm und eine Bachrevitalisierung in der Moorlandschaft Frauenwinkel.

Im Bereich Jagd und Fischerei wurden die für die künftige Entwicklung in der Jagdplanung notwendigen Grundlagen erarbeitet (Hirsch- und Gamsanalysen mit Empfehlungen und Umsetzungsvorschlägen). Im Bereich der Fischerei wurde der Planungsbericht über die Fischgängigkeit aufbereitet.

2. Finanzen

In Fr. 1000.–	2013 V	2013 R	Abw.	
Aufwand	4965	4749	-216	
Ertrag	2238	2244	6	
Globalbudget	2727			
Nachkredit	0			
Globalbudget inklusive NK	2727	2505	-222	○
Nettoinvestitionen	0			
Vollzeitstellen (FTE)	14.2	14.3	0.1	●

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Das Globalbudget wurde vorab aus folgenden Gründen nicht vollständig ausgeschöpft:

Zwei grössere Naturschutzprojekte konnten aufgrund von Verzögerungen im Baubewilligungsverfahren und schlechter Witterungsbedingungen im Spätherbst nicht bzw. nur teilweise ausgeführt werden.

Das Projekt Seeforellenhälterung konnte nur bis und mit Baugesuchsunterlagen vorbereitet werden. Die Umsetzung des Projekts konnte jedoch noch nicht erfolgen. Der Hauptgrund lag beim nur teilweise genehmigten Zonenplan der Gemeinde Muotathal.

Der um 0.1 erhöhte Wert der FTE begründet sich in der Einarbeitung eines neuen Mitarbeiters zu Beginn des Jahres. Während einer kurzen Zeit bestand eine Stellenüberlappung.

3. Projekte

○ Projektverlauf wie geplant ● Projektverlauf nicht wie geplant

*Planung Sanierung der Fischgängigkeit
Beginn Juli 2011/Ende Dezember 2014*

○ Im Rahmen der Umsetzung des revidierten Gewässerschutzgesetzes und der Gewässerschutzverordnung haben die Fischerei-

fachstellen der Kantone bis Ende 2014 die kantonale Planung für die Fischgängigkeitssanierung abzuschliessen.

Projektstand:

Der erste Zwischenbericht wurde gemäss Bundesvorgabe per Ende 2012 beim BAFU eingereicht und im Frühjahr fachlich besprochen. Die Arbeiten sind zum jetzigen Zeitpunkt weitgehend abgeschlossen, und der Entwurf des Abschlussberichts liegt vor.

Gamsbejagungskonzept Schwyz
Beginn Januar 2012/Ende Juli 2013 ○

Der Gamsbestand im Kanton weist eine schlechte Alters- und Populationsstruktur auf, was sich längerfristig negativ auf Gesundheit und Fitness der Tiere auswirkt. Daher ist ein Bejagungskonzept für die Zukunft auszuarbeiten, das diesen Fehler korrigiert.

Projektstand:

Der Auftrag wurde termingerecht erledigt. Die Auswertungen enthalten eine Analyse der aktuellen Bestände und konkrete Empfehlungen für die künftige Jagdplanung sowie zur praktischen Umsetzung dienliche Vorschläge.

Nutzungsplanung Lauerzersee-Sägel-Schutt
Beginn Herbst 2010/Ende Dezember 2014 ○

Revision Nutzungsplan Lauerzersee-Sägel-Schutt (1986), gestützt auf Entwicklungskonzept Lauerzersee: Anpassung an Bundesrecht, Optimierung Besucherlenkung und Sägelstrasse usw.

Projektstand:

Die Erarbeitung des Nutzungsplans (im kooperativen Planungsprozess) wurde weitergeführt. Im ersten Halbjahr wurden drei weitere Arbeitsgruppensitzungen durchgeführt. Danach wurde der Nutzungsplanentwurf für die Anhöher bei Gemeinderäten und dem Bundesamt für Umwelt aufbereitet. Er wurde den Planungsbeteiligten am 28. November 2013 im Rahmen einer Plenarsitzung unterbreitet und zuhanden der Anhörung verabschiedet.

PG1: Natur- und Landschaftsschutz

Ziele

- Unterschutzstellung aller Flachmoorobjekte von nationaler Bedeutung.
- Erhaltung der Lebensraumqualität für seltene und bedrohte Tier- und Pflanzenarten durch gezielte Pflegemassnahmen (inklusive Bekämpfung von invasiven Neophyten) in den kantonalen Naturschutzgebieten.
- Beeinträchtigte Lebensräume für seltene und bedrohte Tier- und Pflanzenarten werden regeneriert und vernetzt.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Flachmoorflächen (total circa 2580 Hektaren) mit abgeschlossenen Schutz- und Pflegeverträgen (gestützt auf kantonale Nutzungspläne und/oder Flachmoorinventar des Bundes)	90%	84%	-6%	●
Pflegeeinsätze von Dritten (Zivildienstleistenden, Schulklassen, Organisationen usw.) auf nicht landwirtschaftlich genutzten Flächen (Anzahl Wocheneinsätze mit Gruppen à 10-20 Personen)	15	17	2	○
Umgesetzte Aufwertungsprojekte pro Jahr (Hochmoorregenerationen, Auenrevitalisierungen, Seeuferregenerationen, Neuschaffung von Amphibienlaichgewässern)	4	2	-2	●

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Flachmoorverträge

Das Umsetzungsziel wurde einerseits wegen temporärer hoher Arbeitsbelastung für andere Tätigkeiten nicht erreicht und andererseits auch, weil nicht ausreichend finanzielle Mittel für weitere vertragliche Verpflichtungen (Bewirtschaftungs- und Abgeltungsbeiträge) zur Verfügung standen.

Pflegeeinsätze

Aufgrund von nach wie vor grosser Nachfrage von Asyl- und Zivildienstorganisationen konnten etwas mehr Pflegeeinsätze als (minimal) vorgesehen geleistet werden.

Aufwertungsprojekte

Zwei der vorgesehenen Aufwertungsprojekte konnten aufgrund von Verzögerungen im Baubewilligungsverfahren und schlechter Witterung im Spätherbst nicht bzw. nur teilweise ausgeführt werden.

PG2: Jagd und Wildtiere

Ziele

- Korrekte und termingerechte Organisation des Patentwesens.
- Durchführung eines geregelten Jagdbetriebs während Hochwildjagd.
- Durchführung eines geregelten Jagdbetriebs während der Niederwildjagd.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Anzahl drei Wochen vor Beginn der Hochwildjagd geprüfter und verschickter Patente im Verhältnis zur Anzahl vollständig beantragter Patente	100%	100%	0%	○
Anzahl Wildabnahmetage im Verhältnis zur Anzahl Hochwild-Jagdtage	100%	100%	0%	○
Anzahl durchgeführter Aufsichtstage im Verhältnis zur Anzahl Niederwild-Jagdtage	100%	100%	0%	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

PG3: Fischerei

Ziele

- Korrekte und termingerechte Organisation des Patentwesens.
- Fischproduktion auf aktuell hohem Niveau zur Förderung der Fischbestände halten.
- Schutz, Förderung und Vernetzung wertvoller aquatischer Lebensräume.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Anzahl innert vier Arbeitstagen geprüfter und verschickter Patente im Verhältnis zur Anzahl vollständig beantragter Patente	100%	100%	0%	○
Produktionswert 2013 entspricht dem Durchschnitt der Produktionswerte der letzten drei Jahre	100%	159%	59%	○
Projekterarbeitung und -eingabe	0	0	0	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Produktionswert

Es konnten wieder mehr Felchen – und davon wieder mehr Vordersommerlinge – dank der Fangerfolge der Berufsfischer produziert werden.

D. Amt für Wald und Naturgefahren

1. Jahresrückblick

Die erste Hälfte der NFA-Programmperiode 2012–2015 ist vorüber. Es zeichnet sich ab, dass die gesteckten Ziele in sämtlichen Programmvereinbarungen erreicht werden können. Voraussichtlich sind geringfügige Korrekturen lediglich beim Programm Schutzbauten notwendig.

Nach den Ergebnissen der Verjüngungskontrolle beträgt die Verbissintensität kantonsweit für alle Baumarten 22%. Sie ist bei Buche, Esche und Fichte unter dem tolerierten Grenzwert, bei Ahorn und Vogelbeere innerhalb und bei der Tanne darüber (30%).

60% der Schwyzer Waldfläche sind Schutzwald. Die Flächen, in welchen Wildverbiss das Aufkommen einzelner Baumarten gefährden, befinden sich zu mehr als drei Vierteln in Schutzwäldern. Gemäss den Zielsetzungen des kantonalen Konzepts Wald-Wild-Lebensraum aus dem Jahre 2011 müssen in Schutzwäldern die Schalenwildbestände unter Beachtung des Grundsatzes «Wald vor Wild» den Erfordernissen einer natürlichen Waldverjüngung angepasst werden.

Der Winter 2012/2013 war sehr schneereich. Wie schon im Lawinenwinter 1999 haben auch im vergangenen Winter die Lawinenschutzbauten ihre Funktion vollauf erfüllt. Im Frühjahr mussten punktuell Reparaturarbeiten ausgeführt werden. Als Folge des langen und schneereichen Winters, verbunden mit anhaltenden Starkregenfällen kam es im Frühjahr zu verschiedenen Hangrutschungen. Oberhalb der Gemeinde Lauerz bewegte sich eine Fläche von rund acht Hektaren Kulturland talwärts. Zwei im Rutschgebiet befindliche Starkstrommasten mussten versetzt werden. Verschiedene weitere Infrastrukturanlagen wurden verlegt oder in Stand gestellt.

Bei solchen Niederschlagsmengen wie auch bei der Staulage zwischen dem 30. Mai und dem 2. Juni zeigte sich die Bedeutung einer funktionierenden Notfallplanung. Nebst Überwachungs- (z.B. Messpunkte bei Hangrutschung) und Warnsystemen (z.B. Meteowarnung) halfen eingeübte Notfallkonzepte sowie gut ausgerüstete Feuerwehren und Zivilschutzeinheiten grössere Schäden zu verhindern. Gemäss Analysen des Bundes lassen sich Schäden von Grossereignissen bis zu 20% reduzieren, wenn Warnung und Alarmierung rechtzeitig erfolgen und die Feuerwehren effizient eingesetzt werden können.

Hier liegt zusätzliches Optimierungspotenzial, namentlich im Bereich der Interventionskarten. Sie sind Teil der Notfallplanung und sollen den Führungs- und Einsatzkräften im Ereignisfall als unterstützende Grundlage dienen (RRB Nr. 1276/2010 und Nr. 1273/2011).

Zum Stand der Ausarbeitung der Interventionskarten erstellte das AWN einen Statusbericht. Dieser belegte, dass wegen der knappen personellen Mittel bei den kommunalen Feuerwehren (Milizsystem) verschiedene Gemeinden mit den Arbeiten im Verzug sind. Hier besteht Handlungsbedarf, damit das Ziel, wonach sämtliche Gemeinden bis ins Jahr 2018 über Interventionskarten verfügen sollen, erreicht werden kann.

Beim Hauptwanderwegnetz wurden wiederum Instandstellungsarbeiten ausgeführt. Grösstes Projekt war dabei die Instandstellung des Panoramawanderwegs von Rigi-Scheidegg nach Rigi-First, zusammen mit zahlreichen Projektpartnern.

2. Finanzen

In Fr. 1000.–	2013 V	2013 R	Abw.
Aufwand	9172	8040	-1132
Ertrag	1040	1084	44
Globalbudget	8132		
Nachkredit	0		
Globalbudget inklusive NK	8132	6955	-1177 ○
Nettoinvestitionen	5785		
Nachkredit	44		
Nettoinvestitionen inklusive NK	5829	3401	-2428 ●
Vollzeitstellen (FTE)	26.0	25.3	-0.7 ○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Die markantesten Minderaufwendungen resultierten aus der geringeren Abschreibung bei den Investitionsbeiträgen – u.a. infolge zeitlicher Erstreckung von Grossprojekten (z.B. Dornirunse) – sowie bei den Beiträgen an Waldschäden. Letzteres ist – erfreulicherweise – nach wie vor auf das Ausbleiben grösserer Sturmschäden sowie auf die witterungsbedingt sehr tiefe Borkenkäferpopulation zurückzuführen.

Die Reduktion von 0.7 FTE begründet sich darin, dass eine Nachfolgeregelung verzögert erfolgte.

3. Projekte

○ Projektverlauf wie geplant ● Projektverlauf nicht wie geplant

Schutzbauten

Beginn Januar 2011/Ende Dezember 2015 ○
Steinschlagschutzmassnahmen Gibelhorn – Murgangsschutzmassnahmen Dornirunse Morschach – Schutzbauten SBB Strecke Zug–Goldau – Steinschlagschutz und Felssicherung SBB Ölberg – Steinschlagschutzmassnahmen Wägitalstrasse.

Projektstand:

Die Steinschlagschutzmassnahmen am Gibelhorn sind abgeschlossen. Für den Murgangsschutz Dornirunse wurde das Vorprojekt abgeschlossen und mit der Detailprojektierung begonnen. Die übrigen Arbeiten befinden sich im Zeitplan.

Als Ergänzung zu den Messstellen und den IMIS-Stationen (interkantonales Mess- und Informationssystem [hauptsächlich zur meteorologischen Datenerfassung und -interpretation von Wind und Schnee]) hat das AWN ein kantonsweites Netz von Meteorologiemessstationen evaluiert. Es soll zusammen mit den Stationen von Meteo Schweiz wertvolle Früh-Informationen zur Entwicklung ausserordentlicher meteorologischer Lagen liefern und in Kooperation mit privaten Nutzern (Wasserkraftwerke; Bahnen; Versicherungen) gebaut und betrieben werden.

Neubauten Schutzwaldstrassen

Beginn Mai 2010/Ende Dezember 2015 ○
Instandstellungen und Ergänzungen am bestehenden Schutzwaldstrassennetz.

Projektstand:

Mit einer Bausumme von rund 2.2 Mio. Franken wurden im Schutzwaldareal Forststrassen saniert.

Neubaustrecken Hauptwanderwege

Beginn November 2008/Ende Dezember 2018 ○
Vervollständigen Hauptwanderwegnetz (Verpflichtungskredit noch ausstehend).

Projektstand:

Der Verpflichtungskredit des Kantonsrats steht noch aus.

Kantonales Langsamverkehrskonzept

Beginn Juni 2012/Ende 2013

Infrastrukturen und Dienstleistungsangebot beim Langsamverkehr (Fussverkehr und Velofahren) kontinuierlich verbessern und mit den öffentlichen/privaten Verkehrsinfrastrukturanlagen verknüpfen. Das Projekt ist eine Massnahme zur Umsetzung der Strategie «Wirtschaft und Wohnen im Kanton Schwyz».

Projektstand:

Der Entwurf für ein kantonales Langsamverkehrskonzept wurde vom Regierungsrat an seiner Sitzung vom 16. Oktober 2013 zur Kenntnis genommen und anschliessend finalisiert.

Radroutenkonzept

Beginn Juni 2012/Ende März 2014

Erarbeiten Radroutenkonzept entlang der Haupt- und Verbindungsstrassen sowie für Verbindungsstücke/Zwischenabschnitte und MIV (motorisierter Individualverkehr) freie Alternativrouten in Zusammenarbeit mit dem Tiefbauamt. Das Projekt ist eine Massnahme zur Umsetzung der Strategie «Wirtschaft und Wohnen im Kanton Schwyz».

Projektstand:

Das AWN hat in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und dem Tiefbauamt die Radrouten neu definiert und mit Alternativrouten ergänzt. Dabei wurden Schwachstellen analysiert und Netzlücken erhoben. Als Ergebnis resultierte – ergänzend zum bestehenden Fuss- und Wanderwegnetz – ein Velowegnetz, welches sichere und attraktive sowie direkte und schnelle Verbindungen herstellt.

PG1: Wald

Ziele

- Qualitative und quantitative Erhaltung des Waldareals.
- Wald als naturnahe Lebensgemeinschaft erhalten und Biodiversität fördern (Natur- und Sonderwaldreservate).
- Schutzwald behandeln gemäss der Konzeption Nachhaltigkeit im Schutzwald (NaiS).
- Effizienter Einsatz der Pauschalbeiträge des Bundes für waldbauliche Massnahmen.
- Sicherstellen der Waldstrassen-Infrastruktur für die Schutzwaldbehandlung (Angenommene Lebensdauer einer Waldstrasse: 40 Jahre).
- Jungwaldpflege ausserhalb des Schutzwaldes fördern.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Quantitativ und qualitativ gleichwertiger Realersatz bei Rodungen, bewertet durch jährliche Kontrollen der geforderten Rodungersatzleistungen	100%	100%	0%	○
Reservatsfläche in Prozent der gesamten Waldfläche (Naturwaldreservate und Sonderwaldreservate)	12.6%	12.6%	0%	○
Hektaren behandelter Schutzwaldfläche pro Jahr (Schutzwaldareal Schwyz 18 200 ha)	420	373	-47	●
Position im interkantonalen Vergleich bezüglich Verhältnis von gepflegten Jung- und Schutzwaldflächen zu den dafür eingesetzten finanziellen Mitteln	5	5	0	○
Anzahl km periodischer Unterhaltsmassnahmen am Schutzwaldstrassenetz (Ziel: 1/40 der 380 km Waldstrassen und der 90 km Maschinenwege)	15	17	2	○
Hektaren gepflegter Jungwaldfläche, behandeltes Jungwaldareal Schwyz 4000 ha	250	196	-54	●

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Zur Halbzeit der Programmperiode 2012–2015 ist das vereinbarte Soll von 840 ha behandelter Schutzwaldfläche mit 998 ha per Ende 2013 (Jahre 2012 und 2013) um 18% übertroffen. Wegen der geringen finanziellen Anreize waren Jungwaldpflegemassnahmen im Nutzwald im laufenden Jahr für die Waldeigentümer wenig attraktiv.

PG2: Naturgefahren

Ziele

- Erstellen und Aktualisieren von Interventionskarten.
- Technischer Schutz für Mensch, Umwelt und Sachwerte vor Naturgefahren mittels Schutzbauten, Messstellen und Frühwarndiensten.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Realisierungsanteil (approximativ) in Prozent der Kantonsfläche gemäss der regierungsrätlichen Naturgefahrenstrategie 2004 und Teilrevision 2010	30%	30%	0%	○
Durchschnitt der Kostenwirksamkeit sämtlicher Schutzbautenprojekte (ohne Sofortmassnahmen) des Jahres >= 1.1 (Errechneter Nutzen im Verhältnis zu den Investitionskosten)	1.1	1.1	0%	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Im Zusammenhang mit Hochwassergefahren mussten einzelne Gefahrenkarten aktualisiert werden.

PG3: Fuss- und Wanderwege

Ziele

- Sicherstellen eines öffentlichen Fuss- und Wanderwegnetzes (inklusive Mountainbike-Routen).

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Anzahl km periodischer Unterhaltsmassnahmen am kantonalen Wanderwegnetz (Ziel: 1/40 der rund 1015 km Haupt- und Verbindungswanderwege)	26	26		○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Wegen der stark reduzierten Finanzmittel für den Unterhalt des Hauptwanderwegnetzes führte die Staatswaldgruppe zahlreiche Instandstellungsarbeiten beim Hauptwanderwegnetz in Eigenregie aus.

E. Amt für Wasserbau

1. Jahresrückblick

Die vom Bund unter kurzer Fristansetzung verlangten Renaturierungsplanungen (Sanierung Schwall-Sunk bei Kraftwerken und Geschiebehalt sowie Revitalisierungsplanung) waren eine grosse Herausforderung, zumal beim Bund erst sehr spät die erforderlichen Arbeitsgrundlagen vorlagen. Die verlangten Zwischenberichte liegen zur Stellungnahme beim BAFU.

Ein weiterer Schwerpunkt lag bei der Mithilfe und der Beurteilung der Gewässerrauminventare der Gemeinden innerhalb der Bauzonen. Da seitens des Bundes die Bewirtschaftungsmöglichkeiten ausserhalb der Bauzonen noch nicht klar sind, wurde den Gemeinden im Zusammenhang mit der Gewässerraumauscheidung ausserhalb der Bauzonen bisher keine Empfehlung abgegeben.

Nach dem Entscheid des Bundesgerichts, mit welchem ein Heimfallsrecht für die Konzessionsgeber des Etzelwerks verneint wurde, fanden mit der SBB AG zwei formelle Verhandlungen statt. Weiter wurde die Bevölkerung im Rahmen von zwei öffentlichen Informationsveranstaltungen über die Neukonzessionierung des Etzelwerks und das Projekt Hochwasserschutz Sihlthal informiert.

Die Hochwasserschutzprojekte am Grossbach und das erste Baulos an der Minster wurden abgeschlossen. Die Arbeiten am Nidlaubach und am Steinbach kommen planmässig voran. Beim Hogglibach wurde die zweite und dritte Bauetappe realisiert. Beim Gründelisbach wurde mit den Bauarbeiten begonnen. Ebenfalls wurden die Renaturierungen des Sarenbachs in Pfäffikon und des Krebsbachs in Wollerau abgeschlossen. Neben der Begleitung der laufenden Bauarbeiten wurden auch die Projektierungsarbeiten für die Hochwasserschutzprojekte an der Steineräa, am Brandeggbach in Egg, am zweiten Baulos der Minster und am Rückhaltebecken beim Staldenbach begleitet.

2. Finanzen

In Fr. 1000.–	2013 V	2013 R	Abw.	
Aufwand	6893	6795	-98	
Ertrag	4832	5306	474	
Globalbudget	2062			
Nachkredit	0			
Globalbudget inklusive NK	2062	1489	-573	○
Nettoinvestitionen	3193			
Nachkredit	0			
Nettoinvestitionen inklusive NK	3193	2142	-1051	●
Vollzeitstellen (FTE)	4.0	4.0	0	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Die Einnahmen und Ausgaben bei den Wasserzinsen sind abhängig von den meteorologischen Randbedingungen. Die überdurchschnittlichen Schneemengen im Winter und der eher nasse Frühling und Herbst führten beim Etzelwerk zu 15% und beim Kraftwerk Wägital zu 13% über dem budgetierten Betrag liegenden Wasserzinseinnahmen.

Die Bauarbeiten zur zweiten Bauetappe bei der Minster können erst Mitte 2014 in Angriff genommen werden, da mit der Projektierung erst nach Abschluss des ersten Loses begonnen wurde. Der Baubeginn beim Gründelisbach verzögerte sich um einige Monate. Die Bauarbeiten beim Grossbach konnten günstiger abgeschlossen werden als geplant. Insgesamt ergaben sich geringere Kantonsbeiträge im Betrag von 1.6 Mio. Franken. Im Gegenzug fielen die Bundessubventionen um Fr. 870 000.– geringer aus als budgetiert. Dies hatte um Fr. 338 000.– geringere Abschreibungen in der laufenden Rechnung zur Folge.

Bei der Budgetierung wurde für die Erarbeitung der Gewässerrauminventare durch die Gemeinden von einem höheren Kantonsbeitrag ausgegangen, weshalb beim Konto Planungen Minderausgaben von Fr. 110 000.– resultierten.

Die Rechnung des Kantons Luzern für den Betrieb und die Instandhaltung des Reusswehrs fiel um Fr. 29 000.– geringer aus als von Luzern veranschlagt. Es liegen erst jetzt erste Erfahrungszahlen für das neue Reusswehr vor.

Die Detailarbeiten zur Neukonzessionierung des Etzelwerks liefen nach der Wiederaufnahme der Konzessionsverhandlungen mit der SBB AG erst gegen Ende 2013 an. Dementsprechend fielen die Expertenkosten um Fr. 90 000.–, aber auch die Rückerstattungen um Fr. 44 000.– tiefer aus.

3. Projekte

○ Projektverlauf wie geplant ● Projektverlauf nicht wie geplant

Wichtige Hochwasserschutzprojekte

Rollende Planung

● Begleitung Ausführung Hochwasserschutzprojekte Minster, Nidlaubach, Steinbach, Grossbach, Hogglibach. Begleitung Projektentwicklung Gründelisbach, Staldenbach, Steineräa, Minster Baulos 2.

Projektstand:

- Minster: Das erste Baulos des Hochwasserschutzprojekts Minster und die Projektierungsarbeiten zum zweiten Baulos sind abgeschlossen.
- Nidlaubach: Die Betonarbeiten der ersten Bauetappe des Nidlaubachs sind abgeschlossen. Gleichzeitig erfolgte die Projektierung für das zweite Baulos.
- Steinbach: Beim Steinbach sind die Bauarbeiten bis auf die Erstellung von drei Betonsperren und die allgemeinen Fertigstellungsarbeiten beendet.
- Grossbach: Das Projekt Grossbach ist, bis auf einzelne Fertigstellungsarbeiten, ebenfalls umgesetzt.
- Hogglibach: Am Hogglibach sind die Bauetappen eins bis drei realisiert. Hingegen ergaben sich bei der Projektierung und Bewilligung zum letzten Baulos Verzögerungen. Zudem hatten Forderungen des ASTRA und der SBB im Zusammenhang mit den heiklen Unterquerungen bei der Autobahn und der Eisenbahn Mehrkosten von über 1 Mio. Franken zur Folge.
- Gründelisbach: Mit den Bauarbeiten am Gründelisbach konnte im Herbst begonnen werden.
- Staldenbach: Nachdem in Bezug auf mögliche Konflikte zwischen einem neuen Vollanschluss in Pfäffikon und dem Standort des geplanten Rückhaltebeckens am Staldenbach bei Pfäffikon Klarheit geschaffen wurde, konnten die zwischenzeitlich sistierten Projektierungsarbeiten wieder fortgesetzt werden.
- Steineräa: Die Projektierungsarbeiten an der Steineräa im Dorfbereich von Steinen sind so weit fortgeschritten, dass das Baubewilligungsverfahren im ersten Quartal 2014 erfolgen kann.

Totalrevision Wasserrechtsgesetz (WRG)

Beginn 2011/Ende 2014

○ Anpassung an die seit 1973 massiv geänderten rechtlichen Grundlagen und Vorgaben, insbesondere des Bundes. Überprüfung der bestehenden Zuständigkeiten und der Organisation des Wasserbauwesens.

Projektstand:

Anlässlich von vier Workshops wurden mit Vertretern von Gemeinden, Bezirken, Umweltorganisationen, Wuhrkorporationen und weiteren Beteiligten die Themen Zuständigkeiten, Hochwasserschutz und Revitalisierungen, Wasserkraftnutzung und allgemeine Bestimmungen intensiv diskutiert und entsprechende Formulierungen erarbeitet. Der Regierungsrat hat anlässlich einer Aussprache die Weichen für die Revision gestellt.

Planung Renaturierungen, Ausscheidung, Gewässerraum
Beginn Januar 2011/Ende Dezember 2015 ○
Planung Revitalisierung, Sanierung Schwall-Sunk und Geschiebehaushalt gemäss revidiertem Gewässerschutzgesetz und der dazugehörenden Verordnung.

Projektstand:

Auf der Grundlage der ökomorphologischen Aufnahmen, der vorhandenen Anlagen im Gewässerraum und der Schutzgebiete wurde mittels einer GIS-Analyse das Potenzial von ökologischen Aufwertungen bestimmt und die Resultate anschliessend kantonsintern plausibilisiert. Die zeitlichen Vorgaben des Bundes erlaubten keine weitergehende Meinungsbildung. Die Gemeinden wurden bei der Erstellung der Gewässerrauminventare unterstützt. Bis Ende 2013 wurden vom Regierungsrat zwölf Inventare erlassen. Bei weiteren 13 Gemeinden sind die Gewässerrauminventare weit fortgeschritten.

PG1: Hochwasserschutz und Gewässerökologie

Ziele

- Begutachtungen und Entscheide im Bereich Hochwasserschutz und Gewässerökologie werden termingerecht erarbeitet.
- Die finanziellen Mittel für den Hochwasserschutz werden dort eingesetzt, wo die grösste Wirkung erzielt wird.
- Fachberatung im Hinblick auf eine Optimierung des Hochwasserschutzes und der Renaturierung.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Anteil der innerhalb der extern gesetzten Fristen, respektive innerhalb von 21 Tagen nach Eingang der vollständigen Unterlagen, bearbeiteten Fälle	95%	97.2%	2.2%	○
Durchschnitt der errechneten Nutzen-/Kosten-Verhältnisse aller subventionierten Einzelprojekte mit einer Bausumme über 1 Mio. Franken >=1	1	3	2	○
Aufgewendete Stunden für fachliche Beratungen	800	842	42	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Von insgesamt 400 bearbeiteten Stellungnahmen und Gesuchen konnten elf – aus unterschiedlichen Gründen (Krankheit, grosse Anzahl gleichzeitig zu bearbeitende Gesuche) – nicht innert der gesetzten Frist erledigt werden.

Beim einzigen Hochwasserschutzprojekt mit einer Bausumme von mehr als 1 Mio. Franken (Gründelisbach bei Schwyz) wurde ein Nutzen-/Kosten-Verhältnis von 3 ausgewiesen.

Die Beratung von Gemeinden und Bauherren im Zusammenhang mit der Gewässerraumausscheidung und der Erstellung der Gewässerrauminventare war äusserst intensiv.

PG2: Wassernutzung

Ziele

- Begutachtungen und Entscheide im Bereich Wassernutzung werden termingerecht erarbeitet.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Anteil der innerhalb der extern gesetzten Fristen, respektive innerhalb von 21 Tagen nach Eingang der vollständigen Unterlagen, bearbeiteten Fälle	95%	100%	5%	○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Von den 25 bearbeiteten Konzessionsgesuchen für die Nutzung eines öffentlichen Gewässers wurden alle nach Vorliegen der erforderlichen Stellungnahmen der betroffenen Amtsstellen innert der Frist bearbeitet.

F. Amt für Vermessung und Geoinformation

1. Jahresrückblick

Die neue Nachführungsinfrastruktur Amtliche Vermessung Schwyz (NFI AV SZ) ist seit Mitte 2012 in Betrieb. Bis in den Sommer 2013 wurden noch einige Abläufe optimiert. Im Bereich der Geoinformation wurde ein Pilotprojekt zur Erfassung von Daten mittels Web-Tool gestartet. Ende 2013 begannen die Arbeiten für die Einführung eines schnelleren und leistungsfähigeren WebGIS.

2. Finanzen

In Fr. 1000.–	2013 V	2013 R	Abw.
Aufwand	2659	1720	-939
Ertrag	667	374	-293
Globalbudget	1992		
Nachkredit	0		
Globalbudget inklusive NK	1992	1346	-646 ○
Nettoinvestitionen	0		
Vollzeitstellen (FTE)	8.8	8.8	0 ○

○ Vorgabe eingehalten/erfüllt ● Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Die Schlussrechnungen der beiden Ersterhebungs-Operate Unteriberg und Oberiberg fielen um Fr. 58 000.– günstiger aus. Die Schlussverifikationen von einigen grösseren Vermessungsoperaten ziehen sich länger hin als vorgesehen. Entweder wurden Operate verspätet abgegeben, oder es fielen mehr Schlussarbeiten für die Unternehmer an. Ein neues Vermessungsoperat konnte erst im Herbst ausgeschrieben werden. Die Verzögerungen führen dazu, dass sich die budgetierten Schluss- und Akontozahlungen der Vermessungsoperaten in der Höhe von Fr. 264 000.– und Fr. 48 000.– bei den durchlaufenden Bundesbeiträgen auf die kommenden Jahre verschieben.

Im Bereich der NFI AV SZ konnte vorderhand auf budgetierte Softwarelizenzen und den damit verbundenen Ausbau der Infrastruktur von Fr. 124 000.– verzichtet werden.

Mit der Verschiebung der automatisierten Erstellung des Basisplanes und der erstmalig selber erstellten Pläne für das Grundbuch für die Grundbuchämter wurden Fr. 28 000.– nicht beansprucht.

In der Geoinformation konnten mit dem vorläufigen Verzicht der Anschaffung einer Software zur Datenerfassung im Web Fr. 111 000.– eingespart werden. Weiter wurde auf verschiedene Klein-Software sowie Lizenzen für Mitarbeiter und Datenbanken im Betrag von rund Fr. 49 000.– verzichtet. Mit dem Wechsel zu einer neuen Software beim WebGIS wurden die bestehenden Wartungsabonnemente von Fr. 14 000.– nicht mehr in Anspruch

genommen. Weiter verzichtete das AVG auf externe GIS-Beratungen in der Höhe von Fr. 21 000.–. Infolge Priorisierung der Evaluation der neuen GIS-Software wurden Arbeiten bei der Geodateninfrastruktur und GIS-Strategie in der Höhe von Fr. 50 000.– auf 2014 verschoben.

Bei der NFI AV SZ nahm man rund Fr. 200 000.– (Mutationspauschalen, Anschlussgebühren) weniger ein. Die Übergangsphase dauert länger als gedacht.

3. Projekte

Projektverlauf wie geplant Projektverlauf nicht wie geplant

Umsetzung Geoinformationsgesetz + Einzelinitiative Beginn Anfang 2008/Ende Frühling 2013

Erarbeitung der Rechtsgrundlagen (Inkraftsetzung GeolG Bund am 1. Juli 2008, Inkraftsetzung KVGeoi SZ am 1. Juli 2012). Bearbeitung der organisatorischen und technischen Aspekte in der Verwaltung und des Datenüberganges von den Nachführungsgeometern zum Kanton inklusive einer Übergangszeit für laufende Mutationen.

Projektstand:

Das Projekt wurde bereits 2012 abgeschlossen.

PG1: Vermessung

Ziele

- Erfüllung jährliche Leistungsvereinbarung mit dem Bund (Eidgenössische Vermessungsdirektion V+D) (Ziele und Leistungen aus der Programmvereinbarung NFA).
- Umsetzung Konzept Nachführungs-Verifikation.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Standardisierter Erfahrungsbericht V+D	90%	90%	0%	<input type="radio"/>
Anzahl der durchgeführten Nachführungs-Verifikation pro Jahr	1	1	0	<input type="radio"/>

Vorgabe eingehalten/erfüllt Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Die Leistungsvereinbarung mit dem Bund wurde erfüllt. Die beiden Hauptprojekte, Ausschreibung Erneuerung Schwyz und Abschluss der Einführung des eidgenössischen Grundstückidentifikators (E-GRID), sind gering verzögert. Deshalb wurden hier die eingegangenen Verpflichtungen mit dem Bund nur zu einem Drittel ausgeschöpft.

Der Regierungsrat genehmigte zwei Ersterhebungen (übrige Gemeindegebiete von Oberiberg und Unteriberg) sowie die Erneuerung Tuggen.

PG2: Geoinformation

Ziele

- Versorgen der Benutzer mit qualitativ guten und aktuellen Georeferenzdaten des Bundes (Teilmenge der Geobasisdaten).
- Sicherstellung einer qualitativ guten Beratung von GIS-Projekten.
- Einfacher Zugang zu Geodaten ermöglichen.

Indikatoren	2013 V	2013 R	Abw.	
Anteil der Daten, die spätestens drei Monate nach Verfügbarkeit für andere Benutzer auf dem Netz abrufbar sind	100%	100%	0%	<input type="radio"/>
Anteil der Bewertungen mit «sehr gut» oder «gut» von GIS-Projekt-Kunden nach Befragung bei Projektabschluss	80%	100%	0%	<input type="radio"/>
Anteil der Bewertungen mit «sehr gut» oder «gut» gemäss Kundenbefragung	80%	100%	20%	<input type="radio"/>

Vorgabe eingehalten/erfüllt Vorgabe nicht eingehalten/nicht erfüllt

Kommentar:

Die Kundenbefragung zum Geodaten-Zugang wurde beim Amt für Militär- und Zivilschutz und beim Amt für Landwirtschaft durchgeführt. Diesen beiden Ämtern wurde erstmalig der Zugriff auf ausgewählte Daten der Geodateninfrastruktur gewährt. Das Ergebnis übertraf die Erwartungen.

Beim Pilotprojekt zur Erfassung von Daten mittels Web-Tool erfüllte die vorgesehene Software die Anforderungen nicht, und es wurde, in Absprache mit dem Amt für Informatik, auf eine andere Software (auf der Basis Open Source) gewechselt. Diese neue Software ist zufriedenstellend.

Mit der neuen WebGIS-Software (analog derjenigen des Bundes) werden kürzere Antwortzeiten, eine erhöhte Stabilität und Modernisierung zur Nutzung neuester Standards (z.B. Nutzung und Anbietung von Diensten wie WMS [WebMapServices, Geodienst für Bilddaten] und WMTS [WebMapTileServices, Geodienst für gekachelte Bilddaten]) eingeführt.

Der Bezirk Schwyz unterschrieb mit dem Kanton im März eine Verwaltungsvereinbarung bezüglich der gewerblichen Nutzung des kantonalen WebGIS mit ihren GIS-Daten.

Nachführungsinfrastruktur AV SZ

Bei der NFI AV SZ musste bis Ende Jahr nur noch wenig optimiert werden. Die technischen und organisatorischen Abläufe spielen sich bei den Geometern wie auch bei den Gemeinden und anderen Dritten ein. Die acht Software-Lizenzen werden durch zwölf Concurrent-Anschlüsse (Token pro Nutzer) genutzt. Im vergangenen Winter wurden an wenigen Tagen alle acht Lizenzen voll beansprucht.

Die bis Ende Juni 2012 in Auftrag gegebenen Grenzmutationen und Bestandesänderungen nach altem Recht finden langsam ihren Abschluss.

Staatsrechnung 2013
Kanton Schwyz

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
Verwaltungsrechnung Übersicht	9	24 Bildungsdepartement	37
Verwaltungsrechnung, Funktionale Gliederung	10	2400 Departementssekretariat	37
Laufende Rechnung, Institutionelle Gliederung		2410 Volksschulen und Sport	38
		2430 Mittel- und Hochschulen	42
		2440 Berufsbildung	47
		2450 Amt für Berufs- und Studienberatung	54
		2490 Amt für Kultur	55
Zusammenzug	15	25 Sicherheitsdepartement	58
10 Kantonsrat	16	2500 Departementssekretariat	58
1000 Kantonsrat	16	2510 Rechts- und Beschwerdedienst	58
21 Allgemeine Verwaltung	17	2520 Oberstaatsanwaltschaft	59
2100 Regierungsrat	17	2530 Staatsanwaltschaft	60
2110 Staatskanzlei	18	2540 Jugendanwaltschaft	61
2130 Gebühren und Kosten	19	2560 Polizei	61
		2580 Amt für Justizvollzug	63
		2590 Amt für Militär, Feuer- und Zivilschutz	65
22 Departement des Innern	20	27 Finanzdepartement	69
2200 Departementssekretariat	20	2700 Departementssekretariat	69
2210 Sozialversicherungen	21	2710 Personal	69
2220 Amt für Gesundheit und Soziales	22	2720 Finanzwesen	71
2240 Kindes- und Erwachsenenschutz innerer Kantonsteil	24	2740 Steuerwesen	74
2250 Kindes- und Erwachsenenschutz äusserer Kantonsteil	25	2750 Informatik	77
		2760 Finanzausgleich	78
		2780 Finanzkontrolle	79
		2790 Datenschutz	79
23 Volkswirtschaftsdepartement	26		
2300 Departementssekretariat	26		
2340 Amt für Wirtschaft	27		
2360 Amt für Raumentwicklung	29		
2370 Amt für Migration	30		
2380 Amt für Arbeit	31		
2390 Amt für Landwirtschaft	34		

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
28 Baudepartement	81	23 Volkswirtschaftsdepartement	111
2800 Departementssekretariat	81	2340 Amt für Wirtschaft	111
2820 Strassenwesen (Spezialfinanzierung)	81	2390 Landwirtschaft	111
2830 Hochbauamt	84	24 Bildungsdepartement	113
2860 Amt für öffentlichen Verkehr	86	2410 Volksschulen und Sport	113
2870 Verkehrsamt	87	2490 Kultur	113
29 Umweltdepartement	90	25 Sicherheitsdepartement	114
2900 Departementssekretariat	90	2560 Polizei	114
2910 Amt für Umweltschutz	90	28 Baudepartement	115
2920 Amt für Natur, Jagd und Fischerei	91	2820 Strassenwesen (Spezialfinanzierung)	115
2930 Amt für Wald und Naturgefahren	94	2830 Hochbauamt	115
2940 Amt für Wasserbau	95	2860 Öffentlicher Verkehr	116
2950 Amt für Vermessung und Geoinformation	97	29 Umweltdepartement	117
40 Gerichtswesen	99	2910 Umweltschutz	117
4010 Kantonsgericht	99	2930 Wald und Naturgefahren	117
4020 Verwaltungsgericht	100	2940 Wasserbau	118
4030 Strafgericht	101	Investitionsrechnung, Artengliederung	119
4050 Anwaltskommission	101	Zusammenzug	109
Laufende Rechnung, Artengliederung	102	22 Departement des Innern	110
Investitionsrechnung, Institutionelle Gliederung		2220 Amt für Gesundheit und Soziales	110

Inhalt	Seite	Inhalt	Seite
Verpflichtungskredite	123	Waldungen	155
Bestandesrechnung	137	Darlehen und Beteiligungen	156
Anlagen	143	Investitionsbeiträge	158
Liegenschaften des Finanzvermögens	144	Mittel- und langfristige Schulden	159
Tiefbauten	148	Verpflichtungen Spezialfinanzierungen	160
Hochbauten	149	Spezialfonds	161

Verwaltungsrechnung

Verwaltungsrechnung Übersicht

Ergebnisse	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
	Soll	Haben	Soll	Haben	Soll	Haben
Verwaltungsrechnung						
Laufende Rechnung						
Total Aufwand			1 325 453 000.00		1 284 622 054.54	
Total Ertrag	1 339 851 534.74	1 199 189 540.85		1 224 784 500.00		1 189 802 149.34
Aufwandsüberschuss		140 661 993.89		100 668 500.00		94 819 905.20
Investitionsrechnung						
Total Ausgaben	87 997 346.55	35 295 911.09	125 727 200.00	38 938 800.00	91 784 514.77	36 476 479.28
Total Einnahmen		52 701 435.46		86 788 400.00		55 308 035.49
Nettoinvestitionen						
Nettoinvestitionen	52 701 435.46	77 216 225.27	86 788 400.00	78 403 000.00	55 308 035.49	72 708 105.00
Abschreibungen		10 976 875.15		716 000.00		4 813 501.70
Saldo Spezialfinanzierungen						
Aufwandsüberschuss Laufende Rechnung	140 661 993.89		100 668 500.00		94 819 905.20	
Finanzierungsfehlbetrag		105 170 328.93		108 337 900.00		72 606 333.99
Kapitalveränderung						
Finanzierungsfehlbetrag	105 170 328.93		108 337 900.00		72 606 333.99	
Aktivierungen		88 001 346.55		125 731 200.00		91 904 517.57
Passivierungen	123 493 011.51		118 061 800.00		114 118 088.78	
Zunahme Bilanzfehlbetrag		140 661 993.89		100 668 500.00		94 819 905.20

Funktionale Gliederung

10

Verwaltungsrechnung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
	Laufende Rechnung	Invest. Rechnung	Laufende Rechnung	Invest. Rechnung	Laufende Rechnung	Invest. Rechnung
	Total	Total	Total	Total	Total	Total
Aufwand und Ausgaben (in 1000 Fr.)	1 339 850	87 996	1 427 846	1 325 459	1 284 623	91 785
Allgemeine Verwaltung	68 731		68 731	72 343	68 381	68 381
Legislative und Exekutive	2 482		2 482	2 535	2 520	2 520
Allgemeine Verwaltung	50 250		50 250	53 646	51 140	51 140
Leistungen für Pensionierte	1 813		1 813	1 699	1 830	1 830
Nicht aufteilbare Aufgaben	14 186		14 186	14 463	12 891	12 891
Öffentliche Sicherheit	101 800	1 501	103 301	105 598	93 298	9 510
Rechtsaufsicht	20 695		20 695	23 592	14 334	14 334
Polizei	53 474	1 501	54 975	54 449	52 587	9 510
Rechtssprechung	7 958		7 958	8 682	7 894	7 894
Strafvollzug	9 016		9 016	8 756	8 828	8 828
Feuerwehr	2 827		2 827	2 945	2 432	2 432
Militärische Landesverteidigung	81		81	88	91	91
Zivile Landesverteidigung	7 749		7 749	7 086	7 132	7 132
Bildung	213 917	5 329	219 246	215 155	208 321	2 548
Volksschulen	30 858	885	31 743	30 945	30 593	1 116
Sonderschulen	43 049	76	43 125	43 361	38 927	38 927
Berufsbildung	51 559	3 919	55 478	51 355	49 899	1 433
Lehrerausbildung	503	302	805	1 052	807	3
Allgemeinbildende Schulen	36 435	147	36 582	37 039	36 844	-4
Höhere Berufsbildung	2 853		2 853	3 067	2 900	2 900
Hochschulen und Forschung	36 928		36 928	36 379	36 735	36 735
Übriges Bildungswesen	11 732		11 732	11 957	11 616	11 616
Kultur und Freizeit	3 139	1 808	4 947	3 324	3 442	2 460
Kulturförderung	2 470	121	2 591	2 640	2 578	575
Denkmalpflege und Heimatschutz	22	1 687	1 709	41	21	1 885
Parkanlagen und Wanderwege	391		391	360	546	546

Verwaltungsrechnung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
	Laufende Rechnung	Invest. Rechnung	Laufende Rechnung	Invest. Rechnung	Laufende Rechnung	Invest. Rechnung
Sport	252		279		293	
Übrige Freizeitgestaltung						
Kirche	4		4		4	
Gesundheit	134 390	134 390	127 051	127 051	132 884	-32
Spitäler	113 491	113 491	105 922	105 922	112 997	
Kranken- und Pflegeheime	11 622	11 622	12 078	12 078	11 583	
Psychiatrische Kliniken	5 695	5 695	5 431	5 431	4 955	-32
Ambulante Krankenpflege	0		1	1		
Krankheitsbekämpfung	453	453	450	450	454	
Schulgesundheitsdienst	40	40	40	40	31	
Lebensmittelkontrolle	1 946	1 946	1 946	1 946	1 794	
Übriges Gesundheitswesen	1 143	1 143	1 183	1 183	1 070	
Soziale Wohlfahrt	178 480	179 875	176 474	179 441	174 993	2 559
Altersversicherung	1 928	1 928	1 582	1 582	1 562	
Invalidenversicherung						
Krankenversicherung	59 922	59 922	57 628	57 628	57 613	
Sonstige Sozialversicherungen	59 952	59 952	61 172	61 172	60 563	
Jugendschutz	161	161	183	183	170	
Invalidity	35 823	35 823	34 924	35 424	33 943	
Sozialer Wohnungsbau	212	212	230	230	246	
Altersheime		1 395				495
Fürsorge	20 482	20 482	20 755	20 755	20 896	2 064
Verkehr	63 126	54 498	71 220	72 399	66 201	50 363
Nationalstrassen	496	4 988	507	4 000	497	2 713
Kantonsstrassen	24 088	65 044	25 183	55 710	26 953	43 207
Gemeindestrassen	2 917	2 917	2 900	2 900	3 573	
Bundesbahnen		177		1 000		219
Regionalverkehr	35 607	44 480	42 611	11 689	35 156	4 224
Schiffahrt	17	17	17		22	
Übriger Verkehr	1	1	2			

Verwaltungsrechnung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
	Laufende Rechnung	Invest. Rechnung	Laufende Rechnung	Invest. Rechnung	Laufende Rechnung	Invest. Rechnung
Umwelt und Raumordnung	14 411	8 857	16 430	12 011	15 844	8 326
Wasserversorgungen						
Abwasserbeseitigungen	511	607	587	1 780	289	943
Abfallbeseitigungen						
Gewässerverbauungen	910	8 250	1 050	10 231	858	7 294
Lawinerverbauungen	3 666		5 400		5 576	
Naturschutz	2 887		3 030		2 843	
Übriger Umweltschutz	3 811		3 538		3 522	
Raumordnung	2 626		2 825		2 756	89
Volkswirtschaft	97 526	14 608	97 843	20 360	96 531	16 051
Landwirtschaft	88 570	5 719	88 380	6 405	88 073	6 258
Forstwirtschaft	4 169	7 739	4 533	11 955	4 111	7 893
Jagd und Fischerei	1 792		1 866		1 817	
Industrie, Gewerbe, Handel	2 898	1 150	2 854	2 000	2 411	1 900
Energie	97		210		119	
Finanzen und Steuern	464 330		440 021		424 728	
Steuerabkommen (Pauschale Steueranrechnung)	7 406		10 000		9 227	
Finanzausgleich	79 539		78 532		80 361	
Einnahmenanteile	179 212		173 353		155 450	
Vermögens- und Schuldenverwaltung	4 412		4 365		4 381	
Nicht aufgeteilte Posten	193 761		173 771		175 309	
Total	23 268		28 441		24 170	

Laufende Rechnung

Zusammenzug

15

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
	Total Laufende Rechnung	1 339 851 534.74	1 199 189 540.85	1 325 453 000.00	1 224 784 500.00	1 284 622 054.54	1 189 802 149.34
	Netto Aufwand		140 661 993.89	100 668 500.00	94 819 905.20		
10	Kantonsrat	753 884.90	753 884.90	753 000.00	753 000.00	772 106.40	772 106.40
	Netto Aufwand						
21	Allgemeine Verwaltung	6 412 986.58	1 221 772.40	7 288 400.00	1 185 600.00	6 627 417.25	1 278 130.00
	Netto Aufwand		5 191 214.18		6 102 800.00		5 349 287.25
22	Departement des Innern	312 440 991.42	99 329 211.55	304 980 500.00	100 673 200.00	302 312 589.38	97 952 723.55
	Netto Aufwand		213 111 779.87		204 307 300.00		204 359 865.83
23	Volkswirtschaftsdepartement	119 775 403.16	107 020 172.02	119 576 700.00	104 596 200.00	118 087 404.70	105 797 117.73
	Netto Aufwand		12 755 231.14		14 980 500.00		12 290 286.97
24	Bildungsdepartement	223 198 049.67	50 132 118.66	224 687 600.00	49 859 100.00	217 911 767.11	38 240 749.77
	Netto Aufwand		173 065 931.01		174 828 500.00		179 671 017.34
25	Sicherheitsdepartement	79 867 461.50	26 173 908.80	81 426 500.00	25 254 300.00	78 593 174.09	26 339 168.90
	Netto Aufwand		53 693 552.70		56 172 200.00		52 254 005.19
27	Finanzdepartement	362 939 513.26	749 652 352.78	341 461 800.00	776 837 100.00	332 155 245.99	759 589 170.69
	Netto Ertrag	386 712 839.52		435 375 300.00		427 433 924.70	
28	Baudepartement	202 076 395.60	155 656 633.54	210 511 900.00	156 627 600.00	197 159 695.65	151 845 860.51
	Netto Aufwand		46 419 762.06		53 884 300.00		45 313 835.14
29	Umweltdepartement	26 345 426.03	9 410 853.95	28 676 800.00	9 121 400.00	25 303 677.19	8 198 864.10
	Netto Aufwand		16 934 572.08		19 555 400.00		17 104 813.09
40	Gerichtswesen	6 041 422.62	592 517.15	6 089 800.00	630 000.00	5 698 976.78	560 364.09
	Netto Aufwand		5 448 905.47		5 459 800.00		5 138 612.69

Kantonsrat

16

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
10	Kantonsrat	753 884.90	753 884.90	753 000.00	753 000.00	772 106.40	772 106.40
	Netto Aufwand						
1000	Kantonsrat	753 884.90	753 884.90	753 000.00	753 000.00	772 106.40	772 106.40
	Netto Aufwand						
10020	Kantonsrat	753 884.90	753 884.90	753 000.00	753 000.00	772 106.40	772 106.40
	Netto Aufwand						
300.00	Sitzungsgelder und Reiseentschädigungen	318 138.75		400 000.00		332 463.80	
300.20	Kommissionen: Sitzungsgelder und Reiseentschädigungen	221 924.85		190 000.00		252 738.20	
300.30	Zulage an den Kantonsratspräsidenten	17 601.30		18 000.00		17 601.30	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	33 555.15		46 000.00		29 894.40	
309.00	Fortbildung	800.00		5 000.00			
317.00	Ehrenkosten	10 122.55		22 000.00		11 700.10	
318.00	Entschädigung an Experten	110 742.30		30 000.00		86 708.60	
319.10	Kinderparlament	5 000.00		5 000.00		5 000.00	
365.00	Beiträge an die Geschäftsführungskosten der Fraktionen des Kantonsrates	36 000.00		37 000.00		36 000.00	

Allgemeine Verwaltung

17

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
21	Allgemeine Verwaltung						
	Netto Aufwand						
		6 412 986.58	1 221 772.40	7 288 400.00	1 185 600.00	6 627 417.25	1 278 130.00
			5 191 214.18		6 102 800.00		5 349 287.25
2100	Regierungsrat						
	Netto Aufwand						
		2 647 876.88	23 625.00	2 753 300.00	26 000.00	2 683 473.18	23 625.00
			2 624 251.88		2 727 300.00		2 659 848.18
21010	Vergütungen						
	Netto Aufwand						
		1 741 699.55	1 741 699.55	1 796 300.00	1 796 300.00	1 761 368.75	1 761 368.75
	300.00 Gehälter und Sozialzulagen	1 287 905.40		1 308 700.00		1 288 245.40	
	300.20 Zulage des Landammanns	7 247.40		8 000.00		17 601.10	
	303.00 Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	99 806.40		104 700.00		100 565.65	
	304.00 Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	128 904.60		130 900.00		128 542.20	
	317.00 Reise- und Spesenentschädigungen	204 710.75		230 000.00		213 289.40	
	390.00 Fonds für Ruhegehälter / Prämienanteil des Kantons	13 125.00		14 000.00		13 125.00	
21030	Fonds für Ruhegehälter (Spezialfinanzierung)						
	Netto Aufwand						
		528 003.60	23 625.00	560 000.00	26 000.00	560 040.25	23 625.00
			504 378.60		534 000.00		536 415.25
	307.00 Rentenauszahlungen	245 721.60		260 000.00		264 162.25	
	307.10 Teuerungszulagen	282 282.00		300 000.00		295 878.00	
	439.00 Prämien der Regierungsräte		10 500.00		12 000.00		10 500.00
	490.00 Zuweisung aus Konto 21.010.390.00		13 125.00		14 000.00		13 125.00
21060	Beiträge an:						
	Netto Aufwand						
		378 173.73	378 173.73	397 000.00	397 000.00	362 064.18	362 064.18
	361.00 Kostenanteil interkant. Konferenzen	335 768.73		350 000.00		312 434.18	
	361.10 Kostenanteil Zentralschweizer Regierungskonferenz	42 405.00		47 000.00		49 630.00	

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
2110	Staatskanzlei						
	Netto Aufwand						
		3 648 267.70	855 248.95	4 295 100.00	909 600.00	3 842 246.97	965 524.30
			2 793 018.75		3 385 500.00		2 876 722.67
21100	Verwaltung						
	Netto Aufwand						
301.00	Gehälter und Sozialzulagen	1 234 543.00	35 244.20	1 905 900.00	35 000.00	1 574 037.32	68 672.35
301.70	Aushilfen		1 573 231.95		1 870 900.00		1 505 364.97
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	95 856.30		5 000.00		1 237.60	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	116 855.20		98 600.00		94 744.85	
309.00	Weiterbildung			123 300.00		118 764.20	
310.00	Bürokosten, Verschiedenes	4 917.90		5 000.00		630.00	
311.00	Anschaffung von Mobilien und Maschinen	7 040.45		15 000.00		4 757.37	
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	4 884.75		20 000.00		14 406.50	
318.00	Projektbegleitung	540.00		10 000.00		6 646.70	
318.10	Software-Anschaffung inkl. Wartung	138 463.55		110 000.00		4 536.00	
318.20	Digitalisierung der Gesetzssammlung	5 375.00		281 000.00		105 494.30	
439.00	Verschiedene Einnahmen		35 244.20	5 500.00	35 000.00	5 010.00	18 840.00
462.00	Bezirks- und Gemeindebeiträge an Wabsti						49 832.35
21120	Materialverwaltung						
	Netto Aufwand						
		598 603.05	47 159.25	774 200.00	134 600.00	734 515.70	102 699.85
			551 443.80		639 600.00		631 815.85
310.00	Schreibmaterial, Drucksachen und Buchbinderkosten	586 707.48		750 000.00		717 689.47	
311.00	Anschaffung von Mobilien und Maschinen	848.00		2 000.00		801.05	
315.00	Service Büromaschinen	10 486.60		20 000.00		15 883.15	
315.10	Verschiedene Reparaturen	535.70		2 000.00		60.00	
318.90	Mehrwertsteuer	25.27		200.00		82.03	
435.00	Verkaufserlös aus Drucksachen		25 279.95		110 000.00		82 024.85
490.10	Verrechnungen: Büromaterialien		21 879.30		24 600.00		20 675.00

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
21140	Amtsblatt						
	Netto Ertrag						
310.00	Druck- und Expeditionskosten	297 679.65	772 845.50	315 000.00	740 000.00	300 714.50	794 152.10
318.00	Porti und Verschiedenes	475 165.85		425 000.00		493 437.60	
318.90	Mehrwertsteuer	194 805.40		200 000.00		194 178.35	
435.10	Ertrag Abonnemente	84 620.25		93 000.00		87 247.15	
435.20	Ertrag Veröffentlichungen	18 254.00	287 273.05	22 000.00	310 000.00	19 289.00	280 363.15
			485 572.45		430 000.00		513 788.95
21170	Post						
	Netto Aufwand						
318.00	Porti	1 143 508.85	1 143 508.85	1 300 000.00	1 300 000.00	1 232 979.45	1 232 979.45
318.10	Interner Postkurier	893 603.90		1 050 000.00		987 126.85	
		249 904.95		250 000.00		245 852.60	
2130	Gebühren und Kosten						
	Netto Ertrag						
431.00	Staatsgebühren	116 842.00	342 898.45	240 000.00	250 000.00	101 697.10	288 980.70
		226 056.45		10 000.00		187 283.60	
21310	Gebühren						
	Netto Ertrag						
431.00	Staatsgebühren	341 415.35	341 415.35	250 000.00	250 000.00	288 980.70	288 980.70
			341 415.35		250 000.00		
21330	Allgemeiner Verwaltungsaufwand						
	Netto Aufwand						
317.00	Ehrenkosten	90 651.10	1 483.10	190 000.00	190 000.00	77 377.75	77 377.75
318.20	Expertisen	89 168.00	89 168.00				
439.00	Verschiedene Einnahmen		1 483.10				
		90 651.10		140 000.00		65 893.75	
				50 000.00		11 484.00	
21350	Beiträge an:						
	Netto Aufwand						
365.00	Vereine und Institutionen	26 190.90	26 190.90	50 000.00	50 000.00	24 319.35	24 319.35
		26 190.90		50 000.00		24 319.35	

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
22	Departement des Innern	312 440 991.42	99 329 211.55	304 980 500.00	100 673 200.00	302 312 589.38	97 952 723.55
	Netto Aufwand	213 111 779.87		204 307 300.00		204 359 865.83	
2200	Departementssekretariat	5 337 641.58	766 655.70	5 105 900.00	627 000.00	5 281 741.86	663 904.10
	Netto Aufwand	4 570 985.88		4 478 900.00		4 617 837.76	
22010	Verwaltung	827 410.23	252 182.85	777 400.00	183 000.00	853 435.26	187 709.85
	Netto Aufwand	575 227.38		594 400.00		665 725.41	
301.00	Gehälter und Sozialzulagen	600 162.35		545 500.00		631 279.60	
301.70	Aushilfen	46 833.05		1 000.00		19 948.65	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	55 021.50		43 600.00		50 563.80	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	3 600.00		54 600.00		58 405.65	
309.00	Weiterbildung	12 326.43		5 000.00		2 320.00	
310.00	Bürokosten und Verschiedenes	251.65		15 000.00		18 214.31	
311.00	Anschaffung von Mobilien und Maschinen	3 882.40		1 000.00		2 120.35	
311.10	EDV-Hardware-Anschaffungen	3 860.05		1 000.00		251.65	
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	47 729.00		3 000.00		1 818.40	
317.10	Ehrenkosten	3 675.00		10 000.00		9 599.70	
318.00	Adoptionsaufsicht	50 068.80		48 000.00		29 174.15	
318.10	Betrieb Zivilstandsregister	3 675.00		46 000.00		26 072.00	
318.20	EDV-Software-Anschaffungen inkl. Wartung		58 231.95	3 700.00	25 000.00	3 667.00	52 015.95
365.00	Beiträge an Fachkonferenzen		145 750.00		110 000.00		109 150.00
431.00	Gebühren		48 200.90		48 000.00		26 543.90
431.10	Einbürgerungsgebühren						
436.00	Rückerstattungen an Betrieb Zivilstandsregister						
22030	Laboratorium der Urkantone	4 510 231.35	514 472.85	4 328 500.00	444 000.00	4 428 306.60	476 194.25
	Netto Aufwand	3 995 758.50		3 884 500.00		3 952 112.35	
361.00	Konkordatsbeitrag Kantonschemikeramt	1 946 000.00		1 946 000.00		1 794 000.00	
361.10	Kantonsbeitrag Kantonstierarztamt	2 564 231.35		2 362 500.00		2 634 306.60	
431.00	Gebühren		236 740.90		244 000.00		240 999.75
462.00	Gemeindebeiträge an Tierkörperentsorgung		277 731.95		200 000.00		235 194.50

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
2210	Sozialversicherungen						
	Netto Aufwand						
		135 273 123.50	97 525 759.75	134 260 500.00	97 959 300.00	133 256 737.70	96 147 307.45
			37 747 363.75		36 301 200.00		37 109 430.25
22110	Kantons- und Gemeindeanteile						
	Netto Aufwand						
360.10	Kantonsbeitrag an die eidg. Familienzulagen	1 129 453.40	96 893 569.75	1 400 000.00	97 333 000.00	1 255 827.20	95 528 617.45
366.00	Kantonsbeitrag an die Ergänzungsleistungen	59 866 045.00	35 061 552.25	61 105 000.00	33 600 000.00	60 497 575.00	34 233 325.25
366.10	Kantonsbeitrag an erlassene AHV-Beiträge	87 716.00		68 000.00		72 248.20	
366.20	Beiträge an die Prämienverbilligung	58 819 674.85		56 200 000.00		55 956 476.85	
366.30	Beiträge an die Familienzulagen Nicht-erwerbstätiger	699 550.00		390 000.00		660 400.00	
376.00	Durchlaufende Beiträge Pflegefinanzierung	11 128 309.60		10 270 000.00		11 319 415.45	
376.10	Durchlaufende Beiträge an Kostenübernahme KVG	224 373.15		1 500 000.00			
460.00	Bundesbeitrag an die Ergänzungsleistungen		15 586 625.00		16 500 000.00		15 738 264.00
460.10	Bundesbeitrag an die Prämienverbilligung		40 477 804.00		40 468 000.00		39 514 487.00
462.30	Gemeindebeiträge an die Ergänzungsleistungen		22 139 710.00		22 303 000.00		22 379 655.00
462.40	Gemeindebeiträge an die Prämienverbilligung		7 336 748.00		6 292 000.00		6 576 796.00
472.00	Durchlaufende Gemeindebeiträge Pflegefinanzierung		11 128 309.60		10 270 000.00		11 319 415.45
472.10	Durchlaufende Gemeindebeiträge an Kostenübernahme KVG		224 373.15		1 500 000.00		

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
22130	Entschädigungen						
	Netto Aufwand						
318.00	Vollzugsentschädigung für die Durchführung der Ergänzungsleistungen	3 318 001.50	632 190.00	3 327 500.00	626 300.00	3 494 795.00	618 690.00
			2 685 811.50		2 701 200.00		2 876 105.00
318.10	Vollzugsentschädigung für die Durchführung des Bundesgesetzes über die Unfallversicherung UVG	1 840 286.00		1 514 000.00		1 489 734.00	
318.20	Vollzugsentschädigung für die Durchführung des Gesetzes über die Prämienverbilgung	85 127.00		65 700.00		65 048.00	
318.30	Vollzugsentschädigung für die Durchführung der Familienzulagen Nicht-erwerbstätiger	1 102 308.00		1 428 000.00		1 656 385.00	
318.40	Vollzugsentschädigung für die Durchführung der Pflegefinanzierung	20 986.50		11 700.00		19 812.00	
460.00	Bundesbeitrag an die Durchführungskosten der Ergänzungsleistungen	269 294.00	632 190.00	308 100.00	626 300.00	263 816.00	618 690.00
2220	Amt für Gesundheit und Soziales						
	Netto Aufwand						
		164 428 473.70	827 264.40	156 291 400.00	986 900.00	162 252 367.28	1 141 512.00
			163 601 209.30		155 304 500.00		161 110 855.28
22200	Verwaltung						
	Netto Aufwand						
		3 250 470.54	1 245.30	3 514 000.00	3 514 000.00	3 383 147.12	660.00
			3 249 225.24				3 382 487.12
300.00	Entschädigung Kommissionen	4 357.05		9 800.00		9 614.60	
301.00	Gehälter und Sozialzulagen	2 357 698.30		2 488 700.00		2 475 081.70	
301.60	Pauschalentschädigungen	322 020.75		345 100.00		319 150.95	
301.70	Aushilfen	5 373.00		15 000.00			
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	207 677.40		227 500.00		216 873.55	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	232 595.10		248 900.00		243 153.80	
309.00	Übriger Personalaufwand	17.85		15 000.00		14 722.50	
310.00	Büromaterial und Drucksachen	23 746.54		32 000.00		30 886.87	
311.00	Anschaffung von Mobilien und Maschinen	2 718.25		6 000.00		7 904.40	
311.10	EDV-Hardware-Anschaffungen	2 716.60		3 000.00		906.40	
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	45 388.35		50 000.00		47 004.40	
317.10	Ehrenkosten	765.10		2 000.00		2 399.40	

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
318.00	Dienstleistungen und Honorare					330.00	
318.20	EDV-Software-Anschaffungen	7 443.50		9 000.00		14 868.55	
319.00	Übriger Sachaufwand	37 952.75		62 000.00		250.00	
431.00	Gebühren / Diverse Einnahmen		1 245.30				660.00
22220	Soziale Sicherheit	40 642 848.64	165 763.40	40 069 800.00	197 800.00	39 562 892.07	245 335.90
	Netto Aufwand		40 477 085.24		39 872 000.00		39 317 556.17
318.30	Dienstleistungen und Honorare	46 991.10		72 000.00		46 904.70	
331.00	Abschreibungen Investitionsbeiträge	3 754 130.00		4 048 900.00		4 539 363.85	
365.00	Beiträge an innerkantonale Behinderteneinrichtungen	23 117 752.39		22 409 000.00		21 420 057.30	
365.05	Beitrag an Opferberatungsstelle	232 000.00		232 000.00		232 000.00	
365.50	Beiträge an ausserkantonale Behinderteneinrichtungen	12 705 298.26		12 515 000.00		12 522 568.27	
365.60	Beiträge an Beratungsstellen	415 632.90		423 600.00		433 084.10	
365.90	Beiträge an Schweizerische Organisationen	16 684.00		16 500.00		13 050.00	
366.00	Beiträge Opferhilfe	193 626.99		170 000.00		185 892.85	
375.00	Durchlaufende Bundesbeiträge	160 733.00		182 800.00		169 971.00	
436.00	Rückerstattungen		5 030.40		15 000.00		75 364.90
470.00	Durchlaufende Bundesbeiträge		160 733.00		182 800.00		169 971.00
22250	Medizinische Versorgung	119 577 171.35	343 214.20	111 769 500.00	538 600.00	118 425 916.60	588 976.75
	Netto Aufwand		119 233 957.15		111 230 900.00		117 836 939.85
318.30	Dienstleistungen und Honorare	98 600.00		100 000.00		81 928.90	
331.00	Abschreibungen Investitionsbeiträge	264 000.00		269 400.00		351 483.20	
365.25	Beiträge innerkantonale Spitalversorgung	53 376 912.05		54 200 000.00		56 279 055.50	
365.30	Beiträge ausserkant. Spitalversorgung	60 085 298.45		51 406 800.00		56 477 520.80	
365.35	Beitrag für den sozialpsychiatrischen Dienst (SPD)	3 285 425.85		3 611 000.00		3 134 506.95	
365.40	Beitrag für den Kinder- und Jugendpsychiatrischen Dienst (KJPD)	2 410 000.00		1 820 000.00		1 820 000.00	
365.50	Beiträge an Akut- und Übergangspflege	28 468.65		315 000.00		240 826.25	
365.60	Beiträge an übrige Institutionen der ambulanten Versorgung	12 800.00		15 000.00		14 140.00	

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
365.80	Beiträge an schweiz. Organisationen	15 666.35	73 222.40	32 300.00	300 000.00	26 455.00	320 580.75
436.00	Rückerstattungen		269 991.80		238 600.00		268 396.00
490.00	Anteil am Alkoholzehnteil 27.240.390.00						
22260	Übrige Gesundheitsversorgung	957 983.17	317 041.50	938 100.00	250 500.00	880 411.49	306 539.35
	Netto Aufwand		640 941.67		687 600.00		573 872.14
316.00	Büroentschädigungen	5 300.00		4 800.00		4 800.00	
318.30	Dienstleistungen und Honorare	131 813.15		130 000.00		95 707.95	
319.10	Sachaufwand Schulgesundheitspflege	35 705.02		34 000.00		25 195.45	
319.20	Sachaufwand koordinierter Sanitätsdienst	123 390.80		130 000.00		97 590.05	
362.00	Beitrag an die Schulzahnpflege	4 546.25		6 000.00		5 885.20	
365.45	Beiträge zur Bekämpfung übertragbarer Krankheiten	117 130.50		83 200.00		115 609.64	
365.75	Sanitätsnotruf	311 000.00		311 000.00		311 000.00	
365.80	Beiträge an Organisationen der Gesundheitsförderung/Prävention	93 587.30		109 800.00		91 480.75	
365.90	Beiträge an schweiz. Organisationen	135 510.15	47 870.70	129 300.00	32 000.00	133 142.45	45 541.90
431.00	Gebühren		153 937.00		84 200.00		145 184.50
436.00	Rückerstattungen		115 233.80		134 300.00		115 812.95
451.00	Beiträge anderer Kantone						
2240	Kindes- und Erwachsenenschutz	3 299 523.35	70 560.15	4 136 100.00	450 000.00	688 586.98	688 586.98
	Innerer Kantonsteil		3 228 963.20		3 686 100.00		
22410	Verwaltung	3 299 523.35	70 560.15	4 136 100.00	450 000.00	688 586.98	688 586.98
	Netto Aufwand		3 228 963.20		3 686 100.00		
301.00	Gehälter und Sozialzulagen	2 494 557.60		2 860 100.00		215 609.15	
301.70	Aushilfen			1 000.00			
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	196 140.50		238 500.00		16 898.35	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	242 272.35		286 000.00		20 908.05	
309.00	Weiterbildung, übriger Personalaufwand	6 944.00		16 500.00		14 765.00	
310.00	Bürokosten und Verschiedenes	25 822.05		27 000.00		8 861.97	
311.00	Anschaffung von Mobilien und Maschinen	135 906.20		25 000.00		194 454.30	
311.10	EDV-Hardware-Anschaffungen	4 690.65		5 000.00		70 223.70	
312.00	Wasser, Energie	3 471.90		8 000.00		250.00	
316.00	Büromiete			10 000.00			

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
316.10	Fahrzeugmieten	18 174.65		40 000.00		3 338.60	
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	41 941.05		260 000.00		8 838.18	
318.00	Dienstleistungen und Honorare	94 724.35		17 000.00		130 022.73	
318.20	EDV-Software-Anschaffungen inkl. Wartung und Schulung	16 180.60					
319.00	Übriger Sachaufwand	1 993.45		2 000.00		4 416.95	
352.00	an Gemeinden; Gebührenanteil	16 704.00	70 560.15	340 000.00	450 000.00		
431.00	Gebühren						
2250	Kindes- und Erwachsenenschutz	4 102 229.29	138 971.55	5 186 600.00	650 000.00	833 155.56	833 155.56
	Äusserer Kantonsteil		3 963 257.74		4 536 600.00		
	Netto Aufwand						
22510	Verwaltung	4 102 229.29	138 971.55	5 186 600.00	650 000.00	833 155.56	833 155.56
301.00	Gehälter und Sozialzulagen	3 099 120.05		3 550 900.00		240 903.25	
301.70	Aushilfen			1 000.00			
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	243 754.95		284 100.00		18 943.55	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	291 568.20		355 100.00		22 939.45	
309.00	Weiterbildung, übriger Personalaufwand	18 160.00		16 500.00		10 597.25	
310.00	Bürokosten und Verschiedenes	45 133.38		30 000.00		10 749.82	
311.00	Anschaffung von Mobilien und Maschinen	83 720.41		85 000.00		281 051.00	
311.10	EDV-Hardware-Anschaffungen	3 775.60		5 000.00		85 209.25	
312.00	Wasser, Energie	2 180.95		9 000.00			
316.00	Büromiete			10 000.00			
316.10	Fahrzeugmieten	13 356.05					
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	37 689.30		50 000.00		7 860.10	
318.00	Dienstleistungen und Honorare	152 394.30		280 000.00		10 241.37	
318.20	EDV-Software-Anschaffungen inkl. Wartung und Schulung	18 337.70		21 000.00		139 653.27	
319.00	Übriger Sachaufwand	204.30		2 000.00		5 007.25	
319.10	AHV-Beiträge Prima	29 229.70					
352.00	an Gemeinden; Gebührenanteil	63 604.40	136 596.40	487 000.00	650 000.00		
431.00	Gebühren		2 375.15				
439.00	Rückerstattungen AHV-Beiträge Prima						

Volkswirtschaftsdepartement

26

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
23	Volkswirtschaftsdepartement Netto Aufwand	119 775 403.16	107 020 172.02 12 755 231.14	119 576 700.00	104 596 200.00 14 980 500.00	118 087 404.70	105 797 117.73 12 290 286.97
2300	Departementssekretariat Netto Aufwand	787 554.05	16 958.00 770 596.05	798 600.00	17 000.00 781 600.00	2 610 072.67	1 426 681.17 1 183 391.50
23010	Verwaltung Netto Aufwand	571 406.45	15 100.00 556 306.45	564 100.00	12 000.00 552 100.00	688 653.05	14 110.00 674 543.05
300.00	Wirtschaftsrat	4 742.80		4 000.00		4 869.75	
301.00	Gehälter und Sozialzulagen	457 136.10		448 000.00		550 433.70	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	35 235.40		35 800.00		42 850.70	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	43 961.70		44 800.00		51 631.05	
309.00	Weiterbildung	7 577.90		3 000.00		6 393.90	
310.00	Bürokosten, Verschiedenes	11 880.90		13 000.00		18 070.40	
311.00	Anschaffung von Mobilien und Maschinen	961.20		1 000.00			
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	3 600.60		4 000.00		4 308.85	
317.10	Ehrenkosten	6 209.85		10 000.00		9 874.70	
365.00	Verschiedene Beiträge	100.00	15 100.00	500.00		220.00	14 110.00
431.00	Gebühren						
23040	Wohnbauförderung Netto Aufwand	211 647.60	1 858.00 209 789.60	230 000.00	5 000.00 225 000.00	245 880.45	35 702.50 210 177.95
365.10	Zusatzverbilligungen		1 858.00				
439.00	Rückvergütungen von Wohnsubventionen	211 647.60		230 000.00	5 000.00	245 880.45	35 702.50
23050	Schlichtungsbehörden im Mietwesen Netto Aufwand	4 500.00	4 500.00	4 500.00	4 500.00	3 564.80	3 564.80
310.00	Bürokosten, Verschiedenes	4 500.00		4 500.00		3 564.80	

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
23060	Fachstelle für Integrationsfragen						
	Netto Aufwand						
300.00	Kommissionen					1 671 974.37	1 376 868.67
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK					4 479.50	295 105.70
365.00	Beiträge an regionale und ausserkantonale Beratungsstellen und Institutionen					214.15	
						12 987.00	
365.10	Beitrag an Ausländerbetreuung (KOMIN)					221 745.00	
365.20	Beiträge an Ausländerintegration					187 343.05	
365.30	Beiträge für Integration Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene					1 245 205.67	
460.00	Bundesbeitrag an Ausländerintegration						131 663.00
460.10	Bundesbeitrag für Integration Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene						1 245 205.67
2340	Amt für Wirtschaft						
	Netto Aufwand						
		4 900 504.44	2 459 098.70	4 866 600.00	2 410 000.00	4 368 084.32	2 598 651.30
			2 441 405.74		2 456 600.00		1 769 433.02
23410	Verwaltung						
	Netto Aufwand						
		1 028 721.80	1 028 721.80	1 047 900.00	1 047 900.00	1 001 461.42	1 001 461.42
301.00	Gehälter und Sozialzulagen	830 724.40		844 600.00		804 563.75	
301.70	Aushilfen / Praktikanten			5 000.00			
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	64 429.35		67 600.00		62 841.20	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	82 903.95		84 500.00		78 341.90	
309.00	Weiterbildung	2 443.60		3 000.00		12 661.20	
310.00	Bürokosten, Verschiedenes	6 469.80		7 000.00		9 133.12	
311.00	Anschaffung von Mobilien und Maschinen	2 054.70		3 200.00			
311.10	EDV-Hardware-Anschaffungen			2 000.00			
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	38 208.95		30 000.00		32 236.25	
318.00	Software-Anschaffungen inkl. Wartung	1 487.05		1 000.00		1 684.00	

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
23420	Wirtschaftsförderung / Regionalpolitik						
	Netto Aufwand						
317.00	Kundenbetreuung	10 620.15	510 275.00	9 000.00	500 000.00	11 843.90	584 296.20
365.00	Zuweisung in den Fonds zur Förderung der kantonalen Volkswirtschaft	15 000.00	2 383 071.60	15 000.00	2 350 000.00	15 000.00	1 821 428.80
365.51	Beiträge an Projekte der Regionalpolitik	1 683 958.10		1 676 000.00		1 199 296.20	
365.60	Massnahmen zur Wirtschaftsförderung	1 183 768.35		1 150 000.00		1 179 584.90	
460.20	Bundesbeiträge an NRP Projekte		491 000.00		500 000.00		564 275.15
461.10	Beiträge Kantone an NRP		19 275.00				20 021.05
23430	Handelsregister						
	Netto Ertrag						
301.00	Gehälter und Sozialzulagen	532 578.10	1 948 823.70	523 000.00	1 910 000.00	527 726.60	2 014 355.10
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	41 862.25		41 800.00		41 531.30	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	52 216.70		52 300.00		51 527.25	
310.00	Bürokosten, Verschiedenes	19 616.59		15 000.00		12 613.90	
311.00	Anschaffung von Mobilien und Maschinen	4 230.55		5 000.00			
311.10	EDV-Hardware-Anschaffungen	581.05		1 000.00		18 708.05	
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	11.60		700.00		189.00	
318.00	EDV-Software-Anschaffungen	67 264.80		70 000.00		65 315.40	
350.00	Gebührenanteil des Bundes	223 591.65		225 000.00		228 846.60	
431.00	Gebühren		1 490 661.00		1 460 000.00		1 524 754.00
431.10	Gebühren kantonale		430 822.70		420 000.00		457 826.10
431.20	Gebühren Dienstleistungen		27 340.00		30 000.00		31 775.00
23450	Wirtschaftsdaten						
	Netto Aufwand						
310.00	Drucksachen, Broschüren	29 860.75	36 482.75	30 000.00	34 900.00	5 599.80	14 439.80
318.00	EDV-Software-Anschaffungen			900.00			
350.00	Erhebungen Bund	6 622.00		4 000.00		8 840.00	

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
2360	Amт für Raumentwicklung	2 626 089.55	1 272 250.55	2 824 500.00	1 312 000.00	2 756 420.55	1 415 403.45
	Netto Aufwand		1 353 839.00		1 512 500.00		1 341 017.10
23610	Verwaltung	2 494 761.40	1 272 250.55	2 609 500.00	1 312 000.00	2 581 360.30	1 415 403.45
	Netto Aufwand		1 222 510.85		1 297 500.00		1 165 956.85
301.00	Gehälter und Sozialzulagen	2 037 848.00		2 051 100.00		2 044 340.40	
301.70	Aushilfen	8 272.70		5 000.00		4 440.00	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	158 162.35		164 100.00		159 853.85	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	201 107.10		205 100.00		200 955.90	
309.00	Weiterbildung	2 940.00		2 000.00		2 575.00	
310.00	Bürokosten, Verschiedenes	22 275.15		31 000.00		21 139.80	
311.00	Anschaffung von Mobilien	5 012.30		5 000.00		41 943.15	
311.10	EDV-Hardware-Anschaffungen			1 000.00		38 003.50	
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	9 213.65		10 000.00		8 425.70	
318.00	EDV-Software-Anschaffungen	15 681.20		103 000.00		37 643.05	
318.10	Expertisen	7 392.60		10 000.00		2 455.25	
341.00	Konzessionen an Gemeinden	5 578.80		3 900.00		283.35	
365.00	Beiträge an Organisationen	21 277.55	1 264 857.95	18 300.00	1 302 000.00	19 301.35	1 404 063.45
431.00	Gebühren		7 392.60		10 000.00		11 340.00
436.00	Rückerstattungen						
23630	Richtplanung	131 328.15	131 328.15	215 000.00	215 000.00	175 060.25	175 060.25
318.00	Projektaufträge, Grundlagen	102 130.00		170 000.00		153 950.05	
318.10	Laufende Nachführung	29 198.15		45 000.00		21 110.20	

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
2370	Amt für Migration	17 102 020.78	19 267 953.10	15 645 900.00	16 364 500.00	14 032 550.55	16 601 520.00
	Netto Ertrag	2 165 932.32		718 600.00		2 568 969.45	
23700	Verwaltung	2 605 004.63	823.25	2 575 500.00	1 500.00	2 527 931.06	1 223.60
	Netto Aufwand	2 129 940.90	2 604 181.38	2 097 000.00	2 574 000.00	2 040 492.60	2 526 707.46
301.00	Gehälter und Sozialzulagen					19 315.50	
301.70	Aushilfen	168 478.95		167 800.00		160 911.30	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	206 947.85		209 700.00		193 324.20	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	9 630.00		5 000.00		4 393.00	
309.00	Weiterbildung	29 490.85		35 000.00		46 887.80	
310.00	Bürokosten, Verschiedenes	1 455.60		15 000.00		13 273.55	
311.00	EDV-Hardware-Anschaffungen	5 828.40		7 000.00		5 796.35	
312.00	Energie	16 966.85		13 000.00		18 507.85	
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	2 182.27		1 000.00		1 479.40	
318.00	Telefon, Porti und Postcheckgebühren	34 082.96		25 000.00		23 549.51	
318.20	EDV-Software-Anschaffungen inkl. Wartung und Projektleitung		823.25		1 500.00		1 223.60
439.00	Verschiedene Einnahmen						
23720	Asyl- und Flüchtlingswesen	11 423 098.00	14 543 003.45	10 770 000.00	12 618 000.00	10 595 965.74	14 265 301.45
	Netto Ertrag	3 119 905.45		1 848 000.00		3 669 335.71	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	59.70				378.10	
318.10	Ausschaffungen, Dolmetscherentschädigungen, Verfahrenskosten	156.75				861 004.87	
318.50	Nothilfe	974 241.91		790 000.00			
318.60	Vollzug	55 388.80		60 000.00			
319.00	Aufwand für Asylwesen	3 836 685.74		4 340 000.00		3 953 673.17	
362.00	Beiträge Asylwesen Gemeinden	3 365 045.90		2 860 000.00		2 439 386.00	
362.10	Beiträge Flüchtlinge Gemeinden	3 191 519.20		2 720 000.00		3 341 523.60	
436.00	Rückvergütung Vollzug		509 690.35		400 000.00		2 471 453.45
450.00	Bundesbeitrag an die Verwaltungskosten der Asylsuchenden		431 575.00		518 000.00		577 201.00
460.00	Bundesbeitrag Asylsuchende		8 216 007.00		7 600 000.00		7 187 199.00
460.10	Bundesbeitrag Flüchtlinge		3 594 329.00		3 400 000.00		4 029 448.00
460.20	Bundesbeitrag Nothilfe		1 791 402.10		700 000.00		

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
23740	Einreise / Aufenthalt und Passbüro	1 315 952.45	3 248 846.85	982 000.00	2 615 000.00	908 653.75	2 334 994.95
	Netto Ertrag	1 932 894.40		1 633 000.00		1 426 341.20	
310.00	Druck Ausländerausweis	88 992.25		125 000.00		64 279.25	
350.00	Anteil des Bundes an Gebühren	115 760.00		135 000.00		120 782.00	
350.10	Anteil des Bundes an Ausweisgebühren	1 111 200.20		722 000.00		723 592.50	
431.00	Migrationengebühren		1 200 442.85		1 275 000.00		966 973.95
431.10	Passgebühren		2 048 404.00		1 340 000.00		1 368 021.00
23750	Fachstelle für Integrationsfragen	1 757 965.70	1 475 279.55	1 318 400.00	1 130 000.00		
	Netto Aufwand	282 686.15			188 400.00		
300.00	Kommissionen	2 175.20		4 000.00			
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV			400.00			
365.00	Beiträge an regionale und ausserkant. Beratungsstellen und Institutionen	7 172.00		9 000.00			
365.10	Beiträge an Ausländerbetreuung (KOMIN)	226 825.00		225 000.00			
365.20	Beiträge an Ausländerintegration	178 903.90		180 000.00			
365.30	Beiträge an Integration Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene	1 342 889.60		900 000.00			
460.00	Bundesbeiträge an Ausländerintegration		132 389.95		130 000.00		
460.10	Bundesbeiträge an Integration Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene		1 342 889.60		1 000 000.00		
2380	Amt für Arbeit	7 997 205.41	5 769 170.42	8 906 100.00	6 699 800.00	8 379 428.86	6 110 848.71
	Netto Aufwand	2 228 034.99			2 206 300.00		2 268 580.15
23810	Verwaltung	3 347 073.59	1 139 617.55	3 392 500.00	1 219 000.00	3 479 990.30	1 232 481.05
	Netto Aufwand	2 207 456.04			2 173 500.00		2 247 509.25
301.00	Gehälter und Sozialzulagen	1 280 071.65		1 310 300.00		1 279 705.55	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	100 232.30		104 800.00		100 187.40	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	125 770.55		131 000.00		126 781.35	
309.00	Weiterbildung	6 215.00		11 000.00		8 522.00	
310.00	Bürokosten, Verschiedenes	28 454.54		27 000.00		24 478.85	
311.00	Anschaffung von Mobilien	463.00		5 000.00			
311.10	Anschaffung von Maschinen und Geräten			1 000.00		984.90	

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
311.20	EDV-Hardware-Anschaffungen	754.10		2 000.00		126 229.95	
316.00	Büromiete Anteil	129 671.70		130 000.00		19 757.35	
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	16 180.60		22 000.00		11 260.30	
318.00	Porti	13 063.45		14 700.00		1 035.50	
318.10	Software-Anschaffung (inkl. Programmier- hilfe und Schulung)	1 275.35		2 000.00			
360.00	Beiträge an Vollzug Arbeitslosenver- sicherung	1 539 456.00		1 500 000.00		1 632 396.00	
361.00	Vollzug Entsendegesetz	102 769.65		127 000.00		144 803.35	
390.00	Verrechnung Telefongebühren	2 695.70		4 700.00		3 847.80	
431.00	Bewilligungsgebühren Gewerbeaufsicht		189 024.55		220 000.00		216 744.90
431.10	Bewilligungsgebühren Arbeitsamt		105 625.00		100 000.00		91 025.00
431.20	Bewilligungsgebühren Arbeitsinspektorat		35 900.00		27 000.00		29 090.00
436.00	Vergütung für Vollzugsaufgaben der Arbeitssicherheit		91 918.50		150 000.00		132 671.05
436.10	Rückerstattungen		20.00				278.00
437.00	Einnahmen Entsendegesetz		-2 200.00		2 000.00		15 527.00
450.00	Verwaltungskostenentschädigung der Ausgleichsstelle (AVIG)		464 128.05		480 000.00		497 697.76
450.10	Verwaltungskostenentschädigung (LAM)		255 201.45		240 000.00		249 447.34
23840	Arbeitslosenversicherungskasse	1 016 055.05	1 016 055.05	1 039 700.00	1 039 700.00	983 281.30	983 281.30
301.00	Gehälter und Sozialzulagen			753 700.00		734 996.30	
301.70	Aushilfen	763 740.30		5 000.00			
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	60 241.95		60 300.00		57 963.25	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	71 942.00		75 400.00		69 925.75	
309.00	Weiterbildung			3 000.00			
310.00	Bürokosten, Verschiedenes	11 261.50		9 000.00		5 805.20	
311.00	Anschaffung von Mobilien			4 000.00			
316.00	Büromiete Anteil	73 250.50		78 000.00		73 237.60	
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	3 316.60		5 000.00		3 415.15	
318.00	Porti	21 689.40		29 000.00		24 810.80	
390.20	Verrechnung Telefongebühren	3 046.60		5 000.00		4 206.50	
390.30	Verrechnung Büromaterial	934.50		2 300.00		2 368.45	
390.40	Verrechnung Unfall- und Haftpflicht- versicherungsprämien	6 631.70		10 000.00		6 552.30	

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
436.00	Verwaltungskostenvergütung der Ausgleichsstelle		1 012 298.11		1 037 600.00		982 209.74
436.10	Erwerbsausfallentschädigungen		3 620.00		1 000.00		720.00
439.00	Leistungsbonus		136.94		400.00		351.56
490.00	Interne Verrechnung: CO2-Abgabe						
23850	Regionale Arbeitsvermittlungszentren	3 341 423.57	3 341 423.57	4 177 100.00	4 177 100.00	3 616 142.96	3 616 142.96
301.00	Gehälter und Sozialzulagen	2 428 335.35		2 993 900.00		2 677 326.15	
301.70	Aushilfen			5 000.00			
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	188 859.60		239 500.00		209 576.00	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	225 835.35		299 400.00		254 290.70	
309.00	Aus- und Weiterbildung	9 399.90		37 900.00		15 310.10	
310.00	Bürokosten, Verschiedenes	27 443.34		48 000.00		31 559.03	
311.00	Anschaffung von Mobilien	1 016.90		16 000.00			
311.10	Anschaffung von Maschinen und Geräten			3 000.00			
311.20	EDV-Hardware-Anschaffungen	10 442.90		15 000.00		6 250.00	
314.00	Innenausbau Büro	6 488.35		2 000.00		1 058.40	
316.00	Büromieten und Wartung	229 852.20		243 000.00		233 137.50	
316.10	Miete Hardware inkl. Wartung	38 538.43		40 000.00		38 487.83	
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	14 277.60		24 000.00		16 839.05	
318.00	Telefon und Porti, Mietleitungsgebühren	48 315.60		65 000.00		48 259.85	
318.10	EDV-Software-Anschaffung	25 306.80		83 000.00		37 139.15	
318.20	Aufträge an Dritte	54 296.00		15 000.00		12 058.00	
318.30	Sachversicherung	296.65		600.00		297.55	
390.20	Verrechnung Telefongebühren	489.80		1 000.00		622.80	
390.30	Verrechnung Büromaterial	11 284.30		13 300.00		10 283.95	
390.40	Verrechnung Unfall- und Haftpflichtversicherungsprämien	20 944.50		32 500.00		23 646.90	
436.00	Verwaltungskostenvergütung der Ausgleichsstelle		3 271 310.90		4 034 200.00		3 491 183.03
436.10	Erwerbsausfallentschädigungen		5 072.80		1 000.00		5 864.50
439.00	Verschiedene Einnahmen		64 387.47		140 000.00		117 427.40
490.00	Interne Verrechnung: CO2-Abgabe		652.40		1 900.00		1 668.03

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
23870	Mass und Gewicht	292 653.20	272 074.25	296 800.00	264 000.00	300 014.30	278 943.40
	Netto Aufwand		20 578.95		32 800.00		21 070.90
301.00	Gehalt und Sozialzulagen	200 562.65		200 500.00		202 400.15	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	15 585.75		16 000.00		15 825.95	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	19 648.20		20 000.00		19 648.20	
309.00	Weiterbildung			1 600.00			
310.00	Bürokosten, Drucksachen	1 165.30		1 300.00		642.40	
313.00	Autoanschaffungs- und Betriebskosten	7 795.80		10 000.00		10 488.55	
315.00	Unterhalt von Eichmaterial	11 137.90		11 200.00		11 742.15	
316.00	Miete von Eichmaterial	17 089.10		18 000.00		19 956.75	
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	8 167.80		7 200.00		8 220.95	
318.00	Telefongebühren	643.90		600.00		668.55	
318.10	Software-Anschaffungen inkl. Wartung	1 350.00		1 400.00		1 350.00	
350.00	Gebührenanteil des Bundes	9 506.80		9 000.00		9 070.65	
431.00	Eichgebühren		268 036.75		260 000.00		274 000.90
434.00	Rückvergütung von Personalkosten		4 037.50		4 000.00		4 942.50
2390	Amt für Landwirtschaft	86 362 028.93	78 234 741.25	86 535 000.00	77 792 900.00	85 940 847.75	77 644 013.10
	Netto Aufwand		8 127 287.68		8 742 100.00		8 296 834.65
23910	Verwaltung	3 951 299.67	3 951 299.67	4 069 000.00	4 069 000.00	3 930 357.00	3 930 357.00
301.00	Gehälter und Sozialzulagen	3 195 010.70		3 262 200.00		3 210 557.50	
301.70	Aushilfen			1 000.00			
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	248 803.50		261 000.00		250 765.65	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	304 304.40		326 200.00		304 770.55	
309.00	Weiterbildung	6 593.20		4 000.00		5 559.65	
310.00	Bürokosten, Verschiedenes	20 007.02		25 000.00		18 938.91	
311.00	Anschaffung von Mobilien und Maschinen			4 000.00		1 747.90	
315.00	EDV-Hardware Wartung			1 000.00			
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	106 864.25		110 000.00		114 499.90	
318.10	Kosten EDV-Programme	69 716.60		74 600.00		23 516.94	

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
23920	Agrarmassnahmen und Bodenrecht	79 021 819.50	77 468 901.60	78 818 000.00	77 123 000.00	78 370 171.45	76 890 687.75
	Netto Aufwand		1 552 917.90		1 695 000.00		1 479 483.70
318.00	Erhebung der landw. Nutzflächen			5 000.00			
318.10	Projektierungen und Gutachten	47 468.00		80 000.00		100 950.15	
331.00	Abschreibung auf Investitionsbeiträgen	6 000.00		6 000.00		8 000.00	
365.00	Sondermassnahmen, Innovationsförderung, Beiträge	1 798 419.65		1 847 000.00		1 624 657.35	
365.10	Kantonale Prämien	280 000.00		280 000.00		280 000.00	
375.00	Durchlaufende Direktzahlungen	76 889 931.85		76 600 000.00		76 356 563.95	
431.00	Gebühren Bodenrecht, Gewässerschutz, Direktzahlungen		570 513.20		515 000.00		525 240.65
435.00	Verschiedene Einnahmen		2 456.55		2 000.00		2 883.15
436.00	Rückvergütung Administrativleistungen		6 000.00		6 000.00		6 000.00
470.00	Durchlaufende Direktzahlungen		76 889 931.85		76 600 000.00		76 356 563.95
23940	Strukturverbesserungen	3 246 102.80	3 21 791.00	3 405 000.00	3 15 900.00	3 451 965.00	3 24 180.35
	Netto Aufwand		2 924 311.80		3 089 100.00		3 127 784.65
300.00	Kommissionen	1 432.75		2 300.00		1 329.50	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK			200.00			
310.00	Pläne und Verschiedenes	2 572.70		4 000.00		4 815.60	
318.00	Kosten für Projektierungen & Gutachten			4 000.00			
318.90	Mehrwertsteuer	13 618.80		13 400.00		14 248.40	
331.00	Abschreibung auf Investitionsbeiträgen	3 228 478.55		3 381 100.00		3 431 571.50	
431.00	Gebühren		97 765.40		95 000.00		89 251.50
436.00	Entschädigungen für Projektierung und Bauleitung		223 259.90		220 000.00		233 580.95
439.00	Verschiedene Einnahmen		765.70		900.00		1 347.90
23950	Beratung und Weiterbildung	142 806.96	444 048.65	243 000.00	354 000.00	188 354.30	429 145.00
	Netto Ertrag	301 241.69		111 000.00		240 790.70	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK		23.80				8 018.35
309.00	Weiterbildung	5 745.00		10 000.00			
310.00	Bürokosten, Verschiedenes	20 857.22		25 000.00		24 935.10	
318.00	Porti, Telefon	5 804.00		6 000.00		5 221.10	
319.00	Verschiedenes	267.60		1 000.00		680.05	

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
319.10	Kosten des Pflanzenschutzdienstes und der Schädlingsbekämpfung	49 771.69		120 000.00		80 135.35	
319.20	Bio- und Ökologieberatung	24 443.10		38 000.00		32 464.90	
351.00	Beiträge an Projekte im Obst- und Weinbau	2 796.20		4 000.00		2 160.00	
351.10	Kurswesen	11 098.35		16 000.00		12 739.45	
351.20	Milchwirtschaftliche Beratung	22 000.00		22 000.00		22 000.00	
375.00	Durchlaufende Bundesbeiträge			1 000.00			
433.00	Kursgelder für Weiterbildungskurse		29 196.20		25 000.00		27 387.90
434.00	Erlös aus Beratungsleistungen		90 532.10		75 000.00		77 339.30
439.00	Verschiedene Einnahmen		23 539.65		5 000.00		22 834.05
460.00	Bundesbeiträge		39 011.50		40 000.00		88 751.75
470.00	Durchlaufende Bundesbeiträge				1 000.00		
490.00	Verrechnung: Lehtätigkeit der Berater am BBZP		261 769.20		208 000.00		212 832.00

Bildungsdepartement

37

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
24	Bildungsdepartement	223 198 049.67	50 132 118.66	224 687 600.00	49 859 100.00	217 911 767.11	38 240 749.77
	Netto Aufwand		173 065 931.01		174 828 500.00		179 671 017.34
2400	Departementssekretariat	740 010.35	24 513.00	757 500.00	30 000.00	761 492.88	24 356.00
	Netto Aufwand		715 497.35		727 500.00		737 136.88
24010	Verwaltung	361 362.35	361 362.35	365 700.00	365 700.00	351 036.08	351 036.08
301.00	Gehälter und Sozialzulagen	278 798.45		278 500.00		275 803.90	
301.70	Aushilfen			1 000.00			
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	21 564.40		22 300.00		21 334.35	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	29 196.60		27 900.00		28 858.20	
309.00	Weiterbildung	8 900.00		10 000.00		1 983.50	
310.00	Bürokosten, Drucksachen, Verschiedenes	5 351.90		6 000.00		6 999.03	
311.00	Anschaffung von Mobilien und Maschinen	1 892.80		1 000.00		302.30	
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	5 113.30		4 000.00		4 814.50	
317.10	Ehrenkosten	10 544.90		10 000.00		10 940.30	
318.10	EDV-Software-Anschaffungen und Unterhalt			5 000.00			
	Projektbegleitung						
24030	Erziehungsbehörden	15 644.85	15 644.85	16 200.00	16 200.00	14 792.40	14 792.40
	Netto Aufwand						
300.00	Kosten der Erziehungskommissionen	15 533.80		16 000.00		14 721.00	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	111.05		200.00		71.40	
24060	Beiträge	312 894.00	312 894.00	315 600.00	315 600.00	343 710.00	343 710.00
	Netto Aufwand						
361.00	Bildungsdirektorenkonferenz Zentral-schweiz BKZ	150 240.00		145 000.00		168 679.00	
361.10	Erziehungsdirektorenkonferenz	158 654.00		166 600.00		169 531.00	
361.40	Ostschweizer Erziehungsdirektorenkonferenz	4 000.00		4 000.00		5 500.00	

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
24070	Dienstleistungen						
	Netto Aufwand						
310.10	Schulblatt, Formulare, Verschiedenes	50 109.15	24 513.00	60 000.00	30 000.00	51 954.40	24 356.00
435.10	Abonnemente und Inserate "Schule und Bildung"	50 109.15	25 596.15	60 000.00	30 000.00	51 954.40	27 598.40
			24 513.00		30 000.00		24 356.00
2410	Volksschulen und Sport						
	Netto Aufwand						
		84 457 169.76	24 853 230.80	85 781 800.00	27 070 800.00	80 562 952.12	13 638 903.60
			59 603 938.96		58 711 000.00		66 924 048.52
24100	Verwaltung						
	Netto Aufwand						
300.00	Kommissionen	8 358 000.06	143 888.05	8 588 800.00	172 500.00	8 239 481.55	131 405.50
301.00	Gehälter und Sozialzulagen		8 214 112.01		8 416 300.00		8 108 076.05
301.74	Aushilfen	98 580.75		97 000.00		79 905.30	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	6 580 941.20		6 578 700.00		6 491 102.25	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	12 179.05		24 000.00		12 474.25	
309.00	Fortbildung, Supervision	519 530.85		526 300.00		513 199.75	
310.00	Bürokosten, Drucksachen, Verschiedenes	651 262.70		657 900.00		638 277.85	
311.00	Anschaffung von Mobilien und Maschinen	43 457.05		46 200.00		38 940.40	
311.10	EDV-Hardware-Anschaffungen	86 815.61		160 000.00		134 004.70	
315.00	EDV-Hardware-Wartung	10 790.95		13 100.00		10 554.45	
316.00	Büromieten	589.95		13 100.00		3 332.80	
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	1 942.85		2 000.00		1 600.00	
317.10	Ehrenkosten	1 200.00		1 200.00		1 600.00	
318.00	EDV-Software-Anschaffungen inkl. Wartung	122 029.75		140 000.00		129 448.75	
318.20	Telefongebühren	3 031.30		4 000.00		3 705.70	
319.00	Konferenzen, Referenten, Tagungen, Kurse	126 023.40		208 000.00		89 175.90	
319.10	Gebühren Urheberrechte	13 124.85		15 300.00		13 017.55	
434.10	Verschiedene Einnahmen	20 889.00		32 000.00		14 953.20	
435.00	Verkauf Lehrmittel, Broschüren usw.	65 610.80		70 000.00		65 788.70	
436.00	Rückstattung Urheberrechtsgebühren durch Schulträger		14 556.40		5 000.00		5 476.75
			17 185.85		32 000.00		32 389.80
452.00	Bezirks- und Gemeindebeiträge an Schuldatenverwaltung		65 205.05		70 000.00		65 359.50
			46 940.75		65 500.00		28 179.45

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
24110	Reformprojekte	882 290.65	174 990.40	943 500.00	211 200.00	970 013.10	214 373.90
	Netto Aufwand		707 300.25		732 300.00		755 639.20
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	7 101.35		3 000.00		4 378.85	
308.10	Schulentwicklung	24 661.10		30 000.00		27 222.20	
308.20	Projekte im Kanton Schwyz	766 653.00		817 000.00		826 034.40	
308.30	Lehrerstellvertretungen in Reformprojekten	11 967.20		20 000.00		11 566.65	
361.00	Projekte mit anderen Kantonen	71 908.00		73 500.00		100 811.00	
452.00	Bezirks- und Gemeindebeiträge an Projektkosten		174 990.40		211 200.00		214 373.90
24120	Schülerpauschalen	29 836 000.00	29 836 000.00	29 836 000.00	29 836 000.00	29 479 500.00	29 479 500.00
362.00	Beiträge Schülerpauschale Kindergarten / Primarstufe	19 264 300.00		19 264 300.00		18 923 800.00	
362.10	Beiträge Schülerpauschale Sekundarstufe I	10 571 700.00		10 571 700.00		10 555 700.00	
24130	Lehrerweiterbildung und Beratung	445 519.85	445 519.85	1 000 000.00	1 000 000.00	773 073.83	773 073.83
	Netto Aufwand						
318.00	Intensiv-Weiterbildung	40 085.15		100 000.00		52 941.50	
363.00	Beiträge an PHZ, Schwyz	405 434.70		900 000.00		720 132.33	
24145	Beiträge an Schulanlagen	1 615 809.00	1 615 809.00	1 741 600.00	1 741 600.00	1 859 003.00	1 859 003.00
	Netto Aufwand						
331.00	Abschreibung Investitionsbeiträge	1 615 809.00		1 741 600.00		1 859 003.00	
24170	Schulpsychologischer Beratungsdienst	7 184.65	7 184.65	12 000.00	12 000.00	9 255.10	9 255.10
	Netto Aufwand						
318.00	Entschädigungen an Dritte	7 184.65		12 000.00		9 255.10	

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
24175	Logopädischer Dienst	94 005.50	94 005.50	134 000.00	134 000.00	164 647.30	164 647.30
	Netto Aufwand						
318.00	Entschädigung an Dritte	26 716.65		58 000.00		38 326.30	
365.00	Beiträge an Ambulatorium Steinen	67 288.85		76 000.00		126 321.00	
24177	Beiträge Sonderschulung	30 464 252.50	16 313 846.00	30 187 900.00	19 620 000.00	26 001 230.77	9 065 254.95
	Netto Aufwand						
365.00	Beiträge an Sonderschulheime	22 937 779.60		23 800 000.00		22 500 680.52	
390.00	Verrechnung: Beiträge an die Heilpädagogischen Zentren	7 526 472.90		6 387 900.00		3 500 550.25	
434.00	Verschiedene Einnahmen		369 635.25		500 000.00		435 517.70
452.00	Bezirks- und Gemeindebeiträge		15 944 210.75		19 120 000.00		8 629 737.25
24180	Heilpädagogisches Zentrum Innerschwyz	5 179 564.24	3 405 726.35	5 743 900.00	3 122 100.00	5 510 459.51	1 742 983.55
	Netto Aufwand						
301.00	Gehälter an das Dienstpersonal	230 892.15		230 000.00		225 276.65	
302.00	Gehälter an das Lehrpersonal	2 415 729.10		2 690 600.00		2 614 562.25	
302.20	Gehälter integrierte Sonderschulung	1 343 202.95		1 464 600.00		1 417 972.00	
302.60	Aushilfen Lehrpersonal	23 555.85		25 400.00		23 433.40	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	314 906.40		352 800.00		335 583.65	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	369 038.25		438 600.00		394 021.20	
309.00	Weiterbildungskosten	28 240.60		40 700.00		23 735.75	
310.00	Lehrmittel und Unterrichtsmaterial	34 620.88		40 000.00		35 358.15	
310.10	Bürokosten, Drucksachen, Inserate	9 552.25		14 000.00		4 177.25	
311.00	Möbiliar- und Geräteschaffungen	13 228.11		14 600.00		14 671.51	
311.10	EDV-Hardware-Anschaffungen inkl. Wartung	38 203.20		42 000.00		43 017.85	
312.00	Heizung, Beleuchtung, Wasser und Wartung	29 969.85		30 000.00		28 428.00	
313.20	Schüler- und Betreuerinnenverpflegung	66 199.50		73 500.00		71 181.55	
313.30	Küchen- und Ess-Saalmaterial	1 645.40		2 000.00		1 203.15	
314.00	Gebäudeunterhalt	23 162.15		18 500.00		16 269.80	
315.00	Unterhalt des Mobiliars und der Geräte	5 350.50		9 000.00		6 880.30	
317.00	Ehren- und Repräsentationsspesen	2 285.20		3 000.00		1 457.25	
317.10	Reise- und Spesenentschädigungen	8 319.80		10 500.00		5 272.40	
318.00	Telefonkosten, Porti, EDV-Internet	5 308.50		7 000.00		3 999.05	
318.15	Schülertransporte	188 887.25		188 000.00		196 330.05	

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
318.30	Schulärztlicher Untersuchung und Zahnprophylaxe	165.00		500.00			
318.50	Software-Anschaffungen	7 394.60		12 000.00		4 660.95	
318.70	Fachberatung und Vergütungen IS	9 036.75		25 000.00		22 486.05	
319.00	Schullager, Exkursionen	6 055.10		6 400.00		16 489.30	
319.10	Verschiedener Aufwand	4 614.90		5 200.00		3 992.00	
432.00	Beiträge an Verpflegung		67 560.30		73 700.00		76 915.00
436.70	Beiträge an Therapeutische Massnahmen		133 705.30		130 000.00		134 299.60
439.00	Verschiedene Einnahmen		2 281.50		500.00		11 728.95
490.00	Verrechnung: Bezirks- und Gemeindebeiträge (Konto 24.177.390.00)		3 202 179.25		2 917 900.00		1 520 040.00
24190	Heilpädagogisches Zentrum Auszerschwyz	7 311 399.06	4 615 448.95	7 295 600.00	3 774 000.00	7 250 951.59	2 290 013.05
	Netto Aufwand		2 695 950.11		3 521 600.00		4 960 938.54
301.00	Gehälter an das Dienstpersonal	214 120.25		210 500.00		227 726.30	
302.00	Gehälter an das Lehrpersonal	3 886 562.60		3 821 600.00		3 838 176.50	
302.20	Gehälter integrierte Sonderschulung	1 304 035.45		1 376 400.00		1 324 460.35	
302.60	Aushilfen Lehrpersonal	26 432.55		15 000.00		34 682.75	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	426 696.15		433 800.00		423 441.40	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	516 946.55		540 800.00		506 525.75	
309.00	Weiterbildungskosten	36 290.85		30 000.00		23 587.50	
310.00	Lehrmittel und Unterrichtsmaterial	34 254.80		40 000.00		39 002.04	
310.10	Bürokosten, Drucksachen, Inserate	14 051.51		20 000.00		14 812.95	
311.00	Möbiliar- und Geräteaanschaffungen	16 987.50		15 000.00		18 717.65	
311.10	EDV-Hardware-Anschaffungen inkl. Wartung	71 346.65		70 000.00		75 714.85	
312.00	Heizung, Beleuchtung, Wasser und Wartung	30 610.85		32 000.00		28 316.50	
313.20	Schüler- und Betreuerinnenverpflegung	120 366.90		129 000.00		119 021.90	
313.30	Küchen- und Ess-Saalmaterial	3 136.35		3 000.00		1 893.05	
314.00	Gebäudeunterhalt	22 757.10		30 000.00		21 722.30	
315.00	Unterhalt des Mobiliars und der Geräte	3 202.10		3 500.00		1 649.00	
317.00	Ehren- und Repräsentationsspesen	7 202.70		8 000.00		4 869.65	
317.10	Reise- und Spesenentschädigungen	6 815.25		8 000.00		7 595.55	
318.00	Telefon, Porti, EDV-Internet	9 495.60		10 000.00		10 020.50	
318.15	Schülertransporte	521 671.55		443 000.00		483 792.65	
318.30	Schulärztlicher Untersuchung und Zahnprophylaxe	1 200.00		1 000.00		1 180.00	
318.50	Software-Anschaffungen	5 856.15		15 000.00		6 432.05	

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
318.70	Fachberatung und Vergütungen IS	18 270.15		25 000.00		27 720.15	
319.00	Schullager, Exkursionen	7 312.70		12 000.00		6 467.05	
319.10	Verschiedener Aufwand	5 776.80		3 000.00		3 423.20	
432.00	Beiträge an die Verpflegung		114 019.50		119 000.00		111 360.00
436.00	Rückerstattungen		216.00				12 249.60
436.70	Beiträge an Therapeutische Massnahmen		175 082.95		185 000.00		185 893.20
439.00	Verschiedene Einnahmen		1 836.85				
490.00	Verrechnung: Bezirks- und Gemeindebeiträge (Konto 24.177.390.00)		4 324 293.65		3 470 000.00		1 980 510.25
24195	Sport	263 144.25	199 331.05	298 500.00	171 000.00	305 336.37	194 872.65
	Netto Aufwand		63 813.20		127 500.00		110 463.72
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	3 097.55		2 500.00		3 420.90	
318.00	Kosten Jugend und Sport	212 982.05		240 000.00		250 236.37	
318.10	Kosten Schulsport	11 075.90		20 000.00		12 451.50	
365.00	Organisationskosten Jugend- und Sportanlässe	18 033.15		18 000.00		24 215.85	
365.10	Beiträge an Sport-, Bewegungs- und Gesundheitsförderung für Jedermann	17 955.60		18 000.00		15 011.75	
436.00	Einnahmen Lager		40 230.00		40 000.00		39 520.00
436.10	Einnahmen Sport		79 173.05		71 000.00		84 108.15
460.00	Bundesbeitrag an Jugend und Sport		79 928.00		60 000.00		71 244.50
2430	Mittel- und Hochschulen	76 283 874.58	5 348 588.56	76 522 300.00	4 046 800.00	76 560 841.52	4 132 645.92
	Netto Aufwand		70 935 286.02		72 475 500.00		72 428 195.60
24300	Verwaltung	515 401.05	3 819.40	532 700.00	3 700.00	486 459.20	3 912.00
	Netto Aufwand		511 581.65		529 000.00		482 547.20
301.00	Gehälter und Sozialzulagen	364 610.95		378 500.00		359 463.80	
301.70	Angestellte, Aushilfen			500.00		1 531.90	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	28 345.75		30 300.00		27 887.25	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	30 071.40		37 900.00		29 387.15	
309.00	Weiterbildung	9 805.80		1 000.00		160.00	
310.00	Bürokosten, Drucksachen, Verschiedenes	1 386.80		2 000.00		2 860.80	
311.00	EDV-Hardware-Anschaffungen			500.00			
311.10	Anschaffung von Mobilien und Maschinen			500.00			

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	5 381.85		5 000.00		6 215.10	
318.00	EDV-Software-Anschaffungen	9 396.00		10 000.00		3 477.60	
318.30	Projekte	2 602.50		6 500.00		55 475.60	
318.40	Externe Evaluationen	63 800.00		60 000.00			
431.00	Gebühren		3 819.40		3 700.00		3 912.00
24320	Prüfungen	119 410.40	60 340.00	124 000.00	60 500.00	125 824.10	62 160.00
	Netto Aufwand		59 070.40		63 500.00		63 664.10
300.00	Kosten Prüfungskommissionen	110 350.35		112 700.00		116 012.85	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	2 621.70		5 000.00		3 115.45	
310.00	Publikationen, Druckkosten, Bücherpreise	6 438.35		6 300.00		6 695.80	
431.00	Prüfungsgebühren		60 340.00		60 500.00		62 160.00
24330	Beiträge an Mittelschulen	12 800 703.25	12 800 703.25	12 881 900.00	12 881 900.00	12 656 584.25	12 656 584.25
361.10	Beiträge an ausserkantonale Schulen der Sekundarstufe II	506 045.50		368 800.00		421 275.00	
365.00	Kantonsbeiträge an private Mittelschulen	12 294 657.75		12 513 100.00		12 235 309.25	
24340	Kantonsschule Kollegium Schwyz	10 120 382.78	1 852 763.03	10 241 700.00	1 880 000.00	10 313 471.27	1 914 001.62
	Netto Aufwand		8 267 619.75		8 361 700.00		8 399 469.65
301.00	Gehälter & Sozialzulagen Dienstpersional	1 736 448.00		1 737 000.00		1 727 607.55	
301.70	Temporäres Dienstpersional	10 661.70		13 000.00		11 291.05	
302.00	Gehälter und Sozialzulagen Lehrpersonal	5 566 012.15		5 532 400.00		5 598 270.60	
302.70	Temporäres Lehrpersonal	43 831.50		45 000.00		67 675.20	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	570 224.00		586 200.00		576 580.25	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	701 142.35		726 900.00		706 069.85	
309.00	Weiterbildung Lehrpersonal, Kurskosten	32 612.05		40 500.00		39 823.40	
310.05	Anschaffung von Lehrmitteln	51 308.20		52 800.00		54 831.87	
310.10	Bibliothek	19 906.32		20 000.00		19 936.64	
310.25	Bürokosten, Jahresberichte, Drucksachen, Insertionen, Werbung	32 393.44		35 000.00		35 015.76	
310.35	Schulmaterialien Einkauf	290 660.76		258 500.00		277 941.61	
311.05	Anschaffung Mobilien Schule + Verwaltung	124 710.35		160 000.00		176 504.63	
311.30	EDV-Hardware-Anschaffungen	29 970.30		35 000.00		52 895.74	
311.40	Anschaffungen Telefonie	120.00		1 400.00		575.10	

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
312.05	Heizung, Strom, Wasser, Betriebsschutz, Entsorgung	182 917.39		215 100.00		207 610.35	
313.00	Material und Geräte für den Haushalt	7 416.95		5 000.00		5 891.89	
313.10	Lebensmittel, Getränke	311 955.01		330 000.00		321 827.15	
313.25	Putzmaterial, Wasch- und Abwaschmittel	20 216.19		23 500.00		20 802.65	
313.35	Mensa- und Kioskartikel Einkauf	72 479.35		73 000.00		61 933.95	
314.05	Unterhalt der Gebäude	76 012.85		69 000.00		72 279.21	
315.05	Unterhalt Mobilien Schule + Verwaltung	42 821.70		48 000.00		52 506.82	
315.40	Unterhalt EDV-Anlagen	16 400.09		22 000.00		21 882.10	
315.50	Unterhalt Parkplatz	1 815.50		2 900.00		616.10	
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	15 892.65		16 000.00		15 051.05	
	Schule, Verwaltung						
317.10	Ehren- und Repräsentationskosten	9 158.80		9 000.00		8 717.90	
318.05	Porti, Telefon, Postcheck-, Bankgebühren	10 665.35		20 600.00		11 867.45	
318.30	EDV-Internet	2 901.15		7 400.00		6 562.10	
318.40	Gutachten, Expertisen			1 000.00			
318.50	EDV-Software-Anschaffungen	27 694.45		29 500.00		30 830.01	
318.70	EDV-Support	29 842.85		40 000.00		44 595.90	
318.90	Mehrwertsteuer	31 604.00		32 000.00		31 743.10	
319.05	Studienwochen, Exkursionen, Schulanlässe	26 493.26		32 500.00		33 270.79	
319.25	Verschiedener Sachaufwand	14 244.92		13 500.00		12 430.80	
319.30	Verschiedener Verwaltungsaufwand	9 849.20		8 000.00		8 032.70	
420.00	Kapitalerträge		234.25		200.00		353.05
423.10	Liegenschaftserträge (Finanzvermögen)		14 160.00		15 000.00		14 160.00
427.10	Liegenschaftserträge (Verwaltungsvermögen)		31 174.70		34 500.00		32 990.30
432.10	Mahlzeitenverkäufe		570 756.35		612 000.00		614 202.40
433.10	Schulgelder		276 690.00		291 200.00		293 197.00
434.00	Parkplatzgebühren		71 079.25		71 000.00		54 296.85
435.05	Verkauf Schulinaterialien		317 281.78		286 000.00		331 043.57
435.15	Verkauf Kiosk und Mensa		159 251.95		137 000.00		136 331.55
436.05	Rückvergütung für sachliche Leistungen				1 000.00		800.20
439.10	Verschiedene Einnahmen		3 616.05		5 000.00		3 077.65

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
490.00	Verrechnung: Unterhalt und Reinigung Verwaltungsräume und Staatsarchiv (28.330.390.00)		265 242.10		284 000.00		280 771.40
490.10	Verrechnung: Betriebskosten Turnhalle, Unterhalt und Reinigung Schulhaus Kaufmännische Berufsschule Schwyz (24.438.390.10)		129 854.85		118 000.00		118 928.95
490.20	Verrechnung: Leihpersonen		13 421.75		25 100.00		33 848.70
24360	Kantonsschule Auserschwyz	12 936 497.92	2 192 191.00	13 310 300.00	2 102 600.00	13 295 416.00	2 152 572.30
	Netto Aufwand		10 744 306.92		11 207 700.00		11 142 843.70
301.00	Gehälter & Sozialzulagen Dienstpersonal	1 305 041.65		1 326 300.00		1 330 732.45	
301.70	Temporäres Dienstpersonal	9 744.90		10 000.00			
302.00	Gehälter und Sozialzulagen Lehrpersonal	8 035 266.90		8 359 200.00		8 304 177.70	
302.70	Temporäres Lehrpersonal	55 660.65		100 000.00		115 764.10	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	734 108.00		783 600.00		760 780.50	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	902 644.80		968 500.00		933 058.35	
309.00	Weiterbildung Leihpersonal, Kurskosten	57 455.50		52 000.00		33 718.00	
310.10	Bibliothek	24 726.22		25 000.00		25 019.92	
310.20	Büro- und Buchbinderkosten, Drucksachen, Insertionen	42 810.83		41 000.00		39 958.34	
310.30	Schulmaterialien Einkauf	188 387.08		190 000.00		196 777.49	
310.50	Anschaffung von Lehrmitteln	69 189.31		69 400.00		78 868.58	
311.00	Anschaffung Mobilien Schule, Verwaltung und Mensa	149 416.36		130 000.00		160 862.91	
311.20	EDV-Hardware-Anschaffungen	41 710.90		40 000.00		25 288.24	
312.00	Heizung, Strom, Wasser, Betriebsschutz, Entsorgung	233 715.95		220 000.00		236 858.60	
313.00	Reinigungsmaterial	54 155.97		40 000.00		48 612.20	
314.00	Gebäudeunterhalt	232 057.44		200 000.00		222 944.57	
315.00	Unterhalt Mobilien Schule, Verwaltung und Mensa	181 228.27		130 000.00		242 408.56	
315.20	Unterhalt EDV-Anlagen	47 166.80		50 000.00		10 509.55	
315.30	Unterhalt Parkplatz			1 000.00			
316.00	Benützunggebühren für auswärtige Schwimm- und Sportanlagen	5 282.50		6 000.00		5 859.50	
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	60 547.68		50 000.00		69 052.00	

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
317.10	Ehren- und Repräsentationskosten	11 289.75		10 000.00		17 185.25	
318.00	Porti, Telefon, Postcheck-, Bankgebühren	17 674.65		15 000.00		16 895.50	
318.30	EDV-Software-Anschaffungen inkl. Wartung	49 626.71		64 900.00		50 219.45	
318.40	EDV-Internet	4 520.80		10 000.00		7 316.30	
318.50	Schulbusbetrieb	47 538.75		50 000.00		40 176.85	
318.60	Schulrechenzentrum	188 316.00		198 400.00		172 251.00	
318.70	Entschädigung an Dritte	3 350.45		5 000.00		11 707.50	
318.90	Mehrwertsteuer	2 342.85		3 000.00		2 249.55	
319.00	Studienwochen, Exkursionen, Schulianlässe	81 561.10		76 000.00		74 022.20	
319.10	Exkursionen, Sport, Vorträge und Unterhaltung	90 374.50		80 000.00		56 189.50	
319.20	Verschiedener Sachaufwand	8 701.60		5 000.00		5 074.34	
319.30	Verschiedener Verwaltungsaufwand	883.05		1 000.00		877.00	
420.00	Kapitalerträge		379.15		300.00		386.75
427.00	Mietzinseinnahmen		10 472.50		15 000.00		12 825.00
427.90	Mietzinseinnahmen Turnhallen		10 980.00		12 000.00		10 240.00
431.00	Gebühren Maturitätsprüfungen		6 060.00		6 300.00		8 100.00
433.00	Schulgelder		403 488.00		390 000.00		401 998.35
434.00	Parkplatzgebühren		32 411.60		30 000.00		29 503.70
435.00	Erlös aus Verkauf von Schulmaterialien		188 383.30		190 000.00		198 013.35
436.30	Rückvergütung der Gemeinde Freienbach an den Unterhalt der Turnhallen		58 766.80		60 000.00		59 887.85
436.40	Rückvergütung der Kantonalen Berufsschule an den Unterhalt der Turnhallen		63 119.90		64 000.00		64 324.00
439.00	Erträge Schulianlässe		90 368.80		80 000.00		56 195.75
439.10	Verschiedene Einnahmen		13 140.30		10 000.00		13 267.60
451.00	Kantonsbeitrag für Schüler aus anderen Kantonen		366 100.00		305 000.00		310 800.00
490.00	Verrechnung: Leihpersonen		948 520.65		940 000.00		987 029.95
24380	Pädagogische Hochschule Schwyz	3 567 000.00	3 567 000.00	3 337 500.00	3 337 500.00		
	Netto Aufwand						
363.00	Beiträge an die Pädagogische Hochschule Schwyz	3 567 000.00		3 337 500.00			

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
24385	Beiträge an Hochschulen	30 023 632.20	30 023 632.20	30 180 900.00		29 297 830.95	29 297 830.95
	Netto Aufwand						
331.00	Abschreibung Investitionsbeiträge Fachhochschulen	37 000.00		36 200.00		48 000.00	
351.00	Fachhochschulen	8 502 173.70		8 502 000.00		6 545 757.80	
351.10	Fachhochschule Zentralschweiz, Konkordatsbeitrag	4 608 583.50		4 800 000.00		5 871 843.65	
351.20	Hochschule Rapperswil, Betriebskostenbeitrag	2 826 429.00		3 016 800.00		2 900 223.00	
351.40	Hochschule für Heilpädagogik, Zürich	659 476.00		659 500.00		667 104.00	
361.00	Universitätskantone	13 389 970.00		13 166 400.00		13 264 902.50	
24390	Pädagogische Hochschule Zentralschweiz	6 200 846.98	1 239 475.13	5 913 300.00	5 913 300.00	10 385 255.75	10 385 255.75
	Netto Aufwand		4 961 371.85				
318.00	Auflösungskosten des PHZ-Konkordats	85 752.00		76 000.00		159 469.00	
351.00	Entschädigung Konkordatsrat und Direktion	38 997.00		39 000.00		41 202.00	
361.00	Konkordatsbeiträge	5 638 573.00		5 088 300.00		9 120 969.00	
363.00	Ergänzungspauschalen an PHZ Schwyz	437 524.98		710 000.00		1 063 615.75	
463.00	Rückstellungen Ergänzungspauschalen PHZ Schwyz		1 239 475.13				
2440	Berufsbildung	52 971 926.64	19 766 564.00	52 778 400.00	18 588 500.00	51 319 260.64	20 297 646.60
	Netto Aufwand		33 205 362.64		34 189 900.00		31 021 614.04
24400	Verwaltung	1 732 790.40	1 790.00	1 776 200.00	1 000.00	1 712 228.20	1 530.00
	Netto Aufwand		1 731 000.40		1 775 200.00		1 710 698.20
301.00	Gehälter und Sozialzulagen	1 401 302.00		1 423 900.00		1 378 455.80	
301.70	Aushilfen	740.00		1 000.00			
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	110 060.50		113 900.00		108 324.75	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	138 658.30		142 400.00		131 317.65	
309.00	Schulung und Weiterbildung	5 290.00		3 000.00		1 290.00	
310.00	Bürokosten und Verschiedenes	24 450.75		25 000.00		29 762.95	
311.00	Anschaffung von Mobilien und Maschinen			2 000.00		3 446.40	

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
311.10	EDV-Hardware-Anschaffungen			2 000.00		303.95	
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	26 905.35		30 000.00		26 751.20	
318.00	EDV-Software-Anschaffungen inkl. Wartung	25 383.50		33 000.00		32 575.50	
439.00	Verschiedene Einnahmen		1 790.00		1 000.00		1 530.00
24430	Kantonsinterne Schulen und Angebote	1 031 386.90	10 951 065.00	1 186 300.00	10 400 000.00	779 336.05	11 030 231.00
	Netto Ertrag	9 919 678.10		9 213 700.00		10 250 894.95	
300.00	Kommission Berufsfachschulen	1 647.20		4 000.00		4 052.60	
302.80	Kurse für Berufsbildner	140 975.40		143 000.00		143 344.30	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	920.45		500.00		1 188.80	
308.00	Betreuungs- und besondere Massnahmen	32 404.00		120 000.00		31 074.90	
317.00	Betriebsbesuche, Entschädigung an Experten	15 599.95		12 000.00		14 869.10	
319.00	Projekte	2 783.90		22 000.00		1 264.00	
365.00	Beiträge an höhere Berufsbildung und Weiterbildung	115 700.00		144 800.00		100 730.00	
365.10	Beiträge an Lehrwerkstätten	154 600.00		155 000.00		161 200.00	
365.20	Beiträge an überbetriebliche Kurse	566 756.00		585 000.00		321 612.35	
460.00	Bundesbeitrag		10 752 770.00		10 200 000.00		10 815 882.00
460.10	Bundesbeitrag an Projekte		50 310.00		50 000.00		64 349.00
469.00	Einnahmen aus Kursen für Berufsbildner		147 985.00		150 000.00		150 000.00
24432	Berufsbildungszentrum Goldau	8 347 952.51	3 220 036.00	8 445 500.00	3 110 800.00	8 078 455.15	3 235 645.80
	Netto Aufwand	5 127 916.51		5 334 700.00		4 842 809.35	
301.00	Gehälter & Sozialzulagen Dienstpersonal	600 936.00		610 300.00		591 785.20	
301.70	Temporäres Dienstpersonal			5 000.00			
302.00	Gehälter und Sozialzulagen Lehrpersonal	5 423 372.65		5 369 600.00		5 215 827.75	
302.70	Temporäres Lehrpersonal	11 834.90		45 000.00		17 038.60	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	473 718.55		482 900.00		457 760.30	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	584 228.40		598 000.00		565 694.30	
309.00	Weiterbildungskurse, Kurskosten, Schulentwicklung	67 697.80		64 500.00		43 836.30	
309.10	Übriger Personalaufwand	5 315.30		6 000.00		6 131.00	
310.00	Bürokosten, Drucksachen, Insertionen	22 849.40		26 000.00		19 126.30	
310.15	Anschaffung von Lehrmitteln und Verbrauchsmaterialien	196 450.28		232 100.00		250 255.46	
310.20	Bibliothek, Fachzeitschriften	9 356.15		9 300.00		9 301.75	

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
310.30	Lehrmittel und Verbrauchsmaterialien für Dritte	32 161.20		34 000.00		34 506.15	
311.05	Anschaffungen von Schul-, Büro- und Werkstattmobilen, Maschinen und Geräten	89 239.55		94 000.00		66 212.05	
311.10	EDV-Hardware-Anschaffungen	136 963.55		140 000.00		94 825.00	
311.20	Anschaffungen Telefonie	1 134.00		2 000.00		447.00	
312.00	Heizung	7 151.85		2 800.00		4 408.25	
312.10	Licht, Kraft, Wasser	88 177.30		89 000.00		82 493.05	
313.00	Reinigungsmaterial	23 256.90		23 000.00		22 745.00	
314.10	Gebäudeunterhalt	99 236.28		90 500.00		83 555.59	
315.00	Unterhalt Mobilen und Fahrzeuge	15 071.40		7 500.00		9 860.79	
315.10	Parkplatzbewirtschaftung	3 730.25		4 000.00		2 875.10	
315.30	Unterhalt EDV-Anlagen	19 295.00		30 000.00		33 822.15	
316.00	Benützungsgebühren, Mieten			9 000.00		6 850.00	
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	20 215.25		25 000.00		19 672.45	
317.10	Ehren- und Repräsentationskosten	4 609.60		6 500.00		6 293.70	
318.00	Porti, Telefon, Bankgebühren	10 349.75		15 000.00		16 897.40	
318.10	Unfall-, Krankenversicherung Zusatz	16 858.55		13 000.00		18 559.90	
318.30	EDV-Software-Anschaffungen und Internet	294 490.45		275 800.00		269 904.76	
318.40	Dienstleistungen von Dritten	18 570.95		32 400.00		72 033.20	
318.90	Mehrwertsteuer	5 993.10		3 500.00		4 497.65	
319.00	Verschiedener Sachaufwand	6 753.05		6 300.00		4 667.05	
319.10	Exkursions-, Lager- und Projektbeiträge	10 991.25		21 100.00		11 739.95	
390.20	Verrechnung: Leihpersonen von kantonalen Schulen / Ämtern	47 943.85		72 400.00		34 832.00	
420.00	Kapitalerträge		34.95		100.00		48.60
427.00	Mieteinnahmen		18 574.80		18 500.00		18 574.80
433.05	Schulgelder		2 542 508.40		2 450 000.00		2 592 472.35
434.00	Parkplatzgebühren		132 546.00		120 000.00		116 696.15
435.10	Erlös aus Schulmaterialverkauf		171 998.40		179 700.00		177 701.05
436.10	Rückerstattung Drittbenuzter		199 213.65		191 200.00		150 633.20
436.20	Dienstleistungen an Dritte		94 108.65		80 000.00		83 769.55
439.00	Verschiedene Einnahmen		21 581.30		22 000.00		56 471.40
439.10	Erträge Schulanlässe		8 678.40		18 400.00		9 026.00
490.00	Verrechnung: Leihpersonen		30 791.45		30 900.00		30 252.70

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
24437	Berufsbildungszentrum Pfäffikon	9 982 353.46	3 197 569.70	9 850 100.00	2 917 200.00	9 430 033.64	3 780 656.05
	Netto Aufwand		6 784 783.76		6 932 900.00		5 649 377.59
301.00	Gehälter & Sozialzulagen Dienstpersonal	782 041.00		789 200.00		784 651.40	
301.70	Temporäres Dienstpersonal	13 461.70		1 600.00		840.00	
302.00	Gehälter und Sozialzulagen Lehrpersonal	5 034 091.90		4 735 400.00		4 604 836.85	
302.70	Temporäres Lehrpersonal	64 554.90		66 500.00		42 472.30	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	453 460.90		460 300.00		423 538.50	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	515 611.70		552 400.00		492 860.30	
308.00	Entschädigungen für Personal im Auftragsverhältnis	151 313.45		153 300.00		146 713.36	
309.00	Weiterbildungskurse, Kurskosten, Schulentwicklung	36 099.80		41 700.00		43 332.65	
309.10	Übriger Personalaufwand	8 671.20		8 600.00		17 925.25	
310.00	Bürokosten, Drucksachen, Insertionen	91 756.59		70 000.00		60 808.55	
310.10	Anschaffung von Lehrmitteln und Verbrauchsmaterialien	156 763.35		119 700.00		145 023.77	
310.20	Bibliothek, Abbonemente	13 994.25		14 000.00		14 626.45	
310.30	Lehrmittel und Verbrauchsmaterialien für Dritte	127 104.81		290 000.00		293 627.92	
311.00	Anschaffungen von Schul-, Büro- und Werkstattmobilen, Maschinen und Geräten	133 254.20		104 000.00		101 155.46	
311.10	EDV-Hardware-Anschaffungen	4 584.30		20 000.00		17 042.05	
312.00	Heizung	121 634.10		110 000.00		117 342.60	
312.10	Licht, Kraft, Wasser, Kehrricht	123 656.50		140 000.00		115 258.40	
313.00	Reinigungs- und Gartenmaterial	47 986.20		45 000.00		32 250.10	
313.10	Lebensmittel, Wäsche	14 923.00		8 000.00		8 744.65	
314.00	Gebäudeunterhalt	165 304.71		175 000.00		173 653.51	
315.00	Unterhalt Mobilen und Fahrzeuge	27 093.81		27 400.00		22 860.81	
315.10	Unterhalt EDV-Anlagen	127 962.15		130 000.00		29 074.40	
316.00	Benutzungsgebühren, Mieten	86 518.60		84 000.00		92 290.90	
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	35 113.05		15 500.00		37 132.25	
317.10	Ehren- und Repräsentationskosten	7 072.90		7 000.00		6 621.70	
318.00	Porti, Telefon, Bankgebühren	13 747.60		17 300.00		14 667.75	
318.10	EDV-Software-Anschaffungen und Internet	26 588.35		95 000.00		49 174.66	
318.20	EDV Schulrechenzentrum	284 351.88		317 500.00		277 741.88	

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
318.30	Gebäude- und Mobiliarversicherungsprämien	600.10		600.00		600.10	
318.40	Dienstleistungen von Dritten	31 974.00		40 000.00		8 220.00	
318.90	Mehrwertsteuer	3 564.08		5 100.00		2 720.90	
319.00	Verschiedener Sachaufwand	8 328.60		5 000.00		4 520.40	
319.10	Exkursions-, Lager- und Projektbeiträge	58 879.93		53 000.00		47 841.87	
390.20	Verrechnung: Leihpersonen von kantonalen Schulen / Ämtern	1 210 289.85		1 148 000.00		1 199 861.95	
420.00	Kapitalerträge		299.65		200.00		281.50
427.00	Miet- und Pachtzinse (inkl. Nebenkosten)		53 550.00		54 200.00		128 027.50
432.00	Kost und Logis, Naturalbezüge		7 256.05		5 500.00		2 735.00
433.00	Schulgelder		2 847 555.75		2 444 000.00		3 234 304.75
434.00	Parkplatzgebühren		81 975.40		62 600.00		62 131.35
435.00	Verkauf Lehrmittel und Verbrauchsmaterialien		107 674.05		261 000.00		277 136.75
436.10	Rückvergütung Drittbenutzer		20 332.80		35 000.00		18 139.00
439.00	Verschiedene Einnahmen		14 169.60		5 000.00		2 673.45
439.10	Erträge Schulanlässe		59 914.40		47 700.00		55 226.75
460.00	Bundesbeiträge		4 842.00		2 000.00		
24438	Kaufmännische Berufsschule Schwyz	3 715 435.94	645 925.95	4 009 900.00	512 300.00	3 801 769.05	527 545.80
	Netto Aufwand		3 069 509.99		3 497 600.00		3 274 223.25
301.00	Gehälter & Sozialzulagen Dienstpersonal	136 204.35		132 500.00		140 598.35	
302.00	Gehälter & Sozialzulagen Lehrpersonal	2 500 327.40		2 687 000.00		2 518 336.00	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	205 726.35		225 600.00		207 719.20	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	241 152.50		281 900.00		246 397.05	
309.00	Weiterbildung, Schulentwicklung	27 806.45		23 000.00		68 001.15	
310.00	Bürokosten, Drucksachen, Insertionen	22 115.65		35 000.00		25 863.32	
310.10	Lehrmittel und Verbrauchsmaterialien	65 250.45		63 000.00		67 711.43	
310.20	Bibliothek, Abonemente	3 525.84		4 000.00		4 069.80	
311.00	Anschaffungen Mobilien, Geräte und Maschinen	69 585.65		70 000.00		33 926.00	
311.10	EDV-Hardware-Anschaffungen	43 783.70		50 000.00		58 409.05	
312.00	Energie, Wasser	10 208.60		18 000.00		10 618.95	
314.00	Gebäudeunterhalt	37 548.45		63 000.00		59 693.80	
315.00	Unterhalt Mobilien, Maschinen und Geräte	1 443.95		3 500.00		738.65	
315.10	Unterhalt EDV-Anlagen	33 961.60		34 000.00		29 637.70	

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	9 893.10		11 000.00		9 017.55	
317.10	Ehren- und Repräsentationskosten	8 136.30		7 800.00		9 098.30	
318.00	Porti, Telefon, Post und Bankgebühren	15 141.65		17 000.00		11 024.50	
318.10	EDV-Software-Anschaffungen und Internet	42 171.40		57 700.00		83 997.60	
318.40	Leistungen Dritter	51 257.60		25 000.00		35 601.10	
319.00	Verschiedener Sachaufwand	1 961.35		4 500.00		2 406.90	
319.10	Schülerkurse und -veranstaltungen	2 342.30		9 500.00		6 021.00	
351.00	Schulgelder an auswärtige Schulen	20 085.00		32 000.00		18 540.00	
365.00	Beiträge an Vereine und Institutionen	5 160.00		6 000.00		5 160.00	
390.00	Verrechnung: Leihpersonen	30 791.45		30 900.00		30 252.70	
390.10	Verrechnung: Betriebskosten Turnhalle, Unterhalt und Reinigung Schulhaus (24.340.490.10)	129 854.85		118 000.00		118 928.95	
431.00	Prüfungsgebühren	45 960.00			20 000.00	32 880.00	
433.00	Schulgelder	488 446.95			405 000.00	428 115.00	
434.00	Parkplatzgebühren	6 720.00				3 180.00	
435.00	Verkauf Schulmaterial	49 564.90			25 000.00	47 475.00	
439.00	Verschiedene Einnahmen	20 712.00			15 000.00	14 912.50	
490.00	Verrechnung: Leihpersonen	34 522.10			47 300.00	983.30	
24439	Kaufmännische Berufsschule Lachen	4 034 056.32	767 053.05	3 862 900.00	701 200.00	3 986 158.54	771 327.20
	Netto Aufwand		3 267 003.27		3 161 700.00		3 214 831.34
301.00	Gehälter & Sozialzulagen Dienstpersonal	131 711.95		121 500.00		122 860.90	
302.00	Gehälter & Sozialzulagen Lehrpersonal	2 646 208.95		2 465 300.00		2 596 269.25	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	214 370.10		206 900.00		213 285.30	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	241 669.10		258 600.00		240 517.55	
309.00	Weiterbildung	17 204.25		18 000.00		17 548.20	
310.00	Bürokosten, Drucksachen, Insertionen	57 086.60		62 000.00		60 825.60	
310.10	Lehnmittel und Verbrauchsmaterialien	48 486.82		48 000.00		52 376.15	
310.20	Bibliothek, Abonemente	810.60		2 000.00		1 647.10	
311.00	Anschaffungen Mobilien, Geräte und Maschinen	11 652.70		15 500.00		12 613.85	
311.10	EDV-Hardware-Anschaffungen	20 329.40		17 500.00		10 743.85	
312.00	Heizung	43 080.10		25 000.00		18 752.70	
312.10	Licht, Kraft, Wasser, Kehrtritt	18 841.65		25 000.00		23 486.90	
313.00	Verbrauchs- und Reinigungsmaterial	5 569.40		6 500.00		8 914.80	
313.10	Getränkeautomat, Einkauf	17 081.80		16 000.00		17 802.20	

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
314.00	Gebäudeunterhalt	166 195.70		160 000.00		161 178.15	
315.00	Unterhalt Mobiliar, Maschinen und Geräte	9 720.80		16 000.00		14 053.30	
315.10	Unterhalt EDV-Anlagen	52 573.15		51 500.00		46 712.65	
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	14 961.95		18 000.00		17 785.30	
317.10	Ehren- und Repräsentationskosten	13 383.15		9 000.00		9 051.75	
318.00	Porti, Telefon, Post- und Bankgebühren	22 324.25		17 000.00		17 710.30	
318.10	EDV-Software-Anschaffungen und Internet	50 863.35		52 500.00		96 284.50	
318.20	EDV-Schulrechenzentrum	138 098.00		152 100.00		136 613.00	
318.30	Sachversicherungen	9 842.90		10 000.00		9 533.70	
318.40	Leistungen Dritter	37 180.80		30 000.00		34 370.00	
319.00	Verschiedener Sachaufwand	29 043.85		35 000.00		27 986.54	
351.00	Schulgelder an auswärtige Schulen	15 765.00		24 000.00		17 235.00	
433.00	Schulgelder	592 439.50			550 000.00		602 914.50
434.00	Parkplatzgebühren	5 726.45			5 000.00		6 440.50
434.10	Benützungsgebühren	105 663.00			100 000.00		104 220.00
435.00	Verkauf Schulmaterial	23 732.00			20 000.00		23 610.00
435.10	Getränkeautomat, Verkauf	25 536.50			22 000.00		23 723.95
439.00	Verschiedene Einnahmen	13 955.60			4 200.00		10 418.25
24440	Ausserkantonale Schulen und Angebote						
	Netto Aufwand	17 248 632.20	17 248 632.20	16 230 400.00	16 230 400.00	16 581 200.50	16 581 200.50
351.00	Beiträge an Besuch ausserkantonaler Berufsfachschulen	9 884 201.00		10 000 000.00		10 097 841.00	
351.10	Zentralschweizer Bildungsmesse	26 938.00		50 000.00			
351.30	Beiträge an höhere Berufsbildung und Weiterbildung	6 362 783.20		5 250 000.00		5 480 438.90	
361.00	Beiträge an interkantonale Berufsbildungsinstitutionen	80 490.00		80 400.00		80 470.00	
364.00	Betriebskostenbeitrag an die interkantonale Försterschule Maienfeld					78 979.60	
365.00	Beiträge an überbetriebliche Kurse	894 220.00		850 000.00		843 471.00	

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
24460	Qualifikationsverfahren	2 049 404.96	510 314.30	2 032 100.00	470 000.00	2 008 776.31	483 799.75
	Netto Aufwand		1 539 090.66		1 562 100.00		1 524 976.56
300.00	Kommission Qualifikationsverfahren	3 784.75		4 500.00		2 874.10	
300.20	Taggelder und Entschädigungen an die Experten	898 079.10		920 000.00		898 257.55	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	24 593.60		30 000.00		25 951.50	
309.00	Kurse für Experten	31 277.10		49 000.00		32 380.00	
310.00	Bürokosten, Porti, Drucksachen	10 298.85		10 000.00		10 132.60	
313.00	Material- und Werkstatentschädigungen	136 753.46		155 000.00		148 225.21	
319.00	Verschiedenes	40 494.60		43 600.00		43 143.50	
351.00	Verbands- und ausserkantonale Qualifikationsverfahren	904 123.50		820 000.00		847 811.85	
436.00	Rückvergütungen der Lehrmeister für Materialkosten		169 705.40		150 000.00		161 537.40
451.00	Beiträge für ausserkantonale Kandidaten		340 608.90		320 000.00		322 262.35
24490	Ausbildungsbeiträge	4 829 913.95	472 810.00	5 385 000.00	476 000.00	4 941 303.20	466 911.00
	Netto Aufwand		4 357 103.95		4 909 000.00		4 474 392.20
310.00	Bürokosten und Verschiedenes	4 855.85		5 000.00		2 941.50	
366.00	Zinsen und Spesen für Studiendarlehen	39 247.10		65 000.00		57 990.70	
366.10	Stipendien	4 785 811.00		5 300 000.00		4 880 371.00	
376.10	Durchlaufende Beiträge Dritter		472 810.00	15 000.00			466 911.00
460.00	Bundesbeiträge						
474.00	Durchlaufende Beiträge Dritter						
2450	Amt für Berufs- und Studienberatung	2 750 668.31	70 195.80	2 723 700.00	55 000.00	2 733 840.69	69 618.95
	Netto Aufwand		2 680 472.51		2 668 700.00		2 664 221.74
24500	Berufs- und Studienberatung	2 750 668.31	70 195.80	2 723 700.00	55 000.00	2 733 840.69	69 618.95
	Netto Aufwand		2 680 472.51		2 668 700.00		2 664 221.74
301.00	Gehälter und Sozialzulagen	2 084 299.70		2 030 200.00		2 060 335.30	
301.70	Aushilfen	15 602.10		26 000.00		23 870.10	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	164 474.55		164 500.00		162 519.65	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	206 002.80		203 000.00		202 323.55	

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
309.00	Beiträge an den Besuch von Fachkursen	38 549.10		40 000.00		35 222.30	
309.10	EDV-Schulung und Weiterbildung	29 755.90		2 500.00		485.00	
310.00	Bürokosten und Verschiedenes	100 531.02		32 000.00		33 278.00	
310.10	Informationsmittel	8 188.84		100 000.00		104 604.35	
311.00	Anschaffung von Mobilien und Maschinen	2 748.90		10 000.00		10 617.14	
311.10	EDV-Hardware-Anschaffungen	7 423.15		4 000.00		2 866.90	
312.00	Energie	35 733.95		10 000.00		6 214.00	
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	8 273.45		39 000.00		34 579.70	
317.10	Tagungen, Ehren- und Repräsentationskosten	8 751.45		8 500.00		9 260.10	
318.00	Telefon	3 785.50		11 000.00		6 756.45	
318.10	EDV-Software-Anschaffungen	36 547.90	5 134.60	5 000.00	5 000.00	4 121.20	4 790.00
318.20	Reinigung und Wartung		65 061.20	38 000.00	50 000.00	36 786.95	64 828.95
435.00	Verkauf Drucksachen und Bücher						
436.00	Rückerstattungen						
2490	Amt für Kultur	5 994 400.03	69 026.50	6 123 900.00	68 000.00	5 973 379.26	77 578.70
	Netto Aufwand		5 925 373.53		6 055 900.00		5 895 800.56
24900	Verwaltung	2 842 551.39	2 842 551.39	2 784 000.00	2 784 000.00	2 760 902.18	2 760 902.18
301.00	Gehälter und Sozialzulagen	2 255 670.45		2 202 400.00		2 212 692.90	
301.70	Aushilfen	39 251.50		40 000.00		29 837.60	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	180 436.65		179 400.00		176 529.25	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	218 187.85		220 200.00		214 126.60	
310.00	Büromaterial, Verschiedenes	55 963.29		60 000.00		60 513.48	
317.10	Ehren- und Repräsentationskosten	2 028.10		2 000.00		2 348.20	
318.00	Expertisen, Plan- und Fotoaufnahmen	91 013.55		80 000.00		64 854.15	
24910	Staatsarchiv	198 287.57	52 464.90	209 000.00	51 000.00	210 239.82	59 496.70
	Netto Aufwand		145 822.67		158 000.00		150 743.12
309.00	Weiterbildung	10 050.35		5 000.00		6 525.00	
310.10	Buchbinderkosten	1 365.30		2 000.00		1 200.80	
310.20	Bücher-, Münzen-, Bilderankauf	15 198.30		15 000.00		13 265.67	
311.00	Anschaffung von Mobilien und Maschinen	7 292.72		10 000.00		15 587.95	
311.10	EDV-Hardware-Anschaffungen	859.00		5 000.00		5 789.30	

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	19 376.20		20 000.00		25 878.90	
318.00	EDV-Software-Anschaffungen	3 850.00		10 000.00		2 840.90	
318.10	Restaurierung der Sammlungen	38 853.15		43 000.00		40 231.50	
318.20	Sicherstellung von Archivbeständen	61 694.25		54 000.00		58 763.25	
318.40	Sicherstellungsdokumentationen des Kulturgüterschutzes	39 748.30		45 000.00		40 156.55	
431.00	Archivgebühren		2 676.00		1 000.00		3 083.00
435.00	Verschiedene Einnahmen		26 914.80		40 000.00		37 622.95
460.00	Bundesbeitrag an die Kosten des Kulturgüterschutzes		22 874.10		10 000.00		18 790.75
24930	Denkmalpflege	681 989.80	681 989.80	699 900.00	699 900.00	634 229.25	634 229.25
	Netto Aufwand						
311.00	Anschaffung von Mobilien und Maschinen			2 000.00		3 508.90	
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	12 238.05		13 500.00		10 664.80	
318.10	Inventarisation Kunstdenkmäler	9 751.75		25 000.00		7 055.55	
331.00	Abschreibung Investitionsbeiträge	660 000.00		659 400.00		613 000.00	
24940	Bundesbriefmuseum	123 062.65	123 062.65	126 000.00	126 000.00	70 866.14	70 866.14
	Netto Aufwand						
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	425.30		1 000.00		687.90	
318.00	Museumsführungen	16 640.40		15 000.00		17 829.05	
318.10	Marketing, Verschiedenes	105 996.95		110 000.00		52 349.19	
24950	Kulturförderung	1 954 638.00	1 954 638.00	2 100 000.00	2 100 000.00	2 088 999.50	2 088 999.50
361.00	Interkantonale Kulturlastenvereinbarung	1 954 638.00		2 100 000.00		2 088 999.50	
24960	Kantonsbibliothek	193 870.62	16 561.60	205 000.00	17 000.00	208 142.37	18 082.00
	Netto Aufwand		177 309.02		188 000.00		190 060.37
301.70	Aushilfen	6 746.20		7 000.00		7 798.45	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	514.70		400.00		311.70	
309.00	Weiterbildung	490.00		1 500.00		260.00	
310.00	Büromaterial, Buchbinderkosten und Verschiedenes	17 013.35		19 000.00		19 180.40	

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
310.10	Bücher, Zeitschriften usw. für Bibliothek und Leihgebühren	90 150.17		90 000.00		88 707.57	
311.00	Anschaffung von Mobilien und Maschinen	4 856.70		5 000.00		15 730.50	
311.10	EDV-Hardware-Anschaffungen	731.15		1 500.00		378.95	
312.00	Energie	11 066.35		11 000.00		10 918.55	
315.00	Unterhalt EDV-Anlage	1 080.00		1 000.00		364.50	
315.10	Betrieblicher Unterhalt	3 889.50		5 000.00		3 144.20	
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	1 876.40		2 000.00		1 554.30	
318.00	EDV-Software-Anschaffungen inkl. Wartung	8 953.20		9 000.00		8 718.30	
318.10	Schulbibliotheken Ausbildung, Leseförderung	1 138.10		1 500.00		1 010.50	
318.20	Autorenlesungen	8 465.80		9 000.00		8 617.45	
365.00	Bibliomedia Schweiz	33 799.00		39 000.00		38 347.00	
365.10	Institutionen zur Förderung guter Jugendliteratur	3 100.00		3 100.00		3 100.00	
434.00	Benützungsgebühren, sonstige Vergütungen		16 561.60		17 000.00		18 082.00

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
25	Sicherheitsdepartement	79 867 461.50	26 173 908.80	81 426 500.00	25 254 300.00	78 593 174.09	26 339 168.90
	Netto Aufwand	53 693 552.70		56 172 200.00		52 254 005.19	
2500	Departementssekretariat	469 605.45	469 605.45	511 900.00	511 900.00	518 597.00	518 597.00
	Netto Aufwand						
25010	Verwaltung	469 605.45	469 605.45	511 900.00	511 900.00	518 597.00	518 597.00
301.00	Gehälter und Sozialzulagen	381 057.10		398 300.00		377 593.25	
301.20	Inkonvenienzentschädigung	4 267.60		5 000.00		4 337.00	
301.70	Aushilfen	3 594.50		6 000.00		3 335.95	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	29 888.40		32 700.00		29 820.95	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	37 800.60		39 800.00		37 453.80	
309.00	Weiterbildung	180.00		3 000.00			
310.00	Bürokosten und Verschiedenes	7 314.30		9 900.00		58 890.15	
311.00	Anschaffung von Mobilien und Maschinen			5 000.00			
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	1 807.80		2 200.00		1 924.35	
317.10	Ehrenkosten	3 695.15		10 000.00		5 241.55	
2510	Rechts- und Beschwerdedienst	2 755 218.15	19 767.22	2 991 300.00	10 000.00	2 723 221.80	25 765.95
	Netto Aufwand	2 735 450.93		2 981 300.00		2 697 455.85	
25100	Verwaltung	2 588 444.25	15 767.22	2 746 300.00	6 000.00	2 533 261.35	21 765.95
	Netto Aufwand	2 572 677.03		2 740 300.00		2 511 495.40	
300.00	Gleichstellungskommission	34 760.90		40 000.00		41 666.45	
301.00	Gehälter und Sozialzulagen	1 909 622.90		1 979 600.00		1 835 540.75	
301.70	Aushilfen, Praktikanten	34 206.25		45 000.00		40 572.60	
301.80	Entschädigungen Grundbuch- und SchKG-Inspektor	162 657.00		170 000.00		162 589.50	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	161 061.10		179 900.00		155 862.45	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	190 428.90		198 000.00		181 334.50	
309.00	Weiterbildung	4 430.00		8 000.00		5 033.00	
310.00	Bürokosten, Verschiedenes	14 625.10		16 000.00		13 048.60	

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
311.00	Anschaffung von Mobilien	3 715.45		4 000.00		1 068.20	
311.10	EDV-Hardware-Anschaffungen	751.70		1 500.00		7 807.90	
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	7 789.80		8 000.00		10 465.20	
318.00	EDV-Software-Anschaffungen inkl. Wartung	11 364.30		13 300.00		66 916.10	
318.10	Prozesskosten	43 308.90		60 000.00		2 760.80	
318.30	Schlichtungsstelle Gleichstellungsgesetz	830.40		13 000.00		8 595.30	
365.00	Beitrag an Dokumentationszentrum kantonaues Recht, Fribourg; Regionen Europas	8 891.55		10 000.00			
434.00	Rückvergütung von Personalkosten		12 767.22		5 000.00		11 765.95
436.00	Versicherungsentschädigungen		3 000.00		1 000.00		10 000.00
439.00	Verschiedene Einnahmen						
25120	Grundbuch	162 901.90	162 901.90	240 000.00	240 000.00	185 238.45	185 238.45
318.00	Kostenanteile Einführung eidg. Grundbuch	162 901.90		240 000.00		185 238.45	
25140	Kirchenwesen	3 622.00	4 000.00	4 000.00	4 000.00	3 622.00	4 000.00
	Netto Ertrag	378.00				378.00	
365.00	Beitrag an Verwaltung Bistum Chur	2 936.30		3 000.00		2 936.30	
366.00	Entschädigung an die Domherren	685.70		1 000.00		685.70	
481.00	Entnahme aus Diözesanfonds		4 000.00		4 000.00		4 000.00
25160	Gemeindeaufsicht	250.00	250.00	1 000.00	1 000.00	1 100.00	1 100.00
365.00	Weiterbildung für Gemeindefunktionäre	250.00		1 000.00		1 100.00	
2520	Oberstaatsanwaltschaft	689 650.79	51.70	645 400.00	645 400.00	611 870.58	611 870.58
	Netto Aufwand	689 650.79	689 599.09	645 400.00	645 400.00	611 870.58	611 870.58
301.00	Gehalt und Sozialzulagen	480 414.05		494 500.00		474 962.60	
301.70	Stellvertretungskosten, Aushilfen	74 830.90		14 000.00		13 680.00	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	38 063.75		40 700.00		37 938.95	
25200	Verwaltung	689 650.79	51.70	645 400.00	645 400.00	611 870.58	611 870.58
	Netto Aufwand	689 650.79	689 599.09	645 400.00	645 400.00	611 870.58	611 870.58

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	46 847.40		49 500.00		46 926.20	
309.00	Weiterbildung	1 250.00		3 500.00		3 134.80	
310.00	Bürokosten, Verschiedenes	15 552.99		7 000.00		6 582.55	
311.00	Anschaffung Mobilien			3 000.00		3 438.73	
312.00	Energie	1 364.45		2 000.00		1 105.50	
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	2 232.25		2 500.00		2 650.50	
318.00	Verteidiger- und Anwalts honorare	25 977.80		19 800.00		20 459.50	
318.10	EDV-Software-Anschaffungen	3 117.20		8 900.00		991.25	
434.00	Rückvergütung von Personalkosten		51.70				
2530	Staatsanwaltschaft	3 878 526.63	44 999.30	4 023 700.00	29 500.00	4 033 102.92	1 563.55
	Netto Aufwand		3 833 527.33		3 994 200.00		4 031 539.37
25300	Verwaltung	3 878 526.63	44 999.30	4 023 700.00	29 500.00	4 033 102.92	1 563.55
	Netto Aufwand		3 833 527.33		3 994 200.00		4 031 539.37
301.00	Gehälter und Sozialzulagen	2 221 032.95		2 368 300.00		2 348 841.70	
301.20	Inkonvenienzentschädigung	30 274.65		33 200.00		32 499.00	
301.70	Aushilfen, nebenamtlich Mitarbeitende	59 458.55		58 000.00		74 290.40	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	178 675.65		196 900.00		188 943.80	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	223 912.85		240 300.00		216 791.75	
309.00	Schulung und Weiterbildung	8 528.50		10 000.00		39 578.00	
310.00	Bürokosten, Verschiedenes	20 048.70		25 000.00		20 237.85	
311.00	Anschaffung von Mobilien und Maschinen	4 128.00		3 000.00		3 603.30	
311.10	EDV-Hardware-Anschaffungen	1 761.55		2 200.00			
313.00	Externe Kosten für Untersuchungs- gefangene	31 250.70		30 000.00		65 880.05	
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	17 054.90		20 000.00		22 649.60	
318.00	EDV-Software-Anschaffungen inkl. Wartung	7 977.25		21 800.00		15 039.20	
318.10	Zeugengelder, Experten und übrige Verfahrenskosten gem. StPO	558 005.80		635 000.00		571 354.47	
318.20	Honorare von Rechtsvertretern	495 006.48		330 000.00		421 292.70	
366.00	Entschädigungen und Genugtuung	21 410.10		50 000.00		12 101.10	
436.00	Rückvergütung von Untersuchungskosten		27 499.30		29 000.00		1 563.55
436.10	Versicherungsentschädigungen				500.00		
436.20	Rückerstattungen		17 500.00				

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
2540	Jugendanzwaltschaft	1 226 589.75	106 751.05	1 946 500.00	74 000.00	1 582 900.09	105 414.90
	Netto Aufwand		1 119 838.70		1 872 500.00		1 477 485.19
25400	Verwaltung	1 226 589.75	106 751.05	1 946 500.00	74 000.00	1 582 900.09	105 414.90
	Netto Aufwand		1 119 838.70		1 872 500.00		1 477 485.19
301.00	Gehälter und Sozialzulagen	349 340.85		388 300.00		286 821.85	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	27 613.30		31 100.00		22 638.80	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	34 275.50		38 800.00		28 682.75	
309.00	Weiterbildung	14 230.00		7 300.00		486.00	
310.00	Bürokosten, Verschiedenes	2 208.30		6 000.00		5 465.67	
311.00	Anschaffung von Mobilien und Maschinen			2 000.00		2 626.02	
312.00	Engerie Mieträume	432.20		1 000.00		609.85	
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	9 837.35		6 000.00		4 453.25	
318.00	Zeugengelder, Experten, Dolmetscher	56 355.75		45 000.00		25 335.35	
318.10	Verteidiger- und Anwalts honorare	53 750.45		20 000.00		15 051.75	
318.20	Betriebskosten	819.95		2 000.00		578.35	
318.30	EDV-Software-Anschaffungen	2 463.55		8 200.00		2 841.50	
351.00	Kosten für vorsorgliche Massnahmen	471 713.60		755 000.00		767 988.20	
351.10	Strafvollzugskosten	203 183.65		634 800.00		397 155.75	
352.00	Kosten für Untersuchungshaft	365.30		1 000.00		22 165.00	
431.00	Verfahrenskosten, Bussen und Gebühren		69 893.20		50 000.00		70 762.60
436.00	Rückvergütung von vorsorglichen Massnahmekosten		10 424.30		12 000.00		19 911.10
436.10	Rückvergütung von Strafvollzugskosten		26 433.55		12 000.00		14 741.20
2560	Polizei	47 633 171.10	10 366 958.95	49 176 700.00	10 972 000.00	47 907 810.24	11 881 258.01
	Netto Aufwand		37 266 212.15		38 204 700.00		36 026 552.23
25600	Verwaltung	47 633 171.10	10 366 958.95	49 176 700.00	10 972 000.00	47 907 810.24	11 881 258.01
	Netto Aufwand		37 266 212.15		38 204 700.00		36 026 552.23
301.00	Gehälter und Sozialzulagen	27 391 760.15		27 027 900.00		26 920 376.25	
301.10	Vergütungen	1 692 617.70		1 670 000.00		1 681 755.90	
301.20	Dolmetscher	162 436.45		195 000.00		165 781.95	
301.80	Administrative Aushilfen	37 500.00		25 000.00		8 400.00	

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	2 280 780.50		2 322 200.00		2 242 485.50	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	2 884 551.60		2 869 800.00		2 822 048.85	
309.00	Personalwerbung und -ausbildung, IPH	1 002 303.45		1 180 000.00		1 071 506.25	
310.00	Bürokosten	119 240.62		137 000.00		140 232.62	
311.00	Anschaffung von Büromobiliar & Maschinen	137 435.67		140 000.00		137 904.84	
311.10	Anschaffungen Übermittlungsdienst	192 726.05		268 000.00		135 767.06	
311.20	Anschaffung und Ersatz von Fahrzeugen	826 169.69		836 000.00		621 677.75	
311.30	EDV-Hardware-Anschaffungen	71 254.42		82 000.00		83 770.30	
312.00	Energie	38 344.45		47 000.00		42 974.65	
313.00	Bekleidung und Ausrüstung	647 777.19		752 000.00		1 170 000.13	
313.10	Kriminalpolizei	478 282.34		520 000.00		434 934.13	
313.20	Verkehrstechnischer Dienst VTD	1 129 958.95		1 195 000.00		469 814.36	
313.30	Prävention, Information	96 607.05		103 000.00		102 839.93	
314.00	EDV-Netzwerke	105 357.00		109 000.00		102 665.08	
315.00	Kosten des Motorfahrzeugbetriebes	735 561.90		770 000.00		728 173.45	
315.10	Übermittlungsdienst Betrieb	247 800.60		255 000.00		403 453.36	
315.20	EDV-Hardware Betrieb	333 713.36		351 000.00		273 474.31	
315.30	Unterhalt Schiesskeller	17 941.40		20 000.00		40 296.35	
315.40	Polycom Betrieb	510 485.70		664 000.00		335 152.79	
315.50	Alarmierung Betrieb	62 247.50		61 000.00		46 923.70	
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	691 238.65		720 000.00		708 667.85	
318.00	Telefon, Postcheck- und Bankgebühren	287 764.40		331 000.00		319 971.20	
318.10	Sachversicherung	40 772.10		50 000.00		70 536.15	
318.20	EDV-Software (Unterhalt, Lizenzen)	745 721.37		763 000.00		625 224.78	
318.40	Kehricht, verschiedene Dienstleistungen	13 544.45		12 000.00		13 725.85	
318.50	EDV-Software-Anschaffungen	251 810.36		267 000.00		453 466.26	
318.90	Mehrwertsteuer	12 002.70		17 000.00		14 263.60	
319.00	Verschiedene Ausgaben	143 387.41		160 000.00		236 372.77	
319.10	Entschädigung für Polizeihunde	68 923.35		70 000.00		76 773.40	
319.20	Betrieb und Anschaffungen Seepolizei	69 292.95		98 000.00		87 894.60	
331.00	Abschreibung Funknetz und Einsatzleistungssystem	2 988 313.22		3 909 800.00		4 010 173.32	
351.00	Vergütung an die Kosten der Autobahn-Polizei A3	1 050 110.00		1 090 000.00		1 050 185.00	
351.10	Zentralisierte Dienstleistungen des Bundes	67 436.40		89 000.00		58 145.95	
427.00	Mieteinnahmen Funkstandorte						5 848.65
431.00	Gebühren für Departementsbewilligungen		49 970.00		6 000.00		54 075.00

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
431.10	Gebühren aus der Strafrechtspflege		1 253 129.90		1 250 000.00		954 471.90
434.00	Rückvergütung Personentransporte		65 692.50		45 000.00		74 929.30
434.10	Rückvergütung Begleitung Ausnahme-transporte		28 091.60		20 000.00		25 741.25
434.20	Rückvergütung von Personalkosten		344 048.66		425 000.00		704 430.95
434.30	Rückvergütung Instruktion IPH		77 108.73		30 000.00		47 667.15
434.60	Alarmgebühren		174 182.40		200 000.00		208 008.00
435.00	Drucksachenverkauf Ruhezeitverordnung der berufsmässigen Chauffeure		4 463.00		5 000.00		4 903.00
435.10	Verkauf Fundgegenstände				4 000.00		
437.00	Ordnungsbussen		6 666 642.66		7 400 000.00		8 496 408.06
439.00	Verschiedene Einnahmen				150 000.00		253 361.75
439.01	Verschiedene Einnahmen		292 775.40				
452.00	Betriebsbeiträge Polycom		247 926.60		404 000.00		33 913.00
452.10	Betriebsbeiträge Alarmierung		38 292.30		45 000.00		
452.20	Polycom Einnahmen		110 635.20				
460.00	Bundesbeiträge		146 000.00		70 000.00		163 500.00
490.00	Vergütung Schiffskontrolle 28.770.390.00		868 000.00		868 000.00		854 000.00
2580	Amt für Justizvollzug						
	Netto Aufwand	5 595 995.66	2 056 785.15	5 202 500.00	1 411 000.00	5 345 791.25	2 021 719.75
		3 539 210.51		3 791 500.00		3 324 071.50	
25800	Verwaltung						
	Netto Aufwand	391 128.25	391 128.25	412 700.00	412 700.00	367 580.45	367 580.45
301.00	Gehälter und Sozialzulagen	313 851.25		326 500.00		296 494.55	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	24 479.95		26 100.00		23 195.35	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	28 212.60		32 600.00		27 891.60	
309.00	Schulung	3 824.30		4 500.00		2 630.00	
310.00	Bürokosten, Verschiedenes	1 884.40		3 000.00		953.90	
311.00	Anschaffung von Mobilien und Maschinen	419.00		3 000.00		2 527.20	
311.10	EDV-Hardware-Anschaffungen	1 468.80		1 000.00			
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	5 394.35		6 000.00		4 594.05	
318.00	EDV-Software-Anschaffungen	11 593.60		10 000.00		9 293.80	

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
25810	Strafvollzug	2 140 002.45	1 402 003.52	1 764 500.00	751 000.00	1 945 024.20	1 300 338.15
	Netto Aufwand		737 998.93		1 013 500.00		644 686.05
310.00	Bürokosten, Verschiedenes	1 553.30		2 500.00		2 336.85	
318.00	Postcheckgebühren	3 292.45		3 000.00		2 648.60	
318.10	Betriebungskosten	15 683.35		40 000.00		27 325.70	
319.00	Vergütung Militärgerichtskosten	9 508.35		6 000.00		11 326.90	
351.00	Strafvollzugskosten	2 089 457.55		1 700 000.00		1 886 940.90	
361.00	Konkordatsbeitrag an Ausbildungszentrum für das Personal der Vollzugsanstalten	20 507.45		13 000.00		14 445.25	
431.00	Verfahrenskosten, Bussen und Gebühren		513 936.42		560 000.00		1 075 598.35
436.00	Rückvergütung von Strafvollzugskosten (Ämter)		876 879.95		180 000.00		206 984.45
436.10	Rückvergütung von Strafvollzugskosten (Privatpersonen)		1 678.80		5 000.00		6 428.45
439.00	Militärgerichtskosten		9 508.35		6 000.00		11 326.90
25820	Kantonsgefängnis	2 606 388.35	654 781.63	2 555 000.00	660 000.00	2 482 023.75	721 381.60
	Netto Aufwand		1 951 606.72		1 895 000.00		1 760 642.15
301.00	Gehälter und Sozialzulagen	1 516 570.95		1 515 600.00		1 501 012.75	
301.20	Zulagen	111 047.75		130 000.00		99 282.50	
301.80	Entschädigungen Arzt, Seelsorger, Sozialdienst	50 626.90		55 000.00		48 083.90	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	130 940.25		132 600.00		128 074.70	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	164 296.05		160 300.00		155 704.10	
310.00	Bürokosten, Verschiedenes	1 635.40		3 500.00		1 776.35	
311.00	Anschaffung von Mobilien und Maschinen	749.95		5 000.00		4 748.30	
311.10	EDV-Hardware-Anschaffungen	54 196.70		60 000.00			
313.00	Verpflegungskosten der Gefangenen	310 302.05		260 000.00		289 899.50	
313.10	Anschaffungen (Geschirr, Wäsche usw.)	12 286.05		15 000.00		17 209.80	
313.20	Reinigungsmaterial	1 386.85		2 500.00		2 727.40	
314.00	Unterhalt Kantonsgefängnis	22 940.76		25 000.00		21 980.00	
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	5 864.25		7 000.00		3 946.50	
318.00	Versicherungen für Gefangene	37 024.55		20 000.00		25 847.70	
318.10	Externer Bewachungsdienst	16 106.25		3 500.00		15 283.00	
318.20	Interkantonale Häftlingstransporte	101 088.80		100 000.00		98 833.40	
318.30	EDV-Software-Anschaffungen	6 555.25		10 000.00		9 036.75	

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
319.00	Verschiedener Aufwand	62 769.59	119 571.23	50 000.00	60 000.00	58 577.10	89 837.70
434.00	Verschiedene Einnahmen		535 210.40		600 000.00		631 543.90
436.00	Vergütung von Gefängnis-kosten						
25830	Bewährungsdienst	458 476.61	458 476.61	470 300.00	470 300.00	551 162.85	551 162.85
	Netto Aufwand						
301.00	Gehälter und Sozialzulagen	376 523.90		363 800.00		444 939.50	
301.70	Aushilfen / Praktikanten			15 000.00		9 524.10	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	29 705.40		30 300.00		35 852.50	
304.00	Arbeitgeberbeiträge Pensionskasse	35 988.65		36 400.00		41 297.30	
310.00	Bürokosten, Verschiedenes	9 392.16		10 000.00		9 272.80	
311.00	Anschaffungen			4 000.00		214.90	
312.00	Energie	1 158.95		1 500.00		789.45	
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	5 403.15		8 000.00		9 272.30	
318.00	Postcheckgebühren	100.80		300.00			
366.00	Dringende Unterstützungen	203.60		1 000.00			
2590	Amt für Militär, Feuer- und Zivilschutz	17 618 703.97	13 578 595.43	16 928 500.00	12 757 800.00	15 869 880.21	12 303 446.74
	Netto Aufwand		4 040 108.54		4 170 700.00		3 566 433.47
25900	Verwaltung	5 509 364.57	2 369 694.97	5 432 500.00	2 358 400.00	5 452 962.81	2 410 483.23
	Netto Aufwand		3 139 669.60		3 074 100.00		3 042 479.58
301.00	Gehälter und Sozialzulagen	4 023 052.05		3 930 300.00		3 973 472.85	
301.20	Zulagen	16 713.80		12 400.00		14 345.85	
301.70	Aushilfen	8 014.85		9 500.00		8 356.70	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	314 951.60		316 600.00		311 646.15	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	389 610.95		393 000.00		380 312.70	
309.00	Weiterbildung	25 501.80		24 000.00		9 866.20	
310.00	Bürokosten, Drucksachen, Verschiedenes	27 176.53		26 400.00		24 983.57	
311.00	EDV-Hardware-Anschaffungen und Wartung	4 179.55		4 700.00		5 159.30	
312.10	Licht, Kraft, Wasser	178 223.45		148 000.00		185 703.50	
313.00	Lebensmittel, Getränke, Cafeteria	56 970.42		65 000.00		68 672.65	
313.10	Wäschekosten	2 184.00		4 000.00		2 954.80	
313.20	Putzmaterial	6 189.45		6 500.00		6 626.70	
314.00	Unterhalt der Gebäude und Anlagen	199 936.87		240 000.00		203 744.45	
315.00	Unterhalt Geräte, Mobilen, Maschinen	14 029.20		22 000.00		23 488.06	

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	63 268.85		75 000.00		73 539.55	
318.00	Telefongebühren	3 850.20		3 800.00		3 853.25	
318.10	EDV-Software-Anschaffungen und Wartung	76 026.90		61 300.00		62 855.33	
318.20	Aufträge an Dritte	99 484.10		90 000.00		93 381.20	
434.00	Benützung der Anlagen durch Militär		9 746.40		8 000.00		12 787.50
434.10	Benützung der Anlagen übrige		44 947.50		25 000.00		73 499.70
434.20	Parkplatzgebühren		4 559.95		7 000.00		5 992.80
435.00	Brutto-Einnahmen Kantine		77 031.40		100 000.00		97 992.20
436.00	Verschiedene Einnahmen		2 416.30		4 000.00		6 600.25
450.00	Bundesbeitrag Retablierstelle		158 510.00		159 000.00		158 096.00
460.20	Bundesbeitrag an ALST-Truppenunterkunft und komb. Schutzanlage		5 250.00		5 300.00		5 250.00
490.00	Zuweisung aus Feuerschutz: Betriebskosten		363 210.00		362 000.00		363 210.00
490.10	Zuweisung aus Feuerschutz: Personalkosten		1 704 023.42		1 688 100.00		1 687 054.78
25910	Feuerschutz	5 403 031.30	4 527 049.84	5 504 200.00	4 370 600.00	5 047 489.28	4 416 526.11
	Netto Aufwand		875 981.46		1 133 600.00		630 963.17
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	9 261.90		11 000.00		10 902.45	
310.00	Bürokosten, Drucksachen	56 189.54		66 000.00		23 918.89	
311.00	Anschaffung von Mobilien und Maschinen	26 703.25		30 000.00		29 865.30	
313.00	Material, Geräte, Apparate	244 453.60		227 000.00		125 432.45	
314.00	Unterhalt Übungsanlage Wintersried	242 100.39		230 000.00		104 111.76	
318.00	Telefon, Porti und Funkkonzession	8 205.05		12 000.00		16 214.10	
318.10	Feuerwehrkurse	254 273.60		245 000.00		253 111.70	
319.00	Autobetriebskosten Feuer- und Chemiewehr	499 073.70		70 000.00		316 189.45	
319.10	Ausbildung und Ausrüstung Feuerwehrstrukturen	111 643.55		132 000.00		103 204.45	
319.20	Verschiedene Ausgaben (Anschaffungen, Expertisen, Ölunfälle usw.)	86 356.70		85 000.00		81 245.60	
331.00	Abschreibung Übungsanlage Wintersried	463 000.00		462 700.00		514 000.00	
362.00	Beiträge an Gemeinden für das Feuerlöschwesen	723 592.60		1 285 000.00		810 667.35	
362.10	Beiträge an die Stützpunktfeuerwehren	485 000.00		485 000.00		485 000.00	
365.00	Beiträge an technische Vereinigungen und Institutionen	79 674.00		67 000.00		71 951.00	

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
390.10	Verrechnung: Betriebskosten Verwaltung	363 210.00		362 000.00		363 210.00	
390.20	Verrechnung: Personalkosten Verwaltung	1 704 023.42		1 688 100.00		1 687 054.78	
390.40	Verrechnung: Zinsen Wintersried	46 270.00	184 003.50	46 400.00	204 000.00	51 410.00	217 260.00
431.00	Gebühren und Baubewilligungen		206 544.00		140 000.00		187 338.00
434.00	Benützung Übungsanlage Wintersried		46 916.60		7 000.00		20 901.00
435.00	Erlös aus Materialverkäufen usw.		439 717.00		439 600.00		439 717.00
460.00	Bundesbeitrag Schadenwehren		3 019 868.74		2 950 000.00		2 921 310.11
469.00	Feuerlöschsteuer		630 000.00		630 000.00		630 000.00
469.10	Extrasubvention						
25920	Zivilschutz	2 239 691.51	1 478 231.65	1 503 800.00	878 800.00	1 679 213.02	1 096 798.60
	Netto Aufwand		761 459.86		625 000.00		582 414.42
311.00	Anschaffung Material, Geräte, Mobililar	274 187.36		213 000.00		172 332.15	
313.00	Kosten des Motorfahrzeugbetriebes	234 297.30		273 000.00		254 796.67	
318.00	Sirenenfernsteuerung, Funk-, Alarmge- bühren	77 119.35		94 000.00		34 363.25	
318.10	Ausbildungskurse	425 573.40		513 000.00		418 124.75	
318.20	Rückbau und Erweiterung Telematiksysteme	210 903.60				116 895.70	
319.00	Ausbildung Führungsstäbe und koord. Dienste	16 032.00		16 000.00		14 647.00	
351.00	Rückerstattung Instruktorrenschiäd- lungen	187 180.00		180 000.00		210 840.00	
370.00	Durchlaufende Bundesbeiträge Unterhalts- und Betriebskosten sanitätsdienstliche Schutzanlagen	60 000.00		60 000.00		60 000.00	
372.00	Durchlaufende Bundesbeiträge an Gemein- den für Unterhalt Schutzanlagen	702 983.15		85 800.00		322 549.25	
372.10	Durchlaufende Gemeindebeiträge Unter- halts- und Betriebskosten sanitäts- dienstliche Schutzanlagen	51 415.35	37 697.75	69 000.00	30 000.00	74 664.25	20 567.90
434.10	Einnahmen regionale Reparaturstelle		2 263.55		5 000.00		6 394.20
435.00	Verkäufe und Vergütungen Retablierungs- stelle		7 265.50		4 000.00		6 939.00
451.00	Rückerstattung von Kurskosten		139 238.00				116 895.70
460.00	Bundesbeiträge		462 630.00		605 000.00		472 710.00
461.00	Beiträge Partner-Kantone an Kurskosten						

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
462.00	Gemeindebeiträge an Sirenenfernsteuerung		14 738.35		20 000.00		16 078.30
470.00	Durchlaufende Bundesbeiträge an Unterhalt Schutzanlagen		702 983.15		85 800.00		328 349.25
472.00	Durchlaufende Gemeindebeiträge Unterhalts- und Betriebskosten sanitätsdienstliche Schutzanlagen		111 415.35		129 000.00		128 864.25
25925	Ersatzbeitragswesen	957 244.15	957 244.15	800 000.00	800 000.00	372 860.00	372 860.00
314.00	Unterhalt Schutzräume			150 000.00			
380.00	Einlage in Spezialfinanzierung	957 244.15		650 000.00		372 860.00	372 860.00
430.00	Ersatzbeiträge		956 312.00		800 000.00		
490.10	Verrechnung: Zinsertrag		932.15				
25930	Kreiskommando	3 509 372.44	4 246 374.82	3 688 000.00	4 350 000.00	3 317 355.10	4 006 778.80
	Netto Ertrag	737 002.38		662 000.00		689 423.70	
311.00	Anschaffung von Mobilien und Maschinen	589.25		2 000.00		4 765.25	
318.00	Betriebskosten, Postcheckgebühren	38 405.75		40 000.00		39 112.50	
318.10	Orientierungstage	20 286.35		22 000.00		20 525.80	
319.00	Entlassungsinspektion, Truppenbesuche, Tagungen	19 093.90		22 000.00		25 109.35	
360.00	Wehrpflichtersatz: Anteil Bund	2 930 035.94		3 250 000.00		2 726 376.95	
365.00	Beiträge	2 390.00		2 000.00		1 860.00	
366.00	Wehrpflichtersatz: Rückerstattungen	498 571.25		350 000.00		499 605.25	
430.00	Wehrpflichtersatz		4 161 116.18		4 250 000.00		3 907 576.45
436.00	Rückvergütung von Betriebskosten		30 496.74		30 000.00		34 200.50
437.00	Bussen, Verwarnungsgebühren		54 761.90		70 000.00		65 001.85

Finanzdepartement

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
27	Finanzdepartement	362 939 513.26	749 652 352.78	341 461 800.00	776 837 100.00	332 155 245.99	759 589 170.69
	Netto Ertrag	386 712 839.52		435 375 300.00		427 433 924.70	
2700	Departementssekretariat	841 198.11	5 382.00	783 200.00	5 500.00	839 918.40	17 280.00
	Netto Aufwand		835 816.11		777 700.00		822 638.40
27010	Verwaltung	841 198.11	5 382.00	783 200.00	5 500.00	839 918.40	17 280.00
	Netto Aufwand		835 816.11		777 700.00		822 638.40
300.00	Kommissionen und Experten			1 000.00			
301.00	Gehälter und Sozialzulagen	523 440.00		534 100.00		573 011.25	
301.70	Aushilfen	19 743.35				6 628.35	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	42 222.30		42 700.00		45 131.20	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	50 490.95		53 400.00		58 479.55	
309.00	Aus- und Weiterbildung	6 568.00		5 000.00		4 220.90	
310.00	Bürokosten, Drucksachen, Verschiedenes	10 523.95		9 000.00		12 048.15	
311.00	Anschaffung von Mobilien und Maschinen			1 000.00		3 229.45	
311.10	EDV-Hardware-Anschaffungen			1 000.00			
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	8 086.50		6 000.00		10 384.10	
317.10	Ehrenkosten	9 493.95		10 000.00		9 958.90	
318.00	EDV-Software-Anschaffungen inkl. Wartung	1 730.36		10 000.00		12 172.95	
318.10	Projektbegleitung, Externe Unterstützung	168 898.75		110 000.00		104 653.60	
434.00	Verschiedene Einnahmen		5 382.00		5 500.00		17 280.00
2710	Personal	8 778 029.50	3 879 697.55	9 159 800.00	4 116 000.00	8 682 175.40	3 594 759.20
	Netto Aufwand		4 898 331.95		5 043 800.00		5 087 416.20
27100	Verwaltung	1 281 928.85	26 359.95	1 259 100.00	5 000.00	1 289 062.10	7 118.75
	Netto Aufwand		1 255 568.90		1 254 100.00		1 281 943.35
301.00	Gehälter und Sozialzulagen	956 722.25		958 500.00		938 393.55	
301.70	Aushilfen	17 274.55				11 536.40	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	76 363.10		76 700.00		73 674.90	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	95 277.15		95 900.00		93 233.90	
309.00	Weiterbildung	1 209.60		5 000.00		1 637.00	

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
310.00	Bürokosten, Drucksachen, Verschiedenes	12 975.35		12 000.00		9 014.35	
311.00	Anschaffung von Mobilien und Maschinen			2 000.00		4 933.45	
311.10	EDV-Hardware-Anschaffungen	4 241.70		2 000.00		57 056.30	
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	9 393.55		7 000.00		10 005.05	
318.00	EDV-Software-Anschaffungen inkl. Wartung	106 107.90		80 000.00		85 410.55	
318.10	Externe Projektbegleitung, Gutachten	2 363.70		20 000.00		4 166.65	
434.00	Erträge aus Dienstleistungen		26 359.95		5 000.00		7 118.75
27120	Leistungen für das Personal	6 500 445.55	3 816 518.10	6 840 700.00	4 080 000.00	6 370 208.75	3 563 280.85
	Netto Aufwand		2 683 927.45		2 760 700.00		2 806 927.90
301.00	Kinderzulagen	2 784 833.75		2 850 000.00		2 708 259.80	
301.10	Leistungszulage	33 350.00		40 000.00		40 600.00	
301.80	Gehälter Berufsbildung	555 895.00		595 100.00		551 267.10	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	111 237.50		110 500.00		114 101.30	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	146.25				425.60	
305.00	Prämien Personalversicherungen	1 505 526.75		1 850 000.00		1 495 517.65	
307.00	Teuerungszulagen an pensionierte Staatsfunktionäre	31 926.60		39 000.00		38 430.60	
307.10	Überbrückungsrenten	1 253 365.30		1 100 000.00		1 231 432.75	
309.00	Personalveranstaltungen	100 893.50		105 000.00		103 735.25	
309.10	Berufsbildungskosten	94 026.85		110 000.00		64 442.50	
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	4 965.85		11 100.00		3 540.05	
	Berufsbildung						
318.00	Projektentwicklung, -begleitung, Gutachten	24 278.20		20 000.00		15 418.00	
366.00	Beiträge an Schadenfälle		44 790.50		76 000.00		43 075.20
436.00	Rückvergütungen Unfallversicherungsprämien		452 476.30		500 000.00		366 288.80
436.10	Entschädigungen der Militär- und Unfallversicherungen		461 184.40		550 000.00		368 481.95
436.20	Erwerbsausfallentschädigungen wegen Militärdienst und Mutterschaft		2 784 833.75		2 850 000.00		2 708 259.80
436.30	Vergütung kant. Familienausgleichskasse		73 233.15		104 000.00		77 175.10
490.00	Verrechnung: Unfallversicherungsprämien						

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
27130	Personalkrütierung	361 813.15	361 813.15	350 000.00	350 000.00	410 536.85	410 536.85
309.00	Personalkrütierung	361 813.15		350 000.00		410 536.85	
	Netto Aufwand						
27140	Personalweiterbildung	160 523.40	23 680.00	225 000.00	20 000.00	148 334.40	12 640.00
309.00	Weiterbildung des Staatspersonals	160 523.40		225 000.00		148 334.40	
436.00	Rückerstattungen		23 680.00		20 000.00		12 640.00
	Netto Aufwand						
27160	Sachversicherungen	473 318.55	13 139.50	485 000.00	11 000.00	464 033.30	11 719.60
318.00	Versicherungsprämien	473 318.55		485 000.00		464 033.30	
436.00	Rückvergütung Versicherungsprämien		6 802.05		5 000.00		5 046.55
490.00	Verrechnung: Haftpflichtversicherungsprämien		6 337.45		6 000.00		6 673.05
	Netto Aufwand						
2720	Finanzwesen	144 922 769.67	69 707 172.43	145 835 000.00	73 049 700.00	116 992 221.94	72 448 403.00
	Netto Aufwand						
27200	Verwaltung	1 092 897.84	2 946.13	1 227 200.00	1 500.00	834 003.73	996.51
301.00	Gehälter und Sozialzulagen	552 891.00		600 700.00		529 106.50	
301.70	Aushilfen	13 093.70		35 000.00			
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	44 101.85		50 900.00		41 600.60	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	51 468.35		60 100.00		50 987.55	
309.00	Weiterbildung	11 848.00		28 000.00		17 930.40	
310.00	Bürokosten, Drucksachen, Verschiedenes	4 949.14		5 000.00		3 857.48	
311.00	Anschaffung von Mobilien und Maschinen	1 512.05		14 500.00		16 778.45	
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	2 862.15		3 500.00		3 328.30	
318.00	Postcheckgebühren, Bankspesen	62 469.63		100 000.00		70 673.51	
318.10	Software-Anschaffungen inkl. Wartung	279 163.36		279 500.00		81 601.94	
	Netto Aufwand						
			1 089 951.71		1 225 700.00		833 007.22
			2 946.13		1 500.00		996.51
			69 707 172.43		73 049 700.00		72 448 403.00
			75 215 597.24		72 785 300.00		44 543 818.94

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
27260	Zinsen	1 353 249.65	2 644 020.09	1 545 000.00	4 156 200.00	1 351 073.85	3 870 982.74
	Netto Ertrag						
322.60	Verzinsung Dotationskapital der Schwyzer Kantonalbank	1 001 516.70		1 000 000.00		1 028 500.00	
323.10	Verzinsung der Spezialfonds	53 062.25		300 000.00		50 343.35	
390.00	Verrechnung: Verzinsung der Fonds	298 670.70		245 000.00		272 230.50	
420.00	Zinsen aus Kontokorrentguthaben Banken		369 646.13		1 000 000.00		981 045.53
421.00	Zinsen aus Festgeldanlagen		744 052.76		1 450 000.00		1 027 388.86
421.10	Zinsen aus Kontokorrentguthaben		166.50		1 000.00		270.35
422.20	Dividenden von Aktien und Anteilscheinen		108 618.00		200 000.00		108 618.00
422.30	Darlehenszins Gemeinde Lachen						300 000.00
426.00	Zins vom Dotationskapital Kantonalbank		1 001 516.70		1 000 000.00		1 028 500.00
426.10	Zins vom Dotationskapital Zentral-schweizer BVG- und Stiftungsaufsicht				1 300.00		
490.00	Verrechnung: Zinsen		420 020.00		503 900.00		425 160.00
27270	Abschreibungen und Forderungen	57 000.00	57 000.00	56 300.00	56 300.00	75 000.00	75 000.00
	Netto Aufwand						
331.10	Abschreibung Investitionsbeiträge	57 000.00		56 300.00		75 000.00	
27280	Inkasso	1 480 957.84	637 822.80	2 037 700.00	715 000.00	1 600 853.77	690 885.57
	Netto Aufwand		843 135.04		1 322 700.00		909 968.20
301.00	Gehälter und Sozialzulagen	240 784.25		232 800.00		231 141.45	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	18 857.75		18 600.00		18 079.05	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	13 372.60		23 300.00		14 788.80	
310.00	Bürokosten, Drucksachen, Verschiedenes	3 914.00		9 000.00		8 983.45	
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	429.75		1 000.00		964.55	
318.00	Postcheckspesen	50 419.94		65 000.00		56 496.67	
318.10	Software Anschaffung und Wartung			8 000.00			
318.20	Betriebskosten	401 292.75		480 000.00		537 910.40	
320.00	Zinsvergütungen	751 886.80		1 200 000.00		732 489.40	
421.00	Verzugszinsen und Zuschläge bei Betreibungen		395 323.70		480 000.00		423 018.70
436.00	Rückvergütungen von Betreibungskosten		242 499.10		235 000.00		267 866.87

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
27290	Salzmonopol		53 599.05	50 000.00	51 617.35	51 617.35	
410.00	Monopolgebühren		53 599.05	50 000.00	51 617.35	51 617.35	
2740	Steuerwesen		605 513 629.04	639 963 000.00	618 156 104.16	618 156 104.16	
	Netto Ertrag	111 601 034.21		99 268 900.00	112 998 321.04	112 998 321.04	
	Netto Aufwand	493 912 594.83		540 694 100.00	505 157 783.12	505 157 783.12	
27400	Verwaltung	19 997 909.96	2 008 132.65	20 492 900.00	20 018 792.88	1 847 968.52	
300.00	Kantonale Steuerkommission	11 575.30	17 989 777.31	12 000.00	16 077.40	1 847 968.52	
301.00	Gehälter und Sozialzulagen	14 989 173.25		15 177 300.00	14 902 102.90	18 170 824.36	
301.70	Aushilfen und Praktikanten	10 481.10		10 000.00	13 706.50		
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	1 175 419.15		1 215 900.00	1 169 659.10		
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	1 469 252.25		1 517 700.00	1 444 302.30		
309.00	Weiterbildung des Personals	63 490.55		75 000.00	88 516.80		
310.00	Bürokosten, Drucksachen, Verschiedenes	313 000.09		380 000.00	368 852.68		
310.10	Aufwand für Steuerseminarien und Konferenzen	106 297.75		130 000.00			
311.00	Anschaffung von Mobilien und Maschinen	28 980.70		50 000.00	26 259.40		
311.10	EDV-Hardware-Anschaffungen inkl. Wartung	104 234.80		100 000.00	41 785.55		
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	65 082.55		60 000.00	70 336.75		
317.10	Ehrenkosten	2 953.10		4 000.00	4 555.00		
318.10	Betriebskosten	86.90		8 000.00	752.90		
318.20	Software-Anschaffungen inkl. Wartung	1 480 833.67		1 593 000.00	1 688 109.60		
318.50	Aufträge an Dritte	88 188.80		50 000.00	79 246.00		
318.60	Einzug der Grundstückgewinnsteuer	88 860.00		110 000.00	104 530.00		
431.00	Einsprachegebühren		48 131.80			96 900.90	
434.00	Rückvergütungen der AHV-Ausgleichskassen für Erhebungen		67 900.00			72 289.00	
434.10	Verkauf EDV-Software		18 387.30			15 934.70	
434.20	Ertrag von Steuerseminaren und Konferenzen		106 297.75	130 000.00			
434.30	Einnahmen für private Schätzungen und Auskünfte		96 545.25	30 000.00		65 357.50	

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
435.00	Verkauf von Drucksachen, Broschüren, Verschiedenes		34 537.00		35 000.00		27 299.50
436.00	Rückvergütungen von Betriebskosten		494.55		5 000.00		987.45
437.00	Bussen		1 635 839.00		1 250 000.00		1 569 199.47
27430	Steuerprozesse	80 112.50	80 112.50	45 000.00	45 000.00	19 549.70	19 549.70
318.00	Prozesskosten und Gutachten	80 112.50		45 000.00		19 549.70	
27440	Kantonale Steuern	82 875 759.05	479 707 389.00	67 520 000.00	498 100 000.00	82 308 881.91	480 070 504.16
	Netto Aufwand	396 831 629.95		430 580 000.00		397 761 622.25	
329.00	Steuerkonti	3 370 980.55		3 300 000.00		3 294 121.45	
	Bezirks-, Gemeinde- und Kultusanteile:						
340.10	Quellensteuer (Inkl. Bundessteuer)	27 194 432.35		23 000 000.00		24 326 047.36	
340.20	Kapital- und Liquidationsgewinnsteuer	144 993.90				145.35	
340.25	Steuer auf Kapitalabfindungen	7 937 747.30		6 570 000.00		8 065 882.45	
340.30	Steuer auf Lotteriegewinnen	246 476.60		650 000.00		8 050 127.55	
340.40	Grundstückgewinnsteuer	1 436.65				2 843.75	
390.00	Zuweisungen an Steuerkraftausgleich (Konti 27.630.490.00 und 27.640.490.00)	43 979 691.70		34 000 000.00		38 569 714.00	
400.00	Einkommens- und Vermögenssteuer	220 761 848.00			272 000 000.00		213 851 577.05
400.40	Quellensteuer	39 303 940.51			34 000 000.00		33 999 554.77
400.50	Kapital- und Liquidationsgewinnsteuer	224 838.90					219.30
400.55	Steuer auf Kapitalabfindungen	14 325 440.14			12 500 000.00		15 365 333.34
400.60	Steuer auf Lotteriegewinnen	421 762.35			1 000 000.00		19 955 114.25
400.70	Nachsteuern	5 210 944.25			800 000.00		2 727 185.10
400.80	Nachträge Einkommens- & Vermögenssteuer	84 378 364.90			83 000 000.00		92 004 882.00
401.00	Ertrags- & Kapitalsteuern jur. Personen	27 115 703.60			26 800 000.00		25 021 173.10
403.00	Grundstückgewinnsteuern	87 964 546.35			68 000 000.00		77 145 465.25

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
27450	Steuerausfallentschädigungen						
	Netto Ertrag						
340.00	Bezirks- und Gemeindeanteile an Steuerausgleich	251 569.00	398 937.00	211 000.00	333 000.00	163 976.00	259 578.00
	Steuerausgleich der Eitelwerk AG aufgrund der von den SBB ausgenützten Wasserkraft:	147 368.00		122 000.00		95 602.00	
400.10	aus dem Sihlwasser (Fr. 11.-- je Kilowatt ausgebaute Bruttoleistung)	251 569.00	398 937.00	211 000.00		163 976.00	259 578.00
27460	Anteile an eidgenössischen Steuern						
	Netto Ertrag						
342.00	Direkte Bundessteuer, Repartitionen, Ausgang	990 094.55	118 369 723.24	1 000 000.00	133 200 000.00	1 260 251.55	129 878 553.98
440.00	Anteil an der direkten Bundessteuer	117 379 628.69		132 200 000.00		128 618 302.43	
440.20	Direkte Bundessteuer, Repartitionen, Ertrag	990 094.55	107 411 656.04	1 000 000.00	124 000 000.00	1 260 251.55	121 169 604.13
440.30	Verrechnungssteuer-Anteil		724 804.20		500 000.00		530 693.85
			10 233 263.00		8 700 000.00		8 178 256.00
27470	Pauschale Steueranrechnung						
	Netto Aufwand						
366.00	Pauschale Steueranrechnung, Vergütungen	7 405 589.15	5 029 447.15	10 000 000.00	6 760 000.00	9 226 869.00	6 099 499.50
450.00	Bundesanteil		2 376 142.00		3 240 000.00		3 127 369.50
452.00	Bezirks- und Gemeindeanteile		3 073 711.00	10 000 000.00	3 700 000.00	9 226 869.00	3 266 464.00
			1 955 736.15		3 060 000.00		2 833 035.50

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
2750	Informatik	6 108 018.69	824 073.75	6 605 100.00	938 700.00	6 680 000.87	776 935.00
	Netto Aufwand		5 283 944.94		5 666 400.00		5 903 065.87
27500	Verwaltung IT-Entwicklung	1 064 709.05	8 494.20	1 074 000.00	16 000.00	960 249.05	960 249.05
	Netto Aufwand		1 056 214.85		1 058 000.00		
300.00	Kommission E-Government	7 791.50		10 000.00		10 721.00	
301.00	Gehälter und Sozialzulagen	640 385.55		635 100.00		635 169.30	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	49 888.05		51 600.00		49 481.75	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	63 426.60		63 500.00		62 905.20	
309.00	Weiterbildung	5 331.50		13 500.00		11 085.00	
310.00	Bürokosten, Drucksachen, Verschiedenes	15 087.45		14 800.00		14 954.85	
311.00	Anschaffung von Mobilien und Maschinen			500.00		219.80	
311.10	EDV-Hardware-Anschaffungen			500.00			
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	9 049.55		8 000.00		8 979.10	
318.00	EDV-Software-Anschaffungen inkl. Wartung			1 500.00			
318.10	Projekte	273 748.85	8 494.20	275 000.00	16 000.00	166 733.05	
434.00	Rückvergütungen E-Governmentprojekte						
27520	IT-Betrieb	5 043 309.64	815 579.55	5 531 100.00	922 700.00	5 719 751.82	776 935.00
	Netto Aufwand		4 227 730.09		4 608 400.00		4 942 816.82
301.00	Gehälter und Sozialzulagen	1 507 545.45		1 528 600.00		1 513 017.55	
301.10	Pikettenschädigungen	7 524.70		4 500.00		4 760.00	
301.70	Aushilfen	1 116.00		10 000.00		25 646.55	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	118 915.80		123 100.00		121 276.55	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	148 340.85		152 900.00		149 452.80	
309.00	Weiterbildung	14 774.10		20 000.00		24 410.20	
310.00	Drucksachen, Bürokosten, Verschiedenes	6 212.90		9 000.00		10 834.49	
311.00	Anschaffung von Mobilien und Fahrzeugen	892.45		2 000.00			
311.20	Hardware-Anschaffungen	47 097.28		77 000.00		103 318.81	
311.30	Anschaffungen Telefonie	136 870.55		124 000.00		143 726.10	
314.00	EDV-Netzwerke	339 412.55		357 500.00		354 999.60	
315.00	Unterhalt Mobilien und Fahrzeuge	1 034.65		2 000.00		2 757.05	
316.10	Mieten und Wartung Hardware	494 519.66		604 500.00		485 520.75	
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	9 608.25		11 000.00		9 529.30	
318.00	Software-Anschaffungen inkl. Wartung	652 547.64		665 400.00		1 270 061.75	

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
318.10	Programmierhilfe / Projektleitung	78 738.46		90 000.00		103 905.62	
318.20	Betrieb Kantonsnetzwerk	1 022 003.45		1 220 000.00		939 112.65	
318.30	Telefonie- und Mietleitungsgebühren	283 576.55		322 000.00		270 450.65	
318.40	Wartung Telefonanlagen	109 578.35		145 000.00		102 971.40	
331.00	Abschreibung Kantonsnetzwerk	63 000.00		62 600.00		84 000.00	
434.00	Beiträge Dritter an Kantonsnetzwerk		59 095.65		49 000.00		9 000.00
439.00	Verschiedene Einnahmen		68 629.10		57 000.00		111 442.65
452.00	Gemeindebeiträge Kantonsnetzwerk		465 622.70		590 000.00		431 815.25
490.00	Verrechnung Telefongebühren		6 232.10		10 700.00		8 677.10
490.10	Verrechnung Informatikleistungen		216 000.00		216 000.00		216 000.00
2760	Finanzausgleich	89 562 931.00	69 563 031.00	78 602 200.00	58 602 200.00	84 921 844.50	64 421 444.50
	Netto Aufwand		19 999 900.00		20 000 000.00		20 500 400.00
27610	Finanzausgleich	19 999 900.00	19 999 900.00	20 000 000.00	20 000 000.00	20 500 400.00	20 500 400.00
341.00	Normaufwandausgleich	19 999 900.00		20 000 000.00		20 500 400.00	
27630	Steuerkraftausgleich der Bezirke (Spezialfinanzierung)	19 239 372.00	19 239 372.00	15 901 200.00	15 901 200.00	17 437 444.50	17 437 444.50
341.00	Beiträge an Bezirke	13 025 800.00		15 865 200.00		12 876 800.00	
380.00	Einlage in Spezialfinanzierung	6 213 572.00		36 000.00		4 560 644.50	
445.00	Beiträge von Bezirken		4 532 200.00		4 532 200.00		4 545 000.00
490.00	Zuweisung Anteil Ertrag Grundstück-gewinnsteuer (Konto 27.440.390.00)		14 659 897.25		11 333 000.00		12 856 571.35
490.10	Zinsertrag (Verrechnung)		47 274.75		36 000.00		35 873.15
27640	Steuerkraftausgleich der Gemeinden (Spezialfinanzierung)	50 323 659.00	50 323 659.00	42 701 000.00	42 701 000.00	46 984 000.00	46 984 000.00
341.00	Beiträge an Gemeinden	46 513 600.00		42 667 000.00		46 984 000.00	
380.00	Einlage in Spezialfinanzierung	3 810 059.00		34 000.00			
445.00	Beiträge von Gemeinden		20 970 400.00		20 000 000.00		21 121 100.00

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
480.00	Bezug aus Spezialfinanzierung						116 002.80
490.00	Zuweisung Anteil Ertrag Grundstück-gewinnsteuer (Konto 27.440.390.00)		29 319 794.45		22 667 000.00		25 713 142.65
490.10	Zinsertrag (Verrechnung)		33 464.55		34 000.00		33 754.55
2780	Finanzkontrolle	613 097.95	613 097.95	674 300.00	12 000.00	540 586.90	18 689.80
	Netto Aufwand				662 300.00		521 897.10
27800	Verwaltung	613 097.95	613 097.95	674 300.00	12 000.00	540 586.90	18 689.80
	Netto Aufwand				662 300.00		521 897.10
301.00	Gehälter und Sozialzulagen	456 557.65		458 600.00		345 398.55	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	35 295.75		36 700.00		26 706.70	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	45 043.80		45 900.00		32 869.95	
309.00	Weiterbildung	13 322.00		17 100.00		9 670.00	
310.00	Bürokosten	8 700.30		12 000.00		7 421.85	
311.00	Anschaffung von Mobilien und Maschinen			1 000.00		41 374.70	
311.10	EDV-Hardware-Anschaffungen					182.35	
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	4 498.45		3 000.00		3 994.05	
318.00	EDV-Software-Anschaffungen inkl. Wartung					392.75	
318.10	Externe Unterstützung	49 680.00		100 000.00		72 576.00	
439.00	Verschiedene Einnahmen				2 000.00		18 689.80
450.00	Vergütung des Bundes an Aufsicht über Bau und Unterhalt der Nationalstrassen				10 000.00		
2790	Datenschutz	512 434.13	159 367.01	533 300.00	150 000.00	500 176.94	155 555.03
	Netto Aufwand		353 067.12		383 300.00		344 621.91
27900	Verwaltung	512 434.13	159 367.01	533 300.00	150 000.00	500 176.94	155 555.03
	Netto Aufwand		353 067.12		383 300.00		344 621.91
301.00	Gehälter und Sozialleistungen	375 692.85		371 000.00		367 376.70	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	28 205.85		29 700.00		28 377.80	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	36 438.60		37 100.00		35 882.40	
309.00	Weiterbildung	605.00		3 000.00		924.60	
310.00	Bürokosten, Verschiedenes	20 780.53		25 000.00		17 049.74	
316.00	Büromiete	28 620.00		30 000.00		28 620.00	

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	3 702.50		9 000.00		3 124.65	
318.00	EDV-Software-Anschaffungen inkl. Wartung	18 388.80		18 500.00		18 388.80	
318.10	Dienstleistungen Dritter			10 000.00		432.25	
451.00	Beiträge der Kantone NW und OW		159 367.01		150 000.00		155 555.03

Baudepartement

81

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
28	Baudepartement	202 076 395.60	155 656 633.54	210 511 900.00	156 627 600.00	197 159 695.65	151 845 860.51
	Netto Aufwand		46 419 762.06		53 884 300.00		45 313 835.14
2800	Departementssekretariat	661 287.70	1 255.00	732 400.00	1 000.00	784 810.90	1 255.00
	Netto Aufwand		660 032.70		731 400.00		783 555.90
28010	Verwaltung	661 287.70	1 255.00	732 400.00	1 000.00	784 810.90	1 255.00
	Netto Aufwand		660 032.70		731 400.00		783 555.90
300.00	Schätzungskommissionen	896.00		1 000.00			
301.00	Gehälter und Sozialzulagen	524 756.70		572 500.00		611 605.90	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	41 114.95		45 800.00		47 749.90	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	45 431.20		57 300.00		53 340.30	
309.00	Weiterbildung	4 226.95		4 200.00		1 860.00	
310.00	Bürokosten, Verschiedenes	5 580.60		10 000.00		10 798.35	
311.00	Anschaffung von Mobilien und Maschinen	843.85				17 194.75	
312.00	Energie	2 263.30		2 200.00		2 093.35	
316.00	Fahrzeugmiete	3 821.85		2 200.00		3 578.20	
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	4 880.00		7 200.00		5 728.15	
317.10	Ehrenkosten	8 128.20		10 000.00		9 595.15	
318.10	EDV-Software-Anschaffungen	11 629.10		12 000.00		11 652.10	
318.20	Aufträge an Dritte	7 715.00		8 000.00		1 899.75	
365.00	Beiträge an Vereine und Institutionen		1 255.00		1 000.00	7 715.00	1 255.00
431.00	Gebühren						
2820	Strassenwesen (Spezialfinanzierung)	70 183 175.38	70 183 175.38	68 576 700.00	68 576 700.00	67 165 134.07	67 165 134.07
28200	Verwaltung	5 115 228.34	451 866.70	6 052 400.00	254 000.00	5 208 038.91	225 127.05
	Netto Aufwand		4 663 361.64		5 798 400.00		4 982 911.86
301.00	Gehälter und Sozialzulagen	3 410 557.80		3 992 400.00		3 530 675.60	
301.70	Aushilfen	11 905.30		20 000.00			
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	266 189.30		321 000.00		275 820.70	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	334 255.60		399 200.00		347 733.70	

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
305.00	Unfallversicherung (SUVA)	42 516.80		46 000.00		42 965.10	
309.00	Weiterbildung	45 493.20		32 000.00		22 810.75	
310.00	Bürokosten, Verschiedenes	136 360.54		52 300.00		80 193.26	
311.00	Anschaffung von Mobilien und Maschinen	28 970.85		11 500.00		27 049.55	
311.10	Anschaffung von Instrumenten			800.00			
311.70	EDV-Hardware-Anschaffung	8 341.85		4 400.00		8 372.75	
312.00	Energie	5 892.80		6 000.00		5 450.35	
315.00	Unterhalt von Laborgeräten und Instrumenten	189.00		500.00		734.40	
316.00	Büromiete	208 612.80		210 000.00		210 576.30	
316.10	Fahrzeugniete	8 252.25		8 500.00		7 276.95	
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	91 023.50		82 000.00		85 016.65	
318.00	Telefongebühren	7 110.85		10 000.00		9 622.50	
318.20	EDV-Software-Anschaffung inkl. Wartung und Projektbegleitung	48 565.75		62 300.00		108 544.23	
318.40	Optimierung Führungssysteme	89 023.45		153 000.00		68 279.51	
318.50	Betriebsrechnung Strassenwesen	20 294.65		23 000.00		22 012.30	
318.70	Verkehrszählungen	149 797.85		200 000.00		185 383.90	
318.80	Unterstützung durch externe Büros	20 736.75		250 000.00		61 263.45	
318.90	Mehrwertsteuer	73 805.90		60 000.00		857.71	
390.10	Verrechnung Haftpflichtversicherungsprämien	1 331.55		1 500.00		1 399.25	
390.20	Verrechnung: Informatikleistungen	106 000.00		106 000.00		106 000.00	
431.00	Gebühren	223 309.80			100 000.00	68 558.50	
434.00	Entschädigung Projektierung/Bauleitung	20 700.00				2 816.85	
436.00	Unfallentschädigung der SUVA	25 789.50			2 000.00	2 693.15	
436.10	Lohnausfallentschädigungen	655.35			2 000.00	22 470.15	
460.00	Bundesbeitrag an Verwaltungskosten der Nationalstrassen	181 412.05			150 000.00	128 588.40	
28210	Unterhalt der Nationalstrassen	496 174.29	426 435.20	507 300.00	450 000.00	497 003.83	437 822.15
	Netto Aufwand		69 739.09		57 300.00		59 181.68
301.00	Gehälter und Sozialzulagen	374 147.35		380 500.00		373 370.35	
301.80	Zulagen	21 123.10		22 000.00		19 402.90	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	30 269.25		32 200.00		30 222.15	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	35 913.75		38 100.00		38 221.80	

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
305.00	Prämien an die Unfallversicherung (SUVA)	17 347.55		16 500.00		18 116.50	
318.90	Mehrwertsteuer	17 373.29	426 435.20	18 000.00	450 000.00	17 670.13	437 822.15
451.00	Rückerstattungen Kanton Uri						
28230	Kantonsstrassenunterhalt	18 421 420.00	1 117 445.80	18 508 700.00	793 000.00	21 068 729.15	947 739.20
	Netto Aufwand		17 303 974.20		17 715 700.00		20 120 989.95
301.00	Gehälter, Arbeitslöhne und Sozialzulagen	3 917 598.80		3 948 100.00		3 992 805.10	
301.80	Zulagen an Strassenwärter	164 934.45		179 000.00		169 452.05	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	310 875.10		315 800.00		313 453.00	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	394 177.15		394 800.00		391 211.70	
305.00	Prämien an die Unfallversicherung (SUVA)	163 085.00		160 000.00		170 899.05	
309.00	Weiterbildung	18 090.00		5 000.00		15 511.20	
310.00	Bürokosten, Verschiedenes	48 468.55		55 000.00		48 466.95	
311.00	Anschaffungen Fahrzeuge, Maschinen und Geräte	698 032.50		700 000.00		1 090 483.75	
312.00	Heizung, Beleuchtung, Wasser Werkhof Ingenbohl	86 079.90		59 000.00		68 224.75	
313.00	Betriebskosten Fahrzeuge, Maschinen und Geräte	1 084 723.21		870 000.00		946 702.47	
314.00	Gebäudeunterhalt Werkhof Ingenbohl	215 644.60		212 000.00		262 258.95	
314.20	Betrieblicher Unterhalt	4 798 308.69		3 500 000.00		4 736 430.09	
314.30	Baulicher Unterhalt	6 395 142.95		8 000 000.00		8 756 760.65	
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	81 112.00		67 000.00		65 719.50	
318.00	Telefongebühren, Verschiedenes	9 883.60		10 000.00		10 638.60	
318.10	Sachversicherung	12 292.35		12 000.00		12 345.35	
318.90	Mehrwertsteuer	21 420.85		19 000.00		15 764.69	
390.10	Verrechnung Haftpflichtversicherungsprämien	1 550.30		2 000.00		1 601.30	
434.20	Rückvergütung von Arbeitslöhnen		747 501.65		590 000.00		558 180.35
435.10	Salzverkauf		336 530.55		150 000.00		323 918.25
436.00	Unfallentschädigung der SUVA		30 119.00		40 000.00		62 611.20
436.10	Lohnausfallentschädigungen		3 294.60		13 000.00		3 029.40
28260	Kantonsbeiträge an Strassen und Wege	2 917 112.80	2 917 112.80	2 900 000.00	2 900 000.00	3 572 610.50	3 572 610.50
	Netto Aufwand						
362.00	Beiträge an Verbindungsstrassen	2 917 112.80		2 900 000.00		3 572 610.50	

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
28280	Finanzierung, Abschreibung	43 233 239.95	68 187 427.68	40 608 300.00	67 079 700.00	36 818 751.68	65 554 445.67
	Netto Ertrag	24 954 187.73		26 471 400.00		28 735 693.99	
332.00	Zusätzliche Abschreibung	43 233 239.95	18 328 727.27	40 608 300.00	18 284 700.00	36 818 751.68	17 194 117.40
460.00	Anteil Benzinzoll, Schwerverkehrsabgabe und Vignette		49 641 701.16		48 620 000.00		48 157 725.47
490.00	Verrechnung: Nettoertrag Verkehrsamt (Konto 28.750.390.00)		216 999.25		175 000.00		202 602.80
490.10	Verrechnung: Zinsertrag						
2830	Hochbauamt	31 215 718.51	6 489 698.90	33 902 300.00	6 762 000.00	32 659 523.99	7 820 801.00
	Netto Aufwand	24 726 019.61		27 140 300.00		24 838 722.99	
28305	Verwaltung	2 725 900.34	28 754.05	3 199 800.00	19 000.00	2 853 157.56	20 847.40
	Netto Aufwand	2 697 146.29		3 180 800.00		2 832 310.16	
301.00	Gehälter und Sozialzulagen	1 848 831.05		2 162 500.00		1 912 924.95	
301.70	Aushilfen			10 000.00		10 759.05	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	143 840.00		173 800.00		150 297.60	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	176 331.80		216 300.00		186 592.20	
309.00	Weiterbildung	24 204.09		34 000.00		55 356.60	
310.00	Bürokosten, Verschiedenes	19 089.10		30 000.00		34 646.26	
311.00	Anschaffung von Mobilien und Maschinen	11 937.50		10 000.00		14 616.10	
311.10	EDV-Hardware-Anschaffungen	2 504.40		2 200.00		1 353.70	
312.00	Energie, Wasser			4 000.00		369.55	
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	34 191.90		36 000.00		42 677.90	
318.00	Gutachten, Expertisen	353 282.90		410 000.00		307 247.15	
318.10	EDV-Software-Anschaffungen inkl. Wartung und Projektbegleitung	39 614.45		44 500.00		76 939.85	
318.20	Liegenschaftskataster, Planarchiv	58 348.15		52 000.00		46 326.65	
365.00	Beiträge an Vereine und Institutionen	13 725.00		14 500.00		13 050.00	
436.20	Rückstattung Gehälter		28 754.05		19 000.00		20 847.40

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
28320	Liegenschaftserträge						
	Netto Ertrag						
318.90	Mehrwertsteuer	5 745.40	2 097 051.45	7 000.00	1 895 000.00	5 623.30	2 588 809.45
423.00	Miet-, Pacht- und Baurechtzins des Finanzvermögens	2 091 306.05		1 888 000.00		2 583 186.15	
		5 745.40	365 923.00	7 000.00	375 000.00	5 623.30	364 113.00
427.00	Miet-, Pacht- und Baurechtzins des Verwaltungsvermögens		1 196 955.50		980 000.00		1 689 125.10
427.10	Baurechtzins und Umsatzzanteile Rastplatz Fuchsberg N 3		340 840.20		350 000.00		342 528.85
434.00	Parkplatzgebühren		193 332.75		190 000.00		193 042.50
28330	Unterhalt, Wartung und Verwaltung	24 749 843.07	739 461.05	25 205 500.00	467 000.00	24 163 937.03	536 531.25
	Liegenschaften		24 010 382.02		24 738 500.00		23 627 405.78
301.00	Gehälter Gebäudereinigung	391 689.45		379 400.00		424 055.90	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	30 506.85		30 400.00		30 284.65	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	18 237.60		37 900.00		21 182.40	
311.00	Einrichtung neuer Verwaltungsräume	307 918.30		340 000.00		219 524.65	
312.00	Energie, Wasser	1 057 415.40		950 000.00		941 861.30	
313.00	Betriebsmaterial	125 812.75		135 000.00		169 017.26	
314.00	Baulicher Unterhalt	4 870 191.72		4 907 000.00		4 282 018.12	
315.20	Betrieblicher Unterhalt	58 363.01		76 000.00		72 124.60	
316.00	Mieten	6 537 535.29		6 800 000.00		5 941 225.90	
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	3 471.50		6 000.00		2 523.95	
318.00	Kehricht, verschiedene Dienstleistungen	87 160.20		95 000.00		87 996.60	
318.10	Externe Verwaltungen und Wartungen	214 777.75		200 000.00		229 701.50	
318.30	Arbeitssicherheit	3 763.30		14 000.00			
331.00	Abschreibungen Hochbauten	10 777 757.85		10 950 800.00		11 461 648.80	
390.00	Verrechnung: Betriebskosten Verwaltungsräume und Staatsarchiv KKS (24.340.490.00)	265 242.10		284 000.00		280 771.40	
436.00	Versicherungsentschädigungen		2 090.55		1 000.00		
439.00	Verschiedene Einnahmen		221 059.15		11 000.00		75 414.00
490.10	Übertrag aus Rechnung Verkehrsamt (28.740.390.30)		516 311.35		455 000.00		461 117.25

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
28360	Energie	3 734 229.70	3 624 432.35	5 490 000.00	4 381 000.00	5 636 806.10	4 674 612.90
	Netto Aufwand		109 797.35	1 109 000.00		962 193.20	
318.00	Planung kant. Energieversorgung, Begutachtungen, Hydrometrie und Verschiedenes	24 931.25		30 000.00		14 110.20	
318.10	Rationelle Energienutzung	42 819.45		60 000.00		46 227.90	
366.00	Beiträge Förderprogramm Energie	1 313 774.00		1 400 000.00		1 734 473.00	
375.00	Durchlaufender Bundesbeitrag	2 352 705.00		4 000 000.00		3 841 995.00	
435.00	Ertrag aus Verkauf von Vorzugsenergie		721 272.35		180 000.00		178 717.90
439.00	Verschiedene Einnahmen		1 755.00		1 000.00		3 900.00
460.00	Bundesbeiträge		548 700.00		200 000.00		650 000.00
470.00	Durchlaufender Bundesbeitrag		2 352 705.00		4 000 000.00		3 841 995.00
2860	Amt für öffentlichen Verkehr	39 979 575.85	17 551 442.50	47 980 500.00	20 955 900.00	38 201 959.55	17 370 712.40
	Netto Aufwand		22 428 133.35		27 024 600.00		20 831 247.15
28600	Verwaltung	39 979 575.85	17 551 442.50	47 980 500.00	20 955 900.00	38 201 959.55	17 370 712.40
	Netto Aufwand		22 428 133.35		27 024 600.00		20 831 247.15
301.00	Gehälter und Sozialzulagen	409 898.30		437 600.00		339 980.15	
301.70	Aushilfen			1 000.00			
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	31 665.55		35 000.00		26 172.45	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	39 620.70		43 800.00		33 294.60	
309.00	Weiterbildung	15 653.40		15 000.00		7 400.00	
310.00	Bürokosten, Verschiedenes	259.70		1 500.00		424.90	
311.00	Anschaffung von Mobilien, Maschinen und Instrumenten	28 924.00		2 000.00		1 379.90	
311.10	EDV-Hardware-Anschaffung	1 226.70		2 000.00			
312.00	Energie	940.65		1 200.00		870.00	
316.10	Fahrzeugmieten	1 933.30		2 000.00		1 715.50	
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	5 068.90		4 000.00		6 083.35	
318.00	Projektierungen	261 231.15		600 000.00		352 158.85	
318.10	Öffentlichkeitsarbeit			4 000.00			
318.20	Telefongebühren	1 018.20		1 000.00		875.25	
331.00	Abschreibung Investitionsbeiträge	3 997 541.00		4 910 400.00		2 671 793.00	
361.00	Konkordatskosten über die nicht eidgenössischen koncessionierten Luftseilbahnen & Lifte	57 527.05		58 500.00		56 927.00	

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
364.00	Abteilungen an öffentliche Transport- unternehmungen	33 786 851.00		40 400 000.00		33 820 868.45	
364.10	Beiträge an Tarifverbunde und Tarif- gemeinschaften	962 176.05		1 000 000.00		504 729.15	
365.00	Beiträge an Vereine und Institutionen	4 290.20		4 000.00		3 537.00	
390.00	Verrechnung: Zinsen	373 750.00		457 500.00		373 750.00	
431.00	Kontrollgebühren für nicht eidgenössisch konzessionierte Luftseilbahnen		48 900.00		50 000.00		48 489.00
431.10	Bewilligungsgebühren		4 050.00		5 900.00		2 535.00
450.00	Rückerstattung Bund für Projektierungen		123 979.35		200 000.00		157 287.70
452.00	Bezirks- und Gemeindebeiträge an die Abteilungen		16 892 289.40		20 200 000.00		16 910 036.11
452.10	Bezirks- und Gemeindebeiträge an Tarif- verbunde und -gemeinschaften		482 223.75		500 000.00		252 364.59
2870	Verkehrsamt	60 036 638.16	61 431 061.76	59 320 000.00	60 332 000.00	58 348 267.14	59 487 958.04
	Netto Ertrag	1 394 423.60		1 012 000.00		1 139 690.90	
28710	Motorfahrzeuge	375 559.65	57 852 459.51	360 000.00	57 100 000.00	369 529.45	56 227 332.59
	Netto Ertrag	57 476 899.86		56 740 000.00		55 857 803.14	
313.00	Anschaffung von Schildern, Ausweisen usw.	375 559.65		360 000.00		369 529.45	
406.00	Ertrag an Verkehrssteuern		48 327 268.22		47 300 000.00		46 560 592.94
431.00	Prüfungs- und Bewilligungsgebühren		4 755 133.90		4 900 000.00		4 832 375.60
431.10	Schilder, Ausweise, Verschiedenes		4 770 057.39		4 900 000.00		4 834 364.05
28720	Fahrräder und Motorfahrräder	80 987.80	173 471.50	84 000.00	171 000.00	77 434.75	165 081.25
	Netto Ertrag	92 483.70		87 000.00		87 646.50	
313.00	Anschaffung von Schildern und Ausweisen	3 522.20		8 000.00		3 170.55	
319.00	Motorfahrradversicherung Ausgaben	77 465.60		76 000.00		74 264.20	
431.00	Gebühren, Schilder, Ausweise und Verschiedenes		87 084.00		95 000.00		83 582.75
436.00	Motorfahrradversicherung Einnahmen		86 387.50		76 000.00		81 498.50

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
287.40	Verwaltung	8 294 653.95	366 971.55	8 558 000.00	351 000.00	8 164 794.67	377 070.50
	Netto Aufwand		7 927 682.40		8 207 000.00		7 787 724.17
301.00	Gehälter und Sozialzulagen	5 293 140.90		5 280 900.00		5 387 786.55	
301.70	Aushilfen			5 000.00			
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	412 539.25		422 500.00		420 951.10	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	506 813.70		528 100.00		515 895.45	
309.00	Aus- und Weiterbildungskosten Personal	30 905.55		33 000.00		19 765.00	
310.00	Bürokosten, Verschiedenes	61 959.15		70 000.00		65 488.97	
311.00	Anschaffung von Mobilien & Büromaschinen	16 109.80		35 000.00		64 499.15	
311.10	EDV-Hardware-Anschaffungen	44 496.70		50 000.00		33 474.65	
312.00	Beleuchtung, Heizung, Wasser und Wartung	19 649.85		30 000.00		18 859.25	
314.00	EDV-Netzwerke					235.10	
315.00	Anschaffung und Unterhalt der Geräte, Maschinen und Anlagen	148 219.15		146 000.00		110 569.95	
315.10	Büromaschinen Unterhalt	4 515.45		4 000.00		3 579.40	
315.20	Unterhalt Parkplatz und Parkuhren	1 874.85		2 000.00			
316.00	EDV-Miete und Wartung	33 189.52		49 000.00		33 004.44	
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	55 263.50		58 000.00		50 563.50	
318.00	Telefon, Porti, Postcheckgebühren	453 139.74		444 000.00		440 548.41	
	Betriebskosten						
318.10	Software-Anschaffungen, Programmierhilfe	476 966.84		689 000.00		302 739.55	
318.20	Sachversicherung	9 420.30		15 000.00		9 369.20	
318.30	Expertisen			500.00		108.00	
318.90	Mehrwertsteuer	7 917.50		11 000.00		7 890.35	
319.00	Autobetriebskosten und Anschaffungen	37 531.05		52 000.00		53 858.70	
390.00	Verrechnung: Büromaterial	9 660.50		9 000.00		8 022.60	
390.10	Verrechnung: Unfall- und Haftpflichtversicherungsprämien	45 029.30		59 000.00		46 468.10	
390.20	Verrechnung: Informatikleistungen	110 000.00		110 000.00		110 000.00	
390.30	Verrechnung: Liegenschaftunterhalt und Reinigung (28.330.490.10)	516 311.35		455 000.00		461 117.25	
434.00	Parkplatzgebühren		36 018.60		33 000.00		40 394.30
450.00	Inkasso-Entsündigung für Schwerverkehrsabgabe und Autobahnvignetten		330 952.95		318 000.00		336 676.20

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
28750	Nettoertrag Verkehrsamt	49 641 701.16	49 641 701.16	48 620 000.00	48 620 000.00	48 157 725.47	48 157 725.47
	Netto Aufwand						
390.00	Zuweisung an den Bau und Unterhalt der Strassen (Konto 28.280.490.00)	49 641 701.16		48 620 000.00		48 157 725.47	
28770	Schiffskontrolle	1 626 601.55	2 526 713.60	1 681 000.00	2 425 000.00	1 556 899.45	2 433 544.55
	Netto Ertrag						
301.00	Gehälter und Sozialzulagen	509 111.85		524 200.00		422 916.10	
301.20	Entschädigung Prüfungsexperten	3 240.00		3 000.00		3 000.00	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	40 234.05		41 900.00		33 376.35	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	50 441.55		52 400.00		41 199.00	
310.00	Bürokosten, Verschiedenes	6 676.95		15 000.00		11 751.20	
311.00	Anschaffung von Mobilien und Maschinen			3 000.00		4 696.10	
312.00	Beleuchtungskosten der Durchlässe	12 048.55		5 500.00		4 606.55	
313.00	Anschaffung von Schildern und Ausweisen	10 670.50		3 000.00		15 298.40	
313.10	Autoanschaffungs- und Betriebskosten	3 525.85		5 000.00		4 975.15	
314.00	Unterhalt kantonalen Strandboden	18 900.00		25 000.00		8 949.45	
315.00	Anschaffung und Unterhalt der Geräte, Maschinen und Anlagen	75 866.45		79 000.00		123 183.85	
316.00	Büromiete	9 035.25		9 000.00		9 310.45	
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	12 341.50		17 000.00		16 465.00	
318.10	Beseitigung von Treibgut	6 509.05		30 000.00		3 171.85	
390.00	Zuweisung an Seepolizei 25.600.490.00	868 000.00		868 000.00		854 000.00	
406.00	Schiffsteuern inkl. Sturmwarndienst		2 252 700.30		2 150 000.00		2 177 107.05
431.00	Prüfungs- und Bewilligungsgebühren		197 115.00		200 000.00		178 822.50
431.10	Schilder, Ausweise, Verschiedenes		76 898.30		75 000.00		77 615.00
28790	Kantonshabe	17 134.05	511 445.60	17 000.00	285 000.00	21 883.35	284 929.15
	Netto Ertrag						
314.00	Unterhalt Umgebung	17 134.05		17 000.00		21 883.35	
410.00	Konzessionsgebühren für Strandboden		464 300.60		240 000.00		241 628.15
434.00	Benützungsgebühren		47 145.00		45 000.00		43 301.00
		494 311.55		268 000.00		263 045.80	

Umweltdepartement

90

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
Laufende Rechnung							
29	Umweltdepartement	26 345 426.03	9 410 853.95	28 676 800.00	9 121 400.00	25 303 677.19	8 198 864.10
	Netto Aufwand	16 934 572.08		19 555 400.00		17 104 813.09	
2900	Departementssekretariat	364 517.55	364 517.55	396 600.00	396 600.00	372 014.00	20.00
	Netto Aufwand					371 994.00	
29010	Verwaltung	364 517.55	364 517.55	396 600.00	396 600.00	372 014.00	20.00
301.00	Gehälter und Sozialzulagen	291 289.30		315 800.00		297 144.55	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	22 262.50		25 300.00		22 710.90	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	28 516.80		31 600.00		28 917.40	
309.00	Weiterbildung	4 047.45		4 000.00		2 943.70	
310.00	Bürokosten, Verschiedenes	3 860.75		5 700.00		5 335.95	
311.00	Anschaffung von Mobilien			1 500.00		2 743.35	
311.10	EDV-Hardware-Anschaffungen	1 140.90		800.00		119.70	
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	152.05		900.00		2 109.55	
317.10	Ehrenkosten	13 247.80		10 000.00		9 988.90	
318.00	EDV-Software-Anschaffungen			1 000.00			20.00
439.00	Verschiedene Einnahmen						
2910	Amt für Umweltschutz	4 676 747.56	402 722.05	4 590 300.00	344 000.00	4 250 320.37	370 191.25
	Netto Aufwand	4 274 025.51		4 246 300.00		3 880 129.12	
29110	Verwaltung	2 727 763.86	191 237.55	2 698 200.00	159 000.00	2 763 628.75	173 602.50
	Netto Aufwand	2 536 526.31		2 069 400.00		2 590 026.25	
301.00	Gehälter und Sozialzulagen	2 068 246.20		2 069 400.00		2 096 683.85	
301.70	Aushilfen	48 811.95		12 500.00		38 230.40	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	166 253.35		166 600.00		167 541.30	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	204 280.15		206 900.00		210 447.80	
309.00	Weiterbildung	30 457.45		20 000.00		12 834.60	
310.00	Bürokosten, Verschiedenes	19 461.91		32 000.00		33 588.72	
311.00	Anschaffung von Mobilien und Maschinen	16 296.25		8 500.00		9 150.35	
311.10	EDV-Hardware-Anschaffungen	1 509.90		3 000.00		1 279.10	

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
316.00	Fahrzeugmieten	7 395.55		8 500.00		7 362.50	
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	25 793.35		30 000.00		29 168.60	
318.00	Information Umweltschutz	66 553.10		57 000.00		50 622.17	
318.10	EDV-Software-Anschaffungen	42 704.70		53 800.00		76 719.36	
390.00	Zuweisung an Wildhut (29.230.490.00)	30 000.00	159 237.55	30 000.00	129 000.00	30 000.00	143 602.50
431.00	Gebühren		32 000.00		30 000.00		30 000.00
460.00	Bundesbeitrag						
29130	Gewässerschutz	835 822.75	81 656.50	1 022 100.00	75 000.00	698 362.62	86 948.75
	Netto Aufwand		754 166.25		947 100.00		611 413.87
318.00	Analysen, Planungen, Studien	511 132.75		587 000.00		288 861.37	
331.00	Abschreibung Investitionsbeiträge	324 690.00		435 100.00		409 501.25	
490.00	Zuweisung aus Gebühren für Wasserentnahmen aus öffentlichen Gewässern (29.420.390.00)		81 656.50		75 000.00		86 948.75
29150	Umweltschutz	1 113 160.95	129 828.00	870 000.00	110 000.00	788 329.00	109 640.00
	Netto Aufwand		983 332.95		760 000.00		678 689.00
318.00	Messungen, Analysen, Planungen, Studien	549 750.65		550 000.00		501 926.10	
362.00	Beiträge an Schiessanlagen	563 410.30		320 000.00		286 402.90	
450.00	Bundesbeiträge		129 828.00		110 000.00		109 640.00
2920	Amt für Natur, Jagd und Fischerei	4 748 717.43	2 243 796.80	4 965 300.00	2 238 500.00	4 729 179.35	2 265 788.55
	Netto Aufwand		2 504 920.63		2 726 800.00		2 463 390.80
29210	Verwaltung	420 267.55	420 267.55	398 200.00	398 200.00	433 229.35	433 229.35
301.00	Gehälter und Sozialzulagen	289 061.00		286 100.00		282 529.40	
301.70	Aushilfen	10 194.60		10 000.00		11 000.00	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	23 536.10		23 700.00		22 805.80	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	29 684.20		28 600.00		28 178.00	
309.00	Weiterbildung, Kurskosten	2 970.85		3 000.00		5 040.40	
310.00	Bürokosten, Verschiedenes	6 896.10		8 000.00		7 169.50	
311.00	Anschaffung von Mobilien			1 000.00		16 950.45	
311.10	EDV Hardware-Anschaffungen	210.30		500.00		158.40	

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	28 879.10		23 000.00		25 449.40	
318.00	EDV-Software-Anschaffungen inkl. Wartung	22 755.30		8 300.00		28 218.00	
365.00	Beiträge an Organisationen	6 080.00		6 000.00		5 730.00	
29230	Jagdregal	7 49 629.88	677 401.00	7 40 500.00	699 000.00	771 826.90	695 560.10
	Netto Aufwand	72 228.88		41 500.00		76 266.80	
300.00	Jagd-, Jagdprüfungs- und Wildschadenkommission, Jagdleihgang und Prüfung	8 708.10		7 500.00		4 566.30	
301.00	Gehälter und Sozialzulagen der Wildhüter	463 114.45		452 000.00		460 863.50	
301.20	Nacht- und Sonntagsentschädigung	3 902.00		11 000.00		8 278.80	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	36 586.15		37 700.00		36 796.65	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	44 408.40		45 200.00		45 115.50	
309.00	Kurskosten	1 366.00		1 500.00		1 730.00	
310.00	Bürokosten, Verschiedenes	10 772.40		9 000.00		8 938.30	
313.00	Ausrüstung der Wildhüter	6 558.84		8 000.00		11 292.35	
316.00	Büroentschädigung	4 800.00		4 800.00		4 800.00	
317.00	Aussenwohnorts- und Reiseentschädigungen	89 425.60		97 000.00		89 020.75	
317.10	Entschädigung für Schweiss Hunde	11 337.95		11 800.00		9 278.00	
318.00	Jägerdritthatsversicherung	1 266.90		5 000.00		8 930.35	
318.10	Kosten für Projekte, Gutachten usw.	17 820.49		10 000.00		29 742.75	
318.20	EDV-Software-Anschaffungen inkl. Wartung	647.35		2 000.00		364.00	
319.00	Wildschadenvergütung und -verhütung	44 832.00		33 000.00		47 929.35	
390.00	Verrechnung: Unfall- und Haftpflichtversicherung der Wildhüter	4 083.25		5 000.00		4 180.30	
410.00	Erlös für Fallwild, Bestandesregulierungen usw.		37 928.00		40 000.00		37 298.10
410.10	Ertrag Patenttaxen		429 529.00		450 000.00		440 526.00
431.00	Gebühren für Jäger-Eignungsprüfungen		5 750.00		5 000.00		13 650.00
434.00	Jäger-Dritthatsversicherung		5 247.00		5 000.00		5 139.00
460.00	Bundesbeitrag		103 947.00		104 000.00		103 947.00
490.00	Zuweisung von Gewässerschutz (29.110.390.00)		30 000.00		30 000.00		30 000.00
490.10	Zuweisung von der Fischerei (29.240.390.00)		35 000.00		35 000.00		35 000.00
490.20	Zuweisung aus Natur- und Landschaftsschutz (29.260.390.00)		30 000.00		30 000.00		30 000.00

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
2930	Amt für Wald und Naturgefahren						
	Netto Aufwand	8 039 756.72	1 084 475.05	9 172 400.00	1 040 000.00	8 085 297.70	1 085 601.50
			6 955 281.67		8 132 400.00		6 999 696.20
29310	Verwaltung	3 378 316.27	935 451.60	3 632 200.00	910 000.00	3 501 083.65	968 269.25
	Netto Aufwand		2 442 864.67		2 722 200.00		2 532 814.40
301.00	Gehälter und Sozialzulagen	2 638 432.30		2 830 800.00		2 737 278.40	
301.70	Aushilfen, Praktikanten	6 471.65		13 000.00		6 884.25	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	207 452.05		227 500.00		213 732.15	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	260 277.50		283 100.00		267 899.30	
310.00	Bürokosten, Verschiedenes	14 210.47		18 500.00		16 344.20	
311.00	Anschaffung Mobilien und Büromaschinen	3 851.20		3 000.00		8 077.40	
311.10	EDV-Hardware-Anschaffungen	95.00		6 400.00		1 479.15	
313.00	Kleiderentschädigungen	4 238.80		4 500.00		2 299.40	
316.00	Büromieten, Wartung und Nebenkosten	18 960.30		21 400.00		19 623.40	
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	152 380.35		145 000.00		149 366.25	
318.00	Telefongebühren	14 839.25		13 500.00		15 441.10	
318.10	EDV-Software-Anschaffungen und Wartung	6 307.20		10 500.00		10 563.95	
318.90	Mehrwertsteuer	50 800.20		55 000.00		52 094.70	854 010.45
434.00	Entschädigungen für Projektierung und Bauleitung		832 790.80		800 000.00		
436.00	Rückerstattung Gehälter		102 660.80		110 000.00		114 258.80
29330	Forstbetriebe	368 410.85	90 992.00	360 300.00	85 000.00	286 761.45	55 314.55
	Netto Aufwand		277 418.85		275 300.00		231 446.90
301.00	Gehälter und Sozialzulagen	241 592.90		199 700.00		180 921.85	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	19 001.75		16 000.00		14 895.75	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	23 694.60		20 000.00		16 266.00	
311.00	Anschaffung von Mobilien im Werkhof			1 000.00		1 068.20	
311.10	Anschaffung und Unterhalt der Geräte, Maschinen und Motorfahrzeuge	12 237.65		15 200.00		10 998.90	
313.00	Bekleidung und Ausrüstung	2 101.90		2 800.00		2 435.80	
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	7 582.75		7 600.00		3 616.45	
318.10	Allg. Betriebskosten	7 798.85		10 000.00		7 019.10	
318.20	Arbeiten von Dritten	51 390.95		85 000.00		46 645.90	
365.00	Verschiedene Beiträge	3 009.50		3 000.00		2 893.50	

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
434.00	Arbeiten für Dritte		37 051.50		15 000.00		713.80
435.00	Holzertöse		41 197.30		40 000.00		28 258.40
460.00	Bundesbeiträge für Staatswaldprojekte		12 743.20		30 000.00		26 342.35
29350	Massnahmen und Beiträge	4 293 029.60	58 031.45	5 179 900.00	45 000.00	4 297 452.60	62 017.70
	Netto Aufwand		4 234 998.15		5 134 900.00		4 235 434.90
309.00	Weiterbildung Forstpersonal	6 248.40		6 000.00		4 642.35	
311.00	Anschaffung Instrumente, Werkzeuge usw.	31 139.00		10 000.00		9 276.85	
314.00	Bau und Unterhalt der Wanderwege	291 256.35		260 000.00		395 319.60	
318.00	Forschung und technische Entwicklung	3 000.00		2 000.00			
318.10	Kosten forstliche Planung	12 312.00		30 000.00		32 430.10	
318.20	Kosten für Projektierung usw.	205 120.65		155 000.00		105 678.45	
318.30	Kosten Gefahrenkarten	81 644.85		80 000.00		55 772.45	
318.40	Kosten Kantonsstrassensperrungen	12 898.40		27 500.00		4 423.30	
331.00	Abschreibung Investitionsbeiträge	3 403 018.65		4 198 400.00		3 403 761.30	
362.00	Beiträge an Verbindungswanderwege	100 000.00		100 000.00		101 330.25	
364.00	Betriebskostenbeitrag an interkantonale Försterschule	55 529.60		56 000.00			
365.00	Beiträge an Weg der Schweiz					49 511.00	
365.10	Verschiedene Beiträge	24 731.80		25 000.00		22 292.80	
365.20	Beiträge an Waldschäden	44 754.90		190 000.00		88 244.65	
365.30	Beiträge an die Aus- und Weiterbildung	21 375.00		25 000.00		24 769.50	
365.40	Beiträge an forstliche Planung			15 000.00			
430.00	Ersatz- und Ausgleichsabgaben		35 658.95		10 000.00		28 302.35
431.00	Gebühren, Beiträge Dritter		20 872.50		30 000.00		22 365.35
460.00	Bundesbeiträge		1 500.00		5 000.00		11 350.00
2940	Amt für Wasserbau	6 795 463.50	5 306 108.80	6 893 400.00	4 831 700.00	5 777 813.34	4 262 043.30
	Netto Aufwand		1 489 354.70		2 061 700.00		1 515 770.04
29410	Verwaltung	3 253 011.15	85 347.00	3 715 600.00	78 100.00	3 267 160.14	131 126.00
	Netto Aufwand		3 167 664.15		3 637 500.00		3 136 034.14
301.00	Gehälter und Sozialzulagen	500 507.05		495 000.00		498 267.00	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	39 459.00		39 600.00		39 106.70	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	49 630.20		49 500.00		47 066.40	
309.00	Weiterbildung	3 006.40		5 000.00		1 857.60	

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
310.00	Bürokosten, Verschiedenes	3 108.15		3 000.00		2 512.85	
311.00	Anschaffung von Mobiliar, Maschinen und Instrumenten	13 891.90		1 000.00		13 863.00	
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	278 889.70		14 000.00		221 136.20	
318.00	Planungen			390 000.00		1 410.04	
318.20	EDV-Software-Anschaffungen inkl. Wartung			1 500.00		2 409 054.10	
331.00	Abschreibung Investitionsbeiträge	2 343 247.05		2 666 000.00		32 337.05	
351.10	Betrieb, Instandhaltung Reusswehr	20 722.50		50 000.00		549.20	
365.00	Beiträge an Vereine und Institutionen	549.20		1 000.00			18 936.00
431.00	Gebühren		27 524.00		20 000.00		
434.00	Entschädigungen für Projektierungen und Bauleitungen		723.00		1 000.00		
460.00	Bundesbeiträge		57 100.00		57 100.00		112 190.00
29420	Wasserregal	3 542 452.35	5 220 761.80	3 177 800.00	4 753 600.00	2 510 653.20	4 130 917.30
	Netto Ertrag	1 678 309.45		1 575 800.00		1 620 264.10	
318.00	Expertenkosten Erneuerung Eitzelwerk-konzession	29 249.20		120 000.00		47 467.65	
318.10	Aufsicht kleine Stauanlagen					11 500.00	
340.00	Abgabe an die berechtigten Gemeinwesen	328 264.85		305 400.00		305 906.00	
340.10	Abgabe an die berechtigten Gemeinwesen (Gebühren für die Ausnützung von Zürich-seewasser im Eitzelwerk)	16 989.60		28 500.00		42 833.80	
340.20	Anteile an den Wasserrechtsgebühren der Eitzelwerk AG, Bezirk Einsiedeln	769 721.65		651 600.00		497 538.05	
340.30	Anteile an den Wasserrechtsgebühren der Eitzelwerk AG, Bezirk Höfe	384 860.80		325 800.00		248 769.00	
342.00	Anteile an den Wasserrechtsgebühren der Eitzelwerk AG, Kanton Zürich	1 450 680.00		1 255 000.00		943 920.00	
342.10	Anteile an den Wasserrechtsgebühren der Eitzelwerk AG, Kanton Zug	435 204.00		376 500.00		283 176.00	
350.00	Wasserzinsabgaben an den Bund (Landschaftsfranken)	45 825.75		40 000.00		42 593.95	
390.00	Zuweisung an Konto 29.130.490.00 (Wasserentnahmen aus öffentlichen Gewässern)	81 656.50		75 000.00		86 948.75	

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
410.00	Gebühren für Benützung von Zürichseewasser im Etzelwerk		84 948.00		142 000.00		214 169.00
410.10	Wasserrechtsgebühren der AG Kraftwerk Wägital		598 999.05		529 100.00		618 143.85
410.20	Wasserrechtsgebühren der Etzelwerk AG		3 626 700.00		3 137 500.00		2 359 800.00
410.30	Wasserrechtsgebühren Bezirkswerk Schwyz		791 772.55		792 000.00		792 248.00
410.40	Wasserrechtsgebühren des Sihlwerks Höfe		5 823.25		8 000.00		10 854.85
410.50	Zinsen für Wasserentnahmen aus öffentlichen Gewässern		96 255.25		85 000.00		95 990.15
452.00	Beiträge an Expertenkosten		16 263.70		60 000.00		39 711.45
2950	Amt für Vermessung und Geoinformation						
	Netto Aufwand	1 720 223.27	373 751.25	2 658 800.00	667 200.00	2 089 052.43	215 219.50
			1 346 472.02		1 991 600.00		1 873 832.93
29510	Verwaltung						
	Netto Aufwand	1 720 223.27	373 751.25	2 658 800.00	667 200.00	2 089 052.43	215 219.50
			1 346 472.02		1 991 600.00		1 873 832.93
300.00	Nomenklaturkommission	740.50		1 500.00		675.00	
301.00	Gehälter und Sozialzulagen	1 001 779.10		988 500.00		901 736.25	
301.70	Aushilfen			20 000.00		9 925.95	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	78 554.90		80 800.00		71 273.05	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	96 012.30		98 800.00		86 119.85	
309.00	Weiterbildung	4 792.30		13 000.00		5 530.00	
310.00	Bürokosten, Allgemeines	2 692.20		5 500.00		5 295.10	
311.00	Anschaffung von Mobilien, Maschinen und Instrumenten	8 285.55		11 000.00		5 436.85	
311.10	EDV-Hardware-Anschaffungen	1 663.20		45 300.00		18 355.50	
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	5 992.30		10 500.00		8 744.85	
318.00	Software-Anschaffungen inkl. Wartung	199 728.98		494 900.00		200 089.65	
318.10	Vermarkung und Erstvermessung	38 625.04		97 000.00		154 616.65	
318.20	Kantonale Aufgaben AV	18 852.00		54 400.00		7 043.15	
318.30	Verschiedenes, Reproduktionskosten	511.40		1 000.00		1 125.00	
318.40	Realisierung der AV 93 Beratung und Planung			5 000.00			
318.50	Beschaffung digitaler Georeferenzdaten	13 575.55		16 800.00		14 575.80	
318.60	Erneuerung AV und BAN1	149 993.50		427 100.00		227 877.85	
318.70	GIS-Koordination und -Beratung	30 542.40		119 000.00		77 049.52	
318.80	GeoShop Datenlieferung					8 424.00	

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
318.85	ÖREB-Kataster Aufbau	5 000.00		5 000.00		5 000.00	
318.90	Unterstützung durch externes Büro	19 452.74		84 100.00		234 620.46	
318.95	Mehrwertsteuer	12 504.01				5 242.75	
352.00	Gebührenanteil Gemeinden					17 245.55	
365.00	Beiträge an Vereine und Institutionen	17 396.10		18 300.00		17 116.10	
372.00	Durchlaufende Bundesbeiträge	13 529.20		61 300.00		5 933.55	
431.10	Gebühren für Auszüge aus AV						27 022.05
431.20	GeoShop Gebühren Bezug AV-Daten						7 248.60
431.30	Einnahmen Mutationsverwaltung AV		88 344.00		229 000.00		44 906.40
431.70	Gebühren für Geodaten				900.00		
434.00	GeoShop Entgelt Arbeitsaufwendungen		5 800.00		5 800.00		21 436.70
434.10	Einnahmen aus gewerblichen Leistungen		9 095.00		4 200.00		
434.20	Anschlussgebühren für AV-Nachführungsinfrastruktur		116 640.00		180 000.00		55 890.00
434.30	Einnahmen aus Nutzung Geodienste				2 500.00		
435.00	Verkaufserlöse aus kant. AV-Produkten		175.00		2 700.00		3 752.20
439.00	Verschiedene Einnahmen		4 004.25		2 500.00		425.20
460.00	Bundesbeitrag an Nachführung Übersichtspläne		1 800.00		2 000.00		2 700.00
460.10	Bundesbeitrag an Vermarktung und Erstvermessung		111 009.55		47 000.00		18 263.55
460.20	Bundesbeitrag an Erneuerung AV und BANI		23 354.25		129 300.00		27 641.25
470.00	Durchlaufende Bundesbeiträge		13 529.20		61 300.00		5 933.55

Gerichtswesen

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
40	Gerichtswesen	6 041 422.62	592 517.15	6 089 800.00	630 000.00	5 698 976.78	560 364.09
	Netto Aufwand		5 448 905.47		5 459 800.00		5 138 612.69
4010	Kantonsgericht	2 407 127.02	241 657.95	2 383 500.00	355 000.00	2 235 552.47	224 039.29
	Netto Aufwand		2 165 469.07		2 028 500.00		2 011 513.18
40100	Kantonsgericht	2 407 127.02	241 657.95	2 383 500.00	355 000.00	2 235 552.47	224 039.29
	Netto Aufwand		2 165 469.07		2 028 500.00		2 011 513.18
300.00	Sitzungsgelder Kantonsrichter	106 277.65		140 000.00		91 621.50	
301.00	Gehälter und Sozialzulagen	1 700 261.25		1 665 700.00		1 563 458.20	
301.70	Praktikanten und Aushilfen	55 833.75		10 000.00		43 505.10	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	133 163.00		133 300.00		128 388.85	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	148 559.30		154 600.00		143 394.40	
309.00	Weiterbildung	5 378.00		10 000.00		2 880.00	
310.00	Bürokosten, Drucksachen, Bücher und Zeitschriften	33 952.20		24 000.00		34 081.98	
311.00	Anschaffung Mobilien und Maschinen	10 566.00		10 000.00		8 177.20	
311.10	EDV-Hardware-Anschaffungen	18 809.35		28 000.00		19 953.00	
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	2 571.25		1 900.00		3 197.85	
	Gerichtsbeamte						
318.00	Inkasso- und Kontogebühren, diverse Auslagen	1 403.47		2 000.00		3 525.44	
318.10	Expertisen, Gerichtskosten	4 524.65		22 000.00		61 989.05	
318.20	Verteidigungs- und Rechtsvertretungskosten	145 450.70		160 000.00		114 274.95	
318.30	Software-Anschaffungen inkl. Wartung und Unterhalt	35 001.10		15 000.00		12 968.80	
319.00	Tagungen, Ehrenkosten und Verschiedenes	5 375.35		7 000.00		4 136.15	
431.00	Ertrag an Gerichtsgebühren (Saldo exkl. Strafurteile)		241 657.95		355 000.00		224 039.29

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
4020	Verwaltungsgericht	1 730 867.40	329 705.25	2 047 700.00	250 000.00	1 681 540.71	319 429.65
	Netto Aufwand		1 401 162.15		1 797 700.00		1 362 111.06
40200	Verwaltungsgericht	1 730 867.40	329 705.25	2 047 700.00	250 000.00	1 681 540.71	319 429.65
	Netto Aufwand		1 401 162.15		1 797 700.00		1 362 111.06
300.00	Sitzungsgelder Verwaltungsrichter	87 520.60		115 000.00		91 236.05	
301.00	Gehälter und Sozialzulagen	1 184 194.50		1 331 100.00		1 222 267.90	
301.10	Leistungszulage			5 000.00			
301.70	Praktikanten und Aushilfen	50 000.00		65 000.00		45 000.00	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	97 280.25		106 500.00		101 630.75	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	116 853.80		133 100.00		117 121.90	
309.00	Weiterbildung	6 000.00		15 000.00		6 000.00	
310.00	Bürokosten, Drucksachen, Bücher und Zeitschriften	15 986.95		27 000.00		24 395.56	
311.00	Anschaffung Mobilien			6 000.00		392.60	
311.20	EDV-Hardware-Anschaffungen	13 421.00		40 000.00			
316.10	EDV-Miete und Wartung					1 110.80	
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen Gerichtsbeamte	3 449.85		7 000.00		3 124.50	
318.00	Inkasso- und Kontogebühren, diverse Auslagen	2 245.60		3 000.00		1 762.10	
318.10	Expertisen	5 200.00		10 000.00		4 650.00	
318.20	Prozentschädigungen und unentgeltliche Rechtsbeistandung	58 294.75		70 000.00		53 797.35	
318.30	Software-Anschaffungen inkl. Wartung und Unterhalt	88 551.40		110 000.00		7 853.90	
319.00	Tagungen, Ehrenkosten und Verschiedenes	1 868.70		4 000.00		1 197.30	
431.00	Ertrag Gerichtsgebühren		329 705.25		250 000.00		319 429.65

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
4030	Strafgericht	1 851 059.25	1 851 059.25	1 595 600.00	1 595 600.00	1 740 152.85	1 740 152.85
	Netto Aufwand						
40300	Strafgericht	1 851 059.25	1 851 059.25	1 595 600.00	1 595 600.00	1 740 152.85	1 740 152.85
	Netto Aufwand						
300.10	Sitzungsgelder Strafrichter	94 020.05		100 000.00		64 913.30	
301.00	Gehälter und Sozialzulagen	799 350.25		723 400.00		1 025 485.25	
301.10	Leistungszulage	2 000.00		2 000.00		2 000.00	
301.70	Stellvertretungskosten und Aushilfen	47 500.00		55 000.00		38 790.30	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	71 135.95		57 900.00		84 654.55	
304.00	Arbeitgeberbeitrag Pensionskasse	80 950.70		72 300.00		72 951.90	
309.00	Weiterbildung	5 360.00		7 000.00		7 469.40	
310.00	Bürokosten und Verschiedenes	8 357.00		12 000.00		12 283.85	
311.00	Anschaffung Mobilien	2 374.60		2 000.00		921.35	
311.10	EDV-Hardware-Anschaffungen	9 949.00		6 000.00		14 797.45	
313.00	Externe Kosten für Untersuchungsgefangene			6 000.00			
317.00	Reise- und Spesenentschädigungen	8 038.75		14 000.00		13 843.65	
317.10	Tagungen, Ehrenkosten	1 712.00		2 000.00		1 735.20	
318.00	Gerichtskosten, Expertisen	31 479.45		30 000.00		20 572.45	
318.10	Verteidigerhonorare	660 657.85		500 000.00		371 911.65	
318.20	Software-Anschaffungen inkl. Wartung	28 173.65		6 000.00		7 822.55	
4050	Anwaltskommission	52 368.95	21 153.95	63 000.00	25 000.00	41 730.75	16 895.15
	Netto Aufwand	31 215.00	31 215.00	38 000.00	38 000.00	24 835.60	
40500	Anwaltskommission	52 368.95	21 153.95	63 000.00	25 000.00	41 730.75	16 895.15
	Netto Aufwand						
300.00	Sitzungsgelder	48 705.60		60 000.00		39 508.00	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK	3 663.35		3 000.00		2 222.75	
431.00	Gebühren		21 153.95		25 000.00		16 895.15

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013 Aufwand	Rechnung 2013 Ertrag	Voranschlag 2013 Aufwand	Voranschlag 2013 Ertrag	Rechnung 2012 Aufwand	Rechnung 2012 Ertrag
	Laufende Rechnung						
3	Aufwand	1 339 851 534.74		1 325 453 000.00		1 284 622 054.54	
30	Personalaufwand	215 556 770.99		221 382 400.00		209 231 665.76	
300	Behörden, Kommissionen und Richter	3 396 631.55		3 590 000.00		3 406 646.95	
301	Löhne Verwaltungs- und Betriebspersonal	136 300 368.05		139 243 200.00		130 854 556.30	
302	Löhne der Lehrkräfte	38 521 655.80		38 942 000.00		38 477 299.90	
303	Sozialversicherungsbeiträge	13 653 464.05		14 287 300.00		13 245 851.35	
304	Personalversicherungsbeiträge	16 507 747.80		17 376 800.00		15 914 634.75	
305	Unfall- und Haftpflichtversicherungsprämien	1 728 476.10		2 072 500.00		1 727 498.30	
307	Rentenleistungen und Teuerungszulagen	1 813 295.50		1 699 000.00		1 829 903.60	
308	Entschädigung temporäre Arbeitskräfte	986 998.75		1 140 300.00		1 042 611.51	
309	Übriges (Weiterbildung, Personalwerbung usw.)	2 648 133.39		3 031 300.00		2 732 663.10	
31	Sachaufwand	81 940 813.62		87 904 100.00		83 257 363.81	
310	Büro- und Schulmaterialien, Drucksachen	4 558 171.59		5 177 500.00		4 873 408.51	
311	Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge	4 507 932.81		4 732 900.00		5 074 595.79	
312	Wasser, Energie und Heizmaterialien	2 323 748.84		2 209 300.00		2 170 271.25	
313	Verbrauchsmaterialien	5 884 777.63		5 902 800.00		5 540 615.19	
314	Baulicher Unterhalt	18 345 088.96		18 840 500.00		20 063 711.53	
315	Unterhalt Mobilien, Geräte, Fahrzeuge	2 830 671.89		3 067 000.00		2 723 854.00	
316	Mieten, Pachten und Benützungskosten	8 005 247.80		8 416 100.00		7 388 347.52	
317	Ausserwohnorts- und Reiseentschädigungen	2 836 241.18		3 022 900.00		2 825 642.65	
318	Dienstleistungen und Honorare	26 747 162.68		30 375 500.00		26 749 116.19	
319	Übriger Sachaufwand	5 901 770.24		6 159 600.00		5 847 801.18	
32	Passivzinsen	5 177 446.30		5 800 000.00		5 105 454.20	
320	Laufende Verpflichtungen	751 886.80		1 200 000.00		732 489.40	
322	Mittel- und langfristige Schulden	1 001 516.70		1 000 000.00		1 028 500.00	
323	Sonderrechnungen (Spezialfonds und Stiftungen)	53 062.25		300 000.00		50 343.35	
329	Übrige	3 370 980.55		3 300 000.00		3 294 121.45	

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
33	Abschreibungen	77 216 225.27		78 403 000.00		72 708 105.00	
331	Verwaltungsvermögen, ordentliche Abschreibungen	33 982 985.32		37 794 700.00		35 889 353.32	
332	Verwaltungsvermögen, zusätzliche Abschreibungen Spezialfinanzierung Strassenwesen	43 233 239.95		40 608 300.00		36 818 751.68	
34	Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	260 135 686.05		253 395 900.00		237 180 900.21	
340	Einnahmenanteile für Gemeinden	37 276 492.70		31 742 300.00		41 704 069.31	
341	Beiträge an Kantone und Gemeinden	219 983 214.80		219 022 100.00		192 989 483.35	
342	Einnahmenanteile für Kantone	2 875 978.55		2 631 500.00		2 487 347.55	
35	Entschädigungen an Gemeinwesen	39 693 332.30		39 827 100.00		38 229 575.90	
350	Bund	1 512 506.40		1 135 000.00		1 133 725.70	
351	Kantone	38 100 152.20		37 864 100.00		37 056 439.65	
352	Gemeinden	80 673.70		828 000.00		39 410.55	
36	Eigene Beiträge	449 779 936.79		449 606 200.00		445 074 293.87	
360	Bund	5 598 945.34		6 150 000.00		5 614 600.15	
361	Kantone	27 023 727.73		26 117 000.00		30 427 683.38	
362	Gemeinden	41 186 227.05		40 512 000.00		40 522 305.80	
363	Eigene Anstalten	4 409 959.68		4 947 500.00		1 783 748.08	
364	Gemischtwirtschaftliche Unternehmungen	34 804 556.65		41 456 000.00		34 404 577.20	
365	Private Institutionen	203 024 615.60		195 313 700.00		198 533 652.46	
366	Private Haushalte	133 731 904.74		135 110 000.00		133 787 726.80	
37	Durchlaufende Beiträge	91 583 980.30		92 844 900.00		92 151 092.45	
370	Bund	60 000.00		60 000.00		60 000.00	
372	Gemeinden	767 927.70		216 100.00		403 147.05	
375	Private Institutionen	79 403 369.85		80 783 800.00		80 368 529.95	
376	Private Haushalte	11 352 682.75		11 785 000.00		11 319 415.45	

Artengliederung

104

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013 Aufwand	Rechnung 2013 Ertrag	Voranschlag 2013 Aufwand	Voranschlag 2013 Ertrag	Rechnung 2012 Aufwand	Rechnung 2012 Ertrag
	Laufende Rechnung						
38	Einlagen Spezialfinanzierung, Stiftungen	10 980 875.15		720 000.00		4 933 504.50	
380	Einlagen Spezialfinanzierungen (Fonds)	10 980 875.15		720 000.00		4 933 504.50	
39	Interne Verrechnungen	107 786 467.97		95 569 400.00		96 750 098.84	
390	Interne Verrechnungen	107 786 467.97		95 569 400.00		96 750 098.84	

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
Laufende Rechnung							
4	Ertrag	1 199 189 540.85		1 224 784 500.00		1 189 802 149.34	
40	Steuern	530 686 294.52		547 883 000.00		529 067 782.15	
400	Einkommens- und Vermögenssteuer	365 026 076.05		403 633 000.00		378 163 443.81	
401	Ertrags- und Kapitalsteuer	27 115 703.60		26 800 000.00		25 021 173.10	
403	Vermögensgewinnsteuer	87 964 546.35		68 000 000.00		77 145 465.25	
406	Besitz- und Aufwandsteuern	50 579 968.52		49 450 000.00		48 737 699.99	
41	Regalien und Konzessionen	6 747 753.55		6 003 600.00		5 432 670.55	
410	Regalien und Konzessionen	6 747 753.55		6 003 600.00		5 432 670.55	
42	Vermögenserträge	58 575 237.49		59 283 300.00		60 277 157.54	
420	Banken	370 594.13		1 000 800.00		982 115.43	
421	Guthaben	1 139 542.96		1 931 000.00		1 450 677.91	
422	Anlagen des Finanzvermögens	108 618.00		200 000.00		408 618.00	
423	Liegenschaftserträge des Finanzvermögens	380 083.00		390 000.00		378 273.00	
426	Beteiligungen des Verwaltungsvermögens	42 501 516.70		42 001 300.00		42 528 500.00	
427	Liegenschaftserträge Verwaltungsvermögen	1 662 547.70		1 470 200.00		2 240 160.20	
429	Übrige	12 412 335.00		12 290 000.00		12 288 813.00	
43	Entgelte	64 628 846.07		63 812 300.00		66 334 161.34	
430	Ersatzabgaben	5 153 087.13		5 060 000.00		4 308 738.80	
431	Gebühren für Amtshandlungen	22 134 346.46		22 473 300.00		21 322 447.89	
432	Kostgelder Schulen	759 592.20		810 200.00		805 212.40	
433	Schulgelder	7 180 324.80		6 555 200.00		7 580 389.85	
434	Anderer Benützungsgebühren und Dienstleistungen	4 496 961.59		4 161 600.00		4 342 297.90	
435	Verkäufe	3 182 139.88		2 608 400.00		2 885 390.72	
436	Rückerstattungen	12 402 275.95		12 816 700.00		14 043 536.64	
437	Bussen	8 355 043.56		8 722 000.00		10 146 136.38	
439	Übrige	965 074.50		604 900.00		900 010.76	

Artengliederung

106

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag	Aufwand	Ertrag
	Laufende Rechnung						
44	Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	156 297 458.45		172 469 200.00		169 510 145.66	
440	Anteile an Bundeseinnahmen	130 794 858.45		147 937 000.00		143 844 045.66	
445	Gemeindebeiträge	25 502 600.00		24 532 200.00		25 666 100.00	
45	Rückerstattungen von Gemeinwesen	42 758 027.91		51 354 000.00		36 093 557.78	
450	Bund	4 967 885.80		5 735 000.00		5 371 199.80	
451	Kantone	1 415 010.41		1 363 300.00		1 349 191.48	
452	Gemeinden	36 375 131.70		44 255 700.00		29 373 166.50	
46	Beiträge für eigene Rechnung	140 121 474.59		135 560 800.00		134 065 480.23	
460	Bund	104 492 180.57		101 973 800.00		100 258 163.47	
461	Kantone	481 905.00		605 000.00		492 731.05	
462	Gemeinden	30 066 596.00		29 140 000.00		29 521 509.45	
463	Eigene Anstalten	1 239 475.13					
469	Übrige	3 841 317.89		3 842 000.00		3 793 076.26	
47	Durchlaufende Beiträge	91 583 980.30		92 844 900.00		92 151 092.45	
470	Bund	80 119 882.20		80 930 900.00		80 702 812.75	
472	Gemeinden	11 464 098.10		11 899 000.00		11 448 279.70	
474	Private Institutionen			15 000.00			
48	Entnahmen Spezialfinanzierung/Stiftungen	4 000.00		4 000.00		120 002.80	
480	Entnahmen Spezialfinanzierungen (Fonds)					116 002.80	
481	Entnahmen Spezialfonds / Stiftungen	4 000.00		4 000.00		4 000.00	
49	Interne Verrechnungen	107 786 467.97		95 569 400.00		96 750 098.84	
490	Interne Verrechnungen	107 786 467.97		95 569 400.00		96 750 098.84	

Investitionsrechnung

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Investitionsrechnung						
	Total Investitionsrechnung	87 997 346.55	35 295 911.09	125 727 200.00	38 938 800.00	91 784 514.77	36 476 479.28
	Netto Ausgaben		52 701 435.46		86 788 400.00		55 308 035.49
22	Departement des Innern	1 395 130.00	1 395 130.00	2 967 000.00	2 967 000.00	2 527 847.05	2 527 847.05
	Netto Ausgaben						
23	Volkswirtschaftsdepartement	6 869 359.85	4 196 881.30	8 405 000.00	5 374 000.00	8 246 937.25	5 539 365.75
	Netto Ausgaben		2 672 478.55		3 031 000.00		2 707 571.50
24	Bildungsdepartement	2 571 339.00	886 530.00	2 636 000.00	386 000.00	3 001 473.00	1 085 470.00
	Netto Ausgaben		1 684 809.00		2 250 000.00		1 916 003.00
25	Sicherheitsdepartement	1 501 154.52	1 578 841.30	9 834 400.00	3 723 300.00	9 510 283.12	2 135 109.80
	Netto Ausgaben				6 111 100.00		7 375 173.32
	Netto Einnahmen	77 686.78					
28	Baudepartement	59 019 921.73	17 605 172.74	77 919 300.00	15 018 300.00	52 369 050.65	16 349 926.68
	Netto Ausgaben		41 414 748.99		62 901 000.00		36 019 123.97
29	Umweltdepartement	16 640 441.45	11 028 485.75	23 965 500.00	14 437 200.00	16 128 923.70	11 366 607.05
	Netto Ausgaben		5 611 955.70		9 528 300.00		4 762 316.65

Departement des Innern

110

Konto Institutionelle Gliederung

	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
Investitionsrechnung						
22 Departement des Innern						
Netto Ausgaben						
2220 Amt für Gesundheit und Soziales						
Netto Ausgaben						
22220 Soziale Sicherheit						
Netto Ausgaben						
565.00 Beiträge an Alters- und Pflegeheime	1 395 130.00	1 395 130.00	2 967 000.00	2 967 000.00	2 527 847.05	2 527 847.05
565.10 Beiträge an Behinderteneinrichtungen						
22285 Spitalbauten						
Netto Einnahmen						
565.10 Psychiatrische Klinik Zugersee						
			2 467 000.00		2 064 396.85	
			500 000.00		494 967.00	
					-31 516.80	
					31 516.80	
					-31 516.80	
					2 559 363.85	2 559 363.85

Konto Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
Investitionsrechnung						
23 Volkswirtschaftsdepartement Netto Ausgaben	6 869 359.85	4 196 881.30 2 672 478.55	8 405 000.00	5 374 000.00 3 031 000.00	8 246 937.25	5 539 365.75 2 707 571.50
2340 Amt für Wirtschaft	1 150 050.00	1 150 050.00	2 000 000.00	2 000 000.00	1 900 000.00	1 900 000.00
23420 Regionalpolitik / Massnahmen	1 150 050.00	1 150 050.00	2 000 000.00	2 000 000.00	1 900 000.00	1 900 000.00
570.00 Amortisation Bundeskredit für Darlehen NRP	150 050.00				100 000.00	
575.10 Darlehen an NRP	1 000 000.00		2 000 000.00		1 800 000.00	1 800 000.00
670.10 Bundeskredit für Darlehen an NRP		1 000 000.00		2 000 000.00		100 000.00
675.00 Amortisation Darlehen NRP		150 050.00				
2390 Landwirtschaft Netto Ausgaben	5 719 309.85	3 046 831.30 2 672 478.55	6 405 000.00	3 374 000.00 3 031 000.00	6 346 937.25	3 639 365.75 2 707 571.50
23940 Strukturverbesserungen Netto Ausgaben	5 663 246.55	3 040 768.00 2 622 478.55	5 800 000.00	2 819 000.00 2 981 000.00	5 640 373.50	2 932 802.00 2 707 571.50
565.00 Kantonsbeiträge an Bodenverbesserungen, Güterstrassen, Güterzusammenlegungen, Stallsanierungen usw.	2 640 721.55		3 000 000.00		2 727 194.50	
565.10 Kantonsbeiträge Wohnbausanierung					59 370.00	
575.00 Durchlaufende Bundesbeiträge	3 022 525.00		2 800 000.00		2 823 969.00	
575.10 Durchlaufende Bundesbeiträge Wohnbau- sanierung					29 840.00	

Konto Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
Investitionsrechnung						
645.00 Rückvergütung von Subventionen		18 243.00		15 000.00		42 193.00
645.10 Rückvergütung von Subventionen Wohnbau- sanierung				4 000.00		36 800.00
670.00 Durchlaufende Bundesbeiträge		3 022 525.00		2 800 000.00		2 823 969.00
670.10 Durchlaufende Bundesbeiträge Wohnbau- sanierung						29 840.00
23960 Betriebshilfe- und Investitionskredite		6 063.30		555 000.00		706 563.75
Netto Ausgaben		50 000.00		50 000.00		
565.00 Darlehen Kantonsmittel Zunahme	50 000.00		50 000.00			
575.00 Darlehen Bundesmittel Zunahme	6 063.30		555 000.00		706 563.75	
670.00 Bundeskredit		6 063.30		555 000.00		706 563.75

	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
Investitionsrechnung						
24 Bildungsdepartement						
Netto Ausgaben						
2410 Volksschulen und Sport						
Netto Ausgaben						
24145 Beiträge an Schulanlagen						
562.00 Schulanlagen	884 809.00	884 809.00	1 450 000.00	1 450 000.00	1 116 003.00	1 116 003.00
2490 Kultur						
Netto Ausgaben						
24930 Denkmalpflege						
565.00 Beitrag Klosteranlage Einstedeln	800 000.00	800 000.00	800 000.00	800 000.00	800 000.00	800 000.00
576.00 Durchlaufende Bundesbeiträge	886 530.00	886 530.00	386 000.00	386 000.00	1 085 470.00	1 085 470.00
670.00 Durchlaufende Bundesbeiträge		886 530.00		386 000.00		1 085 470.00
	2 571 339.00	886 530.00 1 684 809.00	2 636 000.00	386 000.00 2 250 000.00	3 001 473.00	1 085 470.00 1 916 003.00

Sicherheitsdepartement

114

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Investitionsrechnung						
25	Sicherheitsdepartement						
	Netto Ausgaben	1 501 154.52	1 578 841.30	9 834 400.00	3 723 300.00	9 510 283.12	2 135 109.80
	Netto Einnahmen	77 686.78		6 111 100.00	6 111 100.00	7 375 173.32	7 375 173.32
2560	Polizei						
	Netto Ausgaben	1 501 154.52	1 578 841.30	9 834 400.00	3 723 300.00	9 510 283.12	2 135 109.80
	Netto Einnahmen	77 686.78		6 111 100.00	6 111 100.00	7 375 173.32	7 375 173.32
25600	Verwaltung						
	Netto Ausgaben	1 501 154.52	1 578 841.30	9 834 400.00	3 723 300.00	9 510 283.12	2 135 109.80
	Netto Einnahmen	77 686.78					7 375 173.32
	506.00 Polycom Sicherheits-Funknetz			9 834 400.00		9 510 283.12	605 109.80
	633.00 Rückerstattungen Polycom		328 841.30				1 530 000.00
	660.00 Bundesbeiträge Polycom		1 250 000.00				

Baudepartement

115

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
Investitionsrechnung							
28	Baudepartement	59 019 921.73	17 605 172.74	77 919 300.00	15 018 300.00	52 369 050.65	16 349 926.68
	Netto Ausgaben	41 414 748.99		62 901 000.00		36 019 123.97	
2820	Strassenwesen (Spezialfinanzierung)	45 447 992.88	16 534 542.74	57 570 000.00	13 018 300.00	41 849 720.85	14 859 284.68
	Netto Ausgaben	28 913 450.14		44 551 700.00		26 990 436.17	
28250	Strassenausbau	45 447 992.88	16 534 542.74	57 570 000.00	13 018 300.00	41 849 720.85	14 859 284.68
	Netto Ausgaben	28 913 450.14		44 551 700.00		26 990 436.17	
	501.10 Allgemeine Ausbaukosten Hauptstrassen	40 955 740.43		53 570 000.00		39 137 120.51	
	501.50 Allgemeine Ausbaukosten Nationalstrassen	4 492 252.45		4 000 000.00		2 712 600.34	
	603.00 Abgang von Sachgütern		714 012.00				4 486 304.95
	631.00 Rückvergütungen von Dritten		4 468 777.75		6 913 000.00		7 452 328.64
	660.10 Beiträge des Bundes an Hauptstrassen		7 299 882.10		2 000 000.00		2 495 401.09
	660.20 Beiträge des Bundes an Nationalstrassen		4 133 685.89		3 680 000.00		425 250.00
	660.30 Beiträge des Bundes an Lärmschutzmassnahmen		-81 815.00		425 300.00		
2830	Hochbauamt	4 521 757.85	4 521 757.85	7 660 000.00	7 660 000.00	6 076 378.80	350 000.00
	Netto Ausgaben					5 726 378.80	
28300	Hoch- und Umbauten	4 521 757.85	4 521 757.85	7 660 000.00	7 660 000.00	6 076 378.80	350 000.00
	Netto Ausgaben					5 726 378.80	
	503.02 Neubau Verwaltungsgebäude, Bahnhofstrasse 15			1 400 000.00			
	503.03 Verkehrsamt Pfäffikon, Ersatzbau			200 000.00			
	503.04 Bundesbriefmuseum Schwyz, Sanierung	121 362.90		2 200 000.00			
	503.06 Verwaltungsgebäude Schwyz, Erweiterung			450 000.00			
	Bahnhofstrasse 16						
	503.17 Heilpädagogische Tagesschule Innerschwyz	76 424.65		200 000.00			
	503.21 Berufsbildungszentrum Goldau, Sanierung	3 821 175.05		500 000.00			
	Turnhalle und Erweiterung					374 538.45	

Konto	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
Investitionsrechnung						
503.24 Berufsbildungszentrum Goldau					692 569.60	
ÜK Confisseure						
503.26 Berufsbildungszentrum Pfäffikon,	53 999.00				365 529.80	
Sanierung Schützenstrasse						
503.27 Berufsbildungszentrum Pfäffikon,			300 000.00			
Mensaneubau						
503.31 Werkhof Ingenbohl, Kauf			2 140 000.00		4 069 730.00	
503.32 Werkhof Auszerschwyz, Neubau			40 000.00		2 566.10	
503.40 Pädagogische Fachhochschule Zentral-	301 796.25				575 120.05	
schweiz					-3 675.20	
503.50 Kantonsschule Kollegium Schwyz,			30 000.00			
Kirchensanierung						
503.55 Kantonsschule Kollegium Schwyz, Sanie-			100 000.00			
rung Schultrakt	47 000.00					
503.80 Kantonsschule Auszerschwyz, Pfäffikon,			100 000.00			
Sanierung und Erweiterung	100 000.00					
503.85 Kantonsschule Nuolen / Pfäffikon,						350 000.00
Sanierung und Neukonzeption						
669.00 Beitrag Dritter an die Kirchenorgelsanie						
2860 Öffentlicher Verkehr	9 050 171.00	1 070 630.00	12 689 300.00	2 000 000.00	4 442 951.00	1 140 642.00
Netto Ausgaben		7 979 541.00		10 689 300.00		3 302 309.00
2860 Öffentlicher Verkehr	9 050 171.00	1 070 630.00	12 689 300.00	2 000 000.00	4 442 951.00	1 140 642.00
Netto Ausgaben		7 979 541.00		10 689 300.00		3 302 309.00
521.00 Darlehen an Kanton Zürich					-484.00	
(Durchmesserlinie)						
560.00 Beiträge an Infrastrukturkosten Bahnen	1 410 187.00		4 867 300.00		467 267.00	
565.00 Beiträge gemäss Art. 56 EBG	7 463 248.00		6 822 000.00		3 756 680.00	
575.00 Durchlaufende Bundesbeiträge Lärm-	176 736.00		1 000 000.00		219 488.00	
sanierungen						
625.00 Rückzahlung Darlehen		893 894.00		1 000 000.00		921 154.00
670.00 Durchlaufende Bundesbeiträge Lärm-		176 736.00		1 000 000.00		219 488.00
sanierungen						

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Investitionsrechnung						
29	Umweltdepartement						
	Netto Ausgaben						
		16 640 441.45	11 028 485.75	23 965 500.00	14 437 200.00	16 128 923.70	11 366 607.05
			5 611 955.70		9 528 300.00		4 762 316.65
2910	Umweltschutz						
	Netto Ausgaben						
		607 068.00	538 378.00	1 780 000.00	1 230 000.00	942 652.25	564 151.00
			68 690.00		550 000.00		378 501.25
29130	Gewässerschutz						
	Netto Ausgaben						
		607 068.00	538 378.00	1 780 000.00	1 230 000.00	942 652.25	564 151.00
			68 690.00		550 000.00		378 501.25
	Beiträge an Gewässerschutz	68 690.00		550 000.00		378 501.25	
	Durchlaufende Bundesbeiträge an Gemeinden	538 378.00		1 230 000.00		564 151.00	
	Durchlaufende Bundesbeiträge		538 378.00		1 230 000.00		564 151.00
2930	Wald und Naturgefahren						
	Netto Ausgaben						
		7 782 921.65	4 381 903.00	11 955 000.00	6 170 000.00	7 892 614.60	4 540 853.30
			3 401 018.65		5 785 000.00		3 351 761.30
29350	Massnahmen und Beiträge						
	Netto Ausgaben						
		6 804 281.65	3 403 263.00	11 155 000.00	5 370 000.00	7 000 974.60	3 649 213.30
			3 401 018.65		5 785 000.00		3 351 761.30
	Beiträge Sanierung Interkantonale Försterschule Matenfeld	43 617.00					
	Beiträge an Schutzwald, Schutzbauten, Biodiversität und Waldwirtschaft	6 760 664.65		11 155 000.00		7 000 974.60	
	Bundesbeiträge		3 403 263.00		5 370 000.00		3 649 213.30
29370	Investitionskredite						
	Netto Ausgaben						
		978 640.00	978 640.00	800 000.00	800 000.00	891 640.00	891 640.00
	Rückzahlung Darlehen an Bund	578 640.00				891 640.00	
	Darlehen	400 000.00		800 000.00			
	Rückzahlung Darlehen		578 640.00				891 640.00
	Bundeskredit		400 000.00		800 000.00		

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Investitionsrechnung						
2940	Wasserbau	8 250 451.80	6 108 204.75	10 230 500.00	7 037 200.00	7 293 656.85	6 261 602.75
	Netto Ausgaben		2 142 247.05		3 193 300.00		1 032 054.10
29410	Wasserbau	8 250 451.80	6 108 204.75	10 230 500.00	7 037 200.00	7 293 656.85	6 261 602.75
501.00	Regulierung Lauerzersee		2 142 247.05	300 000.00	3 193 300.00		1 032 054.10
565.00	Beitrag an Private Institutionen	8 250 451.80		9 930 500.00		7 293 656.85	
660.00	Bundesbeiträge		6 108 204.75		7 037 200.00		6 261 602.75

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013 Ausgaben	Rechnung 2013 Einnahmen	Voranschlag 2013 Ausgaben	Voranschlag 2013 Einnahmen	Rechnung 2012 Ausgaben	Rechnung 2012 Einnahmen
	Investitionsrechnung						
5	Ausgaben	87 997 346.55		125 727 200.00		91 784 514.77	
50	Sachgüter	51 470 905.25		75 364 400.00		57 436 382.77	
501	Tiefbauten	45 447 992.88		57 870 000.00		41 849 720.85	
503	Hochbauten	4 521 757.85		7 660 000.00		6 076 378.80	
506	Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge	1 501 154.52		9 834 400.00		9 510 283.12	
52	Darlehen und Beteiligungen	578 640.00				891 156.00	
520	Bund	578 640.00				891 640.00	
521	Kantone						484.00
56	Eigene Beiträge	29 767 519.00		41 591 800.00		26 127 494.25	
560	Bund	1 410 187.00		4 867 300.00		467 267.00	
562	Gemeinden	953 499.00		2 000 000.00		1 494 504.25	
564	Gemischtwirtschaftliche Unternehmungen	43 617.00					
565	Private Institutionen	27 360 216.00		34 724 500.00		24 165 723.00	
57	Durchlaufende Beiträge	6 180 282.30		8 771 000.00		7 329 481.75	
570	Bund	150 050.00				100 000.00	
572	Gemeinden	538 378.00		1 230 000.00		564 151.00	
575	Private Institutionen	4 605 324.30		7 155 000.00		5 579 860.75	
576	Private Haushalte	886 530.00		386 000.00		1 085 470.00	

Artengliederung

120

Konto	Institutionelle Gliederung	Rechnung 2013		Voranschlag 2013		Rechnung 2012	
		Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
	Investitionsrechnung						
6	Einnahmen		35 295 911.09		38 938 800.00		36 476 479.28
60	Abgang von Sachgütern		714 012.00				
603	Hochbauten		714 012.00				
62	Rückzahlung von Darlehen und Beteiligungen		1 472 534.00		1 000 000.00		1 812 794.00
625	Private Institutionen		1 472 534.00		1 000 000.00		1 812 794.00
63	Rückerstattungen für Sachgüter		4 797 619.05		6 913 000.00		5 091 414.75
631	Tiefbauten		4 468 777.75		6 913 000.00		4 486 304.95
633	Hochbauten		328 841.30				605 109.80
64	Rückzahlung von eigenen Beiträgen		18 243.00		19 000.00		78 993.00
645	Private Institutionen		18 243.00		19 000.00		78 993.00
66	Beiträge für eigene Rechnung		22 113 220.74		22 235 800.00		22 163 795.78
660	Bund		22 113 220.74		22 235 800.00		21 813 795.78
669	Uebrige						350 000.00
67	Durchlaufende Beiträge		6 180 282.30		8 771 000.00		7 329 481.75
670	Bund		6 030 232.30		8 771 000.00		7 229 481.75
675	Private Institutionen		150 050.00				100 000.00

Verpflichtungskredite

Verpflichtungskredite

Konto	Projekte	Beschlossene Verpflichtungskredite	Davon bereits beanspruchte Verpflichtungskredite bis Ende 2013	Noch bestehende Verpflichtungskredite bis Ende 2013	Voraussichtliche Fälligkeiten 2014 gemäss Voranschlag 2014	Restlicher Verpflichtungskredit per 1.1.2015
Hochbauten						
1.00.03.0	Insel Schwanau, Instandsetzung (KRB vom 17. September 2008)	4 690 416.00	4 659 596.85	30 819.15		30 819.15
1.00.07.0	Berufbildungszentrum Goldau, Sanierungsmassnahmen (KRB vom 21. November 2007)	8 800 000.00	7 711 591.95	1 088 408.05		1 088 408.05
1.00.10.0	Kirche Kantonsschule Kollegium Schwyz Restaurierung mit Anpassung Nebenräume (KRB vom 24. Juni 2010)	3 057 100.00	3 047 021.80	10 078.20		10 078.20
1.00.12.0	Kantonsschule Kollegium Schwyz, Sanierung und räumliche Neukonzeption (KRB vom 14. Februar 2007)	23 500 000.00	26 273 184.82	-2 113 184.82		-2 113 184.82
1.00.12.01	Zusatzkredit (KRB vom 23. Mai 2012)	660 000.00				
1.00.24.0	Sanierung und Erweiterung Übungsanlage Wintersied für die Schadenwehren (KRB vom 24. November 2004 und Volksabstimmung vom 17. April 2005)	8 750 000.00	8 373 555.00	376 445.00		376 445.00
1.00.28.1	Berufbildungszentrum Goldau, Sanierung Turnhalle und Schulraumerweiterung (KRB vom 21. November 2012; Volksabstimmung 3. März 2013)	9 400 000.00	3 821 175.05	5 578 824.95	4 300 000.00	1 278 824.95

Verpflichtungskredite

Konto	Projekte	Beschlossene Verpflichtungskredite	Davon bereits beanspruchte Verpflichtungskredite bis Ende 2013	Noch bestehende Verpflichtungskredite bis Ende 2013	Voraussichtliche Fälligkeiten 2014 gemäss Voranschlag 2014	Restlicher Verpflichtungskredit per 1.1.2015
Hochbauten						
1.00.32.0	Planung eines Neubaus des Heilpädagogischen Zentrums Innerschwyz, Goldau (KRB vom 28. März 2012 und Volksentscheid vom 17. Juni 2012)	1 560 000.00	76 424.65	1 483 575.35	1 200 000.00	283 575.35
1.00.34.0	Bundesbriefmuseum Schwyz, Sanierung und Neukonzeption Ausstellung (KRB vom 21. November 2012)	2 624 000.00	121 362.90	2 502 637.10	1 380 000.00	1 122 637.10
1.00.35.0	Interkantonale Försterschule Maienfeld - Gebäudesanierung (KRB vom 21. November 2012)	328 300.00	132 919.90	195 380.10	43 700.00	151 680.10

Verpflichtungskredite

Konto	Projekte	Beschlossene Verpflichtungskredite	Davon bereits beanspruchte Verpflichtungskredite bis Ende 2013	Noch bestehende Verpflichtungskredite bis Ende 2013	Voraussichtliche Fälligkeiten 2014 gemäss Voranschlag 2014	Restlicher Verpflichtungskredit per 1.1.2015
Strassenausbau						
	H8; Anschluss A4 Seewen-Anschluss A3 Schindellegi					
4.10.03.0	First - Stalden, Feusisberg, Los 44 (KRB vom 21. April 2004)	9 220 000.00	6 724 347.90	2 495 652.10		2 495 652.10
4.10.09.0	Strassenausbau Zweite Altmatt - Dritte Altmatt, Rothenthurm (KRB vom 29. Juni 2006)	9 870 000.00	7 545 040.30	2 324 959.70	10 000.00	2 314 959.70
	2; Hauptstrasse Goldau - Ibach					
4.20.02.0	Teilstrecke Rösslimatt Seewen - Eigenwies, Ibach (KRB vom 25. Juni 2003)	8 600 000.00	4 850 939.55	3 749 060.45		3 749 060.45
	387; Hauptstrasse Ibach / Schwyz - Muotathal - Hinterthal					
4.30.01.0	Ausbau Muotathalerstrasse, 1. Etappe Gibelhorn (KRB vom 21. April 2010)	46 330 000.00	27 222 619.68	19 107 380.32	8 500 000.00	10 607 380.32
	392; Wägitalerstrasse					
4.30.05.0	Ausbau Wägitalerstrasse, Abschnitt Flübödéli km 3.350 - km 3.970 (KRB vom 29. Mai 2013)	9 350 000.00	495 083.70	8 854 916.30	2 600 000.00	6 254 916.30

Verpflichtungskredite

Konto	Projekte	Beschlossene Verpflichtungskredite	Davon bereits beanspruchte Verpflichtungskredite bis Ende 2013	Noch bestehende Verpflichtungskredite bis Ende 2013	Voraussichtliche Fälligkeiten 2014 gemäss Voranschlag 2014	Restlicher Verpflichtungskredit per 1.1.2015
Strassenausbau						
4.30.16.0	386; Hauptstrasse Biberbrugg-Einsiedeln-Euthal-Oberiberg Strassenkorrektur mit Alpverlegung Biberbrugg - Nübersagi, Einsiedeln (KRB vom 10. September 2003)	15 580 000.00	21 533 913.05	1 046 086.95		1 046 086.95
4.30.16.1	Zusatzkredit (KRB vom 19. September 2007)	7 000 000.00				
4.30.17.0	Teilstrecke Steinbach-Euthal, Ersatz Steinbach-Viadukt (KRB vom 24. Juni 2010)	29 550 000.00	20 578 884.20	8 971 115.80	6 500 000.00	2 471 115.80
4.30.18.0	Gross - Steinbach, Einsiedeln, km 19.380 - km 21.550 (KRB vom 23. Mai 2012)	21 000 000.00	643 547.55	20 356 452.45	500 000.00	19 856 452.45
4.31.00.0	381 / Ausbau Aegeristrasse, Sattel km 0.620 - km 1.740 (KRB vom 20. Februar 2013)	10 300 000.00	3 411 629.98	6 888 370.02	2 200 000.00	4 688 370.02
4.40.02.0	3; Hauptstrasse Kt. Grenze ZH/SZ - Löwen/Pfäffikon und Gwatt/Pfäffikon - Reichenburg Umfahrung Pfäffikon, Planungskredit; Gemeinde Freienbach (KRB vom 24. Oktober 2007)	9 867 000.00	6 553 338.05	3 313 661.95		3 313 661.95

Verpflichtungskredite

Konto	Projekte	Beschlossene Verpflichtungskredite	Davon bereits beanspruchte Verpflichtungskredite bis Ende 2013	Noch bestehende Verpflichtungskredite bis Ende 2013	Voraussichtliche Fälligkeiten 2014 gemäss Voranschlag 2014	Restlicher Verpflichtungskredit per 1.1.2015
Strassenausbau						
4.50.01.0	390; Hauptstrasse Lachen-Tuggen-Kt. Grenze SZ/SG Grosskreisel Siebnen, km 14.270 - km 14.420 (KRB vom 28. März 2012)	12 950 000.00	3 351 732.25	9 598 267.75	4 000 000.00	5 598 267.75
4.60.01.0	H 371; Anschluss A4 Goldau-Oberarth-Sattel Teilstrecke Kreuzstrasse - Steinerstrasse, Goldau (KRB vom 11. Februar 2004)	9 130 000.00	5 042 072.10	4 087 927.90		4 087 927.90
4.60.04.0	Strassenausbau "Seilegg"-Ägeristrasse, Sattel (KRB vom 21. November 2007)	4 600 000.00	4 518 597.15	81 402.85	10 000.00	71 402.85
4.70.03.0	H2b; Kantonsgrenze LU/SZ-Gersau-Anschluss A4 Ingenbohl Strassenausbau Gersau - Rot Chrüz, Bezirk Gersau (KRB vom 24. Juni 2009)	7 370 000.00	5 853 470.45	1 516 529.55		1 516 529.55
4.70.04.0	Kreisel Gätzlistrasse, Brunnen (KRB vom 18. Mai 2011) Anschluss A4 Küssnacht - Kantonsgrenze SZ/ZG/LU	6 775 000.00	3 576 337.35	3 198 662.65		3 198 662.65
4.80.01.0	Hauptstrasse Nr. 368; Ausbau Zugerstrasse Nord (Fänn), Küssnacht (KRB vom 12. März 2008)	10 390 000.00	9 468 912.22	921 087.78		921 087.78
4.85.01.0	Südfahrt Küssnacht 1. Abschnitt; Planungskredit (KRB vom 21. April 2010)	9 000 000.00	6 148 990.32	2 851 009.68		2 851 009.68

Verpflichtungskredite

Konto	Projekte	Beschlossene Verpflichtungskredite	Davon bereits beanspruchte Verpflichtungskredite bis Ende 2013	Noch bestehende Verpflichtungskredite bis Ende 2013	Voraussichtliche Fälligkeiten 2014 gemäss Voranschlag 2014	Restlicher Verpflichtungskredit per 1.1.2015
Strassenausbau						
	Zubringer Wilen (Wollerau/Freienbach)					
4.90.01.0	Zubringer Wilenstrasse (Fällmistunnel), Gemeinden Freienbach und Wollerau Planungskredit (KRB vom 21. Oktober 2009) Ibergereggsstrasse; Schwyz - Oberiberg	4 200 000.00	973 341.78	3 226 658.22		3 226 658.22
4.95.01.0	Windstock - Chaisten, Schwyz (KRB vom 17. Februar 2010)	5 510 000.00	4 477 577.95	1 032 422.05	30 000.00	1 002 422.05

Verpflichtungskredite

Konto	Projekte	Beschlossene Verpflichtungskredite	Davon bereits beanspruchte Verpflichtungskredite bis Ende 2013	Noch bestehende Verpflichtungskredite bis Ende 2013	Voraussichtliche Fälligkeiten 2014 gemäss Voranschlag 2014	Restlicher Verpflichtungskredit per 1.1.2015
Investitionsbeiträge						
7.00.43.0	Projekt "schuldatenverwaltung.sz" (KRB vom 15. Dezember 2010)	1 229 352.00	1 360 996.80	- 131 644.80	66 800.00	- 198 444.80
7.00.53.0	Kantonsbeitrag an die Restaurierungen 2013 - 2022 im Kloster Einsiedeln (KRB vom 23. Mai 2012 und Volksabstimmung 23. September 2012)	8 000 000.00	800 000.00	7 200 000.00	800 000.00	6 400 000.00
7.00.71.0	Beschaffung des Sicherheitsnetzes Funk der Schweiz POLYCOM, Teilnetz Kanton Schwyz (KRB vom 21. Oktober 2009)	32 631 000.00	26 022 095.11	6 608 904.89	800 000.00	5 808 904.89
7.00.85.0	Aufwand des Beauftragten für Öffentlichkeit und Datenschutz (KRB vom 22. Oktober 2008)	1 260 175.00	1 236 572.00	23 603.00		23 603.00
7.00.88.0	Energieförderprogramm (KRB vom 16. September 2009 und Volksabstimmung vom 29. November 2009)	5 000 000.00	4 403 587.00	596 413.00	500 000.00	96 413.00
7.00.89.0	Investitionsbeitrag an die SOB für die Oberbauerneuerung Wädenswil - Burghalden (KRB vom 17. September 2008)	511 000.00	510 867.00	133.00		133.00
7.00.90.0	Investitionsbeitrag an die SOB für die Erstellung des Betriebsgebäudes in Samstagen (KRB vom 17. September 2008)	1 227 000.00	997 138.00	229 862.00		229 862
7.00.91.0	Investitionsbeitrag an die SOB für die Beschaffung eines Fahrliftfahrzeuges (KRB vom 17. September 2008)	1 158 000.00	726 566.00	431 434.00		431 434

Verpflichtungskredite

Konto	Projekte	Beschlossene Verpflichtungskredite	Davon bereits beanspruchte Verpflichtungskredite bis Ende 2013	Noch bestehende Verpflichtungskredite bis Ende 2013	Voraussichtliche Fälligkeiten 2014 gemäss Voranschlag 2014	Restlicher Verpflichtungskredit per 1.1.2015
Investitionsbeiträge						
7.00.92.0	Investitionsbeitrag an die SOB für die Erneuerung des Trasses auf ausgewählten Streckenabschnitten, für die Erneuerung der Station Rothenthurm und Ersatz Reisezugwagen (KRB vom 6. März 1996)	8 567 910.00	8 445 100.00	122 810.00		122 810.00
7.00.93.0	Investitionsbeitrag an die Auto AG Schwyz; Vereinbarung IV (KRB vom 19. Mai 1999)	1 070 200.00	1 070 200.00			
7.00.94.0	Investitionsbeitrag an die SOB; 8. Vereinbarung (KRB vom 27. Oktober 1999)	4 293 100.00	4 293 100.00			
7.00.95.0	Investitionsbeitrag an die Schweizerische Südostbahn AG (SOB); 3. und 4. Vereinbarung (KRB vom 16. Oktober 2002)	1 955 900.00	1 955 900.00			
7.00.96.0	Investitionsbeitrag an die Schweizerische Südostbahn AG (SOB); 6. Vereinbarung (KRB vom 24. November 2004)	8 345 600.00	8 345 600.00			
7.00.97.0	Investitionsbeitrag an die Schweizerische Südostbahn AG; Perronerhöhung Grünfeld, Gemeinde Richterswil (KRB vom 19. September 2007)	117 760.00	117 760.00			
7.00.98.0	Investitionsbeitrag an die Schweizerische Südostbahn AG; Ausbau Bahnhof Biberbrugg, II. Etappe (KRB vom 19. September 2007)	8 700 000.00	7 008 675.00	1 691 325.00		1 691 325.00

Verpflichtungskredite

Konto	Projekte	Beschlossene Verpflichtungskredite	Davon bereits beanspruchte Verpflichtungskredite bis Ende 2013	Noch bestehende Verpflichtungskredite bis Ende 2013	Voraussichtliche Fälligkeiten 2014 gemäss Voranschlag 2014	Restlicher Verpflichtungskredit per 1.1.2015
Investitionsbeiträge						
7.00.99.0	Investitionsbeitrag an die Schweizerische Südostbahn AG; Oberbausanierung Einsiedeln - Biberbrugg I. Etappe (KRB vom 19. September 2007)	1 650 000.00	1 646 592.00	3 408.00		3 408.00
7.01.01.0	Investitionsbeitrag an die SOB AG für den Umbau auf die N-Fahrleitung zwischen Steinerberg und Altmatt (KRB vom 21. Oktober 2009)	2 384 046.00	194 886.00	2 189 160.00		2 189 160.00
7.01.02.0	Investitionsbeitrag an die SOB AG für den Ersatz von elf Weichen in Samstagen (KRB vom 21. Oktober 2009)	715 224.00	424 857.00	290 367.00		290 367.00
7.01.03.0	Investitionsbeitrag an die SOB AG für Sicherheitsmassnahmen zwischen Freienbach und Altmatt (KRB vom 21. Oktober 2009)	893 316.00	146 604.00	746 712.00		746 712.00
7.01.04.0	Investitionsbeitrag an die SOB AG für die Oberbauerneuerung zwischen Freienbach und Wollerau, Gleis 2 und Ersatz der Weiche 5 im Bahnhof Wollerau (KRB vom 21. Oktober 2009)	294 270.00	162 721.00	131 549.00		131 549.00
7.01.05.0	Investitionsbeitrag an die SBB für die Beschaffung von 113 Niederflur-Doppelstock-Zwischenwagen (KRB vom 20. Mai 2010)	1 869 067.00	1 869 067.00			
7.01.05.1	Beteiligung an Vorfinanzierungskosten der Durchmesserlinie Zürich (KRB vom 29. Juni 2011)	18 300 000.00	14 950 000.00			

Verpflichtungskredite

Konto	Projekte	Beschlossene Verpflichtungskredite	Davon bereits beanspruchte Verpflichtungskredite bis Ende 2013	Noch bestehende Verpflichtungskredite bis Ende 2013	Voraussichtliche Fälligkeiten 2014 gemäss Voranschlag 2014	Restlicher Verpflichtungskredit per 1.1.2015
Investitionsbeiträge						
7.01.05.2	4. Teilergänzung S-Bahn Zürich linkes Zürichseeufer (KRB vom 29. Juni 2011)	7 700 000.00	1 432 920.00	6 267 080.00	1 300 000.00	4 967 080.00
7.01.05.3	Programmfinanzierung Schweizerische Südostbahn AG (SOB AG) (KRB vom 30. Juni 2011)	3 220 484.00	3 220 484.00			
7.01.06.0	Programmfinanzierung 2012 Schweizerische Südostbahn AG (SOB AG) (KRB vom 26. Oktober 2011)	3 113 399.00	3 113 399.00			
7.01.06.1	Programmfinanzierung 2013 - 2016 Schweizerische Südostbahn AG (SOB AG) (KRB vom 21. November 2012)	14 710 000.00	4 168 556.00	10 541 444.00	3 382 036.00	7 159 408.00
7.01.07.0	Investitionsbeitrag an die SOB Perronerhöhung Stationen Wilen und Schindellegi (KRB vom 26. Oktober 2011)	259 204.00	259 204.00			
7.01.08.0	Shuttlelösung im Bahnhof Siebnen-Wangen Projektierungs- und baukosten der Kurzfristmassnahmen (KRB vom 23. November 2011)	2 300 000.00		2 300 000.00		2 300 000.00
7.01.08.1	Shuttlelösung im Bahnhof Siebnen-Wangen Projektierungskosten der Mittelfristmassnahmen (KRB vom 23. November 2011)	1 200 000.00		1 200 000.00		1 200 000.00
7.01.09.0	Investitionshilfe gemäss Behinderdengleichstellungsgesetz an die Schweizerische Südostbahn AG (KRB vom 28. März 2012)	643 280.00		643 280.00	643 208.00	

Verpflichtungskredite

Konto	Projekte	Beschlossene Verpflichtungskredite	Davon bereits beanspruchte Verpflichtungskredite bis Ende 2013	Noch bestehende Verpflichtungskredite bis Ende 2013	Voraussichtliche Fälligkeiten 2014 gemäss Voranschlag 2014	Restlicher Verpflichtungskredit per 1.1.2015
Investitionsbeiträge						
7.01.10.0	Investitionsbeitrag an Stosbahnen AG (KRB vom 21. November 2012)	5 300 000.00	2 650 000.00	2 650 000.00	2 650 000.00	
7.01.11.0	Investitionsbeitrag nach Behindertengleichstellungsgesetz an die Schweizerische Südostbahn AG (SOB AG) (KRB vom 21. November 2012)	880 903.00		880 903.00	180 903.00	700 000.00
7.01.12.0	Investitionsbeitrag nach Behindertengleichstellungsgesetz an die Schweizerische Südostbahn AG (KRB vom 17. April 2013)	338 204.00		338 204.00	338 204.00	

Bestandesrechnung

Bilanz	Bestand		Veränderungen 2013		Bestand 31. Dezember 2013
	31. Dezember 2012		Zuwachs	Abgang	
1	Aktiven	895 863 843.17	75 685 552.66	241 162 356.68	730 387 039.15
	Finanzvermögen	659 149 223.08	74 311 178.36	215 970 565.87	517 489 835.57
10	Flüssige Mittel	292 241 662.74	407 745.71	185 268 676.76	107 380 731.69
100	Kassa	110 643.54	50 494.81		161 138.35
101	Postcheck	53 587 590.23	357 250.90		53 944 841.13
102	Banken	238 543 428.97		185 268 676.76	53 274 752.21
11	Guthaben	353 341 214.41	72 753 241.75	30 515 778.48	395 578 677.68
110	Akkreditive (Vorschüsse)	6 000.00			6 000.00
111	Kontokorrente	5 560 856.86	4 452 103.91		10 012 960.77
112	Steuer Guthaben	17 890 000.00		1 100 000.00	16 790 000.00
114	Beiträge von Gemeinwesen	16 017 946.22	5 107 850.03		21 125 796.25
115	Andere Debitoren	37 211 964.99	28 193 287.81		65 405 252.80
116	Festgelder	200 000 000.00	35 000 000.00		235 000 000.00
118	Verbindungskonto alte/neue Rechnung	76 654 446.34		29 415 778.48	47 238 667.86
12	Anlagen	13 565 905.83	1 150 001.00	186 110.63	14 529 796.20
121	Aktien und Anteilscheine	3.00			3.00
123	Liegenschaften des Finanzvermögens	12 680 840.90	1 150 001.00		13 830 841.90
125	Vorräte	885 061.93		186 110.63	698 951.30
13	Transitorische Aktiven	440.10	189.90		630.00
130	Transitorische Aktiven	440.10	189.90		630.00

Bilanz	Bestand 31. Dezember 2012	Veränderungen 2013		Bestand 31. Dezember 2013
		Zuwachs	Abgang	
	236 714 620.09	1 374 374.30	25 191 790.81	212 897 203.58
14	Sachgüter	1.00	24 167 789.81	9 093 591.73
141	Tiefbauten		14 319 789.81	-101 119 487.27
143	Hochbauten		6 719 000.00	101 061 069.00
145	Waldungen	1.00		10.00
146	Mobilien, Maschinen, Fahrzeuge		3 129 000.00	9 152 000.00
15	Darlehen und Beteiligungen	747 373.30	1.00	144 751 611.85
151	Kantone			128 000.00
153	Eigene Anstalten	56 063.30		123 420 097.85
154	Gemischtwirtschaftliche Unternehmungen		1.00	15 050 005.00
155	Private Institutionen	691 310.00		6 153 509.00
16	Investitionsbeiträge	627 000.00	1 024 000.00	59 052 000.00
161	Kantone		90 000.00	264 000.00
162	Gemeinden		934 000.00	5 659 000.00
165	Private Institutionen	627 000.00		53 129 000.00

Bilanz	Bestand 31. Dezember 2012	Veränderungen 2013		Bestand 31. Dezember 2013
		Zuwachs	Abgang	
2	895 863 843.17	16 762 704.70	182 239 508.72	730 387 039.15
	Fremdkapital	5 781 829.55	41 577 514.83	408 119 393.59
20	288 685 779.49	3 863 034.22	33 577 514.83	258 971 298.88
201	78 448 446.57		22 727 658.92	55 720 787.65
206	74 124 438.47	3 863 034.22		77 987 472.69
208	136 112 894.45		10 849 855.91	125 263 038.54
	Verbindungskonto alte/neue Rechnung			
22	133 923 002.21	858 572.90	8 000 000.00	126 781 575.11
221	50 000 000.00		8 000 000.00	42 000 000.00
229	83 923 002.21	858 572.90		84 781 575.11
	Schuldscheine			
	Uebrige Langfristige Schulden			
23	21 283 106.05	1 060 127.20		22 343 233.25
233	21 283 106.05	1 060 127.20		22 343 233.25
	Verwaltete Spezialfonds			
25	23 191.12	95.23		23 286.35
259	23 191.12	95.23		23 286.35
	Uebrige Trans. Passiven			

Bestandesrechnung**140**

Bilanz	Bestand 31. Dezember 2012	Veränderungen 2013		Bestand 31. Dezember 2013
		Zuwachs	Abgang	
Spezialfinanzierungen	32 668 578.50	10 980 875.15		43 649 453.65
28	Verpflichtungen Spezialfinanzierungen	10 980 875.15		43 649 453.65
280	Fonds	10 980 875.15		43 649 453.65
	Eigenkapital		140 661 993.89	278 618 191.91
29	Kapital	419 280 185.80	140 661 993.89	278 618 191.91
290	Kapital	419 280 185.80	140 661 993.89	278 618 191.91
	Eventualverpflichtungen			
	Schweizer Eidgenossenschaft Investitionshilfe			16 567 660,00
	Psychiatrische Klinik Zugensee			2 000 000,00
	Schwyz Kantonalbank Studiendarlehen			2 504 408,15
	Schwyz Kantonalbank (GSKB Art. 5; SRSZ 321.100)			
	Pensionskasse Kanton Schwyz (VPK Art. 30 Abs 1; SRSZ 145.210)			
	Deckungsgrad per 31. Dezember 2013: 95.4%			

Übersichten

Konto	Anzahl	à	Nominalwert	Bilanzwert 31. Dezember 2013
121 Aktien und Anteilscheine			16 100.00	3.00
12150 Anteilscheine			16 100.00	3.00
121.50.07 Radio- und Fernsehgenossenschaft	1	100.00	100.00	1.00
121.50.07 Zürich Schaffhausen RFZ				
121.50.14 Solargenossenschaft RigiStrom	1	2 000.00	2 000.00	1.00
121.50.16 Schweizer Bibliotheksdienst	140	100.00	14 000.00	1.00
121.50.16 Genossenschaft, Bern				

Konto	Land m ²	Versicherungswert 31. Dezember 2013	Buchwert 31. Dezember 2012	Buchwert 31. Dezember 2013
123 Liegenschaften des Finanzvermögens	445 582.00	10 665 814.00	12 680 840.90	13 830 841.90
12301 Schwyz	111 453.00	2 853 292.00	706 375.00	706 375.00
123.01.03 Eigenwies mit Stallgebäude Kat. Nr. 774	9 033.00	217 383.00	1.00	1.00
123.01.04 Rubi Haggen (Haus und Stall)		413 756.00	21 000.00	21 000.00
123.01.10 Liegenschaft Langfeld Kat. Nr. 3875	31 480.00		70 371.00	70 371.00
123.01.11 Liegenschaft Langfeld Kat. Nr. 3877	3 418.00		1.00	1.00
123.01.33 Liegenschaft Riedstrasse 10		601 713.00	10 000.00	10 000.00
123.01.35 Liegenschaft Riedstrasse 8		1 085 440.00	30 000.00	30 000.00
123.01.50 Parzelle Kat. Nr. 1711, 1713 und 3576	63 141.00		40 000.00	40 000.00
Urniberg, Seewen				
123.01.52 Land Kat. Nr. 3161, Seewen (1/2 Anteil)	3 456.00		1.00	1.00
123.01.54 Land Kat. Nr. 1763, Seewen	537.00		1.00	1.00
123.01.55 LS "Rosengarten" Seewen, Kat. Nr. 658	388.00	535 000.00	535 000.00	535 000.00
12302 Arth	111 255.00	1 294 142.00	887 504.00	2 037 505.00
123.02.01 Unterhaltmagazin Goldau Kat. Nr. 1110	1 112.00	859 324.00	1.00	1.00
123.02.50 Land GB Nr. 420 und 1184, Strick, Arth	2 198.00		2 000.00	2 000.00
123.02.53 Land GB Nr. 2628, Schuttmattei Goldau	12 405.00		785 000.00	785 000.00
123.02.54 Land Kat. Nr. 408 und 412, Treichi	40 391.00		10 000.00	10 000.00
123.02.55 Land Kat. Nr. 2401, Rickenbacherhof	7 308.00		58 576.00	58 576.00
123.02.56 Land Kat. Nr. 2403, Langacher	2 319.00		13 926.00	13 926.00
123.02.57 Land Kat. Nr. 2361, Wintermetten	4 718.00		18 000.00	18 000.00
123.02.58 Land GB Nr. 2683, Zaystrasse, Goldau	291.00			1.00
123.02.59 Land Kat. Nr. 1131, Strick	118.00		1.00	1.00
123.02.60 Grundstücke Nr. 707, 708, 710 Steinbergstrasse	40 395.00	434 818.00		1 150 000.00
12303 Ingenbohl	21 177.00	325 000.00	3 645 971.20	3 645 971.20
123.03.01 Liegenschaft Rüti Kat. Nr. 1529	9 973.00	325 000.00	3 320 000.00	3 320 000.00
123.03.50 Land GB Nr. 1509, Rüti, Ingenbohl	6 657.00		246 420.00	246 420.00
123.03.51 Land Kat. Nr. 509, Fallenbach	3 517.00		79 550.20	79 550.20

Konto	Land m ²	Versicherungswert 31. Dezember 2013	Buchwert 31. Dezember 2012	Buchwert 31. Dezember 2013
123.03.52 Land Kat. Nr. 510, Fallbach	1 030.00		1.00	1.00
12305 Steinen	41 876.00		53 518.15	53 518.15
123.05.50 Land Kat. Nr. 1085, Schomen	2 629.00		3 283.75	3 283.75
123.05.51 Land Kat. Nr. 1096, Segel	25 896.00		31 035.60	31 035.60
123.05.52 Land Kat. Nr. 1102, Buochenhof	6 745.00		8 743.80	8 743.80
123.05.53 Land Kat. Nr. 1207, Buochenhöfli	5 512.00		8 271.00	8 271.00
123.05.54 Land Kat. Nr. 1212, Buochenhöfli	1 094.00		2 184.00	2 184.00
12306 Sattel	4 828.00	1 400 390.00	1 002.00	1 002.00
123.06.01 Unterhaltsmagazin und Garage Kat. Nr. 475 Zingelstrasse	1 585.00	1 400 390.00	1 000.00	1 000.00
123.06.50 Land Kat. Nr. 922, Eccehomo	306.00		1.00	1.00
123.06.51 Land Kat. Nr. 578, im alten Rössli	2 937.00		1.00	1.00
12307 Rothenthurm	34 323.00		19 607.00	19 607.00
123.07.50 Land GB Nr. 124, Schweig	6 036.00		7 383.00	7 383.00
123.07.51 Land GB Nr. 189, Schweig	4 065.00		12 219.00	12 219.00
123.07.52 Land Kat. Nr. 577, 3. Altmatt	2 610.00		1.00	1.00
123.07.53 Land Kat. Nr. 572, 3. Altmatt	427.00		1.00	1.00
123.07.54 Land Kat. Nr. 571, Äussere Altmatt	179.00		1.00	1.00
123.07.55 Land Kat. Nr. 436, Almigforren	4 642.00		1.00	1.00
123.07.56 Land Kat. Nr. 536; Blätterblätz	16 364.00		1.00	1.00
12310 Lauerz	3 322.00		4.00	4.00
123.10.51 Land Kat. Nr. 384, Stutz	1 323.00		1.00	1.00
123.10.52 Kleine Insel Schwanau, Kat. Nr. 54	639.00		1.00	1.00
123.10.54 Land Kat. Nr. 159	184.00		1.00	1.00
123.10.55 Land Kat. Nr. 52, Pappelrank	1 176.00		1.00	1.00
12311 Steinerberg	910.00		1.00	1.00
123.11.50 Land Kat. Nr. 149, Hausmatt	910.00		1.00	1.00

Liegenschaften des Finanzvermögens

146

Konto	Land m ²	Versicherungswert 31. Dezember 2013	Buchwert 31. Dezember 2012	Buchwert 31. Dezember 2013
12318 Altendorf	1 942.00		413.00	413.00
123.18.50 Land Kat. Nr. 1023, Freihof	379.00		412.00	412.00
123.18.51 Land Kat. Nr. 145; Bogenhof 1/2	1 563.00		1.00	1.00
12319 Galgenen	595.00		433 250.00	433 250.00
123.19.50 Parkplatz Kat. Nr. 46, Siebnen	595.00		433 250.00	433 250.00
12322 Schübelbach	8 336.00		21 916.00	21 916.00
123.22.50 Land Kat. Nr. 144, Schibenstück	8 336.00		21 916.00	21 916.00
12324 Wangen	64 348.00		2.00	2.00
123.24.50 Riedland in Nuolen, Kat. Nr. 127, Brugg- holz Riffen	55 001.00		1.00	1.00
123.24.52 Riedland in Nuolen, Kat. Nr. 131, Riffen	9 347.00		1.00	1.00
12325 Reichenburg	8 734.00	870 000.00	908 851.00	908 851.00
123.25.50 Land Kat. Nr. 776, Untere Hirschen	1 497.00		4 518.00	4 518.00
123.25.51 Land Kat. Nr. 777, Untere Hirschen	1 144.00		3 498.00	3 498.00
123.25.52 Land Kat. Nr. 840, Glärteren	5 708.00		30 835.00	30 835.00
123.25.53 Wohnhaus Süesswinkel; Kat. Nr. 328	385.00	870 000.00	870 000.00	870 000.00
12326 Einsiedeln	10 356.00		4.00	4.00
123.26.50 Land Kat. Nr. 3438, Moos, Bannau	941.00		1.00	1.00
123.26.51 Land Kat. Nr. 1070, Wettertanne, Bannau	6 211.00		1.00	1.00
123.26.52 Land Kat. Nr. 3240, Rabennest	1 723.00		1.00	1.00
123.26.53 Land Kat. Nr. 3709, Rabennest	1 481.00		1.00	1.00
12327 Küssnacht	13 805.00		1 059 169.30	1 059 169.30
123.27.01 Land Kat. Nr. 3220, Hinteri Staldenmatt	9 038.00		1 045 713.30	1 045 713.30
123.27.52 Land Kat. Nr. 23, Mythenstrasse	1 454.00		1 454.00	1 454.00

Konto	Land m ²	Versicherungswert 31. Dezember 2013	Buchwert 31. Dezember 2012	Buchwert 31. Dezember 2013
123.27.54 Land Kat. Nr. 343, Badweid	1 715.00		12 000.00	12 000.00
123.27.55 Land Kat. Nr. 2869, Riedappel	580.00		1.00	1.00
123.27.56 Land Kat. Nr. 2868, Riedappel	1 018.00		1.00	1.00
12329 Freienbach	5 273.00		2 982 252.25	2 982 252.25
123.29.01 Wohnhaus Kat. Nr. 910 und 2193	2 068.00		2 982 250.25	2 982 250.25
123.29.50 Parkplatz Kat. Nr. 619, Pfäffikon	88.00		1.00	1.00
123.29.52 Parkplatz Hinterbäch, Kat. Nr. 46	3 117.00		1.00	1.00
12330 Feusisberg	3 049.00	3 922 990.00	1 961 001.00	1 961 001.00
123.30.01 Restaurant Bahnhof, Biberbrugg Kat. Nr. 1111	1 874.00	3 922 990.00	1 900 000.00	1 900 000.00
123.30.50 Parkplatz Kat. Nr. 829, Kreuzstrasse	77.00		1.00	1.00
123.30.52 Parkplatz Kat. Nr. 1291, Biberbrugg	1 098.00		61 000.00	61 000.00

Tiefbauten (Verwaltungsvermögen)**148**

Konto	Buchwert 31. Dezember 2012	Mutationen	Abschreibung	Buchwert 31. Dezember 2013
141 Tiefbauten	-86 799 697.46	28 913 450.14	43 233 239.95	-101 119 487.27
14110 Strassenwesen	-86 799 697.46	28 913 450.14	43 233 239.95	-101 119 487.27
141.10.10 Strassen	-86 799 697.46	28 913 450.14	43 233 239.95	-101 119 487.27

Hochbauten (Verwaltungsvermögen)

149

Konto	Versicherungswert 31. Dezember 2013	Land m ²	Buchwert 31. Dezember 2012	Mutationen	Abschreibung	Buchwert 31. Dezember 2013
143 Hochbauten	482 415 412	461 565.00	107 780 069.00	4 521 757.85	11 240 757.85	101 061 069.00
14301 Schwyz	241 294 530	198 251.00	38 893 017.00	197 787.55	3 914 787.55	35 176 017.00
143.01.01 Rathaus Kat. Nr. 818	10 449 865	1 893.00	519 000.00		52 000.00	467 000.00
143.01.02 Forum der Schweizer Geschichte Kat. Nr. 900	2 690 817	1 285.00	1.00			1.00
143.01.03 Archivtum	1 039 680		1.00			1.00
143.01.04 Regierungsgebäude Kat. Nr. 802	7 463 427	1 036.00	1.00			1.00
143.01.05 Bundesbriefarchiv, Kat. Nr. 974	7 952 863	4 152.00	710 000.00	121 362.90	83 362.90	748 000.00
143.01.06 Bahnhofstrasse 16, Kat. Nr. 975	678 981	704.00	23 000.00		3 000.00	20 000.00
143.01.07 Lücken, Kat. Nr. 964	594 099	397.00	1.00			1.00
143.01.10 Polizeigebäude Kat. Nr. 803	8 328 065	3 042.00	2 234 000.00		224 000.00	2 010 000.00
143.01.11 Verkehrsamt Kat. Nr. 378	7 572 232	5 350.00	1.00			1.00
143.01.12 Polizeistützpunkt N4	3 527 961		1.00			1.00
143.01.13 Zivilschutzausbildungszentrum Kat. 325	21 943 936	40 587.00	189 000.00		19 000.00	170 000.00
143.01.14 Schutzräume, ALST Truppenunterkunft	2 843 210		1.00			1.00
143.01.16 Übungsanlage Wintersried, Kat.Nr.1748	11 126 624	24 216.00	4 627 000.00		463 000.00	4 164 000.00
143.01.18 Stallgebäude Kaltbach	1 432 215		1.00			1.00
143.01.20 Werkhof Forstamt und Notschlachthof Kat. Nr. 308	1 458 738	31 725.00	148 000.00		15 000.00	133 000.00
143.01.30 Forsthütte Holzegg, Kat. Nr. 2409	74 265		1.00			1.00
143.01.31 Forsthütte Spiss	371 637		1.00			1.00
143.01.32 Forsthütte Stockwald	286 445		1.00			1.00
143.01.33 Euschgebäude Holzegg	31 825		1.00			1.00
143.01.40 Lehrseminar, Kat. Nr. 1649 / 1651	20 673 295	10 689.00	1 122 000.00		113 000.00	1 009 000.00
143.01.41 Heilpädagogische Tagesschule Innerschwyz				76 424.65	16 424.65	145 000.00
143.01.45 Kaufmännische Berufsschule Kat. Nr. 3654	6 900 000	1 810.00	2 552 000.00		256 000.00	2 296 000.00
143.01.50 Kantonsschule Kollegium mit Kirche Kat. Nr. 955	113 921 975	41 093.00	20 117 000.00		2 012 000.00	18 105 000.00
143.01.52 Kantonsschule, Verwaltungsräume			4 996 000.00		500 000.00	4 496 000.00
143.01.56 Kantonsschule Kollegium, Turnhalle			1 412 000.00		142 000.00	1 270 000.00
143.01.58 Kantonsschule Kollegium, Zellenfeld- Sportplätze, Kat. Nr. 953	7 292 758	23 704.00	1.00			1.00

Hochbauten (Verwaltungsvermögen)

150

Konto	Versicherungswert 31. Dezember 2013	Land m²	Buchwert 31. Dezember 2012	Mutationen	Abschreibung	Buchwert 31. Dezember 2013
143.01.59	971 311		1.00			1.00
143.01.60			110 000.00		11 000.00	99 000.00
143.01.61	1 668 306		1.00			1.00
143.01.70		5 323.00	49 000.00		5 000.00	44 000.00
143.01.71		509.00	1.00			1.00
143.01.72		736.00	1.00			1.00
14302	72 615 738	37 776.00	24 553 007.00	4 122 971.30	2 867 971.30	25 808 007.00
143.02.01	31 958 257	18 897.00	14 981 000.00	301 796.25	1 528 796.25	13 754 000.00
143.02.04	40 378 084	16 450.00	9 572 000.00	3 821 175.05	1 339 175.05	12 054 000.00
143.02.50		1 415.00	1.00			1.00
143.02.52		550.00	1.00			1.00
143.02.53	145 558		1.00			1.00
143.02.54		464.00	1.00			1.00
143.02.80	13 218		1.00			1.00
143.02.81	106 090		1.00			1.00
143.02.82	14 531		1.00			1.00
14303	14 794 403	34 192.00	1 388 004.00		139 000.00	1 249 004.00
143.03.01	4 449 600	2 028.00	1 388 000.00		139 000.00	1 249 000.00
143.03.03	10 269 596	30 802.00	1.00			1.00
143.03.51		1 362.00	1.00			1.00
143.03.80	13 267		1.00			1.00
143.03.82	61 940		1.00			1.00

Hochbauten (Verwaltungsvermögen)

151

Konto	Versicherungswert 31. Dezember 2013	Land m ²	Buchwert 31. Dezember 2012	Mutationen	Abschreibung	Buchwert 31. Dezember 2013
14304	31 825		1.00			1.00
14304.80	31 825		1.00			1.00
14305		947.00	1.00			1.00
14305.50		947.00	1.00			1.00
14306	58 218		3.00			3.00
14306.80	13 218		1.00			1.00
14306.81	40 000		1.00			1.00
14306.82	5 000		1.00			1.00
14307	92 909	860.00	2.00			2.00
14307.50		860.00	1.00			1.00
14307.52	92 909		1.00			1.00
14308	59 833		2.00			2.00
14308.80	40 000		1.00			1.00
14308.81	19 833		1.00			1.00
14310	4 782 483	5 728.00	3 116 001.00		312 000.00	2 804 001.00
14310.01	4 742 483	5 728.00	3 116 000.00		312 000.00	2 804 000.00
14310.80	40 000		1.00			1.00
14312	156 694		2.00			2.00
14312.80	116 694		1.00			1.00
14312.81	40 000		1.00			1.00

Hochbauten (Verwaltungsvermögen)

152

Konto	Versicherungswert 31. Dezember 2013	Land m ²	Buchwert 31. Dezember 2012	Mutationen	Abschreibung	Buchwert 31. Dezember 2013
14313	40 000		1.00			1.00
143.13.80	40 000		1.00			1.00
14317		1 194.00	1.00			1.00
143.17.80		1 194.00	1.00			1.00
14318	1 300 000	548.00	311 000.00		32 000.00	279 000.00
143.18.01	1 300 000	548.00	311 000.00		32 000.00	279 000.00
14320	59 833		2.00			2.00
143.20.81	19 833		1.00			1.00
143.20.82	40 000		1.00			1.00
14322	636 540	2 270.00	1.00			1.00
143.22.80	636 540	2 270.00	1.00			1.00
14324	12 372 339	13 197.00	1 650 000.00	100 000.00	175 000.00	1 575 000.00
143.24.01	12 372 339	13 197.00	1 650 000.00	100 000.00	175 000.00	1 575 000.00
14325	14 531	352.00	1.00			1.00
143.25.80	14 531	352.00	1.00			1.00
14326	528 021	1 421.00	5.00			5.00
143.26.51		155.00	1.00			1.00
143.26.52		322.00	1.00			1.00

Hochbauten (Verwaltungsvermögen)

153

Konto	Versicherungswert 31. Dezember 2013	Land m ²	Buchwert 31. Dezember 2012	Mutationen	Abschreibung	Buchwert 31. Dezember 2013
143.26.80	339 490	944.00	1.00			1.00
143.26.84	148 531		1.00			1.00
143.26.85	40 000		1.00			1.00
14327	737 439	2 939.00	2.00			2.00
143.27.01	697 439	2 939.00	1.00			1.00
143.27.80	40 000		1.00			1.00
14329	97 902 261	138 992.00	26 826 008.00	100 999.00	2 694 999.00	24 232 008.00
143.29.01	1 160 042	955.00	1.00			1.00
143.29.02		43 077.00	36 000.00		4 000.00	32 000.00
143.29.03	30 060 301	10 872.00	16 092 000.00	53 999.00	1 614 999.00	14 531 000.00
143.29.06	23 859 691	26 007.00	2 387 000.00		239 000.00	2 148 000.00
143.29.07	7 241 375		239 000.00		24 000.00	215 000.00
143.29.08			73 000.00	47 000.00	12 000.00	108 000.00
143.29.10			43 000.00		5 000.00	38 000.00
143.29.12	6 704 890	10 160.00	1.00			1.00
143.29.16	28 875 962	42 780.00	7 956 000.00		796 000.00	7 160 000.00
143.29.50		2 825.00	1.00			1.00
143.29.51		1 004.00	1.00			1.00
143.29.52		135.00	1.00			1.00
143.29.53		169.00	1.00			1.00
143.29.54		713.00	1.00			1.00
143.29.55		295.00	1.00			1.00

Hochbauten (Verwaltungsvermögen)

154

Konto	Versicherungswert 31. Dezember 2013	Land m²	Buchwert 31. Dezember 2012	Mutationen	Abschreibung	Buchwert 31. Dezember 2013
14330	34 937 815	22 898.00	11 043 008.00		1 105 000.00	9 938 008.00
143.30.01	32 931 524	9 732.00	11 043 000.00		1 105 000.00	9 938 000.00
143.30.02	1 200 000		1.00			1.00
143.30.30	339 490		1.00			1.00
143.30.50		262.00	1.00			1.00
143.30.51		2 726.00	1.00			1.00
143.30.52		2 120.00	1.00			1.00
143.30.53		3 480.00	1.00			1.00
143.30.54		990.00	1.00			1.00
143.30.81	466 801	3 588.00	1.00			1.00

Waldungen (Verwaltungsvermögen)

155

Konto	Fläche m²	Buchwert 31. Dezember 2012	Mutationen	Abschreibung	Buchwert 31. Dezember 2013
145 Waldungen	212 785.00	9.00	1.00		10.00
14501 Schwyz		3.00			3.00
145.01.01 Brünigs - Gallern		1.00			1.00
145.01.03 Nietenbach		1.00			1.00
145.01.06 Holzegg		1.00			1.00
14505 Steinen		1.00			1.00
145.05.01 Gügel, Kat. Nr. 606		1.00			1.00
14506 Sattel		1.00			1.00
145.06.01 Gigersberg, Kat. Nr. 113		1.00			1.00
14520	212 785.00		1.00		1.00
145.20.01 Waldungen Kat. Nr. 642, Vorderthal	212 785.00		1.00		1.00
14526 Einsiedeln		3.00			3.00
145.26.01 Nüboden Rabennest Kat. Nr. 3965		1.00			1.00
145.26.03 Stähliboden Biberbrugg Kat. Nr. 3579		1.00			1.00
145.26.06 Holzrüti Kat. Nr. 3743		1.00			1.00
14528 Wollerau		1.00			1.00
145.28.01 Altenbach, Kat. Nr. 959		1.00			1.00

Darlehen und Beteiligungen (Verwaltungsvermögen)

156

Konto	Anzahl	à	Nominalwert	Bilanzwert 31. Dezember 2013
15 Darlehen und Beteiligungen			60 050 459.00	144 751 611.85
151 Kantone			128 000.00	128 000.00
15100 Aktien			128 000.00	128 000.00
151.00.01 Schweizer Rheinsalinen AG	128	1 000.00	128 000.00	128 000.00
153 Eigene Anstalten				123 420 097.85
15320 Darlehen				123 420 097.85
153.20.01 Dotationskapital Kantonalbank Schwyz				50 000 000.00
153.20.10 Betriebshilfe Landwirtschaft (Kantonale Mittel)				2 099 224.40
153.20.15 Betriebshilfe Landwirtschaft (Bundesmittel)				71 320 873.45
154 Gemischtwirtschaftliche Unternehmungen			59 489 208.00	15 050 005.00
15400 Aktien			835 368.00	100 003.00
154.00.01 Schweizerische Nationalbank, Namenaktien	400	250.00	100 000.00	100 000.00
154.00.10 SOB AG St. Gallen, Namenaktien	516 768	1.00	516 768.00	1.00
154.00.20 TMF Extraktionswerk AG, Bazenheid, Namen	62	300.00	18 600.00	1.00
154.00.30 InNET Monitoring AG, Altdorf, Namen	200	1 000.00	200 000.00	1.00
15410 Anteilscheine			60 000.00	1.00
154.10.01 Schweizerische Gesellschaft für Hotekredit SGH	120	500.00	60 000.00	1.00

Darlehen und Beteiligungen (Verwaltungsvermögen)

157

Konto	Anzahl	à	Nominalwert	Bilanzwert 31. Dezember 2013
15420 Darlehen			58 593 840.00	14 950 001.00
154.20.20 SOB AG, St. Gallen, Vereinbarungen 1 - 8			58 593 840.00	1.00
154.20.30 Darlehen an SBB (Durchmesserlinie)				14 950 000.00
155 Private Institutionen			433 251.00	6 153 509.00
15500 Aktien			44 031.00	3.00
155.00.20 Auto AG Schwyz	83	500.00	41 500.00	1.00
155.00.25 SGV Luzern, Namenaktien	31	1.00	31.00	1.00
155.00.26 SGV Luzern, Prioritäts-Namenaktien	10	250.00	2 500.00	1.00
15510 Anteilscheine			10 800.00	3.00
155.10.01 Schweizerische bäuerliche Bürgschafts- genossenschaft Brugg	2	300.00	600.00	1.00
155.10.10 BG OST-SÜD Bürgschafts- genossenschaft für KMU	100	100.00	10 000.00	1.00
155.10.23 IG Jungreben	1	200.00	200.00	1.00
15520 Darlehen			378 420.00	6 153 503.00
155.20.07 SGV Luzern 1943, Rest	1	55 842.00	55 842.00	1.00
155.20.08 SGV Luzern 1980	1	223 313.00	223 313.00	1.00
155.20.24 SEAG Aktiengesellschaft für schweiz. Erdöl, Zürich (Erdölkonkordat)	1	99 265.00	99 265.00	1.00
155.20.30 Forstliche Investitionskredite				2 083 600.00
155.20.40 Regionalpolitik Investitionskredite				4 069 900.00

Konto	Bezeichnung	Veränderungen 2013			Bestand 31. Dezember 2013
		Bestand 31. Dezember 2012	Zuwachs	Abgang/Abschreibung	
161	Kantone	354 000.00		90 000.00	264 000.00
161.04.44	Fachhochschulen	145 000.00		37 000.00	108 000.00
161.05.83	Abfallanlagen	209 000.00		53 000.00	156 000.00
162	Gemeinden	6 593 000.00	953 499.00	1 887 499.00	5 659 000.00
162.04.14	Schulanlagen	5 576 000.00	884 809.00	1 615 809.00	4 845 000.00
162.05.83	Abwasseranlagen	1 017 000.00	68 690.00	271 690.00	814 000.00
165	Private Institutionen	52 502 000.00	18 340 415.25	17 713 415.25	53 129 000.00
165.02.22	Alters-, Pflege- und Behindertenheime	13 618 000.00	1 395 130.00	3 754 130.00	11 259 000.00
165.02.38	Spitalbauten	583 000.00		146 000.00	437 000.00
165.02.39	Psychiatrische Kliniken	471 000.00		118 000.00	353 000.00
165.03.13	Viehvermarktungszentrum	24 000.00		6 000.00	18 000.00
165.03.22	Meliorationswesen	8 889 000.00	2 622 478.55	2 877 478.55	8 634 000.00
165.03.23	Wohnbausanierung in Berggebieten	1 404 000.00	3 401 018.65	351 000.00	1 053 000.00
165.03.36	Forstwesen	10 211 000.00	3 401 018.65	3 403 018.65	10 209 000.00
165.05.53	Denkmalpflege	1 837 000.00	800 000.00	660 000.00	1 977 000.00
165.07.27	Natur- und Tierpark Goldau	225 000.00		57 000.00	168 000.00
165.08.61	Bachverbauungen	7 228 000.00	2 142 247.05	2 343 247.05	7 027 000.00
165.08.81	Öffentlicher Verkehr	8 012 000.00	7 979 541.00	3 997 541.00	11 994 000.00

Mittel- und langfristige Schulden

Bilanz	Bestand 31. Dezember 2012	Veränderungen 2013		Bestand 31. Dezember 2013
		Zuwachs	Abgang	
221	Schuldscheine	50 000 000.00	8 000 000.00	42 000 000.00
22110	Dotationskapital Kantonalbank	50 000 000.00	8 000 000.00	42 000 000.00
221.10.64	2.75 % von 2006	8 000 000.00	8 000 000.00	12 000 000.00
221.10.65	1.85 % von 2009	12 000 000.00		10 000 000.00
221.10.66	1.98 % von 2010	10 000 000.00		6 000 000.00
221.10.67	2 % von 2010	6 000 000.00		14 000 000.00
221.10.68	1.91 % von 2011	14 000 000.00		

Spezialfinanzierungen

160

Konto	Bestand 31. Dezember 2012	Einlage	Entnahme	Bestand 31. Dezember 2013
280	32 668 578.50	10 980 875.15		43 649 453.65
Fonds				
280.07.63	18 909 894.60	6 213 572.00		25 123 466.60
280.07.64	13 385 823.90	3 810 059.00		17 195 882.90
280.09.01	372 860.00	957 244.15		1 330 104.15
Steuerkraftausgleich der Bezirke				
Steuerkraftausgleich der Gemeinden				
Spezialfinanzierung Ersatzbeiträge				

Spezialfonds**161**

Bilanz	Bestand 31. Dezember 2012	Zuwachs	Abgang Verwendung	Bestand 31. Dezember 2013
80	382 328.58	100 064.25	85 152.90	397 239.93
Rechnungen Spezialfonds				
80100	75 596.70	189.00	4 000.00	71 785.70
Diözesanfonds				
80140	123 236.15	308.10		123 544.25
Stiftung Mettler und Stipendienfonds				
80300	48 671.32	14 181.90	27 637.20	35 216.02
Zimmermannfonds KKS				
80320	58 225.45	45 234.20	18 875.65	84 584.00
Fonds Heilpädagogisches Zentrum Innerschwyz				
80350	63 362.61	27 191.95	26 012.00	64 542.56
Fonds Kantonsschule Kollegium Schwyz				
80370	13 236.35	12 959.10	8 628.05	17 567.40
Fonds Kantonsschule Pfäffikon				

Spezialfonds

162

Bilanz	Bestand 31. Dezember 2012	Zuwachs	Abgang	Bestand 31. Dezember 2013
81	20 900 777.47	9 544 500.35	8 499 284.50	21 945 993.32
	Lotteriefonds (Zusammenfassung)			
81500	15 580 619.99	6 421 594.80	5 450 373.10	16 551 841.69
318.30	Archäologische Untersuchungen		157 921.95	
362.00	Beiträge an Gemeinden und Bezirke für Denkmalpflege, Natur- und Heimatschutz		196 672.00	
365.00	Beiträge an private Institutionen		1 713 581.50	
365.10	Beiträge an private Institutionen für soziale Wohlfahrt und Fürsorgewesen		125 574.05	
365.20	Beiträge an private Institutionen für Denkmalpflege, Natur- und Heimatschutz		2 067 495.00	
365.30	Beiträge an private Institutionen für Kultur-, Erziehungs- und Bildungswesen		289 128.60	
399.10	Zuweisung an Fonds zur Kulturförderung	6 382 643.25	900 000.00	
410.00	Beitrag interkant. Lotteriegenossensch.	38 951.55		
421.00	Zinsertrag			
81600	68 318.20	71 535.55	64 500.00	75 353.75
	Fonds zur Prävention und Spielsucht- bekämpfung			
362.00	Beiträge an Gemeinden		64 500.00	
410.00	Beitrag interkant. Landeslotterie	71 364.75		
421.00	Zinsertrag	170.80		
81700	446 975.78	910 810.10	888 352.40	469 433.48
	Fonds zur Kulturförderung			
300.00	Entschädigungen Kulturkommission		20 126.20	
303.00	Arbeitgeberbeitrag AHV, IV, EO, AIV, FAK		420.45	
310.00	Bürokosten, Drucksachen, Verschiedenes		13 848.95	
310.10	Druck "Schwyzer Hefte"		12 156.50	
310.20	Anschaffung Fachbücher aus Zuweisung Dr. Theo Weber		5 066.40	
311.00	Ankauf von Kunstwerken		59 905.20	

Bilanz	Bestand 31. Dezember 2012	Zuwachs	Abgang	Bestand 31. Dezember 2013
318.00 Werbung			29 480.00	
318.10 Autorenhonorare "Schwyzer Hefte"			405.80	
365.00 Beiträge an private Kulturträger			617 407.90	
365.10 Beiträge "SchwyzKultur+"			46 495.90	
365.20 Werkbeiträge			53 764.10	
365.30 Kultur-, Anerkennungs- und Förderpreise			29 275.00	
421.00 Zinsertrag		1 117.45		
435.00 Verkauf "Schwyzer Hefte"		7 848.65		
435.20 Verkauf von Büchern		1 819.00		
435.30 Einnahmen Ausstellung Kunstsammlung 2012		25.00		
499.00 Zuweisung aus Lotterierträgen		900 000.00		
81800 Fonds zur Förderung des Sports	4 804 863.50	2 140 559.90	2 096 059.00	4 849 364.40
300.00 Entschädigungen Sportfoto-Kommission			8 384.80	
319.00 Verschiedener Aufwand			34 089.20	
365.10 Beiträge an Sportorganisationen (jährliche Gesuche)			1 629 085.00	
365.20 Beiträge an Sportanlagen			166 250.00	
365.30 Beiträge an Sportveranstaltungen			133 500.00	
365.40 Swiss Olympic Card Inhaber			124 750.00	
410.00 Beitrag Swisslos / Sport-Toto		2 127 547.75		
421.00 Zinsertrag		12 012.15		
439.00 Verschiedene Einnahmen		1 000.00		

Bericht des Wirtschaftsprüfers

zur Staatsrechnung per 31. Dezember 2013 des

Kantons Schwyz

An die Finanzkontrolle des
Kantons Schwyz

Bern, 8. April 2014

Bericht des Wirtschaftsprüfers zur Staatsrechnung

Auftragsgemäss haben wir als Wirtschaftsprüfer die Staatsrechnung des Kantons Schwyz, bestehend aus Laufender Rechnung (Seiten 56-106), Investitionsrechnung (Seiten 109-120) und Bestandesrechnung (Seiten 137-140), für das am 31. Dezember 2013 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

Verantwortung des Regierungsrates

Der Regierungsrat ist für die Aufstellung der Jahresrechnung in Übereinstimmung mit den anwendbaren gesetzlichen Vorschriften verantwortlich. Diese Verantwortung beinhaltet die Ausgestaltung, Implementierung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems mit Bezug auf die Aufstellung einer Staatsrechnung, die frei von wesentlichen falschen Angaben als Folge von Verstössen oder Irrtümern ist. Darüber hinaus ist der Regierungsrat für die Auswahl und die Anwendung sachgemässer Rechnungslegungsmethoden sowie die Vornahme angemessener Schätzungen verantwortlich.

Verantwortung des Wirtschaftsprüfers

Unsere Verantwortung ist es, aufgrund unserer Prüfung ein Prüfungsurteil über die Staatsrechnung abzugeben. Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den Schweizer Prüfungsstandards vorgenommen. Nach diesen Standards haben wir die beruflichen Verhaltensanforderungen einzuhalten und die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass wir hinreichende Sicherheit gewinnen, ob die Staatsrechnung frei von wesentlichen falschen Angaben ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen für die in der Staatsrechnung enthaltenen Wertansätze und sonstigen Angaben. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemässen Ermessen des Prüfers. Dies schliesst eine Beurteilung der Risiken wesentlicher falscher Angaben in der Staatsrechnung als Folge von Verstössen oder Irrtümern ein. Bei der Beurteilung dieser Risiken berücksichtigt der Prüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung der Staatsrechnung von Bedeutung ist, um die den Umständen entsprechenden Prüfungshandlungen festzulegen, nicht aber um ein Prüfungsurteil über die Existenz und Wirksamkeit des internen Kontrollsystems abzugeben. Die Prüfung umfasst zudem die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Rechnungslegungsmethoden, der Plausibilität der vorgenommenen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtdarstellung der Staatsrechnung. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise eine ausreichende und angemessene Grundlage für unser eingeschränktes Prüfungsurteil bilden.

Grundlage für das eingeschränkte Prüfungsurteil

Zur Bewertung der Steuerguthaben ist Folgendes zu bemerken: Wie im Vorjahr sind, entgegen den anwendbaren Vorschriften, Steuerguthaben resultierend aus provisorischen Einschätzungen in Höhe von TCHF 27'523 (Vorjahr TCHF 34'215) nicht bilanziert worden. Allfällige Nach- und Rückträge sind in die-

sem Betrag nicht enthalten, da keine entsprechenden Schätzwerte berechnet worden sind. Die Vermögenslage wird somit, ohne Berücksichtigung allfälliger Nach- und Rückträge, um diesen Betrag zu ungünstig und das Jahresergebnis um die Veränderung zum Vorjahr zu günstig dargestellt.

Eingeschränktes Prüfungsurteil

Nach unserer Beurteilung entspricht die Staatsrechnung für das am 31. Dezember 2013 abgeschlossene Geschäftsjahr mit Ausnahme der Auswirkungen des im Absatz «Grundlage für das eingeschränkte Prüfungsurteil» dargelegten Sachverhalts den anwendbaren gesetzlichen Vorschriften.

Ernst & Young AG



Bernadette Koch
Zugelassene Revisionsexpertin
(Leitende Revisorin)



Andreas Schwab-Gatschet
Zugelassener Revisionsexperte

